Jürgen Dittberner

Die FDP

Jürgen Dittberner

Die FDP

Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung

2., überarbeitete und aktualisierte Auflage

VS VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2005
2., überarbeitete und aktualisierte Auflage 2010

Alle Rechte vorbehalten
© VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2010

Lektorat: Frank Schindler

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist eine Marke von Springer Fachmedien.
Springer Fachmedien ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg
Umschlagbild: disegno visuelle kommunikation, Wuppertal
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in Germany

ISBN 978-3-531-17494-5

Inhalt

Vorwort 9

Vorwort zur 2. Auflage 12

1 Die FDP im deutschen Parteiensystem 13
1.1 Liberalismus und aktuelle Zielsetzungen 16
1.2 Die FDP und die anderen Parteien 21

2 Phasen 28
2.1 Gründung – eine regionale Umschau 28
2.2 Die Naumann-Affäre 35
2.3 Der Saar-Konflikt und die Abspaltung 38
2.4 Zum ersten Mal in der Opposition 40
2.5 Mit dem Umfall in die Koalition 42
2.6 Auf dem Wege zur SPD 44
2.7 Die sozial-liberale Phase 45
2.8 Der Bruch mit der SPD 48
2.9 Die Wende zurück zur Union 55
2.10 Von der Wende zur Wiedervereinigung 59
2.11 Im Tal der Tränen 67
2.12 Zwei Mitgliederentscheide 72
2.13 „Haiderisierungen“ und „Projekt absolute Mehrheit“ 74
2.14 Verlorene Jahre 1990 bis 1998 83
2.15 Paradigmenwechsel 1998 85
2.16 Ratlos in Berlin 87
2.17 Rechtspopulismus statt Liberalismus? 93
2.18 Neue Chance nach 2002 98
2.19 Nach Möllemann 99
2.20 Schicksalsjahr 2004? 111
2.21 2005:Vorgezogene Bundestagswahlen 114
2.22 Der Weg zurück in die Bundesregierung 121

3 Die FDP in der Region: Der Fall Berlin und die FDP Hessen 129
3.1 Von der LDP Berlin zur FDP Berlin 131
3.2 Triumph und Niedergang 136
3.3 Die Ära Borm 138
3.4 Gründung und Zerfall der sozial-liberalen Koalition 141
3.5 Der Schwenk zur CDU 144
3.6 Die Wiedervereinigung als Rettung 148

	3.7	Nach der „Figaro-Affäre“ wieder Splitterpartei	149
	3.8	Aus dem Jammertal	155
	3.9	Mühsal in der Opposition	161
	3.10	Anmerkungen über die FDP Hessen	165
4	Organisation		170
	4.1	Mitglieder	174
	4.2	Fachausschüsse und Kommissionen	178
	4.3	Die Bundesgeschäftsstelle und Umfeld	180
	4.4	„Judos“, „Julis“ und Studentisches	191
	4.5	Die Zeitschrift „liberal“	195
	4.6	Die Friedrich-Naumann-Stiftung	196
	4.7	Die FDP im Internet	201
	4.8	Die Finanzen	203
	4.9	Die Bundestagsfraktion	207
	4.10	Selbsteinschätzungen aus der FDP-Bundestagsfraktion	215
	4.11	Sozialstruktur der FDP-Bundestagsfraktionen von 1990 bis 2004	224
	4.12	Informelle Gruppierungen	228
5	Amtsträger der FDP		233
	5.1	„Einfache“ Mitglieder und Amtsträger an der Basis	233
	5.2	Parteiführer	241
6	Annäherungen und Abspaltungen		248
	6.1	Die Bürgerkoalition	249
	6.2	Das sozial-liberale Bündnis	254
	6.3	Linksliberale Abspaltungen und liberal-konservative Renaissance	260
	6.4	Orientierungssuche in der Opposition	267
	6.5	Klientelismus in der Regierung?	274
7	Die FDP als Programmpartei		277
	7.1	Wirtschaft und Soziales	278
	7.2	Freiheit und Nation	284
	7.3	Rechtsstaat	288
	7.4	Auf dem Wege zu einem neuen Grundsatzprogramm	294
8	FDP – Partei des organisierten Liberalismus?		297
	8.1	Zwischen Funktions-, Medien- und Klientelpartei	297
	8.2	Liberale Ziele	299
	8.3	„Die Liberalen“	300
	8.4	Perspektiven	302
9	Kurzbiografien		314
10	Literatur		336

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Mitgliederentwicklung der FDP 1987 bis 1998 (in Tausend) 66
Tab. 2: Bundestagswahlergebnisse zum 12. Deutschen Bundestag 2.12.1990 67
Tab. 3: Ergebnis der Bundestagswahl 1998 86
Tab. 4: Bundestags- und Landtagswahlergebnisse der FDP 1990 bis 2004 (in %) 89
Tab. 5: Bundestagswahl 2005 118
Tab. 6: Wahlergebnisse der FDP zwischen 2005 und 2009 (ohne Bundestag) 122
Tab. 7: Die Ergebnisse zu Stadtverordnetenversammlung (1946, 1948) und Abgeordnetenhaus für die LDP, ab 1949 FDP in % 130
Tab. 8: Aus- und Eintritte bei der Berliner FDP 1981 - 1983 146
Tab. 9: Mitglieder der Berliner FDP 2002/2003 160
Tab. 10: Ergebnisse der Abgeordnetenhauswahlen 2006 in % 163
Tab. 11: Die Landesvorsitzenden der FDP Hessen seit 1945 166
Tab. 12: Die Bundesparteitage der FDP 170
Tab. 13: Die Außerordentlichen Bundesparteitage der FDP 172
Tab. 14: Die Bundesvorsitzenden der FDP bis 2010 173
Tab. 15: Die Generalsekretäre der FDP bis 2010 174
Tab. 16: Mitgliederzahlen der Parteien 1968 - 2009 175
Tab. 17: Mitglieder der FDP nach Landesverbänden 1999 bis 2009 176
Tab. 18: Berufsgruppenzugehörigkeit der Mitglieder der Bundestagsparteien 1994 (in %) 176
Tab. 19: Frauenanteil bei den Parteimitgliedern 1996 bis 2002 in % 177
Tab. 20: Parteimitglieder 2000 - 2002 nach Alter in % 177
Tab. 21: Die Bundesfachausschüsse, Kommissionen und Arbeitsgruppen der FDP im Juli 2009 178
Tab. 22: Die Mitglieder der Jungen Liberalen am 26. Juni 2003 nach Alter und Geschlecht 192
Tab. 23: Mitglieder der Jungen Liberalen am 26. Juni 2003 nach Landesverbänden 193
Tab. 24: Die Vorstandsvorsitzenden der FNS 199
Tab. 25: Gesamtübersicht aller im Haushaltsjahr 2002 erwarteten Einnahmen und Ausgaben der FNS und Gesamtübersicht 2009 200
Tab. 26: Gesamtübersicht aller im Haushaltsjahr 2009 zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlichen Ausgaben der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit 201
Tab. 27: Offizielle monatliche Mitgliedsbeiträge bei der FDP nach § 8 der Finanzordnung (beschlossen 2002) 203
Tab. 28: Einnahmen und Ausgaben der FDP 2001 204
Tab. 29: Rechenschaftsbericht der FDP 2007 205
Tab. 30: Die Fraktionen des 17. Deutschen Bundestages (ab 2009) 208
Tab. 31: Altersstruktur der FDP-Bundestagsfraktion in der 15. Wahlperiode 216
Tab. 32: Anzahl der FDP-Abgeordneten im 15. Deutschen Bundestag nach Bundesländern 220
Tab. 33: Anteil der Neulinge in der FDP-Fraktion und im Bundestag insgesamt (in %) 224

Tab. 34: Verweildauer in der FDP-Fraktion und im Bundestag insgesamt in der 15. Wahlperiode (in % der jeweiligen Grundgesamtheit) 225
Tab. 35: Anteil der Frauen in der FDP-Fraktion und im Bundestag insgesamt (in %)....225
Tab. 36: Anteile der Abgeordneten aus den neuen und den alten Ländern in der FDP-Fraktion und im Bundestag insgesamt (in %) 226
Tab. 37: Konfessionen der Abgeordneten in der FDP-Fraktion und im 15. Bundestag insgesamt nach deren Angaben (in %)....226
Tab. 38: Dauer der Parteimitgliedschaften der FDP-Abgeordneten 227
Tab. 39: Verteilung von Vorstandspositionen in den FDP-Fraktionen nach Landesverbänden....227
Tab. 40: Verteilung von Arbeitskreisvorsitzen in den FDP-Fraktionen nach Landesverbänden (AK= Arbeitskreis) 228
Tab. 41: Wahlbeteiligungen und -ergebnisse der LD im Vergleich zur FDP 1983 - 1985 (Ergebnisse in %)....265

Übersichtsverzeichnis

Übersicht 1: Aktive und passive Mitglieder des Bezirksverbandes Charlottenburg-Wilmersdorf der FDP 2003....238
Übersicht 2 Berufsstruktur der BVV-Fraktion der FDP in Charlottenburg-Wilmersdorf im Jahre 2003 239
Übersicht 3: Sachmittel der bezirklichen Fraktionen 2002....240
Übersicht 4: Haushalt 2003 der FDP-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf in € 240

Vorwort

„He speelt mit de Groden,
over holt mit de Lütjen!".
(Theodor Tantzen[1])

Beim freisinnigen Ministerpräsidenten von Oldenburg, *Theodor Tantzen*, war wie bei vielen Liberalen seiner Generation das Verantwortungsgefühl für „de Lütjen" erkennbar und glaubwürdig. Welchem FDP-Politiker aus dem Jahre 2004 würde man es abnehmen, behauptete er, dass er mit den Großen umginge, um zu den Kleinen zu halten?

Das zeigt, wie weit sich der organisierte Liberalismus in der Bundesrepublik von seinen Ursprüngen entfernt hat. Es stimmt nicht, dass es kein liberales Milieu mehr gäbe. Dieses hat sich gewandelt, vom alten Mittelstand zu szenenverhafteten neuen Mittelschichten. Die FDP hat – in der Ära Kohl als Funktions- und danach in der Opposition als Medienpartei – das moderne liberale Milieu aus den Augen verloren und Platz gemacht für die Grünen. Das Eigeninteresse der FDP-Organisation an ihrer Fortexistenz wurde zum Maßstab des Handelns. Als die Organisation bei der Bundestagswahl 2002 weit hinter ihren Ambitionen blieb, wurde alles *Jürgen W. Möllemann* als „Sündenbock" angelastet. Nach dessen Tod kehrte in der Parteiführung um *Guido Westerwelle* Ernüchterung ein. Und als die Traumatisierung abgeklungen war, wurden erste Versuche, sich im liberalen Milieu wieder festzumachen, gewagt.

Es ist offen, ob der FDP eine liberale Renaissance gelingt: Möglich ist es, wenn auch nicht wahrscheinlich. In der Partei wächst zwar der Wille zur Regeneration. Nach aller Erfahrung aber wird die FDP, sobald sie im Bund erneut Regierungspartei sein sollte, wieder Funktionspartei werden. Da in der Politik jedoch gelegentlich Unwahrscheinliches geschieht, ist es mehr als l´art pour l´art, die Chancen der FDP für eine liberale Renaissance zu erkunden.

Spannend ist es allemal, nachzuzeichnen, welchen Weg die FDP gegangen ist. Spannend ist es, zu erörtern, welche Bedingungen gegeben sein müssten, damit die FDP zu den liberalen Wurzeln zurückkehren und Antworten auf die politischen Fragen des beginnenden 21. Jahrhunderts formulieren kann. Diese Spannung zu vermitteln ist das Anliegen des liberalen Politikwissenschaftlers[2] als Autor des vorliegenden Buches.

Immer wieder ist die Rede davon, dass der Liberalismus jeweils zeitgemäß operationalisiert werden müsse. Da mag es hilfreich sein, „Liberalismus" zu definieren. Hier wird Liberalismus verstanden als politischer Wille zur Freiheit. Zur Freiheit gehören Menschenwürde, Wissen und materielles Auskommen. Menschenrechte, Bildung und Marktwirtschaft sind gleichwertige Ziele des Liberalismus. Weil Freiheit erst vollendet ist, wenn

---

[1] „Er spielt mit den Großen, aber hält mit den Kleinen!" So *Theodor Tantzen* (1877 bis 1947), zitiert nach Eilert Tantzen, Verwahrer des Familienarchivs Tantzen. *Theodor Tantzen* war von 1919 bis 1923 Ministerpräsident des Freistaates Oldenburg und dann wieder 1945 bis 1946 Ministerpräsident des Landes Oldenburg.

[2] Der Autor ist langjähriges Mitglied der FDP, war landespolitisch als stellvertretender Landesvorsitzender sowie Landesgeschäftsführer der FDP Berlin, als Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, als Staatssekretär in Berlin und Brandenburg tätig und ist aktiver Kommunalpolitiker. So fußen Teile dieses Buches auf teilnehmender Beobachtung. Dass das politische Engagement den distanzierten Blick auf die FDP nicht trübt, mögen die Analysen in diesem Buch bestätigen.

alle Menschen in ihren Genuss kommen, gehört das Engagement für Entrechtete, Bildungslose und Arme zum Liberalismus: Das ist liberale Verantwortung.

In den Text des Buches sind die Ergebnisse der Projektgruppen eingeflossen, die ich im Wintersemester 2003/2004 im Rahmen meines Hauptseminars über „Die FDP: Partei des organisierten Liberalismus?“ an der Universität Potsdam eingesetzt hatte. Es handelte sich um Arbeitsgruppen mit folgenden Themen und Teilnehmern:

- „Die Bundesgeschäftsstelle der FDP“: Carsten Berg, Thomas Beyer, Annika Philipps, Birgit Schulze, Axel Andreas Trapp;
- „Die FDP-Bundestagsfraktion in der 15. Wahlperiode“: Tobias Gierling, Anne Sophie Petersen;
- „Die Sozialstruktur der FDP-Bundestagsfraktion von 1990 bis 2004“: Oliver Höhno, Torsten Stein;
- „Amtsträger – Sozialprofil des Führungspersonals“: Philipp Erbach-Fürstenau, Stefanie Prosche, Lars Siebarth, Johanna Suwelack, André Wilhelmi, Lilien Zeljko;
- „Ausgewählte Parteiprogramme der FDP in historischer Perspektive“: Christoph Borstel, Falk Petereit, Martin Schley und
- „Programmvorstellungen ausgewählter FDP-Politiker“: Ilian Nazkov, Dirk Schröder, Jan-Henning Wedler.

Wo im Text auf Ausarbeitungen dieser Arbeitsgruppen Bezug genommen wird, ist das vermerkt. Ich danke den Kommilitoninnen und Kommilitonen für ihr Engagement.

Im erwähnten Seminar haben der Fraktionsvorsitzende der FDP im Berliner Abgeordnetenhaus, *Martin Lindner* (MdA) und der stellvertretende Bundesvorsitzende, *Andreas Pinkwart* (MdB) mit den Teilnehmern diskutiert. Den Projektgruppen oder dem Autor haben sich der Bundesvorsitzende *Guido Westerwelle* (MdB), der Bundesschatzmeister und Bundeswirtschaftsminister a.D. *Günter Rexrodt* (MdB), die Bundesjustizministerin a.D. *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* (MdB), der Bundesinnenminister a.D. *Gerhart Rudolf Baum*, der Bundesgeschäftsführer *Hans-Jürgen Beerfeltz, Jürgen Koppelin* (MdB), der Landesvorsitzende *Markus Löning* (MdB), die Landesvorsitzende und Staatsministerin a.D. *Ruth Wagner* (MdL), der Bürgermeister und Senator a.D. *Wolfgang Lüder*, *Hans-Joachim Otto* (MdB), die Abteilungsleiterin der Bundesgeschäftsstelle *Gabriele Renatus*, der Mitarbeiter der Bundestagsfraktion *Mark Stanitzki* sowie die Landesgeschäftsführer *Knut Wichalski* und *Winfried Soßna* als Interviewpartner zur Verfügung gestellt. Ich danke allen für das Interesse und die geopferte Zeit.

Zur teilweise kritischen Sicht auf die politischen Leistungen des mittlerweile verstorbenen *Günter Rexrodt* hatte ich dessen Repliken interessiert erwartet. Nun bleibt mir, Respekt für einen gesinnungstreuen Liberalen zu bekunden.

Meiner Ehefrau Elke Dittberner danke ich für die Korrekturen am Rohmanuskript. Von Wilfried Fest, dem Historiker und FDP-Kenner, habe ich viele wertvolle Hinweise und Ratschläge erhalten. Auch ihm gilt mein Dank. Schließlich bin ich der Universität Potsdam verpflichtet, deren Ressourcen ich in Anspruch nahm, wenn auch der Zeit gemäß sehr maßvoll und kostengünstig.

Dieses Buch widme ich den Liberalen in der FDP: Ohne sie wäre die Partei so, wie ihre Gegner sie gerne beschreiben.

Berlin und Potsdam, Herbst 2004 Jürgen Dittberner

Vorwort zur 2. Auflage

2009 wurde die FDP Regierungspartei im Bund. Nach dem „rot-grünen Projekt“ unter *Gerhard Schröder* gehörte auch die „große Koalition“ unter *Angela Merkel* der Geschichte an. *Guido Westerwelle* hatte das Ziel seiner Ambitionen erreicht. Er wurde Außenminister und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland. Elf Jahre hatte für die FDP die Opposition im Deutschen Bundestag gewährt.

Am 27. September 2009 erzielte die FDP mit 14,6% ihr bestes Bundestagswahlergebnis. Mit der CDU/CSU zusammen kam das vielfach totgesagte „bürgerliche Lager“ auf 48,4% der Wählerstimmen. *Angela Merkel* und *Guido Westerwelle* konnten die von ihnen gewünschte Koalition bilden. Die SPD war auf 23% abgestürzt. Zusammen mit der „Linken“ (11,9%) und den Grünen (10,7%) bildete sie nun die Opposition gegen „Schwarz-Gelb“.

Wie war es gekommen, dass die FDP ihr bestes Ergebnis in einer Zeit erzielte, als eine dem „Turboliberalismus“ als Verursacher zugeschriebene Wirtschaftskrise in den Jahren nach 2008 die Welt erschütterte? Wie konnte es geschehen, dass die Partei des Liberalismus zu dieser Zeit im Bund stark wie nie wurde und in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Sachsen sowie im Saarland mitregierte?

2002 noch war die FDP belächelt worden mit ihrem „Guidomobil“, ihrem „Projekt 18“ und dem „Kanzlerkandidaten“ *Westerwelle*. 2009 versprachen sich mehr Wähler als je von dieser Partei, die den Liberalismus anpries, dass sie die Wirtschaft in den Griff bekommen würde. Lag das daran, dass der Liberalismus anders als die Sozialdemokratie und der Konservativismus seine „Jungfräulichkeit“ bewahrt hatte und wenigstens in homöopathischen Dosen gegen die Wirtschaftskrise eingesetzt werden sollte? Waren es als Steuersenkungen angekündigte und teilweise sofort nach der Regierungsbildung verteilte „Wahlgeschenke“? Oder traute die Mehrheit der Deutschen in Krisenzeiten dem „bürgerlichen Lager“ einfach mehr zu als rot-grünen, schwarz-roten oder sozial-liberalen Projekten? Schließlich: Kann „Schwarz-Gelb“ die Erwartungen erfüllen, oder wird speziell die FDP dort an ihrer Klientelpolitik scheitern? Und was bedeutet überhaupt der Satz von *Guido Westerwelle*: „Ich möchte eine geistig-politische Wende in Deutschland schaffen.“?[3]

Mit der 2. Auflage meines FDP-Buches will ich versuchen, Antworten auf diese Fragen zu geben. Dazu habe ich den Text der 1. Auflage aktualisiert, korrigiert und da, wo es notwendig erschien, revidiert. Es liegt also eine überarbeitete und aktualisierte Neuauflage vor.

Berlin 2010 Jürgen Dittberner

[3] Guido Westerwelle im „Spiegel-Gespräch“: „Ich kann auch anders“; in Der Spiegel, Nr. 6/8.2.2010, S. 27

1 Die FDP im deutschen Parteiensystem

Durch die Universität weht ein Hauch von Kulturrevolution. Am 19. Dezember 1967 findet im Auditorium Maximum der Freien Universität Berlin eine „Diskussionsveranstaltung" des AStA – des Allgemeinen Studentenausschusses – statt. Der Saal ist gefährlich überfüllt. Auf der Bühne steht ein Tisch, an dem – dichtbedrängt von Teilnehmern der Versammlung – „das Podium" sitzt. Das Podium besteht aus Studentenfunktionären, die in diesen Tagen Idole der aufgewühlten Jungakademiker sind. Die Stimmung ist antiautoritär; sie drückt sich in Spott, Zynismus und Aggressivität aus gegen alles, was als „etabliert" gilt. In diesen Hexenkessel hat sich der neu gewählte Regierende Bürgermeister *Klaus Schütz* gewagt.

Endlich darf er reden. Hohn und Wut strömen ihm aus dem Publikum entgegen, und das Präsidium verstärkt dies durch Gesten und Bemerkungen. „Wofür kämpfen die Amerikaner in Vietnam?", wird der Bürgermeister unter anderem gefragt. Als seine Antworten den Protestlern nicht gefallen, hält einer hinter *Schütz* ein Plakat hoch, auf dem steht:

> „Solche Idioten regieren uns. Phrasen dreschen. Knüppel ins Genick, das ist Berliner Schütz-Politik."

Der Auftritt findet ein vorzeitiges Ende, und später wird der Bürgermeister über seine Erfahrungen zitiert:

> „Ihr müsst diesen Typen nur ins Gesicht sehen."[4]

Bei einer anderen Versammlung dieser Art wird am gleichen Ort ein lokaler FDP-Politiker, *Volker Hucklenbroich*, vorgestellt. Sofort schreibt einer mit Kreide an die Tafel:

> „Liberalismus = Faschismus".

Hucklenbroich kämpft sich durch die „Massen" zur Tafel hindurch, löscht das Gleichheitszeichen und ersetzt es durch dicke Querstriche. Die Geste imponiert. Zwar bleibt das Misstrauen gegen den „liberalen Scheißer", doch Zynismus oder Hass gibt es nicht mehr in dieser Versammlung.

Im Audimax der FU war in den wilden sechziger Jahren für einen Moment aufgeblitzt, was Liberalismus sein kann: Courage, Rationalität, Verantwortlichkeit und Freiheit. Das verträgt sich nicht mit Opportunismus, Ideologie, Hysterie und Abhängigkeit. Die FDP hat sich dem Liberalismus verschrieben. Nicht immer ist sie dem damit verbundenen Anspruch gerecht geworden.

Die „Erbsünde" des organisierten Liberalismus in Deutschland beging die 1918 gegründete und damals so stolze „Deutsche Demokratische Partei" (DDP) im Jahre 1933.

---

[4] Michael Ruetz, „Ihr müsst diesen Typen nur ins Gesicht sehen" (Klaus Schütz, SPD). APO Berlin 1966-1969. Texte von Tilmann Fichter und Siegward Lönnendonker, Frankfurt a. Main 1980, S. 78 f

Hatten am Ende des Ersten Weltkrieges Persönlichkeiten wie *Albert Einstein*, *Alfred Weber*, *Hellmut von Gerlach* oder *Rudolf Mosse* zu ihren Gründern gehört, so stimmten am 23. März 1933 ganz im Unterschied zu den Sozialdemokraten mit *Otto Wels* an der Spitze[5] die 5 verbliebenen Reichtagsabgeordneten der sich nun „Deutsche Staatspartei" nennenden Organisation – „trotz interner Meinungsverschiedenheiten"[6] – für das Ermächtigungsgesetz *Adolf Hitlers*. Mit 3 gegen 2 Stimmen hatte sich die Fraktion der Staatspartei für diese Zustimmung entschlossen, weil dadurch

> „die Möglichkeit einer gesetzlichen Entwicklung in dieser Zeit des Umsturzes verstärkt werden könne."[7]

Zu dieser Fraktion gehörten die späteren FDP-Politiker *Theodor Heuss* und *Reinhold Maier*. Zwar hatte *Heuss* in der Fraktion dafür plädiert, an der Seite der Sozialdemokraten mit „Nein" zu stimmen, fügte sich aber der Mehrheit – zu der *Maier* gehörte – um nicht wiederholt

> „den ewigen Zwiespalt der Liberalen"

zu dokumentieren.[8] Ein viertel Jahr nach dieser Abstimmung zeigte sich, wie irrelevant die Überlegungen innerhalb der Staatspartei gewesen waren: Vor dem Druck der Nazis kapitulierend, löste sich die Deutsche Staatspartei am 28. Juni 1933 auf. *Theodor Heuss* und *Reinhold Maier* brachten nach 1945 ein schweres Erbe in die neu gegründete FDP ein.

In der Folgezeit geschah es immer wieder, dass die FDP gegen Grundsätze des Liberalismus verstieß. 1953 stoppte der Britische Hochkommissar *Sir Ivone Kirkpatrick* das Eindringen ehemaliger Nationalsozialisten in die FDP Nordrhein-Westfalens. Dieser Vorgang ist als „Naumann-Affäre" in die Parteigeschichte eingegangen, denn zu den Wortführern der in die FDP eingedrungenen Altnazis hatte der letzte Staatssekretär *Josef Goebbels*, *Werner Naumann*, gehört.[9] Dass späte Anhänger des Nationalsozialismus keine der Freiheit verpflichteten Personen waren, liegt auf der Hand.

2002 wollte die FDP mit einer Strategie der Eigenständigkeit gegenüber den anderen Parteien ihre Wählerschaft auf 18% erhöhen und diente sich dabei vor allem durch gegen Repräsentanten der Juden in Deutschland gerichtete Äußerungen des stellvertretenden Bundesvorsitzenden *Jürgen W. Möllemann* vermuteten Rechtspopulisten an.[10] Die Sache scheiterte, weil die Öffentlichkeit inner- und außerhalb der Partei protestierte, denn zu offensichtlich war es, dass ein auf Vorurteilen und Vertuschungen beruhender Rechtspopulismus sich nicht mit den Maximen der Rationalität und der Freiheit des Liberalismus verträgt.

---

[5] Die berühmten Worte von Otto Wels, „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht", klingen heute pathetisch. Aber diese Rede und das „Nein" der Sozialdemokraten zu *Adolf Hitler*, gehören zu den wenigen Ereignissen in der deutschen Geschichte, bei denen Demokraten den Mut aufbrachten, sich gegen Terror und für die Freiheit einzusetzen.

[6] Beate-Carola Padberg, Geschichte des deutschen Liberalismus, Königswinter 1988, S. 135

[7] Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918 - 1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973, S. 490

[8] ebenda

[9] Jürgen Dittberner, FDP – Partei der zweiten Wahl. Ein Beitrag zur Geschichte der liberalen Partei und ihrer Funktion im Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1987, S. 31ff

[10] Tobias Kaufmann/Manja Orlowski (Hg.), „Ich würde mich auch wehren...". Antisemitismus und Israel-Kritik – Bestandsaufnahme nach Möllemann, Potsdam 2002

Es gab auch Sternstunden des Liberalismus für die FDP. Eine ereignete sich am 7. November 1962, als der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, *Wolfgang Döring*, in der Debatte über die „Spiegel"-Affäre den inhaftierten *Rudolf Augstein* leidenschaftlich gegen Bundeskanzler *Konrad Adenauer* verteidigte und dabei ein beeindruckendes Plädoyer für den Rechtsstaat hielt. Ebenso war es ein Höhepunkt, als im Oktober 1971 *Karl-Hermann Flach* auf dem Bundesparteitag in Freiburg mit überwältigender Mehrheit zum ersten Generalsekretär der FDP gewählt wurde. *Flach* hatte vor allem in Kooperation mit *Werner Maihofer* der seit 1969 mit der SPD regierenden FDP eine neue programmatische Ausrichtung als liberales Korrektiv an der Seite der SPD gegeben:

> „Die Frage nach der Zukunft der Freiheit, nach den Chancen des Liberalismus, bleibt gestellt. Es ist die Frage nach der Zukunft einer menschenwürdigen Gesellschaft."[11]

Flach hatte zur inneren Demokratisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft beigetragen und damit eine neue „Chance" der FDP herbeigeführt.

Mitte der neunziger Jahre hielt sich in der FDP trotz des Drängens des großen Koalitionspartners CDU/CSU lange Zeit die Haltung, es sei liberale Politik, das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung auch gegen Bedürfnisse von Strafverfolgungsbehörden zu verteidigen. So fasste der Bundesparteitag gleich zweimal den Beschluss, dass es mit der FDP keinen „Großen Lauschangriff" geben könne. Auch die Justizministerin der FDP, *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*, hatte diese Auffassung. Die Parteiführung jedoch geriet unter Druck. Die Union machte ihr klar, dass der Lauschangriff notfalls mit der SPD beschlossen werden könnte. Mit einem Mitgliederentscheid schien sich aus der Not eine Tugend machen zu lassen. Eine Abstimmung unter den Mitgliedern hob die Sperren der Parteitage auf: Von den 43,09% der FDP-Mitglieder, die sich daran beteiligt hatten, stimmten 63,6% für den Großen Lauschangriff. Die Bundesministerin trat zurück. Dass die „eigenen Parteifreunde" den Abgang von Frau *Leutheusser-Schnarrenberger* „besorgten", dürfte kein Kunstfehler der FDP-Führung gewesen sein – wie Stefan Schieren vermutet[12] –, sondern ein durchaus einkalkulierter Nebeneffekt der gesamten Operation. Die Koalition war gerettet, eine sperrige Ministerin aus dem Amt, und das Gesetz konnte erarbeitet werden. Eine inhaltlich und moralisch lange und ernsthaft entwickelte politische Position der repräsentativen Parteiorganisation war durch eine quantitative Aktion einer zufälligen Minderheit der FDP-Mitglieder fortgespült geworden. Aus einer Missachtung der Ethik des Liberalismus durch die Parteiführung war mit dem Rücktritt der Justizministerin jedoch jene aufrecht-liberale Haltung erkennbar geworden, die trotz vieler gegenteiligen Entwicklungen in der Partei bei einzelnen ihrer Persönlichkeiten immer wieder aufblitzt.

Vielleicht hat die FDP seit 1949 als einzige der damals im Bundestag vertretenen kleinen Parteien entgegen den Prophezeiungen vieler Analytiker deshalb überlebt, weil einzelne ihrer Mitglieder oft im Unterschied zu ihrer Partei im Alltag konsequent-liberales Verhalten zeigten. Dass der FDP das oft prophezeite „Sterbeglöcklein" doch nicht geläutet hat, folgt aus der Tatsache, dass es in der deutschen Gesellschaft eine liberale politische Kultur gibt – unabhängig davon, wie der jeweilige Zustand des organisierten Liberalismus sein mag.

---

[11] Karl-Hermann Flach, Noch eine Chance für die Liberalen. Eine Streitschrift, Frankfurt a.M. 1971, S. 7

[12] Stefan Schieren, Parteiinterne Mitgliederbefragungen: Ausstieg aus der Professionalität? Die Beispiele der SPD auf der Bundesebene und in Bremen sowie der Bundes-F.D.P.; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 27. Jg. (1996), S. 214 ff

Der Liberalismus ist ein Kind der Aufklärung und war die politische Bewegung der Industrialisierung. Seine Parole war die Freiheit. Das revolutionäre Bürgertum wollte Freiheit von klerikalen Bevormundungen und feudalen Begrenzungen. Die Freiheit des Geistes ermöglichte die Emanzipation der positiven Wissenschaften. Diese wiederum waren die Auslöser der industriellen Revolution, die der Freiheit des Marktes und des Vertrages bedurfte, um die an der Maschine orientierten Arbeitsverhältnisse und großflächige Handelssysteme zu ermöglichen. Solche Freiheiten konnte der Nationalstaat organisieren, insbesondere dann, wenn er von einem den Einfluss des Bürgertums sichernden repräsentativen System getragen wurde. Die Einheit Deutschlands und das parlamentarische System waren daher die frühen Forderungen des Liberalismus. Selbst in der parteiischen Diktion des Kommunistischen Manifestes gibt es über die historische Rolle des Bürgertums keinen Zweifel:

> „Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt. Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose `bare Zahlung´. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt.“[13]

Mit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts hatte sich die industrielle Produktion durchgesetzt, nach dem Ende des Ersten Weltkrieges waren die Reste der alten Feudalherrschaften aufgelöst, und nach dem Inferno der Nazis ist 1990 die deutsche Einheit wieder hergestellt. Welche Ziele gibt es noch für Liberale? Trotz aller Kritik im Einzelnen ist das parlamentarische System allgemein anerkannt. Also, sagen viele, habe der Liberalismus seine historische Aufgabe erfüllt. Liberale Werte verträten mittlerweile alle Parteien – von der Union bis zur PDS. Wozu bedürfe es noch einer liberalen Organisation, heißt es im Hinblick auf die FDP. Liberalismus sei der ewige Drang nach Freiheit, lautet die Antwort. Das bleibe unter wechselnden Umständen aktuell. Die alltäglichen Forderungen, die sich aus dem Liberalismus ergeben, würden sich mit der Zeit wandeln.

2009 hat die FDP ihr bestes Bundestagswahlergebnis erreicht. Das geschah in einer Zeit, die geprägt war von Medien-Berichten über eine weltweite Wirtschaftskrise. Als Verursacher dieser Krise wurde allgemein ein weltweit operierender Liberalismus angesehen. Dass gerade zu dieser Zeit die FDP so viel Zulauf hatte, verwunderte die Öffentlichkeit. Und nirgendwo war auch nur von Ferne und leise das „Sterbeglöcklein“ zu hören.

1.1 Liberalismus und aktuelle Zielsetzungen

Es versteht sich, dass die FDP als Partei die Auffassung von der ewigen Aktualität des Liberalismus vertritt. Das entbindet sie nicht von der Aufgabe, die sich aus dem liberalen Credo ableitenden Forderungen zu definieren und ihre Politik daran zu orientieren. Diese Aufgabe zu meistern, ist der FDP in der deutschen Nachkriegsgeschichte unterschiedlich überzeugend gelungen.

[13] Karl Marx/Friedrich Engels, Das Kommunistische Manifest. Eine moderne Edition, Hamburg/Berlin 1999, S. 46

In der Einleitung des Parteiprogramms Wiesbadener Grundsätze von 1997 heißt es: Auch in der liberalen Verfassung der Bundesrepublik Deutschland sei

> „die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit."[14]

Mit einer Beteiligung an der Bundesregierung, einem Vizekanzler und Außenminister, einem Wirtschafts- und einem Justizminister hatte die FDP in der Regierung unter *Helmut Kohl* jedoch weder die Arbeitslosigkeit noch die Ausweitung der allgemeinen Bürokratie verhindern können. Der Widerspruch zwischen liberalen Forderungen und politischer Praxis war offensichtlich. 1998 wurde die aus diesem Grunde in eine Existenzkrise geratene FDP in die Opposition gewählt, von der aus sie mit dem Projekt 18[15] einen später eingestandenen Irrweg beschritt. Die FDP besann sich auf ihre alte Rolle als Juniorpartner der Union, und nach 11 Jahren in der Opposition kam die Partei wieder an der Seite der CDU/CSU – diesmal unter *Angela Merkel* – in die Bundesregierung. Wieder stellte sie den Vizekanzler, den Außen-, den Wirtschaftsminister, die Justizministerin und zusätzlich den Gesundheitsminister.

Dass liberale Forderungen mittlerweile auch von anderen Parteien vertreten wurden, schadete der FDP am Ende nicht. Seit sie 1983 mit bunter Szenerie in den Deutschen Bundestag einzogen,[16] machen die „Grünen" der FDP besonders bei der Verteidigung liberaler Bürgerrechte Konkurrenz. Aber die FDP hat sich behauptet.

Dennoch: Eine permanente Gratwanderung der FDP zwischen großem politischen Einfluss auf allen Ebenen und akuter Existenzgefährdung hängt offensichtlich mit ihrer Glaubwürdigkeit zusammen: Je nachdem, ob und wie weit die FDP sich auf der Höhe aktueller liberaler Forderungen befindet, ist sie gesichert oder gefährdet.

In der Gründungsphase der Bundesrepublik konkretisierte sich die Idee der Freiheit bei der FDP in den Zielen der Marktwirtschaft, der nationalen Einheit und der Trennung von Religion und Politik. Für diese Ziele fanden sich genügend große Teile des Bürgertums, um die Existenz einer eigenständigen bürgerlichen Partei neben der Sammlung der Union zu ermöglichen:

- In der noch nicht säkularisierten Nachkriegsgesellschaft hatten die Kirchen und Konfessionen nach dem Niedergang des Nationalsozialismus großen Einfluss auf die Öffentlichkeit, und so war die Haltung zum Christentum ein Politikum. Vielen bürgerlichen Politikern schien das alte „Zentrum" als Partei des politischen Katholizismus zu eng, daher entwickelten sich mit der CDU und der CSU überkonfessionelle christliche Parteien. Dazu bemerkte *Konrad Adenauer*:

  > „Es verbreitete sich die Überzeugung, dass nur eine große Partei, die in der christlich-abendländischen Weltanschauung, in den Grundsätzen der christlichen Ethik ihr Fundament hatte, die

[14] Wiesbadener Grundsätze. Für die liberale Bürgergesellschaft. Beschlossen auf dem 48. Ordentlichen Bundesparteitag der FDP am 24. Mai 1997 in Wiesbaden, Vorwort

[15] Fritz Goergen, Projekt 18. Der Erfolg und seine Kinder und ihr Erfolg; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. November 2002, S. 8

[16] Hubert Kleinert, Aufstieg und Fall der Grünen. Analyse einer alternativen Partei, Bonn 1992, S. 37

notwendige erzieherische Aufgabe am deutschen Volk erfüllen, seinen Wiederaufstieg herbeiführen und einen festen Damm gegenüber der kommunistischen atheistischen Diktatur errichten könnte."[17]

Insbesondere die sich aus diesem Anspruch herleitende kirchliche Beeinflussung des Schulwesens stieß auf großen Widerstand liberaler bürgerlicher Kreise. Im Parlamentarischen Rat wandte sich die FDP um *Theodor Heuss* mit großem Nachdruck

„gegen die Aufsplitterung in Konfessionsschulen".[18]

Der Klerikalismus der Union wirkte als Katalysator des Liberalismus. Das ist eine der Wurzeln der FDP.

- Die künftige Wirtschaftsverfassung war das zentrale Streitthema im Nachkriegsdeutschland. Angesichts der Not und des Mangels an Lebensnotwendigem wie Nahrung, Wohnung und Kleidung lag es für viele nahe, den Aufbau mittels staatlicher Lenkung voranzutreiben. Die SPD und große Teile der Union sahen das so. Über alle regionalen Differenzierungen hinweg war die FDP die einzige Partei, die demgegenüber stets für eine klare marktwirtschaftliche Politik plädierte. Selbst die mit dem Namen des ersten Bundeswirtschaftsministers *Ludwig Erhard*[19] verbundene „soziale Marktwirtschaft" war vielen in der FDP zu dirigistisch ausgerichtet.
- National, an der deutschen Einheit ausgerichtet, war auch die Politik des Wiedergründers der SPD in den Westzonen, *Kurt Schumacher*, den sein Biograph, Peter Merseburger, als „schwarzrotgoldenen Republikaner" bezeichnete.[20] Wie die FDP hegte er die Befürchtung, die CDU und *Konrad Adenauer* wollten oberflächlicher Wiedervereinigungsrhetorik zum Trotz mit ihrer Politik der Westintegration die deutsche Einheit abschreiben und einen Rheinbundstaat etablieren. Im Unterschied zur SPD jedoch war die nationale Ausrichtung der FDP in einigen Regionen mehr braun als schwarz-rotgold gefärbt.

Marktwirtschaft, Antiklerikalismus und immer wieder durchbrechender Nationalismus erschienen während der fünfziger Jahre als der Liberalismus der FDP. Die soziale Ausrichtung der Marktwirtschaft verstanden die Verantwortlichen der Partei als Beeinträchtigung der reinen Lehre. Die Gewerkschaften, die SPD und die Sozialausschüsse der Union waren in ihren Augen Gegner der Marktwirtschaft und daher politisch zu bekämpfen. Der erste Justizminister der Bundesrepublik, *Thomas Dehler,* war ein radikaler Kritiker des Mitbestimmungsgesetzes für die Montanindustrie aus dem Jahre 1951, dessen Zustandekommen er mit der Streikdrohung der Gewerkschaften erklärte, was er als „brutale Rechtlosigkeit" und „Machtpolitik aus Übermut" bezeichnete und wofür *Dehler* die Verantwortlichen „des Zuchthauses würdig" hielt. Dahinter stand eine Überzeugung, die der Minister 1950 in einem Brief an den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Nürnberg formulierte:

[17] Konrad Adenauer, Erinnerungen. 1945 - 1953, Stuttgart 1956, S. 46
[18] Wolfram Dorn/Harald Hoffmann (Hg.), Geschichte des deutschen Liberalismus, 2. erweiterte Auflage, Bonn 1966, S. 139
[19] Volker Hentschel, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München und Landsberg am Lech 1996
[20] Peter Merseburger, Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie, Stuttgart 1995, S. 102ff

> „Es kann in den Fragen der wirtschaftlichen Verantwortung und Entscheidung keine Mitbestimmung des Betriebsrates oder gar der Gewerkschaften geben, wenn wir nicht das Wesen der Marktwirtschaft verfälschen lassen wollen."[21]

Moderater artikulierte sich der Antiklerikalismus der FDP. Die Kirchen wurden als wichtige Institutionen – nach dem Niedergang des Nationalsozialismus durchaus sinngebend – geachtet. Aber in Abgrenzung zur Union verfocht die FDP eine laizistische Position. Streitpunkt im Parlamentarischen Rat war die mögliche Anerkennung des Reichskonkordats von 1933 zwischen Deutschland und dem Vatikan. Nach der Einschätzung von *Hermann Höpker-Aschoff*, der 1948 dem Gründungsparteitag der FDP über die Arbeit der FDP in dem verfassungsberatenden Gremium berichtete, war dieses Konkordat von *Hitler* abgeschlossen worden, um seinem Regime außenpolitisches Renommee zu verschaffen und in der Absicht, es nicht einzuhalten. Nun aber drohte von diesem Konkordat aus der Sicht der FDP Gefahr:

> „Hätten wir uns dazu verstanden, dass auch dieses Reichskonkordat anerkannt worden wäre, so wäre damit die konfessionelle Schule anerkannt worden, denn das Reichskonkordat postuliert die konfessionelle Schule herunter bis zur Volksschule. Wir haben ausführen müssen, dass wir dieses Konkordat ... unter gar keinen Umständen anerkennen können. Es wurde dann ein Zusatzantrag angenommen, dass nur die zwischen Ländern und Kirchen abgeschlossenen Konkordate anerkannt werden..."[22]

Damit wurde der konfessionelle Konflikt zwischen den bürgerlichen Parteien in die Länder verlagert, wo er in einigen Fällen während der fünfziger Jahre verbissen ausgetragen wurde. Die laizistische Linie markierte damals die Grenze zum Unionslager und war ein Pfeiler der Eigenständigkeit der FDP. 2009 gründete sich in der Bundestagsfraktion eine Gruppe „Christen in der FDP-Bundestagsfraktion".[23] Die politische Relevanz des Konfessionalismus war in Deutschland so weit zurück gegangen, dass die christliche Ausrichtung eines Teils der FDP sich in den allgemeinen innerparteilichen Pluralismus einfügte.

---

[21] Udo Wengst, Thomas Dehler. 1897 - 1967. Eine politische Biographie, München 1997, S. 188

[22] Hermann Höpker-Aschoff, Werk und Wirken in Bonn. Aus der Rede über die F.D.P.-Arbeit im Parlamentarschen Rat beim F.D.P.-Gründungsparteitag am 11. Dezember 1948 in Heppenheim; in: Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei (Hg.), Zeugnisse liberaler Politik. 25 Jahre F.D.P. (1948 –1973), S. 29

[23] http://www.fdp-fraktion.de/webcom/show-article.php/-c-1305/_ur-66/-p-1/i.html vom 4.12.09: „21 liberale Abgeordnete haben jetzt die Gruppe „Christen in der FDP-Bundestagsfraktion" gegründet. Der Zusammenschluss soll eine neue Plattform bieten, um einen intensiven Dialog über liberale Politik und christliche Werteorientierung zu führen. Aber auch nach außen wollen die Abgeordneten ein deutliches Zeichen setzen: Dass sich Liberalismus und Christentum nicht ausschließen, sondern sinnvoll ergänzen. „Für uns ist es wichtig, dass wir auf der Grundlage unserer gemeinsamen christlichen und politischen Überzeugungen aktuelle Probleme und grundsätzliche Fragestellungen diskutieren, um so auch Impulse für die Diskussionen innerhalb der Fraktion zu geben", erklärten der Koordinator der Gruppe, *Patrick Meinhardt*, und seine Stellvertreterin *Mechthild Dyckmans*. Viele Fraktionsmitglieder engagieren sich seit Jahren in ihrer Kirche und ihren Gemeinden und nehmen auch im Rahmen ihrer parlamentarischen Arbeit regelmäßig an den Treffen des Gebetsfrühstückskreises oder den Morgenandachten im Bundestag teil. Das Engagement von Abgeordneten der FDP-Bundestagsfraktion im kirchlichen Bereich und ihr öffentliches Bekenntnis zum eigenen Glauben sind eine wichtige Ergänzung im Werteprofil der FDP.
Der neuen Gruppe gehören an: *Jens Ackermann*, *Angelika Brunkhorst*, *Mechthild Dyckmans*, *Jörg van Essen*, *Otto Fricke*, *Edmund Peter Geisen*, *Christel Happach-Kasan*, *Peter Haustein*, *Werner Hoyer*, *Hellmut Königshaus*, *Gudrun Kopp*, *Michael Link*, *Patrick Meinhardt*, *Burkhardt Müller-Sönksen*, *Carl-Ludwig Thiele*, *Gisela Piltz*, *Frank Schäffler*, *Hermann Otto Solms*, *Volker Wissing* und *Hartfrid Wolff*."

Die nationale Artikulation des Liberalismus schwankte zwischen dem Gedanken einer rechten „Sammlungsbewegung“[24] und einer auf die deutsche Einheit zielenden patriotische Politik. Mit einer Sammlungsbewegung sollten am und jenseits des rechten Randes stehende Wähler für die Demokratie gewonnen werden. Die patriotische Einheitspolitik entwickelte sich aus dem Misstrauen gegen *Adenauers* Westintegration. Ein früher Verfechter der Sammlungspolitik war der Hesse *August Martin Euler*, der 1948 über die in seinem Land als „LDP“ firmierende liberale Partei schrieb, die LDP sei die „entschiedene Gegnerin jeder Art von Kollektivismus und Sozialismus“, also

> „seit 2 Jahren im neuen Parteisystem die Rechtspartei. Wenn von manchen Seiten heute eine Rechtspartei gefordert wird, so lässt sich dem gegenüber nur sagen: Öffnen Sie die verschlafenen Augen, die Rechtspartei ist schon lange da.“[25]

Über die gesamte Geschichte der FDP hinweg traten immer wieder Protagonisten auf, um die Idee der Sammlungsbewegung umzusetzen. So gibt es eine Linie von *August Martin Euler* bis hin zu *Jürgen W. Möllemann*, der 2003 im Zorn der Scheidung von seiner „liberalen Familie“ formulierte.

> „Der Begriff `Rechtspopulismus´ – wie der Begriff `rechts´ überhaupt – ist ein Kampfbegriff aus dem Arsenal linker Fundamentalisten. Für diese Leute beginnt der Unmensch knapp rechts von der Mitte.“[26]

Stil und Sprache entsprechen jeweils der Zeit – die Grundidee, dass auf der rechten Seite ein großes Wählerpotential auf Ansprache wartet, taucht in der FDP immer wieder auf. Sie findet innerparteilich stets Widerstand und konnte sich niemals als Generallinie durchsetzen. Das war bei der patriotischen Einheitspolitik anders. Unter *Thomas Dehler* kämpfte die FDP gegen die Europäisierung des Saargebietes und für dessen Vereinigung mit Deutschland. Die „neue Ostpolitik“ der FDP zwischen 1966 und 1972 stand in dieser Tradition. Sie beschleunigte die Entfremdung von der Union und eine Annäherung an die SPD bis zur sozial-liberalen Koalition. Deren Entspannungspolitik war aus der Sicht der FDP deutsche Vereinigungspolitik, wie *Walter Scheel* bei seiner Antrittsrede als Bundesvorsitzender 1968 in Freiburg ausführte, denn

> „von vornherein kamen wir in die paradoxe Lage, nach Westen die Integration zu suchen und gleichzeitig nach Osten die nationalstaatliche Restauration. Das ließ sich nicht vereinen. Beides zusammengenommen bedeutete den Misserfolg beider Politiken. Das neue Wort für unsere neue Lage heißt: Entspannung. Wir begrüßen die Entspannung.“[27]

Diese Entspannungspolitik wurde ungeachtet ihres patriotischen Gehalts von rechten Sammlungspolitikern der FDP bekämpf, am Ende vergebens. Als *Hans-Dietrich Genscher* am 31. September 1989 den in die Prager Botschaft eingedrungenen DDR-Flüchtlingen

[24] s. Dieter Hein, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei. 1945 - 1949, Düsseldorf 1985
[25] a.a.O., S. 64
[26] Jürgen W. Möllemann, Klartext. Für Deutschland, München 2003, S. 220 f
[27] Walter Scheel, Antrittsrede als Parteivorsitzender der FDP am 31. Januar 1968 in Freiburg; in: Clemens Heitmann, FDP und neue Ostpolitik. Zur Bedeutung der deutschlandpolitischen Vorstellungen der FDP von 1966 bis 1972, Königswinter 1989, S. 195

mitteilen konnte, dass die DRR ihrer Ausreise zustimmte, hatte sich die Entspannungs- und patriotische Einheitspolitik erfüllt. Ein Ziel des Liberalismus war erreicht. In der Freude darüber erkannte in der FDP wohl niemand, dass dies die Partei in eine Krise stürzen würde, die sie bald nach der Wiedervereinigung erfassen sollte.

Als die FDP 2009 endlich in die Bundesregierung zurück kehrte, war zu spüren, dass die Fortsetzung der alten Entspannungspolitik im wiedervereinigten Deutschland der Partei schwer fiel. Der neue Außenminister *Guido Westerwelle* versuchte es mit Gesten an Polen wie dem ersten Besuch dort, aber wie sich das einfügen würde in die mittlerweile festgefügten Regeln der vergrößerten Europäischen Union, blieb unklar.

1.2 Die FDP und die anderen Parteien

Die nationale Zielsetzung der sich auf den Liberalismus berufenden Partei hatte ihren politischen Hintergrund verloren. Seit dem Erfolg der Wirtschaftspolitik *Ludwig Erhards*, des „Vaters des Wirtschaftswunders", und seit der Reform der SPD Ende der fünfziger Jahre herrschte über die marktwirtschaftliche Ausrichtung der Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik darüber hinaus Konsens. Die fortschreitende Säkularisierung der westdeutschen Gesellschaft schließlich ließ die alte – am Klerikalismus verlaufende – Konfliktlinie der FDP zur Union verblassen. Verstärkt wurde dieser Vorgang durch die Wiedervereinigung, als die weitgehend areligiöse Gesellschaft der DDR zu Bundesrepublik hinzu kam.

Der Prozess des Verlustes aktueller politischer Zielsetzungen bestimmte zunehmend das Verhältnis der FDP zu den beiden Hauptparteien CDU/CSU sowie SPD, die sich nach 1945 etabliert hatten. Im Kampf für eine marktwirtschaftliche Grundordnung in der Gründungs- und Anfangsphase der Bundesrepublik war die FDP der heftigste Gegner der SPD und umgekehrt. Mit dem Godesberger Programm von 1959 mutierten die Sozialdemokraten zu Befürwortern der Marktwirtschaft.[28] Zwar war es nicht die primäre Intention der Reformer der SPD, diese der FDP anzunähern, wohl aber sollte das Modell „Volkspartei CDU/CSU" kopiert werden. Damit schufen die Sozialdemokraten auf ihrem Godesberger Parteitag – sicher unbeabsichtigt – eine Basis für die 1969 gebildete sozial-liberale Koalition.

Mehr noch als die klerikale war es die nationale Frage, die zur Entfremdung zwischen CDU/CSU und FDP geführt hatte: Der Streit um den Status der Saar Mitte der fünfziger Jahre blieb ein lagerinterner Streit, denn trotz aller bitteren Worte gehörten Union und Liberale zum „bürgerlichen" Lager, dem die Sozialdemokraten entgegen standen. Im Streit mit der CDU und dem alten ideologischen Gegensatz zur SPD träumte sich die FDP in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre mit der Vision von der dritten Kraft auf gleiche Augenhöhe mit den Großparteien. Diese Vision erwies sich jedoch als Illusion.

Der Lagerwechsel begann in den sechziger Jahren, gegen Ende der „Ära *Adenauer"* sowie unter den Kanzlerschaften von *Ludwig Erhard* und *Kurt-Georg Kiesinger*. In der Wiederauflage des Bündnisses mit der Union von 1961 bis 1966 vollzog sich in wirtschafts- und deutschlandpolitischen Fragen die Entfremdung zwischen den „bürgerlichen" Parteien. In der Zeit der Großen Koalition dann mutierte die FDP zur Partei eines sozialen Liberalismus. In der sozialen Reform des Kapitalismus hatte die Partei im Gefolge der Studentenbewegung eine neue, der Zeit gemäße, Zielvorstellung des Liberalismus entwi-

[28] Jürgen Dittberner, Zur Entwicklung des Parteiensystems zwischen 1949 und 1961; in Dietrich Staritz, Das Parteiensystem der Bundesrepublik. 2. Auflage, Opladen 1980, S. 129ff

ckelt. Zusammen mit der Ostpolitik, die auf der patriotischen Tradition wurzelte, hatten sich hier 2 Felder für die Frei- und Sozialdemokraten aufgetan. Nachdem jedoch die Union die Ergebnisse der Ostpolitik akzeptiert hatte und in der deutschen Gesellschaft das Reformklima vergangen war, gab es nicht mehr genügend Gemeinsamkeiten mit der SPD, so dass die FDP 1982 mittels eines konstruktiven Misstrauensvotums wieder zur Union wechselte.

Die Wende zurück zur Union und der Einstieg in die „Ära *Kohl*" war kaum noch von aktuellen Zielsetzungen des Liberalismus getragen. Die sozial-liberale Linie war diskreditiert, die Säkularisierung weit fortgeschritten, der patriotische Nationalismus hatte die „neue Ostpolitik" generell etabliert, und die Markwirtschaft galt trotz erster Friktionen als einzig denkbare Wirtschaftsordnung. Was die FDP nunmehr an die Union band, war der Machterhalt. In der Ära *Kohl* überlebte die FDP als Funktionspartei, als Mehrheitsbeschafferin. Dabei war sie fester an die Union gebunden als je, denn seit 1983 hatte die liberale Partei in den „Grünen" Konkurrenz – wenn auch im anderen Lager und zunächst nur potentiell – erhalten. Der deutschlandpolitische *„Genscher*-Effekt" mit den guten Wahlergebnissen 1990 für die FDP in den neuen Bundesländern wirkte ab Mitte der neunziger Jahre nicht mehr. Im Osten geriet die FDP als resoluteste Verfechterin der Marktwirtschaft angesichts steigender Arbeitslosigkeit ins Abseits. Die Abwahl des auch von der FDP getragenen „Systems *Kohl"* von der Macht 1998 brachte die Partei in eine Orientierungskrise.

Den Ausweg aus der Krise schienen zunächst *Jürgen W. Möllemann* und *Guido Westerwelle* mit dem Projekt 18 zu weisen. Keine inhaltliche liberale Zielsetzung, sondern das durch die Ziffern „18" markierte Organisationsziel sollte der Partei Zulauf sichern. Dabei wurde übersehen, dass neuerliche Wahlerfolge in den Jahren 2000 und 2001 auf die infolge ihres Finanzskandals schwächelnde Union zurückzuführen waren: Noch in der Opposition erschien die FDP den Wählern als Appendix des bürgerlichen Lagers. Die Bundestagswahlen 2002 hatten die Illusion von der „Partei des ganzen Volkes" erwiesen. Die FDP hatte erfahren müssen, dass sie in einer anderen Liga spielte als die Großparteien, zu denen sie die „gleiche Augenhöhe" nicht erreichen konnte. Konkurrent in ihrer Klasse waren die Grünen. Viele FDP-Politiker sehen seither in den Grünen ihren Hauptgegner.

Mit der Umwelt- und ab 2005 wieder der Friedenspolitik haben die Grünen ihnen gemäße Zielsetzungen entwickelt. Die FDP versuchte indessen, den Liberalismus mit Begriffen wie „Bürgergesellschaft" und „Eigenverantwortung" aktuell zu operationalisieren. Die Zeit von 2002 bis 2009 war für die FDP nach dem verworfenen Projekt 18 eine Phase des Suchens nach einer akzeptablen Aktualisierung des Liberalismus.

Neben den Grünen mit ihren Zielen befand sich die FDP in Konkurrenz zur SPD beim Thema „soziale Gerechtigkeit" und zur Union, deren politischer Anspruch um den Komplex „Sicherheit" kreiste. Wer in einem Nationalstaat, dessen Handlungsgrenzen immer deutlicher werden, für Eigenverantwortung und Bürgergesellschaft eintritt, nimmt eine intellektuell aufklärerische, aber organisatorisch gefährliche Position ein. So notwendig es gewesen ist, das soziale Netz der deutschen Gesellschaft weiter zu spannen, so unpopulär war es, diese Botschaft unters Volk zu bringen. Die FDP kann im Nachhinein froh sein, dass „Rot-Grün" ihr mit den „Hartz-Reformen" dies abgenommen hat. Eine Partei, die sich dem Liberalismus verpflichtet fühlt, hätte derartiges ohne tiefgehende soziale Konflikte wohl nicht leisten können:

> „Man denke, eine Koalition aus Union und FDP hätte die Agenda 2010 gemacht. SPD und DGB hätten die Gesetze im Bundestag und auf den Straßen mit wildem Furor als abgrundtief unsozial bekämpft.
>
> Man denke, eine Koalition aus Union und FDP hätte deutsche Soldaten in die Kriege im Kosovo und in Afghanistan geschickt. Die Grünen hätten eine neue Friedensbewegung auf die Beine gestellt.
>
> Man denke, eine Koalition aus Union und FDP hätte Otto Schilys Sicherheitsgesetze gemacht. Teile der SPD und die Grünen hätten schrill das Lied vom Ende der Freiheit gesungen."[29]

Viele Mandatsträger der FDP sagten am Ende der „Ära *Kohl*", ihre Partei hätte das beste aller Parteiprogramme, nur würde das in der Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis genommen. Besonders stolz waren die Mitglieder auf die Wiesbadener Grundsätze[30] von 1997.

In seiner deklamatorischen Art schwebte dieses Programm jedoch über den Niederungen des politischen Alltags. Die „4 Fundamente des modernen Liberalismus" – „Verantwortung", „Vielfalt", „Fortschritt" und „Zukunftsverträglichkeit" – sollten das begründen, was die Partei „die liberale Bürgergesellschaft" und „das Prinzip Verantwortung für die nächsten Generationen" nannte. Die „Fundamente des modernen Liberalismus" wurden auf einem unsicheren Grund errichtet, so dass nicht nachgeprüft werden konnte, ob das entworfene Gebäude des Liberalismus überhaupt standfest war. So wurde in dem „Fundamente"-Kapitel geklagt, die Politik habe „ein Trugbild gezeichnet, wonach der Staat Freiheit und Sicherheit in allen Lebenslagen garantieren könne." Nirgendwo jedoch fand sich ein Hinweis auf einen Beleg für diese Behauptung. Wenn es an anderer Stelle hieß: „Gegen alle Zukunftsangst setzen Liberale die Zuversicht, durch Wandel neue Möglichkeiten zu eröffnen", so drängte sich der Verdacht auf, dass es Ende der neunziger Jahre allenfalls die Stammwählerschaft von 3 Prozent waren, die diese Zuversicht der liberalen Partei teilten: Die Zukunftsängste trieben der CDU/CSU und der PDS damals die Wähler zu. Schwer verständlich war ebenfalls, warum das Programm auf der einen Seite den Abbau von Regelungen, Bürokratien und das Zurückdrängen des Staates zugunsten der Freiheit der Bürger postulierte, zugleich aber Forderungen aufnahm wie: Alle politischen Entscheidungen müssten einer Zukunftsverträglichkeitsprüfung unterworfen werden. Sollte das ohne bürokratische Strukturen erreicht werden? Überraschend waren auch Forderungen nach einem „Zuwanderungskontrollgesetz" oder nach Aufnahme eines Artikels in das Grundgesetz, der die „Neuverschuldung" des Staates verbieten sollte. In diesen Formulierungen kamen Widersprüchlichkeiten zum Ausdruck, die darin bestanden, dass die FDP sich nach 1982 zu einer pragmatischen Partei entwickelt hatte, aber nicht Abschied nehmen mochte von der Vorstellung, unter der Fahne eines idealistischen Ziels – des „Liberalismus" – zu streiten.

Mit dem Begriff von der „liberalen Bürgergesellschaft", die keine Funktionärs- und auch keine „Staatskundengesellschaft", sondern eine „Teilhabergesellschaft" sei, versuchte die Partei seinerzeit, ihren Mandatsträgern eine neue Begrifflichkeit an die Hand zu geben. Doch diese Begriffe blieben blass. Sie reihten sich in die Inflation der Worthülsen moderner Werbestrategen ein. Viele Fragen taten sich auf, wenn es hieß: „Marktwirtschaft vermittelt Chancen auf Teilhabe. Wer nicht teilhaben kann, ist nicht frei." In einer Marktwirt-

[29] Matthias Geyer / Dirk Kurbjuweit, Nachwort; in: Matthias Geyer / Dirk Kurbjuweit / Cordt Schnibben, Operation Rot-Grün. Geschichte eines politischen Abenteuers, Hamburg 2005, S. 335
[30] Wiesbadener Grundsätze, a.a.O.

schaft, die seit Jahren nicht von der Massenarbeitslosigkeit wegkam bei gleichzeitig explodierenden Unternehmensgewinnen, klang der als Freiheitsargument gemeinte Satz „Wer nicht teilhaben kann, ist nicht frei“ im politischen Alltag damals zynisch. Zweideutig war auch eine Formulierung wie: „Nicht der Staat gewährt den Bürgern Freiheit, sondern die Bürger gewähren dem Staat Einschränkungen ihrer Freiheit.“ Diese Aussage klang wie eine Rechtfertigung für die Entscheidungen der FDP beim Großen Lauschangriff und bei der Einschränkung des Asylrechts, als dem Staat die Einschränkung von Bürgerrechten gewährt wurde.

Die Wiesbadener Formulierungen zeigten, dass es für die FDP schwierig geworden war, ein visionäres Programm zu formulieren, das von einer Kritik an den von der Partei selber mit geschaffenen Zuständen ausgehen musste. Zwar versuchte die FDP, sich in den Wiesbadener Grundsätzen zu immunisieren, indem sie erklärte: „Auch wir haben zu oft mitgemacht bei der Gefälligkeitspolitik.“ Aber Strahlkraft für die Visionen konnte durch Selbstkritik nicht erreicht werden. Das galt für die „Bürgergesellschaft“ ebenso wie für den neu in den liberalen Themenkanon aufgenommenen Bereich „Verantwortung für die nächsten Generationen“. Wie im übrigen fast immer bei Parteiprogrammen waren Wähler mit solchen Proklamationen kaum zu gewinnen. Das ließ sich auch aus der Tatsache ablesen, dass es zu dieser Zeit die Union war, die einen Zulauf junger Bürger hatte, obwohl die FDP das Generationenthema durch ihren damaligen Generalsekretär *Guido Westerwelle* personalisierte.

Dass Funktionäre der FDP beklagten, ihr „gutes“ Programm würde in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen, dokumentierte einen gewissen Realitätsverlust in den Führungsetagen der Partei. Dort hätte man wissen sollen, dass die Partei mit der zu dieser Zeit längsten Regierungsbeteiligung in der Bundesrepublik praktische Politikvorschläge machen musste satt Visionen zu entwickeln, deren Verbindlichkeit man der Partei nicht abnahm. Zumindest kam es in der öffentlichen Auseinandersetzung auf das Programm nicht an, solange dadurch kein Politikwechsel erkennbar wurde. Das politische Personal war im wesentlichen geblieben, und es fanden sich außerhalb der Partei keine Gruppierungen und Kreise, welche die Ideen des Programms aufnahmen oder sich gar darin wiederfanden. Im Unterschied zu den Wiesbadener Grundsätzen waren die Freiburger Thesen[31] ein Text gewesen, der in linksintellektuellen Kreisen jener Zeit gelesen und heiß diskutiert wurde. Die Grundsätze aus der hessischen Landeshauptstadt wurden nirgendwo diskutiert. Sie schwebten frei über dem politischen Alltag der FDP. So gesehen waren die Wiesbadener Grundsätze auch nicht die Schrift, mit der nach der 1998 verlorenen Macht neue politische Betätigungsfelder hätten erschlossen werden können.

Das erklärt, warum die 1998 gemeinsam mit der Union und der PDS in die Opposition gedrängte FDP ihr an sich ambitioniertes Programm unbeachtet ließ und ihr Glück mit einer Event-Politik und Personalisierung suchte. Nachdem das Projekt 18 und die Kanzlerkandidatur *Guido Westerwelles* 2002 nicht den gewünschten Aufschwung gebracht hatten, fand die FDP nicht zu einer programmatischen Renaissance. Sie ließ sich von den Medien und Wählern einordnen in das alte „bürgerliche Lager“ mit der Union. Mit ihrer Funktion dort vermochte sie allerdings Wählerstimmen zur Sicherung der Existenz zu gewinnen. Der Vorsitzende der FDP sprach weiterhin davon, dass seine Partei sich auf „gleicher Augenhöhe“ mit den Großparteien – die ihrerseits dahin zu schmelzen begannen – befände. Der

[31] Karl-Hermann Flach/Werner Maihofer/Walter Scheel, Die Freiburger Thesen der Liberalen, Reinbek bei Hamburg 1972

Unterschied zwischen diesem Traum und der parteiensoziologischen Wirklichkeit blieb jedoch trotzdem evident. Auch 2009 – nach ihrem größten Triumph – war die FDP nicht zur SPD und erst recht nicht zur CDU/CSU aufgerückt. Sie spielte nach wie vor in der gleichen Liga wie die Grünen und die Linkspartei.

Die FDP musste 11 Jahre warten, bis sie 2009 wieder in die Bundesregierung kam. 2002 war das Projekt 18 schief gegangen. 2005 deutete sich wieder die bürgerliche Lagerbildung an, jedoch patzte die Union bei der Bundestagswahl, so dass es für „Schwarz-Gelb" nicht reichte und die „große" Koalition zwischen Union und SPD das rot-grüne Projekt ablöste.[32]

Durch den Wandel der Gesellschaft von industriell zu postindustriell mit flüchtigen und erodierenden Sozialmilieus ist das deutsche Parteiensystem seit den sechziger Jahren in ein Umfeld gelangt, das die gesellschaftliche Verankerung politischer Parteien erschwert. Für den Zustand des Parteiensystems lässt sich das mit Oskar Niedermayers 5 Kriterien messen: „die Fragmentierung, die Asymmetrie, die Volatilität, die Polarisierung und die Segmentierung."[33]

1. Die Fragmentierung – also Zersplitterung – des Systems schritt nach 1998 voran. Im Bundestag waren – die CSU eingerechnet – 6 Parteien vertreten. Die PDS schied 2002 aus, kehrte aber als Linkspartei wieder, so dass sich die Fragmentierung fortsetzt
2. Eine Asymmetrie des Parteiensystems konnte zum Zeitpunkt der Wahl 1998 nicht festgestellt werden: Gemeint ist die mögliche strukturelle Übermacht einer Hauptpartei über die andere. Zwar lässt sich besonders ab 2003 ein wachsendes Übergewicht der Union gegenüber der SPD beobachten, jedoch schien dem der unerwartete Sieg der SPD bei der Bundestagswahl 2002 entgegen zu stehen. Der Abfall der SPD 2009 jedoch beförderte die Asymmetrie, zumal die Grünen durch ihre Koalition mit der CDU in Hamburg und die „Ampel" an der Saar Absetzbewegungen vom rot-grünen Lager machten.
3. Die Volatilität – „das Ausmaß an Veränderungen der Größenverhältnisse zwischen den Parteien von einer Wahl zur nächsten"[34] – soll ein Indikator sein für den Wandel des Systems. Im Hinblick auf die Abwahl der christlich-liberalen Koalition 1998, den Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 und den Erfolgen der PDS nach 1990 und vor allem der gesamtdeutsch agierenden Linkspartei ab 2005 ist die Volatilität groß
4. Das deutsche Parteiensystem weist eine moderate Polarisierung auf. Systemoppositionelle Parteien wie die rechtsextremen NPD oder DVU sind nicht im Bundestag vertreten, die „ideologische Distanz zwischen den systembejahenden Parteien"[35] ist gering – am stärksten noch ausgeprägt bei der FDP gegenüber der Linkspartei.
5. Eine Tendenz zur Segmentierung, also „Abschottung der Parteien untereinander"[36], wird immer wieder beklagt. 2005 war die FDP neben der Linkspartei die am stärksten segmentierte, aber also solche auch erfolgreiche, Partei.

[32] Jürgen Dittberner, Große Koalition – kleine Schritte, Politische Kultur in Deutschland, Berlin 2006
[33] Oskar Niedermayer, Die Bundestagswahl 1998: Ausnahmewahl oder Ausdruck langfristiger Entwicklungen der Parteien und des Parteiensystems?; in: ders. (Hg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen 1999, S. 20
[34] ebenda
[35] ebenda
[36] ebenda

Die Stellung der FDP in diesem Parteiensystem ist gekennzeichnet dadurch, dass sie

- ihre Monopolstellung als Mehrheitsbeschaffer für eine der beiden Großparteien verloren hat,
- trotz hoher Gewinne 2009 Kleinpartei bleibt und objektiv dem Unionslager näher steht als anderen,
- mit hohen Schwankungen beim Wählerzulauf lebt,
- gegen ihren Hauptkonkurrenten – die Grünen – stärker polarisiert als das die bisherigen Großparteien untereinander tun und
- sich damit abschottet gegen das rot-grüne Lager. Die Ampel im Saarland könnte so gesehen ein Signal sein für eine mögliche Neuorientierung der FDP insgesamt.

Die FDP steht nach den Erfolgen von 2009 vor der Wahl: Soll sie sich absichern als Funktionspartei, die der Union die Macht und sich selber einen Anteil daran sichert, oder will sie liberale Programmpartei sein? Mit ihrem Eintritt in die Bundesregierung im Jahre 2009 hatte die FDP beide Optionen: Das Schicksal der Regierung *Merkel/Westerwelle* hängt davon ab, ob die FDP sich in diesem Bündnis als Steuersenkungspartei verifiziert oder ob sie sich von der Union dazu gebrauchen lässt, ihr nur die Macht zu sichern.

Wenn die FDP als Programmpartei dauerhaft akzeptiert werden will, wird sie gegen viele Vorurteile ankämpfen müssen: Am 20. Juni 2002 wurde von der Zeitschrift „Berliner Republik“ im Maritim-Hotel in der Berliner Friedrichstraße eine Podiumsdiskussion zum Thema „Frei und demokratisch – was ist heute liberal?“ veranstaltet. Auf dem Podium saßen unter anderen die ehemaligen Bundesminister *Gerhart Rudolf Baum* von der FDP und *Volker Hauff* von der SPD. Beide erinnern sich gerne an die sozial-liberale Zeit. Dabei waren auch *Jan Ross*, der Hauptstadtkorrespondent der „Zeit“ und ein Bezirksvorsitzender aus der Berliner FDP. Im Publikum saßen Studenten der Politikwissenschaft, ehemalige und aktuelle Mitglieder und Funktionsträger der FDP, Journalisten und Sozialdemokraten. Die Diskussion spitzte sich schnell auf die damaligen rechtspopulistischen Ausfälle *Jürgen W. Möllemanns* zu. *Hauff* und *Ross* warfen den FDP-Mitgliedern vor, *Möllemanns* Entgleisungen hätten mit der liberalen Ideologie zu tun, weil diese Beliebigkeit zulasse. Dem widersprachen die FDP-Mitglieder. Liberal zu sein bedeute, den rationalen Diskurs zu suchen und habe mit Demokratie und Parlamentarismus zu tun. Das vertrage sich nicht mit Rechtspopulismus und Antisemitismus. Schweigend lauschte das sozial-liberale Publikum diesen Worten. Überzeugt davon waren die wenigsten.

In solchen Situationen drängt sich Beobachtern die Erwartung auf, dass die Zukunftschancen der FDP eher in ihrem Organisationsegoismus liegen als in ihrem programmatischen Anspruch. Die Mitglieder der Parteiführung jedoch wollen davon nichts wissen. Sie hängen einer „Strömungslehre“ an. Danach gebe es 3 Grundströmungen in der deutschen Gesellschaft: die konservative, die soziale und die liberale. Am 5. April 2003 präsentierte der Fraktionsvorsitzende der FPD-Bundestagsfraktion, *Wolfgang Gerhardt*, vor einem Landesparteitag der Berliner FDP sein dem entsprechendes Bild von der Parteienlandschaft: Die SPD sei erstarrt als Partei der Besitzer kleiner Privilegien, sie brauche ein „zweites Godesberg“. Die Union sei eine Volkspartei, ein „Omnibus, in dem alles drin ist.“

Die FDP dagegen sei die einzige Partei gegen Steuererhöhungen und trete für jenen „Neoliberalismus“ ein, den die Gesellschaft so sehr brauche.[37]

Bei dieser Sicht ist bemerkenswert, dass dem direkten Konkurrenten der FDP, den Grünen, keine Strömung als Basis zugesprochen wird. Erstaunlich ist, dass gerade diese FDP 2009 – im Jahre einer Krise der liberalen Marktwirtschaft – ihr bestes Wahlergebnis erzielt hatte.

Es scheint mithin so zu sein: Als – programmatisch durchaus ambitionierte – Funktionspartei wird die FDP fortbestehen: Das ist die Lehre aus der Bundestagswahl 2009. Als reine Programmpartei ohne erkennbare Funktion im Parteiensystem jedoch würde die FDP untergehen: Das ist die Lehre aus der Parteigeschichte der FDP bis 2009.

[37] Eigene Aufzeichnungen

2 Phasen[38]

Die Vorgeschichte der FDP ist eine Geschichte ständiger Neuformierungen und Spaltungen des organisierten Liberalismus. Den nach 1945 bei der Neugestaltung des politischen Lebens aktiven Persönlichkeiten standen 2 liberale Niedergänge vor Augen:

- Die linksliberale „Deutsche Staatspartei" (DSP) hatte sich 1930 aus der einstigen „Deutschen Demokratischen Partei" (DDP) formiert und war 1933 nur noch als Splitterpartei mit 5 Abgeordneten im Reichstag. Dort konnte sie sich nicht zu einem klaren Veto gegen die Nazis durchringen.[39]
- Die national-liberale „Deutsche Volkspartei" (DVP) hatte sich kurz vor ihrem Untergang noch vergeblich bei den Nazis anzubiedern versucht.[40]

Der Einfluss der nach der Reichsgründung 1871 starken Nationalliberalen war in den folgenden 52 Jahren ebenso dahingeschmolzen wie derjenige der DDP nach 1918 – als diese zusammen mit den Sozialdemokraten und dem Zentrum eine der Säulen der Weimarer Republik war. In guter Erinnerung dessen schlugen nach 1945 viele sich liberal empfindende Menschen ihren Weg in die SPD oder in die Union ein.

Abwanderung Liberaler zu anderen Parteien waren schon vorher zu beobachten. *Rudolf Breitscheid* war bereits 1907 von der aus der linksliberalen „Deutschen Freisinnigen Partei" (DFP) hervorgegangenen „Demokratischen Vereinigung" in die SPD gewechselt. 1945 dann ging *Ernst Lemmer* – einst DDP-Politiker – zur Union, weil er glaubte, so sein altes Konzept der Sammlung aller politischen Kräfte „rechts von der SPD" verwirklichen zu können. In diese Tradition fügte sich später der einstige Generalsekretär der FDP *Günter Verheugen* ein, der nach der Wende 1982 zur SPD wechselte und dort eine Karriere bis zum Kommissar der Europäischen Union in Brüssel machte (s. Kurzbiografien).

2.1 Gründung – eine regionale Umschau[41]

Die Gründung der FDP vollzog sich von „unten nach oben". Das lag einerseits an der Lizenzierungspolitik der Alliierten, andererseits am schrittweisen Aufbau des Gemeinwesens von den Kommunen über die Länder bis schließlich zur Bundesrepublik. In den verschie-

[38] Zur Geschichte der FDP bis 1983: Jürgen Dittberner, FDP – Partei der zweiten Wahl. Ein Beitrag zur Geschichte der liberalen Partei und ihrer Funktionen im Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1987 und Udo Leuschner, Zur Geschichte des deutschen Liberalismus; in: http://uleuschner.bei.t-online.de/liberalismus/fdp.htm

[39] Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973

[40] Lothar Döhn, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970

[41] Zu diesem Kapitel s. besonders: Dieter Hein, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945 - 1949, Bonn 1985

denen Regionen Deutschlands bewirkten unterschiedliche parteipolitische Traditionen und differierende Sozialmilieus eine Vielfalt des organisierten Liberalismus. Die Geschichte der späteren Bundespartei ist auch dadurch geprägt, dass in ihr darum gerungen wurde, diese Vielfalt in die Partei zu integrieren. Nicht immer ist das gelungen.

Nach dem Niedergang der liberalen Parteien in der Weimarer Republik und der nach 1945 schon weit über liberale Kreise hinaus erfolgten Verbreitung liberaler Prinzipien wie Rechtsstaat, Parlamentarismus und Marktwirtschaft war es nicht verwunderlich, dass in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine Diskussion darüber geführt wurde, ob eine liberale Partei überhaupt benötigt würde. Die dennoch diese Partei gründeten, sahen den bevorstehenden Erfolg der Union nicht voraus und meinten, aus einer sich „liberal" definierenden Partei könnte eine bürgerliche Sammlung gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten werden. Dies war auch die Absicht des späteren Vorsitzenden der FDP und Bundespräsidenten, *Theodor Heuss*. Als DDP-Politiker hatte *Heuss* zu den Anhängern *Friedrich Naumanns*[42] gezählt, der – aus der christlich-sozialen Bewegung kommend – vor dem Ersten Weltkrieg versucht hatte, durch eine Politik der sozialen Reformen die Arbeiterschaft mit den liberalen Teilen des Bürgertums zu versöhnen. Obwohl *Friedrich Naumann* kurz vor seinem Tode 1919 zum ersten Parteivorsitzenden der DDP gewählt worden war, blieb sein Einfluss auf die praktische Politik seiner Partei gering. Der DDP gelang kein Einbruch in die Arbeiterwählerschaft. Bei der Wiedergründung liberaler Parteiorganisationen nach 1945 spielten die Ideen *Friedrich Naumanns* dann jedoch eine große Rolle. In Süddeutschland wurden sie durch *Theodor Heuss* vermittelt und stießen dort auf eine lebendige liberale Parteitradition, die der „Demokratischen Volkspartei" (DVP). Deren Reaktivierung war in Südwestdeutschland für viele Liberale eine Selbstverständlichkeit. Die „Volkspartei" war am Dreikönigstag 1866 in Württemberg als moderne Parteiorganisation gegründet worden – mit Ortsverbänden, Mitgliederbeiträgen, Delegiertenversammlungen, Vorstand, Satzung und Programm. Die Partei wurde in die DDP eingegliedert. Auch der Landesverband der FDP Baden-Württemberg bekennt sich zu dieser Tradition: Alljährlich findet in Stuttgart das bundesweit beachtete „Dreikönigstreffen" der FDP als politischer Jahresauftakt statt. Und in der Internetpräsentation des Landesverbandes heißt es: „Die Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei (FDP/DVP), Landesverband Baden-Württemberg, ist ein rechtlich selbständiges Glied der Freien Demokratischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland."[43]

Neben *Theodor Heuss* waren *Wolfgang Haussmann* und *Reinhold Maier* die herausragenden Politiker der am 14. Dezember 1945 für das damalige Württemberg-Baden zugelassenen DVP. Der eigenständige Weg gegenüber der auch hier entstehenden CDU wird vor allem mit derem Konfessionalismus begründet. Die Volkspartei schien tatsächlich führende Kraft in Württemberg-Baden zu werden. Die amerikanische Besatzungsmacht ernannte *Reinhold Maier* im August 1945 zum Ministerpräsidenten. Bei der Landtagswahl im November 1946 erzielte die DVP einen Stimmenanteil von etwa 20%. Die liberale Tradition in Schwaben ließ Stuttgart zu einem der Zentren bei den Neugründungen liberaler Parteiorganisationen werden.

In den französisch besetzten Gebieten Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern scheiterten Pläne für eine bürgerliche Sammelpartei ebenfalls. Die „Demokratische Partei"

[42] Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.), Friedrich Naumann. „Dass wir selber frei zu werden suchen, soviel uns immer möglich ist", Sankt Augustin 2001
[43] http://www.fdp2001.de/politisch.php3

(DP) in Freiburg und die „Demokratische Volkspartei“, beide 1946 gegründet, wurden Vorläuferorganisationen der FDP. Parallel waren auch in dieser Region christlich-demokratische Parteiorganisationen entstanden.

Wie im Südwesten war auch in den Hansestädten linksliberale Tradition mit der Idee einer bürgerlichen Sammlungsbewegung verbunden. In Hamburg ging die am 20. September 1945 gegründete „Partei Freier Demokraten“ auf Betreiben des CDU-Politikers *Paul de Chapeaurouge* mit der dort auf den politischen Katholizismus begrenzten „Christlich-Demokratischen Partei“ ein Bündnis ein, das sich „Vaterländischer Bund Hamburg“ (VBH) nannte. Bei den Wahlen 1949 konnte dieser Bund mit 34,5% der Wählerstimmen die Vorherrschaft der SPD an der Elbe nicht brechen. Vier Jahre später jedoch gelang das einem „Hamburg-Block“, der sich aus CDU, FDP und „Deutscher Partei“ (DP) zusammensetzte. Als die Hamburger FDP nach den Bürgerschaftswahlen vom 23. September 2001 mit ihren 5,1% der Wählerstimmen eine Koalition mit der CDU und der rechtspopulistischen „*Schill*-Partei“ einging, knüpfte sie an eine eigene hanseatische Tradition an.

Kompliziert war die Entwicklung in Bremen. In dem Stadtstaat, der eine amerikanische Enklave innerhalb der britischen Zone war, entstand im Oktober 1945 die „Bremer Demokratische Volkspartei“ (BDV) als bürgerliche Einheitspartei. Jedoch nahmen bald nach der Gründung dieser Partei frühere Zentrumsmitglieder Kontakte zu den Christdemokraten der britischen Zone auf und betrieben den Anschluss der BDV an die Union. Dies misslang. Daraufhin schieden etliche Mitglieder aus der BDV aus und gründeten im Juni 1946 die CDU in Bremen. Daraufhin begriff sich die BDV als Teil der liberalen Organisation in der amerikanischen Zone und schloss sich im März 1947 deren Dachorganisation, der „Demokratischen Volkspartei“ (DVP), an. Im Juni 1946 wurde in Bremen daneben eine dezidiert linksliberale Partei zugelassen, die sich FDP nannte und sich den Liberalen in der britischen Zone – besonders Niedersachsens – zugehörig fühlte. Bei der Bürgerschaftswahl im Oktober 1947 erhielt die BDV im Wahlbereich Bremen 15 Mandate. In Bremerhaven errang die FDP 2 Sitze. Diese liberalen Abgeordneten bildeten in der Bürgerschaft eine gemeinsame Fraktion. Erst Ende 1952 wurde die BDV in FDP umbenannt als Anpassung an die Bundespartei FDP.

In Bayern waren die liberalen Parteigründungen weniger resonanzreich als in anderen Regionen. Die dort im Mai 1946 lizenzierte „Freie Demokratische Partei“ erreichte bei den Landtagswahlen desselben Jahres 5,7% der Wählerstimmen. Repräsentanten waren die vormaligen DDP-Politiker aus Franken, *Fritz Linnert* und *Thomas Dehler* – der erste Justizminister der Bundesrepublik. Die kritischen Töne gerade *Thomas Dehlers* gegen Repräsentanten der Katholischen Kirche trafen in Bayern auf keine besondere Sympathie.

Den Gegenpol zu den mehr an die DDP anknüpfenden Neugründungen in Süddeutschland und in den Hansestädten bildete vor allem die „Liberal-Demokratische Partei“ (LPD) in Hessen, die sich als antisozialistische bürgerliche Sammlung auch rechts von der in Frankfurt eher links auftretenden CDU verstand. Weder der Vorsitzende, *August Martin Euler*, noch der Generalsekretär der LDP, *Viktor-Emanuel Preusker*, waren in der Weimarer Republik parteipolitisch aktiv gewesen. Dank ihrer Resonanz in den ländlichen Gebieten erhielt diese Partei bei den Landtagswahlen im Dezember 1946 fast 16% der Wählerstimmen.

Ebenfalls national-liberal orientiert waren Parteigründungen in Nordrhein-Westfalen, dem neu geschaffenen deutschen Land. Gerade hier, in der Hochburg der CDU, entstanden liberale Parteiorganisationen in Opposition zur christlichen Sammlungspartei. In Nord-

rhein-Westfalen waren die organisierten Liberalen gleichermaßen antisozialdemokratisch und antiklerikal. Die führende Persönlichkeit des Landesverbandes Rheinland war der Verleger *Friedrich Middelhauve*. Ihm zur Seite standen der Bankkaufmann *Franz Blücher*, der ehemalige preußische Minister *Herman Höpker-Aschoff* und als „junger Mann" *Erich Mende*. Vorsitzender des Landesverbandes Westfalen wurde *Gustav Altenhain*. Als Jungdemokratenführer wirkte hier *Willi Weyer*. Als im Mai 1947 der Landesverband Nordrhein-Westfalen der FDP gegründet wurde, war *Middelhauve* unumstritten Vorsitzender. Die Verankerung der Liberalen in der Bevölkerung war zunächst nicht besonders tief: Bei den Landtagswahlen 1947 rangierte die FDP noch hinter den Kommunisten und hinter dem Zentrum. Sie erzielte 6% der Stimmen.

Auch in den übrigen Ländern bildeten sich – unterschiedlich ausgerichtet nach regionaler Tradition und politischer Richtung – liberale Parteiorganisationen unter den verschiedensten Namen. In Niedersachen beispielsweise entwickelten sich ausgesprochene Hochburgen der Liberalen wie in Oldenburg, Ostfriesland und Göttingen. Diesen standen dezidiert „liberalfeindliche" Gebiete gegenüber wie etwa das katholische Emsland.

Auf dem Gebiet des späteren Bundeslandes Rheinland-Pfalz wurden 2 liberale Parteien lizenziert. Im Mai 1946 entstand der „Soziale Volksbund" (SV) für Hessen-Pfalz. Vorausgegangene Einigungsbemühungen zwischen dem liberalen und dem katholischen Bürgertum waren gescheitert. Der SV breitete sich im Spätsommer auch in der Vorderpfalz aus. In Trier jedoch wurde die „Liberale Partei" (LP) des Rheinlandes aus der Taufe gehoben. Diese unterhielt im Unterschied zum SV gute Beziehungen zu den übrigen liberalen Parteiorganisationen in Deutschland und schickte sich an, auch in der Pfalz Fuß zu fassen. Durch ein Fusionsabkommen wurde die Konkurrenz der beiden Parteien im April 1947 beendet. SV und LP gingen in der „Demokratischen Partei Rheinland-Pfalz" auf. Im April 1948 fand der erste Landesparteitag dieser Organisation statt.

Ebenso wie bei CDU und SPD hatte sich bei den Liberalen in Berlin sehr früh eine Parteiorganisation gebildet, die einen gesamtdeutschen Führungsanspruch für das Reich hatte. Die ehemaligen DDP-Minister *Wilhem Külz* und *Eugen Schiffer* gründeten am 16. Juni 1945 die „Deutsche Demokratische Partei" wieder. Deren Name wurde jedoch danach in „Liberal-Demokratische Partei Deutschlands" (LDP) geändert. In ihrem Gründungsaufruf sprach sich diese Partei für eine strikt markwirtschaftliche Ordnung aus.

> „Die Erhaltung ... des Privateigentums und der freien Wirtschaft ist die Voraussetzung für die Initiative und erfolgreiche wirtschaftliche Betätigung."[44]

Obwohl durch die sowjetische Lizenzierungspolitik frühzeitig aufgestellt, konnte die LDP ihren Führungsanspruch in den Westzonen nicht durchsetzen. Es erging ihr dabei ebenso wie den Berliner Initiativen der SPD und der CDU. Das hatte zu tun mit vielerorts bestehenden Ressentiments „gegen Berlin" und Zentralismus. Entscheidend für die Abweisung der LDP war jedoch, dass diese sich der am 14. Juli 1945 gegründeten „Einheitsfront der antifaschistischen demokratischen Parteien" angeschlossen hatte. Dieser Zusammenschluss von KPD, SPD, CDU und LDP – dem sich letztere wohl gar nicht hätte entziehen können – war von den Sowjets forciert worden. Auch war die Unterstützung der von ihnen rasch zugelassenen Parteien durch die Sowjets offensichtlich: So konnte sich die LDP mit der Zeitschrift „Der Morgen" ein Parteiorgan zulegen, und im April 1946 hatte sie schon

[44] Walter Tornim, Geschichte der deutschen Parteien seit 1848, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966, S. 249

100.000 Mitglieder. Im Westen wurde diese „Blockpolitik“ beargwöhnt und als Abhängigkeit von den Kommunisten gesehen. Das diskreditierte die in Berlin geschaffenen „Reichsgeschäftsstellen“.

In der sowjetischen Besatzungszone allerdings hatte die LDP Erfolge. Im Juli 1945 wurde in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg/Vorpommern und Brandenburg mit dem Aufbau von Landesverbänden begonnen. Auch dort verfolgte die Partei ihre privatwirtschaftliche Linie weiter. Bei den Landtagswahlen im Oktober vereinte sie 2,4 Millionen Wähler auf ihre Listen und überflügelte damit knapp die CDU. In Sachsen-Anhalt stellte sie mit dem ehemaligen DDP-Politiker *Karl Hübener* den Ministerpräsidenten. Auf kommunaler Ebene war die LDP in Thüringen und Sachsen vielfach führende Partei.

Die liberalen Parteigründungen in Deutschland fußten nicht unbedingt auf einem durchgängig entwickelten Verständnis der aktuellen Liberalismusziele wie sie sich im Nachhinein mit den Stichworten „Marktwirtschaft“, „Nationalismus“ und „Antiklerikalismus“ erkennen lassen. Vielmehr wurde regional unterschiedlich das eine oder andere Ziel `mal fragmentarisch, `mal radikal formuliert. Aufs Ganze gesehen wurden die liberalen Neugründungen durch folgende Umstände begünstigt:

- Es existierten regional begrenzte politische Kulturen als liberale Traditionszonen.
- Bei der Neugründung politischer Parteien orientierten sich die Akteure am Parteiensystem vor der NS-Zeit, und liberale Parteien hatten dazu gehört.
- Die Lizenzierungspolitik orientierte sich ebenfalls am Weimarer Parteiensystem und brachte den Liberalen neben der CDU, der SPD und den Kommunisten „Startvorteile“.
- Besonders in Kreisen der großbürgerlichen Intelligenz herrschte Misstrauen gegen die christliche Integrationsidee der CDU und CSU.
- Im bürgerlichen Lager gab es unbedingte Ablehnungen jeglicher sozialistischer oder sozialdemokratischer Politik, was auch für den in der Union organisierten christlichen Sozialismus galt.
- Alle Liberalen gleichermaßen waren Marktwirtschaftler und sahen die Marktwirtschaft durch alle anderen Parteien gefährdet.

So vielfältig sich das liberale Lager nach 1945 auch gestaltete: Erst das allmähliche Erwachen des politischen Lebens in der späteren Bundesrepublik von unten nach oben ohne zunächst klar auszumachende politische Zentrale ist der Grund dafür, dass der organisierte Liberalismus nicht sofort wieder in 2 Lager zerfiel, wie es der deutschen Tradition entsprochen hätte. Die frühe Autonomie der Landes- und anderen „unteren“ Organisationen ermöglichte eine breite ideologische Spannbreite im liberalen Lager. Es gab keine sich zur Spitze hin verschärfenden Flügelkämpfe. Bis dahin waren Spaltungen bei den liberalen Parteien stets in den Reichstagsfraktionen aufgetreten. Als Bundesparteiorganisation ist die FDP aus der Arbeit in den vorparlamentarischen Gründungsgremien der Bundesrepublik heraus entstanden.

Der separaten Entwicklung der Bundespartei in den Westzonen und in den westlichen Sektoren Berlins war im März 1947 mit der Gründung der „Deutschen Demokratischen Partei“ (DPD) in Rothenburg ob der Tauber der Versuch vorausgegangen, einen gesamtdeutschen Verband zu schaffen. Aber die Parteiorganisationen auf deutschem Boden waren schon zu sehr in die sich anbahnenden globalen Ost-West-Auseinandersetzungen eingebunden, als dass eigenständige gesamtdeutsche Entwicklungen wirklich möglich gewesen wä-

ren. So kam es im Januar 1948 auch zum Bruch zwischen den west- und den ostdeutschen liberalen Politikern.

Die DPD ist die einzige gesamtdeutsche Parteiorganisation geblieben, die sich mit einiger Effektivität nach 1945 gebildet hatte. Gleichberechte Vorsitzende waren *Theodor Heuss* für die Westzonen und *Wilhelm Külz* für die sowjetische Besatzungszone. Auch die Geschäftsführerpositionen wurden entsprechend paritätisch besetzt mit *Artur Lieutnant* und *Ernst Mayer*. Es wurden Redneraustausche organisiert. So sprach bei einem Parteitag der LDP in Eisenach *Theodor Heuss.* Auch *Franz Blücher* und *August Martin Euler* waren anwesend. Darüber hinaus wurden in Frankfurt am Main und in Berlin „Verbindungsstellen der DPD" eingerichtet. Auslöser für den Verfall der DPD wurde jedoch die Teilnahme von *Wilhelm Külz* an dem von der SED in Berlin organisierten „1. Deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden" am 6. Dezember 1947. Für die Ost-CDU hatte *Jakob Kaiser* die Teilnahme abgelehnt. *Külz* jedoch war der Meinung, dass sich hier gesamtdeutsche Perspektiven eröffnen würden. Diese Haltung missbilligte der Hauptausschuss der LDP, ohne jedoch gegen den renommierten Parteiführer irgendwelche Sanktionen auszusprechen oder anzudrohen. Für den 18. Januar 1948 rief *Theodor Heuss* den Gesamtvorstand der DPD nach Frankfurt am Main ein. Mit der Ausnahme von *Külz* erschienen auch die LDP-Vertreter. *Heuss* erklärte: „*Külz`* Beteiligung am Volkskongress war schockierend. Dort wurde der Versucht gemacht, die Blockpolitik auf ganz Deutschland auszudehnen. Die LDP optierte für die russische Auffassung von deutscher Einheit." Die LDP wurde aufgefordert, „die nötigen Folgerungen zu ziehen." Darauf erklärte *Lieutnant* für die LDP, die „weitere Mitarbeit" seiner Partei in der DPD für „zunächst unmöglich". Der Bruch war vollzogen.

Nach dem Tode von *Wilhelm Külz* im April 1948 wurde die LPD in der SBZ in zunehmendem Maße unterdrückt. Es erfolgten zahlreiche Verhaftungen (geschätzte Zahl: 1000), und viele LDP-Mitglieder gingen in den Westen, von denen wiederum ein Teil in der FDP mitarbeiteten. Zu diesen gehörten auch der spätere Bundesvorsitzende *Hans-Dietrich Genscher* sowie der spätere Vorsitzende der Bundestagsfraktion *Wolfgang Mischnick*. Unter dem Druck der Verfolgungen durch das ostdeutsche Sowjetregime beschloss die LDP-Führung 1950 eine „Selbstreinigung". Im Juli 1952 schwenkte die einst extrem marktwirtschaftlich orientierte Partei auf den Kurs der „Mitarbeit am planmäßigen Aufbau des Sozialismus" ein.[45] Mit einer Parteiorganisation, die sich danach in der DDR aus dieser so gleichgeschalteten LDP entwickelt hatte, schloss sich schließlich die westdeutsche FDP im Zuge der Wiedervereinigung zu einer gesamtdeutschen Partei zusammen...

Im Zuge der Auseinandersetzungen in der LDP der sowjetischen Zone vollzog sich seinerzeit auch der Schwenk der Liberalen im Westen Berlins hin zur FDP. Nach einer Hauptausschusssitzung der Gesamt-LDP forderte die Berliner LDP unter ihrem Vorsitzenden *Carl-Hubert Schwenicke* mit überwältigender Mehrheit den Rücktritt von *Wilhelm Külz*. Daraufhin wurde die Westberliner Partei vom Gesamtverband der LDP ausgeschlossen. Sie organisierte sich als Landesverband der FDP (s. Kapitel 3).

Am 10. und 11. Dezember 1948 fand in Heppenheim an der Bergstraße ein „Gesamtvertretertag der liberalen, demokratischen Parteien aus den nicht sowjetisch besetzten Teilen Deutschlands und seiner Hauptstadt Berlin" statt – der Gründungsparteitag der FDP.

[45] Wolfgang Dorn/Harald Hofmann, Geschichte des deutschen Liberalismus, 2. Auflage, Bonn 1976 sowie Heino Kaack, Zur Geschichte und Programmatik der Freien Demokratischen Partei. Grundriss und Materialien, Meisenheim am Glan 1976, S. 12

Das Treffen stand unter dem Motto „Einheit in Freiheit“. Der Ort war gewählt worden, weil es dort – hundert Jahre zuvor 1847 – ein vorrevolutionäres Treffen demokratischer Persönlichkeiten gegeben hatte. Die besondere parteigeschichtliche Bedeutung des Gründungstreffens von 1948 ist darin zu sehen, dass es gelang, das traditionelle Schisma der Liberalen in Deutschland in eine Parteiorganisation zu projizieren. Wenn es auch Liberale gegeben hatte, die sich nun der Union oder vereinzelt auch der SPD zuwandten, so gab es doch nur eine liberale Parteiorganisation und nicht deren mehrere. Innerhalb dieser Organisation waren unterschiedliche Strömungen nun vor allem regional aufgegliedert: Die nationale Tradition entwickelte sich besonders in Hessen und in Nordrhein-Westfalen fort. In Nordrhein-Westfalen wurde die FDP in den fünfziger Jahren zum Sammelbecken politischer Kräfte rechts von der CDU und zum Aktionsfeld ehemaliger Nationalsozialisten. Und Anfang des neuen Jahrhunderts betrieb der NRW-Landesvorsitzende *Jürgen W. Möllemann* einen rechtspopulistischen Kurs für die gesamte Bundespartei. Im Südwesten sowie später vor allem in den Stadtstaaten, kam es zu linksliberalen Ausprägungen – allerdings in gemäßigten Varianten.

Der erste Vorsitzende der FDP, *Theodor Heuss*, betonte in Heppenheim den Gründungscharakter der neuen Partei, die er als „Gesinnungsverband“ bezeichnete,

> „der sich gebunden fühlt durch ein ebenso einfaches wie verwegenes Wort, nämlich, es sind hier Menschen, Männer und Frauen zusammengekommen, die von dem und in dem Glauben an die Freiheit des Menschen leben.“

Heuss berichtete, dass es bei der Vorbereitung des Gründungstreffens Diskussionen gegeben habe, ob der Begriff „liberal“ in den Parteinamen aufgenommen werden solle. Es sei diskutiert worden,

> „ob das Wort `Liberalismus´ dieser Generation noch etwas zu sagen habe oder besser, ob das Wort `Liberalismus´, in dem ein Stück geschichtlichen Erlebens des 19. Jahrhunderts steckt, noch und wieder fruchtbar werden kann, oder ob es diese Gegenwart vielleicht belastet mit Erinnerung an die Zeit, da ein Teil der `Liberalen´ im Kampf gegen Kirchlichkeit sich übte, oder an die Epoche, da vom `Manchestertum´ kein Weg zu einer eigenmächtigen Sozialpolitik führte.“

Deutlich ist der Versuch von *Heuss*, die Grundströmungen des organisierten Liberalismus in die Vergangenheit zu verbannen und für die Zukunft zu vermeiden. Er begründete damit eine Denkrichtung vieler Führungspersonen der FDP bis hin zu *Guido Westerwelle*, der von links oder rechts im Zusammenhang mit Parteiflügeln nichts hören will und verächtlich vom „Bindestrichliberalismus“ spricht.

Heuss jedenfalls votierte für den Namen „Freie Demokratische Partei“ . Hierfür entschieden sich 64 Delegierte, während 25 die auch in Hessen eingeführte Bezeichnung „Liberal-Demokratische Partei“ bevorzugten.[46] Zum Stellvertreter des Bundesvorsitzenden *Theodor Heuss* wurde in Heppenheim *Franz Blücher* gewählt.

Mit der FDP wurde die – einzige – liberale Partei gegründet. Dass das gelungen war, wurde ein Grund für den Erfolg dieser Partei, der darin besteht, dass sie sich über sechzig Jahre hinweg innerhalb des Parteiensystems halten konnte. Als Koalitionspartner der Uni-

[46] Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei (Hg.), Zeugnisse liberaler Politik, 25 Jahre F.D.P., Bonn 1973, S. 13 ff sowie Heino Kaack, a.a.O., S. 12

on, der SPD und zweimal wieder der Union hat sie wesentlichen Anteil am Aufbau und an der Politik des Staates. Sie zählt zu den klassischen deutschen politischen Parteien. Im Unterschied vor allem zur Union ist sie jedoch eine Kleinpartei geblieben. Auch dass Parteivorsitzende der FDP diese gelegentlich als dritte Kraft postulieren, ändert daran nichts.

Strittig ist, ob die anfängliche „Koexistenz" eines demokratischen und eines nationalen Flügels innerhalb der FDP der Partei nützte oder schadete. Klar ist, dass die Beschränkung auf eine Partei für diese von Nutzen war. Für 2 oder mehr liberale Parteien war und ist kein Platz. Die Organisierung unterschiedlicher Strömungen unter einem Dach kann anziehend, aber auch abstoßend sein. Im Falle der FDP verhält es sich so, dass eine innere Vielfalt der Attraktivität der Partei eher gut tut als die Vorherrschaft nur eines Flügels. Das gilt vor allen Dingen, wenn die Flügel regional – also auf Landesverbände – verteilt sind. So lange das „liberale Schisma" sich in einer Organisation fassen lässt, ist das von Vorteil für diese Organisation. Jedoch muss alles im Rahmen bleiben: Sobald ein Flügel zu extrem oder zu dominant wird, schadet das dem Gesamtunternehmen – jedenfalls auf Bundesebene.

2.2 Die Naumann-Affäre

Beim Emser Bundesparteitag 1952 wurde das innere Schisma der FDP auf der Bundesebene erstmals offenbar. Auslöser waren landespolitische Vorgänge im Südwesten. Nach einer Volksabstimmung war im Jahr 1952 aus den Ländern Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden das neue Bundesland Baden-Württemberg geschaffen worden. Wegen der Stimmenverhältnisse im Bundesrat kam der Regierungsbildung in Stuttgart nun besondere Bedeutung zu, weil das Vertragswerk für eine „Europäische Verteidigungsgemeinschaft" (EVG) zur Ratifizierung anstand. Die EVG wurde von der Union befürwortet, während die SPD sie ablehnte. Die FDP ihrerseits versuchte, eine Option für die Wiedervereinigung im Vertragswerk zu verankern. Nach heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen auch unter den südwestdeutschen Liberalen ging schließlich der dortige Sieger, *Reinhold Maier*, in Stuttgart eine SPD/DVP-Koalition ein und wurde am 25. April 1952 deren Ministerpräsident. Einerseits wegen der bundespolitischen Bedeutung dieses Vorganges, andererseits aus ideologischen Motiven löste diese Koalitionsentscheidung vor allem bei den FDP-Landesverbänden Nordrhein-Westfalen und Hessen heftige Gegenreaktionen aus. Der FDP-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, *August Martin Euler*, forderte den Ausschluss der Stuttgarter „Demi-Marxisten" aus der Partei. Die hessische FDP schlug für die südwestdeutsche DVP einen innerparteilichen Sonderstatus vor, wie ihn die CSU gegenüber der CDU besaß. Die Teilnahme der DVP auf dem Bundesparteitag in Bad Ems war im Vorfeld umstritten. Dort jedoch bemühte sich *Reinhold Maier* um Ausgleich und erklärte, die „Volkspartei" sei „schwarz-rot-gold bis auf die Knochen."

Die Politik des Altliberalen *Reinhold Maier*, der 1945 die Amerikaner mit der Bemerkung geärgert hatte, dass sie

> „in Schwaben schon eine Demokratie hatten, bevor *Columbus* Amerika entdeckte",

stand im Gegensatz zu derjenigen der Liberalen in Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Dort wollte man die FDP zur rechten Sammelpartei machen. Dazu berichtet der spätere FDP-Vorsitzende *Erich Mende*:

> „Im Südwesten, dem Traditionsraum des deutschen Liberalismus, waren die Vorstellungen des schwäbischen Liberalismus maßgebend, der von einem tiefen Misstrauen gegen nationale und sozialistische Gedankengänge erfüllt war. In Niedersachen und Rheinland-Westfalen pflegte man den Gedanken, die FDP zu einem nationalen Sammelbecken aller freiheitlichen Kräfte zu machen, die die CDU als betont klerikal und die SPD als marxistische Partei ablehnten."[47]

Aus Nordrhein-Westfalen wurde dem Emser Parteitag ein national-liberales Deutsches Programm (s. Kapitel 7) vorgelegt. Das steigerte die innerparteilichen Spannungen. Einerseits wurde bestritten, dass dieses vom Landesvorsitzenden *Friedrich Middelhauve* eingebrachte Programm überhaupt die hinreichende formale Legitimation des Landesverbandes erhalten hätte, andererseits erschien es den innerparteilichen Gegnern der nordrhein-westfälischen Politik der Sammlung aller Kräfte rechts von der CDU als das programmatische Fundament dieser Ambitionen. So reichte der Landesverband Hamburg ein Gegenprogramm ein, das den Titel „Liberales Manifest der Freien Demokratischen Partei Deutschlands" trug. Entlang der beiden Programmentwürfe diskutierte der Parteitag den Kurskonflikt der FDP. Jedoch wurde keiner der beiden Entwürfe verabschiedet. Das Ergebnis dieser Diskussionen war, dass die FDP – die sich im Bund 1949 eindeutig auf die Seite der CDU/CSU geschlagen hatte – unter bestimmten Umständen auch mit der SPD koalieren könne. Die sozial-liberale Koalition in Stuttgart blieb jedoch vorerst eine Episode.

Für die FDP prägender war zunächst der Versuch einiger Verbände, sich für rechte Wähler und Mitglieder weit zu öffnen. Diese Politik wurde damit gerechtfertigt, dass man den rechten Parteien das Wasser abgraben wolle. Die FDP sollte zum Auffangbecken auch ehemaliger Nationalsozialisten werden. So sollten diese in die parlamentarische Demokratie hineingeführt werden.

Organisierte Kreise ehemaliger Nationalsozialisten vor allem in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen nutzten diese Konstellation aus, um die relativ mitgliederschwache FDP – die aber schon eine der etablierten Parteien der Bundesrepublik war – zu „unterwandern". Vor allem in Nordrhein-Westfalen besetzten ehemalige Nationalsozialisten bis 1953 nach und nach mittlere und höhere Funktionärsposten, besonders Geschäftsführerstellen. Um den Landesvorsitzenden *Friedrich Middelhauve* bildete sich ein Beraterkreis, der auch das Deutsche Programm verfasst hatte und den *Erich Mende* wie folgt charakterisiert: „Zu seinen Mitarbeitern gehörten ehemalige Amtsträger des Nationalsozialismus, die ihn in Kontakt mit dem letzten Staatssekretär des Reichspropagandaministers Dr. *Josef Goebbels*, dem in Düsseldorf in der Wirtschaft tätigen Dr. *Werner Naumann,* gebracht hatten. Auch der Reichskommentator *Hans Fritzsche*, der Bevollmächtigte des Dritten Reiches in Dänemark, Dr. *Werner Best*, und der letzte Intendant des Reichssenders Danzig, *Diewerge*, gehörten zu diesem Kreis..."[48]

Bundeskanzler *Konrad Adenauer*, später Bundespräsident *Theodor Heuss* und die FDP-Politiker *Franz Blücher* sowie *Thomas Dehler* waren durch den Britischen Hochkommissar *Sir Ivone Kirkpatrick* aus britischen Geheimdienstberichten über die konspirativen Vorgänge in der FDP Nordrhein-Westfalen informiert worden.[49] Mit der Verhaftung von *Werner Nau-*

[47] Erich Mende, Die FDP. Daten – Fakten – Hintergründe, Stuttgart 1972, S. 80
[48] Erich Mende, a.a.O., S. 81
[49] Am 14.11.1953 teilte Kirkpatrick dem Foreign Office mit: „I saw the Chancellor tonight and informed him of our plan...He was interestet, thanked me for the communication, expressed his approval of the operation and wished me luck. He explecitly promised to tell nobody". S. Adenauer – Heuss. Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949 - 1959. Bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1999, S. 392

mann und anderen wurde die „*Naumann*-Affäre“ 1953 publik. Die Verhaftungen lösten endlose innerparteiliche Diskussionen aus. In Führungskreisen der Partei wurden besonders Dr. *Ernst Achenbach*, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses der FDP und *Wolfgang Döring*, Landesgeschäftsführer, kritisiert. *Achenbach*, FDP-Landtagsabgeordneter, war von 1936 bis 1944 Beamter im auswärtigen Dienst gewesen. Der 1919 geborene *Wolfgang Döring* war im Krieg Berufsoffizier. Er hatte die Politik *Friedrich Middelhauves* unterstützt, weil er „die Tore weit nach rechts öffnen <wollte>, um Millionen enttäuschter, aber gutgläubiger Nationalisten und Soldaten für die liberale Partei zu gewinnen.“[50]

Zur Untersuchung der „*Naumann*-Affäre“ setzte der Bundesvorstand eine Kommission ein, die *Achenbach* vom Außenpolitischen Ausschuss der Partei abberief, *Wolfgang Döring* die Befähigung für das Amt des Landesgeschäftsführers absprach und das politische Verhalten von *Friedrich Middelhauve* missbilligte. Der Bundesvorstand proklamierte schließlich „Wachsamkeit gegen jeden Unterwanderungsversuch“, aber das Parteimitteilungsblatt „freie demokratische korrespondenz“ (fdk) wehrte sich „gegen die anachronistischen Überbleibsel eines unzeitgemäßen Siegerrechtes.“ Zu den Bundestagswahlen 1953 wurde *Franz Blücher* als Spitzenkandidat der FDP in Nordrhein-Westfalen nominiert, und der als Kritiker *Friedrich Middelhauves* geltende *Erich Mende* rückte zum stellvertretenden Landesvorsitzenden auf.

Die zeitliche Nähe der Bekanntgabe der „*Naumann*-Affäre“ zur Bundestagswahl 1953 lässt den Verdacht aufkommen, dass *Konrad Adenauer* der Vorgang zupass gekommen sein könnte, denn die CDU entfaltete gegen die kleineren Parteien eine große Integrationskraft, in deren Feld auch die FDP zu geraten drohte. Andererseits bekundete der Bundeskanzler gegenüber dem Bundespräsidenten „seine Sorge um den inneren Bestand der FDP.“[51] Gerade diese Konstellation jedoch schien für die FDP das Motiv gewesen zu sein, sich um eine Lösung ihrer innerparteilichen Probleme zu bemühen und der Öffentlichkeit trotz allem das Bild einer halbwegs geschlossenen Partei zu präsentieren.

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Regierungsbildung in Stuttgart wie um die „*Naumann*-Affäre“ belegen trotz aller Spannungen innerhalb der FDP eine beachtliche Kohärenz. Die Gründe hierfür liegen zum einen im abschreckenden Beispiel des Niedergangs der Liberalen in der Weimarer Zeit aufgrund ihrer Spaltungen und zum anderen in der Sogkraft der Union, gegen die sich die größte unter den kleinen Parteien wehrte.

Weiterhin ermöglichte die „*Naumann*-Affäre“ gerade in Nordrhein-Westfalen einer Gruppe jüngerer und technokratisch orientierten Nachwuchspolitikern, sich nach vorne zu schieben. Die „Jungtürken“[52] um *Erich Mende*, *Willy Weyer*, *Walter Scheel* und auch *Wolfgang Döring* – jeder von ihnen hat die Partei später noch erheblich beeinflusst – rückten in Entscheidungspositionen vor und verdrängten die demokratischen oder nationalen Altliberalen.

Schließlich offenbarte die „*Naumann*-Affäre“ eine tatsächliche oder immer wieder vermutete Eigenschaft der FDP: deren Unterwanderbarkeit. Lange nach der Gruppe *Naumann* strebten 1969 einige „68er“ in die Partei, um deren sozial-liberalen Kurs zu festigen. Bei der Wende zurück zur Union 1982 waren es „Maler und Makler“, welche die FDP

[50] Erich Mende, a.a.O., S. 82
[51] s. Adenauer – Heuss, a.a.O., S. 119
[52] In Anlehnung an die 1876 gegründete nationaltürkische Reformpartei westlicher Orientierung gewählte Bezeichnung für eine reformfreudige junge Gruppe in einer politischen Partei.

zugunsten der CDU einnehmen wollten. In den neunziger Jahren versuchten mehrere Gruppen, die bei Wahlen zunehmend erfolglose FDP durch „Eintrittswellen“ auf die Linie der in Österreich damals erfolgreichen FPÖ des *Jörg Haider* zu bringen. Und 1998 waren es Studenten, die durch eine gezielte Anwerbung von Kommilitonen als FDP-Mitglieder im Rahmen des „Projektes Absolute Mehrheit“ (PAM) die FDP übernehmen und auf einen Reformkurs in der Bildungspolitik zwingen wollten. All diese Übernahmeversuche brachten die Neumitglieder nicht in Führungspositionen. Aber sie führten der FDP neue Mitglieder zu und trugen zu gewissen Kurskorrekturen der Partei bei.

2.3 Der Saar-Konflikt und die Abspaltung

Bei der Bundestagswahl 1953 erzielte die FDP 9,5% – ein für sie enttäuschendes Ergebnis. Als Ursachen wurden die vorausgegangenen innerparteilichen Konflikte und die Intervention der Briten gesehen. Generell schien die Partei in den Sog *Konrad Adenauers* und der CDU geraten zu sein. Stimmen nach einer stärkeren Eigenprofilierung der FDP innerhalb des Koalitionslagers wurden laut. Der sich zunehmend von *Adenauer* entfremdende erste Justizminister der Bundesrepublik, *Thomas Dehler*, kam nicht wieder ins Kabinett und wurde statt dessen gegen den Widerstand des bisherigen Amtsinhabers *Franz Blücher* auf dem Wiesbadener Parteitag 1954 zum Bundesvorsitzenden der FDP gewählt. *Dehler* wurde hierin unterstützt von *Friedrich Middelhauve* und *Reinhold Maier*. Mit *Dehler* hatte sich die FDP für eine Strategie des Konfliktes mit dem größeren Koalitionspartner entschieden. Man hatte gehofft, so das Überleben der Partei sichern zu können. Diese Konfliktstrategie jedoch sollte der FDP entgleiten, zum Koalitionsbruch sowie zur ersten Existenzkrise der Partei führen.

Ausgang der Krise waren anstehende Entscheidungen gesamtstaatlicher Relevanz im Parlament und in der Regierung. In der FDP riss ein Graben auf zwischen einem gouvernementalen und einem oppositionellen Flügel. So war es schon beim Preußischen Verfassungskonflikt gewesen, als infolge der gewonnenen Kriege von 1864 und 1866 ein Teil der Liberalen in Euphorie verfiel und der Indemnitätsvorlage *Bismarcks* zustimmte: „Die Folge war, dass sich der Liberalismus in einen gouvernementalen und einen oppositionellen Flügel spaltete, ein Vorgang, der sich in der Geschichte der liberalen Parteien mehrmals wiederholte.“[53]

Konrad Adenauer hatte 1953 auch den „Gesamtdeutschen Block/BHE“ in die Regierung genommen, um eine verfassungsändernde Mehrheit für die anstehenden Wehrgesetze zu sichern. Die so entstandene Viererkoalition – CDU/CSU, FDP, DP, BHE – war jedoch von starken inneren Spannungen geprägt. Hauptstreitpunkte waren *Adenauers* Saarpolitik und das Wahlrecht. Der Bundeskanzler hatte einer Europäisierung des damals nicht zur Bundesrepublik gehörenden Saargebietes zugestimmt. Innerhalb der Koalition stieß er damit auf Widerstand bei dem BHE und bei der national eingestellten FDP. Schon im November 1953 drohte der neue FDP-Vorsitzende *Thomas Dehler*, die FDP könne wegen der Saarpolitik die Koalition verlassen.

Zusätzlich zum Saarkonflikt kam in der Mitte der Legislaturperiode ein weiterer Streitpunkt auf die Tagesordnung: das Wahlrecht. Der Parlamentarische Rat hatte in dieser

[53] Walter Tormin, Geschichte der deutschen Parteien seit 1848, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966, S. 57

Frage viele Einzelheiten einer späteren Regelung überlassen. 1953 legte eine vom Bundesinnenministerium berufene Kommission nun detailliertere Vorschläge vor. Zur gleichen Zeit präsentierten die SPD- und die FDP-Fraktion sowie eine Gruppe von CDU/CSU-Politikern um *Richard Stücklen* und *Paul Lücke* jeweils eigene Entwürfe. Die SPD war für Verhältniswahlen und Landeslisten. Die FDP forderte eine Verschärfung der Sperrklausel auf 5%, und die CDU/CSU-Politiker waren für ein relatives Mehrheitswahlrecht.

Die Hoffnung der FDP war es offensichtlich, durch die 5%-Grenze ihre unmittelbaren Konkurrenten im Bürgerblock – die DP und den BHE – zu eliminieren. Die DP plädierte sogar für die absolute Mehrheitswahl – wohl in der Hoffnung, in ihren regionalen Hochburgen in Niedersachen bestehen zu können. Hans Fenske berichtet über den weiteren Verlauf der Beratungen im Deutschen Bundestag: „Im Ausschuss beantragten CDU/CSU und DP dann im Dezember 1955, 60% der Abgeordneten direkt und 40 über eine Liste wählen zu lassen und die direkt gewählten Abgeordneten nicht mehr in den Verhältnisausgleich mit einzubeziehen. Dieser Vorschlag ist als Grabensystem bekannt geworden, weil zwischen beiden Ermittlungsmodalitäten ein tiefer Graben gezogen werden sollte. Er löste vor allem bei den kleineren Parteien helle Empörung aus. In der FDP brachte er die seit langem latente Unzufriedenheit mit der CDU zum vollen Ausbruch.“[54]

Adenauer nun brachte die Wahlrechts- und die Saarfrage miteinander in Verbindung. Im November 1954 drohte der Kanzler, bei einer Ablehnung des Saarstatuts durch die FDP müsse diese aus der Koalition ausscheiden, und es würde das Mehrheitswahlrecht eingeführt. Daraufhin machte der FDP-Vorsitzende *Dehler* die Zustimmung seiner Partei zu den ebenfalls anstehenden Wehrgesetzen von einer für seine Partei befriedigenden Lösung der Wahlrechtsfrage abhängig. Zugleich verwies er auf die in Bayern seit Dezember 1954 gegen die CSU regierende Viererkoalition aus SPD, FDP, Bayernpartei und BHE. In noch 6 weiteren Bundesländern – so *Thomas Dehler* – ließe sich die CDU mit Hilfe der SPD in die Opposition drängen. Dadurch wurde die für das Wahlrecht notwendige Mehrheit im Bundesrat verhindert. Diese Intervention bewog *Konrad Adenauer* schließlich, seinen Wahlrechtsentwurf zurückzuziehen.

Über das Saarabkommen wurde im Bundeskabinett im November 1954 abgestimmt. Die 4 FDP-Minister stimmten nicht zu, BHE und DP hatten Vorbehalte. Bei der Abstimmung im Bundestag im Februar 1955 stimmte die FDP-Fraktion ihrerseits gegen das Saarabkommen, ebenso der BHE. Das Statut selber wurde bei einer Abstimmung am 23. Oktober 1955 in einer Volksabstimmung im Saarland mit 2/3-Mehrheit verworfen.

Diese Vorgänge führten zur Auflösung der Koalition. Während die Bundesminister des „Gesamtdeutschen Blocks/BHE“, *Theodor Oberländer* und *Waldemar Kraft*, sowie 5 Abgeordnete zur CDU wechselten, traten 2 Abgeordnete zur FDP über, und die restliche BHE-Fraktion ging in die Opposition. Der Bruch zwischen der CDU/CSU aber und der FDP wurde eingeleitet, als entsprechend der seinerzeitigen Ankündigung *Thomas Dehlers* im Februar 1956 der CDU-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, *Karl Arnold*, durch ein von SPD und FDP getragenes konstruktives Misstrauensvotum von dem Sozialdemokraten *Fritz Steinhoff* abgelöst wurde. Dieser Wechsel im größten Bundesland war von den Jungtürken der FDP herbeigeführt worden. Als Gründe für den Regierungswechsel wurden ausschließlich bundespolitische Argumente angeführt: Die CDU wolle ihren Koalitionspartner FDP zerstören; sie wolle das Grabenwahlsystem einführen und in der Saarfrage

[54] Hans Fenske, Strukturprobleme der deutschen Parteiengeschichte. Wahlrecht und Parteiensystem vom Vormärz bis heute, Frankfurt a.M. 1974, S. 198

deutsche Interessen aufgeben. Durch den Regierungswechsel in Düsseldorf verlor die Regierungskoalition im Bundesrat ihre Zweidrittelmehrheit.

Die Aktion der Jungtürken löste in der FDP erhebliche Turbulenzen aus. *Friedrich Middelhauve*, der Ziehvater der Nachwuchspolitiker, legte aus Protest seine Parteiämter nieder. 16 Bundestagsabgeordnete mit den Bundesministern *Blücher*, *Neumayer*, *Preusker* und *Schäfer* an der Spitze traten aus der Partei aus und bildeten eine „Demokratische Arbeitsgemeinschaft". In Hessen, wo sich *August Martin Euler* und in Berlin, wo sich *Carl-Hubert Schwenicke* den Dissidenten anschlossen, kam es zu – allerdings regional begrenzten – heftigen Parteikrisen. In Bonn regierte *Adenauer* mit der abgespaltenen Gruppe weiter. Die FDP ging wie der BHE in die Opposition.

In den Auseinandersetzungen mit der Union hatte die Rest-FDP zwar ihre Unabhängigkeit gewahrt, war aber in die erste ihrer existenziellen Krisen geraten. Es gab Abspaltungen, regionale Auflösungstendenzen und Resignationen. Die FDP war in der Gefahr, in einem an die Substanz gehenden Erosionsprozess von der ausgreifenden Volkspartei CDU/CSU aufgesogen zu werden. So ist es verständlich, dass der Wunsch nach einer parteipolitischen, vor allem programmatischen, Profilierung wuchs.

2.4 Zum ersten Mal in der Opposition

Ihrem Selbstverständnis nach ist die FDP eine Partei fürs Regieren, nicht für die Opposition. Dennoch geriet sie 3 mal in die Opposition: Ende der fünfziger Jahre, während der Großen Koalition 1966 bis 1969 und nach der Bundestagswahl 1998. Gemeinhin gelten Oppositionsphasen für politische Parteien die Chance auf Reform und Reorganisation. So justierte die Oppositionspartei SPD 1959 mit dem Godesberger Grundsatzprogramm ihre Ausrichtung und wandelte sich von der Arbeiter- zur Reformpartei. Die Oppositionszeit der CDU von 1969 bis 1982 nutzte diese, um sich von der Honoratioren- und Kanzlerpartei zur modernen Massen- und Apparatpartei zu wandeln. Beide innerparteilichen Reformprozesse waren notwendige Vorstufen dafür, dass die jeweiligen Parteien schließlich wieder an die Macht kamen. So ist die Frage interessant, ob auch die FDP ihre Oppositionsphasen für Reformen genutzt hat.

Nach dem Zerwürfnis mit der Union wegen der Saar- und der Wahlrechtspolitik drohten der FDP Zerreißproblem und Abspaltungen. Auf dem Würzburger Parteitag 1956 wurden die Dissidenten beim Konflikt mit der Union aus der Partei ausgeschlossen. Sie gründeten später die am Ende erfolglose „Freie Volkspartei" (FVP). *Thomas Dehler* indes wurde als Vorsitzender bestätigt. In der Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms dokumentierte sich das Bedürfnis nach Reform. Als Berliner Programm wurde es 1957 verabschiedet. Grundidee dieses Dokumentes war, die FDP als dritte Kraft oder liberale Mitte im Parteiensystem zu etablieren. Es hatte den Anschein, als sei diese Beschreibung der politischen Lage der Partei zwischen 1957 und 1961 angemessen: Zwar hatte sich die FDP mit der Absicht der Selbsterhaltung von ihrem bisher „natürlichen" Koalitionspartner CDU/CSU gelöst, aber als möglicher Bündnispartner der Sozialdemokraten auf der Bundesebene fühlte sie sich deshalb noch lange nicht. Noch immer lagen ihre koalitionspolitischen Präferenzen eindeutig bei der Union. Programmatisch aber gab es Annäherungen an die SPD. Vor allem bei der innerdeutschen und der europäischen Ostpolitik begannen jetzt das nationale Ziel der Wiedervereinigung fokussierende Diskussionen, die das Terrain für die spätere

sozial-liberale Ostpolitik vorbereiteten. Die gesamteuropäischen Überlegungen des früheren schwäbischen Bundestagsabgeordneten und späteren ersten Botschafters der Bundesrepublik in Jugoslawien, *Karl Georg Pfleiderer*, wurden ernsthaft in der Partei diskutiert. *Pfleiderer* hatte bereits 1952 ein europäisches Sicherheitssystem unter Berücksichtigung der Interessen der Sowjetunion mit einem ohne die polnischen Westgebiete hierin fest integrierten Gesamtdeutschland angeregt. Weiterhin wurden Kontakte zur LDP in Ost-Berlin wieder aufgenommen. Nach Absicherung bei den anderen Bundestagsparteien, bei der Bundesregierung sowie beim Bundesnachrichtendienst, reiste der Landtagsabgeordnete und Landesgeschäftsführer der FDP Nordrhein-Westfalen – der nach der *Naumann*-Affäre wieder rehabilitierte *Wolfgang Döring* – zur Parteizentrale der ostdeutschen LDP. Ziel war ein Redneraustausch zwischen beiden Parteien. In der Tat kam es am 22. Juli 1956 in Garmisch-Partenkirchen und am 5. Oktober 1956 in Weimar zu Zusammenkünften zwischen FDP- und LDP-Politikern. Deren Bekanntwerden erregte größte publizistische Aufmerksamkeit. Die Treffen entfalteten jedoch keine politische Wirksamkeit. Das lag zum einen an Unsicherheiten, Halbherzigkeiten und jeweiligen politischen Einbindungen der Akteure, zum anderen daran, dass der Aufstand in Ungarn im Oktober 1956 und die folgende Intervention der Sowjets die notwendigen klimatischen Rahmenbedingungen des Vorhabens zerstörten.

Dass jedoch nicht nur das Streben nach Profilierung und zukunftsweisendes Denken die Situation der FDP in der Oppositionszeit nach 1956 bestimmten, sondern auch Resignation und Unsicherheit, zeigte sich vor allem daran, dass *Thomas Dehler* als Vorsitzender der Partei immer umstrittener wurde. So hatte es beispielsweise große Empörung in der nordrhein-westfälischen FDP gegeben, als *Thomas Dehler* in einer Bundestagsdebatte über die Ereignisse in Ungarn am 8. November 1956 in Anspielung auf die CDU/CSU darauf hinwies, dass das katholische Österreich 1849 ebenfalls die Russen geholt habe, um einen ungarischen Freiheitsaufstand niederzuschlagen. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen ergriff schließlich die Initiative gegen *Thomas Dehler* und trug *Reinhold Maier*, der damals 70 Jahre alt war, den Bundesvorsitz an. Nach dem „Verzicht“ *Thomas Dehlers* auf die Wiederwahl – im Verlauf der Debatten soll er *Reinhold Maier* angeblich ein langjähriges „Du“ aufgekündigt haben – wurde *Reinhold Maier* auf dem Bundesparteitag 1957 zum Bundesvorsitzenden gewählt. Der kommende Mann aber war *Erich Mende*, der wieder Stellvertreter wurde, nachdem er schon in Würzburg in einer Kampfkandidatur gegen *Middelhauve* dieses Amt erobert hatte. *Reinhold Maier* war eine Übergangsfigur, denn schon im Januar 1960 – rechtzeitig zur Bundestagswahl 1961 – wurde der 43-jährige *Erich Mende* in Stuttgart zum Bundesvorsitzenden gewählt. Mit Unterstützung des aus dem Amt geschiedenen Bundespräsidenten *Theodor Heuss* – eine Wahlparole lautete: „In seinem Geist mit neuer Kraft“ – zog *Erich Mende* in den personalisierten Bundestagswahlkampf 1961.

Die FDP hatte in ihrer ersten Oppositionszeit eine programmatische und personelle Neuorientierung erreicht. Nach dem Bruch mit der Union war sie auch vom Odium befreit, ein Satellit der CDU/CSU zu sein. Aber eine dritte Kraft neben den Christ- und Sozialdemokraten wurde sie nicht: Zu sehr war die Partei sozialstrukturell bei Besitz und Bildung – also im „bürgerlichen“ Lager – verankert. Dort konnte sie sich auch nicht aus der Position der kleinen Partei lösen und zur Volkspartei aufschließen. So war es nur folgerichtig, dass sich die FDP mit ihrem relativ jungen Spitzenkandidaten *Erich Mende* mühte, sich das mittlerweile auch in bürgerlichen Kreisen aufgestaute Misstrauen gegen den greisen Bundeskanzler *Konrad Adenauer* zunutze zu machen. Mit der CDU – aber ohne *Konrad Ade-*

nauer, lautete die Devise, mit der die Kampagne geführt wurde. Die dritte Kraft kehrte mithin an die Seite des alten Partners zurück mit dem Versprechen der Verjüngung.[55] So als liberales Korrektiv auftretend erzielte die FDP 1961 ihr bis 2009 bestes Bundestagswahlergebnis mit 12,8% der Wählerstimmen.

In der ersten Oppositionszeit ist der FDP eine Parteireform nur an der Oberfläche gelungen: Neues Führungspersonal setzte sich durch und ein Parteiprogramm wurde verabschiedet, dessen Grundidee von der „Dritten Kraft" sich am Ende als illusorisch erwies. Es ist erstaunlich, dass die FDP aus dieser Zeit wenig gelernt hat und nach 1998 – erneut in der Opposition – von „gleicher Augenhöhe" mit den Großparteien träumte und sogar für die Kampagne 2002 einen eigenen „Kanzlerkandidaten" aufstellte. Nach dem Wahlergebnis 2009 gar überschätzte sich die FDP anfangs und sah sich gleichwertig neben der CDU/CSU. Mit der Realität hatten die Kompensationsträume weg von der Kleinpartei nichts zu tun. Diese Träume sind nur zu verstehen als Beleg für die Fehleinschätzung des deutschen Parteiensystems durch führende Funktionäre der FDP. Diese Fehleinschätzung beruht darauf, dass ihnen die Systemfunktion der FDP als Korrektiv einer der Großparteien nicht bedeutend genug erscheint.

2.5 Mit dem Umfall in die Koalition

Nach der Bundestagswahl 1961 zeigte sich, dass die FDP ihr Versprechen – das ihr ein so gutes Wahlergebnis gebracht hatte – nicht erfüllen konnte. Obwohl er auch in der eigenen Partei nicht mehr unumstritten war, nominierte die CDU *Konrad Adenauer* erneut als Kanzler. Die FDP lehnte zunächst ab, und *Franz Josef Strauß* erklärte für die CSU, diese wolle *Ludwig Erhard* als Bundeskanzler. Andererseits bestand Einigkeit darüber, dass die Koalition aus CDU/CSU und FDP bestehen sollte. Dennoch bezog *Adenauer* erstmals die SPD in das Spiel mit ein. Er wollte damit seine Gegenspieler im bürgerlichen Lager zum Nachgeben zwingen. Der FDP-Vorsitzende *Erich Mende* verfügte nicht über die gleiche Manövrierfähigkeit wie der „Alte", weil er sich von vornherein gegen eine Koalition mit der SPD festgelegt hatte.

Konrad Adenauer gelang es daraufhin, sich in der CDU/CSU-Gesamtfraktion mit dem Konzept einer befristeten Kanzlerschaft durchzusetzen. Damit stand fest, dass *Konrad Adenauer* wieder Kanzler werden würde. In dieser Situation proklamierte die bedrängte FDP eine „neue Lage", da die CDU/CSU-Fraktion kapituliert habe und die Gefahr einer Großen Koalition bestünde. Außerdem habe *Ludwig Erhard* die Kanzlerschaft ausgeschlagen. Ohne *Erich Mende* als Minister ging die FDP nun doch in die Koalitionsregierung unter einer allerdings zeitlich begrenzten Kanzlerschaft *Konrad Adenauers*. Dieses Einschwenken wurde in der politischen Öffentlichkeit als der klassische Umfall der FDP bezeichnet. Die Struktur dieser Konstellation ist deutlich: Als kleinerer Partner in einer Koalition wird die FDP einerseits immer wieder zum Nachgeben gedrängt. Andererseits aber wird sie genau dies aus Profilierungsbestreben immer wieder zu verhindern suchen.

Die Koalition von 1961 war durch die befristete Kanzlerschaft *Konrad Adenauers* und die innerhalb wie außerhalb der CDU geführte Diskussion über das „Ende der Ära *Adenauer*" von Anfang an schwach. Hinzu kam, dass die Bundesrepublik ihre Aufbauphase abge-

[55] Auch zwischen den Lagern war Verjüngung das Thema der Kampagne 1961, denn für die SPD trat der junge Regierende Bürgermeister von Berlin, *Willy Brandt*, *Konrad Adenauer* als Kanzlerkandidat der SPD entgegen.

schlossen hatte und das Bild einer „heilen Republik“ mehr und mehr einer kritischen Optik wich. Die Wiedervereinigungspolitik der CDU/CSU schien mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 endgültig gescheitert. Die „Spiegel“-Affäre offenbarte Widersprüche in der politischen Struktur des Staates: Die Lücke zwischen dem demokratischen Anspruch und einer autoritär-etatistischen Regierungspraxis wurde offenbar. Zudem wurden die Grenzen des Wirtschaftswunders sichtbar. Der Koalitionsstreit um Steuererhöhungen im Jahre 1966 förderte die Erkenntnis zutage, dass die Republik nicht auf Ewigkeit im ökonomischen Aufschwung leben würde. In der Flaute des Jahres 1967 bestätigte sich dies.

Für die Koalition selber wurde die „Spiegel“-Affäre Anlass für tiefgehende Auseinandersetzungen. Nach anfänglicher Loyalität und einigem Zögern kritisierte die FDP stärker noch als die SPD-Opposition das rechtsstaatlich anrüchige Vorgehen des Bundeskanzlers und besonders seines Ministers *Franz Josef Strauß* gegen den Herausgeber und Redakteure des „Spiegels“. Die Rede von *Wolfgang Döring* vor dem Bundestag am 7. November 1962, in der er *Konrad Adenauer* beschuldigte, er habe gegen die Prinzipien des Rechtsstaates verstoßen, wirkte als Auslöser für das Ausscheiden der FDP-Minister aus der Regierung.[56] Damit einher ging die Demission des CSU-Ministers *Franz Josef Strauß*, der das Parlament hinter das Licht geführt hatte.

In der „Spiegel“-Krise hatte sich die FDP als Partei der Rechtsstaatlichkeit präsentiert – eine Sternstunde für den organisierten Liberalismus. Ein neuer und besonders für die FDP günstiger Anfang erschien möglich, als – was viele Zeitgenossen nicht erwartet hatten – *Konrad Adenauer* 1963 tatsächlich als Bundeskanzler abtrat und seinem ungeliebten Nachfolger *Ludwig Erhard* Platz machte. Der war der Wunschkanzler der Liberalen, und *Erich Mende* trat nun als Vizekanzler in die Regierung ein. Doch schon bald entbrannte ein neuer Streit zwischen den Koalitionsparteien: Es ging um die Verjährung von NS-Verbrechen. Die FDP wandte sich im Gegensatz zur Mehrheit der CDU/CSU und zur SPD dagegen, die eigentlich anstehende Verjährung aufzuheben. Die FDP bezog damit einen rigoros rechtspositivistischen Standpunkt, konnte sich aber nicht durchsetzen, so dass ihr Bundesjustizminister *Ewald Bucher* zurücktrat.

Ohne wesentliches Zutun der etablierten Parteiführer – teilweise sogar gegen deren Widerstand – entwickelten sich innerhalb der Parteiorganisation der FDP in dieser Zeit eigene Vorstellungen in der Bildungs- und Deutschlandpolitik, die sich mehr und mehr denen der SPD annäherten. In der Steuerpolitik kam es 1966 zu einem Streit mit der Union. Die FDP hatte sich mit Parteitagsbeschlüssen gegen Erhöhungen ausgesprochen und sich entschlossen – mit Blick auf ihre Wähler –, in dieser Frage keineswegs nachzugeben. Dennoch wurde im Kabinett ein Kompromiss erarbeitet, der in der Presse sofort als weiterer Umfall der FDP kommentiert wurde. Dies empfand die FDP-Fraktion als so gravierend, dass sie – wegen Tabak- und Branntweinsteuern! – 1966 aus der Koalition austrat und damit unfreiwillig den Weg für die Große Koalition freimachte.[57] In der Union hatte sich

[56] Zwei Monate nach seiner Rede starb der noch junge *Döring* an einem Herzinfarkt. Über Parteigrenzen hinweg löste das Betroffenheit aus.

[57] In der Erinnerung des damaligen FDP-Vorsitzenden *Erich Mende* liest sich der Vorgang so: „Die FDP hatte sich...auf dem Bundesparteitag in Nürnberg im Juli 1966 gegen Steuererhöhungen festgelegt. Auf ausdrücklichen Beschluss des Bundesvorstandes enthielt meine Programmrede den Hinweis, dass die Bundesregierung bei Steuererhöhungen nicht auf die Stimmen der FDP rechnen könne. Als schließlich zum Ausgleich des Haushalts 1967 geringfügige Steuererhöhungen bei Tabak und Branntwein in Aussicht genommen wurden, war das für einige Heißsporne der Anlass, die vier Minister am 27. Oktober 1966 aus dem Kabinett *Erhard* zurückzuziehen. Der lauteste Rufer der Aufkündigung der Koalition mit der CDU/CSU war damals schon *Walter Scheel*, der 1961 in

derweil schon die Fronde gegen *Ludwig Erhard* formiert. Ihr neuer Mann hieß *Kurt-Georg Kiesinger*.

Die Neuauflage der „bürgerlichen" Koalition 1961 verfügte über eine schwache und schwindende Basis. Gegenüber den fünfziger Jahren hatten sich die Rahmenbedingungen verändert: Die SPD wandelte sich zu einer sozialreformerischen Partei und war koalitionsfähig geworden. Die Institutionen der Politik und der Wirtschaft hatten sich etabliert – die Aufbauzeiten waren vorüber. Besonders in der akademischen jungen Generation machte sich ein kritischer Bürgergeist breit. Immer mehr Beobachter und Akteure kamen zu der Erkenntnis, dass man mit den Kommunisten „jenseits von Mauer und Stacheldraht" im Interesse der Annäherung Arrangements treffen müsse. Die Verhältnisse gerieten in Bewegung, und Politiker wie *Erhard* und *Mende* hatten dies 1961 nicht erkannt – eher schon *Konrad Adenauer*, wie sein Koalitionsspiel mit der SPD zeigte. Zu den Hellsichtigen gehörte auch *Karl-Hermann Flach*, der als Bundesgeschäftsführer den Wahlerfolg der FDP von 1961 mit verantwortet hatte, sich aber nach der anschließenden Koalitionsbildung in die Redaktionsstuben der „Frankfurter Rundschau" zurückgezogen hatte. Seine Stunde sollte noch kommen.

2.6 Auf dem Wege zur SPD

Die Große Koalition (1966 bis 1969) wird häufig als Auslöser der „Außerparlamentarischen Opposition" (APO) gesehen. In der Tat kam es unmittelbar nach Bildung dieser Koalition zu außerparlamentarische Protestversammlungen, vor allem an den Universitäten. Aber die Koalitionsbildung in Bonn war allenfalls ein Katalysator des Ausdrucks weit über das Gouvernementale hinausgehenden gesellschaftlich-politischen Missbehangens vor allem bei der Studentenschaft. Möglicherweise stieg die öffentliche Aufmerksamkeit für dieses von der APO artikulierte Missbehagen gerade ab 1966 an, weil die parlamentarische Opposition – die „Ministeropposition" der FDP – quantitativ und auch qualitativ nicht in der Lage war, dem Ausdruck zu verleihen. Es gab einige Berührungspunkte zwischen der parlamentarischen und der Außerparlamentarischen Opposition, so besonders bei der Ablehnung der Notstandsgesetze der regierenden Großen Koalition. Gelegentlich waren zudem FDP-Repräsentanten eher als solche der anderen politischen Parteien bereit, mit Vertretern der APO überhaupt zu reden, wie im Falle der Debatte zwischen *Rudi Dutschke* und *Ralf Dahrendorf* anlässlich des FDP-Parteitages 1968. Dennoch waren die Unterschiede zwischen der parlamentarischen und der Außerparlamentarischen Opposition unübersehbar: Die FDP entwickelte eine gemäßigte Strategie der Reformen, während die APO moralisch und geistig weit ausholende revolutionäre Ziele propagierte.

Der sich in der Oppositionszeit der FDP von 1966 bis 1969 anbahnende Lagerwechsel von der CDU/CSU zur SPD ist auch die Folge eines sozialen Umwälzungsprozesses in der westdeutschen Gesellschaft: Die Bedeutung der selbständig Erwerbstätigen, des „alten Mittelstandes", war zurückgegangen und der Einfluss der beruflich Qualifizierten, aber abhängigen Beschäftigten, des „neuen Mittelstandes", war gestiegen. Diese Veränderung in der Sozialstruktur der Bundesrepublik wirkte sich auf die soziale Basis der FDP besonders gravierend aus, weil die spezifische Klientel der liberalen Partei hiervon besonders betrof-

das Kabinett *Adenauer* und 1963 in das Kabinett Erhard eingetreten war, und dessentwegen man gegen den Widerstand Prof. *Erhards* das Ressort „Entwicklungshilfe" geschaffen hatte." Erich Mende, a.a.O., S. 215

fen war. Vor diesem Hintergrund bewirkten zusätzlich der Autoritätsverlust der „Fast-Staatsparteien“ CDU und CSU ab 1961 ebenso wie die radikale Studentenbewegung und das scheinbare Scheitern der Wiedervereinigungspolitik der fünfziger Jahre den Wandel von der „FDP zur F.D.P.“.[58]

Nach dem Ausscheiden aus der Bundesregierung vollzog sich dieser am „neuen Mittelstand“ orientierte Wandel der FDP zu einer mehr demokratischen, innovativen und sozialen Partei eines reformfreudigen Liberalismus in mehreren Schritten: Unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise 1966/67, dem damit verbundenen beachtlichen Aufstieg der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) – die sich unversehens zu einer Konkurrenz für die FDP entwickelte – und schließlich beeinflusst durch einen erstarkenden linksliberalen Parteiflügel leitete die Partei mit dem Hannoveraner Aktionsprogramm (1967) einen neuen Kurs ein, der vor allem in deutschland- und ostpolitischen Fragen, aber auch bei der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft, in der Hochschul- und Bildungspolitik sowie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ein offensives Liberalismusverständnis formulierte und den Weg für die 4 Jahre später folgende Verabschiedung der „reformkapitalistischen“ Freiburger Thesen bereitete. 1968 wurde *Erich Mende* durch *Walter Scheel* als Parteivorsitzender abgelöst. Ein wichtiger und dramatischer Schritt zur SPD hin war die Wahl des Sozialdemokraten *Gustav Heinemann* zum Bundespräsidenten gegen den Unionskandidaten *Gerhard Schröder*.[59] Der neuen FDP-Führung war es gelungen, die FDP-Fraktion in der Bundesversammlung trotz anfänglicher Widerstände auf den sozialdemokratischen Kandidaten festzulegen. Zuvor hatte die SPD der FDP versichert, sie habe alle Pläne für ein Mehrheitswahlsystem aufgegeben. Inhaltlich war vor allem die Ostpolitik der Kitt für die nach der Bundestagswahl 1969 gebildete sozial-liberale Koalition mit *Willy Brandt* und *Walter Scheel* an der Spitze.

2.7 Die sozial-liberale Phase

Das Bündnis mit der SPD jedoch stürzte die FDP in eine tiefgreifende, existenzielle Krise. Schon bei der Bundestagswahl 1969 – die FDP hatte 3,7% verloren und die Fünfprozentgrenze nur knapp überstiegen – war deutlich geworden, dass die Partei Verluste infolge des neuen Kurses bei Stammwählern im alten Mittelstand nicht vollends durch Gewinne bei anderen Wählerschichten kompensieren konnte. Auch innerhalb der FDP war der Prozess der Neuorientierung keineswegs abgeschlossen. Noch verfügten die Gegner des sozialliberalen Kurses über erheblichen Einfluss in den Parteigremien und waren sogar bei den Kandidatenaufstellungen zur Bundestagswahl vielfach auf die vorderen Listenplätze gelangt. Insbesondere die neue Ostpolitik war Anlass für Unzufriedenheiten, Kritiken und schließlich Parteiaustritte. Vor allem in Nordrhein-Westfalen formierte sich die Opposition gegen die neue Linie der Partei in der „National-Liberalen Aktion“ (NLA). Die Partei und die Bundestagsfraktion waren beherrscht von den Kontroversen um den neuen Kurs. In der Wählerschaft führte das zu Verunsicherungen. Nach einem soliden Ergebnis bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft im April 1970 (7,1% gegenüber 6,8% bei der vorangegangenen Wahl) scheiterte die Partei im Juni desselben Jahres sowohl in Niedersachsen als auch

[58] Rüdiger Zülch, Von der FDP zur F.D.P.. Die dritte Kraft im deutschen Parteiensystem, Bonn 1972
[59] Arnulf Baring, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982

an der Saar und verlor in Nordrhein-Westfalen knapp 2%. Zugleich bekannten sich von der elfköpfigen FDP-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag 3 Mitglieder zur NLA.

Der Bonner Parteitag 1970 brachte trotz dieser zerrütteten Lage eine Konsolidierung der sozial-liberalen Linie der FDP, nicht zuletzt wegen des deutlichen Engagements des Parteivorsitzenden *Walter Scheel* und des Fraktionsvorsitzenden *Wolfgang Mischnick* für die Koalition mit der SPD. Der Parteitag leitete den endgültigen Bruch mit dem ehemaligen Parteivorsitzenden *Erich Mende* ein, der vor den Delegierten vergeblich für seine Opposition im Bundestag gegen die Politik der Regierung *Brandt/Scheel* warb. *Walter Scheel* wurde als Vorsitzender bestätigt (298 zu 64 Stimmen bei 14 Enthaltungen). Zugleich wurde die aktuelle politische Linie *Mendes* mit 233 zu 102 Stimmen missbilligt.

Die internen Auseinandersetzungen in der FDP drohten sich zur Regierungskrise auszuwachsen, als am 9. Oktober 1970 *Erich Mende*, *Heinz Starke* und *Siegfried Zoglmann*, die vorher ihre Opposition zur offiziellen Parteipolitik immer wieder betont hatten, von der FDP- zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion wechselten. Hinzu kam, dass die FDP bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im Frühjahr 1971 mit nur 3,8% der Stimmen eine erneute Niederlage erlitt.

In dieser Situation wurden die Freiburger Thesen beschlossen. Sie sollten nach dem Willen des FDP-Generalsekretärs *Karl-Hermann Flach* der Partei innere Stabilität geben. Die als Test für die daraus resultierende Konsolidierung angesehenen Landtagswahlen in Baden-Württemberg (1972) brachten mit 8,9% gegenüber 14,4% im Jahre 1968 ein gerade noch erträgliches Ergebnis. Die Krise der FDP flackerte jedoch noch einmal auf, als zur gleichen Zeit der bis dahin weitgehend unbekannte Bundestagsabgeordnete *Wilhelm Helms* seinen Austritt aus der FDP-Bundestagsfraktion erklärte und damit die SPD/FDP-Mehrheit im Parlament zunichte machte. Die nach dem dennoch gescheiterten konstruktiven Misstrauensvotum[60] der CDU/CSU gegen *Willy Brandt* vorgezogenen Bundestagswahlen brachten der FDP wie der SPD am 19. November 1972 Stimmengewinne – trotz weiterer Abgänge angesehener Politiker wie *Knut von Kühlmann-Stumm* und *Gerhard Kienbaum* bei den Liberalen. Die FDP verbesserte sich von 5,8 auf 8,4%.[61] Die folgenden Landtagswahlen zeigten, dass die FDP ihre Krise überwunden hatte: Die Liberalen waren bald wieder in allen Landtagen vertreten.

Der Wandel der FDP zur sozial-liberalen Partei vollzog sich unter der Gefahr, dass die Partei in die politische Bedeutungslosigkeit absinken könnte. Derweil definierte sie nicht nur ihren politischen Kurs neu, sondern wechselte auch einen großen Teil ihres Führungspersonals und ihrer Mitgliedschaft aus. Eigentlich hatte die FDP sich mehr neu geschaffen als gewandelt. Und 1972 hatten sich auch genügend Wähler gefunden, um dieser Partei eine relevante politische Rolle zuzuweisen.

Innerhalb der sozial-liberalen Koalition bemühte sich die FDP von 1972 bis 1976 sowohl unter *Willy Brandt* als auch unter *Helmut Schmidt* als Kanzler um Profilierung sowohl in wirtschafts- als auch in sozialpolitischen Fragen, wobei die Partei häufig – insbesondere in der Mitbestimmungsdebatte – eine Bremser-Rolle einnahm. Bei anderen Reformvorhaben war die sich nun „Partei des sozialen Liberalismus“ nennende FDP wiederum konsequenter als die SPD: so in der Frage des § 218 Strafgesetzbuch (Schwangerschaftsabbruch)

[60] Ein Grund für dieses überraschende Ergebnis könnte sein, dass der ostdeutsche Staatssicherheitsdienst hinter den Kulissen zugunsten *Willy Brandts* „interveniert“ hatte.

[61] Zu diesem Ergebnis trug bei, dass auch viele SPD-Wähler in dieser Zeit über Stimmensplitting der FDP zu Zweitstimmen verholfen hatten.

oder in der Bildungspolitik. Das Hauptfeld der Regierung war jedoch die Ostpolitik. Die Verträge mit der DDR, mit Polen und mit der Sowjetunion wurden in den Grundzügen von beiden Koalitionsparteien mitgetragen.

Sich innerhalb der Regierungskoalition zu profilieren, war der FDP durch ihre innere und äußere Konsolidierung ab 1972 möglich geworden: Solche Profilierung war aber auch notwendig, weil die auf Polarisierung setzende CDU/CSU-Opposition die FDP als bloßes Anhängsel der SPD darzustellen versuchte. Dem entgegenzuwirken war für die FDP von existenzieller Bedeutung. Im allgemeinen Reformklima der ersten Hälfte der siebziger Jahre gelang es der Partei, innerhalb des SPD/FDP-Bündnisses liberale Akzente zu setzen, ohne das Bündnis zu gefährden. Ab Mitte der siebziger Jahre verschlechterte sich jedoch die wirtschaftliche Lage, und die Zeit für Reformen im Sinne einer Demokratisierung der Gesellschaft war vorbei. Für die neue sozial-liberale Regierung unter *Helmut Schmidt* und *Hans-Dietrich Genscher* wurde Krisenmanagement zur Hauptaufgabe. Unter dem Eindruck des aus der außerparlamentarischen Protestbewegung hervorgegangenen Terrorismus vor allem der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) fand in der Bundesrepublik ein Paradigmenwechsel weg vom *Brandtschen* „Mehr Demokratie wagen“ zu einer Einengung liberaler Freiheiten statt. Die in Zeiten der Reformbereitschaft und -fähigkeit aus der Bundestagswahl 1972 als Sieger hervorgegangenen Parteien SPD und FDP sahen sich jetzt nicht nur vor die Aufgabe gestellt, Wachstums- und Reformerwartungen zu dämpfen, sondern waren auch gezwungen, die Erhaltung des wirtschaftlichen und sozialen Status quo als Ziel der Regierung zu definieren und zu proklamieren. In dem Maße allerdings, in dem sich – schon damals! – selbst dies als unrealistisch erwies – es kam zu Preissteigerungen, und die Staatsverschuldung begann zu steigen – geriet die einst an dem Konzept des *John Maynard Keynes*[62] von der Wirtschaftsteuerung über Staatsausgaben orientierte sozial-liberale Koalition unter den Druck anderer Krisenstrategien wie den die Senkung der Staatsquote und den Abbau sozialer Leistungen präferierenden Monetarismus. In dieser Lage „breitete sich innerhalb der F.D.P. die Einschätzung aus, die Liberalen würden in den Sog des Negativtrends der SPD mit einbezogen und könnten sich davon nur durch einen Wechsel ihrer Koalitionspräferenzen befreien.“, wie Heino Kaack es beschreibt.[63] Überdies hatte mit der Verabschiedung der Ostverträge ein wichtiges Thema die verbindende Wirkung für die Koalitions-Partner verloren, während in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen zunehmend unterschiedliche Auffassungen relevant wurden. In dieser Situation ging bei der FDP eine programmatische Annäherung an die CDU einher mit einer schrittweisen bündnispolitischen Umorientierung: Seit 1975 arbeitete die FDP im Saarland mit der CDU zusammen und wurde 1977 ihr Koalitionspartner. In Niedersachen ging die FDP 1977/78 ein Bündnis mit der CDU ein. 1981 schließlich sprach sich das Präsidium der FDP für eine Politik der Tolerierung der CDU unter *Richard von Weizsäcker* in West-Berlin aus.

Die unter Mühen erfolgte Berliner Tolerierung war das einleitende Manöver hin zur Wende in Bonn. So sehr hatte sich mittlerweile die Binnenstruktur der FDP verändert, dass die Willensbildung zu Beginn der achtziger Jahre nicht mehr von der Peripherie her zur Zentrale erfolgte, sondern umgekehrt: Der Parteivorstand intervenierte ganz offen bei den Landesverbänden. War die Koalition im Saarland noch ein von der SPD und vom linken Flügel der FDP akzeptierter Sonderfall, so wurde die bundespolitische Wende zurück zur CDU/CSU mit Nachdruck von Bonn aus an der Spree eingeleitet. Wie wenig später auch

[62] John Maynard Keynes, The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1961
[63] Heino Kaack, a.a.O., S. 50

im Bundesverband hatten sich im Berliner Landesverband der FDP viele Mitglieder und Funktionäre vehement dagegen gewehrt – vergebens (s. Kapitel 3).

2.8 Der Bruch mit der SPD

Seit Beginn der achtziger Jahre war aus Bonner Führungskreisen der FDP immer unverholener der Wunsch zu vernehmen, sich von der SPD zu trennen. Gleichzeitig spitzte sich die innerparteiliche Situation der SPD zu, denn die zum Dogma gewordene Parole von der notwendigen Rücksichtsnahme auf die FDP brachte mehr und mehr Genossen auf. Größere Kreise der SPD-Mitgliederschaft wollten die von der Parteiführung verlangten politischen Einschränkungen zugunsten der FDP nicht hinnehmen. Das war vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Fall, aber auch in der Außenpolitik, wo die SPD zu einem kritischeren Verhalten gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika drängte. Hinzu kam, dass die nun die politische Bühne betretenden Grünen als Ausdruck der Ökologiebewegung und der alternativen Szene links von der SPD zunehmend Erfolge erzielten. In der Rüstungspolitik wirkten sie als ein Motor der „Friedensbewegung“ gegen die Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik. Somit ließen sie die SPD als Gefangene der FDP und des basisentrückten Bundeskanzlers *Helmut Schmidt* erscheinen. In den Augen Bonner FDP-Politiker wiederum führte die sich auftuende Kluft zwischen dem sozialdemokratischen Bundeskanzler und seiner eigenen Partei zu reduzierter Regierungsfähigkeit der SPD. Vor allem *Hans-Dietrich Genscher* und *Otto Graf Lambsdorff* fürchteten ansteigende Arbeitslosenzahlen und dauernde Protestaktionen auf den Straßen. Durch die Etablierung der Grünen sahen sie die Position der FDP im deutschen Parteiensystem als gefährdet an. Das menschliche Klima zwischen dem sozialdemokratischen Bundeskanzler *Helmut Schmidt* und dem freidemokratischen Vizekanzler *Hans-Dietrich Genscher* vereiste. Derweil forderte der christdemokratische Oppositionsführer *Helmut Kohl* die FDP immer deutlicher zum Handeln gegen Staatsverschuldung und wirtschaftlichen Niedergang auf. Beim nun wieder lebendig werdenden rechten Flügel der FDP wuchs die Sehnsucht nicht nur nach einer von *Hans-Dietrich Genscher* geforderten Wende auf den wichtigen Politikfeldern, sondern in der Bündnisfrage auch nach der Union.

Dass sich die Lage der FDP innerhalb der Koalition mit der SPD verschlechterte, zeigten Wahlergebnisse aus dem Jahre 1978. In Niedersachen und in Hamburg scheiterte die FDP an der 5%-Grenze, während sie sich anschließend in Hessen und Bayern nur knapp halten konnte. Enttäuschend für die sich als „Europapartei“ verstehende FDP war auch das Ergebnis von 6% bei der Europawahl 1979. Besonders herb war das erneute Scheitern der FDP an der 5%-Grenze im „Stammland der Liberalen“ Nordrhein-Westfalen.

Den Bundestagswahlen im Oktober 1980 kam daher existenzielle Bedeutung zu. Die FDP-Führung konzipierte den Wahlkampf als – wie es der damalige Generalsekretär *Günter Verheugen* im nachhinein formulierte – „reine Überlebensstrategie“. Wie schon 1961 wurde wieder auf den Funktionscharakter der Partei gesetzt. Umfragen hatten ergeben, dass es 1980 zahlreiche Wähler gab, die zwar *Helmut Schmidt* als Bundeskanzler nicht aber die absolute Mehrheit der SPD wollten. Sie waren zugleich gegen *Franz Josef Strauß*, den die Union zum Kanzlerkandidaten erkoren hatte. Die Parolen der FDP nahmen solche politische Einstellungen von Teilen der Wählerschaft auf:

> „Für eine Regierung *Schmidt/Genscher* – Gegen Alleinherrschaft einer Partei – Gegen *Strauß* – Diesmal geht`s ums Ganze. Diesmal FDP."

Günter Verheugen erinnerte sich:

> „Die Wähler wurden nicht mit einer langfristigen politischen Konzeption umworben, sondern ihnen wurde ein taktischer Ausweg aus einer von vielen als unangenehm empfundenen Polarisierungssituation angeboten."[64]

Diese „Überlebensstrategie" war aktuell erfolgreich. Die Partei gewann 10,6% der entscheidenden Zweitstimmen und verbesserte sich gegenüber1976 um 2,7%. Die SPD stagnierte bei rund 43%.

Dieses Wahlergebnis ist eine Ursache für den Zerfall der sozial-liberalen Koalition 2 Jahre später. Nach ihrem vorhergehenden Erfolg in Nordrhein-Westfalen hatten viele Sozialdemokraten gehofft, auch im Bund die absolute Mehrheit erringen zu können. Nun waren sie wieder auf die FDP angewiesen und sollten sich den pragmatischen Sachzwängen beugen, wie sie von der Regierung formuliert wurden. Dort aber verübelte es der Bundeskanzler selber der FDP, dass sie im Wahlkampf seinen Popularitätsbonus ausgenutzt hatte. Die Koalitionsverhandlungen wurden in gereizter Atmosphäre geführt. Dort ging es um den Versuch, den Staatshaushalt zu konsolidieren, wozu die Freidemokraten Einsparungen im sozialen Bereich forderten und damit auf Widerstand bei den Sozialdemokraten stießen. *Helmut Schmidt* koppelte sich mit seiner eigenen Partei nicht ausreichend zurück, sodass nicht abschätzbar war, welchen Wert die Vereinbarungen der Koalition tatsächlich hatten. Zunehmend wurde davon geredet, dass das Reservoir an Gemeinsamkeiten zwischen SPD und FDP erschöpft sei. Kein geringerer als der ehemalige Bundespräsident, Vizekanzler, Außenminister und Mitbegründer der sozial-liberalen Koalition, *Walter Scheel*, trug solche Gedanken in die Öffentlichkeit. In einem Zeitungsinterview bekannte er sich als Erfinder der Theorie vom Abnehmen der Gemeinsamkeiten in Koalitionen und fügte hinzu, dass in allen Fragen, in denen die Koalitionsparteien nicht mehr klar kämen, CDU und FDP fast einer Meinung wären.[65] Mit solchen Äußerungen gab der Altpräsident einem in der Bundesrepublik seinerzeit verbreiteten Klima Ausdruck. Auch das Wort von der „Endzeitstimmung" kam auf. *Golo Mann* – Befürworter der von der sozial-liberalen Koalition durchgesetzten Ostverträge – sagte voraus:

> „Diese Regierung wird keine 4 Jahre halten."

Die „Kargheit der Mittel" erlaube keine „sozialistische Politik" mehr, so dass sich viele Sozialdemokraten fragen würden: „Wozu regieren wir eigentlich, wenn unsere Politik nicht gemacht wird?" An die FDP richtete *Golo Mann* die Forderung:

> „Wenn der Regierungswagen sich so weiter dahinschleppt, mit Pannen, muss die FDP den Schwenk machen, den ihre Führung so sehr fürchtet."[66]

---

[64] Günter Verheugen, Der Ausverkauf. Macht und Verfall der FDP, Hamburg 1984, S. 107 f
[65] Scheel denkt zu laut nach: Scheitert die Koalition?; in: Die Welt 16.4.1981
[66] Golo Mann zur Lage der Nation: „Schmidts Zeit geht zu Ende"; in Bild am Sonntag, 1.2.1981

Angesichts solcher Diskussionen, der schleppenden Koalitionsverhandlungen um die Haushaltskonsolidierung und zunehmender Arbeitslosigkeit sank die Popularität der SPD.

In dieser Situation verstärkte sich innerhalb der FDP die Distanz zur SPD. Der neuen, größeren Fraktion der FDP im Bundestag gehörten zahlreiche rechte Parteimitglieder an, die auf als aussichtslos eingestuften Listenplätzen ins Parlament gekommen waren und nun politisch wieder auferstanden. Diese Abgeordneten trafen sich im „*Wurbs*-Kreis" – genannt nach dem FDP-Vizepräsidenten des Bundestages, *Richard Wurbs*. *Verheugen* schätzte, dass dieser Kreis mehr als die Hälfte der Fraktionsmitglieder mobilisieren konnte. Die Fraktionierung der FDP schritt voran: Auch die linken Abgeordneten trafen sich nun regelmäßig, und sogar eine „Gruppe der gruppenlosen" Abgeordneten soll es gegeben haben.[67]

Die Fraktionierung der FDP-Fraktion spiegelte eine innere Unsicherheit über die Zukunft der Partei wider. Das zeigte sich auch am Verhalten des Parteivorsitzenden *Hans-Dietrich Genscher.* Dieser vermied es einerseits, den Bruch mit den Sozialdemokraten explizit zu forcieren. Implizit jedoch schuf er mit seiner Forderung nach einer Wende das Klima für eben jenen Bruch. Die Schuld für ein mögliches Scheitern der Koalition mit den Sozialdemokraten sollte nicht beim FDP-Vorsitzenden liegen. So ist auch sein Verhalten beim Bundesparteitag der FDP im Mai 1981 in Köln zu verstehen: Dort beschwor *Hans-Dietrich Genscher* die Delegierten, einer Nachrüstung der NATO mit Mittelstreckenraketen zuzustimmen, falls Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion scheitern würden (Doppelbeschluss). Die Abstimmung hierüber verband *Hans-Dietrich Genscher* überraschend mit seinem Verbleib im Amte. Dieses Verhalten war koalitionspolitisch motiviert, denn *Helmut Schmidt* sollte unter Druck gesetzt werden, sich bei der SPD ebenso wie sein Vizekanzler von der FDP zu verhalten. Würde er das nicht tun, müsste das als Beleg für die Regierungsunfähigkeit der Sozialdemokraten bewertet werden. Wie labil die Lage auch bei der FDP war, wurde sorgenvoll in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" registriert, denn dort fiel auf, dass die Abstimmung des Kölner Parteitages über die Nachrüstung „35% als Gegner der Nachrüstung auswies." Angesichts dieser Stärke des „linken Teils der Partei" sah das Blatt die FDP nicht gerade in der Verfassung für einen reibungslosen Koalitionswechsel.[68]

Nach dem Kölner Parteitag begannen Vorspiel und Hauptteil dessen, was als „Bonner Sommertheater" bezeichnet wurde. Der Parteivorsitzende forderte klare „Eckdaten" für den Haushalt 1982. Die Bundestagsfraktion beriet über Sparlisten, welche die „soziale Hängematte" nicht verschonen sollten und die bei der SPD als Hiobsbotschaften ankamen. Die Koalitionsverhandlungen kamen vor der Sommerpause nicht zum Abschluss. Weder konnten sich die Parteien auf die Zahl der zu erwartenden Arbeitslosen einigen noch auf den Vorschlag des Bundeskanzlers verständigen, eine „Ergänzungsabgabe" auf alle Einkommen zur Förderung der Investitionen zu erheben. Aus seinem Sommerurlaub schrieb *Hans-Dietrich Genscher* an die Funktionäre der FDP einen „Wendebrief", der in der FDP als Signal für einen Koalitionswechsel begriffen wurde. *Günter Verheugen* dazu:

> „Die Rechten lasen aus *Genschers* Brief die Erfüllung ihrer alten Hoffnung auf Koalitionswechsel heraus, die Linken lasen dasselbe, aber verstanden es als Drohung. Von diesem Tag an bekamen wir die Entwicklung der FDP nicht mehr unter Kontrolle."[69]

[67] Günter Verheugen, a.a.O., S. 112 f
[68] Friedrich Karl Fromme in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 1.6.1981
[69] Günter Verheugen, a.a.O., S. 125

In der Partei machte sich eine emotionale Polarisierung breit. Die Erörterung von Sachfragen war in innerparteilichen Kreisen kaum mehr möglich. Es wurde hüben und drüben als Bestätigung der jeweiligen Interpretation des Wendebriefes angesehen, dass in der Öffentlichkeit Ende August 1981 Umfragen bekannt wurden, die besagten, die FDP würde auch bei einem Wechsel zur Union nicht unter die 5%-Grenze fallen.

Die sich dennoch in der FDP verbreitende Existenzangst – die Flügel verbindend, in der Konsequenz freilich trennend – rührte nicht nur aus der sich zuspitzenden Haushaltslage, der Arbeitslosigkeit und der Krise der SPD – in deren Sog man zu geraten fürchtete – her, sondern auch aus dem Aufstieg der Partei der Grünen. 1979 war eine grüne Fraktion in die Bremer Bürgerschaft eingezogen, bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen 1981 wurde die FDP auf den vierten Platz verdrängt, und auch bei den Landtagswahlen 1982 in Niedersachsen schafften die Grünen den Sprung ins Parlament. Eine neue Partei war geboren, und das Ende ihres Siegszuges war nicht abzusehen. Die FDP fühlte sich in ihrer Funktion als Mehrheitsbeschafferin im Parteiensystem bedroht. Sie lastete der SPD auch hier Versagen an, weil sie es nicht geschafft hatte, die grüne Bewegung „aufzusaugen". So verstärkte die Furcht vor den Grünen das Unbehagen der FDP an der sozial-liberalen Koalition.

Nach dem „Sommertheater" raufte sich die Koalition noch einmal zusammen. Das Bundeskabinett verabschiedete Maßnahmen, um Finanzierungslücken des Bundeshaushaltes 1982 zu schließen, und im November 1981 beschloss der Bundestag unter der Bezeichnung „Operation 82" ein Bündel von Spargesetzen zur Sanierung des Haushaltes. Der Riss in der Koalition saß jedoch schon sehr tief. Das war daran zu erkennen, dass zahlreiche zum linken Flügel zählende SPD-Abgeordnete den Koalitionskompromissen in der fraktionsinternen Abstimmung hierüber ihre Zustimmung versagten und immer mehr den Austritt aus der Koalition befürworteten. Auch der Bundesgeschäftsführer der SPD, *Peter Glotz*, dachte an einen Bruch, denn er erklärte im Oktober, die SPD müsse damit rechnen, „über kurz oder lang in die Opposition zu gehen", wenn das Tief nicht überwunden werde.[70] Auf der anderen Seite wurde vom rechten Flügel der FDP das vorzeitige Ende teils herbeigewünscht, teils erwartet. Die Kräfte, die das Bündnis zusammenhalten wollten – der Kanzler, seine sozialdemokratischen Minister und der linke Flügel der FDP – gerieten mehr und mehr in die Defensive. Ende 1981 kam eine weitere klimatische Belastung hinzu: Vor allem FDP-Politiker, insbesondere der Bundeswirtschaftsminister *Otto Graf Lambsdorff*, waren in die Parteispendenaffäre im Zusammenhang mit dem *Flick*-Konzern („*Flick*-Affäre") verwickelt.[71] Im Dezember wurde von führenden Politikern der CDU/CSU, der SPD und der FDP versucht, diese Affäre durch ein Amnestiegesetz aus der Welt zu schaffen. Dass dies neben dem Einspruch einiger FDP-Abgeordneter am Widerstand der SPD-Fraktion scheiterte, förderte die Animosität einflussreicher FDP-Politiker gegen die SPD beträchtlich.

In der ersten Hälfte des Jahres 1982 geriet die Parteiführung unter *Hans-Dietrich Genscher* zunehmend unter Druck. Die Ereignisse schienen einen Verfall der liberalen Partei zu signalisieren: Im Februar trafen sich etwa 700 linke FDP-Funktionäre zu einem Kongress in Köln unter dem Motto „Noch eine Chance für die Liberalen." Bei den Wahlen zum niedersächsischen Landtag im März wurde die FDP von den Grünen überflügelt und war dort wie schon in Berlin nunmehr „vierte Kraft". Anfang Juni scheiterte die FDP bei den Wahlen zur

[70] Glotz warnt vor Auseinanderbrechen von Partei und Koalition; in: Der Tagessiegel, 1.10.1981
[71] Hans-Werner Kilz / Joachim Preuß, Flick. Die gekaufte Republik, Reinbek bei Hamburg 1983

Hamburger Bürgerschaft. Und am 17. Juni schließlich beschloss ein Landesparteitag der hessischen FDP für die dort im September anstehenden Landtagswahlen eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU, obwohl man in Wiesbaden verträglich mit den Sozialdemokraten unter *Holger Börner* regierte.[72]

Auf der anderen Seite hatte im April diesen Jahres ein schon lange erwarteter Parteitag der SPD in München stattgefunden und finanz- sowie beschäftigungspolitische Beschlüsse gefasst, die in direktem Gegensatz zu den marktwirtschaftlichen Vorstellungen der FDP standen. Entweder – so wurde die Lage der Koalition damals analysiert – die SPD würde auf Umsetzung der Parteitagsbeschlüsse in Bonn bestehen, dann wäre das Ende der Koalition, oder die SPD-Führung würde auf eine Umsetzung verzichten, dann wäre das der Auslöser für eine innere Krise bei den Sozialdemokraten.

Auf dem Kölner Kongress der Linksliberalen wurde deutlich, dass der linke Flügel der FDP einen Wechsel zur CDU/CSU – unter welchen Bedingungen immer – nicht wollte und die Politik *Hans Dietrich Genschers* als „Verrat" an den Freiburger Thesen ansah. Dem Parteivorsitzenden hätte klar geworden sein müssen, dass ein geordneter Wechsel zur Union innerhalb der laufenden Legislaturperiode schwer möglich sein würde. Demgegenüber wurde er durch den Beschluss der hessischen Parteitagsdelegierten in Richtung Union gedrängt. Die Parteiführung zeigte sich hilflos angesichts der zentrifugalen Kräfte in der Partei. Das war daran zu erkennen, dass man den hessischen Wählern die Wahl der FDP mit dem Argument nahe legte, die FDP werde als Bündnispartner der CDU in Wiesbaden über den Bundesrat dafür sorgen, dass die Bonner SPD/FDP-Koalition nicht gefährdet würde. Diese Argumentation wurde von nicht nur einem Kommentator als „Schwachsinn" bezeichnet.[73] Noch einmal legte die Koalition einen Haushaltsentwurf – für 1983 – vor. Der aber wurde nicht mehr ernst genommen. Die Rede war von einer „Mogelpackung", denn der Bundeswirtschaftsminister *Otto Graf Lambsdorff* kündigte schon für den Herbst neue, rigidere Eckdaten an. *Günter Verheugen*, damals einer der engsten Mitarbeiter *Hans-Dietrich Genschers*, stellt fest:

> „Was *Genscher* im Sommer 1982 genau im Sinn hatte, blieb allen Beteiligten verborgen. Mir schien, dass er beides wollte: die Koalition erhalten und sie auch wechseln. Sicher war, dass er keine Operation im Sinn hatte, bei der die FDP in einen Strudel gerissen worden wäre."[74]

Der sonst wegen seiner taktischen Fähigkeiten so geachtete Parteivorsitzende musste sich nun Spott gefallen lassen. *Hans-Dietrich Genscher* sei wir ein Maikäfer, schrieb der bekannte konservative Kolumnist *Wilfried Hertz-Eichenrode*:

> „Seit letztem Sommer hat auch er gepumpt, gepumpt, gepumpt – nur geflogen ist er nicht. *Genscher* hat so lange gemaikäfert, bis ihm ... das Gesetz des Handelns entglitten ist."[75]

---

[72] Die Trennung von den Sozialdemokraten in Hessen löste bei den Beteiligten erhebliche Emotionen aus, wie die Teilnehmer einer Fraktionsvorsitzendenkonferenz der FDP, die am 11. und 12. Juni in Wiesbaden tagte, beobachten konnten: Der hessische Ministerpräsident *Holger Börner* begrüßte die Konferenz persönlich. Dabei versicherten er und sein freidemokratischer Minister *Ekkehard Gries* sich gegenseitig höchsten persönlichen Respekt. Den Tränen nahe kündigten sie – die zu erwartende Entscheidung des FDP-Landesparteitages vorwegnehmend – ihre Zusammenarbeit auf. Es war eine Szene, die alle Anwesenden berührte. (Eigene Aufzeichnung)

[73] Wilfried Herzt-Eichenrode; Maikäfer, pump!; in: Die Welt, 2.7.1982

[74] Günter Verheugen, a.a.O., S. 135

[75] Wilfried Herzt-Eichenrode, a.a.O.

Das Gesetz des Handelns bestimmten nun 2 andere Politiker: *Otto Graf Lambsdorff* und *Helmut Schmidt*. *Lambsdorff* erklärte im August, die Hessen-Wahlen würden der Test für die Wende der FDP hin zur Union werden. Daraufhin wurde er vom Bundeskanzler in einer Kabinettssitzung getadelt und zur Vorlage seiner wirtschaftspolitischen Vorstellungen aufgefordert. Am 9. September legte der Wirtschaftsminister dann das als „*Lambsdorff*-Papier" bekannt gewordene „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" vor. In dieser Ausarbeitung wurden rein marktwirtschaftliche Vorgehensweisen empfohlen, wie sie von der SPD nicht mitgetragen werden konnten. Obwohl dieses Papier als Fehdehandschuh begriffen wurde, war der Bundeskanzler zunächst zum Weiterregieren entschlossen – darauf hinweisend, dass die Abgeordneten von SPD und FDP ihm im Februar das Vertrauen ausgesprochen hätten. Damit verfolgte *Helmut Schmidt* die Absicht, die Krise des Jahres 1982 durchzustehen, weil sich mit dem Näherrücken der ursprünglich für 1984 anstehenden Bundestagswahlen der Handlungsspielraum der FDP verengen würde. Warum *Helmut Schmidt* am 17. September vor dem Bundestag doch die Koalition aufkündigte und den Rücktritt der FDP-Minister mitteilte, wurde von Beteiligten unterschiedlich erklärt. So schrieb *Ralf Dahrendorf*:

> „Die Historiker werden in den Prozess des Wechsels gewiss ihre eigenen Erklärungen hineintragen; aber wer die Ereignisse aus der Nähe verfolgt hat, weiß, dass sie, wie das so zu gehen pflegt, aus einer Serie von nicht ganz zufälligen Zufälligkeiten bestanden: dem Zeitpunkt des *Lambsdorff*-Papiers zur Wirtschaftspolitik, dem plötzlichen Adrenalinstoss in *Helmut Schmidt* und ähnlichem mehr."[76]

Demgegenüber urteilte *Günter Verheugen*: *Schmidt* „wollte sich mit seiner Regierung nicht auf dem Rost braten lassen, bis er nach Meinung der FDP gar war."[77]

Wahrscheinlich wollte *Helmut Schmidt* einem eigenständigen Rücktritt der FDP-Minister zuvorkommen. Dieser habe – wie Zeitungen meldeten – unmittelbar bevor gestanden. Tatsächlich schob die FDP den Austritt aus der Regierung immer wieder hinaus und wollte das hessische Wahlergebnis abwarten. In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag ging *Helmut Schmidt* darauf ein und sagte, „ein Prozent mehr oder ein Prozent weniger in Wiesbaden ist keine solide Grundlage für eine Bundesregierung." Der Bundeskanzler setzte auf Neuwahlen nach Artikel 68 des Grundgesetzes, die stattfinden konnten, wenn eine Vertrauensfrage des Kanzlers negativ beschieden würde. Mit der CDU/CSU strebte die SPD eine entsprechende Vereinbarung an. Diese kam jedoch nicht zustande, weil sich auch bei der Union über das ständige Taktieren der FDP-Spitze Unmut angesammelt hatte. Wegen der unnachgiebigen Haltung des linken Flügels der FDP hielten viele Unionspolitiker diese Partei für einen unbrauchbaren Partner. Durch ein konstruktives Misstrauensvotum sollten die Liberalen zum Handeln gezwungen werden.

Dass die FDP für große Teile der Union einerseits notwendiger Partner der Wende, andererseits organisierter Opportunismus war, wurde in einer Analyse deutlich, die der CDU-Generalsekretär *Heiner Geißler* bereits im Oktober 1979 vorgelegt hatte: „Selbstverständnis und Strategie der FDP sind von ihrer Position im politischen Wettbewerb mit SPD und CDU/CSU entscheidend geprägt." Die FDP habe nur eine Stammwählerschaft von 3 bis 4 Prozent und versuche, die restlichen wenigstens 2 Prozent zu gewinnen, indem sie

[76] Ralf Dahrendorf, Die Chance der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus, Stuttgart 1983, S. 44
[77] Günter Verheugen, a.a.O., S. 135

sich „zugleich als Regierung und als `Opposition in der Regierung`“ darstelle. Zwar sei das Freiburger Programm eine bedeutende programmatische Äußerung der FDP, allerdings nur zu dem Zweck, „die Koalition mit der SPD ideologisch zu stützen.“ Die FDP versuche, die SPD mit „Sozialismus“ und die CDU mit „Konservativismus“ zu identifizieren, um so selber die politische Mitte besetzen zu können. Das seien aber ebenso wie die eigene Identifizierung mit „Liberalismus“ Wunschbilder, denn auch die anderen Parteien wären in der Lage, „liberale Werte überzeugend umzusetzen.“ Typischer Ausdruck der „Ermangelung eines festen Profils“ der FDP seien ihre – allerdings wohl nur *Geißler* auffälligen – „Anbiederungen“ bei den Grünen und die Profilierungsversuche zu den Steuer- und Entbürokratisierungsthemen.[78]

Nach dem faktischen Hinauswurf aus der Koalition war die FDP in höchster Not. Sie war – wie *Ralf Dahrendorf* formulierte – „eine mutlose, orientierungslose Partei“.[79] Das liberale Schisma präsentierte sich in der Existenz zweier verfeindeter Subparteien unter dem wackligen Dach der FDP. Die sozial-liberalen Mitglieder und Funktionäre sahen sich von der FDP-Führung getäuscht. Ihre Sympathien lagen bei *Helmut Schmidt*. Eine eigene Perspektive innerhalb der FDP konnten sie nicht erkennen. Die anderen Mitglieder und Funktionäre waren ebenfalls erzürnt über das Verhalten der Parteiführung. Sie hätten wohl lieber die Wähler über das Ende der sozial-liberalen Koalition entscheiden lassen. Nun aber sahen sie den Rettungsanker für die Partei darin, dass sich *Helmut Kohl* innerhalb der Union durchsetzen und ein konstruktives Misstrauensvotum mit der FDP wagen würde. Bitter – teilweise hasserfüllt – wurde in den Gremien der FDP bis hinauf zu Bundesvorstand und Fraktion zwischen den Lagern diskutiert.

Am 26. September 1982 gingen die Wahlen für die FDP in Hessen verloren. Nur 3,1% der Wähler gaben der von Bundeskanzler *Helmut Schmidt* des Verrats gescholtenen Wendepartei ihre Stimme. Vierzehn Tage später geschah entsprechendes in Bayern: Mit 3,5% war der FDP nach dem Hessischen Landtag in Wiesbaden auch das Maximilianeum in München versperrt. Derweil führte die Parteispitze der FDP in Bonn „Koalitionsverhandlungen“ mit der CDU/CSU. In Wirklichkeit waren das Kapitulationsverhandlungen. Die Union verwehrte dem sozial-liberalen *Gerhart Rudolf Baum* nicht nur die Rückkehr in sein Amt als Bundesinnenminister, sondern akzeptierte ihn nicht einmal als Mitglied der Verhandlungsdelegation der FDP. So schwach war die liberale Partei, dass sie dies am 28. September akzeptierte. Am Ende stimmten Fraktion und Bundesvorstand dem Verhandlungsergebnis zu. Die Abstimmungsergebnisse waren knapp: 32 Ja-, 20 Neinstimmen und 2 Enthaltungen bei der Fraktion sowie 18 Ja- und 17 Neinstimmen beim Vorstand! Am 1. Oktober 1972 wurde *Helmut Schmidt* mittels des konstruktiven Misstrauens durch *Helmut Kohl* als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland ersetzt. Eine Mehrheit der FDP-Abgeordneten trug diese Entscheidung mit. Das Bündnis der FDP mit der SPD war Geschichte geworden.

Es gab vielfältige politische und gesellschaftliche Gründe für die Wende 1982 – den Wechsel der FDP von der SPD zur Union:

[78] Strategie und Selbstverständnis von SPD und FDP. Eine Bilanz. Vorgelegt von Dr. *Heiner Geißler* – Generalsekretär der CDU. Redaktion: Planungsgruppe und Hauptabteilung Politik der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn Oktober 1979 (unveröffentlicht)
[79] Ralf Dahrendorf. a.a.O., S. 44

- Koalitionspolitisch war nach den Ostverträgen und einer Reihe innerer Reformen das Reservoir programmatischer Gemeinsamkeiten der Partner verbraucht.
- Bei der SPD hatte sich eine Entfremdung zwischen der Basis und den Funktionären in der Regierung herausgebildet.[80]
- Bei der FDP wurde der Widerspruch zwischen den Freiburger Ideen von einem sozial orientierten Liberalismus und der klassisch marktwirtschaftlichen Politik in Fraktion und Regierung immer offensichtlicher.
- Für die sozial-liberal orientierten Mitglieder der FDP wurde der formale Bestand der zunehmend handlungsunfähigen SPD/FDP-Koalition zu einem politischen Selbstzweck, so dass auch von hier keine neuen Impulse für das Bündnis ausgingen.
- Wichtige sozial-liberale Reformvorhaben waren – wie bei der Abtreibung oder bei der Mitbestimmung – auf halber Strecke stehen geblieben oder hatten – wie in der Bildungspolitik – zu unvorhergesehener Bürokratisierung geführt.
- Die Euphorie des innenpolitischen Aufbruchs der Ära Brandt-Scheel war verflogen, ihre Träger weitgehend verbürgerlicht.
- Vor allem die Jungwähler von 1980 sahen die Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei „den Sozialen und Liberalen“ wie bei der Spendenaffäre, aber auch bei einer vermeintlichen Unfähigkeit, der zunehmenden Zerstörung der Natur Einhalt zu gebieten.
- Viele dieser Jungwähler unterstützen die neue Partei der Grünen, die vor allem von der FDP als existentielle Gefahr geortet wurde.
- Mit der – für nachfolgende Zeiten noch moderaten – Wirtschaftskrise schien die Garantie allgemeinen Wohlstands gefährdet, weil die Regierung gegen wachsende Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit offensichtlich nichts Entscheidendes tun konnte.
- Die am Ende der sozial-liberalen Zeit wieder völlig marktwirtschaftlich denkende FDP war der CDU/CSU näher als der SPD. Die FDP hatte keine Funktion mehr an der Seite der SPD.
- An der Seite der SPD sah die FDP ihre Existenz gefährdet. Sie musste sich zur Union retten.

2.9 Die Wende zurück zur Union

Wohl niemand hatte 1982 damit gerechnet, dass mit der Ablösung *Helmut Schmidts* im Kanzleramt eine 16 Jahre währende Ära anbrechen würde, die den Namen des Nachfolgers *Helmut Kohl* trug. War die Ära *Adenauer* geprägt durch das „Wirtschaftswunder“ und die Westintegration, die kurze Epoche *Willy Brandts* durch innere Demokratisierung und die neue Ostpolitik, so kennzeichnen die deutsche Wiedervereinigung und Deutschlands Integration in die Europäische Union die Zeit *Helmut Kohls*. Doch 1982 war davon noch nichts zu sehen. Besonders die FDP musste nach ihrer Beteiligung am konstruktiven Misstrauensvotum um ihre eigene Existenz bangen.

Beobachter von rechts und links warfen dem FDP-Vorsitzenden *Hans-Dietrich Genscher* nicht nur politisch-handwerkliches Versagen vor. Auch moralische Vorwürfe gegen ihn und die gesamte Partei wurden erhoben. Die „Frankfurter Rundschau“, damals Leib-

[80] *Helmut Schmidt* hatte es im Nachhinein als Strukturmangel bezeichnet, dass in seiner Periode die Ämter des Regierungs- und Parteichefs nicht zugleich in seiner Hand gelegen hatten.

und Magenblatt vieler Liberaler, forderte gleich nach der Hessen-Wahl den Rücktritt *Genschers*, weil er beim Wähler kein Vertrauen mehr finden könne.[81] Der einstige Prophet der Wende, *Golo Mann*, meinte, alles sei zu spät gekommen. Der Schuldige hieran sei *Genscher*, der „dumm zuletzt aus zögernder Überschlauheit" – eine rechtzeitige Entscheidung verhindert habe. Aber es sei in Wirklichkeit nicht um einen Neuanfang gegangen, sondern nur um die Bewahrung der Macht für die FDP-Führung.

> „Denn Minister sind sie gern, Herr *Genscher* besonders, und hätte ihnen die Union keine Sicherheit geboten, dann wären sie der SPD wahrscheinlich treu geblieben."

Nun laute es bei den Wählern:

> „Dreizehn Jahre lang habt ihr alles mitgemacht und gutgeheißen, und plötzlich war alles falsch, plötzlich seid ihr die Gegner derer, deren Freunde ihr gestern noch wart, und die Freunde derer, deren Gegner ihr gestern noch wart."[82]

Durch ihr Verhalten in Bonn schien die Partei tatsächlich sämtliche Sympathien verloren zu haben: Ende September 1982 wurden repräsentative Umfragen bekannt, die der FDP bescheinigten, „in der Wählergunst auf einen absoluten Tiefpunkt von 2,3% gesunken" zu sein.[83]

Das Tief der FDP zur Zeit des Kanzlerwechsels rührte jedoch nicht allein vom Anschein des taktischen und moralischen Versagens der Parteiführung her. Durch die innere Zerstrittenheit und den fast aufgezwungenen Koalitionswechsel hatte die Partei ihre Handlungsfreiheit verloren. Der Bruch mit den Sozialdemokraten ging politisch und emotional so tief, dass die FDP mangels Alternativen von der Union abhängig war. So war es ein Glück für die FDP, als sich *Helmut Kohl* gegen die CSU durchsetzte und Neuwahlen zum Deutschen Bundestag erst für März 1983 statt für einen früheren Termin angesetzt wurden. Von einer bestimmenden Kraft deutscher Politik war die FDP zu deren Objekt geworden.

In dieser Zeit kam es zu heftigsten innerparteilichen Auseinandersetzungen. Die prominentesten Kritiker des Wechsels zur CDU waren *William Borm*, *Günter Verheugen* (Generalsekretär), *Andreas von Schoeler* (Parlamentarischer Staatssekretär) sowie die Bundestagsabgeordneten *Hildegard Hamm-Brücher*, *Helga Schuchardt*, *Ingrid Matthäus-Meyer* und *Friedrich-Wilhelm Hölscher*. Bis auf Frau *Hamm-Brücher*, die erst am Tage der Bundestagswahl 2002 – dem 22. September – infolge der *Möllemann*-Affäre ihren Austritt erklärte, haben diese Politiker seinerzeit die FDP verlassen. Und Frau *Hamm-Brücher* hatte es dort schwer:

> „Nach 1982 ... da wurde alles unternommen, um mir in der Partei nie wieder eine Chance zu geben. Erst 1984, beim FDP-Parteitag in Münster, bin ich dank der Jungliberalen, unter dem Vorsitz von *Guido Westerwelle*, wieder in den Bundesvorstand gewählt worden und 2 Jahre später auch ins Präsidium der Partei."[84]

---

[81] Roderich Reifenrath, Warum Genscher zurücktreten muss; in: Frankfurter Rundschau, 28.9.1982
[82] Golo Mann, „Man hätte nicht tun dürfen, was man am 1. Oktober in Bonn tat"; in: Weltwoche, 6.10.1982
[83] Neue Zürcher Zeitung, 24.9.1982
[84] Hildegard Hamm-Brücher im Gespräch mit Sandra Maischberger, Ich bin so frei, München 2003, S. 28

Auch in den Ortsverbänden, den Bezirken und den Landesgremien gab es heftige Debatten über die Bonner Politik. Angehörige des linken Flügels versuchten immer wieder, sich zu organisieren – zunächst innerhalb und später außerhalb der FDP. So fand kurz vor dem Kanzlerwechsel in Norderstedt ein Treffen linksliberaler FDP-Mitglieder aus Norddeutschland statt. Dort hatte man sich vorgenommen, den Kampf gegen die neue Linie der FDP innerparteilich zu führen. Noch vor dem für November bereits geplanten 33. Ordentlichen Bundesparteitag sollte ein Sonderparteitag stattfinden. So beantragten die Landesverbände Schleswig-Holstein, Hamburg, Berlin und Bremen einen Sonderparteitag, der allerdings nicht zustande kam, weil er nicht viel früher hätte einberufen werden können als der Bundesparteitag in Berlin. Also orientierten sich Gegner und Anhänger des Wendekurses auf dieses Ereignis.

Auf der linken Seite formierte sich die Fraktionsminderheit, eine Gruppe „*William Borm*/Jungdemokraten“ und gleichgesinnte Landesverbände mit 3 Zielen für den Bundesparteitag:

- „klare Missbilligung des Koalitionswechsels und des ganzen Vorgehens,
- - personelle Erneuerung (`*Genscher* muss weg´),
- - programmatische, radikal-liberale Perspektiven.“[85]

Personelles Aushängeschild der Erneuerung sollte *Uwe Ronneburger* sein, stellvertretender Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender der FDP in Schleswig-Holstein. Er hatte zu jenen 18 Bundestagsabgeordneten gehört, die gegen den Koalitionswechsel gestimmt hatten. Als Gegenkandidat zu *Hans-Dietrich Genscher* war *Ronneburger* ein Kompromiss, denn der ehemalige DP-Politiker zählte eher zu den konservativen als zu den linken Liberalen. Aber er galt als anständig, ehrlich und geeignet, auch nicht dezidiert linke Delegierte für sich einzunehmen.[86] Die eigentliche personelle Flügelentscheidung sollte bei der Wahl des stellvertretenden Bundesvorsitzenden fallen: gegen *Graf Lambsdorff* würde der von der Union nicht akzeptierte *Gerhart Rudolf Baum* antreten. Die programmatische Erneuerung erwartete man von einem Manifest, dessen Entwurf hauptsächlich vom zurückgetretenen Generalsekretär *Günter Verheugen* stammte und das von 100 Delegierten eingebracht wurde.

Eine ähnlich systematische Vorbereitung auf den Parteitag gab es bei den ungebundenen und rechten Delegierten nicht. Zwar wurden auch in ihren Kreisen Art und Weise des Koalitionswechsels kritisiert. Aber man war hier der Auffassung, dass ein Führungswechsel kurz vor der über die Existenz der Partei entscheidenden Bundestagswahl unangemessen sei. Im übrigen waren viele dieser Delegierten mit einer Kampfstimmung gegen die in den Medien stark präsenten Linken nach Berlin gekommen. Nach den unzähligen Fernsehauftritten von Mitgliedern der innerparteilichen Opposition wollte man zeigen, wie die „Basis wirklich denkt.“ Derlei Stimmungen machten sich *Hans-Dietrich Genscher* und *Otto Graf Lambsdorff* zunutze. Diese beiden bereiteten sich intensiv auf den Parteitag vor. Als kluger Schachzug galt, dass *Otto Graf Lambsdorff* kurzfristig auf eine Kandidatur als Stellvertreter *Hans-Dietrich Genschers* verzichtete und *Gerhart-Rudolf Baum* den Vortritt ließ.

[85] Günter Verheugen, a.a.O., S. 153

[86] Eine Schwäche des Kandidaten *Ronneburger* bestand darin, dass er als Bundesvorsitzender die Koalition mit der CDU/CSU nicht für rückgängig zu machen hielt. So erklärte er vor dem Parteitag, auch unter seiner Führung werde die Koalition bestehen – bis zum 6. März 1983, dem Tag der vereinbarten Bundestagswahl. Danach müsse es zu intensiven Koalitionsverhandlungen kommen.

Auf dem Parteitag hatten dann *Hans-Dietrich Genscher* und *Otto Graf Lambsdorff* die Mehrheit hinter sich – allen Bemühungen der Linken zum Trotz. Bei der Wahl des Bundesvorsitzenden erhielt *Hans-Dietrich Genscher* 222 Delegiertenstimmen, während *Ronneburger* auf 169 kam. Auch *Baum* wurde gewählt, wenn auch mit weniger als der Hälfte der abgegebenen Stimmen. Neben ihm kamen *Andreas von Schoeler*, *Wolfgang Lüder* und *Hinrich Enderlein* als erklärte Linksliberale in den Bundesvorstand, der im übrigen aus Befürwortern des Koalitionswechsels bestand. Das vom linken Parteiflügel eingebrachte Manifest fand in seinen wesentlichen Teilen keine Mehrheit. Die linksliberal eingestellten Mitglieder und Delegierten zogen jeweils verschiedene Konsequenzen aus dem Verlauf des Parteitages. Die Bundestagsabgeordnete *Ingrid Matthäus-Maier* erklärte – wie eine Reihe anderer Delegierter – noch auf dem Parteitag ihren Austritt aus der FDP und kündigte ihren Eintritt in die SPD an.

Am Rande des Parteitages gab es dramatische und tränenreiche Szenen. Es war vom „Parteitag der Tränen" die Rede. Die innerparteiliche Opposition trennte sich zu unterschiedlichen Wegen:

- Eintritt in die SPD,
- Gründung einer neuen, linksliberalen Partei in Form der am 28. November 1982 entstandenen „Liberalen Demokraten",
- Kooperation mit den Grünen,
- Gänzlicher Rückzug aus der Politik und
- Verbleib in der FDP.

Auch die traditionelle Jugendorganisation der FDP, die „Deutschen Jungdemokraten" (DJD), trennte sich am 27. November 1982 von der Mutterpartei. Die DJD hatten sich seit 1969 programmatisch immer mehr von der FDP weg und zur APO sowie linken Szene hin entwickelt. Viele spätere Funktionsträger der FDP hatten ihnen vorgestanden: *Wolfgang Mischnick*, *Wolfgang Lüder*, *Gerhart Rudolf Baum* und *Ingrid Matthäus-Maier*. Eine Zeitlang führten Jungdemokraten eine Art innerparteilicher Koexistenz mit den 1979 gegründeten parteiloyalen „Jungen Liberalen" – „Julis" –, die 1982 offizielle Jugendorganisation der FDP wurden. Vorsitzende der Julis waren *Hans-Joachim Otto* sowie *Guido Westerwelle* (s. Kapitel 4).

Es gab darüber hinaus den Versuch, die verstreuten Linksliberalen unter dem lockeren organisatorischen Dach der „Liberalen Vereinigungen" zusammen zu halten. Letztlich gelang das nicht. Der ehemalige Generalsekretär der FDP, *Günter Verheugen*, schätzte die Wanderbewegungen wie folgt ein: „Von den etwa 15.000, die die FDP verließen, werden zunächst etwa 2.000 zur SPD gegangen sein, etwa 1.000 schlossen sich den Liberalen Demokraten an..."[87]

Diesem Mitgliederschwund bei der FDP standen Neueintritte aus dem etablierten Mittelstand gegenüber. Von Unternehmern, Kammern, Verbänden und Innungen meist informell und gezielt zur Veränderung innerparteilicher Mehrheitsverhältnisse gesteuert, kamen jetzt Makler, Rechtsanwälte, Bauunternehmer, Handwerksmeister und andere Mittelständler in die Partei. Sie wollten ihre Interessen durch Unterstützung der CDU/CSU/FDP-Koalition sichern. Wie schon 1969, so vollzog sich auch 1982 mit dem Positionswechsel der

[87] Güter Verheugen, a.a.O., S. 162

FDP im Parteiensystem eine Mitgliederumschichtung: Die soziale und ökonomische Struktur der Mitgliederschaft der FDP folgte ihrer parteisystemischen Position.

2.10 Von der Wende zur Wiedervereinigung

Die Parteiführung nahm das hin und konzentrierte sich auf die Bundestagswahl. In deren Wahlkampf setzte die Partei auf die Zweitstimmen von CDU/CSU-Anhängern, die so die „Koalition der Mitte" gegen eine „rot-grüne Negativmehrheit" retten würden. Dass die FDP die Bundestagswahl am 6. März 1983 überstand, ist der Zweitstimmenkampagne zu verdanken. Bei den Landtagswahlen vorher und nachher scheiterte die Partei „in Serie". Bei den zugleich mit der Bundestagswahl durchgeführten Landtagswahl in Rheinland-Pfalz ging sie mit 3,5% unter. Kurz danach – ebenfalls im März – wurde in Schleswig-Holstein gewählt. Hier hatte die FDP mit einer Koalitionsaussage zugunsten der SPD geworben, doch das brachte nur 2,2%. Im September stand wieder eine Wahl in Hessen an, nachdem der SPD-Ministerpräsident *Holger Börner* seine Mehrheit im Landtag verloren hatte. CDU und FDP kämpften nun gemeinsam gegen „Rot-Grün". Zwar kam die FDP dabei auf 7,6%. Das aber ging zu Lasten der CDU, so dass CDU und FDP zusammen in Wiesbaden auf keine Mehrheit kamen. Verloren ging im September 1983 weiterhin eine Bürgerschaftswahl in Bremen mit 4,59%. Als Folge der Wende war die FDP Ende 1983 in den Landtagen von Bayern, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Bremen nicht vertreten. Es ging das Wort von der „Dame ohne Unterleib" um: Es sollte nicht das letzte Mal sein.

Auffällig ist, dass zu dieser Zeit die Bundespartei FDP mehr Wählerzuspruch erhalten hatte als die Landesverbände. Dergleichen wiederholte sich in den neunziger Jahren. Offenbar gibt es Wähler, welche die FDP in der Bundespolitik für wichtig halten, in der Landespolitik aber für entbehrlich. Das mag daran liegen, dass man sich von der Bundespolitik wirtschaftliche und außenpolitische Stabilität erhofft und der FDP dabei einige Kompetenz zutraut. Die Bedeutung der Landespolitik wird in diesem Zusammenhang nicht so hoch eingeschätzt, so dass Wähler dort risikobereiter sind.

Die Serie der Wahlniederlagen in den Ländern brachte die Parteiführung innerparteilich in Bedrängnis. Zwar war die Koalition in Bonn zunächst einmal gesichert, aber auch an diesem Ort zog Unheil herauf: Die Bestechungsvorwürfe gegen den Wirtschaftsminister *Otto Graf Lambsdorff* im Zusammenhang mit der *Flick*-Affäre belasteten die gesamte Parteiführung.[88] Obendrein hatten die rechten und gemäßigten Funktionäre ihre Kritik an der Art und Weise der Wende nicht vergessen, sondern nur für die Zeit nach der Bundestagswahl aufgespart. Das alles entlud sich auf dem Bundesparteitag, der vom 1. bis 3. Juni 1984 in Münster zusammentrat. Zwar hatte die FDP/FVP in Baden-Württemberg die Serie der Niederlagen in den Bundesländern mit einem Ergebnis von 7,2% unterbrochen, war aber damit unter den Erwartungen geblieben. Dies alles bewirkte beim Bundesvorsitzenden eine Verunsicherung, die darin zum Ausdruck kam, dass *Hans-Dietrich Genscher* in einer wichtigen Personalfrage die Stimmung in der Partei falsch einschätzte: Für den vakant werdenden Posten des Generalsekretärs – die Amtsinhaberin *Irmgard Adam-Schwaetzer* wollte Schatzmeisterin werden – schlug *Hans-Dietrich Genscher* den in der Partei weithin unbekannten früheren Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Innenministerium, *Karl-Frie-*

[88] Hans Werner Kilz/Joachim Preuss, a.a.O.

drich Brodeßer, vor. Als der Parteivorsitzende merkte, dass er mit diesem Vorschlag nicht durchkommen würde, zog er seinen ersten Kandidaten zurück und präsentierte an seiner Stelle den Bundestagsabgeordneten *Helmut Haussmann*, der auch gewählt wurde. Schwerwiegender war eine sachliche Fehleinschätzung, die sich die Parteiführung im Mai 1984 leistete. Nach Absprache mit der CDU/CSU wurde der Gesetzentwurf zur Amnestie für alle mit der Parteispendenaffäre verbundenen Straftaten vorgelegt. In der Öffentlichkeit, aber auch in der FDP-Mitgliederschaft, löste dieses Vorhaben einen Sturm der Entrüstung aus. Bereits 2 Wochen, nachdem die Fraktionen der Regierungsparteien dem Entwurf zugestimmt hatten, zogen *Helmut Kohl* und *Hans-Dietrich Genscher* die Amnestie-Vorlage zurück. Eine Abstimmung in der FDP darüber – so die allgemeine Einschätzung – hätte *Hans-Dietrich Genscher* eine Niederlage gebracht.

Dass das Amnestie-Projekt am Widerstand der Partei gescheitert war, ist ein Beleg dafür, dass die FDP ihr rechtsstaatliches Gewissen über die Wende hinweg erhalten hatte. Auf dem Parteitag gab es heftige Kritik an der Parteiführung. Bei den Vorstandswahlen erzielte – offensichtlich wegen des Amnestie-Projektes – der Fraktionsvorsitzende *Wolfgang Mischnick* ein äußerst knappes Ergebnis. Und allgemein herrschte bei der Wahl des Bundesvorsitzenden die Meinung vor, dies sei die letzte Wahl *Hans-Dietrich Genschers* auf diesen Posten.

Eine große Enttäuschung für die Partei war es, als die Europawahl unmittelbar nach dem Parteitag nur 4,8% brachte. Die FDP war nun nicht mehr im Europäischen Parlament vertreten, der Europa-Spitzenkandidat *Martin Bangemann* politisch vorübergehend „arbeitslos“, und die Partei musste auf erwartete Wahlkampfkostenerstattungen verzichten. 1985 musste sie ihren Mitgliedern eine Verschuldung von acht Millionen DM mitteilen.

Für *Martin Bangemann* aber führte das entgangene Europamandat zu politischem Aufstieg. Nachdem *Otto Graf Lambsdorff* als Bundeswirtschaftsminister zurücktrat, weil gegen ihn im Rahmen der Flick- oder Parteispendenaffäre Anklage erhoben wurde, wurde *Bangemann* am 28. Juni 1984 sein Nachfolger. Gleichzeitig kündigte *Hans-Dietrich Genscher* an, er werde auf dem kommenden Parteitag in Saarbrücken sein Amt als Parteivorsitzender niederlegen, und *Martin Bangemann* solle sein Nachfolger sein. Tatsächlich wurde *Martin Bangemann* im Februar 1985 mit großer Mehrheit zum Parteivorsitzenden gewählt. Insgesamt war das Saarbrücker Treffen ein Parteitag der Konsolidierung, denn die innerparteilichen Auseinandersetzungen um den Koalitionswechsel hatten ihr Ende gefunden, und Umfrageergebnisse versprachen für die bevorstehenden Landtagswahlen wieder bessere Ergebnisse.

Diese Landtagswahlen in Berlin, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen brachten der FDP ordentliche Ergebnisse. In Berlin kam die FDP im März auf 8,4%. Nach einer Phase der Tolerierung der CDU ging sie weg. Am gleichen Tage erzielte die FDP in Saarbrücken10%. Besonders wichtig waren im Mai die 6% in Nordrhein-Westfalen, wodurch die Liberalen wieder in den Düsseldorfer Landtag einzogen. Die mit der Wende der Partei verbundene Krise schien überwunden zu sein.

Doch die Wahlen in den 3 Bundesländern offenbarten auch Schwächen der FDP: In Berlin wurde das relativ hohe Stimmenergebnis dank des Engagements einer von der Partei kaum beeinflussbaren mittelständischen Wählerinitiative erzielt. Diese hatte sich für die Wiederwahl des Regierenden Bürgermeisters *Eberhard Diepgen* von der CDU eingesetzt und mit einer Zweitstimmenkampagne für die FDP gegen ein „rot-grünes“ Bündnis agitiert. Die FDP wurde damit als Funktionspartei klassifiziert: als Mehrheitsbeschafferin für die

CDU. Tatsächlich hatte die FDP in Berlin weniger als die Hälfte jener 8,4%, denn bei den zugleich durchgeführten Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen – den Kommunalvertretungen – wählten nur 4% der Berliner diese Partei. Die Erfolge in Saarbrücken und Düsseldorf hingen auch mit aktuellen landespolitischen Schwächen der CDU und mit dem zu dieser Zeit wenig überzeugenden Erscheinungsbild des Bundeskanzlers und CDU-Vorsitzenden *Helmut Kohl* zusammen. Die Konsolidierung der FDP bestand auch darin, dass sie allgemein als integraler Bestandteil des Bündnisses mit der Union gesehen wurde und dort als notwendiger Mehrheitsbeschaffer.

Seit Mitte der ersten Amtsperiode der Regierung *Kohl* tat sich ein Problem für die Politik auf, das man nach dem Wirtschaftswunder für historisch und mittlerweile gelöst gehalten hatte: die Arbeitslosigkeit. Im Mai 1985 betrug die Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik 8,8%, das waren rund 2,2 Millionen gemeldete Arbeitslose. Damit hatte man die höchste Mai-Arbeitslosenquote seit der Währungsreform erreicht. Die Koalitionspartner reagierten darauf erwartungsgemäß: Um die Verfestigung der Arbeitslosigkeit – derentwegen unter anderem die sozial-liberale Koalition gescheitert war – zu verhindern, neigte man in der CDU/CSU zur Verabschiedung staatlicher Beschäftigungsprogramme. Genau dies lehnte die FDP strikt ab und forderte – wie vorher und später auch – klare marktwirtschaftliche Lösungen. Die energischsten Gegenspieler der FDP in der Koalition waren bei diesem Thema die Unions-Vereinigung der Sozialausschüsse und die bayerische CSU. Die Arbeitslosigkeit blieb ein Problem der „konservativ-liberalen" Koalition, wie das neue Bündnis gelegentlich genannt wurde.

Ein anderes – aus der Zeit der SPD/FDP-Koalition geerbtes – Problem dagegen konnte die neue Koalition rasch lösen: die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen (Nachrüstung) in der Bundesrepublik. Trotz heftigen Widerstands einer breiten Friedensbewegung – die besonders auch von der seit 1983 neuen Bundestagspartei der Grünen getragen wurde – stimmten die Koalitionsabgeordneten im November 1983 der Nachrüstung zu.

So sehr sich die FDP in der neuen Koalition auf dem Felde der Wirtschaftspolitik fast dogmatisch marktwirtschaftlich gebärdete, so konsequent verstand sie sich in der Außen- und Ostpolitik als Garant der Kontinuität. Die Politik des Außenministers *Hans-Dietrich Genscher* galt als Ausdruck der Seriosität und als Qualitätsmerkmal der FDP in der Koalition mit der Union. Die Säulen dieser Politik waren die Westbindung der Bundesrepublik, die Stärkung der europäischen Zusammenschlüsse und der vertragliche Interessenausgleich mit dem Osten einschließlich der DDR. Gerade in der von der CDU/CSU einst bekämpften Ost- und Deutschlandpolitik schien sich die Koalition sehr schnell auf die Linie der Kontinuität zu begeben. Dennoch kamen immer wieder Irritationen in der Koalition auf, so zum Beispiel als der Bundeskanzler sein Erscheinen bei der Landmannschaft der Schlesier, die gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze agitierte, zusagte. Auch funktionierten die Abstimmungen in der Europäischen Gemeinschaft auf dem Gebiet der Agrar- und Technologiepolitik nicht gewohnt reibungslos, so dass es zu öffentlich wahrnehmbaren Querelen zwischen dem deutschen Bundeskanzler und dem französischen Staatspräsidenten kam.

Ein Argument der Kritiker der Wende war, in der neuen Konstellation würde die FDP bei der Rechts-, Innen- und Umweltpolitik ihren Anspruch als Freiheitspartei nicht verwirklichen können. In der Umweltpolitik schien es gar, als wollten die Konservativen die Liberalen „überholen": Der CSU-Innenminister *Friedrich Zimmermann* machte sich überraschend für die damals umstrittene Katalysatorenpflicht für Autos stark. Auf anderen Gebie-

ten – dem Demonstrationsstrafrecht etwa und der Ausländerpolitik – bekam die FDP Gelegenheit, ihre liberalen Positionen gegen die etatistisch agierende Union zu verdeutlichen. Hierbei taten sich besonders die Bundestagsabgeordneten *Burkhard Hirsch* und *Gerhart Baum* – teilweise allerdings zum Verdruss der Mehrheit der übrigen Fraktionsmitglieder – hervor. Auch die der FDP angehörende Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, *Liselotte Funcke*, prägte das liberale Profil ihrer Partei ebenso wie ihre Nachfolgerin *Cornelia Schmalz-Jacobsen*. Bei all dem war die FDP jedoch auf die Rolle des Bremsers beschränkt. Eigene Gestaltungsmöglichkeiten bestanden nicht.

Nach vollbrachter Wende, 1982/1983, schien die FDP keinen eigenen Handlungsspielraum mehr zu haben: Ihr Schicksal schien in den Händen der Union zu liegen. Doch gewisse Freiräume eröffnen sich für die Partei, als der Wechsel und das Fortbestehen der FDP durch die vorgezogenen Bundestagswahlen 1983 nachträglich legitimiert waren. Allerdings waren das Freiräume nur als Juniorpartner an der Seite der Union. Diese taten sich auf durch Unzulänglichkeiten und Rivalitäten bei der Union. In dieser Konstellation entwickelte die FDP ihr Profil als Hüter der Marktwirtschaft, Garant der außenpolitischen Kontinuität und maßvoller Bremser in der Innen- und Rechtspolitik. Sie hatte dabei genügend Wähler hinter sich, die ihr und der Regierung *Kohl* für die kommenden 16 Jahre die politische Existenz sicherten. Allerdings verlor die FDP dabei immer mehr von ihrem Eigengewicht und fügte sich ein als funktionierendes Teil der „Machtmaschine *Kohl"*.

Die erste Wahlperiode in der neuen Koalition konnte die FDP recht positiv abschließen. Bei der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 gewann sie 2,1% der Stimmen dazu und kam auf 9,1%. Diesem Zuwachs stand ein Verlust bei der Union um 4,5% entgegen – sie erhielt 44,3%. Obwohl damit die Koalition fortgesetzt werden konnte, trug dieses Resultat doch Missstimmung in das Bündnis, denn ein gut Teil der Wählergewinne der FDP kamen aus Abwanderungen von der Union. Das Klima verdüsterte sich noch mehr, als bei der Kanzlerwahl am 11. März 1987 *Helmut Kohl* zwar erfolgreich war, dennoch mindestens ein Dutzend Koalitionsabgeordnete sich *Kohl* verweigerten. Der Verdacht fiel besonders auf FDP-Parlamentarier.

Belastend für die FDP waren die Urteile des Bonner Landgerichtes in der *Flick*-Parteispendenaffäre. Wegen Steuerhinterziehung wurden 2 frühere FDP-Minister verurteilt: *Otto Graf Lambsdorff* zu einer Geldstrafe von 180.000 DM und *Hans Friderichs* zu 61.000 DM. In der Öffentlichkeit litt das Ansehen der Partei darunter mittelfristig: Noch Jahre nach dem Urteil mussten sich besonders FDP-Straßenwahlkämpfer anhören, die FDP sei eine Partei mit verurteilten Straftätern an der Spitze.

Immerhin konnte die FDP ihre Stellung in der Koalition dadurch verbessern, dass sie ein viertes Ministerium in der Bundesregierung erhielt: Neben Außenminister *Hans-Dietrich Genscher*, Wirtschaftsminister *Martin Bangemann* und Justizminister *Hans A. Engelhard* zog der junge Mann des Außenministers – dem er bis dahin als Staatsminister gedient hatte –, *Jürgen W. Möllemann*, als Bildungsminister in das Kabinett ein. Dort war *Möllemann* im folgenden überaus erfolgreich; insbesondere seine Transferaktionen mit der Bezeichnung „Hochschulsonderprogramme (HSP) eins, 2 und 3" – populär geworden als „*Möllemann* 1, 2 und 3" – brachten dem jungen Bildungsminister Anerkennung. Durchaus glaubwürdig berichtet *Möllemann*, dass der Präsident der „Westdeutschen Rektorenkonfe-

renz“ (WRK), *Hans-Uwe Erichsen*, dem späteren Wirtschaftsminister anvertraut hätte: „Wir vermissen Sie.“[89]

Günstig für die FDP hätte sich die aufkommende Führungskrise der CDU entwickeln können. In der CDU war nach der Bundestagswahl Unzufriedenheit mit Bundeskanzler *Kohl* aufgekommen, und Politiker wie der baden-württembergische Ministerpräsident *Lothar Späth* sowie die Generalsekretäre *Kurt Biedenkopf* und *Heiner Geißler* versuchten, sich ihm in den Weg zu stellen. *Kohl* setzte sich auf einem Parteitag im September 1989 in Bremen für viele Beobachter überraschend durch und stellte seine Widersacher kalt. Neuer Generalsekretär wurde *Volker Rühe*. Allgemein galt dieser Vorgang als Schwächung der CDU, weil sie um ihre Hoffnungsträger ärmer war. Zweifel an einem weiteren Wahlsieg *Kohls* kamen auch außerhalb der CDU auf.

Die FDP vermochte jedoch nicht von der Führungskrise der CDU zu profitieren, weil sie sich selber mit Personalproblemen herumschlug. *Martin Bangemann* kündigte am 19. Mai 1988 an, er wolle Kommissar bei der EU in Brüssel werden und dazu seine Ämter als Vorsitzender der FDP und Bundeswirtschaftsminister aufgeben. *Martin Bangemann* war als Seiteneinsteiger nach Bonn gekommen und fühlte sich dort eingeklemmt zwischen den „Granden“ *Hans-Dietrich Genscher* und *Otto Graf Lambsdorff*. Er war „bloß ein Mann des Übergangs.“[90] Um seine Nachfolge im Amt des Parteivorsitzenden wurde gestritten. Als Kandidaten schälten sich die Bundestagsabgeordnete *Irmgard Adam-Schwaetzer* und *Otto Graf Lambsdorff* heraus. Die Pharmazeutin *Irmgard Adam-Schwaetzer* war 1975 in die FDP eingetreten und hatte im Zuge der Wende dort schnell Karriere gemacht. *Otto Graf Lambsdorff* strebte die Wahl zum Parteivorsitz an als Akt der Rehabilitation für seine Verurteilung, die er als Opfer für die Partei begriff. Der Streit um den Parteivorsitz war eine milde Form erneuten Flügelkampfes in der FDP: Einer jungen und modernen Frau stand einer der wichtigsten Repräsentanten jener Altherrenriege gegenüber, die vielen durch die Wende verschlissen schien. *Adam-Schwaetzer* stand, schon weil sie die erste Frau im Parteivorsitz gewesen wäre, für Erneuerung und Reform der FDP, *Otto Graf Lambsdorff* dagegen für Althergebrachtes. In dieser Konstellation war es ein kluger Schachzug *Otto Graf Lambsdorffs*, als er die links-liberale Berliner Senatorin für Familie, Jugend und Frauen, *Cornelia Schmalz-Jacobsen*, für den Fall seiner Wahl als Generalsekretärin vorschlug. Dass Frau *Schmalz-Jacobsen* dieses Angebot annahm, war bei Anhängerinnen von Frau *Adam-Schwaetzer* auf wenig Gegenliebe gestoßen. Beim Bundesparteitag 1988 in Wiesbaden wurde in einer Kampfabstimmung *Otto Graf Lambsdorff* mit 211 Stimmen zum Bundesvorsitzenden der FDP gewählt; *Irmgard Adam-Schwaetzer* erhielt 187 Stimmen. Generalsekretärin wurde *Cornelia Schmalz-Jacobsen.* Der gouvernementale Teil des *Bangemann-schen* Erbes fiel an den aus Tübingen stammenden Bundestagsabgeordneten und bisherigen Generalsekretär der FDP, *Helmut Haussmann:* Er wurde neuer Bundeswirtschaftsminister.

Wie der große, so erzielte auch der kleine Partner der konservativ-liberalen Koalition schlechte Wahlergebnisse. Statt der versprochenen geistig-moralischen Führerschaft gingen von der Koalition Eindrücke politischer Immobilität und personeller Querelen aus. Dies übertrug sich auf die Bundesländer. In Schleswig-Holstein hatte die FDP nach der in den Tod führenden Affäre des früheren CDU-Ministerpräsidenten *Uwe Barschel*[91] bei den

[89] Jürgen W. Möllemann, Klartext. Für Deutschland, München 2003, S. 23
[90] Peter Lösche/Franz Walter, Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel, Darmstadt 1996, S. 122
[91] Norbert F. Pötzl, Der Fall Barschel. Anatomie einer deutschen Karriere, Reinbek bei Hamburg 1988

Landtagswahlen am 31. Mai 1988 mit einer Koalitionsaussage zugunsten der CDU nur 4,4% der Wähler überzeugen können und konnte nicht in den Landtag einziehen.

Einen regelrechten Einbruch erlitt die Koalition bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 29. Januar 1989. Unter dem Regierenden Bürgermeister *Eberhard Diepgen* hatte es hier – nach einer Phase der Tolerierung eines CDU-Minderheitensenats unter *Richard von Weizsäcker* durch die FDP – eine CDU/FDP-Koalition gegeben. Dieses Bündnis büßte gegenüber der letzten Wahl zusammen 13,2% der Stimmen ein: Die FDP erhielt nur noch 3,9%. Gleichzeitig erreichte die „Alternative Liste" (AL) – praktisch der Berliner Landesverband der Grünen – 11,8%. Als Sensation wurde auch empfunden, dass die „Republikaner" mit 7,5% den Sprung ins Abgeordnetenhaus schafften. Die SPD kam auf 37,7%. In Berlin wurde die Niederlage der konservativen-liberalen Koalition als Folge des schlechten Erscheinungsbildes der Bonner Regierung gesehen. Für die FDP war das Ergebnis mehrfach deprimierend: Nicht nur die Regierungsbeteiligung, sogar die parlamentarische Repräsentanz war dahin; die Grün-Alternativen schienen die FDP als dritte Partei endgültig abgelöst zu haben, und Profiteur der CDU/FDP-Misere schienen die bis dahin weithin unbekannten rechtspopulistischen Republikaner zu sein. Nach der bald geplatzten rot-grünen Regierung in Hessen vom 15. Dezember 1985 mit *Joschka Fischer* als erstem grünen Minister („Turnschuhminister")[92] wurde in Berlin-West unter *Walter Momper* als Regierendem Bürgermeister eine rot-grüne Landesregierung installiert.

In dieser Zeit erreichte die Bundesrepublik zwar den höchsten Beschäftigungsstand ihrer Geschichte (29 Millionen Erwerbstätige), aber die Zahl der Arbeitslosen blieb bei 2 Millionen. Auf dem Ausbildungssektor sprach die Opposition von einer „Lehrstellenkatastrophe", obwohl immerhin 700.000 Lehrstellen vorhanden waren. Erste Anläufe zur Steuer- und Gesundheitsreform wurden unternommen, erwiesen sich aber doch bestenfalls als Zwischenlösungen. All diese Widersprüchlichkeiten hatten zur Folge, dass das Ansehen der Union und des Kanzlers in der Bevölkerung nicht hoch war.

Da kam der Zusammenbruch des Ostblocks und die deutsche Wiedervereinigung. Bundeskanzler *Helmut Kohl* begriff wie *Hans-Dietrich Genscher* nach anfänglichem Zögern die Chance zur Vereinigung, und sie nutzten sie in Verhandlungen und der Ausarbeitung eines Vereinigungskonzeptes.

Für den Vizekanzler und Außenminister *Hans-Dietrich Genscher* taten sich schon 1989 bei der anschwellenden Flüchtlingswelle aus der DDR neue wichtige und öffentlichkeitswirksame Betätigungsfelder auf. Im Mai 1989 baute Ungarn die Sperranlagen gegen den Westen ab. In die westdeutschen Botschaften in Prag, Budapest, Warschau und in die Ständige Vertretung in Ost-Berlin strömten DDR-Bürger, um von dort in die Bundesrepublik zu gelangen. *Genscher* verhandelte an allen diesen Orten. Über die Medien ging die Szene, als der Bundesaußenminister am 31. September 1989 4000 Flüchtlingen in der Prager Botschaft mitteilte, sie kämen frei und dafür großen Jubel erntete. *Genscher* selber hat dies als einen der bewegendsten Momente seiner Karriere bezeichnet.

In der DDR wandelten sich die Verhältnisse so rasch, dass angesichts wachsender Unruhe der Bevölkerung der koordinierende „Zentrale Runde Tisch" für den 18. März 1990 die ersten freien Volkskammerwahlen ansetzte. Wie die anderen westdeutschen Parteien auch schaltete sich die FDP in die Vorbereitung der Wahlen ein und erreichte, dass ein „Bund Freier Demokraten" den liberalen Part beim Wahlkampf übernahm. Dieser Bund

[92] Matthias Geis/Bernd Ulrich, Der Unvollendete. Das Leben des Joschka Fischer, Berlin 2002

setzte sich zusammen aus der alten Blockpartei LDP[93], der kleinen neu gegründeten „FDP der DDR“ und der „Deutschen Forumspartei“ – einer Abspaltung von der DDR-Oppositionsgruppe „Neues Forum“. Für viele – die mit einem Wahlsieg der SPD gerechnet hatten – ging die von der CDU geführte „Allianz für Deutschland“ mit rund 48% als überraschender Sieger aus der Wahl hervor.[94] Der „Bund Freier Demokraten“ kam auf bescheidene 5,3% und musste der CDU weitgehend das Feld überlassen. Diese bildete unter Führung von *Lothar de Maizière* eine Große Koalition unter Ausschluss der PDS.

Nach der Volkskammerwahl beschleunigte sich der Prozess der Übernahme ostdeutscher Parteien durch die westdeutsche FDP. Ähnlich wie die westdeutsche CDU die ehemalige Blockpartei Ost-CDU übernahm, bemächtigte sich die FDP ihres „natürlichen“ Partners, der LDP. Diese hatte sich von ihrer ursprünglich relativ selbständigen Rolle als liberale Partei in der sowjetischen Besatzungszone unter dem stalinistischen Druck des Sowjetsystems zu einer Satellitenpartei der SED gewandelt.[95]

Eine Mitgliedschaft in der LDP(D) war Angehörigen der „Intelligenz“ und des restlichen Mittelstandes karrierefördernd bei Vermeidung einer Mitgliedschaft in der SED. Seit 1967 war *Manfred Gerlach* Vorsitzender der Partei. Die LDP(D) zählte 1989 113.000 Mitglieder, vor allem Handwerker und Gewerbetreibende, Angestellte, Ärzte und Lehrer. 1989 war *Manfred Gerlach* eigenen Bekundungen zufolge der erste hochrangige Politiker in der DDR, der angesichts der Fluchtwelle von DDR-Bürgern nach den Gründen fragte und sich deutlich für Reformen im Sinne von UdSSR-Staatschef *Michail Gorbatschow* aussprach. Auf einem außerordentlichen Parteitag in Dresden am 9. und 10.12. gab *Gerlach* den Vorsitz der nun wieder als LDP firmierenden Partei ab. Neuer Vorsitzender wurde der Rostocker Hochschullehrer *Rainer Ortleb*. Zur LDP kamen die beiden anderen Parteien des Bundes der Freier Demokraten, die FDP der DDR und die Deutsche Forumspartei (DFP). Hierzu gesellte sich als weitere ehemalige Blockpartei die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD), ursprünglich als Auffangbecken für kleine ehemalige Nazis und Berufssoldaten gedacht. Bei der einzigen freien Volkskammerwahl hatte die NDPD das Kunststück vollbracht, mit 0,38% weniger Wählerstimmen zu gewinnen als sie angeblich Mitglieder hatte. Von all diesen Parteien war die LDP die wichtigste, weniger wegen der gemeinsamen Wurzeln aus der Nachkriegszeit als mehr wegen des vermuteten umfangreichen Vermögens und der hohen Mitgliederzahlen.

Am 12. August 1990 fand in Hannover der Vereinigungsparteitag statt – die FDP war gesamtdeutsch. Zu dieser Vereinigung hatten die Ost-Parteien rund 135.000 und die West-FDP 65.485 Mitglieder eingebracht. Um die Vorherrschaft der West-FDP sicherzustellen, wurden beim Delegiertenschlüssel die Wählerstimmen gegenüber den Mitgliederzahlen entsprechend aufgewertet.[96]

---

[93] Die LDPD („Liberal Demokratische Partei Deutschlands“) hatte im Zuge der Wende ihre alte Bezeichnung „LDP“ wieder angenommen. (s. Kapitel 3))

[94] Die SPD erhielt 21,9%, die SED-Nachfolgerin PDS 16,3%, Bündnis 90 2,9%.

[95] Zwischen Verständigungsbereitschaft, Anpassung und Widerstand: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in Berlin und der Sowjetischen Besatzungszone 1945 - 1949. Eine Dokumentation zur Soderausstellung der F.D.P.-Bundestagsfraktion im Reichstagsgebäude, zusammengestellt und kommentiert von Karl-Heinz Grundmann unter Mitarbeit von Dieter Hein, Bonn 1979 sowie aus DDR-Sicht Rudolf Agsten/Manfred Bogisch/Wilhelm Ortth, LDPD. 1945 bis 1961 im festen Bündnis mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei, herausgegeben vom Sekretariat des Zentralvorstandes der LDPD im Buchverlag Der Morgen Berlin, 2. Auflage, Berlin 1987

[96] Zum Prozess des Zusammenschlusses der liberalen Parteien s. Rainer Marowitz, Der schwierige Weg zur Einheit. Die Vereinigung der deutschen Liberalen 1989/90, Dresden 2002

Tab. 1: Mitgliederentwicklung der FDP 1987 bis 1998 (in Tausend)

Jahr	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1996	1997	1998
Zahl	65,0	64,3	65,5	178,6	137,9	103,2	81,2	69,6	67,9

Die Blütenträume von hohen Vermögenszuwächsen und dauerhaft großen Mitgliederzahlen erfüllten sich für die gesamtdeutsche FDP nicht. Die Bonner Parteien konnten der PDS als Nachfolgepartei der SED nicht einen großen Teil des Vermögens abnehmen aber CDU und FDP verschonen. So erhielt die FDP Ende 1995 ein Bar- und „Immobilienerbe“ in Höhe von 6,3 Millionen DM – weit weniger als man erhofft hatte. Der Mitgliederstand reduzierte sich in den Jahren nach der Wende rapide: 1996 hatte die gesamtdeutsche FDP nur noch 81.000 Mitglieder und war damit wieder auf dem Stand der westdeutschen FDP von 1978. Der Karriereeffekt einer LDPD- oder nun FDP-Mitgliedschaft war mit dem Zusammenbruch der DDR nicht mehr realisierbar.

Stärker als bei der Volkskammerwahl konnten sich die Liberalen allerdings bei den am 14. Oktober 1990 – unmittelbar nach der Wiedervereinigung – erfolgenden Landtagswahlen durchsetzen. Ihr bestes Ergebnis erreichten sie in Sachsen-Anhalt (15,7%). Außer in Sachsen wurde die FDP an allen Landesregierungen beteiligt: in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern in CDU/FDP-Koalitionen, in Brandenburg mit 2 Ministern – *Hinrich Enderlein* und *Walter Hirche* – in einer „Ampel“ aus SPD, Bündnis 90 und FDP. Es sah so aus, als könnte sich die FDP durch die Wiedervereinigung konsolidieren.

Die ersten gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember 1990 schienen – neben den großen Erfolgen für die Union – diese Konsolidierung der Liberalen zu bestätigen: Mit 11% erzielte die FDP ihr bestes Ergebnis seit 1961 – in den neuen Bundesländern gar kam sie auf 13,4%. In Halle eroberte der Kandidat *Uwe Lühr* für die FDP ein Direktmandat. Allgemein wurde von einem „*Genscher*-Effekt“ gesprochen: Als ehemaliger Hallenser und „Held von Prag“ war der Bundesaußenminister besonders im Osten überaus populär. 1982/83 von Parteifreunden und -Feinden noch des „Verrats“ geziehen, war *Hans-Dietrich Genscher* – liebevoll „Genschman“ genannt – nun allseits geachtet, bewundert und verehrt: ein Beispiel für die Flüchtigkeit politischer Stimmungen in der deutschen Öffentlichkeit.

Helmut Kohl aber, an dem Freund und Feind genörgelt hatten – der als „Birne aus Oggersheim“ Verspottete – wurde der „Kanzler der Einheit“ und schlug bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen seinen Herausforderer *Oskar Lafontaine*, der auf die Risiken der Vereinigung hingewiesen hatte. Die Wiedervereinigung hatte *Helmut Kohl* die Kanzlerschaft, das christlich-liberale Bündnis und die FDP gerettet – vor allem durch den großen Zulauf im Osten. Freilich war dieser Sieg mit der Hypothek nicht einhaltbarer Versprechen über einen bevorstehenden Aufschwung im Osten – „blühende Landschaften“ – erkauft. Der FDP sollte es dabei – wie sich zeigen sollte – wenig helfen, dass sie im Unterschied zu *Kohl* die Situation auch öffentlich realistischer eingeschätzt hatte.

Tab. 2: Bundestagswahlergebnisse zum 12. Deutschen Bundestag 2.12.1990

	Erstimmen in %	Zweistimmen in %	Mandate
CDU/CSU	45,7	43,8	319
SPD	35,2	33,5	239
FDP	7,8	11,0	79
Grüne	4,4	3,8	-
PDS	2,3	2,4	17
REP	1,7	2,1	-
Bündnis 90	1,2	1,2	8

Am 17. Januar 1991 wurde *Helmut Kohl* zum ersten gesamtdeutschen Kanzler nach 1945 gewählt. Die FDP erhielt die Verantwortung für 5 von 19 Ministerien: *Hans-Dietrich Genscher* wurde wieder Außenminister und Vizekanzler, *Jürgen W. Möllemann*[97] Wirtschaftsminister, das Bildungsressort ging an den letzten LDP-Vorsitzenden *Rainer Ortleb,* Justizminister wurde „auf dem Ticket der FDP" der noch parteilose *Klaus Kinkel*, und die Zuständigkeit für das neue Ministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau ging an *Irmgard Adam-Schwaetzer*, seit 1991 *Irmgard Schwaetzer*.

2.11 Im Tal der Tränen

Die Hypothek der nun gesamtdeutsch agierenden Koalition belastete ihre Politik von Anfang an. Die in der Wiedervereinigungseuphorie verdrängten Strukturschwächen im Osten wurden schnell sichtbar am industriellen Niedergang in der früheren DDR. Die Märkte in Osteuropa brachen weg, die Kombinate waren nicht mehr zu halten. Steigende Arbeitslosigkeit war die Folge. Der Regierung einschließlich der „Anti-Steuer-Partei FDP" fiel als Gegenmaßnahme nichts anderes ein als Transferpolitik, die aus Steuererhöhungen finanziert wurde. Dieser Aufschlag von 7,5% auf die Einkommens- und Körperschaftssteuern wurde „Solidaritätszuschlag" genannt und sollte – was wiederum illusorisch war – auf 4 Jahr beschränkt werden. In der Öffentlichkeit sah sich die Regierung mit dem Vorwurf der „Steuerlüge" konfrontiert.

In dieser Lage geriet die durch die guten Wahlergebnisse eigentlich gestärkte Parteiführung innerparteilich unter Druck. Auf dem 42. Ordentlichen Bundesparteitag vom 1. bis 3. November 1991 in Suhl stimmten daher „nur" 433 der 660 Delegierten für die Wiederwahl des Vorsitzenden *Otto Graf Lambsdorff*. Neuer Generalsekretär wurde der Wahlsieger von Halle, *Uwe Lühr*.

Zu dieser Zeit bahnte sich im Hintergrund ein einschneidender Personalwechsel für die FDP an. *Hans-Dietrich Genscher* berichtet über seine Gedanken bei den Koalitionsverhandlungen im Januar 1991: „Angesichts des voraussehbaren Ergebnisses der Koalitionsverhandlungen – namentlich soweit es die Politik für die neuen Bundesländer betraf – stellte ich mir seit Anfang Januar immer häufiger die Frage, ob ich der Regierung weiter angehören sollte. Ich war der festen Überzeugung, dass der Verzicht auf ein Niedrigsteuergebiet

[97] Um die Berufung *Möllemanns* in das Amt des Wirtschaftsministers gab es zwischen dem Parteivorsitzenden *Lambsdorff* und *Genscher* Meinungsverschiedenheiten. *Lambsdorff* favorisierte *Otto Solms*. *Genscher* dagegen war von *Möllemann* überzeugt, der sich schon als Bildungsminister bewährt habe. s. Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Berlin 1995, S. 1001

die industriellen Teile der ostdeutschen Wirtschaft kaputt machen werde."[98] Da jedoch der erfolgreiche Wahlkampf stark auf seine Person abgestellt und auch um die Kontinuität seiner Außenpolitik für das vereinte Deutschland zu unterstreichen war, wäre der Zeitpunkt eines Ausscheidens aus der Politik 1991 nicht richtig gewesen. Deshalb habe er sich frühzeitig für den 18. Mai 1992, dem 18. Jahrestag seiner Ernennung zum Außenminister, entschieden. Hierüber habe er Bundeskanzler *Helmut Kohl* frühzeitig informiert. Zugleich habe *Genscher* deutlich gemacht, dass er – als Mann des Parlamentes und der Exekutive – das Amt des Bundespräsidenten, wofür er vielfach genannt worden war, nicht anstrebe. Tatsächlich erhielt *Hans-Dietrich Genscher* am 18. Mai 1992 nachmittags in der Villa Hammerschmidt aus den Händen des Bundespräsidenten *Richard von Weizsäcker* die Entlassungsurkunde – nach nicht nur 18 Jahren im Außenministerium, sondern nach fast 23 Jahren ununterbrochener Ministerschaft.[99]

Über die Nachfolge *Genschers* im Kabinett kam es in der FDP-Führung zum Streit. Dass *Möllemann* nun Vizekanzler wurde, erzeugte in Unionskreisen einigen Unmut, wurde aber akzeptiert. Der Konflikt ging um die Besetzung des Außenamtes. Der Vorstand schlug *Irmgard Schwaetzer* vor, die Fraktion hingegen *Klaus Kinkel*, der erst im Januar 1991 der FDP beigetreten war. Unter anderem durch das Wirken *Möllemanns*, der auch Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen war, im Hintergrund – was diesem von Frau *Schwaetzer* den Titel „intrigantes Schwein" eintrug – schaffte es *Kinkel*. Unterschiedliche Politikkonzepte waren bei diesem Konflikt nicht zu erkennen – beide Kandidaten sahen sich in der Kontinuität zu *Genscher* –, so dass es sich hier um einen reinen Personalkonflikt oder schlichten Machtkampf handelte. Neue Bundesjustizministerin wurde die Bundestagsabgeordnete *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*, die sich in einer Kampfabstimmung in der Fraktion gegen ihren dort wegen seiner unions-kritischen Haltung wenig geschätzten Kollegen *Burkhard Hirsch* durchsetzte.

Die 1990 bei den Wählern so gut aufgenommene FDP bekam auch nach der Regelung des *Genscher*schen Erbes ihre Personalquerelen nicht in den Griff. Gut 7 Monate nach seinem Amtsantritt verlor am 3. Januar 1993 *Jürgen W. Möllemann* seinen Posten als Wirtschaftsminister. *Möllemann* hatte auf amtlichem Briefpapier Chips für Einkaufswagen empfohlen – eine Idee, die von einem Schwager stammte. Für den Umgang mit den daraus erwachsenen Vorwürfen glaubte sich *Möllemann* vom Parteivorsitzenden *Lambsdorff* absichtlich falsch beraten und in eine Rücktrittsfalle gelockt. Der Vorsitzende hatte ihm zur Abwesenheit im Urlaub im Ausland geraten:

> „Heute weiß ich: Ich hätte sofort nach Deutschland zurückkehren und mich öffentlich entschuldigen müssen. Und die Sache wäre erledigt gewesen."[100]

Im Nachgang zu dieser Affäre verlor *Möllemann* 1994 auch seinen Landesvorsitz in Nordrhein-Westfalen, den er allerdings 2 Jahre später zurück eroberte.

Nachfolger *Möllemanns* als Vizekanzler wurde *Klaus Kinkel*, als Wirtschaftsminister folgte der frühere Berliner Finanzsenator, City-Bank-Chef und „Treuhand"-Vorstand *Günter Rexrodt*. Dieser startete mit einem Fauxpas: Offensichtlich in Unkenntnis der Verfassungslage, nach der Bundesminister vom Bundespräsidenten auf Vorschlag des Bundes-

[98] ebenda, S. 1003
[99] ebenda, S. 1021
[100] Jürgen W. Möllemann, a.a.O., S. 31

kanzlers ernannt werden, verwechselte er gegenüber *Helmut Kohl* seine Nominierung durch die FDP-Fraktion mit seiner Ernennung.

Die Machtkämpfe an der Spitze schienen ausgetragen, nachdem auf einem Bundesparteitag in Münster vom 11. bis 13. Juni 1993 *Klaus Kinkel* mit 545 von 619 Stimmen zum Parteivorsitzenden gewählt worden war. *Klaus Kinkel* hatte die schnellste FDP-Karriere aller Zeiten geschafft: Vom Parteibeitritt bis zur Wahl zum Vorsitzenden hatte er 18 Monate gebraucht – zwischenzeitlich für die FDP die Ämter des Außenministers und des Vizekanzlers einnehmend. Allerdings war die Beamtenkarriere *Klaus Kinkels* vorab schon im Dunstkreis der FDP verlaufen: Der promovierte Jurist war Persönlicher Referent des Bundesinnenministers *Hans-Dietrich Genscher*, dann sein Leiter des Leitungs- und Planungsstabes im Auswärtigen Amt, 1979 bis 1982 Präsident des Bundesnachrichtendienstes und von 1982 bis 1991 beamteter Staatssekretär des Ministers *Hans A. Engelhard* im Bundesministerium für Justiz (s. Kurzbiografien). Diese Vita, aber auch seine Amtsführung als Parteivorsitzender, hatte ihm die Bezeichnung „Staatsdiener" eingebracht. In der Doppelrolle als Parteivorsitzender und Außenminister trat *Klaus Kinkel* ein schweres Erbe an, denn er wurde darin am sich immer mehr verklärenden Nimbus des *Hans-Dietrich Genscher* gemessen. *Klaus Kinkels* Generalsekretär wurde *Werner Hoyer*, der Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion.

Eine gewisse Schlappe für die FDP war es, als der für die Rolle des „Renommier-Ossis" erkorene *Rainer Ortleb* nach unglücklicher Amtsführung im Februar 1994 den Posten als Bildungsminister verließ und durch den Rheinländer *Karl-Hans Laermann* ersetzt wurde. *Laermann* hatte sich dabei überraschender Weise in einer Kampfabstimmung von Vorstand und Fraktion knapp gegen den späteren Partei- und Fraktionsvorsitzenden *Wolfgang Gerhardt* durchgesetzt.

Der neue Parteivorsitzende *Kinkel* versuchte, der offensichtlich an Personal- und weniger an Sachkonflikten zerstrittenen FDP auch gegenüber der Union ein eigenständiges Profil zu geben. Das war nötig, denn nach der durch die Wiedervereinigung bewirkten „Wählerhausse" geriet die Partei nun in eine „Wählerbaisse": In Kommunal- und Landtagswahlen büßte die Partei ab 1993 mehr und mehr ihre Rolle als Mehrheitsbeschafferin und Korrektiv ein. *Kinkel* – der als Außenpolitiker in der Sache Kontinuität wahrte, im Stil aber unverblümter und direkter auftrat als sein verschachtelt-vielschichtig operierender Vorgänger – profilierte die FDP als an den Leistungseliten orientierte Wirtschaftspartei, versagte sich zugleich aber auch Forderungen nach verstärkter Überwachung privater Wohnungen und Büros (Großer Lauschangriff). Auch in der Sozialpolitik versuchte er, gegenüber der Union eigene Positionen aufzubauen. In der Praxis jedoch lief manches schief:

- Vor der Bundestagswahl 1994 brachte der Generalsekretär *Werner Hoyer* für die FDP den Titel „Partei der Besserverdienenden" in die Öffentlichkeit. Damit war im Osten Deutschlands die gerade noch als Partei *Genschers* bewunderte FDP mit einem Schlag unmöglich geworden.[101] Gerade hier hatte man so sehr auf die Marktwirtschaft und ihre Partei gehofft. Aber die Gerechtigkeit sollte dabei nicht untergehen. Die FDP unter

[101] Auf einer Versammlung der FDP von Berlin-Köpenick war das eigentlich angesetzte Thema obsolet geworden, nachdem tagsüber aus Bonn gemeldet wurde, die FDP wolle sich nunmehr als Partei der Besserverdienenden präsentieren. Einige der anwesenden FDP-Mitglieder kündigten ihren Austritt an, andere prophezeiten, damit sei die FDP im Osten tot. (eigene Aufzeichnungen)

Klaus Kinkel und *Werner Hoyer* verkannte diesen im Osten lebendigen Gedanken, obwohl er doch zum liberalen Erbe gehört. Der Schaden, den *Hoyers* vielleicht als Versuchsballon in die Öffentlichkeit gespielte Formulierung für die FDP anrichtete, war immens: Bis zur Jahrtausendwende bekam die Partei fortan im Osten kein Bein mehr auf die Erde. Voller Freude griffen die Gegner der FDP nach der Formulierung. Es ist dies wohl das einzige Mal in der deutschen Parteiengeschichte, dass eine Partei selber eine so wirkungsvolle Kampfparole gegen sich geliefert hatte. Zwar hatte der Erfinder der Parole offensichtlich im Sinne seines Parteivorsitzenden gehandelt, aber dass er im Nachhinein jahrelang mit den Posten eines Staatsministers und Bundestagsabgeordneten „belohnt" wurde, zeugt von einem gewissen Masochismus bei der Partei des organisierten Liberalismus.

- Unglücklich war auch das Verhalten der FDP bei der Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 1994. *Richard von Weizsäckers* Amtszeit war abgelaufen. Weder die CDU/CSU noch die SPD verfügten über eine absolute Mehrheit in der Bundesversammlung, so dass der FDP – wieder einmal – eine strategisch wichtige Position zufiel. Die CDU hatte ziemlich spät den Rechtsprofessor, ehemaligen baden-württembergischen Landesminister und Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, *Roman Herzog*, vorgeschlagen, nachdem der ursprüngliche Favorit *Helmut Kohls*, der sächsische Minister *Steffen Heitmann* – ein „Ossi" – wegen seiner fragwürdigen öffentlichen Präsentation nicht durchsetzbar erschien. Für die SPD kandidierte *Johannes Rau*. Die Grünen schickten *Jens Reich* ins Rennen. Die Union hoffte auf die FDP, doch die hatte für alle überraschend im Oktober 1993 auf einem Bundeshauptausschuss in Magdeburg *Hildegard Hamm-Brücher* einstimmig nominiert. Für die Wahl des Präsidenten brauchte die Bundesversammlung 3 Wahlgänge. Im ersten Wahlgang erzielte die Kandidatin der FDP ein gutes Ergebnis, so dass sie auch in die zweite Runde geschickt wurde. Hier jedoch wechselten die ersten FDP-Abgeordneten zum Unions-Kandidaten, für den es aber dennoch nicht reichte. *Hildegard Hamm-Brücher* erinnert sich:

  „Weil dem Bundeskanzler die Sache zu unsicher wurde, wollte er auf Biegen und Brechen die FDP dazu bringen, *Herzog* zu wählen. Daraufhin brach *Klaus Kinkel* die Entscheidung für den dritten Wahlgang einfach übers Knie. Das war unglaublich. ... *Klaus Kinkel*, das musste ich erkennen, verhielt sich im Grund wie ein braver Beamter. Er war vom Bundeskanzler unter Druck gesetzt worden. Und da sagte er doch tatsächlich: `Frau *Hamm-Brücher*, jetzt habe ich Ihnen leider mitzuteilen, dass wir aus Gründen der Koalitionsräson nun *Roman Herzog* wählen müssen´."[102]

Als die Kandidatin sich weigerte, kam es zu einer Abstimmung in der FDP-Fraktion, wo die Kandidatur *Hamm-Brüchers* mit knapper Mehrheit zurückgezogen wurde. *Roman Herzog* wurde im dritten Wahlgang zum Bundespräsidenten gewählt – unübersehbar mit den Stimmen der FDP.

Die Anpassung der FDP an die Union war 1994 trotz der programmatischen – aber ungeschickten – Profilierungsversuche des Parteivorsitzenden so weit gediehen, dass die Bundesgeschäftstelle für den Bundestagswahlkampf Plakate herstellte, in denen aufgefordert wurde, FDP zu wählen, damit *Kohl* Kanzler bleibe. Einige Landes-, Bezirks-, Kreis-

[102] Hildegard Hamm-Brücher im Gespräch mit Sandra Maischberger, a.a.O., S. 30 f

und Ortsverbände der FDP weigerten sich, diese Plakate zu präsentieren, oder sie überklebten den Hinweis auf *Kohl*.

Zwar kam die FDP bei der Bundestagswahl 1994 auf 6,9%, und die Koalition konnte – wenn auch numerisch geschwächt – fortgesetzt werden. Aber insgesamt befand sich die Partei in einem Tal der Tränen, das sich 1993 geöffnet hatte und erst 1999 durchschritten sein sollte. Es ging Schlag auf Schlag: 1993 in Hamburg 4,2% – 1994 in Bayern 2,8%, in Brandenburg 2,2%, in Mecklenburg-Vorpommern 3,8%, in Niedersachsen 4,4%, im Saarland 2,1%, in Sachsen 1,7%, in Sachsen-Anhalt 3,6% und in Thüringen 3,2%. 1996, nach einem abermaligen Wechsel an der Parteispitze, kam Hoffnung auf, als am 24. März die FDP Erfolge in gleich 3 Ländern verzeichnen konnte: Baden-Württemberg mit 9,6%, Rheinland-Pfalz mit 8,9% und Schleswig-Holstein mit 5,7%. Doch noch 1999 waren die Landtags- und Kommunalwahlergebnisse für die FDP wieder deprimierend: Thüringen und Sachsen 1,1%, Saarland 2,%, Bremen 2,52%, Brandenburg 1,7%, Berlin 2,2% und Hessen gerade `mal 5,1%. Wieder kursierten gängige Klischees wie das von der „Dame ohne Unterleib", und auch das einst von *Rudolf Augstein* intonierte „Sterbeglöcklein" klingelte wieder. Als dann am Ende der an die Spitze seines Landesverbandes zurückgekehrte *Jürgen W. Möllemann* in Düsseldorf 9,8% holte, schien das Ende der Tränen gekommen zu sein.

Die letzte Legislaturperiode der Ära *Kohl* startete die FDP am 24. Oktober 1994 mit nur noch 3 von sechzehn Ministerposten. Das Bildungs- und das Bauministerium gingen an die CDU, und der FDP blieben die Ressorts Auswärtiges (*Klaus Kinkel*), Wirtschaft (*Günter Rexrodt*) und Justiz (*Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*). Dabei konnten sich weder *Rexrodt* noch *Leutheusser-Schnarrenberger* aller Parteifreund/feinde im Vorstand und in der Fraktion sicher sein. *Rexrodt* galt vielen als zu schwach, *Leutheusser-Schnarrenberger* als zu links. Zugleich akzeptierte die „Steuersenkungspartei" die Prolongierung des Solidaritätszuschlages: ein nicht gerade beeindruckender Start.

Zudem war die Regierungsbildung durch innerparteiliche Querschüsse aus Düsseldorf ohnehin gestört worden. *Jürgen W. Möllemann* hatte Anspruch auf einen Ministerposten erhoben, war damit aber auf die konsequente Ablehnung durch *Klaus Kinkel* gestoßen. Nachdem *Jürgen W. Möllemann* in Bonn abgewehrt war, wollte die Parteiführung den Störenfried endgültig in die Schranken verweisen und betrieb seine Ablösung als nordrhein-westfälischer Parteichef. Nachdem der Düsseldorfer Landesvorstand zurückgetreten war, wurde auf einem Sonderparteitag der Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Bezirksverbandes Ostwestfalen-Lippe, *Joachim Schultz-Tornau*, in einer Kampfabstimmung gegen *Jürgen W. Möllemann* zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Dies verschaffte *Klaus Kinkel* jedoch keine Luft, denn das immer noch bestehende „*Möllemann*-Lager" schob von nun an dem Bundesvorsitzenden jede Wahlschlappe im Land – und davon gab es reichlich – in die Schuhe.

So waren die Ursachen für die nun folgende innerparteiliche Demontage *Klaus Kinkels* schon früh gelegt. Am 11. und 12. Dezember traf sich ein Parteitag in Gera, und dort herrschte eine geradezu feindselige Stimmung gegen den Bundesvorsitzenden. In einer Vertrauensabstimmung brachte dieser zwar eine große Mehrheit hinter sich, aber er war angezählt, und nur große Wahlsiege hätten ihn retten können. Als Hoffnungsträger der FDP betrat der 33-jährige *Guido Westerwelle* die Bühne. Anstelle des zurückgetretenen *Werner Hoyer* wurde er zum Generalsekretär gewählt. Seine Einteilung der deutschen Gesellschaft in 3 gleich starke Lager: ein sozial orientiertes, ein konservativ-bewahrendes und ein liberal-freiheitliches – unter großzügiger Auslassung von grün-alternativ – imponierte der

Mitgliederschaft, suggerierte sie doch ein Wählerpotenzial von rund 30% für die FDP. Das war eine frohe Botschaft, die ankam im Tal des Jammers.

Doch die Botschaft änderte die Wirklichkeit nicht. Nach Wahlniederlagen in Bremen und vor allem in Nordrhein-Westfalen – wo die FDP aus dem Landtag flog – kündigte *Klaus Kinkel* im Mai 1995 seinen Rücktritt als Parteivorsitzender an. So musste auf dem Bundesparteitag vom 9. bis 11. Juni in Mainz ein neuer Vorsitzender gewählt werden. Hierfür bewarben sich der hessische Landesvorsitzende *Wolfgang Gerhardt* – dessen Landesverband hatte immerhin ein Wahlergebnis von 7,5% erreicht – und der um sein Comeback kämpfende *Jürgen W. Möllemann*. *Wolfgang Gerhardt* wurde gewählt, aber auch *Möllemann* war bald wieder da: Am 27. April 1996 in Hagen holte er sich gegen *Joachim Schultz-Tornau* den Düsseldorfer Landesvorsitz zurück und startete damit in die letzte, aufregende und schließlich tragische Phase seiner Politikerkarriere.

Trotz einer Krise nach umstrittener Einladung an den iranischen Außenminister – in deren Verlauf er auch hier an Rücktritt gedacht hatte – verblieb *Klaus Kinkel* in seinen Regierungsämtern. Aber an dem einstigen Wunderkind der FDP haftete fortan das Etikett des braven aber letztlich unpolitischen „Staatsdieners".

Die Amtszeit *Wolfgang Gerhardts* war geprägt durch eine klare Positionierung der FDP an der Seite der Union. Unterstützung hierin fand er besonders beim seit 1971 amtierenden Fraktionsvorsitzenden *Hermann Otto Solms*, dem wichtigen Ansprechpartner von *Helmut Kohl* und *Wolfgang Schäuble*, dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU. *Solms* managte die Koalition nach dem Prinzip „vorbeugender Konfliktbegrenzung", was zwar in der Sache zu einigen Entscheidungen der Koalition führte – wie noch unter der Ägide *Kinkels* bei der Begrenzung des Asylrechts, der Pflegeversicherung oder der Post- und Bahnreform –, die Eigenständigkeit der FDP aber unerkennbar werden ließ. Auf die Dienste seines hessischen Landsmannes *Solms* konnte *Gerhardt* sich verlassen, und so verabschiedete die Koalition 1996 ein „Sparpaket", das Lohnfortzahlungen bei Krankheit kürzte, den Kündigungsschutz lockerte, das Rentenalter bei Frauen herauf setzte und die Gesundheitsvorsorge einschränkte. Die sich immer stärker auf den Anspruch der Steuersenkungspartei reduzierende FDP konnte in dieser Zeit darüber hinaus durchsetzen, dass der Solidaritätszuschlag („Soli") von 7,5% auf 5,5% abgesenkt wurde. Dafür wurde die Mehrwertsteuer um einen Punkt auf 16% heraufgesetzt.

Auch *Wolfgang Gerhardt* musste ähnlich wie *Klaus Kinkel* innerparteilich eine Metamorphose vom Hoffnungsträger der Partei zum Objekt der Enttäuschung durchleben. Dazu trug neben der festen Bindung an die Union – die vielfach als Unterwerfung interpretiert wurde – bei, dass die Wahlergebnisse nicht besser wurden, dass die kongenialen Aktivisten *Westerwelle* und *Möllemann* jeder auf seine Weise Unruhe brachten mit ihren Rufen nach größerer Selbstständigkeit der Partei und Erneuerung und dass der Vorsitzende selbst blass und unentschlossen wirkte, was er noch dadurch verstärkte, dass er die Partei zu 2 Referenden aufforderte: eines zum Großen Lauschangriff im Dezember 1995 und eines zur Wehrpflicht im November 1997.

2.12 Zwei Mitgliederentscheide

In der FDP hielt sich trotz des Drängens des großen Koalitionspartners lange Zeit die Haltung, es sei liberale Politik, das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung gegen Bedürfnis-

se von Strafverfolgungsbehörden zu verteidigen und keinen von dort verlangten „Lauschangriff“ – also legales Abhören auch in privaten Wohnungen – zuzulassen. So fasste der Bundesparteitag, das „oberste Organ“ der Partei, gleich zweimal den Beschluss, dass es mit der FDP keinen Großen Lauschangriff geben könne. Auch die Justizministerin der FDP, *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*, hatte diese Auffassung. Die Parteiführung jedoch geriet unter Druck. Die CDU machte ihr klar, dass der Lauschangriff auch mit der SPD beschlossen werden könne. Mit dem Mitgliederentscheid schien aus der Not eine Tugend zu werden. Die Abstimmung unter den Mitgliedern hob die Sperren der Parteitage auf. Die Bundesministerin trat zurück – eine große Geste in der liberalen Partei, wo es nicht oft vorkommt, dass eine Demission wegen einer politischen Grundsatzfrage erfolgt. Dass die „eigenen Parteifreunde“ den Abgang von Frau *Leutheusser-Schnarrenberger* „besorgten“, dürfte allerdings kein Kunstfehler der FDP-Führung gewesen sein – wie Stefan Schieren vermutet[103] –, sondern ein durchaus einkalkulierter Nebeneffekt der gesamten Operation. Die Koalition war für die FDP gerettet, eine sperrige Ministerin aus dem Amt, und das Gesetz konnte erarbeitet werden.[104] Nachfolger im Justizministerium wurde *Edzard Schmidt-Jortzig.* Eine inhaltlich und moralisch lange und ernsthaft entwickelte politische Position der repräsentativen Parteiorganisation war durch eine quantitative Aktion einer zufälligen Minderheit der FDP-Mitglieder fortgespült geworden: Von den 43,09% der FDP-Mitglieder, die sich an der Abstimmung beteiligt hatten, hatten 63,6% für den Großen Lauschangriff gestimmt.

Die FDP meinte damals überdies, sich mit der Möglichkeit des Mitgliederentscheides im Sinne ihres Generalsekretärs *Westerwelle* als „Reformpartei“ präsentieren zu können. Aber die Mitgliederverbände wollten das schwierige Instrument des Plebiszits nicht der Parteiführung allein überlassen, sondern selber damit hantieren. Die Büchse der Pandora schien geöffnet. Nunmehr konnten auch Landesverbände Mitgliederentscheidungen herbeiführen. Wäre die FDP über 1998 hinaus Regierungspartei geblieben, so wäre sie eine Quelle der Überraschungen und Unberechenbarkeiten geworden. Mitgliederentscheide über x-beliebige Themen wie etwa über die Legalisierung mehr oder weniger weicher Drogen, die Einführung von Schulgeld oder die Direktwahl des Bundespräsidenten hätten der Regierung nicht nur wie einst beim Großen Lauschangriff aus der Patsche helfen können, sondern hätten ihr manch nebensächliche Diskussion aufgezwungen. Der Attraktivität der Partei hätte das geschadet.[105]

---

[103] Stefan Schieren, Parteiinterne Mitgliederbefragungen: Ausstieg aus der Professionalität? Die Beispiele der SPD auf der Bundesebene und in Bremen sowie der Bundes-F.D.P.; in; Zeitschrift für Parlamentsfragen. 27. Jg. (1996), S. 221

[104] Am 19.1.1996 verabschiedete der Bundestag die für den Großen Lauschangriff notwendige Änderung des Grundgesetzes im Artikel 13 mit den Stimmen der Union sowie großen Teilen der SPD und der FDP.

[105] Jürgen Dittberner, Vom Irrweg des innerparteilichen Plebiszits; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 29, H. 2/98, S. 352. Die geringen Mitgliederzahlen der Parteien und die jeweilige Nichtbeteiligung großer Teile der Mitgliederschaften an Befragungen und -entscheiden bergen eine weitere Gefahr: Interessierte und Interessenten können organisiert und in großer Zahl einer Partei beitreten – nur, um ein bestimmtes Ergebnis bei der Mitgliederbefragung zu erzielen. Zehn- oder zwanzigtausend Neumitglieder können eine Sache für sich entscheiden. Für den Beamtenbund täte sich hierdurch manche Versuchung auf, ebenso beispielsweise für Zahnärzte- oder Apothekervereinigungen. Die Parteien gerieten in die Gefahr, leicht manipulierbare Organisationen zu werden und sich zu Einfallstoren für Partialintereressen in die allgemeine Politik zu entwickeln. Durch die Mitgliederbefragungen und -entscheide würde aus einer qualitativen Willensbildung eine rein quantitative. Das innerparteiliche Plebiszit passt systematisch nicht zum politischen System der Bundesrepublik. Quantitativ und sozialstrukturell begrenzt es die Entscheidungsalternativen auf das unrepräsentative Spektrum der Parteimitgliederschaften. Es ist gefährlich, weil

Der andere Mitgliederentscheid betraf die Abschaffung der Wehrpflicht. Das Thema selbst war in der Partei nicht ausdiskutiert, aber der Generalsekretär *Guido Westerwelle* hatte an ihm als Generationenfrage Gefallen und meinte, mit der Positionierung für eine Berufsarmee könne die FDP ein „Alleinstellungsmerkmal" gegenüber der Union und auch der SPD gewinnen. Die „Altvorderen" der FDP *Gerhardt*, *Kinkel* und *Genscher* waren indes für die Beibehaltung der Wehrpflicht. Im Mitgliederentscheid vom 17. November 1997 folgte eine Mehrheit der Mitglieder den Altvorderen.

Die allgemeine Öffentlichkeit hatte von den inneren plebiszitären Übungen der FDP ohnehin wenig Kenntnis genommen, denn ein anderes Thema – das die FDP als Partei der Bundeswirtschaftsminister direkt betraf – belastete vor der Bundestagswahl 1998 die Koalition erheblich: Es gab im Februar 1997 4,6 Mio. Arbeitslose im Lande, das war eine Quote von 12,2%. Die Regierung wurde dem nicht Herr. Das ist der Hauptgrund dafür, dass im Lande Wechselstimmung aufkam. In der Union kam es zu Intrigenspiele um die *Kohl*-Nachfolge, in deren Verlauf der „Kronprinz" *Wolfgang Schäuble* vom Kanzler desavouiert wurde. Die FDP aber konnte sich nicht noch einmal wie 1961 bei *Adenauer* dazu durchringen, den Abgang *Kohls* klar zu fordern. Zwar gab es zögerliche Einzelstimmen mit diesem Tenor, aber die Partei insgesamt war weit davon entfernt, den Abgang des „Dicken" zum Wahlkampfziel zu machen – zu sehr war sie Teil der „Machtmaschine *Kohl*" geworden.

2.13 „Haiderisierungen" und „Projekt absolute Mehrheit"

Der schwache Zustand der FDP in den neunziger Jahren lockte solche an, die meinten, sie könnten mit gut organisiertem Personaleinsatz die „Firma übernehmen" oder diese durch eine neue Konkurrenz ausschalten. Da waren vor allem national-liberal oder rechtspopulistisch Orientierte, die nach dem Vorbild der „Freiheitlichen Partei Österreichs" (FPÖ) des *Jörg Haider* aus der FDP eine Rechtspartei machen wollten. Und da waren die studentischen Aktivisten des „Projektes absolute Mehrheit" (PAM), die durch „Masseneintritte" vor allem in den Berliner Landesverband der FDP dort die Mehrheit übernehmen und die Bundesregierung auf diesem Weg zu Bildungsreformen zwingen wollten.

Der Weg zur Rettung der Partei durch eine „*Haider*isierung" wurde immer wieder empfohlen. *Peter Lösche* und *Franz Walter* hielten das für eine ernsthafte Perspektive, denn „rechts ist viel Platz frei."[106] Der Ruck nach rechts würde eine Tradition des deutschen Liberalismus aufnehmen, die keinesfalls im Rechtsradikalismus münden müsse. Aber, so die Autoren einschränkend, die FDP wie sie geworden ist, befinde sich mitten im Bürgertum und tauge nicht zum „populistischen Opponieren". Auch sei ein „deutscher *Haider*... nirgendwo zu erkennen." Diese Einschätzung war zutreffend, und so scheiterten in den neunziger Jahren 2 national-liberale Versuche, einer außerhalb – gegen die FDP – und einer innerparteilich.

Seit der deutschen Vereinigung machten sich im Lande neue neonationale Stimmen bemerkbar. Mediengesteuerten Massenkonformismus anprangernd, beklagten diese einen durchgreifenden Verlust an Persönlichkeit und „natürlichem" Nationalismus. Dahinter wurde Methode gesehen: Ehemalige „Achtundsechziger" und Politkader aus der DDR

es Manipulationen erleichtert. Es mindert die Verlässlichkeit und fördert die Unberechenbarkeit der Parteien. Und es erhöht die Attraktivität der Parteien keinesfalls.

[106] Peter Lösche/Franz Walter, a.a.O., S.210

hätten das Meinungsklima beherrscht. Die notwendigen Grundwerte des Gemeinwesens wären aufgelöst durch das Idealbild der multikulturellen Gesellschaft; der Kampf um die Gleichberechtigung von Mann und Frau sei in einen „Emanzenterror" ausgeartet; die Libertinage konsumistischer Egoisten würde die Hoheitsansprüche des Staates infrage stellen, und die internationale Einbindung der Bundesrepublik zerstöre die nationale Identität der Deutschen. Eine weitere Klage lautete: Das Gerede von der Befreiung Deutschlands im Jahre 1945 verhindere das „Selbstverständnis einer selbstbewussten Nation".

Bislang als solche nicht aufgetretene Neonationale machten auf sich aufmerksam durch Publikationen wie *Botho Strauß'* Aufsatz über die „anschwellenden Bocksgesänge", ein „Berliner Manifest" einiger FDP-Funktionäre oder eine Zeitungsanzeige über den 8. Mai 1995, dem 50. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus, in der über den Begriff „Befreiung" gerichtet wurde.

Die Themen, welche eine rechte FDP oder eine neue liberale Rechtspartei mehrheitsfähig machen sollten, lauteten:

1. Bei der europäischen Einigung dürften keine weiteren supranationalen Organisationen entstehen. Die Nationalstaaten müssten erhalten bleiben. Die Eurowährung sollte verhindert werden.
2. Deutsche Truppen müssten im Ausland zur Verteidigung der „Freiheit" eingesetzt werden können. Das gelte auch für den Balkan, wo man keine Rücksicht auf Erinnerungen an deutsche Militäreinsätze während des zweiten Weltkrieges nehmen müsse.
3. Der Staat müsse stark genug sein, um Kriminalität wirksam bekämpfen zu können. Ein starker Staat garantiere die Freiheit der Bürger, ein Spannungsverhältnis zwischen Etatismus und Bürgerfreiheit existiere nicht. Daher müsse auch der Große Lauschangriff kommen.
4. Deutschland dürfe keine „multikulturelle Gesellschaft" sein, weil damit die Verbindlichkeit der eigenen Kultur aufgehoben würde. Minderheiten hätten die herrschende Kultur zu beachten, Ausländer seien als Gäste willkommen, nicht jedoch als Einwohner. Insbesondere „kriminelle Ausländer" müssten zügig und schnell abgeschoben werden.
5. Die Einmaligkeit der Verbrechen des Nationalsozialismus dürfe nicht länger Staatsideologie sein. Millionenverbrechen seien nicht nur von den Nationalsozialisten ausgegangen, sondern ebenso vom Kommunismus.
6. Das Prinzip der Marktwirtschaft sei in der Bundesrepublik längst nicht verwirklicht und müsse daher durchgeboxt werden. Zu viele Bereiche in der Gesellschaft seien noch in staatlicher Hand; der Sozialstaat verschlinge Milliarden und behindere die Leistungen der Einzelnen. Das Adjektiv „soziale" vor dem Wort „Marktwirtschaft" sei illiberal und müsse gestrichen werden.

Zum von außen angreifenden „Rebellen" gegen die FDP wurde deren früherer bayerischer Landesvorsitzender und spätere Kabinettschef des liberalen EG-Kommissars *Martin Bangemann*, der Jurist *Manfred Brunner*. Dieser kritisierte den EG-Vertrag von Maastricht – die Grundlage des Euro – wegen des Verlustes nationaler Souveränitäten. Darin orientierte er sich an *Haider*. Spektakulär war seine Klage gegen den Vertrag vor dem Bundesverfassungsgericht, die von diesem aber im Oktober 1993 zurückgewiesen wurde. *Brunner* verlor seinen Brüsseler Posten und seine Mitgliedschaft in der FDP. Er gehörte im Januar 1994 zu

den Gründern der Partei „Bund freier Bürger“ (BFB) mit rechtspopulistischer Orientierung. Der BFB scheiterte und kam bei der Bundestagswahl 1998 auf 0,2%. Auch ein Zusammengehen 1998 mit dem aus der FDP ausgetretenen rechten hessischen Landtagsabgeordneten *Heiner Kappel* unter dem Dach einer „Liberalen Offensive“ brachte keinen Erfolg. Die Schwäche der FDP eröffnete den Rechten keine Entwicklungschance.

Neben diesem wiederholten Versuch, eine neue rechte Partei zu etablieren, gab es das Projekt, die FDP in eine Partei der Rechten und Nationalen umzuwandeln.

Neben publizistischen und externen Aktivitäten versuchten die Neonationalen auch, organisatorischen Halt zu bekommen. Als Partei des europäischen Ausgleichs und der kulturellen Vielfalt hätte die FDP hierfür eigentlich ungeeignet sein müssen. Eine Organisation jedoch, über die man Verankerung suchte, war der Berliner Landesverband der FDP. Mit einer relativ geringen Mitgliederzahl und einer großen Autonomie der jeweils 100 bis 300 Mitglieder umfassenden Bezirke schien dieser durch die Vereinigung von Ost und West aus dem Gleichgewicht geratene FDP-Verband als Operationsfeld besonders geeignet. Hinzu kam, dass in einigen Bezirksverbänden national-liberale Positionen stets Widerhall fanden und dass in anderen rechte „Jungtürkengruppen“ Mehrheiten für sich durchgeboxt hatten.

Gerade diese Jungtürken waren es, die mehr aufgrund ihres Verhaltens als aufgrund ihrer politischen Zielsetzungen – diese waren nur vage bekannt – angestammte FDP-Mitglieder irritierten. Die Gruppe mittlerer Beamter und aufstiegsorientierter Jungakademiker hatte schon bei der Nachwuchsorganisation „Julis“ sensible liberale Gemüter durch barsches und militantes Auftreten verschreckt. Ähnlich gingen die rechten Jungtürken mit gestandenen Liberalen um, wenn sie es geschafft hatten, die Mehrheit in einem Verband zu „kippen“: Triumphierende und höhnische Gesten gegenüber den Unterlegenen weckten bei diesen die Erinnerung an Bilder aus schlimmer deutscher Zeit.

Innerhalb der Berliner FDP konnten die neonationalen Gruppierungen keine Mehrheit erringen. Dennoch haben sie für erhebliche Unruhe gesorgt (s. Kapitel 3). Dabei waren die Neonationalen untereinander zerstritten. Persönliche Rivalitäten und der Gegensatz zwischen einem eher proletenhaften Politikstil bei den Jungtürken und dem bürgerlich-intellektuellen Anspruch bei anderen waren die Gründe. Aber bei bestimmten Gelegenheiten wie beim Aufruf „Gegen das Vergessen“ zum 8. Mai fanden sie wieder zusammen. Die Neonationalen hatten auch nicht damit gerechnet, schon 1995 die Partei zu bestimmen. Sie kalkulierten längerfristig. Die FDP – so ihre Sicht – würde mit ihrer überkommenen Politik immer wieder Wähler verlieren. Irgendwann würde der Punkt für eine grundlegende Wende der Partei erreicht sein. Auf diesen Punkt arbeiteten sie hin. Sie wollten bis dahin so viele Positionen wie möglich besetzen, um von dort aus im entscheidenden Moment Einfluss zu nehmen.

Nach dem Berliner „Super-GAU“ mit 2,5% von 1995 wurden die Neonationalen mobil. Es kam vermehrt zu Zusammenschlüssen, Veranstaltungen auch auf Bundesebene sowie erneuten politischen Publikationen.[107]

Schließlich erklärte *Alexander von Stahl* – der frühere Generalbundesanwalt und Berliner Staatssekretär – für den Berliner Landesparteitag am 12. und 13. Januar 1995 seine Kandidatur zum Landesvorsitzenden. Die Ankündigung *von Stahls* hatte bundesweites Medienecho, wurde sie doch als Test auf den Einbruch der neonationalen Linie in die immer weiter kriselnde Bundespartei gesehen. So kam es, dass die Liberalen in Berlin auf

[107] Heiner Kappel/Alexander von Stahl, Für die Freiheit, Plädoyer für eine liberale Erneuerung, Berlin/Frankfurt a.M. 1996

ihrem Parteitag ausgerechnet nach dem Super-GAU riesengroße Aufmerksamkeit erzielten: In dem ehemaligen SED-Tagungszentrum „Haus am Köllnischen Park“ mit unbequemem Gestühl in DDR-Rosa – andere Räumlichkeiten konnte sich der Landesverband nicht leisten – drängten sich Trauben von Journalisten fast wie bei einem EG-Gipfel. Wann hatte es das zum letzten Mal bei dieser Partei gegeben? Drei Kandidaten waren vorgeschlagen. Chancen, gewählt zu werden, hatte neben *Alexander von Stahl* auch der 30-jährige Nachwuchspolitiker *Martin Matz*. Kundige „Thebaner“ schlossen aus der Heftigkeit und Verteilung des Beifalls bei den Vorstellungsreden, dass der eher manchesterliberale junge Kandidat mit dem Versprechen auf personelle Erneuerung und Absage an die Rechten die Nase vorne haben würde. So war es dann auch. Der Jungpolitiker – ein politischer Favorit des Generalsekretärs *Westerwelle* – erhielt 170 Stimmen. *Alexander von Stahl* brachte immerhin 114 Delegierte hinter sich, in etwa ein Drittel. Damit war den Neonationalen der erste Versuch innerhalb der FDP misslungen, wenigstens in der Außenstelle Berlin die „Firma zu übernehmen“.

Doch die „Musik“ in der Landespartei spielte hernach vor allem in den Bezirken. Per Einschüchterung und „Lastwagendemokratie“ bemühten sich die *Stahl*-Anhänger, einzelne Orts und Bezirksverbände der Berliner FDP zu erobern. Besonders heftig ging es in den Bezirken Schöneberg und Tempelhof zu, wo normale Liberale auf rechte Jungaktivisten trafen. Die arbeiteten mit Haken und Ösen, um sich Mehrheiten zu sichern. Angeblich wurden Mitgliedserklärungen gefälscht und politische Gegner eingeschüchtert. Doch in der traditionellen Mitgliederschaft der an und für sich daniederliegenden FDP Berlin formierte sich besonders wegen der als unliberal empfundenen Vorgehensweisen der jungen Rechten Widerstand, so dass es ihnen am Ende nicht gelang, die Mehrheit im Landesverband zu erobern. Die aktivsten unter ihnen haben später die Partei wieder verlassen.

Die Neonationalen in der FDP nach der deutschen Vereinigung wollten wie ihre national-liberalen Vorgänger aus früheren Epochen Sachwalter von Privilegien sein. Sie fühlten sich sozial verunsichert, fürchteten Statusverlust und nutzten das national-liberale Mäntelchen, um sich dagegen zu wehren.

Solange die FDP ums Überleben rang, hielten sie – teils innerhalb, teils außerhalb der Partei – ihre Chance für gekommen. Doch als die liberale Partei sich zur Jahrhundertwende zu rappeln schien und zurückkehrte zu den Anfängen des Wirtschaftsliberalismus, schien sich dies geändert zu haben. Im Zeitalter der Weltökonomie wurden nationale Parolen eher hinderlich, Ausländerfeindlichkeit lohntreibend und spießig. In der Krise der FDP 1994 bis 1999 schafften es die National-Liberalen weder, die „Firma“ zu übernehmen, noch, ihr eine Konkurrenz entgegen zu stellen. Es ist erstaunlich, dass schon 2002 im Rahmen des Projektes 18 ein weiterer Versuch der Rechtsorientierung gestartet werden sollte.

Ein weiterer Versuch der Übernahme – wieder vor allem des Berliner Landesverbandes – kam von ganz anderer Seite: Am 27. Februar 1998 erschienen Studenten in der Landesgeschäftsstelle der Berliner FDP und legten 2687 Aufnahmeanträge auf den Tisch. Das war spektakulär, denn die Zahl der Aufnahmewilligen entsprach jener der formellen Mitglieder einer Partei, die viele schon am Ende wähnten. Kampfesmutig nannten sich die Initiatoren der Aufnahmeaktion „Projekt absolute Mehrheit“ (PAM).[108] Die Studenten wollten den Hauptstadtverband der liberalen Traditionspartei „übernehmen“, sie vom Schwerpunkt der Wirtschafts- hin zur Bildungspolitik trimmen. Und das – so hofften sie – würde

[108] Jürgen Dittberner, Die „PAM“ und die FDP: Teilhabe statt Übernahme; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/1999, S.389 ff

direkten Einfluss auf die Politik der Bundesregierung haben, an der die FDP Anfang 1998 noch beteiligt war. So wollten sie letztlich ihre Lage an den Universitäten verbessern. (s. Kapitel 3) Auslöser für diese Aktion war ein Artikel von Tobias Dürr, der in der „Tageszeitung" („taz") die Unterwanderung der Berliner FDP angeregt hatte:

> „Schon die Teilnehmerzahl eines überfüllten Proseminars würde genügen, in ganzen Ortsvereinen und Kreisverbänden (im Falle der FDP selbst in kompletten Landesverbänden) innerhalb kürzester Zeit die Mehrheiten zu `kippen´, neue Vorstände zu wählen und andere Themen auf die Tagesordnung zu setzen. Mit nichts anderem ließe sich in einem Wahljahr so große Wirkung erzielen."[109]

Nach der gescheiterten 1995er Wahl war die Partei weder im Abgeordnetenhaus noch in einem Bezirksparlament Berlins vertreten. Da ging es ihr wie anderen Landesparteien auch. Aber bei der Berliner FDP hatte auch Hausgemachtes zu ihrer Misere beigetragen: Die Fraktion im ersten gesamtberliner Abgeordnetenhaus war ein Ort steter und selbstbezogener Querelen und Machenschaften. Sie mündeten darin, dass fraktionsinterne Feinde der Vorsitzenden, *Carola von Braun*, öffentlich vorwarfen, ihre Friseurrechnungen aus der Fraktionskasse zu bezahlen.

Nach wiederholten Anwürfen wegen dieser „Figaro-Affäre" legte die Vorsitzende entnervt alle Ämter nieder. Die Berliner FDP taumelte. (s. Kapitel 3).

Darin genau sahen die studentischen Aktivisten vor allem der Technischen Universität Berlin ihre Chance. Im Verlaufe des bundesweiten Streiks von Studenten deutscher Hochschulen im Wintersemester 1997/98 gegen die ärmliche Bildungspolitik in Deutschland war ihnen von als „68er" sozialisierten Bildungspolitikern und auch von Wissenschaftlern geraten worden, die in diesem Lande entscheidenden Parteien zu verändern anstatt die Vorlesungen und Seminare zum eigenen Schaden lahm zu legen. Die sich bald „PAM" nennende Studenteninitiative sah im Landesverband Berlin der FDP einen leeren Schlauch, der leicht zu füllen sein würde, um dann benutzt zu werden. Da die FDP in Berlin zwar keine Rolle spiele und schwach sei, so wurde argumentiert, müsse man sie hier übernehmen, um dann über Berliner Delegierte die Bonner Politik ändern zu können, wo die Partei übergroßen Einfluss habe.

Die PAM wurde aktiv: Die Berliner FDP wurde studiert – Ängstliche in der Partei sagten: „ausgeforscht". Die PAM-Leute brachten in Erfahrung, dass die Partei 2687 Mitglieder habe, welches ihre Organe und wer die handelnden Funktionäre waren. Vor den Berliner Hochschulen wurden Beitrittserklärungen gesammelt, wobei die Kommilitonen nicht etwa mit einem „liberalen Weltbild" gelockt wurden – das hätte sicher nichts gebracht –, sondern mit dem schlichten Ziel, die FDP zu übernehmen. Auch wer eigentlich mehr die „Grünen" oder die SPD oder gar die PDS mochte, solle kommen – so wurde argumentiert –, denn hier ginge es um eine neue Bildungspolitik und nicht um die alte FDP.

Es dauerte länger als erwartet, bis die vorgesehene Zahl der Beitrittserklärungen zusammen war. Aber mit einer klassischen Mitgliederwerbung hätte man wohl höchstens eine Handvoll Erklärungen erhalten. Immerhin fand die Berliner Aktion Nachahmungen in anderen deutschen Universitätsstädten, so in Köln und in Stuttgart – nicht jedoch im deutschen Osten. Wesentliches Kommunikationsmittel der PAM-Leute war das „Internet": Über dieses Medium konnten sich die Studenten über Sinn und Stand der Aktion, über

[109] Tobias Dürr, „Havin´a party"; in: taz, 12. 12. 1997

Reaktionen der Partei und der Öffentlichkeit informieren. Derweil saßen wenigstens die jüngeren und moderneren unter den Parteifunktionären ebenfalls vor den Monitoren. Sie entrüsteten oder freuten sich über die Sprüche ihrer möglichen künftigen Parteifreunde – je nach Einstellung.

Die PAM meldete unterdessen mit der Adresse „email:pam-berlin@ gmx.de“:

> „Die erste Hürde haben wir erfolgreich genommen und die Anträge sind am Freitag, dem 27. Februar, in der Landesgeschäftsstelle der FDP abgegeben – insgesamt 2.687 (die FDP hatte zu diesem Zeitpunkt tatsächlich noch 2.632 Mitglieder). Selbstverständlich kannst Du noch weitere Anträge bei uns abgeben, eine obere Grenze gibt es nicht.“ Den angehenden Parteimitgliedern wurde weiterhin politische Lebenshilfe zuteil: „Da die FDP sich selber davon überzeugen will, ob die Antragsteller wirklich politisch arbeiten wollen, wird sie sich mit Euch ... zu einem Gespräch treffen wollen. ... Versucht zu vermitteln, dass Ihr inhaltlich arbeiten wollt und dabei die Grundsätze der FDP respektiert; denn nur wenn Ihr auch aufgenommen seid, können wir unser gemeinsames Ziel erreichen, Eure Interessen an der richtigen Stelle einzubringen.“

Die Presse war in das Thema bereits im Januar eingestiegen. Werden es die Jungakademiker schaffen, den ausgepowerten Landesverband einer politischen Partei zu entern, um dann sogleich über die an der Bundesregierung beteiligte Partei frischen Wind in die deutsche Politik zu bringen? Entsteht da womöglich eine neue Partei, die geeignet sein würde, den Verdruss über die landläufige Organisation der Politik vergessen zu machen? Die Berliner Presse verfolgte die Vorgänge zudem nicht ohne Häme und hätte es der „Figaro“- und „Lastwagen“-Partei gegönnt, dass eine Schar von Frischlingen bei den Liberalen die Verhältnisse auf den Kopf stellt. Die originellsten Formulierer der PAM kamen in den Medien mehr zur Worte als die Vorsitzenden der Partei, die sich nun die lockeren Sprüche über ihren Verbände anhören mussten.

Die Nachrichten über die bevorstehenden „Masseneintritte“ der Studenten beunruhigte die Partei und ihre Mitglieder erheblich. Es bildeten sich 2 Positionen heraus: Eine gesteuerte Eintrittswelle mit dem Ziel der „Übernahme“ müsse die Partei unbedingt abwehren, war die eine Grundmeinung. Auf der anderen Seite wurde gesagt, die Beitritte böten erhebliche Regenerationschancen für die Partei – würden zur dringend notwendigen personellen und programmatischen Erneuerung führen. Entsprechend dieser Grundmeinungen waren die nun entwickelten Strategien für den Umgang mit den Beitrittswilligen. Der Landesausschuss der Partei versuchte im Februar, einen Konsens in der Aufnahmefrage herzustellen und fasste folgenden Beschluss:

1. „Der Landesausschuss der Berliner F.D.P. begrüßt das wachsende Interesse von Berliner Studenten an der F.D.P. Berlin.
2. Die zuständigen Gremien der Berliner F.D.P. erklären sich bereit, mit eintrittswilligen Studenten in satzungsgemäßer Frist und in geeigneter Weise ein Gespräch über Gemeinsamkeiten in der politischen Auffassung und in den Zielen zu führen.
3. Die Berliner F.D.P. wird es jedoch nicht zulassen, dass die tolerante Aufnahmepraxis des Landesverbandes unserer Partei für Zwecke der reinen Machtübernahme missbraucht wird.
4. Der Landesausschuss beauftragt deshalb den Landesvorstand, umgehend eine Empfehlung an die Orts- und Bezirksvorstände zu erarbeiten, mit der ein abgestimmtes Vorgehen bei der Aufnahme der studentischen Interessenten sichergestellt wird.“

Zu diesem „abgestimmten Vorgehen“ ist es nicht gekommen. Nach der Satzung der Partei waren für die Aufnahme allein deren unterste Gliederungen, die Ortsverbände, zuständig. Sie entschieden, ob ein Bewerber aufgenommen wurde. Im Falle der Aufnahme mussten anschließend Bezirks- und Landesverband ihre Stellungnahmen abgeben. Die innerparteilichen Vertreter der „Abwehrstrategie“ plädierten dafür, dass in den Ortsverbänden genau geprüft werden müsse, ob die Bewerber wirklich positiv zum Parteiprogramm stünden, ob sie von der PAM „gesteuert“ würden und ob sie nicht in Wahrheit viel mehr Sympathien für andere Parteien – vorwiegend für die „Grünen“, wie vermutet wurde – hätten. Fundamentalisten unter den Abwehrstrategen meinten sogar, man könne die Anträge pauschal ablehnen, denn bei einer organisierten Unterwanderung sei die Partei geradezu verpflichtet, ihre Tore zu schließen. Die Protagonisten der Aufnahmestrategie empfahlen den Ortsverbänden, großzügig und zügig aufzunehmen, die neuen Mitglieder willkommen zu heißen und sie möglichst schnell an die Parteiarbeit heranzuführen. Sie rechneten vor, dass die künftigen Neumitglieder in ihren Freundeskreisen wiederum Sympathisanten für die Berliner FDP mobilisieren würden, so dass man bei einer offenen Aufnahmepolitik mindestens 10.000 neue Wähler in der Stadt gewinnen könne.

Manch ein Schatzmeister hatte zudem gehofft, durch zusätzliche Mitgliederbeiträge die Einnahmen der Partei zu verbessern. Diese Hoffnungen zerstoben allerdings bald, denn die meisten Studenten wollten nur einen Mindestbeitrag von 10 oder 15 DM im Monat zahlen. Das im übrigen war wiederum ein Argument der Aufnahmegegner, die lauthals darüber klagten, die Neuen wollte noch nicht einmal ihrer „Beitragspflicht“ nachkommen.

Hinter den jeweiligen Strategien steckten leicht erkennbare Funktionärsinteressen. Wie in allen Parteien, so gab es auch in der FDP einen Rückgang der Mitgliederinteresses an dem Parteileben. Veranstaltungen von Ortsverbänden wurden normalerweise nicht einmal von einem Zehntel der Mitglieder besucht. Hier erhofften sich häufig die wenigen verbliebenen Funktionäre eine Auffrischung und damit wieder zunehmende Attraktivität der Partei für Wähler. Das fiel der Partei besonders dann leicht, wenn die Mitgliederzahl der betreffenden Ortsverbände trotz allem noch erheblich über der Zahl der Aufnahmewilligen lag. Mag sein, dass dort manch einer dachte, auf der Woge der Neueintritte einmal zu einem politischen Mandat zu gelangen. Einem im Westen Berlins gelegenen Bezirksverband beispielsweise lagen 111 Beitrittserklärungen bei 275 formellen Parteimitgliedern (April 1998) vor. Der größte Ortsverband dort hatte 128 eingeschriebene Mitglieder, und in diesen wollten 63 Studenten eintreten. Dort betrieb der Vorstand eine offene Aufnahmepolitik mit dem Ergebnis, dass alle 20 Aufnahmewilligen, die zu einem „Informationsgespräch“ erschienen waren, auch aufgenommen wurden. Von diesen wiederum waren 5 bei den Aktivitäten zum Bundestagswahlkampf 1998 in irgendeiner Weise beteiligt, und zehn erschienen zu den ersten Versammlungen nach Erwerb ihrer Mitgliedschaften. Diese „Integrationspolitik“ hatte also dazu geführt, dass etwa ein Achtel der neuen Mitglieder in der Partei aktiv wurden.

Umgekehrt gab es auch politische Funktionäre, die ihre magere Mitgliederbasis partout nicht erweitern mochten. Deren innerparteiliche Gegner vermuteten, diese „Blockierer“ wollten sich keine Konkurrenz für die Kandidatenaufstellungen zu den für das Jahr 1999 anstehenden Abgeordnetenhauswahlen heranziehen. Jedenfalls lehnte ein südberliner Ortsverband, der offiziell 79 Mitglieder hatte, von denen aber nach einer innerparteilichen Statistik nur 12 Beitragszahler waren, im Mai 1998 die Aufnahme von 119 neuen Mitgliedern pauschal ab. Als Grund für diese Ablehnung wurde angegeben, das „Projekt absolute Mehrheit“ wolle der FDP nicht helfen, sondern sei gegen diese Partei gerichtet. Schon der

Name des Projektes signalisiere, dass sämtliche bisherigen Mitglieder in die Minderheit abgedrängt werden, und was die Beitrittswilligen von der FDP hielten, hätten sie in Flugblättern offenbart, wo die Partei ein „Saustall“ genannt wurde, der „ausgemistet“ werden sollte. Diese Politik des Ortsvereins führte zu zahlreichen innerparteilichen Kontroversen vor allem zwischen dem Landesvorstand und dem Ortsverband, unter anderem auch zu einem Verfahren vor dem Landesschiedsgericht.

Die Schärfen der innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Aufnahmeverweigerungen rührten daher, dass in der FDP-Berlin für die Aufnahmen von Mitgliedern gerade das bisher nicht geltende „Domizilprinzip“ eingeführt worden war. Danach sollte ein Mitglied in denjenigen Ortsverband eintreten, der für seinen Wohnsitz regional „zuständig“ ist. Damit sollte der Lastwagendemokratie ein Ende bereitet werden, bei der zuletzt nationalliberale – früher sozial-liberale – Aktivisten Gesinnungsgenossen in einzelne Ortsverbände geschickt hatten, um diese zu „unterwandern“. Nunmehr musste der „regional zuständige“ Ortsverband der Aufnahme eines neuen Mitglieds in jedem Fall zustimmen, auch wenn dieses wünschte – weil es dort arbeitete oder Freunde hatte – in einem anderen Verband aufgenommen zu werden. Da er das Eindringen von PAM-Mitgliedern in die FDP in jedem Fall verhindern wollte, handelte der südberliner Ortsverband konsequent, als er Bewerbern aus „seinem Territorium“ auch die Mitgliedschaft in anderen Ortsverbänden verweigerte. Als Ausweg wurde den Bewerbern vom Landesvorstand die „bundesunmittelbare“ Mitgliedschaft angeboten.[110] Dieses Institut war eigentlich für im Ausland lebende FDP-Mitglieder geschaffen worden. Schließlich hatte der Bundesvorstand die in Südberlin Abgelehnten bundesunmmittelbar aufgenommen. Von dort aus konnten sie jedoch keinen Einfluss auf die Politik des Landesverbandes nehmen, und im übrigen wurden auch bei diesem Vorgehen innerparteiliche Schiedsverfahren erwartet.

Das Ziel der PAM, die FDP-Mitgliederschaft durch eigene „Masseneintritte“ numerisch aufzuwiegen, erwies sich nicht nur wegen der ablehnenden Haltung einiger Ortsverbände bald als illusorisch, sondern auch wegen der offensichtlichen Unernsthaftigkeit vieler Studenten. Im Juni 1998 erklärte der Landesvorsitzende der Partei vor der Berliner Presse, bis dahin seien 600 Mitglieder aufgenommen und 440 Anträge abgelehnt worden. 1200 Antragsteller hätten sich auch nach mehrfachen Einladungen bei den Ortsverbänden nicht gemeldet, oder die in den Aufnahmeformularen angegebenen Adressen seien der Post unbekannt gewesen. Eine Journalistin fragte daraufhin spitz, ob dieses Verhalten der 1200 schon Ausdruck der Bildungsmisere in Deutschland sei... Der Landesvorsitzende jedenfalls erklärte, die beabsichtigte „Übernahme der FDP durch die Studenten“ sei gescheitert.

Auch die Initiatoren sahen es im Grunde nicht anders. Ihnen ging es fortan nur noch darum, möglichst viele Studenten in die FDP hineinzubekommen und den Überblick über das Verfahren zu behalten. Regelmäßig berieten sie in Räumen der Technischen Universität, und dort trafen sie sich auch mit Vertretern des Landesvorstandes, um das weitere Vorgehen im Falle der störrischen Ortsvereine abzustimmen. Es ging fortan für die Aufnahmewilligen in der Partei darum, möglichst viele Bewerber aus dem PAM-Projekt in die

[110] Nach der Erinnerung einstiger PAM-Aktivisten ging dieses Angebot auf ein Ultimatum der PAM an den Bundesvorstand der FDP zurück. Vor der Bundestagswahl habe die PAM gedroht, „interne Dinge aus dem Landesverband Berlin der FDP“ an die Öffentlichkeit zu geben. In der Tat haben sich der Bundesvorstand und die Hauptgeschäftsführerkonferenz der FDP mit dieser Angelegenheit befasst, bevor der Landesvorstand sein Angebot machte. (Eigene Unterlagen)

Partei zu bekommen und die darin Glücklosen davon abzuhalten, ihre Anträge resigniert zurückzuziehen.

Dort, wo sie aufgenommen worden waren, prägten die neuen Mitglieder derweil die Parteiarbeit. Zwar beteiligten sich nur wenige an den „Info-Ständen“ im Rahmen des Bundestagswahlkampfes: Die Scheu, gegenüber Bürgern auf der Straße FDP-Positionen rechtfertigen zu müssen, war offensichtlich doch zu groß. Aber in manchen Mitgliederversammlungen wehte ein frischerer Wind.

Im Oktober 1998 waren 850 neue Mitglieder aufgenommen, und 450 waren abgelehnt. Die Berliner FDP hatte dadurch rund 3300 Mitglieder. Ein Vertreter des studentischen Projektes „Absolute Mehrheit“ erklärte vor der Berliner Presse:

> „Das einstige Ziel, die absolute Mehrheit der Mitglieder in der FDP zu stellen, ist flöten gegangen.“[111]

Nun wurde die PAM eigentlich nur noch getragen von denjenigen, die innerhalb der FDP ihre politische Heimat sahen. Das Projekt nannte sich um in „PAM – Politik-Anders Machen“.

Doch die Zielverschiebung war noch eine weitergehende: Seit der Bundestagswahl im September 1998 war die FDP nicht mehr Regierungs-, sondern Oppositionspartei. Gerade in die Regierungspartei aber hatte man gehen wollen, um bildungspolitische Vorstellungen umzusetzen. Eine kleine Partei, die an der Macht sei, so wurde ursprünglich argumentiert, sei leicht umzukippen, und dann werde die Regierung andere Wege gehen. Nach der Wahl war von diesem Gedanken bei der PAM nicht mehr die Rede. Jetzt sprach man davon, bei den für Januar anstehenden innerparteilichen Wahlen möglichst viele neue Mitglieder „durchzukriegen“, um bei den für Ende 1999 vorgesehenen Berliner Wahlen den einen oder anderen Kandidaten in das Landes- oder in die Bezirksparlamente entsenden zu können. Auch dabei blieben die Erfolge hinter den Erwartungen zurück, und im September 1999 wurde die PAM für gescheitert erklärt. Aus dem Sturm auf die Institution war ein ganz normaler Marsch durch die Institution geworden!

Über die Berliner Situation und die FDP hinaus war der Verlauf des PAM-Projektes aus mehreren Gründen von Interesse:

1. In einer Zeit allgemein beklagter Politik- und Parteienverdrossenheit war es ausgerechnet einer Gruppe junger Studenten obendrein an einer Technischen Universität gelungen, eine relativ große Zahl von Kommilitonen zur Unterzeichnung eines Aufnahmeantrages in eine traditionelle politische Partei zu bewegen. Dieser Erfolg der studentischen Aktivisten hatte 2 Ursachen:

a. Die Mitgliederwerbung wurde nicht in traditioneller Art mit dem Programm und den Politikern der Partei betrieben, sondern mit einer gegen die Partei gerichteten Argumentation: Kommt, damit wir den alten Laden aufmöbeln! Das hatte Erfolg, und wenn politische Parteien Mitglieder werben wollen, sollten sie ihre Schlussfolgerungen aus dem PAM-Projekt ziehen.
b. Die Werberaktion wurde kontinuierlich im Internet begleitet. Mit dem Einsatz dieses Mediums erhielt das Projekt seine offensichtlich notwendige kommunikative Basis.

[111] Der Tagesspiegel, 14.Oktober 1998, S. 14

2. Die Reaktion einer scheinbar daniederliegenden Parteiorganisation zeigte, dass in den politischen Parteien das Organisationsinteresse an Selbsterhaltung tief verankert ist. Sowohl die innerparteilichen Befürworter als auch die Gegner der PAM argumentierten mit dem Organisationsinteresse: Die Befürworter erwarteten einen Reformschub, die Gegner eine Unterwanderung der Organisation. Dass die politischen Parteien einen Verfassungsauftrag haben, an der politischen Willensbildung mitzuwirken, spielte in den aufgeregten Diskussionen keine Rolle. Es fragt sich daher, ob es dabei bleiben könne, dass kleine Gruppen von Parteifunktionären über die Aufnahmen von Mitgliedern entscheiden. Aus der Kirchturmsperspektive schien das Recht auf Parteimitgliedschaft für ernsthaft Interessierte nicht immer gesichert. Da die Parteien das politische Leben in Deutschland dominieren, sollte den Bürgern das Recht garantiert werden, dort Mitglied zu werden. Das heißt, das Parteienrecht müsste insoweit geändert werden, dass im Streitfalle auch die Möglichkeit besteht, sich vor einem ordentlichen Gericht in eine Partei „hineinzuklagen". Schließlich sind die Parteien nicht gleichzusetzen mit Gesangvereinen, und sie sind auch nicht Eigentum ihrer jeweiligen Mitglieder oder Funktionäre.

3. Das Projekt PAM hat wieder einmal gezeigt, dass es ein weiter Weg ist von der Absicht politischer Teilhabe bis zur Übernahme aktiver politischer Rollen. Von den in die Berliner FDP aufgenommenen 850 Mitgliedern wurden etwa 50 langfristig aktive Mitglieder; die anderen wurden passiv oder haben die Partei wieder verlassen. Erstaunlich groß war die Zahl derjenigen, die einen Aufnahmeantrag unterschrieben hatten, aber den Einladungen zu Vorstellungsgesprächen nicht gefolgt sind. Offensichtlich war die Hemmschwelle zum tatsächlichen Eintritt in eine Partei selbst für Anfangsinteressierte groß und vielfach unüberwindbar.

4. Für diejenigen, die sich auf eine aktive Rolle in der Partei einlassen wollten, war die politische Sozialisationswirkung der Organisation enorm. Ganze 7 Monate – von Februar 1998 bis Oktober 1998 – hatte es gedauert, bis sich für die Protagonisten der PAM das politische Ziel der Übernahme zu dem der Teilhabe verschoben hatte. War die Übernahme noch angestrebt worden, um nicht mehr oder weniger als die Bildungspolitik in Deutschland umzustürzen, so war die Teilnahme nachher darauf gerichtet, Einfluss auf eine nunmehrige Oppositionspartei zu nehmen. So schnell verkürzen sich die Ziele!

2.14 Verlorene Jahre 1990 bis 1998

Für Deutschland, für die Koalition und für die FDP war die Zeit zwischen der Wiedervereinigung und der Bundestagswahl 1998 verlorene Zeit. Die politische Klasse agierte im vereinten Lande nach den Maßstäben und mit den Mitteln der alten Bundesregierung. Sie wollte nicht wahrhaben, dass es 2 politische Kulturen gab: die im Westen stärker auf Leistung und Individualismus orientiert, die im Osten mehr an sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit. Der Kanzler der Einheit und seine Regierung schafften die innere Einheit nicht. Die Berliner Republik löste Bonn nicht 1990, sondern 2000 ab – als die Verfassungsorgane schließlich ihren Sitz an der Spree genommen hatten. Und die FDP als Partei der Marktwirtschaft entfremdete sich in diesen zehn Jahren vom Osten so sehr, dass für sie eine Überlebenschance allenfalls als westdeutsche Regionalpartei zu bestehen schien. Die Ausrichtungen,

Techniken und Inhalte der nach 1982 entwickelten FDP-Politik taugten nach 1990 nicht mehr – so sehr sich *Klaus Kinkel* und *Wolfgang Gerhardt* auch bemühten.

Der linke Flügel der FDP war nach der Wende mehr und mehr verkümmert. Sowohl für sie selber als auch für ihre innerparteilichen Gegenspieler war der Rücktritt der verfassungsliberalen Justizministerin *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* im Dezember 1995 ein Symbol für die Machtlosigkeit der Linken in der FDP. Die Parteiführung besonders seit *Wolfgang Gerhardt* war überzeugt, dass für alte sozial-liberale Positionen kein Platz mehr war in der FDP. *Wolfgang Gerhardt* und seine Anhänger sahen es so: Die Bürger fürchteten den Staat nicht als Bedrohung für ihre persönlichen Freiheiten. Im Gegenteil, der Staat sei zu libertinär und müsse energischer werden, damit er die Bürger besser schützen könne gegen Kriminalität, gegen multikulturellen Werteverfall sowie gegen Steuern- und Abgabengier eigentlich überflüssiger Behörden.

Den eigenen Untergang vor Augen, hatte die FDP seit dem Herbst 1994 über sich, über den Liberalismus und über die politischen Zeitläufe nachgedacht. Die Zahl der aus der Partei kommenden Manifeste, Memoranden, Thesen und sonstigen Abhandlungen war unüberschaubar. Patentrezepte zur Sicherung der FDP jedoch waren nicht darunter. Die in den Jahren seit 1994 vorherrschende endzeitliche Sehnsucht vieler Parteimitglieder nach Analyse, Theorie und Programm sollte die scheinbar ausweglose Lage der FDP verdrängen.

In der alten Bundesrepublik konnte die FDP als kleine Partei eine Weile gut leben, weil sie Mehrheitsbeschafferin und zugleich Funktionspartei geworden war. Diese Rolle des Juniorpartners und Korrektivs einer der beiden Hauptparteien war der Partei zugewachsen – von ihr zunächst weder erdacht noch gewollt. Erst die Metamorphose der Regierung *Brandt/Scheel* zum Kabinett *Schmidt/Genscher* hatte den Wandel der FDP von einer Programm- zu der Funktionspartei mit sich gebracht. In der nachfolgenden Ära *Kohl* wurde das Funktionsprinzip perfektioniert.
Der Impresario dieser Ausrichtung war *Hans-Dietrich Genscher*.

Dass die FDP „dabei" sei, darauf kam es jetzt an. Was sie „dabei" machte, wurde undeutlich. Was sie anders machte oder machen wollte als die Union, blieb zunehmend unkenntlich. Unter seiner langen Regentschaft als Kanzler wurde *Helmut Kohl* zum Machtzentrum nicht nur der CDU – nach dem Tode von *Franz Josef Strauß* zugleich der CSU – sondern auch der FDP. Die FDP wurde zu einem Teil der „Machtmaschine *Kohl*". *Genscher* hatte sich dabei die FDP zu einem Instrument nach seiner Art geformt: Sie wurde Selbstzweck und als solcher von ihm überaus unterhaltsam in Szene gesetzt. Das Publikum nahm Anteil – mal empört wie bei der Schurkerei des Austausches von *Schmidt* gegen *Kohl*, mal entzückt wie bei der beherzten Annahme des historischen Geschenks der deutschen Einheit. Liberale Programme bedeuteten in der offiziellen Politik der FDP seit längerem schon wenig: Das sozial-liberale Freiburger Programm wurde durch die wirtschaftsliberalen Kieler Thesen ersetzt, als es aus Sicht der Koalitionspolitik an der Zeit war. Die FDP schien ein Rezept für ewiges Leben gefunden zu haben als immerwährende, mitregierende und über die Zweitstimmen stets regenerierbare „Partei der zweiten Wahl"[112].

Doch die Sache wurde zu artifiziell. Der Unterhaltungswert konnte nicht ständig auf höchstem Niveau gehalten werden, und der Augenblick, in dem das Publikum dahinter die Leere entdecken würde, musste kommen. *Genscher* trat ab, im neuen Osten Deutschlands

[112] Jürgen Dittberner, FDP – Partei der zweiten Wahl, a.a.O.

noch einmal von einer Woge der Missverständnisse über die Möglichkeiten eines FDP-Politikers nach oben geschwemmt.

Das Instrument war von den Nachfolgern nicht mehr zu handhaben. Auserwählte Kronprinzen des großen Vorsitzenden – wie *Jürgen W. Möllemann* – erwiesen sich als problematisch. Einzig *Klaus Kinkel* vermochte eine gute Weile lang in der Doppelrolle als Vorsitzender und Minister durchzuhalten. Doch die Frage nach dem Sinn des eigenen Daseins wurde für die FDP immer dringender. Hinter *Kinkel* hatte sich mit *Hermann Otto Solms* ein Fraktionsvorsitzender etabliert, der eigenständige Impulse aus Partei und Fraktion abblockte. Was aber bei *Genscher* Unterhaltungswert gehabt hatte, wurde bei *Solms* nicht registriert.

Hans-Dietrich Genscher und *Hermann Otto Solms* waren die Hauptverantwortlichen dafür, dass die FDP 1994 und 1995 die meisten Wahlen verlor und es in den Bundestag nur noch an den Rockschößen des Kanzlers schaffte. *Klaus Kinkel* musste nach der Niederlage im Stammland Nordrhein-Westfalen Mitte 1995 *Wolfgang Gerhardt* als Parteivorsitzendem weichen. Dieser und der Generalsekretär *Guido Westerwelle* setzten die FDP auf Kurs als Deregulierungs- und Steuersenkungspartei, konnten sich aber aus dem System *Kohl* nicht lösen. Diese Gefangenschaft beendeten erst die Wähler 1998.

Dass die FDP 1994 und 1995 reihenweise aus den Landtagen flog, sich in Hessen und im Bund nur mit dem Funktionsargument rettete, war auch eine Folge der Tatsache, dass es seit der 1968er Studentenbewegung keine soziale Bewegung mehr gegeben hatte, die die FDP wenigstens teilweise an sich gebunden hätte. Der grünen und der Bürgerbewegung begegnete man mit der Arroganz des repräsentativen Establishments, den Ostdeutschen wollte man die westdeutsche FDP einfach überklappen und machte sie dort zur unmöglichen Partei. Für die in Deutschland lebenden Ausländer hätte eine liberale Partei natürlicher Zufluchtsort sein können, denn der klassische Liberalismus postuliert verschiedene Formen menschlicher Kultur und sieht hierin eine Bereicherung. Aber durch ihre Wankelmütigkeit in der Ausländerpolitik und ihre Unterordnung unter die CDU wurde die FDP keine Adresse für in Deutschland lebende Ausländer. Da half es nicht, dass die Satzung lange schon die von der Nationalität unabhängige Mitgliedschaft kannte.

Über den Zustand der FDP in den neunziger Jahren hatten sich viele Mitglieder lange hinweg getäuscht: Entweder partizipierten sie im Bund, in den Ländern, den Kreisen und den Gemeinden selber an der Macht, waren davon beseelt und ausgefüllt, oder sie produzierten in innerparteilichen Zirkeln weltvergessen liberale Papiere – selbstbefriedigend und folgenlos. Erst der auch persönliche Fall so vieler ins politische Aus nach der Wahlkaskade 1994/95 hatte manche FDP-Mitglieder aufgeweckt. Viele waren seitdem auf der Suche nach aktuellen liberalen Zielen der Gegenwart.

2.15 Paradigmenwechsel 1998

Das Ende der Ära *Kohl* – deren wichtigste Ereignisse die Erweiterung des alten Zweieinhalb-Parteiensystems und die deutsche Wiedervereinigung waren – ist nicht mit dem üblichen Verfall eines Machtsystems oder mit dem Kräfteschwund bei den wichtigsten Akteuren alleine zu erklären, sondern vor allem mit der konsequenten Mediatisierung der Politik. Ging es 1990 bei Bundestagswahl noch um einen Streit über die Frage, ob die äußere Einheit Deutschlands der inneren vorausgehen oder ob ausgehend von einer weiteren Zwei-

staatlichkeit die deutsche Einheit allenfalls als historischer Prozess vorstellbar wäre, so war 1998 entscheidend, welcher Kandidat welche die Grundstimmungen in der Bevölkerung traf. Das war am Ende *Gerhard Schröder*, der den allgemein gewünschten Abgang des „ewigen" Kanzlers *Kohl* personalisierte. Professionalisiert durch die Wahlkampfzentrale „Kampa" zog die SPD eine Kampagne auf, in der für den Kanzlerkandidaten Medienevents produziert wurden, die ihn als Helden des Wechsels darstellten. Weniger die Inhalte waren bestimmend, sondern Stimmungen. Es entstand das Schlagwort von der „neuen Mitte". So konnte der Medienstar sich dazu verleiten lassen, eine deutliche Reduzierung der Arbeitslosenzahlen zu versprechen, ohne die geringste Vorstellung davon zu haben, wie er dieses Ziel erreichen würde. Die Bilder waren wichtig, die Kampagne entscheidend und nicht, was dem im harten Regierungsgeschäft würde folgen können. Da konnte der von *Helmut Kohl* kurz vor der Wahl gedemütigte „Kronprinz" der Union, *Wolfgang Schäuble*, noch so sehr über die Theaterinszenierung der SPD spotten: Genau das war`s, was das Publikum sehen wollte.

Tab. 3: Ergebnis der Bundestagswahl 1998

	Erststimmen in %	**Zweitstimmen in %**	**Mandate**
CDU/CSU	39,5	35,1	245
SPD	43,8	40,9	298
FDP	3,0	6,2	43
Grüne	4,97	6,7	47
PDS	4,9	5,1	36

Nach dem „Kanzler der Einheit" selber wirkten neben *Schröder* die Repräsentanten der alten schwarz-gelben Koalition nicht mehr zeitgemäß im Medienrummel des vereinten Deutschlands. *Klaus Kinkel* – der Grundsolide, *Norbert Blüm* – „Die Rente ist sicher" oder *Theodor Waigel* – der Maastricht-Jongleur – wirkten wie Gestalten der Vergangenheit auf der in Abwicklung befindlichen Bonner Provinzbühne. *Gerhard Schröder* demgegenüber passte als Darsteller für die neue Hauptstadt, von der – zu unrecht – so viel erwartet oder auch befürchtet wurde. Das Duett mit seinem linken Antipoden *Oskar Lafontaine* machte zudem die Inszenierung der SPD spannend, denn jeder ahnte, aber keiner wusste, wie die Sache ausgehen würde. Das Bild, als *Oskar* dem Wahlsieger von Niedersachsen den Vorrang mit einem Glas Schnaps anbot, flatterte über die Bildschirme. Die SPD hatte in amerikanischer Manier die Landtagswahlen in Hannover zu Vorwahlen für den Bundestagswahlkampf umfunktioniert und auch so für Unterhaltung gesorgt. Der Sieger von der Leine wurde Kandidat in Deutschland. Als er dann Kanzler war, mobbte der den überflüssig gewordenen Partner relativ bald von der Bühne.

Dem Medienstar *Gerhard Schröder* wuchs derweil mit *Joschka Fischer* ein neuer Partner zu, der die einst so friedensbewegte und ökologische Partei der Grünen nach seinem Bild geformt hatte: befreit von fast allem Fundamentalismus, orientiert an Reformen in der Bundesrepublik und begierig zur Übernahme der Macht. Was sich an Widerstand noch aus alten Zeiten bis 1998 im Bundestag gehalten hatte, wurde durch „*Joschkas* Netzwerk" der Macht nunmehr eingefangen oder im Extremfall – wie bei *Christian Ströbele* – publizistisch in die Sektiererecke gestellt. Den Erfolg garantierte dabei die persönliche Inszenierung „*Joschkas*" in der Öffentlichkeit. Der Wandel vom dicken Völlerer mit der großen

Lippe zum schlanken Asketen auf der Marathon-Strecke. Statt Rotwein Mineralwasser: Das kam an im Showgeschäft.

So war „Rot-Grün“ 1998 ins Amt gekommen. Zum ersten Mal in der Bundesrepublik war mit *Helmut Kohl* ein Bundeskanzler mit seiner Regierung direkt durch Wahlen abgelöst worden. Äußerlich wurde dabei die FDP aus der Abhängigkeit von der Union befreit, aber wie frei war sie jetzt tatsächlich?

2.16 Ratlos in Berlin

Am 27. September 1998 begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte der FDP: Die Funktionspartei hatte ihre Funktion verloren. Was sich 1983 anbahnte, war 1998 vollzogen: Die FDP wurde im deutschen Parteiensystem – jedenfalls auf Bundesebene – vorerst nicht mehr gebraucht, um Mehrheiten zu sichern oder Machtwechsel herbeizuführen. Seit die Grünen 1983 Einzug in den Deutschen Bundestag gehalten hatten,[113] war die Monopolstellung der FDP als kleine „dritte Kraft“ dahin – zuerst rechnerisch und dann – nach wachsender Satisfaktionsfähigkeit der „Grünen“ – mehr und mehr auch politisch. 1998 wurde die Koalition zwischen der Union und den Liberalen abgewählt. Als Kleinpartei schien sich die PDS neben den Grünen als weiterer Konkurrent zu etablieren. Mit 6,2% Zweitstimmen konnte sich die FDP im Bundestag halten. Dort war sie nun, was sie in der Geschichte der Bundesrepublik selten und ungern war: Opposition.

Am Schluss der Ära *Adenauer* hatte sich die FDP als Vehikel eines allgemein gewünschten Kanzlerwechsels wieder ins Spiel gebracht mit der Parole „Mit der CDU aber ohne *Adenauer*“. In der Zeit der Großen Koalition hatten die Liberalen immerhin das Monopol der parlamentarischen Opposition, und mit ihrem Widerstand gegen die Notstandsgesetze sowie dem Wunsch nach einer Versöhnungspolitik gegenüber dem europäischen Osten bereitete sie den Wechsel zur sozial-liberalen Koalition vor.

1998 dagegen wurde der Kanzlerwechsel von den Wählern verfügt, und von anderen Parteien als der FDP wurde er vollzogen. In der Opposition war die liberale Partei eine von dreien – oder gar vieren, wenn man die CSU heraushebt. Da hatte sie es schwer, aufzufallen – zumal in ihren Reihen manche saßen, die ihre politische Zukunft schon hinter sich hatten. Welchen Weg sollte die FDP einschlagen? Drei Möglichkeiten boten sich an:

1. Die FDP hätte ihre Politik fortsetzen können, nur nicht mehr als handelnde Regierungspartei, sondern als argumentierende parlamentarische Opposition. Sie hätte sich dabei orientieren können an ihren Wiesbadener Grundsätzen und am Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1998.[114] Dazu hätte sie versuchen müssen, ihre Mitglieder sowie die überkommene Organisation zu aktivieren. Das wäre der inhaltliche und organisatorische „Weg der Kontinuität“ gewesen. Die Parteiführung und die neugewählte Fraktion hatten auch angekündigt, diesen Weg gehen zu wollen. So beschloss die Bundespartei am 12.10.1998 „Leitsätze zur Oppositionsarbeit der F.D.P.“, in denen der Partei- und Frakti-

[113] Es ist ein pikantes Nebenprodukt der vorgezogenen Bundestagswahl 1983 – die ja das 1982 im Parlament mit Hilfe der FDP durchgeführte konstruktive Misstrauensvotum gegen *Helmut Schmidt* und für *Helmut Koh*l legitimieren sollte –, dass sie sich als Geburtshilfe für die Grünen erwies.

[114] F.D.P. Bundesgeschäftststelle (Hg.), Wiesbadener Grundsätze, a.a.O. sowie Liberal-Verlag (Hg.), Es ist ihre Wahl. Das Wahlprogramm der Liberalen zur Bundestagswahl 1998, Sankt Augustin 1998

onsvorsitzende *Wolfgang Gerhardt* sowie der Generalsekretär *Guido Westerwelle* sich zu Aspekten der Oppositionsarbeit äußerten:

„Die F.D.P. startet in die Opposition / Ein David der Bürgerorientierung gegen den Goliath der Staatsorientierung".

Ausdrücklich stellten *Gerhardt* und *Westerwelle* fest:

„Die F.D.P. braucht keine programmatische Kursänderung. Sie braucht mehr programmatische Erkennbarkeit."[115]

2. Die FDP hätte die gesellschaftlichen Gewichtsverlagerungen, die sich aus der Etablierung von „Rot-Grün" ergaben, beobachten können. Entsprechend der erklärten Absicht der Wahlsieger, die Mindest- und die Spitzensteuersätze zu reduzieren und den Einstieg in die „Ökologie-Steuer" vorzunehmen, hätte es zu einer zunehmenden Belastung vor allem der gehobenen mittleren Einkommen kommen können. Die FDP sollte – so rieten ihr vor allem Außenstehende – sich nun gezielt zum Fürsprecher derart „unterrepräsentierter" Interessen machen. Dazu hätte sie gezielt Kontakt zu den Repräsentanten der betreffenden Schichten aufnehmen und mit denen ein Bündnis über lupenreine Interessenvertretung im Parlament und auf den anderen politischen Bühnen verabreden müssen. Das wäre der Weg der Klientele gewesen: Programm und Organisation hätten den zu vertretenen Interessen untergeordnet werden, bisherige Programme und alte Strukturen dafür – falls notwendig – weichen müssen.
3. Ein Weg hätte die FDP zu bisher nicht erreichten Höhen führen können: der rigoroser Reformen. Die Partei hätte in diesem Fall danach streben können, den vielfach zur Leerformel gewordenen Begriff „liberal" mit Inhalten zu füllen, die für das neue Jahrhundert Relevanz hätten. Inhaltlich und organisatorisch hätte die Partei dazu eine Erneuerung an Haupt und Gliedern erfahren müssen, um mit neuen Formen und geschärften Inhalten ab dem Jahr 2002 gestärkt in die politische Arena treten zu können. Dieser „Weg der Reform" wäre sicherlich der steinigste für die Partei gewesen.

Doch tatsächlich ging die FDP nicht – wie angekündigt – den Weg der Kontinuität, auch nicht den der Klientelpartei. Den Weg der Reformen einzuschlagen, war ihr nicht möglich, weil – wie sich zeigen sollte – das intellektuelle und moralische Potential nicht ausreichte. Vielmehr gab sich die Partei internen Machtkämpfen hin, zuerst klassisch und weitgehend offen zwischen *Wolfgang Gerhardt* und *Guido Westerwelle* und dann hintergründig sich steigernd, schließlich in Maßlosigkeit und Tragik endend zwischen *Guido Westerwelle* und *Jürgen W. Möllemann*. Dass die sich auf den Liberalismus berufende Partei dabei vorübergehend den moralischen Halt verlor, zur Spaß- und Aktionspartei mutierte, Andersdenkende innerparteilich niedermachte, mit dem Rechtspopulismus liebäugelte und eine Prozentzahl zum Maß aller Dinge werden ließ, offenbarte eine nicht geahnte Substanzlosigkeit. In der am längsten währenden bundespolitischen Oppositionsphase erwies sich die FDP nach einer vertanen Legislaturperiode als ratlos in Berlin.

Die frisch gebackene Oppositionspartei traf sich vom 28. bis 30. Mai 1999 zu ihrem 50. Bundesparteitag in Bremen. Dort war sie hingegangen, um ihre Chancen bei den für

[115] http://www.liberale.de

Juni anstehenden Bürgerschaftswahlen zu mehren – erfolglos, denn das bittere Wahlergebnis sollte 2,52% lauten. Die FDP wurde freundlich vom Bürgermeister *Henning Scherff* begrüßt, der besonders auf die Verbundenheit *Hans-Dietrich Genschers* mit der Hansestadt hinwies: Nach seinem Fortgang aus der DDR hatte dieser sich an der Weser als Anwalt niedergelassen.

In Bremen hatte die gerade geschlagene Partei noch Hoffnung, bald wieder in die gewohnte Regierungsrolle als Juniorpartner der Union einzurücken. Wie der Vorsitzende *Wolfgang Gerhardt* bauten viele Delegierte darauf, die rot-grüne Bundesregierung werde nicht lange halten. Insbesondere die Grünen – der eigentliche Konkurrent der FDP – wurden als regierungsunfähig gesehen. So wurde *Gerhardt* mit 84,9% im Amte bestätigt, obwohl zu dieser Zeit schon gegen den Stachel gelöckt wurde und insbesondere der in Nordrhein-Westfalen wiedergekehrte *Jürgen W. Möllemann* davon sprach, die FDP sei von der Union und der SPD gleich weit entfernt. Aktuell würde er sogar die SPD favorisieren. Als Beisitzer kam *Möllemann* auch wieder in den Vorstand, stellvertretende Vorsitzende wurden *Rainer Brüderle* aus Rheinland-Pfalz, *Cornelia Pieper* aus Sachsen-Anhalt und *Walter Döring* aus Baden-Württemberg. Der Generalsekretär *Guido Westerwelle* wurde in seinem Amte bestätigt. Um die „Partei der Besserverdienenden“ vergessen zu machen, sprach dieser davon, die FDP wäre eine Arbeitnehmerpartei. Zum Aufbau sozialpolitischer Kompetenz fand er indes nicht die richtige Tonlage, wenn er beispielsweise versicherte, die FDP wolle „die Schwachen vor den Faulen schützen.“

Tab. 4: Bundestags- und Landtagswahlergebnisse der FDP 1990 bis 2004 (in %)

	‘90	**‘91**	**‘92**	**‘93**	**‘94**	**‘95**	**‘96**	**‘97**	**‘98**	**‘99**	**‘00**	**‘01**	**‘02**	**‘03**	**‘04**
BRD									6,2				7.4		
BaW			5,9				9,6					8,1			
Bay	5,2				2,8				1,7						2,6
Berl	7,1					2,5				2,2			9,9		
Brd.	6,6				2,2					1,9					
Bre		9,5				3,4				2,5				4,2	
HH		5,4		4,2				3,5				5,1			
Hes		7,4				7,4				5,1				7,9	
MVp	5,5				3,8				1,6				4,7		
NRW	5,8					4,0					9,8				
NdS	6,0				4,4				4,9					8,1	
RhP	6,9						8,9					7,8			
Saa	5,6				2,1					2,6					
Sac	5,3				1,7					1,1					
SaA	13,5				3,6				4,2				13,1		
SHo			5,6				5,7				7,6				
Thü	9,3				3,2					1,1					

Dem Bundesparteitag in Bremen folgten nach der Niederlage dortselbst noch Schlappen im Saarland, in Brandenburg und in Berlin. Zwar hatte man zuvor auch in Hessen am 7. Februar 1999 gegenüber der letzten Landtagswahl 2,3% verloren, schaffte aber mit 5,1% den Wiedereinzug in den Landtag und konnte nun mit dem überraschenden Wahlsieger CDU die Regierung in Wiesbaden übernehmen. Die Trendwende jedoch kam mit dem Spendenskandal der CDU: Ab November 1999 wurde bekannt, dass der CDU-Parteivorsitzende

Helmut Kohl schwarze Kassen geführt hatte. Weitere Finanzskandale wurden bekannt und stürzten die CDU in einen Diadochenkrieg, in dessen Verlauf man befürchten konnte, die CDU würde daran auseinander brechen. Die FDP vermochte davon zu profitieren. Sie gewann wieder Wahlen. Die Serie wurde eröffnet am 27. Februar 2000 in Schleswig-Holstein, wo die FDP mit *Wolfgang Kubicki* an der Spitze auf 7,6% kam. Am 14. Mai folgten die Aufsehen erregenden 9,8% in Nordrhein-Westfalen. Die Erfolge steigerten sich:

Die FDP kam in 5 Landesregierungen. Nach 2 Abgeordnetenhauswahlen mit dem Ergebnis einer Splitterpartei waren die 9,9% in Berlin ein Signal (s. Kapitel 3). Aber der Durchbruch waren die 13,1% in Sachsen-Anhalt: Die FDP war wieder in einem ostdeutschen Landtag vertreten – und dies unter anderem durch Wähler auch aus der Arbeiterschaft. Doch bevor die FDP so weit war, hatte sich einiges getan.

Gleich nach ihren Wahlerfolgen machten die politischen Freunde *Wolfgang Kubicki* und *Jürgen W. Möllemann* klar, dass sie eine Ablösung des als zu bieder empfundenen Bundesvorsitzenden *Wolfgang Gerhardt* anstrebten. Dessen eigener Generalsekretär beteiligte sich – wenn auch in Deckung – an der Demontage des Chefs.

Zu pass kam den Frondeuten dabei der Verlauf des Hessen-Konflikts (s. Kapitel 3). Die hessische CDU hatte im Rahmen der Gesamtpartei ihren eigenen schwerwiegenden Finanzskandal,[116] in deren Verlauf der frühere Bundesinnenminister und CDU-Landesvorsitzende *Manfred Kanther* als Sündenbock geopfert wurde. Am 25. Januar 2000 legte er sein Bundestagsmandat nieder und zog sich völlig aus der Politik zurück. So sollte der neue – und wegen einer gegen die Zuwanderung von Ausländern gerichteten Unterschriftenaktion heftig umstrittene – CDU-Ministerpräsident *Roland Koch* außerhalb der Schusslinie gehalten werden. Doch *Koch* verhedderte sich und machte in seinem Verteidigungskampf falsche Angaben. Die Führung der FDP sah hier eine Chance, sich gegenüber der verstrickten CDU als skandalfreie Alternative darzustellen und forderte die hessischen Parteifreunde auf, sich von *Koch* zu trennen. *Wolfgang Gerhardt*, einst Vorsitzender der hessischen FDP, engagierte sich persönlich in Wiesbaden und scheiterte. Seine Nachfolgerin *Ruth Wagner*, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, hatte ein gutes Verhältnis zu *Koch* entwickelt und widersetzte sich dem Druck der Bundesspitze, den sie als „Einmischung“ empfand. Damit hatte sie die Mehrheit im Landesvorstand, in der Fraktion und auf einem Sonderparteitag der hessischen FDP hinter sich. Dort gab es eine 166:132-Abstimmung für die Linie *Wagners* und gegen die des Bundesvorsitzenden.

Die Koalition in Hessen blieb eine Legislaturperiode im Amt, bis die CDU die absolute Mehrheit errang und die ebenfalls sehr erfolgreiche FDP sich auf Betreiben *Ruth Wagners* daran nicht als „5. Rad am Wagen“ beteiligen wollte. Damit hatte sie 2003 ihre Kritiker widerlegt, die ihr Verhalten im Jahre 2000 als Kleben am Amt interpretiert hatten.

Der Bundesvorsitzende jener Zeit, *Wolfgang Gerhardt*, hatte in seinem Heimatverband eine schwere Schlappe erlitten und war gegen die Frondeure *Kubicki*, *Möllemann* und *Westerwelle* ins Hintertreffen gelangt. *Möllemann* war enttäuscht, dass trotz seines Wahlsieges in Düsseldorf die rot-grüne Koalition nach einigem Geplänkel erneuert wurde, und so sah er seine Chance in der Bundespolitik. Auch die Basis begann, einen Neuanfang der FDP zu wünschen – allerdings dachten die meisten Mitglieder dabei zum Kummer *Möllemanns* an *Westerwelle* als neue Spitze.

[116] Unter anderem wurden Zuweisungen an die Hessen-CDU aus im Ausland lagernden Schwarzgeld-Konten dreist und lügnerisch als jüdische Vermächtnisse deklariert.

Noch war der Machtkampf gegen *Wolfgang Gerhardt* nicht gewonnen, da wurde die Rivalität zwischen *Guido Westerwelle* und *Jürgen W. Möllemann* offenbar. Und die Partei stritt nicht um strategische Konzepte, sondern entwickelte sich zum Akklamateur ihrer Oligarchen. Beim Parteitag am 16. und 17. Juni in Nürnberg wurde dies offenbar. Während *Wolfgang Gerhardt* von Frondeuren sprach, ohne sie beim Namen zu nennen, forderte *Möllemann* den schon projizierten Nachfolger heraus, indem er sich vor den Parteitag stellte und ihm minutenlang ein gelbes Schild mit einer blauen „18" darauf hochhielt – wie in einer Theaterinszenierung von Einar Schleef blieb die Szene stehen: vorne *Möllemann* mit glühendem Blick und dem Schild, daneben die ratlosen Vorständler, unten in der Halle das noch zögerliche Parteivolk – fast schon überredet. Das Projekt 18 – 18% als Wahlziel der FDP für 2002 – war in der Partei und die Idee vom Kanzlerkandidaten – die erträumte gleiche Augenhöhe mit den großen Konkurrenten symbolisierend – eingespeist. Dagegen wirkten des Vorsitzenden Hoffnungen auf einen baldigen Niedergang der Grünen altbacken. Sein untreuer Generalsekretär zeigte mit dem Hinweis, mit 18% könne man doch nicht den Kanzler stellen, dass er noch nicht am Ende seines medialen Erkenntnisweges angekommen war.

Dann ging es noch einmal um ein Sachthema, und der Kampf der Oligarchen geriet vorübergehend in den Hintergrund. Beim außerordentlichen Bundesparteitag am 17. September 2000 in Berlin entschieden sich 377 von 623 Delegierten für die Abschaffung der Wehrpflicht. Im Großen und Ganzen hatten sich die Jungen Liberalen im Bündnis mit *Guido Westerwelle* und seinen Anhängern gegen die Altvorderen durchgesetzt.

Danach ging der Kampf um den Vorsitz in die Endrunde. *Westerwelle* drängte es, und er wurde gedrängt. Die innerparteiliche Stimmung war, dass die FDP – wollte sie fortexistieren – nicht mit den Rezepten, Strukturen und auch nicht mit den politischen Führern von gestern überleben konnte. Zur Erneuerung gehörte der personelle Wandel. Den konnte seinerzeit niemand anders als *Guido Westerwelle* vollziehen. Dazu musste er eine eigene Mannschaft der Erneuerung um sich scharen, dafür musste er kämpfen. Politischer Kampf erschien als Mittel der Erneuerung. Einer, der sich die Zustimmung zum Vatermord beim Vater selber holen wollte, würde am Ende scheitern. Also spürte man in der FDP den Ruf: Auf in den Kampf, Herr *Westerwelle*!

Es wurde kein Vatermord, aber eine schwere Verletzung. Am 4. Januar 2001 verkündete die FDP-Spitze die „Tandem-Lösung": *Westerwelle* solle Parteivorsitzender werden, *Gerhardt* Fraktionsvorsitzender bleiben. Das war zwischen den Kontrahenten und angeblich auch mit *Möllemann* abgesprochen. Nun wurde das Modell beim Dreikönigtreffen der Öffentlichkeit präsentiert, und *Möllemann* merkte an, das Ziel der FDP seien 18%.

Die Oligarchen hatten sich geeinigt, der alte König vor dem Herausforderer kapituliert und dem Parteivolk blieb, alles beim Bundesparteitag in Düsseldorf am 4. Mai 2001 einzusegnen. *Guido Westerwelle* wurde mit 89,4% der Delegiertenstimmen zum Parteivorsitzenden gewählt. Seine innerparteilichen Gegenspieler wurden Stellvertreter: *Jürgen W. Möllemann* mit 66,3% und *Walter Döring* mit 50,7%. *Rainer Brüderle* wurde als weiterer Stellvertreter bestätigt. Generalsekretärin wurde *Cornelia Pieper*, die als „Ossi" die Partei in den neuen Ländern populär machen sollte.

Dass innerparteilich demokratische Kultur nicht viel galt, machte der neu gewählte Vorsitzende mit einer Bemerkung deutlich, die im Nachhinein als Begründung für manche Parteiaustritte genannt wurde:

„Auf jedem Schiff, das dampft und segelt,
gibt es einen, der die Sache regelt – und das bin ich."

Das wurde als eine Warnung an *Jürgen W. Möllemann* verstanden – eine wenig wirkungsvolle, wie sich zeigen sollte. Denn in Düsseldorf hatte sich die FDP zuvor den Verlockungen von *Möllemanns* Projekt 18 hingegeben. Sein Strategiepapier 18% wurde angenommen – eigentlich akklamiert. Nur die Kanzlerkandidatur kam noch nicht durch: *Guido Westerwelle* war noch nicht so weit. In ihrer Euphorie verfiel die Partei der Autosuggestion und verletzte liberale Verhaltensregeln. Selbst *Fritz Goergen*, der angebliche Spiritus Rector der neuen Strategie, konnte es nicht fassen:

„*Möllemann* hatte die Delegierten in einer so unglaublichen Weise besoffen geredet, wie es dem schwer vermittelt werden kann, der nicht dabei war. Und es waren dieselben, die ihm für den Kanzlerkandidaten zujubelten wie gleich darauf *Westerwelle* gegen den Kanzlerkandidaten. Die Leute merkten es nicht. Sie fanden – wie man heute so sagt – beide einfach geil. Da war nur noch Masse. So wie sie ihm und dann *Westerwelle* zujubelten, ja zugrölten, so hatten sie dazwischen die hessische FDP-Vorsitzende *Ruth Wagner* niedergebrüllt. Die entfesselte Masse wollte ihren ganz anderen Standpunkt nicht hören. Sie wollte überhaupt keine Argumente hören. Sie wollte mit Gefühlen gefüttert werden. In diesem Saal war keine Toleranz mehr. Mir lief es kalt über den Rücken, nicht aus Begeisterung wie vielen Umstehenden, auch vielen Journalisten, sondern weil es mich einen Moment lang durchzuckte: War es so im Sportpalast?"[117]

Ruth Wagner selber hatte damals dennoch nicht das Gefühl, „in der falschen Partei" zu sein. Sie erinnerte sich:

„Ich konnte in Düsseldorf ja sehen, wie viele Delegierte meine Position durchaus teilten, auch wenn sie in der Minderheit waren, aber es war schon eine sehr emotionale Situation, sich ausgebuht und nieder gepfiffen zu sehen. Es gab allerdings einige Menschen, die mir gerade diese Haltung als einen ganz großartigen Charakterzug angerechnet haben."[118]

Eigentlich entgegen dem Trend zur Profilierung durch Show-Effekte fasste die FDP in Düsseldorf einen Beschluss zur Angleichung an die anderen Parteien: Aus der „F.D.P" wurde wieder „FDP"; die Pünktchen wurden gestrichen. Sie waren im sozial-liberalen Vorfrühling 1968 vom Präsidium auf Anraten einer Werbeagentur eingeführt worden, damit sich die FDP schon optisch von ihren damaligen Konkurrenten CDU, CSU und SPD unterschied. Das trug ihr gelegentlich den Spottnahmen „Pünktchenpartei" ein. Die Pünktchen blieben 33 Jahre und wurden gestrichen mit der Begründung, sie seien untauglich für das Internet.

Nach Düsseldorf war die FDP und waren ihre innerparteilichen Hauptkontrahenten nicht mehr aufzuhalten. *Möllemann* wollte nach seinem Pyrrhussieg Kanzlerkandidat werden. In Hamburg ging die FDP eine Koalition mit der CDU und dem Rechtspopulisten *Ronald Barnabas Schill* – dem in die Politik gewechselten „Richter Gnadenlos" – ein. Beim Landtagswahlkampf in Sachsen-Anhalt nahm die Spitzenkandidatin, Generalsekretärin *Cornelia Pieper*, die Kanzlerkandidatur *Westerwelles* vorweg, indem sie Briefköpfe als

[117] Fritz Goergen, Projekt 18. Der Erfolg und seine Kinder und ihr Erfolg; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Dienstag, 12. November 2002, S. 8
[118] *Ruth Wagner* in einem Interview mit dem Autor.

„Ministerpräsidentin“ verwandte. Es schadete ihrem Ansehen, als sie sich nach der Wahl der Regierung in Madgeburg verweigerte, in Berlin Generalsekretärin blieb und in den Bundestag einzog – in der Hoffnung auf ein Ministeramt in der Bundesregierung, wie ihre Kritiker sagten.

Doch für *Guido Westerwelle* zählten nur die Erfolge: Regierungsbeteiligung in Hamburg, Regierungsbeteiligung in Sachsen-Anhalt. Er begann an die Strategie 18% zu glauben und nahm die Rolle eines Pop-Politik-Stars an. Der Machtkampf mit dem kongenialen *Jürgen W. Möllemann* entfaltete seine zerstörerische Tragik.

2.17 Rechtspopulismus statt Liberalismus?

2001, nach Düsseldorf. Es tagt ein Landesparteitag der FDP: schleppende Diskussionen, eingeschliffene Verfahren – Änderungsanträge zu Änderungsanträgen – Diskussionen um Spiegelstriche. Plötzlich entsteht Hektik im Saal. Parteibedienstete im Business-Outfit eilen zum Eingang. Kameraleute werden wach. Journalisten strömen zu ihren Tischen. Der Landesgeschäftsführer artikuliert beim Telefonieren per Handy heftig mit der freien Hand. Vorstandsmitglieder bringen sich auf der Bühne in Positur. Der Landesvorsitzende rückt Anzug, Hemd und Krawatte zurecht und begibt sich in eine Startposition. Vom Rednerpult her sagt ein Delegierter etwas von einer Ergänzung im dritten Absatz, vierte Zeile. Da unterbricht ihn der Parteitagspräsident. „Entschuldigung, wir erwarten den Bundesvorsitzenden!“ Der Unterbrochene trollt sich zu seinem Platz. Die Delegierten drehen die Köpfe und blicken zum Eingang. Dorthin begibt sich wichtigen Schrittes der Landesvorsitzende.

„Er“ kommt. Als er den Saal betritt, erschallt ohrenbetäubend Triumphmusik. Scheinwerfer sind gerichtet auf „Ihn“. *Westerwelle* – manche sagen „*Guido*“ – ist da! Gefolgt vom Landesvorsitzenden, von Sicherheitsbeamten, Fotografen und Parteibedientesten eilt er – kurz den einen oder anderen grüßend – durch die Reihen der Delegierten. Die applaudieren und erheben sich einer nach dem anderen. Diejenigen, die sitzen bleiben, kann man an zehn Fingern abzählen. *Guido Westerwelle* hat das Rednerpult erobert – forsch, dynamisch, blond. So nimmt er die Huldigung des Parteipublikums entgegen. Dazu hebt er die Arme – fast, als wollte er seine Gemeinde segnen.

Die Rede beginnt. Er spricht frei, im Stakkato und laut. Eigentlich brüllt er. *Westerwelles* Rede hat Witz und Biss. Der Kanzler erscheint als schlapper, trotz seiner dunklen Haare schon alternder Charmeur. Sein Herausforderer aus München wird gezeigt als haspelnder Zögerling, der nicht zum Punkt kommt. Hohn und Spott über die Grünen. „Lieber ein Haus im Grünen als einen Grünen im Haus!“ Verachtung für die PDSler, diese Kryptokommunisten. Dann kurz – ruhig vorgetragen – das Bild des zukünftigen Staatsmannes *Westerwelle*: Gerade unter Freunden müsse in Washington auch `mal Fraktur geredet werden. Endlich fällt der Name „*Möllemann*“. *Jürgen W. Möllemann* müsse verteidigt werden gegen den Vorwurf des Antisemitismus. Gleich hinterher kommt der Satz, dass die FDP die Partei des ganzen Volkes sei.

Das Tempo der Rede steigert sich, es geht auf den Schluss zu. *Möllemann* bleibt das Thema: „18 Prozent – Kanzlerkandidat“. Der Vorsitzende entwaffnet nunmehr öffentlich seinen Freund Mölli, derweil er ihn lobt. Es gibt keinen Kanzlerkandidaten *Möllemann*, denn: „Darüber denke ich (*Westerwelle*!) ernsthaft nach.“ Noch je eine Pointe fast im For-

mat *Harald Schmidts* gegen *Gerhard Schröder* und *Edmund Stoiber*, noch einmal 18 Prozent und 18 Prozent... Ein Sauertopf sei, wer daran zweifele, jedenfalls kein Liberaler.

Schluss. Begeisterter Applaus. Wieder Standing Ovations. Es folgt der Segen. Der Auszug vollzieht sich im gleißenden Scheinwerferlicht und mit Triumphmusik. „Er" eilt hinaus, ein Pulk tatsächlich oder eingebildet wichtiger Menschen hinterher.

Zurück bleibt eine sprachlose Partei. Geht es jetzt weiter mit den Spiegelstrichen? Sollte die Versammlung geschlossen werden, weil die Medien ihre Bilder haben und alles andere ohnehin irrelevant ist? Es scheint, als sei die Partei des organisierten Liberalismus entmündigt vom flinken Medienstar *Westerwelle* und dem unberechenbaren Zauberer *Möllemann*.

Eine Mehrheit der Mitglieder ist begeistert von dieser Entwicklung. Hinter ihnen liegen die Täler der Tränen. Jetzt geht es wieder bergauf: Nordrhein-Westfalen – Hamburg wird lieber verdrängt – Berlin, Sachsen-Anhalt. Die Kurve zeigt nach oben und nähert sich der magischen Zahl.

Schon hält der Medienvorsitzende ein weiteres Medikament für die Genesung durch Autosuggestion vor die Kamera. Die FDP spiele nun, so erläuterte der Doktor *Westerwelle* nach der Wahl in Sachsen-Anhalt, in der ersten Liga der politischen Parteien zusammen mit der SPD und der Union. Diese Parteien seien im Osten und Westen des Landes präsent, die Grünen allenfalls noch im Westen und die PDS natürlich nur im Osten. Deswegen sei er faktisch ein Kanzlerkandidat, gleich neben *Schröder* und *Stoiber*. Der lange Zeit so geschundenen Partei gefällt das: Ja, Kanzlerkandidat!

Ertragen muss das *Jürgen W. Möllemann*, der Spiritus Rector der Projekte „18" und „Kanzlerkandidat": Ob er das kann?

Das Projekt Kanzlerkandidat ist frisches Futter für die Medien. Dort wird berichtet, dass *Westerwelle* Kanzler werden wolle, Kommentatoren und bald auch Gerichte streiten darüber, ob er das dürfe, ob das lachhaft sei und überhaupt politisch korrekt. In Zeiten unlösbarer sozialer und ökonomischer Probleme macht man sich über Oberflächenfragen populär.

Moderne Parteien, sagen gut bezahlte Politikberater, müssen sich professionalisieren, mediatisieren und personalisieren. Bei der Wahl 1998 hat die SPD mit *Gerhard Schröder* Erfolg gehabt, indem sie diese Rezeptur beachtete. Nun leuchtet die FDP mit einer goldenen „18" im Fernsehen. Beraten durch Werbeprofis fokussiert sich die Partei auf die Person ihres Vorsitzenden. 1998 ging die Macht im Staate an *Schröder*. Danach fingen die Probleme an. Würde es der FDP ebenso ergehen, falls sie 2002 an die Macht käme? Was hätte es einem Vizekanzler *Westerwelle* geholfen, hätte er noch immer die goldene 18 hoch gehalten?

Im Falle der FDP war diese Art der Modernisierung problematisch, weil sie am Grundverständnis liberaler Weltsicht rüttelte. An sich möchten Liberale Politik aus der Ratio heraus entwickeln, losgelöst von Ideologien, Religionen oder emotionalem Zauber. Genau für den emotionalen Zauber jedoch hatte sich die *Westerwelle*-FDP vor 2002 entschieden. So wurde sie unberechenbar. Erste Irritationen kamen auf, als angesichts der Selbstmordattentate in Israel *Möllemanns* Weisheiten eines Fallschirmspringers über das Recht zu gewaltsamer Heimatverteidigung von vielen als antiisraelisch oder gar antisemitisch verstanden wurden. Die Irritationen verstärkten sich, als das Präsidium der Partei und auch der Vorsitzende lange Zeit nichts gegen den verbalen Fallschirmhelden sagten. War die 18 noch Mittel zum Zweck oder schon Selbstzweck?

Vom 10. bis 13. Mai 2002 in Mannheim jedenfalls schien die 18 Maß aller Dinge zu sein. Es war wieder Bundesparteitag, und niemand konnte sich der Zahl entziehen. Zwar wurde auch ein Wahlprogramm verabschiedet, aber wen interessierte das? Zu auffällig postierte das gelbe Guidomobil vor dem Parteitagsgebäude. Jeder Gast und Delegierte musste ein gelbes Bändchen um den Hals tragen mit der endlos sich wiederholenden magischen Zahl. Der Parteitag verlief nach dem Muster „Rede eines Promis, Delegiertendiskussion, nächste Promirede", bis endlich „Er" am Ende des Parteitages ans Podium treten und dem Parteivolk mitteilen würde, dass er die Kür zum Kanzlerkandidaten anzunehmen geruhe. *Lambsdorff*, *Gerhardt*, *Brüderle*, *Pieper* – sie alle hielten vor „Ihm" ihre Reden, und sie alle wurden von den Delegierten mit Standing Ovations gefeiert. Unterbrochen wurde die Inszenierung von Programmberatungen der Arbeitskreise.

Doch vor der Darstellung des finalen Aktes „Erwählter nimmt schließlich die Huldigungen anlässlich seiner Kür entgegen" mischte sich der unberechenbare Rivale aus Düsseldorf mit einer eigenen Show ein. Er konnte die bevorstehende Kür des kongenialen Konkurrenten nicht ertragen wie ein Gentleman. *Jürgen W. Möllemann* litt in diesen Tagen unter Fieber. Warum wohl? Er war auf dem Parteitag zunächst nicht zu sehen. Dann erschien er plötzlich. Wieder redete ein armer Delegierter, den niemand mehr hören wollte. Durch die Tür rechts neben dem Präsidium betrat der Rekonvaleszent den überfüllten Tagungssaal. Auch mit ihm schob sich ein Pulk von Fotografen, Kameraleuten und Body Guards. *Möllemann* zog es zum Präsidium – dorthin, wo „Er" saß. Der Kandidat und sein Freund-Feind begrüßten sich, und schon stand der Düsseldorfer am Rednerpult.

Obwohl er krank sei, wolle er doch an diesem Tage bei seinen Freunden sein. Er habe die 18 erfunden und den Kanzlerkandidaten. Das würde nun *Westerwelle*, und so bliebe ihm nur wie weiland unter *Genscher* die Rolle des „Dieners". Er sagte noch bereits Gehörtes zu Nahost, zum Gesundheitssystem, Bosheiten über *Rudolph Scharping* und rief zum Schluss die „Landesfürsten" wie *Döring*, *Wagner* und sich selber auf, für „König *Guido*" in die Schlacht zu ziehen. So formulierte er tatsächlich und durchkreuzte damit dreist den von *Westerwelle* erdachten Zeitplan zur Huldigung des Vorsitzenden ganz am Ende des Parteitags. Die Delegierten focht das nicht an: Jetzt spendeten sie *Möllemann* stürmischen Beifall und – Standing Ovations.

Endlich am Ziel der dreitägigen Inszenierung erklärte „Er", *Guido*, der Vorsitzende, den begeisterten und nun gar nicht mehr überraschten Delegierten, er sei entschlossen, Kanzlerkandidat zu werden:

> „Die Wahlen des letzten Jahres zeigen: Es gibt eine Regionalpartei Ost, es gibt eine Regionalpartei West und dann gibt es 3 gesamtdeutsche Parteien. Wir Freien Demokraten sind eine davon. Unser Programm ist so gut, dass wir dafür auf gleicher Augenhöhe mit Union und SPD kämpfen werden. Jeder würde unsere FDP unterschätzen, der darauf hoffte, ihr den Kleinmut einpauken zu können, den Union und SPD bei der FDP zur Tugend erklären wollen. Die Lage ist neu. Eine neue Lage wird neu beurteilt. Vor einem Jahr, da war es die berühmte eine Umdrehung der Schraube zu viel. Aber in diesem Jahr ist unser liberales Gewinde fester und stabiler geworden. Vor einem Jahr wäre es Übermut gewesen, es zu tun. Heute wäre es Kleinmut, es nicht zu tun.
> Ich habe es gewogen und ich habe Ihnen 3 Tage zugehört. Und ich habe mich entschieden.
> Ich bitte um Ihren Auftrag, als Kanzlerkandidat der Freien Demokratischen Partei in die Bundestagswahl für Sie zu gehen."[119]

[119] Guido Westerwelle (Hg.), 18. Mein Buch zur Wahl, München 2002, S. 224

Die Delegierten dankten es dem Vorsitzenden fast einstimmig. Der Parteitag kleidete die Nominierung in diese Worte:

> „Als Partei für das ganze Volk gehen wir unabhängig in die Bundestagswahlen 2002. Wir treffen keine Koalitionsaussage. Wir gehen auf gleicher Augenhöhe mit SPD und CDU/CSU in die Auseinandersetzung. Als Partei für das ganze Volk treten wir mit einem eigenen Kanzlerkandidaten an. Die FDP will die Bundestagswahlen am 22. September 2002 mit Dr. Guido Westerwelle zu einem Erfolg für Deutschland machen."[120]

Es folgte das übliche Ritual des stehenden Parteitags. Selig war das Parteivolk: 18 Prozent und Kanzlerkandidat. Hinter ihm lagen die Täler der Tränen, vor ihm saftige Weiden.

Und doch hatte es Zwischentöne gegeben. Im Vorstand kam Kritik an *Möllemann* auf, der keine antiisraelischen und antisemitischen Andeutungen machen solle. Auch wurde er ermahnt, den antiisraelisch aufgefallenen Düsseldorfer Landtagsabgeordneten *Jamal Karsli* von den Grünen nicht aufzunehmen – weder in die Fraktion, noch in die Partei. *Wolfgang Gerhardt* betonte im Plenum zudem das besondere Verhältnis Deutschlands zu Israel. Einen Antrag, der dies unterstrich, nahm der Parteitag an.[121] Vom *Grafen Lambsdorff* wurde kolportiert, er hielte den Mantel des Kanzlerkandidaten für den jungen Herrn zu weit. Und nach seiner Rede sah man *Möllemann* durch die langen Reihen der Delegierten aus Nordrhein-Westfalen ziehen, wo er hier und da in heftige Diskussionen verwickelt wurde.

All das wurde kaum beachtet. Den Hauptdarstellern, den Komparsen und dem Publikum hatte die Inszenierung auf der Hauptbühne gefallen. Sie starrten auf das große gelbe Guidomobil, das demnächst am Timmendorfer Strand und im Allgäu deutsche Freizeitfanatiker aufsuchen würde.

Am 15. Mai debattierte der Kreisverband Recklinghausen der FDP 3 Stunden lang, um dann mit Zweidrittelmehrheit *Jamal Karsli*, der die Politik Israels mit derjenigen der Nazis gleich gesetzt hatte, in die Partei aufzunehmen. Der Landesvorsitzende *Jürgen W. Möllemann* erklärte:

> „Der Kreisverband hat entschieden, jetzt gehen alle an die Arbeit."

Das war eine Fehleinschätzung. Ein Sturm brach los. *Möllemann* hatte ein schwelendes Feuer entfacht mit seiner Bemerkung über *Michel Friedman*, der selber Schuld trage am Antisemitismus. Und weiteres geschah: In den folgenden außer- und innerparteilichen Debatten schrumpfte „Er" rapide vom strahlenden Kanzlerkandidaten zum unsicheren Parteivorsitzenden mit mangelhafter politischer Sensibilität.

Die Empörung aus der Partei rührte daher, dass viele in ihr meinten, diese sei gegen Rechts gefeit, weil Rechts eine Ideologie sei, die Vorurteile und Ängste schürt, bestimmte Gruppen der Gesellschaft für wertvoll und andere für minderwertig hält, am Ende Gewalt über demokratische Spielregeln stellt – kurz: in allem antiliberal ist. Die FDP schien in der Nachkriegszeit ihre Lektionen gelernt zu haben: *Theodor Heuss*, der erste Vorsitzende der neuen Partei, hatte nach 1945 seine Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz zutiefst bedauert. 1953 blieb es dem Britischen Hochkommissar vorbehalten, das Eindringen ehemaliger Nationalsozialisten in die FDP Nordrhein-Westfalens zu stoppen. Seit dieser Affäre schien

[120] a.a.O., S. 225
[121] In aller Entschiedenheit. Bei uns findet niemand eine politische Heimat für antiisraelische Politik.

sicher zu sein, dass die FDP niemals mehr in die Versuchung geraten könnte, im rechten Lager und damit im Trüben zu fischen.

Das Projekt 18 jedoch schien einigen in der Parteiführung den politischen Verstand geraubt zu haben. Als das Münchhausen-Wunder, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf des Wählerschwundes zu ziehen, tatsächlich zu wirken schien, nahm *Jürgen W. Möllemann*, der Wortgewaltige, absehbaren Ärger mit seiner Parteiführung in Kauf und kalkulierte, dass die Aufnahme *Karslis* und seine eigenen Äußerungen über *Friedman* bei einem bestimmten hiesigen Publikum als antisemitischer und rechtsextremer Code verstanden würde. Ob *Möllemann* sich im Innersten doch als der bessere, der „deutsche *Haider*" sah?

Das Präsidium der FDP wollte am liebsten schweigen. *Guido Westerwelle* ignorierte die Tragweite des Vorganges. Der Weg war auch ihm zum Ziel geworden.

Wahrscheinlich hatten die Angehörigen älterer Generationen in der FDP den Fehler gemacht, Jüngeren wie *Guido Westerwelle* die absolute Mediatisierung der Politik zu überlassen in dem Gefühl, dass jede Generation ihren Stil finden müsse.

Dass die FDP – die Partei von *Ignatz Bubis* und vieler Juden in Deutschland – in einen Streit mit dem Zentralrat der Juden geriet, war unsäglich. Dabei tat sie, als hätte sie einen „Tabubruch" begangen, und die Feuilletons übernahmen diese Einschätzung ebenso wie die Talkshows. Es war aber kein Tabubruch. Man konnte in Deutschland die Politik Israels kritisieren. Bis dahin waren Liberale allerdings so klug gewesen, die historischen Ursachen des Nahostkonfliktes und die Rolle Deutschlands dabei zu bedenken. Man musste sich allerdings oft darüber ärgern, wenn deutsche Politiker – auch solche aus der FDP – sich geradezu darin überboten, dem Zentralrat bei der Ausgestaltung der politischen Kultur den Vortritt zu lassen, um sich dann abgesichert dahinter verstecken zu können. Sollte dieser Mechanismus nur verschleiert haben, wie wenig einige dieser Politiker über die Ursachen und Folgen des Holocausts nachgedacht haben?

Im Falle *Möllemanns* schien das so gewesen zu sein. Er hatte keinen Tabubruch begangen, sondern ein Trugbild seiner Person zerstört – das Trugbild eines aufgeklärten liberalen Politikers. Es war sein politisches Outing.

Aber *Möllemann* allein war nicht das Problem. Der nach dessen Outing zögerlich und unsensibel aufgetretene *Guido Westerwelle* stand im Verdacht, ein Nachwuchspolitiker zu sein, der die nach 1945 gebildeten Fundamente der deutschen Nation leichtfertig gefährdet, weil ihm beim Streben nach „gleicher Augenhöhe" mit SPD und Union diese Fundamente hinderlich erscheinen. Der Mann litt offensichtlich unter historischer Unsensibilität, die ihn auch dazu brachte, wiederholt die „68er" zu verspotten und dabei zu übersehen, dass diese Bewegung neben viel Negativem vor allem eines gebracht hat: die Ausfüllung der in der *Adenauer*-Zeit nur formalen Demokratie mit Leben und Inhalt, letztlich die Ablösung der autoritären durch eine demokratische Sozialisation in Deutschland.

Für die FDP war eines der politischen Fundamente für lange Zeit die Regel: Keine Prozentzahl rechtfertigt es, mit verschlüsselten Botschaften Gegner des demokratischen Systems zu umgarnen. Würden diese Gegner bei den Liberalen hoffähig, ginge es wie in einer Rutschbahn bergab in die Welt der engstirnig Eingebildeten, der Hetzer gegen Minderheiten: in die Welt der Antidemokraten.

Am 10. Juni 2002 beriet in Berlin der Bundesvorstand der FDP. *Karsli* war wieder raus aus der FDP und der Landtagsfraktion in Düsseldorf. *Möllemann* hatte sich entschuldigt, aber nicht bei *Friedman*. Der Zentralrat der Juden traf sich zu einem Gespräch mit FDP-Politikern, aber ohne *Möllemann*.

Die Botschaft an die zahlreichen Sympathisanten des angeblichen Tabubruchs, der in Wirklichkeit eine Entlarvung war, wurde verstanden: Der beugt sich nicht.

Im Bundesvorstand wurde noch einmal alles rekapituliert. Die Gegner und die mindestens gleich zahlreichen Unterstützer *Möllemanns* bekräftigten erschöpft vom Streit ihre Positionen. *Westerwelle* gab eine Vertrauenserklärung für seinen Stellvertreter ab. „Weil der in Nordrhein-Westfalen so mächtig und *Westerwelle* dort Mitglied ist", sagten die Insider. Doch verhielt es sich eher so, dass der getriebene Vorsitzende und sein treibender Vertreter beim Fischen auch im rechten Lager der Wählerschaft einander brauchten – allen persönlichen Eifersüchteleien zum Trotz.

Die Botschaft war in der Welt, die Partei erschöpft, der Wahlkampf rief. Da verkündete der Vorsitzende das Ende der „*Möllemann*-Antisemitismus"-Debatte. Er sagte aber nicht „Ende", sondern „Schlussstrich" und vollzog damit eine zweite kleine Entlarvung – gerade so, als wollte er die große Entlarvung seines Stellvertreters am Ende der Diskussion legitimieren. Denn ganz sicher wusste *Westerwelle*, dass an den Stammtischen verschiedenen Niveaus ebenso wie in den Kreisen um DVU, NPD und „Reps" der „Schlussstrich" gefordert wurde: das Ende der Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Nationalsozialisten.

In der Partei stand das Projekt 18 offiziell wieder auf der Agenda. Der Kanzlerkandidat wollte sich in die Fernsehduelle zwischen *Edmund Stoiber* und *Gerhard Schröder* klagen. Damit scheiterte er.

2.18 Neue Chance nach 2002

Die Wähler zwangen die FDP zur Ernüchterung. Ihr Wahlergebnis bei den Bundestagswahlen 2002 lautete bei den Zweistimmen 7,4%. Gegenüber 1998 war das ein Zuwachs von 1,2%. Das schlechteste Ergebnis erzielte die FDP in Bayern mit 4,5%, das beste in Nordrhein-Westfalen und Rheinland Pfalz mit jeweils 9,3%. Der Traum von 18% hatte sich nicht erfüllt.

Zweieinhalb Jahre lang hatte man in der FDP geglaubt, dass man sich wie *Münchhausen* am eigenen Schopf aus dem Dreck ziehen könne. In Mannheim setzte der Vorsitzende sich die Kandidatenkrone auf.

Von da an ging es bergab. Es war wie bei *Hans-Christian Andersen*. Der König meinte dazustehen in einem schönen 18er Stoff und mit dem prächtigen Kandidatenhut. Doch die Wirklichkeit kam wie das kleine Kind daher und entlarvte die Illusion. Der König trug gar keine Kleider:

Zuerst hatten liberale Wahlkämpfer gemeint, als „Partei des ganzen Volkes", die sie nun wären, müsse man auch am rechten Rand fischen. *Jürgen W. Möllemann* tat das am eifrigsten. Doch die Sache ging schief. Zu heftig war der Widerstand, auch innerparteilich. Dann kam die Elbe-Flut, und niemand interessierte sich mehr für „18%". Schließlich riss mit *Gerhard Schröder* ein besserer Mediatisierer als alle Akteure der FDP die Inszenierung an sich und beherrschte mit der neoliberalen Hartz-Kommission und mit der die Gefühle der Deutschen treffenden Kritik am geplanten Krieg des amerikanischen Präsidenten *George W. Bush* die Szene. So sicherte er sich das Kanzleramt.

Als am 22. September nur 7,4% für die FDP herauskamen, wählte der Parteivorsitzende *Guido Westerwelle* die Methode: „Haltet den Dieb!" *Jürgen W. Möllemann* war Schuld! Der hatte vor der Wahl noch einmal seine Stimmenangel in trübes Gewässer getaucht und

ein rechtspopulistisches Flugblatt in seinem Bundesland verteilt. Damit habe er alles verdorben, lautete die prompte Parole des Bundesvorstandes. Dieser stellte nun die Forderung auf, die besser im Sommer gekommen wäre: „*Möllemann* muss weg." Jetzt, nach der Wahl, kam der Verdacht auf, *Möllemann* sollte weg, damit *Westerwelle* bleiben kann. Als stellvertretender Bundesvorsitzender trat der Düsseldorfer tatsächlich ab. Aber um den Landesvorsitz in Düsseldorf wollte er zunächst noch kämpfen.

Da geriet *Möllemann* das Herz aus dem Rhythmus. Die vom Herzen des auserkorenen Buhmannes gesetzte Pause schien Gelegenheit zu allseitiger Ernüchterung bei den Liberalen zu geben. 18% war ein Wunschtraum gewesen. Denjenigen, welche ihm aufgesessen waren, dämmerte, dass sie die Wunschbilder vergessen mussten: das Bild von der gleichen Augenhöhe mit Union und SPD, das Bild von einer FDP als Partei des ganzen Volkes und das von einem erfolgreichen Wahlkampf ohne Koalitionsaussage.

Doch *Jürgen W. Möllemann* verstellte weiterhin einen klaren Blick. Es kam heraus, dass die Flugblattaktion vor der Wahl mit einer offensichtlich gestückelten und verheimlichten Spende in Höhe von 840.000 Euro finanziert worden war. Woher stammte diese Spende? *Möllemann* ging es nun richtig an den Kragen. Er schwieg, sagte die Unwahrheit und gab schließlich bekannt, die Aktion habe er aus seiner Privatschatulle finanziert. Er habe nicht gewollt, dass dies bekannt würde, weil damit vom gewünschten Thema – Kritik an der Politik Israels – abgelenkt würde. *Möllemann* entwickelte sich immer prächtiger zum Buhmann.

In seinen Interviews im „Stern" und in der „ARD" bestätigte der Düsseldorfer, dass er seine Verteilaktion hinter dem Rücken der Parteiführung durchgeführt habe, weil er dort ohnehin keine Mehrheit bekommen hätte. Und er spielte seitdem öffentlich mit dem Gedanken einer eigenen Parteigründung, während er zugleich betonte, in der FDP bleiben zu wollen. Zusammen mit einem Finanzbericht der Bundespartei über den Landesverband Nordrhein-Westfalen – der Unregelmäßigkeiten auch in früheren Jahren aufgedeckt hatte –, meinten die Vorstände der Bundes- und Landespartei Ende November 2002 schließlich, genügend Fakten gegen *Möllemann* ins Feld führen zu können, um ein Parteiausschlussverfahren zu begründen. Die Führungsgremien der FDP in Berlin und Düsseldorf setzten sich die Trennung von ihrem Mitglied *Jürgen W. Möllemann* zum Ziel.

Und sie schafften es. Mit knapper Mehrheit scheiterte der erste Versuch, *Möllemann* aus der Düsseldorfer Landtagsfraktion auszuschließen. In der Öffentlichkeit wurden Vorwürfe bekannt, nach denen *Möllemann* sich der Steuerhinterziehung und des Verstoßes gegen das Parteiengesetzes strafbar gemacht habe. Die Staatsanwaltschaft trat auf den Plan. Die innerparteilichen und außerparteilichen Vorwürfe und Untersuchungen gegen den Politiker wurden zum Medienereignis. Im Fernsehen war der Bundesschatzmeister der FDP, *Günter Rexrodt*, als eifriger Ankläger seines einstigen Kollegen zu sehen. Am 17. März 2003 trat *Jürgen W. Möllemann* aus der FDP aus. *Möllemann* saß nun, wenn er überhaupt ins Plenum des Bundestages kam, auf einem einsamen Stuhl in der letzten Reihe des Berliner Plenarsaals.

2.19 Nach Möllemann

Fast genau ein Jahr nach dem Bundesparteitag in Mannheim, wo *Jürgen W. Möllemann* den Parteivorsitzenden *Westerwelle* zum Kanzlerkandidaten ausgerufen hatte, trafen sich die

Delegierten vom 16. bis 18. Mai 2003 in Bremen. Die Bundestagswahl 2002 war daneben gegangen, aber *Möllemann* hatte sich trefflich als Sündenbock instrumentalisieren lassen, hatte am Ende durch seinen Austritt die Partei vor allzu gründlicher Nachlese bewahrt. Immerhin konnte die FDP zwischenzeitlich 2 Erfolge verbuchen: Als Trost für den Ausstieg aus der Regierung in Hessen trotz des dortigen Wahlerfolgs mochte dabei gelten, dass die FDP in Niedersachsen – wo sie bislang außerparlamentarisch war – in den Landtag zurückkehrte und mittels einer CDU/FDP-Koalition die in Hannover herrschende SPD aus der Regierung verdrängte.

Die Frage vor Bremen war: Wie würden sich Parteiführung und Delegierte begegnen, nachdem sie sich vor der Ernüchterung im Rausch der „Guidopartei" getrennt hatten? Die Heiterkeit von Mannheim war in Bremen verflogen. Obwohl dort für den 25. Mai – eine Woche nach dem Parteitag – Bürgerschaftswahlen angesetzt waren, war in den Straßen vom Wahlkampf wenig zu spüren. Die Plakate der Parteien wirkten unterkühlt. Man sah den Bürgermeister auf dem Fahrrad: „Bremen fährt gut mit *Henning Scherf* SPD." Beim Koalitionspartner der SPD waren 6 Damen auf und hinter einem roten Sofa gruppiert mit der Aufschrift: „Starke Frauen wählen. CDU. Viel getan. Viel zu tun." Die Grünen mischten Maritimes mit Ökologischem. Da erkannte man offensichtlich Strom produzierende moderne Windmühlen auf dem offenen Meer mit der Versicherung: „Wir investieren in Grünanlagen. Bremen braucht eine neue Koalition. Bündnis 90/Die Grünen". Ähnliches meinte schließlich auch die FDP. Ihr Plakat war in den oberen 2 Dritteln rot eingefärbt, im unteren gelb. Auf dem roten Feld stand: „56 Jahre hat Bremen Rot gesehen." und auf dem gelben: „Jetzt reicht`s. Mutig handeln statt schönreden. FDP/Die Liberalen." Die Plätze in der Liga der politischen Parteien waren vergeben: Hier die beiden Großparteien, denen sich die Kleinen zum Zwecke der Trennung anboten, die Grünen als Partner der SPD, die FDP als Partner der Union.

Doch es war wohl weniger hanseatische Kühle und mehr materielles wie emotionales Unvermögen, dass die FDP ihren Wunsch nach Veränderungen an der Weser so bescheiden und nüchtern artikulierte. In der Stadt fand man keine werbenden Hinweise auf den Kongress der Liberalen, und vor der Stadthalle stand kein Guidomobil. Wie zu einem Vertretertag strömten die Delegierten in die Halle. Dort mussten sie nach der Anmeldung einen langen Gang von Werbeständen der Post, der Fluggesellschaft „Air Berlin", des Automobilherstellers „Audi", auch der Friedrich-Naumann-Stiftung und anderer passieren, fanden am Ende des Schlauches die Tagungshalle, die schummrig beleuchtet auf die FDP-Funktionäre aus ganz Deutschland wartete. Solange die Versammlung nicht eröffnet wurde, dröhnte undefinierbare Unterhaltungsmusik im Saal. Es war offenbar nicht vorgesehen, dass hier miteinander gesprochen, geschrieben oder gelesen werden sollte.

Nüchtern begann die Versammlung. Zur Begrüßung sprach der sozialdemokratische Bürgermeister *Henning Scherf*. Er betonte die bremische Tradition der Unabhängigkeit, machte wie vor 4 Jahren schon – eine Verbeugung vor *Hans-Dietrich Genscher*, der nach seinem Weggang aus Halle hier eine Rechtsanwaltspraxis eröffnet hatte und bemerkte zum Wahlslogan der FDP sarkastisch, dass die Liberalen doch in vielen der 56 Jahre als Partner der SPD mitregiert hätten. Doch nun ging es für die Liberalen darum, überhaupt erst wieder in die Bürgerschaft einzuziehen.

Den Delegierten kamen Zweifel, ob das gelingen könne, als sie die trockene Ansprache ihres hiesigen Spitzenkandidaten *Claus Jäger* erduldeten. Der nörgelte an der Großen

Koalition im Stadtstaat herum, versuchte den Bürgermeister klein zu machen. In der Provinz waren die Liberalen nicht im Angriff, das spürte die Versammlung.

Etwas verunglückt war auch das Motto des Parteitages: „Neu denken, jetzt handeln." Aber das war die Lage der Partei in Bremen – sie musste nach *Möllemann* handeln, bevor sie zuende gedacht hatte.

Der Vorsitzende entschied sich für eine flächendeckende Taktik. Er hielt eine Rede von eineinhalb Stunden Länge. Die Delegierten wollten zuallererst etwas darüber hören, wie *Westerwelle* die Lage der Partei einschätzte. So ging er eingangs zurück auf das Grundsatzprogramm, welches unter seiner Federführung als Generalsekretär entstanden war:

> „Die Fragen, die heute gestellt werden, hat die FDP bereits 1997 in ihren Wiesbadener Grundsätzen beantwortet. Die Trennung von Freiheit und Verantwortung – also möglichst viele Rechte und Freiheiten beim Bürger und möglichst viel Pflichten und Verantwortung beim Staat – führt zur Unfinanzierbarkeit unseres Gemeinwesens und zum Verlust von Freiheit unserer Gesellschaft."[122]

Doch dann führte der Vorsitzende seine Partei hinaus in die Welt der allfällig-aktuellen Themenpalette, und er malte sein bekanntes Horrorgemälde der rot-grünen Republik: 4,6 Millionen Arbeitslose, 30 Milliarden Euro Nettoneuverschuldung im Bundeshaushalt: „Deutschland hat keine Konjunkturkrise, Deutschland hat eine Strukturkrise." Entscheidungen müssten im Parlament und nicht in irgendwelchen Kommissionen getroffen werden, ein Föderalismus des Wettbewerbs sei erforderlich, und Mischfinanzierungen sollten nicht mehr sein. Die Macht der Gewerkschaftsfunktionäre müsse gebrochen werden. Die Ausbildung müsse verkürzt werden. In der Gesundheitsreform schade rot-grüne Planwirtschaft dem Land. Der Vorsitzende forderte ein tatsächliches „Rentenzugangsalter" von 65 Jahren, ebenso wie die Verbesserung der frühkindlichen Erziehung. Dann machte er die Delegierten mit seiner Analyse der weltweiten demographischen Entwicklung vertraut: In den jungen Ländern der Welt ergäben sich dynamische Entwicklungen. Die Anti-Kriegs Politik des Jahres beim Irak-Krieg bezeichnete *Guido Westerwelle* als „populistisches Spiel mit antiamerikanischen Gefühlen" sowie als „unerträglich und unhistorisch."

Allmählich – die Delegierten waren in ihrem dunklen Saal schon ermüdet – kam der Vorsitzende zur Sache. Die positive Mitgliederentwicklung im letzten Jahr ansprechend – ein Zuwachs von 3000 Mitgliedern – kam endlich die von vielen erwartete Passage der Selbstkritik:

> „Es ist viel passiert in dem einen Jahr, seit wir uns in Mannheim zuletzt auf einem ordentlichen Parteitag gesehen haben. Ja, es wurden Fehler gemacht. Darunter auch solche, die ich ganz persönlich zu verantworten habe. ... Wir haben unser ehrgeiziges Wahlziel verfehlt. Wir haben den Wechsel der Bundesregierung – wenn auch haarscharf – verpasst. Als Parteivorsitzender habe ich das vor allen anderen zu verantworten."

[122] freie demokratische korrespondenz vom 16. Mai 2003, Rede von Dr. Guido Westerwelle, MdB, FDP-Bundesvorsitzender

Sodann machte *Guido Westerwelle* deutlich, wie die aktualisierte Strategie 18 nach *Jürgen W. Möllemann* aussehe:

> „Erstens: Die FDP ist keine Partei nur für Austern-Schlürfer und Champagner-Trinker, sondern eine Partei, die sich an das ganze Volks wendet. Zweitens: Die FDP ist zuallererst eine eigenständige Partei und erst in zweiter Linie Koalitionspartner für irgendwen. Drittens: Es geht der FDP darum, Menschen wieder für die Politik zu gewinnen, die sich von unserem politischen System abgewendet haben."[123]

Wohl, weil er die Zweideutigkeit der letzten Formulierung nach den Erfahrungen des Vorjahres spürte, fügte der Redner abweichend von seinem Manuskript an dieser Stelle an: Die FDP aber würde „nie wachsen, indem wir ins Trübe gehen." Für viele genaue Beobachter war das der Beweis, dass der Vorsitzende endlich dazugelernt hatte.

In der Aussprache wurde wenig Kritik am Vorstand und am Vorsitzenden geübt. Die Partei wollte vergessen. Nur 2 Delegierte aus Berlin sprachen die „Affäre *Möllemann*" vorsichtig an und wurden vom Vorsitzenden danach sehr freundlich behandelt. Dennoch mochte die Partei das Ganze nicht auf sich beruhen lassen. Bei der Wahl des Vorsitzenden stimmten 509 Delegierte von 638 zwar für *Westerwelle* – ein Anteil von 79,78% –, aber 90 stimmten mit „Nein", und 39 enthielten sich der Stimme. 2001 in Düsseldorf hatte *Westerwelle* 88,9% erhalten. Schlechter noch erging es anderntags *Cornelia („Conni") Pieper*, bei der es 363 „Ja"- (=60,9%) und 193 „Nein"-Stimmen sowie 43 Enthaltungen gab. Ihr wurde zusätzlich zum schlechten Management vorgeworfen, dass sie als Spitzenkandidatin in Sachsen-Anhalt entgegen der dortigen Wahlaussage im Jahre 2001 nicht in die neue Landesregierung eingetreten war, sondern ihre Zukunft in der Bundespolitik in Berlin suchte. Stellvertretende Vorsitzende wurden wieder *Rainer Brüderle* und *Walter Döring* sowie *Andreas Pinkwart* aus Nordrhein-Westfalen als Ersatz für *Möllemann*. *Döring* schaffte es allerdings erst im zweiten Wahlgang – aus Unmut des Parteitages darüber, dass die Reihenfolge der Kandidaturen für die Stellvertreter per Losverfahren festgelegt wurde, anstatt den Parteitag darüber entscheiden zu lassen. Auch der Schatzmeister *Günter Rexrodt* musste gegenüber Düsseldorf Stimmenverluste hinnehmen; das hatte wohl mit seinen Fernseh-Auftritten gegen *Möllemann* als „Kommissar Rex" – wie der Düsseldorfer gespottet hatte – zu tun; vielleicht auch damit, dass er ein Millionen-Defizit in der Parteikasse zu verantworten hatte. Unter dem Strich hatte die Parteiführung unter *Guido Westerwelle* 2003 in Bremen eine zweite Chance erhalten, war aber mit einer Abmahnung versehen worden. Nach der Krise des Jahres 2002 hatte die Partei ihr Gleichgewicht noch nicht wieder gefunden.

Von außerhalb meldeten sich 2 ehemalige Protagonisten zu Wort: In Berlin stellte die ehemalige „Grande Dame" der FDP, *Hildegard Hamm-Brücher*, die 2002 die Partei verlassen hatte, ihr neuestes Buch „Ich bin so frei", vor. Sie warte noch immer auf ein klärendes Gespräch mit *Guido Westerwelle*, erfuhr man dort und auch, dass Frau *Hamm-Brücher* fände, bei den Grünen würden Werte vertreten, die früher einmal für die FDP gegolten hätten.[124] Im niedersächsischen Neukirchen/Vördern las *Jürgen W. Möllemann* aus seinem neuen Buch und behauptete, er verfüge über 7000 „Unterstützungsbekundungen" für die Gründung einer neuen Partei. Ob er das aber tun wolle, wisse er noch nicht, denn:

[123] ebenda, auch für die vorhergehenden Zitate
[124] Der Tagesspiegel, 17. Mai 2003, S. 4

> „Wenn ich mir ansehe, welche Schlafsäcke dort rumhängen, kribbelt es mir unter den Fingern, zu sagen: Das war es noch nicht!“[125]

Am 5. Juli 2003 gegen 12.30 Uhr hob der Deutsche Bundestag in Berlin die Immunität des Abgeordneten *Jürgen W. Möllemann* auf. Daraufhin begann die Staatsanwaltschaft mit Hausdurchsuchungen an 25 von *Möllemann* privat oder dienstlich genutzten Orten. Gegen ihn wurde wegen Steuerhinterziehung ermittelt. Zur gleichen Zeit startete *Möllemann* vom Flugplatz Marl-Lohmühle in Nordrhein-Westfalen in einer Propellermasche zusammen mit einer kleinen Gruppe Sportskameraden zum Fallschirmspringen. Ein Augenzeuge berichtete:

> „Alles lief reibungslos, wir beobachteten, wie sich die Schirme öffneten. *Möllemann* war gut an den Initialen J.W.M. auf dem Hauptschirm zu erkennen.“[126]

Dann löste sich der Schirm von *Möllemann*, der Notschirm öffnete sich nicht. *Jürgen W. Möllemann* stürzte zu Boden und war auf der Stelle tot.

Mord, Unfall, Selbstmord? Die Umstände schienen für Suizid zu sprechen. Die ihn kannten, schlossen das zunächst aus – später nicht mehr. Für das Einwirken Dritter konnte die Polizei keine Hinweise entdecken. Später schloss die Staatsanwaltschaft die Akte mit dem Vermerk, es könne Selbstmord oder ein Unfall gewesen sein.

Der Bundesvorsitzende der FDP, *Guido Westerwelle*, erklärte unmittelbar nach dem Tod:

> „Wir haben von dem tragischen Tod von *Jürgen Möllemann* mit tiefer Betroffenheit erfahren. In dieser Stunde geht es nicht um politische Differenzen, sondern um Anteilnahme. Unser tiefes Mitgefühl gehört seiner Familie, besonders seiner Frau und seinen Töchtern. Wir denken an sie und wünschen ihnen Kraft. Wir wissen auch um seine politischen Verdienste. Mehr möchte ich in diesen Stunden nicht sagen. Ich danke Ihnen für Ihr Verständnis.“

Nun, nach dem Tod des einstigen Vizekanzlers, nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden und stellvertretenden Bundesvorsitzenden kam die Parteiführung im gerade ausgestandenen geglaubten Fall *Möllemann* wieder in Bedrängnis. Der schleswig-holsteinische Fraktionsvorsitzende der FDP und Freund *Möllemanns*, *Wolfgang Kubicki*, gab zwar keinem FDP-Politiker direkt Schuld am Tod des einstigen „Parteifreundes“.

> „Aber sicherlich werden einige Herren aus der Führungsspitze meiner Partei es heute bereuen, dass sie nicht nur den Politiker, sondern auch die Persönlichkeit *Jürgen Möllemann* so massiv in Frage gestellt haben.“[127]

Derweil war sich die FDP-Führung uneinig, ob sie einen Staatsakt fordern sollte. Schließlich unterblieb das.

Der Tod *Möllemanns* löste in der FDP und in ihrem Umfeld tiefe Emotionen aus, wie man Beiträgen im Internet entnehmen konnte. Die Witwe, *Carola Möllemann-Appelhoff* – selber aktive Funktionärin der FDP in Münster, verbat sich die Teilnahme *Guido Wester-*

[125] Der Tagesspiegel, 18. Mai 2003, S. 4
[126] Jürgen W. Möllemann. 1945 bis 2003; in: Der Spiegel 24/2003, S. 36
[127] Vorwürfe gegen FDP-Spitze; in: Der Tagespiegel, Sonntag/Montag, 8./9. Juni 2003, S. 4

welles und anderer Parteiführer an der Beisetzung. Ob diese tatsächlich teilnehmen wollten, ist nicht bekannt. In der Traueranzeige der Familie hieß es:

> „Werden uns diejenigen Rechenschaft geben, die auf niederträchtige Weise versucht haben, sowohl den Menschen *Jürgen W. Möllemann* wie auch sein politisches Lebenswerk zu zerstören, für das er mehr als 30 Jahre leidenschaftlich mit Herz und Seele gekämpft hat?“

Die Beerdigung fand am 13. Juni 2003 unter großer Anteilnahme statt. An ihr nahm auch *Hans-Dietrich Genscher*, der einstige politische „Ziehvater“ *Möllemanns* teil. Und *Wolfgang Kubicki* sprach am Grab seines Freundes:

> „*Jürgen Möllemann* hat mehr für das Gemeinwesen und die FDP getan als jene, die jetzt seine persönliche Integrität in Zweifel ziehen.“

Der Vorwurf des Antisemitismus habe *Möllemann* tief getroffen.[128]

Der Sündenbock war tot, doch seine Peiniger nicht erlöst. Im Gegenteil: Durch den Tod von *Jürgen W. Möllemann* wurde der Blick wieder frei auf die Schuld auch der anderen Mitglieder des FDP-Präsidiums am Blackout der Partei im Sommer 2002. Der Strategie 18 hatten sie sich angenommen, wohl wissend, dass sie nur zum Erfolg führen kann mit der Preisgabe des liberalen Denkens immanenten Rationalismus. Aufklärung und Vorurteil vertragen sich nicht, aber mit den Vorurteilen des rechten Randes sollte die Partei des Liberalismus angefüttert werden. Die Krone des Kanzlerkandidaten, die *Jürgen W. Möllemann* für die Erfüllung seines Machtwillens hatte haben wollen, setzte sich sein junger Konkurrent auf, sich und seine Partei lächerlich machend. Wie sehr *Guido Westerwelle* von den Gedanken des großen Mediators aus Münster ursprünglich beseelt war, zeigte sich, als er 2002 erst in Israel eine der Grundkoordinaten deutscher Nachkriegspolitik eingebläut bekommen musste. Nach dem Bremer Parteitag 2003 hatte es die Parteiführung um *Westerwelle* geschafft, eine zweite Chance trotz Abmahnung zu erhalten. Durch den Tod *Möllemanns* war diese Chance zwar nicht zerstört, aber doch kleiner geworden.

Nach dem Irrweg des Projektes 18 und dem Ende *Jürgen W. Möllemanns* hätte die FDP den Weg der grundsätzlichen Parteireform gehen können, wenn sie ihre Existenz langfristig sichern wollte. Die Erfahrungen anderer Parteien in Deutschland zeigen, dass ihnen derartige Phasen der Reorganisation gut getan haben. So formten *Helmut Kohl*, *Kurt Biedenkopf* und *Heiner Geißler* den alten Kanzlerwahlverein *Konrad Adenauers* in der Zeit der sozial-liberalen Koalition zu einer modernen Großpartei um, und das war die Voraussetzung dafür, dass die Union 1982 wieder die politische Führung des Landes übernehmen konnte. Die Zeit von 1982 bis 1998 brauchte die SPD, um sich dem Publikum als die schließlich erfolgreiche Alternative zu Gelb-Schwarz präsentieren zu können.

Eine Parteireform hätte eine inhaltliche und eine organisatorische Seite haben müssen. Zunächst einige Überlegungen zum Inhalt.

Im Osten vorübergehend untergegangen, im Westen wieder einmal gerettet, musste sich die FDP um neue Philosophien für eine liberale Partei zur Legitimation in der Berliner Republik bemühen. Dabei konnte ihr eine Rückbesinnung auf die Quellen des Liberalismus gut tun. Aber war der anthropologische Ansatz des Liberalismus überhaupt realistisch und

[128] Über den Tod hinaus; in: Der Tagesspiegel, 14. Juni 2003, S. 3

zeitgemäß? Und konnte es die FDP überhaupt schaffen, als Partei des organisierten Liberalismus zu überleben?

Auf den ersten Blick schien es nicht gut auszusehen für den organisierten Liberalismus:

Spätestens seit der deutschen Vereinigung ist unbestreitbar, dass jedem Deutschen die bürgerlichen Freiheitsrechte garantiert sind. Die „sozialen Freiheiten" auf Entwicklung im Beruf, auf Konsumchancen, Macht und Einfluss sind jedoch ungleich verteilt. Geschult an den Werten der sozialen Gleichheit und Sicherheit haben die aus der DDR neu Hinzugekommenen dieses Defizit des real existierenden westdeutschen Liberalismus erkannt und am eigenen Leibe verspürt. Nach allgemeiner Einschätzung in Ost und West ist der Beruf die wichtigste Institution der Selbstverwirklichung des Menschen in der modernen Welt. Freiheit als Grundbedürfnis des Menschen aber wird für strukturell bedingt Berufslose kaum nachvollziehbar sein.

Vielfach hilft in der modernen Gesellschaft der Glaube an die Vernunft des Menschen kaum. In der internationalen und pluralistischen Welt, nun ihres globalen Ost- West-Gegensatzes beraubt, wurden Menschen orientierungslos, erkannten den Sinn ihres Lebens nicht. Leicht konnten sie zu „außengeleiteten Menschen"[129] werden, zu bedingungslosen Anhängern radikaler politischer oder religiöser Bewegungen. Der Zulauf zu persönlichkeitsdezimierenden Sekten bestätigte das.

Auch der ursprüngliche platte Fortschrittsglaube des Liberalismus – die Überzeugung, dass die Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik auch das Glück der Menschen vermehren werde – war spätestens seit der Ökologiedebatte dahin. Zu auffällig war die Zerstörung der Ressource Natur durch die Technik, zu bedrohlich mögliche Missbräuche des Fortschrittes, ob in der Gentechnologie oder in der Militärtechnik.

Der weltweite Gegensatz zwischen Arm und Reich, zwischen Erster und Dritter Welt scheint sich zum Hauptquell fürchterlicher Auseinandersetzungen im neuen Jahrhundert zu entwickeln. Seit dem 11. September 2001 und seit dem Irak-Krieg 2003 sind Terror und Krieg als Mittel der Politik unübersehbar. Terror bedroht jede liberale Bürgergesellschaft, und dass Staaten die Selbstbeschränkung gegenüber dem Krieg als Mittel der Interessendurchsetzung aufgegeben haben, ist eine Abkehr von liberaler Weltsicht.

Widerlegten die vorhandene soziale Unfreiheit ganzer Nationen, die Manipulierbarkeit so vieler Menschen in den Industriestaaten, die politische Wirkung von Terror und Politik zusammen mit den offensichtlichen Grenzen von Wissenschaft und Technik das liberale Weltbild? Zu Beginn des 21. Jahrhunderts bedurfte die liberale Weltsicht des 19. Jahrhunderts zumindest kräftiger Korrekturen. Dabei konnte die liberale Einstellung des Menschen als freiheitsliebend, vernunftbegabt, lernfähig und tolerant als Leitidee fortgelten. Zur Verwirklichung dieser Leitidee freilich mussten im neuen Jahrhundert andere Wege eingeschlagen werden als beim klassischen Liberalismus. Das Ziel des schlanken Staates und der Deregulierung, dem die FDP verfallen war, konnte kein liberales Dogma sein – ohnehin wären „liberale Dogmen" ein Widersinn in sich. Zwar musste der Staatsapparat ökonomisch arbeiten – sparen, sich einschränken: Zugleich aber musste er in manchem aktiver werden, um liberale Lebensstile verbindlich machen zu können. Freiheitsliebend, vernünftig, lernfähig und tolerant ist der Mensch erst, wenn er eine ökonomische Basis und einen ausreichenden

[129] s. David Riesman, Die einsame Masse. Eine Untersuchung der Wandlungen des amerikanischen Charakters, Hamburg 1960

intellektuellen Fundus hat. Das ist, wie die Erfahrung zeigt, durch das freie Spiel der Kräfte nicht für alle erreichbar. Neuverteilungen von Ressourcen waren notwendig.

Würden sich die Liberalen an einen derart grundlegenden Umbau der Gesellschaft wagen?

Auch nach 2009 gilt: Der organisierte Liberalismus wird sein Verhältnis zum Staat – zu den Institutionen allgemein – neu bestimmen müssen. Während die FDP meint, Staat, Bürokratie und jegliche Institution gleichermaßen pauschal verteufeln zu sollen, kommt es eher darauf an, die Auswüchse der Organisationen zu beseitigen, anstatt beim Antibürokratismus zum Fundamentalisten zu werden. Denn es ist evident: Persönlichkeiten können sich nur in und durch Institutionen verwirklichen, im Beruf und in der Freizeit gleichermaßen. Person und Institution bedingen sich gegenseitig. Liberalismus kann die Institution nicht ernsthaft verdammen. Er sollte vielmehr für einen Aufbau und eine Arbeitsweise der Institutionen eintreten, die möglichst allen ihren Mitgliedern eine praktische Annäherung an das liberale Lebensideal erlaubt. Wo allerdings Institutionen zu Selbstzwecken werden oder nur Privilegien konservieren, sollten Liberale zu ihren Gegnern gehören.[130]

Das liberale Credo für die FDP hat in der Berliner Republik 3 prägende Determinanten:

1. Die FDP vertritt nach wie vor eine Reihe von politischen Positionen, die ehedem spezifisch liberale waren, mittlerweile zum Grundkonsens des politischen Systems in Deutschland geworden sind. Beispiele sind der Verfassungsstaat und der Parlamentarismus. Andere liberale Urpositionen – wie die Forderung nach Nationalstaatlichkeit[131] – haben durch die Geschichte ihre Bedeutung verloren.
2. Die FDP spricht gerne liberale Spezifika an, die diese Partei von anderen unterscheiden könnte. Im Parteijargon ist von „Ecken und Kanten“ die Rede. Da sind die Bemühungen um eine kompromisslose Marktwirtschaft, um die Rechte der Minderheiten, um die Eindämmung der Bürokratie, um Steuersenkungen. In der praktischen Politik musste die FDP Kompromisse eingehen, so dass sie rasch in ein Glaubwürdigkeitsdefizit kommen konnte. Aus dieser Zwickmühle wurde sie im September 1998 befreit. Doch mit Rücksicht auf die ihr damals wichtig gewordene Rolle im Bundesrat, hat sie die neue Freiheit nicht konsequent genutzt.
3. „Liberalismus“ ist das Firmenetikett der kleinsten unter den Bonner Traditionsparteien. Hinter diesem Etikett verbarg sich häufig nur die Rolle als Mehrheitsbeschaffer und Juniorpartner verbunden mit dem Eigeninteresse der Parteiorganisation an ihrem Fortbestand. Seit der 1998er Wahl galt das nicht mehr, und die Formel „Liberalismus“ musste stärker mit Inhalten gefüllt werden, denn auch das Etikett 18 hatte sich als Irrweg erwiesen.

Vor allem in der Ära *Kohl* sicherte sich die FDP ihren Fortbestand durch den Funktionscharakter. In der Zeit davor war es wichtig, dass sie (im Unterschied zur Weimarer Zeit) ver-

[130] Gerade bei diesem Thema fällt auf, wie wenig die FDP inhaltlich an einen der größten liberalen Analytiker des letzten Jahrhunderts anknüpft: Bis auf die heutige Zeit unübertreffbar klar hat der Liberale *Max Weber* das Verhältnis zwischen Person und Institution der modernen Welt beschrieben.

[131] Diese Bemerkung bezieht sich auf Deutschland. Neonationale auch in der FDP sagen, die Entwicklung in Osteuropa und im früheren Jugoslawien zeuge von einer Renaissance des Nationalismus. Jedoch ist hier der Nationalismus ideologischer Rettungsanker gegen den Werte- und Statusverlust ganzer Völkerschaften nach dem Niedergang des Sowjetsystems. Dieser Vorgang ist mit Westeuropa und Deutschland nicht zu vergleichen.

schiedene liberale Richtungen unter dem Dach einer Parteiorganisation vereinte. Mit der Wende zurück zur Union 1982 begann die Partei, sozial-liberale Positionen aufzugeben und deren Repräsentanten an den Rand zu stellen. Das in den Zeiten der Koalition mit der Union schmaler gewordene Spektrum hätte sich nach deren Ende verbreitern können. Doch das Personal und Potential nicht schon längst bei den Grünen verdingt.

Seit der deutschen Vereinigung 1990 stehen nicht nur weitere Mehrheitsbeschaffer bereit, sondern auch programmatische Konkurrenten. Die FDP muss die Wähler seitdem immer wieder überzeugen, dass sie nicht nur eine Partei der zweiten Wahl ist, sondern dass sie unter den konkurrierenden Mehrheitsbeschaffern die beste, weil erfahrenste und programmatisch elaborierteste sei.

Es wäre daher für die Partei gut und für die Allgemeinheit von Nutzen, gelänge der FDP die parteipolitische Verankerung des kritischen Rationalismus als Ausgangspunkt aller ihrer Politik. Im Medienzeitalter sind besonders die großen Parteien geneigt, Emotionen anzusprechen, populistisch zu agieren. Das tat *Helmut Kohl*, als er 1994 der „Rote-Socken"-Kampagne der Union gegen die PDS seinen Segen gab, und das tat auch *Oskar Lafontaine*, als er den Zuzug von Aussiedlern nach Deutschland bemängelte. Wie der Boxer Henry Maske zog der sozialdemokratische Kanzlerkandidat und schließliche Wahlsieger *Gerhard Schröder* 1998 als virtuelles Phänomen in eine Versammlungshalle zu Leipzig ein. Und seine Wiederwahl 2002 sicherte er sich unter anderem, indem er einen besonders im Osten Deutschlands verbliebenen Antiamerikanismus bediente. Wie nötig wäre hier ein liberales Korrektiv gewesen, das an den Verstand der Menschen statt an ihre Ängste und Illusionen appelliert hätte! Wie sehr bedarf es einer Gegenmacht zur vielfach beklagten „Bonapartisierung" der Politik, zum hemmungslosen Starkult bei Politik, Sport und Kultur. Und wie sehr hat eben auch die FDP im Wahljahr 2002 jenem Kult gefrönt.

Seit 1995 steuerte die FDP einen „Wandel durch weniger Staat" an. Damit wollte sie sich von allen anderen Parteien, besonders von den als etatistisch bezeichneten Grünen, absetzen. Die FDP wollte als Steuersenkungspartei die einzig wirkliche „Reformpartei" sein. Tatsächlich jedoch erschien sie vielen im Yuppie-Gewand auf dem Wege zurück zum Manchester-Liberalismus. Dabei verwickelte sie sich obendrein mit ihrer eigenen Geschichte als einer der Hauptgestalter der Bundesrepublik in Widersprüche, denn von der FDP mit begangene Verstöße gegen die reine Lehre der Marktwirtschaft gab es in der Bundesrepublik reichlich.

1998 erhielt die FDP – wie Robert Leicht formulierte[132] – eine „Bewährung". Außer Wirbel hat sie daraus nicht viel gemacht. Sie hatte einen Irrweg betreten und musste das ernüchternde Wahlergebnis von 2002 zur Kenntnis nehmen. Die zweite Regierung *Schröder* setzte nach für sie verheerenden Umfrageergebnissen innenpolitische „Reformen" in Gang. Gesundheitsreform, „Agenda 2010" und Steuersenkungen: Alle diese Maßnahmen liefen auf Rückbau des Sozialsystems hinaus. Die FDP, die dergleichen seit langem forderte, musste mit ansehen, wie die SPD im Verein mit der Union und den Grünen sich daran machte, das alles ohne sie zu verwirklichen. Nur mit Hilfe der Union, dank der Mehrheitsarithmetik in der Länderkammer und unter durchaus nicht dezentem Hinweis auf die für den Bundesrat wichtigen Länderkoalitionen konnte sich die FDP mühsam in den Interparteiengesprächen halten. Reformen hatten sich auch die anderen zum Ziel gesetzt: Die FDP

[132] Robert Leicht, Vier Jahre auf Bewährung; in: Die Zeit, 1. Oktober 1998, S. 7

brauchte eine Renaissance, in der sie den Liberalismus über den allgemeinen Konsens hinaus wieder profilierte.

Neben einer inhaltlichen braucht die FDP – ähnlich wie ihre Konkurrenten auch – eine organisatorische Reform: Wer in die FDP eintritt, stellt einen gewaltigen Unterschied zwischen der Organisationswirklichkeit etwa auf Bundesparteitagen mit dem Einsatz modernster Kongresstechnik und bei den Ortsvereinen fest. In den Ortsvereinen geht es häufig zu wie in der Kaiserzeit: In dunklen Hinterstübchen verräucherter Gastwirtschaften sitzen Cliquen alteingessener Parteifunktionäre beisammen, reden auch über Politik und genießen die antiquiert-rustikale Geselligkeit. Für neue Ideen oder Personen sind sie nur mühsam zu begeistern. Viele, die da hinzukommen, fühlen sich von dieser Atmosphäre abgestoßen. Ihr erster Besuch ist zugleich ihr letzter (s. Kapitel 5).

Nicht viel anders sieht es auf vielen Kreis- oder Landesgeschäftsstellen aus. Der Charme der fünfziger Jahre empfängt vielfach die Besucher, wo in altfränkischer Weise die Mitglieder „verwaltet“ werden. Wer da mit politischen Fragen oder ratsuchend daherkommt, merkt schnell, dass er am falschen Platz ist. Aber wenn es darum geht, ihr Territorium auch innerparteilich abzuschotten, werden diese Geschäftsstellen überaus aktiv.

Da tut organisatorischer Neuanfang an vielen Stellen gut, wie schon bald erkannt wurde: „Die Kampagnefähigkeit der FDP muss auf Bundes- und Landesebene verbessert werden. Die FDP wird sich zu einer Partei der kurzen Wege entwickeln.“[133] So war bald nach der Wahl 1998 im Internet zu lesen. Das bedarf seither der Präzisierung:

1. Die Partei sollte sich von dem System althergebrachter Geschäftsstellen und Ortsverbände trennen. Sie muss anstelle der Geschäftsstellen Service- und Beratungszentren einrichten, die nicht nach überkommenen regionalen Zuständigkeiten im Lande verteilt werden, sondern nach Bedarf. Die Gemeinden bieten in zunehmendem Maße Bürgerberatungsstellen an. Warum kann das nicht auch die Partei tun und Ortsverbände zu Bürgerberatungsstellen umgestalten? In freundlich eingerichteten Läden könnte die Partei den Bürgern anbieten, ihnen beim Gang durch die Behörden etwa mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. „Wie bekomme ich eine Baugenehmigung, wo gibt es einen Kita-Platz?“ Wenn die Partei es richtig organisiert, findet sie unter ihren Mitgliedern und Anhängern genügend Personen, die eigene Erfahrungen mit dem öffentlichen Dienst haben und diese weitergeben können.

   Die alten Geschäftsstellen und Ortsverbände sind tot. Im Zeitalter des Massenfernsehens lockt die Menschen weder das Hinterstübchen noch der Vortag des Funktionärs Meyer, wo sie doch im Wohnzimmer die erste Garde der Politik jeden Tag im Hause haben.
2. Etwa 4 Prozent der Bevölkerung nur sind in den politischen Parteien Mitglied. Von denen wiederum ist gerade jeder 4te aktiv. Ein Prozent der Wahlbevölkerung trifft mithin die Vorentscheidungen über die Besetzung des zentralen Verfassungsorgans unserer Republik.

   Die FDP hatte 2009 rund 66.000 Mitglieder. 16.000 Personen entscheiden, wer überhaupt die Chance hat, als liberaler Abgeordneter in den Bundestag zu kommen. Wen wundert es, dass da viele Wähler mehr aus Pflichtgefühl oder gar nicht zur Wahl gehen? Und wen wundert es, dass die gewählten Volksvertreter auf viele Wähler funkti-

[133] „Leitsätze zur Organisationsarbeit der F.D.P.“; in http://www.liberale.de

onärshaft und uninteressant wirken? Auf die Dauer ist es nicht gut, wenn in der Politik Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander driften.
Die FDP könnte hier einen Schnitt machen und ihre Basis verbreitern: In den USA werden die Wahlen als Prozess gesehen. Dieser Prozess beginnt spätestens mit den Vorwahlen, der „Primaries". Die Wähler können sich für die Vorwahlen in Listen der Parteien ihrer Wahl eintragen und dann die Auswahl des politischen Führungspersonals mitbestimmen. Dieses Modell könnte in Deutschland von der FDP übernommen werden. In Vorwahlzeiten schon könnte die Partei so ihre Basis verbreitern. Sympathisanten, die es wollen, sollten sich als Vorwähler einschreiben lassen, um schon in der ersten Phase am Prozess der Bundestagswahlen mitzuwirken. Welche Aufmerksamkeit würde die Partei erzielen, praktizierte sie als erste dieses Verfahren!

3. Überhaupt sollte die Partei „Schnuppermitgliedschaften" ermöglichen. Diejenigen, die erst einmal einen Einblick über das Innenleben der Partei haben wollen, sollte man hineinlassen. Sie können in Fachausschüssen oder anderen Gremien der Partei vorübergehend mitwirken – sei es, weil sie spezielle Interessen dort vertreten wollen, sei es, dass sie mit dem Gedanken an eine Mitgliedschaft spielen. Die Rolle des Parteimitgliedes sollte von der Partei nicht länger für die ganze Person und lebenslang gedacht werden. Die Partei muss offen sein für jedermann und zu jeder Zeit, denn wenn die Bürger nicht zu den Parteien kommen, müssen diese zu den Bürgern kommen.
4. Um näher an den eigentlichen Politikfeldern arbeiten zu können, sollte sich die Mitgliederschaft von unten nach oben mehr nach fachlichen Arbeitsgebieten als nach regionaler Zuständigkeit orientieren. So erhielten die Abgeordneten mehr Zuarbeit unmittelbar aus der Partei, und die Mitglieder wären direkter an das Geschehen in den Parlamenten eingebunden. Allerdings müsste es Gremien geben, denen die Koordinierung der verschiedenen Teilgebiete der Politik obliegt. Dazu sollten Hauptausschüsse gebildet werden. Die Parteitage könnten dann neben diesen Arbeitsgremien (Höchstbesetzung: 30 Mitglieder) auf Kampagnefunktionen reduziert werden. Hauptausschüsse müsste es auf Bundes- und Regionalebene geben.
5. Die Partei sollte sich entsprechend ihren Vorstellungen von einer Reform des Staatsaufbaus nicht mehr in die traditionellen Landesverbände gliedern, sondern in Regionalebenen. Solche Regionalebenen könnten neben Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen sein: „West" (heutiges Saarland, Rheinland-Pfalz, Hessen), „Nord" (Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein) und „Ost" (neue Länder mit Berlin). In den Verwaltungszentren dieser Gebiete (München, Stuttgart, Düsseldorf, Frankfurt/M., Hamburg und Berlin) müssten die Dienstleitungszentralen der Partei ihre Sitze haben und von dort aus regionale Dependancen bilden.
6. Im medialen Zeitalter kann Parteileben nicht auf Versammlungssäle, Sitzungszimmer, Hinterstübchen und Messehallen beschränkt bleiben. Was die Partei angefangen hat, muss vorangetrieben und weiter professionalisiert werden: Die Präsenz im Internet und anderen neuen Medien. Letzten Endes sollte die Möglichkeit einer „virtuellen Mitgliedschaft" eingeräumt werden. Denkbar ist, dass die Menschen – die früher Politik unter der Dorflinde, dann in den Rathäusern und Ämtern gemacht haben, in Zukunft politische Entscheidungen über Monitore treffen. Eine liberale Partei muss vor allen anderen darauf vorbereitet sein.
7. Bei den Wahlkämpfen haben es die Parteien – auch die FDP – mit der Professionalisierung übertrieben. Die Bürger ärgern sich über die mit Plakaten vollgestellten Stra-

> ßen und die mit Werbematerial überquellenden Briefkästen. Die Parteiführungen haben sich in eine unpolitische und obendrein teure Abhängigkeit von Umfrage- und Werbeinstituten begeben. Die Wirkung all dieser Maßnahmen ist – abgesehen von einer allgemeinen politischen Mobilisierung – ungewiss. Die FDP sollte ein Modell entwickeln, wie man hier reduzieren kann. Das würde den Geldbedarf der Parteien drosseln, langfristig die staatlichen Zuwendungen an die Parteien reduzieren und diese dadurch wieder bürgernäher werden lassen. Im weitesten Sinne könnte dieses Modell mit dem Stichwort „Mailing" umschrieben werden: Gezielt und effektiv werden einzelne Schichten der Bevölkerung durch die für sie relevanten Forderungen angesprochen. Bei der Vertretung ihrer Interessen wird ihnen Hilfe angeboten – von den regionalen Dienstleistungszentren bis hin zu den hierfür vorbereiteten Fraktionen auf allen Ebenen. Zu entwickeln ist somit ein Produkt, das nur eine politische Partei liefern kann!

Die Chance der FDP ist, dass es genügend Wähler gibt, die von ihr politische Erfahrung und Stabilität erhoffen und die ihr Votum mehr aus dem Kopf als aus dem Bauch fällen. Dazu müsste sie sich wieder hin entwickeln zu einer Partei des organisierten Liberalismus – orientiert an liberalen Positionen des 21. und nicht des 19. Jahrhunderts. Vielleicht haben es die Studenten vom „Projekt Absolute Mehrheit" gespürt, dass hier eine Chance besteht. Gegen den allgemeinen Trend entschieden sie sich für Parteiaktivität statt Parteiverdrossenheit, und sie setzten mit der FDP ausgerechnet auf eine Partei, für die Analytiker damals seit Jahrzehnten das Sterbeglöcklein läuten hörten. Die kleinkarierte Reaktion vieler Funktionäre diesem Schritt der Studenten gegenüber hat das in diesem Vorgang enthaltene Aufbruchsignal erheblich gedämpft.

Auf der Habenseite der FDP steht ihre kontinuierliche parlamentarische Präsenz im Bundestag. Darüber hinaus ist sie in Landtagen vertreten, auch in Landesregierungen. Auf kommunaler Ebene verfügt sie über manch starke Stellung. Dort bringt sie Verdienste und Erfahrungen einer klassischen „Altpartei" ein. Doch da ist sie auch mit Hypotheken belastet: Als „Umfaller-", „Unternehmer-", „Spaß-" oder „Partei der Besserverdienenden" haftet sie vielen im Gedächtnis. Auf der Sollseite steht auch, dass sie bei Bundestagswahlen 2002 die 18%-Grenze nicht erreichte. Und ein Teil ihres politischen Personals vor allem in der Bundestagsfraktion verfügt über Biografien, mit denen man einen radikalen Neuanfang nicht glaubwürdig gestalten kann.

Bei dieser Bilanz musste der liberale Stein der Weisen des 21. Jahrhunderts gefunden werden! *Guido Westerwelle* schrieb vor der Bundestagswahl 1998:

> „Ein Bündnis zwischen SPD und Grünen wäre eine klare Entscheidung zugunsten der Staatsgesellschaft und gegen die Zivilgesellschaft."[134]

Es kommt für die FDP darauf an, den Begriff „Zivilgesellschaft" mit fassbaren Inhalten zu füllen und dieses Konzept so nachdrücklich zu vertreten, dass langfristig mehr Wähler dieses Konzeptes wegen der FDP ihre Stimme geben. Anregungen für das Gelingen dieses Kunststückes sollte die Partei nicht in landläufigen Werbe- und Kampagnekonzepten suchen, sondern bei der Grundannahme des liberalen Weltbildes, dass der Mensch nachdrücklich nur als rationales, lernfähiges und zu unterschiedlichen Lebensentwürfen fähiges We-

[134] Guido Westerwelle, Neuland. Einstieg in einen Politikwechsel, München 1998, S.279

sen anzusprechen sei. Auch wenn dieses Menschenbild manchem unmodern erscheinen mag: In der Medien- und Modewelt der neuen Zeit kann es nicht schaden, wenn es als Korrektiv gegen den „Mainstream“ Personen und Organisationen gibt, denen dieses Bild etwas wert ist.

Seit 1998 ist die FDP einen Zwischenweg gegangen: nicht ganz den der Kontinuität, nicht ganz den der Renaissance und ein wenig den Klientel-Weg. Den Weg der Spaß-Partei wird sie wohl auf absehbare Zeit meiden. Schon 2004 deuteten sich die Rollenzwänge eines möglichen erneuten schwarz-gelben Bündnisses an. Da erkannte die Partei, dass zu einer liberalen Renaissance die Profilierung als Rechtsstaats- und Menschenrechtspartei gehören würde. Dieser Erkenntnis jedoch folgten die Zweifel an der Umsetzbarkeit einer entsprechenden Politik mit der Union auf dem Fuße. 2009 kündigte sich die FDP als „Steuersenkungspartei“ an und machte damit bei den Wählern einen großen Sprung nach vorn.

2.20 Schicksalsjahr 2004?

Trotz der Oppositionsrolle im Bundestag kam es 2004 in vielerlei Hinsicht wieder einmal auf die FDP an, und wieder einmal schien die Zukunft der Partei vom Verlauf dieses Jahres und dem Agieren der FDP darin abzuhängen. Bei den Ereignissen handelte es sich um eine Serie von Kommunal- und Landtagswahlen, um die Wahl zum Europäischen Parlament und um die Wahl des Bundespräsidenten in der Bundesversammlung am 23. Mai.

In der Bundesversammlung verfügten weder die SPD zusammen mit den Grünen noch die stärkste Fraktion, die der CDU/CSU, über die absolute Mehrheit. Die Stimmen der PDS hätten dem rot-grünen Lager auch nicht zur absoluten Mehrheit verhelfen können. Also kam es auf die Stimmen der FDP an. Der Parteivorsitzende *Guido Westerwelle* wurde angesichts dieser Lage mit der Bemerkung zitiert, die Bundespräsidentenwahl werde sein „Meisterstück“. Die FDP hatte folgende rechnerische Optionen:

- Sie konnte einen gemeinsamen Kandidaten mit der Union tragen und so ein Zeichen setzen für den angestrebten Machtwechsel 2006. Dabei hätte die FDP einen Unionskandidaten wählen können, die Union einen FDP-Kandidaten oder beide Parteien einen „unabhängigen“ Kandidaten.
- Die FDP hätte einen Kandidaten zusammen mit „Rot-Grün“ unterstützen können, entweder einen von der FDP oder einen anderen.
- Das Spiel verloren hätte die FDP, wenn sich andere Parteien ohne sie zusammen getan hätten – entweder die Union und die SPD oder die Union und die Grünen.

Im Vorfeld hatte es Gespräche zwischen *Guido Westerwelle* und *Angela Merkel* gegeben. Als Kandidaten in diesem Spektrum wurden genannt *Wolfgang Schäuble* für die Union und *Wolfgang Gerhardt* für die FDP. Als Personalisierung der „Ampellösung“ fiel der Name der einstigen FDP-Generalsekretärin *Cornelia Schmalz-Jacobsen*. Im Falle eines Zusammengehens der Union mit den Grünen wäre *Klaus Töpfer*, der ehemalige CDU-Minister und Chef der UNO-Umweltbehörde ein Kandidat gewesen. Als mögliche Kandidatin der SPD wurde die einstige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes, *Jutta Limbach*, genannt.

Nach der vorgezogenen Bürgerschaftswahl in Hamburg am 29. Februar 2004 ergab sich folgendes Bild: Absolute Mehrheit für *Ole von Beust* (CDU), 2,8% für die FDP. Die Grünen kamen auf 12,3%, die SPD verlor 6 Punkte und landete bei 30,5%, die „*Schill*"-Partei (neu) holte 3,1% und die alte „*Schill*"-Partei 0,4%. Die FDP hatte nach Bayern wieder eine Wahl verloren, und *Guido Westerwelle* überließ es seiner Generalsekretärin, das Ergebnis im Fernsehen zu kommentieren. Mit 2,8% war die FDP bei ihren Stammwählern angekommen.

Offenbar hatte gerade das die FDP-Führung beflügelt, in den nun folgenden Verhandlungen zwischen *Angela Merkel*, *Edmund Stoiber* und *Guido Westerwelle* stark aufzutreten beim Schmieden eines strategischen Bündnisses für den angestrebten Machtwechsel spätestens 2006: Die FDP lehnte den bei der Union favorisierten Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten, *Wolfgang Schäuble*, rundweg ab. Sie gab damit *Angela Merkel* die Chance, in der Union *Horst Köhler* als Kandidaten durchzusetzen und die FDP ebenso auf den Chef des Internationalen Währungsfonds festzulegen wie sie trotz der Beteuerungen von der „gleichen Augenhöhe" einzubinden in das bürgerliche Lager, das nun klar erkennbar dem rot-grünen gegenüber stand. SPD und Bündnis 90 nominierten nach der Einigung von CDU, CSU und FDP auf *Köhler* die Politikwissenschaftlerin *Gesine Schwan* als ihre – kaum aussichtsreiche – Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten.

Am 23. Mai 2004 trat die Bundesversammlung in Berlin zusammen. Für *Horst Köhler* stimmten 604 von 1204 Delegierten. Die notwendige absolute Mehrheit lag bei 603 Stimmen. Die Gegenkandidatin von SPD und Grünen, *Gesine Schwan*, erhielt 589 Stimmen. Es gab 9 Enthaltungen. Zwei Stimmen waren ungültig. *Köhle*r löste *Johannes Rau* am 1. Juli 2004 als Bundespräsident ab.

Es war offensichtlich, dass der gemeinsame Kandidat der „Koalition in der Opposition" nicht alle Stimmen aus dem eigenen Lager errungen hatte. Allen Warnungen vor einer Instrumentalisierung der Bundespräsidentenwahl zum Trotz[135] hatten die Unions- und die FDP-Führung diesen Vorgang als ein Signal für die Ablösung von „Rot-Grün" spätestens 2006 inszeniert. In dieser Inszenierung spielte der FDP-Vorsitzende *Guido Westerwelle* vorhergehenden Verlautbarungen von der gleichen Augenhöhe zu den Großparteien zum Trotz nicht die Hauptrolle: Diese war mit der Vorsitzenden der CDU, *Angela Merkel,* besetzt.

Für die Europawahl am 13. Juni hatte die FDP sich den Einzug ins Europäische Parlament, wo sie nicht vertreten war, vorgenommen. Auf ihrem Europatag am 17. Januar stellte die FDP folgende Liste auf: 1. *Silvana Koch-Mehrin* (ursprünglich Auslandsgruppe Europa, später Baden-Württemberg: 91,8%), 2. *Alexander Graf Lambsdorff* (Nordrhein-Westfalen: 89,67%), 3. *Jorgo Chatzimatkakis* (Saarland: 68,58%), 4. *Wolf Klinz* (Hessen: 57,89%), 5. *Willem Schuth* (Niedersachsen: 65,76%), 6. *Alexander Alvaro* (Junge Liberale: 74,68%), 7. *Holger Krahmer* (Sachsen: 59,42%), 8. *Christoph Gresa* (Rheinland-Pfalz: 69,70%), 9. *Dirk Schattschneider* (Nordrhein-Westfalen: 63,62%). Der Europatag musste wiederholt werden, weil das Parteitagspräsidium den Selbstvorschlag eines kritischen Berliner FDP-Mitgliedes nicht zugelassen hatte, was womöglich rechtswidrig war. Die Wiederholung fand im März in Bonn statt. Dort wurde die Januarliste bestätigt, jedoch erhielt *Silvana Koch-Mehrin* diesmal weniger Stimmen: 79,7%. Mit der 33jähringen und attrakti-

[135] So hatte am Vorabend der Präsidentenwahl der Altbundespräsident *Richard von Weizsäcker* bei einer Festveranstaltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf die „absolute Überparteilichkeit" des Amtes des Bundespräsidenten hingewiesen.

ven Spitzenkandidatin wollte die FDP ein neues, „frisches“ Gesicht zeigen, das vom grauen Erscheinungsbild der Partei in Berlin abheben sollte.

Die Rechnung ging auf: Die FDP kam auf 6,1% gegenüber 3% im Jahre 1999. Stolz verkündete *Guido Westerwelle*, dass die FDP damit seit zehn Jahren wieder im Europäischen Parlament vertreten sei. Auch bei den Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt (8%) und Mecklenburg-Vorpommern (6,1%) erzielte die FDP ordentliche Ergebnisse. Aber gleichzeitig blieb sie bei den Kommunalwahlen an der Saar mit 3,9% schwach. Zugleich mit der Europawahl wurde in Thüringen der Landtag gewählt, und hier kam die FDP nur auf 3,6% und schaffte es ebenso wenig wie die Grünen (4,5%), in den Landtag einzuziehen.

Schon auf dem Bundesparteitag am 5. und 6. Juni in Dresden hatte sich gezeigt, dass die FDP Mitte 2004 sich vom Banne *Jürgen W. Möllemanns* befreit und auch die Traumatisierung nach dessen Tod überwunden hatte. *Guido Westwelle* und *Wolfgang Gerhardt* wollten den Rechtsstaat und die Menschenrechte wieder auf die Agenda der Partei setzen.

Bei Wahlen hatte die FDP zugenommen, allerdings auf einem bescheideneren Niveau als 2002 angepeilt: deutlich unter der 10%-Grenze. Bei den Landtagswahlen in der zweiten Jahreshälfte 2004 kam die FDP an der Saar auf 5,2%, in Brandenburg auf 3,3% und in Sachsen auf 5,9%. Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 26. September des Jahres erzielte die FDP im Durchschnitt 6,8%. Die FDP war Partner der klar zur stärksten Partei gewachsenen Union in einer Koalition in der Opposition. Diese „Koalition“ hatte *Horst Köhler* zum Bundespräsidenten bestimmt und stand bereit, „Rot-Grün“ spätestens 2006 abzulösen. Während jedoch die SPD in ein Tief stürzte, zogen die Grünen an der FDP vorbei und übernahmen die Rolle der dritten Partei. Bei den Europawahlen kamen sie auf 11,9%, und in den Gazetten wurde angesichts der Mehrheitsverhältnisse in einigen Bundesländern über eine „schwarz-grüne“ Option spekuliert. Diese Situation war für die FDP alarmierend. Die Grünen schienen ihr nicht nur numerisch überlegen, sondern auch strategisch. Das „Faustpfand“ der SPD/FDP-Koalition in Rheinlad-Pfalz gewann für die FDP Bedeutung, und es erforderte Optimismus, an den liberalen Neuanfang mit Rechtsstaats- und Menschenrechtsthemen vom Dresdner Parteitag zu glauben. Schließlich baute sich hier Konfliktpotenzial mit der Union auf.

Dennoch war es die Chance zum Beginn einer liberalen Renaissance, mit der die FDP die regierungsgeformten Grünen durch Prinzipientreue würden überrunden können.

Zugleich kamen Zweifel auf, ob die FDP überhaupt noch die Substanz zu einer liberalen Renaissance hatte: Mitte 2004 geriet die FDP wieder ins Zwielicht, als der stellvertretende Bundesvorsitzende, Landesvorsitzende von Baden-Württemberg und Stuttgarter Wirtschaftsminister, *Walter Döring*, wegen einer Spenden- und Umfragenaffäre zurücktreten musste. Bei den Nachforschungen eines Untersuchungsausschusses im Stuttgarter Landtag wurde am Beispiel der Finanzierung einer Umfrage über die Wirtschaftspolitik – auch *Dörings* – ein informelles FDP-Netzwerk bekannt, in dem offensichtlich Spenden falsch deklariert und Scheinrechnungen ausgestellt wurden. *Döring* als Hauptverantwortlicher hatte seine ministeriellen und parteipolitischen Zuständigkeiten vermischt.[136] In der

[136] Bernd Dörries, Alle in einem Boot, Süddeutsche Zeitung 19./20. Juni 2004, S. 8
Die Sache spitzte sich nach dem Rücktritt *Dörings* noch einmal zu, als bekannt geworden war, dass die ebenfalls der FDP angehörende Stuttgarter Justizministerin, *Corinna Werwigk-Hertneck* ihren damaligen Ministerkollegen *Döring* vorzeitig und informell über ein Ermittlungsverfahren der Stuttgarter Staatsanwaltschaft informiert hatte. Nachdem die Staatsanwaltschaft daraufhin gegen die Justizministerin „wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses“ Ermittlungen aufgenommen hatte, trat diese am 22. Juli 2004 ebenfalls zurück. Zwischenzeitlich war *Birgit Hom-*

Öffentlichkeit wurde an die *Flick*-Affäre und die unklaren *Möllemann*-Transaktionen vor der Bundestagswahl 2002 erinnert und alles als bezeichnend für die FDP gesehen. In Berlin aber war *Guido Westerwelle* nach *Jürgen W. Möllemann* mit *Walter Döring* einen weiteren Rivalen los. Umso größer wurde die Verantwortung für die Partei, die nun auf dem Vorsitzenden der FDP lastete.

2.21 2005:Vorgezogene Bundestagswahlen

Beim Dreikönigstreffen in Stuttgart 2005 wollte sich *Guido Westerwelle* nicht auf ein Verlängerung der Amtszeit von *Cornelia Pieper* als Generalsekretärin der FDP festlegen lassen. Gewählt würde erst im Mai. Es sah so aus, also würden entweder *Birgit Hombacher* oder *Dirk Niebel* Frau *Pieper* im Amte nachfolgen. Sie selber würde dann – als „Ostrepräsentantin" – die Nachfolgerin *Walter Dörings* als stellvertretende Bundesvorsitzende.

Im März lagen die Arbeitslosenzahlen liegen bei über 5 Millionen. Die CDU/CSU schlug einen „Pakt für Deutschland" vor – einen Krisengipfel zwischen ihr und der Bundesregierung. Teilnehmer sollten sein: Vizekanzler *Josef Fischer*, der zu der Zeit wegen einer „Visa-Affäre" in der öffentlichen Kritik stand sowie *Gerhard Schröder* auf der einen und *Angela Merkel* sowie *Edmund Stoiber* auf der anderen Seite. *Guido Westerwelle* sollte nicht geladen werden, und es war bemerkenswert, dass die Union nicht darauf bestand.

Am 17. März war das Gipfeltreffen mit dem Namen „Pakt für Deutschland". Es wurden auch einige Steuererleichterungen für Unternehmen vereinbart. Da kam die Topnachricht aus Kiel: *Heide Simonis* (SPD) erreichte in 4 Wahlgängen nicht die erforderliche Mehrheit zur Wahl als Ministerpräsidentin. Einer aus den Reihen der Koalition SPD/Grüne/SSW enthielt sich permanent der Stimme. Das war der Anfang vom Ende des „rot-grünen Projektes".

Anfang Mai tagt der Bundesparteitag der FDP. Im Vorfeld des Parteitages tat sich neben einem Gerangel zwischen *Wolfgang Gerhardt* und *Guido Westerwelle* einiges: *Margarita Mathiopoulos*, über deren mögliche Berufung als SPD-Pressesprecherin schon *Willy Brandt* zurückgetreten war, fungierte jetzt als „außenpolitische Beraterin" *Guido Westerwelles*. Die Vorsitzende eines außenpolitischen Arbeitskreises empfahl der FDP, dass der Parteitag beschließen möge, militärische Auslandseinsätze der Bundesrepublik könnten auch ohne UNO-Mandat erfolgen. *Westerwelle* wies das zurück, während *Werner Hoyer* das unterstützte. Schließlich wies *Hans-Dietrich Genscher* Frau *Mathiopoulos* zurück.

Andreas Pinkwart erklärte in der „FAZ", er erwarte, dass *Guido Westerwelle* mindestens 80% der Delegiertenstimmen bei der Wiederwahl erhalten würde. War das eine Intrige? Gleichzeitig wurde *Pinkwar*t als Nachfolger von *Westerwelle* ins Gespräch gebracht. Die Reaktion darauf lautete: *Pinkwart* müsse erst in Nordrhein-Westfalen zeigen, was er kann. Die Machtkämpfe an der Bundesspitze der FDP gingen auch nach dem Abgang von *Möllemann* weiter. Derweil legte die Noch-Generalsekretärin *Pieper* einen Programmentwurf vor – aber in der Öffentlichkeit interessierte das weniger.

Im „Focus" gab *Guido Westerwelle* ein Interview, indem er die Gewerkschaftsfunktionäre *Frank Briske* und *Ursula Engelen-Kefer* als „Plage" bezeichnete. Bei der Gelegenheit

burger zur neuen FDP-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg gewählt worden. S. Frankfurter Allgemeine, 23. Juli 2004, S. 1

bemerkte er: Viele Berater und Freunde hätten ihm nahe gelegt, sich auf die Sozial- oder Innenpolitik zu konzentrieren. Das lehnte er aber ab, weil er kein Fachsprecher werden wollte. Auf eine entsprechende Nachfrage sagt er, er habe sich „abschließend" geäußert.[137]

Am gleichen Ort – Köln – hatte vor 24 Jahren auch ein FDP-Parteitag stattgefunden. Damals schwor *Hans-Dietrich Genscher* die FDP auf die Nachrüstung ein und bedrängte die Berliner FDP, *Richard von Weizsäcker* zum Regierenden Bürgermeister zu wählen ...

Der Parteitag des Jahres 2005 eröffnete *Reiner Brüderle* mit einer fulminanten Rede unter dem Motto „Deutschland ist nicht der 1. FC Bananenrepublik". Er zählte – wie das üblich ist auf Parteitagen – die Namen der Toten auf und ehrte besonders *Günter Rexrodt* – seinen verstorbenen Rivalen. *Hans-Dietrich Genscher*, der später erschien, wurde mit den ersten Standing Ovations dieser Versammlung empfangen. Nach den Begrüßungen kam *Guido Westerwelle* mit der Hauptrede. Der Saal war übervoll. Alle hörten zu. Der Parteivorsitzende donnerte seine bekannten Parolen in den Saal: Die Bundesrepublik sei eine „Neidgesellschaft", Leistung müsse sich lohnen und bei der SPD könne man mit dem bloßen Führerschein schon Bundestagsabgeordneter werden. Die FDP würde als kapitalistenfreundlich eingeschätzt, nur weil sie etwas von Wirtschaft verstünde. Aber wer Deutschland für kapitalistisch halte, dem müsse Kuba demokratisch vorkommen. Bildung sei notwendig. Aber *Westerwelle* verkündete auch, die FDP werde rückgängig machen, dass die Bürgerrechte eingeschränkt wurden. Für Auslandseinsätze der Bundeswehr bedürfe es eines UNO-Mandats. *Westerwelle* lobte sodann die Wahlerfolge der FDP unter seinem Vorsitz, die Tätigkeit von *Cornelia Pieper* und sagte schließlich, die FDP seine keine Unterabteilung irgendeiner anderen Partei. Am Ende gab es wieder – wie schon beim „Einzug" *Genschers* – „standig ovations", und das Präsidium verkündete, das seien „3Minuten, 20 Sekunden" gewesen. Dann erschienenen noch *Westerwelle* und sein Rivale *Gerhardt* zusammen auf der Bühne: Es war ein Wahlparteitag. Nach der Rede allerdings verließen etwa Zweidrittel der Delegierten den von Sicherheitsleuten abgeschirmten Saal. In großer Unruhe begann die „Aussprache" der Delegierten zum Gehörten.

Der Parteitag brachte die „Aussprache" schnell hinter sich. Denn dann redete *Henry Kissinger*. Viele fragten sich: Ist der ein Liberaler? *Kissinger* erinnerte an seine gute Zusammenarbeit mit *Walter Scheel*, *Hans-Dietrich Genscher*, *Klaus Kinkel* und seinen „Freund" *Otto Graf Lambsdorff*. Danach warnte er vor der Gefahr einer globalen Atomwaffenausweitung, vor den Entwicklungen im Nahen Osten und im Irak. Über den Sinn des Auftritts Kissinger bei der FDP wurde gerätselt. Offenbar wollte sich die FDP nach Möllemann einen seriösen Anstrich geben

Es folgte die Wahl des Bundesvorsitzenden. *Andreas Pinkwart* schlug *Guido Westerwelle* vor, und der bekam 80,10% „Ja"-Stimmen. Stellvertreter wurden *Brüderle*, *Pinkwart* und *Pieper* – die mit ca. 60% allerdings das schlechteste Ergebnis erzielte. *Dirk Niebel* hingegen wurde mit über 90% zum neuen Generalsekretär gewählt: Auf ihm ruhten viele Hoffnungen. Anderntags sprach *Wolfgang Gerhardt* – der Verlierer im Machtkampf gegen *Guido Westerwelle.* Doch auch er wurde mit Jubel bedacht.

Am 22. Mai war die Landtagswahl in NRW. Im Fernsehen hatte es 2 Duelle gegeben zwischen dem Ministerpräsidenten *Peer Steinbrück* (SPD) und seinem Herausforderer *Jürgen Rütgers* (CDU). Diese haben aber offensichtlich niemanden elektrisiert. Nach 39 Jahren

[137] Wahre Plage und Verräter; in: Focus, 2. Mai 2005, S. 28 f

SPD-Herrschaft wurde es ein grandioser Wahlsieg für die CDU und ein Desaster für die SPD.

Die Grünen und die FDP landeten abgeschlagen bei 6,2%. Die WASG erreichte etwas mehr als 2%, und die Rechten gingen unter. Doch *Franz Müntefering* und *Gerhard Schröder* „toppten" die Nachrichten, indem sie verkündeten, der Bundeskanzler strebe Neuwahlen noch 2005 an. Er werde nach Art. 68 GG die Vertrauensfrage stellen – so wie *Willy Brandt* und *Helmut Kohl* es auch schon getan haben – um sich das Misstrauen bestätigen zu lassen, damit der Bundespräsident den Bundestag auflösen könne. Die vorgezogenen Bundestagswahlen könnten dann im September sein. Verfassungsrechtlich war das nicht ohne Probleme, denn das Misstrauen würde fingiert sein, und am Ende hätte der Bundespräsident die Auflösung des Parlamentes verweigern können.

Dass er das aber nicht tun würde, wurde allerdings erwartet, denn *Horst Köhler* war von CDU/CSU und FDP als Ouvertüre zu einem Machtwechsel gewählt worden. Die Union nahm die Neuwahlen als „Geschenk" an, und die FDP musste es ebenfalls tun, nachdem sie immer wieder Neuwahlen gefordert hatte. *Gerhard Schröder* sollte Spitzenmann der SPD werden. Er wollte ein „Referendum". Es sah nicht danach aus, dass er damit nach seiner für die SPD prekären Sozialpolitik Erfolg haben würde. Somit rechnete man allgemein damit, dass Deutschland noch 2005 eine Kanzlerin bekommen würde, denn *Angela Merkel* würde die Kandidatin der Union werden. Die FDP nominierte unverzüglich *Guido Westerwelle* zum Spitzenkandidaten. Dass *Merkel* und *Westerwelle* eine schwarz-gelbe Koalition im Bund anstreben würden, galt als ausgemacht. Etwas grimmig standen die Grünen da. Sie waren vom *Schröder*-Coup nicht informiert, gehörten nun keiner Landesregierung mehr an und standen vor der Aussicht, dass sie einen angeschlagenen *Josef Fischer* als Spitzenmann präsentieren mussten. Es sah so aus, als hatte sich die SPD von den Grünen befreien wollen.

Ende Mai wurde bekannt, dass *Oskar Lafontaine* aus der SPD austreten und sich einem Linksbündnis zwischen PDS und WASG anschließen wolle. *Gregor Gysi* und *Oskar Lafontaine*? *Harald Schmidt* lästerte über den Namen einer möglichen neuen Partei: „*Marx*-Brothers" oder „Schröders Ex und Honnies Nachfolger". Die Sache schien nicht so gut vorbereitet zu sein, denn die PDS wusste nicht, ob sie *Lafontaine* überhaupt wollte. Auch ein Zusammenschluss der beiden Parteien war weder leicht zu bewerkstelligen noch bei der PDS gewollt. Nach Umfragen hätte ein Linksbündnis mit bis zu 8% rechnen können. Derweil rotierte auch die SPD. *Gerhard Schröder* wusste nicht, wie er die Vertrauensfrage formulieren sollte. Der Weg zu Neuwahlen war – wie sich zeigte – steinig.

Am 30. Mai 2005 dirigierte Claudio Abado in Berlin die Philharmoniker: „Mahlers 4." mit René Fleming als Solistin. Das war nach Meinung aller Experten Weltklasse. Der Jubel für Abado schien kein Ende zu nehmen. Standing ovations hatten hier ihr Recht. Beim Konzert war auch *Angela Merkel* mit ihrem Mann zugegen. Anderntags wurde sie von der Union im Konrad-Adenauer-Haus zur Kanzlerkandidatin proklamiert. Strahlend erklärte sie, dass sie Deutschland dienen wolle. Nach Umfragen lag die Union damals bei der absoluten Mehrheit. Merkwürdig war es, dass der Kanzler noch gar nicht die Vertrauensfrage gestellt hat, diese nicht verloren gegangen war und der Bundespräsident infolge dessen über die vorzeitige Auflösung des Bundestages noch gar nicht hatte entscheiden können. Aber Kandidaten und Spitzenkandidaten wurden schon reihenweise aufgestellt. Die Vertrauensfrage wollte *Schröder* jedoch erst am 1. Juli stellen.

Die Union schien sehr gut aufgestellt, während die Koalition zerbröselte. Man stritt sich und „versöhnte" sich anschließend. Jeder merkte, dass das Ende der rot-grünen Koali-

tion gekommen war. Auch *Lafontaine* und *Gysi* kamen nicht recht voran, so dass alles auf Frau *Merkel* zuzulaufen schien. Bei der FDP sorgte man sich schon, dass die Union den Wechsel ohne sie schaffen könnte.

In dieser Zeit tat sich der Graben zwischen Theorie und Praxis der Politik besonders deutlich auf. Zwar hatte das Grundgesetz eine Auflösung des Bundestages – die schlechten Erfahrungen von Weimar bedenkend – erheblich erschwert, aber die Bundeskanzler *Willy Brandt*, *Helmut Kohl* und nun auch *Gerhard Schröder* hatten über den Nebenweg eines getäuschten Vertrauensentzuges einen Trick erfunden, das Parlament doch vorzeitig zu suspendieren. Es ist erstaunlich, dass die „Rechtsstaatspartei" FDP auch 2005 diese Dehnung der Verfassung nicht kritisierte.

Der Bundeskanzler brachte schließlich folgenden Antrag im Bundestag ein:

> „Gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes stelle ich den Antrag, mir das Vertrauen auszusprechen. Ich beabsichtige, vor der Abstimmung am Freitag, dem 1. Juli 2005, hierzu eine Erklärung abzugeben. Berlin, den 27. Juni 2005 *Gerhard Schröder*"[138]

In seiner Erklärung begründete der Kanzler den Antrag damit, dass nach der „Agenda 2010" für ihn eine „stabile Mehrheit des Bundestages" nicht mehr gegeben sei. In der Abstimmung votierten 151 Abgeordnete mit „Ja", 296 mit „Nein", und 148 enthielten sich. Die Vertrauensfrage war gescheitert, denn 301 „Ja"-Stimmen wären erforderlich gewesen. Der Bundeskanzler bat daraufhin den Bundespräsidenten, den Bundestag aufzulösen.

Am 21. Juli verkündete der Bundespräsident, dass er dem Bundeskanzler gefolgt sei und den Bundestag auflöse. Dagegen wehrten sich die Abgeordneten *Jelena Hoffmann* von der SPD und *Werner Schulz* (Bündnis 20/Die Grünen) vor dem Bundesverfassungsgericht, blieben aber erfolglos. Von der FDP hatte sich niemand gegen die Neuwahlen gewehrt.

Als Termin für die Neuwahlen wurde nach einigem Hin und Her zwischen den Parteien der 18. September festgesetzt. Eine Koalition zwischen Union und FDP schien der Bundesrepublik bevorzustehen. Die CDU hatte sich ganz klar für eine wirtschaftsliberale Politik entschieden, und die FDP war abgerückt von ihren Träumen der „Äquidistanz". Jetzt setzte man wieder auf die Rolle eines Juniorpartners der Union.

Anfang August jedoch begann in den Umfragen die schwarz-gelbe Mehrheit zu wackeln: Die Union stagnierte, und die FDP nahm ab.

Als das Verfassungsgericht über die Klage der 2 Abgeordneten noch gar nicht entschieden hatte, geriet der Wahlkampf Ende August in Gang. *Edmund Stoiber* polemisierte gegen „frustrierte" Ossis und wollte damit angeblich die Linkspartei treffen. *Angela Merkel* war das erkennbar unangenehm. Sie stellte ein „Kompetenzteam" vor, zu dem neben *Wolfgang Schäuble* und *Peter Müller* Prof. *Paul Kirchhof* gehörte. *Kirchhof* war ein ehemaliger Bundesverfassungsrichter, der das Steuersystem vereinfachen wollte. Er sprach sich für eine Einheitssteuer von 25% aus. Der Jurist war auch von *Westerwelle* und der FDP hofiert worden.

In einer Umfrage lag „Schwarz-Gelb" bundesweit noch bei 50% (FDP 8%). Anfang September gab es im Fernsehen eine Diskussion zwischen *Guido Westerwelle*, *Joseph Fischer* und *Oskar Lafontaine*. Es war das „kleine TV-Duell". Vorbei war die Zeit, da der FDP-Vorsitzende auf „gleicher Augenhöhe" mit den Kandidaten der Union und der SPD diskutieren wollte.

[138] Bundestagsdrucksache 15/5825

„Schwarz-Gelb“ allerdings hatte in neueren Umfragen die Mehrheit wieder verloren. Als Hauptbelastung wurde der im CDU-Team präsentierte „Kompetenzler“ Prof. *Paul Kirchhof* mit seiner 25%-Einheitssteuer gehandelt. Das war gefundenes Fressen für die Gegner der CDU, vor allem für den SPD-Spitzenkandidaten *Gerhard Schröder*, der herablassend vom „Professor aus Heidelberg“ sprach. Die FDP kritisierte *Kirchhof* ebenfalls, obwohl sie ihn vor kurzem auf ihrem Parteitag präsentiert hatte[139] und ihn sicher gerne selber im Wahlkampfteam gehabt hätte.

Das vorläufige amtliche Ergebnis war eine Überraschung: Bei einer Wahlbeteiligung von 77,7% (2002: 79,1%) verteilten sich die Zweitstimmen wie folgt:

Tab. 5: Bundestagswahl 2005

SPD	34,3%	(2002:38,5%)
CDU	27,8%	(2002:29,5%)
CSU	7,4%	(2002: 9,0%)
GRÜNE	8,1%	(2002: 8,6%)
FDP	9,8%	(2002: 7,4%)
Die Linke	8,7%	(2002: 4,0%)
Sonstige	3,8%	(2002: 3,0%)

Der Anteil der ungültigen Zweitstimmen betrug 1,6% (2002: 1,2%).

Zwar hatte die FDP gegenüber 2002 gewonnen, aber CDU und CSU hatten im Vergleich zur Wahl 2002 verloren: Die Union und die FDP brachten es nur auf 45%, und das reichte nicht zum Regieren. Nach Adam Riese war alles klar: Zu einer „Ampel“ aus SPD, Grünen und FDP hätte es gereicht (52,2%), auch zu „Jamaika“ aus Union, Grünen und FDP (53%), und die „große“ Koalition aus Union und SPD würde auf „bequeme“ 69,5% kommen.

Mit der Linkspartei wollte niemand koalieren. Bemerkenswert war aber, dass diese Partei es ins Parlament geschafft hatte. Seitdem gilt es als ausgemacht, dass die Bundesrepublik ein Fünfparteiensystem habe.

Dass die Zweistimmenkampagne zwischen Union und FDP erstmalig nicht funktioniert hatte, lag offensichtlich an der stark liberalen Ausrichtung der CDU und der Kanzlerkandidatin in dieser Kampagne. Zu viele Wähler entschieden sich bei dieser Lage für das „Original“ FDP und zu wenige für die Union.

Gerhard Schröder hatte das erkannt und mit seiner Polemik gegen *Paul Kirchhof* die schwache Stelle des Bürgerbündnisses bei der CDU getroffen. Das klag nach, als im Reichstag die „Elefantenrunde“ des Fernsehens zum Wahlausgang stattfand. Die SPD taumelte: Sie wusste nicht, ob sie gewonnen oder doch verloren hatte. Dass die Union abgesackt war, euphorisierte sie. Dass die SPD aber nicht auf Platz 1, sondern auf Platz 2 gekommen war, wurde an diesem Abend verdrängt. *Angela Merkel* bekundete unverdrossen ihren Anspruch auf das Kanzleramt und sprach sich fürs Sondieren aus. *Gerhard Schröder* verlor die Kontenance und stritt der Herausforderin das Recht zum Regieren ab. Er wolle Kanzler einer großen Koalition werden. Journalisten trauten sich jetzt, den immerhin noch

[139] Paul Kirchhof war geladener Redner auf dem 56. FDP-Bundesparteitag vom 5. bis 7. Mai in Köln. Die FDP berichtet darüber: „Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Prof. Dr. Paul Kirchhof, hat am Freitag auf dem Bundesparteitag nicht nur ein flammendes Plädoyer für die Freiheit gehalten, sondern auch für eine radikale Steuerreform. <http://56.parteitag.fdp.de/webcom/show_article.php/_c-20/i.hat,l >

amtierenden Kanzler mit „Herr *Schröder*“ anzureden und belehrten ihn, was er tue, gehörte sich nicht. *Joseph Fischer* war alles peinlich: *Guido Westerwelle* wurde dreist: „Herr *Schröder*, ich bin zwar jünger als Sie, aber nicht blöder!“ *Gerhard Schröder* wirkte nicht ganz nüchtern, angespannt und zugleich erlöst. Er fühlt sich als Sieger und wusste doch, dass er verloren hatte.

Angela Merkel hatte nach dieser Wahl von *Gerhard Schröder* gelernt. Sie erkannte, dass es für die CDU und sie selber nicht vorteilhaft war, marktradikale Politik zu verkünden. Fortan agierte sie sozial, sogar sozialdemokratisch. Ihren künftigen Koalitionären von der SPD sollte das Probleme bringen, aber auch ihrem Wunschpartner von übermorgen, der FDP.

Nach der Wahl zeigte sich, dass die kleinen Parteien – FDP und Grüne: die Linkspartei wurde nirgendwo ins Kalkül gezogen – Dreierkoalitionen ablehnten. Die Grünen verweigerten sich einer „Jamaika“-Koalition, weil darin die Union die Hauptrolle spielen würde. Die FDP hielt diese Option zumindest theoretisch für realisierbar. Eine „Ampel“ dagegen wurde von ihr verworfen – wegen der Führung durch die SPD. Mit der SPD selber hatte die FDP nicht einmal Sondierungsgespräche führen wollen – ein ungewöhnliches Verhalten zwischen 2 Traditionsparteien.

Es war aber wohl so, dass beide Dreiermodelle ohnehin nicht realisierbar waren, weil die feindlichen Rivalen FDP und Bündnis 90 keine gemeinsame Regierung bilden mochten. FDP und Bündnis 90 waren nach der Wahl 2005 die Vetospieler unter den deutschen Parteien.

Am Montag, den 10. Oktober verkündeten die Präsidien von CDU, CSU und SPD, dass sie Koalitionsverhandlungen aufnehmen wollten: *Angela Merkel* sollte Kanzlerin werden. Mit ihr und dem Kanzleramtsminister zusammen sollten die CDU/CSU und die SPD je 8 Ministerposten bekommen. Die SPD würde das Außen- und das Finanzministerium führen. Offenbar hatte sie dafür zunächst keine geeigneten Kandidaten. *Matthias Platzeck* lehnte das Außenministerium ab – er war gerade in Brandenburg zum Ministerpräsidenten gewählt. Als Finanzminister war der im Mai *Jürgen Rüttgers* in NRW unterlegene *Peer Steinbrück* im Gespräch. Die große Koalition wollte das „Soziale“ stärker betonen, als es die CDU vor der Wahl angekündigt hatte. Der Kündigungsschutz und der Flächentarifvertrag würden bleiben. Ob es eine Mehrwertsteuererhöhung geben sollte, stand zu diesem Zeitpunkt nicht fest. „Beglückt“ waren die Partner nicht. Insbesondere bei der SPD gab es Gegenwind. *Gerhard Schröder* wollte bis Mitte November weiter verhandeln aber nicht ins Kabinett gehen:

> „Ich muss gar nichts.“

Die CDU, die CSU und die SPD hielten am 14. November Parteitage ab. Alle billigten den mittlerweile ausgehandelten Koalitionsvertrag mit großer Mehrheit, die CSU sogar einstimmig. In Karlsruhe auf dem SPD-Parteitag wurde *Gerhard Schröder* mit vielen Emotionen als Kanzler verabschiedet.

Im Bundestag wurde am 22. November Kanzlerin gewählt, und kurz nach 11 Uhr konnte man im Internet lesen: „*Angela Merkel* zur Kanzlerin gewählt. CDU-Chefin erhielt 397 von 448 Stimmen der Koalition.“ 51 Koalitionäre hatten ihr nicht die Stimme gegeben – wahrscheinlich überwiegend Sozialdemokraten. Die Verweigerung innerhalb des eigenen Lagers war weniger krass als bei der großen Koalition 1966. Damals gaben 138 Abgeord-

nete *Kurt Georg Kiesinger* (CDU) ihre Stimme nicht– bei 43 Oppositionsabgeordneten. Also stimmten wohl 95 Koalitionäre gegen *Kiesinger*. Da der Bundestag damals kleiner war, ist der Gegenwind seinerzeit stärker gewesen als 2005. So war es nicht übertrieben, am 22. November dieses Jahres festzuhalten: Eine neue Epoche würde beginnen.[140]

Derweil hatte sich die FDP zur „Einmann-Partei" gewandelt. Gewiss war die Steigerung von 7,4 auf 9,8% ein Erfolg. Aber *Erich Mende* hatte 1961 12,8% bekommen, und vor allem war die Mehrheit für die Koalition mit der Union nicht erreicht, weil die CDU/CSU gepatzt hatte. Die FDP hatte einen Pyrrhussieg erreicht, und es blieb der Trost, unter den kleinen Oppositionsparteien die größte zu sein.

Die wesentlichen Akteure der FDP waren jedoch klammheimliche Anhänger der These von *Franz Müntefering*:

> „Opposition ist Mist."

Sie waren geschockt, als ihnen am Nachmittag des Wahltages die Hochrechnungen zutelefoniert wurden: Die FDP würde zulegen, aber die Union würde absacken. Dass sie *Wolfgang Gerhardt* zum Außenminister in spe stilisiert hatten, hätten sie sich sparen können. Nun saßen sie gestärkt im Bundestag und mussten zähneknirschend behaupten, dass sie die Oppositionsrolle mit Freunde annehmen würden. Dabei hatten sie sich schon eingestellt auf die Rolle einer Funktionspartei in einer schwarz-gelben Regierung. Mit *Angela Merkel* war abgesprochen, dass die FDP marktradikale Maßnahmen fordern würde, welche die Kanzlerin gegen die CSU und die Sozialausschüsse durchsetzten wollte.

Aber das hatten nicht ausreichend viele Wähler gewollt. Zu der Zeit wusste die FDP ebenso wie die SPD noch nicht, dass *Merkel* aus dem furiosen Wahlkampf *Gerhard Schröders* Konsequenzen ziehen und sich fortan einer quasi sozialdemokratischen Politik verschreiben würde.

Gerne wäre die FDP schon 2005 wieder Regierungspartei geworden, und sie ignorierte es, dass die Union nach 1969 13 Jahre für eine Reform an Haupt und Gliedern gebraucht hatte, bevor sie 1982 wieder an die Macht kam. Nach 1982 musste die SPD 16 Jahre lang die Oppositionsbänke drücken, bis sie 1998 mit *Gerd Schröder* erneut in die Regierung kam. Warum sollte also die FDP nach 7 Jahren 2005 unbedingt schon wieder „dran" sein?

Geändert allerdings hatte die Partei sich bis 2005 schon. Sie war zur „Einmann-Partei" des *Guido Westerwelle* geworden. Nachdem er *Wolfgang Gerhardt* innerparteilich besiegt hatte, *Jürgen W. Möllemann* und *Günter Rexrodt* nicht mehr lebten und *Walter Döring* ausgeschieden war, stand *Guido Westerwelle* alleine an der Spitze der FDP. Es war jener Vorsitzende, der das „Projekt 18" mittragen, von einer „Äquidistanz" der FDP zur Union und zur SPD gesprochen, für absolute Priorität radikaler Marktwirtschaft gekämpft hatte. Und dieser selbe Vorsitzende schaltete 2002 um: Die FDP verortete er nun fest als Juniorpartner im „bürgerlichen" Lager, und er plädierte für eine Ausweitung liberaler Politik in den Sektoren Bürgerrechte, Soziales sowie Umwelt. In dieser Aufstellung trat die FDP nach der Bundestagswahl 2005 an, 2009 endlich das Ziel einer schwarz-gelben Bundesregierung zu erreichen.

[140] Jürgen Dittberner, Große Koalition..., a.a.O:

2.22 Der Weg zurück in die Bundesregierung

Auf dem Dreikönigstreffen 2006 zeigte sich die FDP äußerst fröhlich: Seit der Bundestagswahl seien 3000 Menschen in die Partei eingetreten. In elf von 16 Landesverbänden war die FDP in den Landtagen präsent. Die Bundestagsfraktion war um 18 Mitglieder gewachsen. Programmatisch sah sich die FDP als letzte Befürworterin des Kapitalismus, und darauf war sie stolz. Doch ganz sicher konnte die Partei nicht sein: Gab es die schwarzgelbe Perspektive noch? Vielen schien es, als habe die Partei die Bodenhaftung verloren. Ganz oben in der Zirkuskuppel hatte sie einen einsamen Artisten. Was, wenn das Publikum das Interesse an dieser Nummer verlieren würde?

Doch das geschah nicht. Die FDP bemühte sich, das Beste zu tun, was eine Opposition tun kann, die an die Regierung will. Sie debattierte ihren Standort.

Doch unmittelbar nach der Bundestagswahl 2005 geriet das zum Schielen nach schnellem Machtgewinn. Einige in der FDP spekulierten nun darüber, welche Partei außer der Union als Bündnispartner in Frage käme. Die Grünen seien bürgerlich, weltoffen und freiheitsliebend, wurde gesagt. Die FDP müsse deren Partnerschaft suchen. Diese FDP-Funktionäre übersahen: Wollte die FDP in eine andere Koalitionslage kommen, hätte sie sich selber ändern müssen. *Guido Westerwelle* hatte das erkannt. Mit einem Riesenhupfer würde man auf dem Bauch landen. Er schlug vor, das Programm zu erweitern – „neosozial" und „ökologisch" sollte es sein.

Die FDP galt weiterhin als Partei der sozialen Kälte, weil sie den Rückbau des Sozialstaates und die Freisetzung unternehmerischer Tätigkeit weiter verfolgte. Also hätte sie jetzt sagen müssen, wie ihre Politik zugleich gerecht sein könnte. Die FDP brauchte Politiker, denen die soziale Gerechtigkeit eine Herzensangelegenheit war wie anderen die Ordnungspolitik. Mit dem Begriff „neosozial" allein war es nicht getan: Die Personalisierung fehlte.

Mit der Umweltpolitik wollte die FDP auf ein Gebiet zurückkehren, das sie einst entdeckte und beim Wechsel 1982 verlassen hatte. Der Naturschutz sollte wieder gleichwertig neben die Ökonomie treten.

Mit dem Blick über die Wirtschaft hinaus wies *Westerwelle* einen Pfad. Aber Anfang 2006 war die Zeit dafür nicht reif. Erst nach der Wahl 2009 konnte die FDP mit neuen Gesichtern auftreten.

In der Bundesregierung wurde immer deutlicher, dass die CDU und die Bundeskanzlerin einen „Linksschwenk" vollzogen hatten. Das erlahmte das Interesse in der FDP nach einer programmatischen Ausweitung, war man doch mit dem marktradikalen Kurs durchaus erfolgreich:

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 26. März erzielte die FDP 10,7% und verbesserte sich um 2,6%.

Überhaupt waren die Wahlen zwischen 2005 und 2009 für die FPD erfolgreich verlaufen. Bis auf die Bürgerschaft in Hamburg war die FDP wieder in allen Landtagen vertreten. Die „Dame ohne Unterleib" war Vergangenheit.

In Rheinland-Pfalz und in Sachsen-Anhalt regierte die FDP ab 2006 nicht länger mit, so dass sie ihre strategische Position im Bundesrat verloren hatte. In Sachsen-Anhalt war die Partei für das Verhalten von *Cornelia Pieper* im Jahre 2002 – als diese entgegen ihrem Versprechen nicht in die Landespolitik ging und im Bundestag blieb – bestraft worden. Ende 2009 allerdings regierte die FDP in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern,

Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen und Schleswig-Holstein mit. Die Grünen dagegen waren in Bremen, Hamburg und im Saarland („Jamaika") beteiligt, die Linkspartei in Berlin, Brandenburg; „große" Koalitionen aus CDU und SPD gab es in Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen-Anhalt und in Thüringen. In Rheinland-Pfalz regierte die SPD alleine. In den Ländern war die FDP sowohl parlamentarisch als auch administrativ „wieder da".

Tab. 6: Wahlergebnisse der FDP zwischen 2005 und 2009 (ohne Bundestag)

Wahlgebiet	**Jahr**	**FDP %**	**FDP % vorige Wahl**
Baden-Württemberg	2006	10,7	2001: 8,1
Bayern	2008	8,0	2003: 2,6
Berlin	2006	7,6	2001: 9,9
Brandenburg	2009	7,2	2004: 3,3
Bremen	2007	6,0	2003: 4,2
Hamburg	2008	4,8	2004: 2,8
Hessen	2008	9,4	2003: 7,9
Hessen	2009	16,2	
Mecklenburg-Vorp.	2006	9,6	2002: 4,7
Niedersachsen	2008	8,2	2003: 8,1
NRW	2005	6,2	2000: 9,8
Saarland	2009	9,2	2004: 5,2
Rheinland-Pfalz	2006	8,0	2001: 5,2
Sachsen	2009	10,0	2004: 5,9
Sachsen-Anhalt	2006	6,7	2002:13,2
Schleswig-Holstein	2009	14,9	2005: 6,6
Thüringen	2009	7,6	2004: 3,6
Europa	2009	11,0	2004: 6,1

Bemerkenswert ist, dass die FDP nach 2009 in allen ostdeutschen Landtagen war, nachdem sie zuvor in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen außerparlamentarisch existierte.

Am 10. April wurde bekannt, dass *Matthias Platzeck* sein Amt als SPD-Vorsitzender aus Gesundheitsgründen aufgab:

> „Ich habe mich überschätzt."

Der Parteivorsitz ging an *Kurt Beck*, den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz. *Platzeck* hatte den Koalitionsvertrag der großen Koalition gemeinsam mit *Merkel* unterschieben. Als „Ossis" standen sie an der Spitze des Bündnisses zwischen CDU/CSU und SPD, und *Kurt Beck* blieb in Mainz der Bundesregierung fern. Das schwächte seine Partei. Nachdem sich auch der CSU-Vorsitzende *Edmund Stoiber* auf seine Position als bayerischer Ministerpräsident in München zurückgezogen hatte, stand nun *Angela* Merkel als Kanzlerin und CDU-Vorsitzende alleine an der Spitze der Koalition.

Derweil bemühte sich die FDP um eine Ausweitung ihres politischen Spektrums. Auf dem Bundesparteitag in Rostock verabschiedeten die Delegierten am 14. Mai 2006 einen Text unter der Überschrift:

> „Wirtschaft und Umwelt sind keine Gegensätze"

Darin heiß es u.a.:

> „Natur und biologische Vielfalt sind nicht statisch. Natur bedeutet Wandel, nicht das Konservieren willkürlich gewählter Zustände. Nur wer die Natur kennt, kann sie schützen. Das Bewusstsein der Menschen für ökologische Zusammenhänge muss untermauert werden – durch konsequente und wissenschaftlich kompetente Umweltbildung, durch eine transparente Umweltinformation für die Verbraucher und durch eigenes ökologisch vorbildliches Verhalten. Es geht darum, Verantwortungsbewusstsein vorzuleben, in den Familien, in den Schulen und in der Öffentlichkeit. Auch der Staat selbst muss bereit sein, konsequent ökologisch so zu handeln, wie er es von den Bürgern verlangt."[141]

Deutlich zu erkennen ist das Bemühen, den Umweltschutz in den Mittelpunkt liberaler Programmatik zu stellen ohne dabei andere Parteien, insbesondere die Grünen zu kopieren.

Auf dem folgenden Parteitag im Juni 2007 fasste die FDP einen Beschluss zur Sozialpolitik. Es wurde ein vom Bundesvorstand eingebrachter Leitantrag unter der Überschrift

> „Freiheit, Fairness, Chancen"[142]

verabschiedet, in dem es u.a. hieß:

> „Wir Liberale wissen, dass eine staatliche Absicherung des Existenzminimums notwendig ist. Jeder kann in eine Situation geraten, in der er ohne Unterstützung nicht mehr weiter weiß. Wir wollen gezielt helfen, wo es Not tut. Faulheit oder Bequemlichkeit honorieren wir nicht. Solidarische Hilfe muss möglich und bezahlbar bleiben. Fast ein Drittel dessen, was in Deutschland erwirtschaftet wird, fließt in soziale Leistungen. Die Grenze der Belastbarkeit der Bürger ist lange erreicht. Der Staat darf diejenigen nicht überfordern, die mit ihren Steuern und Beiträgen für die soziale Sicherheit in Deutschland aufkommen: die zu Unrecht vergessene Mitte, die unsere Gesellschaft trägt.[143]

Von einem Kurswechsel in der Sozialpolitik konnte keine Rede sein. Im Grunde kündigte die FDP das Sozialstaatsmodell der Bundesrepublik Deutschland auf, an dessen Ausbau sie selber über lange Jahre hinweg mitgearbeitet hatte.

Derweil hatte es in der CSU eine Revolte gegeben. *Edmund Stoiber* gab am 17. Januar 2007 bekannt, dass er im September als Ministerpräsident und Parteivorsitzender zurücktreten werde. Die CSU habe ihm die Chance geben wollen, sein Gesicht zu wahren. Aber seit seiner „Flucht" aus Berlin war der Stern des ehemaligen Kanzlerkandidaten der Union in Bayern gesunken. *Günther Beckstein* wurde neuer Ministerpräsident und *Erwin Huber* Parteivorsitzender. Für letzteren Posten hatte sich aus Berlin auch *Horst Seehofer* gemeldet,

---

[141] http://57.parteitag.fdp.de/webcom/show_article.php/_c-81/_lkm-53/i.html (Zugriff 16.12.09)

[142] Der Begriff „fair" wurde in den offiziellen Sprachgebrauch der FDP aufgenommen. Er stammt von John Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/Main 1975

[143] http://58.parteitag.fdp.de/webcom/show_article.php/_c-127/i.html (Zugriff 17.12.09)

aber gegen den war eine Intrige gelaufen, indem die „Bild"-Zeitung gemeldet hatte, seine Freundin erwarte von ihm ein uneheliches Baby. *Angela Merkels* Position im Kabinett war noch einmal gestärkt, und eigentlich beherrschte fortan ihre große Koalition die polische Szene.

Die Kanzlerin verlegte sich mehr und mehr auf ein quasi sozialdemokratisches Handeln, und die FDP hoffte, die dadurch frei werdende marktradikale Lücke zu schließen. Deutlich wurde das, als der wirtschaftsliberale Unions-Rivale von *Angela Merkel, Friedrich Merz* im Februar 2007 verkündete er wolle sich aus der CDU verabschieden. Da erklärte der Generalsekretär der FDP, *Dirk Niebel*:

> „Was mit der Union nicht mehr geht, das geht mit uns."

So wenige es damals glaubten: Aber die Lücke des marktradikalen Segments im Meinungsspektrum, welche die Union in der Koalition mit der SPD öffnete, war der Platz, der für die FDP – ob sie wollte oder nicht – frei wurde und den sie am Ende auch besetzte. Erst 2009, nach der Bundestagswahl wurde deutlich, wie viele Wählerstimmen das der FDP einbrachte. Die SPD hingegen verlor durch den „Linksruck" der Union, wohl als Folge eines Glaubwürdigkeitsdefizits, das die Sozialdemokraten seit den „Hartz"-Gesetzen hatten.

Andererseits hat die FDP in der Zeit zwischen 2005 und 2009 stärker als unmittelbar zuvor als Rechtsstaatspartei agiert. Wegen des Verteidigungsministers *Franz Josef Jung*, der davon gesprochen hatte, dass er entführte Passagierflugzeuge, die sich auf Menschenansammlungen zubewegen, abschießen lassen würde, hatte die FDP im Oktober 2007 eine aktuelle Stunde im Bundestag durchgesetzt. Gegen *Jung* hatte die FDP-Bundestagsfraktion einen Missbilligungsantrag eingebracht. *Guido Westerwelle* schrieb dazu:

> „Wir Liberale wissen: Unsere Verfassung bindet jede Staatsgewalt. Seien Sie versichert, dass wir das auch in Zukunft in jeder Diskussion eindeutig klarstellen werden."[144]

Zwei Ereignisse waren es jedoch vor allem, durch welche die FDP 2009 eindeutig wieder Partner der Union wurde: Die Landtagswahlen in Hessen mit dem anschließenden Koalitionsgerangel und die 2. Wahl des Bundespräsidenten *Horst Köhler*. Die Landtagswahlen in Hessen fanden am 27. Januar 2008 statt und wurden am 18. Januar 2009 wiederholt. Die Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten tagte am 23. Mai 2009 in Berlin.

Zeitgleich mit den Wahlen in Niedersachsen fanden am 27. Januar 2008 in Hessen (s. Kapitel 3) Wahlen zum 17. Landtag statt. Für die FDP waren die Wahlgänge mit 9,4% in Hessen und 8,2% in Niedersachsen erfolgreich. In Wiesbaden reichte es jedoch nicht für die von CDU und FDP angestrebte schwarz-gelbe Koalition, da die CDU gegenüber 2003 erheblich verloren hatte (2003: 48,9% / 2008: 36,8%). Die SPD dagegen hatte gegenüber 2003 (29,1%) gewonnen und kam 2008 auf 36,7%. Im Landtag hatten beide große Parteien nach der Wahl 2008 jeweils 42 Sitze. Neben den genannten Parteien waren auch die Grünen (7,5%) und die Linke (5,1%) in den Landtag gewählt worden.

Unter *Roland Koch* lehnte die SPD eine große Koalition ab. Sie favorisierte zunächst eine „Ampel", die aber nicht zustande kam, weil die FDP vor und nach der Wahl beschlossen hatte, nur mit der CDU koalieren zu wollen. Die Spitzenkandidatin der SPD war *Andrea Ypsilanti,* die nach der Wahl Anspruch auf den Posten einer Ministerpräsidentin erhob.

[144] Email an den Verfasser vom Freitag, 19. Oktober 2007

Da sich jede andere Konstellation als nicht realisierbar erwies, führte die SPD im Oktober 2008 Koalitionsverhandlungen mit den Grünen, um mit ihnen eine Minderheitenregierung unter Duldung durch die Linken („Magdeburger Modell“) zu bilden. Die Ressortbesetzung war beschlossen, Parteitage der Grünen und der SPD hatten zugestimmt, da kündigen die SPD-Abgeordneten *Dagmar Metzger*, *Jürgen Walter*, *Carmen Everts* und *Silke Tesch Andrea Ypsilanti* die Gefolgschaft auf, weil diese vor der Wahl versprochen hätte, nicht mit den Linken paktieren zu wollen. Die Regierungsbildung der SPD mit den Grünen war gescheitert.

Während all dieser Zeit bliebt *Roland Koch* geschäftsführend im Amt. Die FDP erklärte ihre Bereitschaft zum Gang in die Opposition und stand weiterhin für keine andere Koalition als die mit der CDU zur Verfügung. Dafür reichte es aber nicht. So einigten sich die Parteien im November 2008 auf Neuwahlen. Der Landtag löste sich am 19. November 2008 mit Zustimmung aller seiner Mitglieder auf, und am 18. Januar 2009 kam es zu Neuwahlen in Hessen. Diese wurden zu einem Triumph für die FDP, denn sie erhielt nun 16,2%, während die CDU sich nur geringfügig auf 37,2% verbesserte und die SPD auf 23,7% abstürzte. Die von CDU und FDP gewünschte schwarz-gelbe Regierung konnte gebildet werden – dank des Wahlerfolges der FDP. Dort sah man es so, dass die Wähler die Standfestigkeit der Partei belohnt hatten und dass der Platz der gestärkten FDP eindeutig an der Seite der CDU sei.

Im Mai 2008 – ein Jahr vor dem Zusammentreten der Bundesversammlung – begannen die Positionierungen der Parteien für die Wahl des Bundespräsidenten.

Die SPD nominierte *Gesine Schwan* als Gegenkandidatin von *Horst Köhler*, obwohl der Parteivorsitzende *Kurt Beck*, Vizekanzler *Frank-Walter Steinmeier* und Bundesfinanzminister *Peer Steinbrück* sich anfänglich für *Köhler* ausgesprochen hatten. Aber die Parteilinken um *Andrea Nahles setzten* sich durch. Nun kam die Linkspartei ins Spiel. Das war offensichtlich die Absicht dieser Operation: Union plus FDP wurden als Lager gesehen. Die Grünen neigten eher zum anderen Lager, bei dem SPD versuchte, die Linkspartei „einzufangen“. Es kam jetzt darauf an, dass *Gesine Schwan* die Stimmen der Linkspartei in der Versammlung bekäme. Das klappte aber nicht – wohl auch deswegen nicht, weil Frau *Schwan* aus ihrer Zeit an der Freien Universität Berlin als eifrige Antikommunistin in Erinnerung war. Die Linkspartei nominierte einen eigenen Kandidaten, den Schauspieler *Peter Sodann*.

In der Bundesversammlung verfügten die Parteien im Mai 2009 über folgende Stimmen bzw. Anteile: CDU/CSU 497 Stimmen = 40,6%, SPD 418 Stimmen = 34,2%, FDP 107 Stimmen = 8,7%, Grüne 95 = 7,8%, Linke 90 Stimmen = 7,4%, Freie Wähler 10 Stimmen = 0,8%, NPD 3 Stimmen = 0,2%, DVU 1 Stimme = 0,1%, SSW 1 Stimme = 0,1% und Fraktionslose 2 Stimmen = 0,2%. Bei den knappen Stimmenverhältnissen war klar, dass die Wahl spannend werden würde. Die SPD konnte die Grünen auf ihre Seite ziehen, und wenn es zu mehreren Wahlgängen gekommen wäre, hätte eventuell das Verhalten der Linken die Wahl beeinflussen können. Die Union und die FDP jedenfalls legten sich auf *Horst Köhler fest.*

Der amtierende Bundespräsident wurde im ersten Wahlgang mit 613 Stimmen (50,09%) wiedergewählt. „Schwarz-Gelb“ hatte gesiegt, und wiederum galt die Wahl eines Bundespräsidenten als Vorbote kommender Machtverhältnisse in der Bundespolitik.

Nach den Entwicklungen in Hessen und nach der Wiederwahl des Bundespräsidenten gab es keinen Zweifel, dass die FDP im „bürgerlichen Lager“ an der Seite der Union stand.

In den großen Bundesländern koalierte die FDP mit der Union. Die Ausnahme Hamburg von 2008, wo es ein Bündnis zwischen Union und Grünen gab, störte da nicht, weil das Bundesland klein und die FDP in der Hamburgischen Bürgerschaft nicht vertreten war. Allerdings arbeitete immer noch die große Koalition im Bund, und auch in einigen Bundesländern regierte die Union mit der SPD.

So war vor der Bundestagswahl 2009 folgende Einschätzung gerechtfertigt:

> „Die FDP bietet sich wieder als Mehrheitsbeschafferin an. Alle Versuche, andere Wege zu gehen, haben zu nichts geführt, und so ist die FDP seit 2005 Reservepartner einer Union, der wiederum von anderen Seiten Avancen gemacht werden."[145]

Angesichts der vielfältigen Bündnisoptionen der Union musste man sogar befürchten, die FDP könne das „Mauerblümchen" unter den deutschen Parteien werden. Zudem wurde immer wieder gesagt, die Union und insbesondere die Kanzlerin *Angela Merkel* würden auch über 2009 hinaus mit der großen Koalition ganz gut leben können, so dass die Wahl 2009 vielen als Votum zwischen „Schwarz-Gelb" und „Schwarz-Rot" erschien.

Offiziell kämpften die Parteiführungen für „Schwarz-Gelb". Die FDP favorisierte die Begriffe Leistungsgerechtigkeit, Weltoffenheit und Toleranz. Die Parolen, die bei den Bürgern ankamen, lauteten: „Arbeit muss sich wieder lohnen.", „Bildung als Bürgerrecht." sowie „Freiheit und Bürgerrechte schützen."[146] Die Bundesrepublik war inzwischen von einer weltweiten Wirtschaftskrise erfasst, zu deren Bekämpfung die große Koalition Rettungsmaßnahmen nach dem Lehrbuch von *John Maynard Keynes*[147] einsetzte. Der Liberalismus geriet in Verruf. Die FDP blieb die einzige Kraft, die diesem Trend nicht folgte und ereichte dennoch am 27. September 2009: 6.313.023 Bundesbürger, die der FDP ihre entscheidende zweite Stimme bei der Wahl zum Deutschen Bundestag gegeben haben. Das waren 14,6% – das beste FDP-Bundestagswahlergebnis überhaupt. Und da die Union auf 33,9% kam, reichte es für „Schwarz-Gelb" – nun allerdings mit der FDP in der Vorhand.

Gerätselt wurde, wie es zu diesem Ergebnis gekommen war, bei dem der Liberalismus zwar ökonomisch in die Krise geführt hatte, die Partei des Liberalismus aber politisch triumphieren konnte. Erklärungsmuster boten sich an:

1. In der „FAZ" urteilte Georg Paul Hefty über die Wähler:

> „Tatsächlich haben sich diese als leicht zu gewinnen – um das Wort käuflich zu vermeiden – gezeigt. In der Abwägung, in allernächster Zeit mehr Geld in der Tasche zu haben oder die Schuldenlast wenigstens um diesen kleinen Anteil nicht weiter zu erhöhen, haben sie den kurzfristigen Vorteil gewählt.[148]

Die Wähler sind käuflich, lautete eine Erklärung.

---

[145] Jürgen Dittberner, FDP – Einmannpartei im bürgerlichen Lager; in: Matthias Machnig/Joachim Raschke (Hg.), Wohin steuert Deutschland? Bundestagswahl 2009. Ein Blick hinter die Kulissen, Hamburg 2009, S. 251

[146] Guido Westerwelle in der Einladung zum a.o. Bundesparteitag der FDP am 20. September 2009 „Deutschland kann es besser,", S. 3

[147] John Maynard Keynes, a.a.O.

[148] Georg Paul Hefty, Bescherung; in: FAZ, 19.12.2009, S. 1

2. Eine andere Erklärung besagte: Angehörige der Mittelschicht fürchten angesichts der Wirtschaftskrise Statusverlust und flüchten sich zur FDP.

3. Schließlich war auch denkbar, dass viele Bürger meinten, liberale Rezepte homöopathisch verwenden zu sollen.

Das Wahlergebnis war numerisch jedenfalls klar. Die FDP wurde in der Öffentlichkeit als „Steuersenkungspartei" bezeichnet. In den Koalitionsverhandlungen kam jedoch nicht das dementsprechend relevante Finanzressort (Anwärter: *Hermann Otto Solms*) zur FDP, sondern das Wirtschaftsressort (Wirtschaftsminister *Rainer Brüderle*). Die weiteren FDP-Minister waren: Vizekanzler und Außenminister *Guido Westerwelle*, Bundesjustizministerin *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*, Bundesgesundheitsminister *Philipp Rösler* und Bundesentwicklungsminister *Dirk Niebel*. Auf dem außerordentlichen Parteitag der FDP im Oktober 2009 in Berlin verkündete der Parteivorsitzende nach den Koalitionsverhandlungen mehrfach:

„Versprochen – gehalten!"

Die neue Bundesregierung stand unter Erfolgszwang, denn nicht wenige FDP-Wähler erwarteten in der Tat „Mehr Netto vom Brutto". Dem standen die durch die Stützung der Banken gestiegene Verschuldung des Staates und die für Mai 2010 geplanten Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen (NRW) entgegen. Die Bundesregierung drückte in dieser Situation noch 2009 ein „Wachstumsbeschleunigungsgesetz" durch, das vor allem Familien, Erben und Hoteliers Entlastungen in Hohe von rund 8,5 Milliarden € einbringen sollte. Gleichzeitig kündigten der neue Bundesfinanzminister *Wolfgang Schäuble* (CDU) und CDU-Bundestagsabgeordnete staatliche Einsparungen in Milliardenhöhe an – Maßnahmen die allerdings erst nach der für Mai 2010 angesetzten Wahl in NRW in Angriff genommen werden sollten.

Der FDP-Vorsitzende versuchte zunächst, mit populistischen Äußerungen die Stimmung in Nordrhein-Westfalen zugunsten seiner Partei zu beeinflussen und erklärte im Februar 2010 u.a.:

„Die Hartz-IV-Diskussion trägt sozialistische Züge. Gerufen wird nach dem Staat, die Rechnung begleicht der Steuerzahler. Es scheint in Deutschland nur noch Bezieher von Steuergeld zu geben, aber niemanden, der das alles erarbeitet. Empfänger sind in aller Munde, doch die, die alles bezahlen, finden kaum Beachtung."[149]

Diese und ähnliche Stellungnahmen stießen auf Kritik sogar der Kanzlerin. Auf dem Bundesparteitag am 24. und 25. April 2010 in Köln plädierte die FDP dann für eine Modifizierung und Verschiebung der Steuerreform. Während der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende *Andreas Pinkwart* noch gegen die beabsichtigte Milliarden-Hilfe Deutschlands und der EU für das fiskalisch abstürzende Griechenland polemisierte, übte sich der Bundesvorsitzende *Guido Westerwelle* in Demut. Erneut machte er sich stark für eine „geistig-politische Wende" weg von der Staatsgläubigkeit hin zu Freiheit, Leistung und Verantwortung.

[149] Welt Online, 21.3.2010

Im Bundestag stimmte die FDP am 7. Mai 2010 zusammen mit der CDU/CSU und den Grünen für einen Griechenland-Kredit in Höhe von 22,4 Milliarden €; die SPD enthielt sich, und die Linkspartei war dagegen. Der Bundesrat folgte dem Parlament am gleichen Tage. Angeblich hatte die FDP zuvor die Koalitionsfrage für den Fall gestellt, dass die Union einer von der SPD geforderten Börsensteuer zugestimmt hätte. Zugleich prognostizierten Steuerschätzer in den Jahren 2010 bis 2013 für Bund, Länder und Gemeinden 39 Milliarden € weniger Steuereinnahmen als angenommen: Dass die FDP in der Bundesregierung weitere Steuersenkungen würde durchsetzen können, wurde immer unwahrscheinlicher.

Doch in Nordrhein-Westfalen beeinflussten auch Landesthemen die Wahl. So wurde dem CDU-Ministerpräsidenten *Jürgen Rüttgers* vorgehalten, dass Interessierte Termine bei ihm hätten kaufen können. Im Wahlkampf verfochten die SPD und die Grünen die Gemeinschaftsschule, während die schwarz-gelbe Koalition für ein gegliedertes Schulsystem kämpfte. Eine Mehrheit von 55% der Wähler an Rhein und Ruhr sagten, Landesthemen hätten ihre Entscheidungen beeinflusst. Allerdings beteiligten sich nur 59% der Wahlberechtigten an der Wahl am 9. Mai. Diese allerdings entzogen der schwarz-gelben Landesregierung die Mehrheit: Die CDU stürzte gegenüber 2005 ab, und die FDP gewann kaum hinzu. Das Wahlergebnis von 2010 (im Vergleich 2005) in NRW lautete: CDU 34,6% (44,8%), SPD 34,5% (37,1%), Grüne 12,1% (6,2%), FDP 6,7% (6,2%) und Linkspartei 5,6% (2005 nicht im Landtag). Im Landtag (181 Sitze) erreichten die CDU und die SPD jeweils 67 Sitze, die Grünen 23, die FDP 13 und die Linken 11 Sitze. Im Bundesrat verlor Schwarz-Gelb sechs Stimmen, kam nun auf 31 und hatte damit die Mehrheit in diesem 69-Stimmen-Gremium verloren.

Für die Union und für die FDP in Berlin war die Düsseldorfer Wahl vom Mai 2010 eine Zäsur und Schwächung. Das Wahlergebnis eröffnete der Union immerhin einige wenigstens theoretische Koalitions- und Reformoptionen. … Die FDP … blieb zurück. Die Chancen für Steuersenkungen schwanden, und die angekündigte „geistig-politische Wende“ des FDP-Bundesvorsitzenden *Guido Westerwelle* war nicht mehr auf der Agenda der Republik. Der FDP-Vorsitzende selber hatte eine erste wichtige Niederlage hinnehmen müssen. Das musste auch innerparteiliche Auswirkungen haben.

3 Die FDP in der Region: Der Fall Berlin und die FDP Hessen

Auch wenn in den Medien häufig der Eindruck entsteht, die politischen Parteien seien gleichförmige Organisationen, die uniform von der Gemeinde über das Land bis zum Bund die Politik mit ihrer jeweiligen Ausrichtung „rot", „schwarz", „grün" oder „gelb" präsentieren, so sind sie doch in den Regionen sehr vielfältig mit den dortigen geschichtlichen Hintergründen und gesellschaftlichen Ausprägungen verwoben. Zwar ist bei der FDP wie bei allen Parteien eine Zentralisierung zum Bundesverband hin zu konstatieren, aber diese bezieht sich auf die Bundespolitik, auf innere Verwaltungsabläufe wie beim Finanzwesen oder auf das äußere Erscheinungsbild mit Parteifarben und „Logos". Aber bei der Ausrichtung der Landes- und Kommunalpolitik entwickeln die Verbände eigenes Profil. In Programmatik und Praxis beispielsweise bei Koalitionen auf ihren Ebenen sind besonders die Landesverbände eigenständige Organisationseinheiten. Normalerweise bewegen sie sich im Rahmen der Gesamtpartei – aber auch dass sie diesen sprengen, kommt vor. Für all dies ist die Geschichte der Berliner FDP ein Beleg.

Die Mehrzahl der Mitglieder erlebt ihre Partei vor Ort. Bundesvorsitzende und Bundes- oder Landesminister sind für sie wie für die anderen Bürger „Promis", die sie vom Bildschirm her aber nicht aus ihrem wirklichen Leben kennen. „Die Partei", das ist für die meisten aktiven Mitglieder der FDP zunächst der Ortsverband und dann allenfalls der Kreis-, Bezirks- oder Stadtverband. Im Ortsverband werden in der Regel monatliche Versammlungen abgehalten, bei denen entweder ein Referent – meist ein Mandatsträger der Partei – über ein Sachthema spricht oder der Vorstand über die diversen Aktivitäten der Partei an unterschiedlichen Wirkungsstätten berichtet. Wichtig ist auf dieser Ebene das Gesellige. So sehen es viele Ortsverbände der FDP als ihre Aufgabe an, auch Sommerfeste und Weihnachtsfeiern zu organisieren. Bei diesen Gelegenheiten erscheinen oft solche Mitglieder, die zu den „politischen" Veranstaltungen nicht kommen. Für die Aktiven und für die Parteiführer dagegen ist Präsenz „an der Basis" lästige Pflicht, denn hier beginnt die Delegationskür in die höheren Parteiämter. Wenn man hier den Absprung verpasst, ist man weiter „oben" schnell isoliert.

Der Landesverband Berlin der FDP steht exemplarisch für die Individualität aller Landes- und kommunalen Verbände der Partei. Die Auswahl des Berliner Verbandes hat mehrere Gründe:

Berlin ist wegen seiner exponierten politischen Position stets ein wichtiger Ort des Liberalismus in Deutschland gewesen. Die 1848er Revolution in der Hauptstadt Preußens wird vielfach als Geburt des politischen Liberalismus in Deutschland gesehen. Mit der Gründung der „Deutschen Fortschrittspartei" 1861 existierte hier ein organisatorisches Zentrum der Freiheitsbewegung. Berlin hat in der Kaiserzeit bedeutende Liberale wie den Mediziner *Rudolf Virchow*, den „Vater des Genossenschaftswesens" *Hermann Schulze-*

Delitzsch und den Gründer liberaler Gewerkvereine *Max Hirsch* in den Reichstag entsandt.[150]

In Berlin vollzog sich die Teilung der Nation und deren Wiedervereinigung noch einmal, und die liberalen Parteien vor Ort waren hierbei involviert.

Während der Teilung Deutschlands und Berlins galt West-Berlin vielfach als politischer „Mikrokosmos", in dem gesellschaftliche Entwicklungen wie die studentische Protestbewegung Ende der sechziger Jahre häufig früher – auf jeden Fall im überschaubaren Rahmen – stattfanden. Zugleich machte es der Status Berlins als Viermächtestadt und West-Berlins als faktischem Land der Bundesrepublik erforderlich, dass zur Erhaltung der Rechtsgleichheit zwischen der Bundesrepublik und Berlin alle Bundesgesetze vom Berliner Abgeordnetenhaus übernommen wurden, was in einigen Fällen aber wegen alliierter Vorbehalte – wie bei den Wehrgesetzen – unterbleiben musste. Zudem wurden die – nicht stimmberechtigten – Berliner Abgeordneten des Deutschen Bundestages nicht direkt vom Volk, sondern an den Tagen der Bundestagswahlen vom Abgeordnetenhaus gewählt. Andererseits genoss die Berliner Politik in den Zeiten der Spaltung weltpolitische Aufmerksamkeit, was darin zum Ausdruck kam, dass die jeweiligen Regierenden Bürgermeister bald nach ihren Amtsantritten nach Washington, London und Paris eingeladen wurden, um dort mit den Staatsoberhäuptern, Regierungschefs und anderen hohen Politikern zusammenzutreffen. Nach dem Umzug von Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat von Bonn nach Berlin ist Berlin wieder deutsche Hauptstadt, und die dortige Landespolitik stößt wegen der exponierten Lage des Orts auf überregionales Interesse.

Schließlich gibt es über den Berliner Landesverband der FDP – und dessen Bezirksverband Wilmersdorf, ab 2001 Charlottenburg-Wilmersdorf – aus teilnehmender Beobachtung erhebliche Primärerfahrungen, die unmittelbaren Einblick in das Parteileben gewähren und die es deshalb wert sind, festgehalten zu werden.[151]

Tab. 7: Die Ergebnisse zu Stadtverordnetenversammlung (1946, 1948) und Abgeordnetenhaus für die LDP, ab 1949 FDP in %

1946	**1948**	**1954**	**1958**	**1963**	**1967**
9,3	16,1	12,8	3,8	7,9	7,1
1971	**1975**	**1979**	**1981**	**1985**	**1989**
8,5	7,1	8,1	5,6	8,5	3,9
1990	**1994**	**1999**	**2001**	**2006**	
7,1	2,5	2,2	9,9	7,6	

Im Unterschied zu Berlin gehört Hessen zu den größeren Verbänden der FDP. Es ist kein rein städtischer Verband, sondern einer in der Fläche. Das hat eine mehr regionalisierte Organisationskultur zur Folge. Die Tradition der nach 1945 zum Land Hessen zusammengeführten Staaten wie des Kurfürstentums Hessen(-Kassel), des Großherzogtums Hessen(-Darmstadt), der Landgrafschaft Hessen(-Homburg), der Fürstentümer Waldeck und Pyrmont, des Herzogtums Nassau und der Freien Stadt Frankfurt spielten insbesondere bis in die achtziger Jahre auch in der FDP eine Rolle. Der Verband sieht sich darüber hinaus in der Tradition der „Staatsmänner" *Johann Wolfgang von Goethes*, des *Karl Reichsfreiherrn*

[150] F.D.P. Berlin (Hg.), 50 Jahre Berliner F.D.P., Berlin 1995, S. 14
[151] Der Autor ist langjähriges aktives Mitglied der FDP Berlin.

vom und zum Stein sowie *Friedrich von Motz* aus Kassel. Die Nationalversammlung in Frankfurt von 1848 mit dem Wirken des Hessen *Heinrich von Gagern* wird ebenso zur Vorgeschichte der hessischen FDP gezählt wie das Wirken des liberalen Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten *Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst* (1894 bis 1900). Alle diese Persönlichkeiten waren aus hessischer FDP-Sicht „Köpfe und Wegbereiter liberalen Geistes."[152] Nach 1945 hatte man in Hessen nicht die namentlich von *Theodor Heuss* vorgetragenen Bedenken gegen den Begriff „liberal" im Parteinamen. *Heuss* fand, das Wort „Liberalismus" sei durch die Propaganda der Nazis diskreditiert und mit vielen politischen Niederlagen verbunden. Andere meinten, „liberal" würde zu sehr nach Marktwirtschaft klingen, was im zerstörten Deutschland nach 1945 mit seinen ökonomischen Herausforderungen nicht unbedingt eine Empfehlung gewesen sei. So setzte sich in der Bundespartei der Name „Freie Demokratische Partei" durch. Demgegenüber haben die hessischen Liberalen – wie *Lothar Gall* bemerkt – „die Dinge nicht nur in der Parteibezeichnung offen beim Namen genannt, sondern auch einen eindeutigen Akzent gesetzt."[153] Der Name „Liberal-Demokratische Partei – Landesverband Großhessen" sollte eine Vereinigung der DDP- und DVP-Tradition zu einer „völligen Neugründung" symbolisieren und damit eine nichtsozialistische, bürgerliche Partei schaffen, die das „Bürgertum im weitesten Sinne" vertreten wollte. In der Tat rangierte die Partei der hessischen Liberalen bei den ersten Nachkriegswahlen – im Unterschied zum überregionalen Trend – vor der CDU.

3.1 Von der LDP Berlin zur FDP Berlin

Mit gesamtdeutschem Anspruch wurde am 16. Juni 1945, in der Wohnung des ersten Vorsitzenden *Waldemar Koch* die „Deutsche Demokratische Partei" gegründet. Teilnehmer berichten, anwesend seien wegen fehlender Verkehrsmittel „sämtlich Wilmersdorfer" gewesen...

Bevor die Gründer den Lizenzantrag bei der Besatzungsmacht einreichten, änderten sie den Namen der Partei in „Liberal-Demokratische Partei Deutschlands" (LDP). Die mit Schreibmaschine geschriebene und sich mittlerweile im Bundesarchiv befindliche Geburtsurkunde der LDP hat folgenden Wortlaut:

> „Protokoll der Gründungssitzung der Liberal-Demokratischen Partei am 16. Juni 1945
> Nachdem der Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen-Militärischen Administration vom 10.6.1945 die Bildung und Tätigkeit antifaschistischer Parteien erlaubt, beschlossen die heute zusammengekommenen Unterzeichneten die sofortige Errichtung der Liberal-Demokratischen Partei.
> Dr. Koch legte den Entwurf einer Satzung der Partei vor, der angenommen wurde.
> Die nunmehr gegebene Mitgliederversammlung wählte entsprechend § 5 der Satzung sämtliche Mitglieder in den Hauptausschuss.

[152] Ludwig Luckemeyer, Liberale in Hessen. 1848 - 1980, Melsungen 1980

[153] Lothar Gall, Rede bei einem Festakt in der Paulskirche zu Frankfurt am Main, aus Anlass der 50jährigen Wiederkehr der Gründung des organisierten Liberalismus in Hessen am 29. Dezember 1945 am 14. Januar 1996; in: Wirtschafts- und Sozialpolitik Verlags GmbH Wiesbaden (Hg.), 50 Jahre F.D.P. Hessen, Wiesbaden 1996, ohne Seitenzahlen

> Die Versammelten konstituierten sich dann als Hauptausschuss. Sie wählten zum Vorsitzenden der Partei Dr. *Waldemar Koch*. Ferner wurden in den Vorstand die Herren Reichsminister a.D. Dr. *Wilhelm Külz* und der Schriftsteller *Franz Xaver Kappus* gewählt.
> Berlin, den 16. Juni 1945"
> Es folgen die Unterschriften.[154]

Die LDP wurde am 10. Juli 1945 in Berlin und für alle Länder der Sowjetischen Besatzungszone zugelassen. Doch der Anspruch ging darüber hinaus: Die Gründer nannten sich „Reichsparteileitung" und eröffneten schon bald in der in Berlin-Mitte gelegenen Taubenstraße 48/49 eine „Reichsgeschäftsstelle".[155] Aus dieser Geschäftsstelle heraus wurde die Gründung von Landesverbänden in der Sowjetischen Zone und Berlins betrieben. So wurde auch der Berliner Landesverband am 21. September 1945 in der Taubenstraße 48/49 in Berlin-Mitte gegründet. *Waldemar Koch* hatte einen Aufruf veröffentlicht, dass sich „aus allen Stadtteilen Berlins einzelne Persönlichkeiten – insbesondere aus der früheren „Demokratischen Partei der Weimarer Republik" „ melden mögen. So geschah es, und das „Protokoll über die konstituierende Sitzung des Landesverbandes Berlin" lautet:

> „1. Zum Vorsitzenden des Landesverbandes Berlin wurde mit 15 Stimmen zu 2 Stimmen Herr Bürgermeister a.D. *M. Stritte*, Charlottenburg gewählt.
> 2. Die Ausarbeitung bzw. Änderung der vorgelegten Mustersatzung wurde auf Beschluss einem Satzungs-Ausschuss übertragen. Zu Mitgliedern dieses Satzungs-Auschusses wurden die Herren *Anklam*, *Fehlau*, *Hausberg*, *Schöpke*, *Steinberg*, *Stritte* und *Zimmermann* gewählt.
> 3. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Herr *Hausberg*, Wedding, mit 9 Stimmen gegen 4 Stimmen für Herrn *Anklam*, Pankow, 3 Stimmen für Herrn *Steinberg*, Treptow, und einer Stimme für Herrn *Schöpke*, Reinickendorf, gewählt.
> Zum Schriftführer wurde Herr *Fehlau*, Wilmersdorf, mit 11 Stimmen gegen 6 Stimmen für Herrn *Zimmermann*, Neukölln, (1 Stimme ungültig) gewählt.
> Es wurde erachtet, eine monatliche Zusammenkunft jeweils am ersten Freitag des Monats um 15 Uhr abzuhalten.
> Für die Anschrift des Landesverbandes wurde vorerst Kurfürstendamm 173/4 – die Geschäftsstelle des Bezirksverbandes Wilmersdorf, in Aussicht genommen.
> Die nächste Sitzung des Landesverbandes wird vom Vorstand bekanntgegeben.
> gez. Hausberg, gez. Stempel"[156]

Schon in der Gründungsphase des Berliner Landesverbandes bahnte sich ein Konflikt mit der „Reichsparteileitung" wegen der Haltung zur sowjetischen Besatzungsmacht und zu den deutschen Kommunisten an. In der Gesamt-LDP trat deren erster Vorsitzender *Waldemar Koch* – ehemaliges DDP-Mitglied und Betriebswirt – im November 1945 zurück, unter anderem aus Protest gegen die Bodenreform in der Ostzone. Nachfolger wurde *Wilhelm Külz* – früherer DDP-Politiker und Reichsinnenminister. Er verblieb im Amt bis zu seinem Tode 1948. Die Politik von *Külz* und seinen Anhängern zielte darauf ab, mit Hilfe der Sowjetunion die deutsche Einheit zu erringen, um auf dieser Basis die totalitären Ansprüche der

[154] Bundesgeschäftsstelle der Freien Demokratischen Partei (Hg.), Zwischen Verständigungsbereitschaft, Anpassung und Widerstand: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in Berlin und der Sowjetischen Besatzungszone 1945 - 1949. Eine Dokumentation zur Sonderausstellung der F.D.P.-Bundestagsfraktion im Reichstagsgebäude, zusammengestellt und kommentiert von Karl-Heinz Grundmann unter Mitarbeit von Dieter Hein, Bonn 1978, S. 17
[155] F.D.P (Hg.), a.a.O., S. 18
[156] Bundesgeschäftsstelle der Freien Demokratischen Partei (Hg.), a.a.O., S. 26

Kommunisten bekämpfen zu können. Diese Politik stieß mehr und mehr auf Widerstand des Berliner Landesverbandes. Dort sah man „die Bekämpfung des Kommunismus als vordringlich an, der die Einheit dann als nächster Schritt folgen werde", wie Karl-Heinz Grundmann formuliert.[157] In diesem Zusammenhang ist zu sehen, dass auch der erste Vorsitzende des Landesverbandes Berlin, *Martin Stritte*, nur kurz – 5 Monate – amtierte. Ihm wurde das Vertrauen des Landesvorstandes entzogen, weil er die Politik von *Külz* unterstützte.[158] Sein Nachfolger wurde *Fritz Hausberg,* dessen Stellvertreter aber jener Politiker, der als entschiedener Gegner des *Külz*-Kurses ab 1947 9 Jahre lang die Geschicke der Berliner Liberalen lenkten sollte, *Carl-Hubert Schwennicke*.

Die Gesamt-LDP entwickelte sich zu einer großen Partei mit zahlreichen Mitgliedern und guten Wahlergebnissen. So erzielte sie trotz Behinderungen durch die sowjetische Administration bei Gemeindewahlen 21% und bei Landtagswahlen 24,6%. Im Dezember 1948 hatte sie 203.752 Mitglieder – die meisten davon Angestellte (28,6%), aber auch viele Arbeiter (14,1%), Handwerker und Gewerbetreibende (12,4%) und Bauern (11,9%). Mit der Zeitung „Der Morgen" („Tageszeitung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands") entwickelte sich ab 3. August 1945 ein die Parteigrenzen hinter sich lassendes Medium mit überaus großer Akzeptanz. Auch in den Ländern hatte die Partei eigene Zeitungen, so die „Norddeutsche Zeitung" in Mecklenburg, die „Liberal-Demokratische Zeitung" in Sachsen-Anhalt, die „Thüringische Landeszeitung" in Thüringen und das „Sächsische Tageblatt" in Sachsen. Eine Honoratiorenpartei war das nicht. Die hohe Organisationsbereitschaft für die Liberalen in der Bevölkerung der sowjetischen Zone wird zurückgeführt auf die allgemeine politische Unsicherheit und auf weitere Motive wie den Zustrom der Mitglieder aus den liberalen Parteien der Weimarer Republik, die Schuldgefühle und das Verantwortungsbedürfnis bisher Nichtengagierter sowie den Wunsch nach einem Gegengewicht zur SED. Die Ziele dieser Partei hat Karl-Heinz Grundmann zusammengefasst:

„1. Demokratischer Einheitsstaat mit einer starken Zentralgewalt und unabhängiger Justiz,
2. Wiederherstellung des Berufsbeamtentums,
3. Demokratisierung der Schulen und Hochschulen,
4. Trennung von Kirche und Staat,
5. Erhaltung des Privateigentums,
6. Zulassung von Arbeitgeberorganisationen neben den Gewerkschaften."[159]

Doch der persönlich sehr geachtete *Wilhelm Külz*, „damals in allen Teilen Deutschlands unterwegs", für ein liberales Gedankengut werbend und alle „Ismen" ablehnend,[160] galt zunehmend als Repräsentant der insbesondere von *Theodor Heuss* abgelehnten Blockpolitik der LDP. Die Entscheidung dafür hatte die LDP-Führung am 14. Juli 1945 getroffen, als sie mit der KPD, der SPD und der CDU die „Einheitsfront der antifaschistischen Parteien" bildete. Der verkündete Anspruch dieses Zusammenschlusses war, gemeinsam ein demokratisches Deutschland aufzubauen, was konkret bedeuten sollte:

[157] ebenda, S. 111
[158] F.D.P (Hg.), a.a.O., S. 20
[159] Bundesgeschäftsstelle der Freien Demokratischen Partei (Hg.), a.a.O., S. 36 ff
[160] Munzinger Online – Suchergebnis, Wilhelm Külz

> „1. Zusammenarbeit im Kampf zur Säuberung Deutschlands von den Überresten des Faschismus,
> 2. Möglichst rascher Aufbau der Wirtschaft,
> 3. Herstellung der Rechtssicherheit auf der Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates,
> 4. Sicherung der Freiheit des Geistes und des Gewissens,
> 5. Wiedergewinnung des Vertrauens und Herbeiführung eines auf gegenseitiger Achtung beruhenden Verhältnisses zu allen Völkern sowie ehrliche Bereitschaft zur Durchführung der Maßnahmen der Besatzungsbehörden und Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung."[161]

In der Praxis entwickelte sich der Block mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht zu einem Machtinstrument der Kommunisten, deren Stellung durch den Zusammenschluss von SPD und KPD sowie die Hereinnahme von SED-gesteuerten „Massenorganisationen" wie dem „Freien Deutschen Gewerkschaftsbund" (FDGB) oder der „Freien Deutschen Jugend" (FDJ) gestärkt wurde. Die innerparteiliche Opposition des Berliner Landesverbandes der LDP gegen diese Blockpolitik geht auf den politischen Status Berlins als Vier-Mächte-Stadt und die damit verbundene andere Interessenlage als in der Sowjetischen Zone zurück. Dort sah sich die LDP dem Druck der Sowjets ausgesetzt, während sie in Berlin angesichts der sich anbahnenden globalen Ost-West-Spannungen eine zunehmende Westorientierung annahm. Die Berliner LDP-Funktionäre glaubten für die in den Zonenverbänden tätigen Kollegen sprechen zu müssen, deren Meinungs- und Redefreiheit sie zusehends eingeschränkt sahen. Führer dieser an Fahrt gewinnenden „Berliner Sezession" der Liberalen war der Landesvorsitzende *Carl-Hubert Schwennicke*. *Schwenicke* war Personalleiter der Siemens & Halske AG in Berlin-Siemensstadt und hatte sich in der Weimarer Zeit bei der Deutschen Volkspartei engagiert, wo er zu den engeren Mitarbeitern von *Gustav Stresemann* gehörte.

Auf dem 2. Parteitag der LDP vom 5. bis 7. Juli 1947 wurde der Konflikt mit dem Berliner Landesverband offenbar. Der Berliner Delegierte *Anton Schöpke* sprach sich gegen die Wiederwahl von *Wilhelm Külz* aus:

> „In Unbeachtung der tatsächlichen Empfindungen großer Mitglieder- und Wählerkreise hat Dr. *Külz* vielfach, ohne die legalen Parteiorgane der Landesverbände zu befragen, Interviews gewährt und Erklärungen abgegeben, die die Partei weitgehend festlegten und vielfach der Politik der SED und der ihr nahestehenden Organisationen in größerem Maße nachgaben, als dies für eine loyale Zusammenarbeit im Interesse der gesamten deutschen Politik notwendig gewesen wäre und ohne dass auf der anderen Seite die Gleichberechtigung gesichert worden war."

Wilhelm Külz repräsentiere eine Politik, die mit dem „Odium des Opportunismus" behaftet sei.[162] Allerdings folgte der Parteitag den Berlinern nicht: Ein Antrag auf geheime Wahl wurde abgelehnt, und so wurde *Wilhelm Külz* in offener Abstimmung mit 258 gegen 23 Stimmen bei 9 Enthaltungen in seinem Amte bestätigt. Daraufhin zog der Landesverband die Berliner Vertreter aus dem Gesamtvorstand der LDP zurück.

Doch die Sezession gewann weiter – forciert auch durch den Druck der Sowjets gegen die Berliner – an Fahrt. Nachdem der Landesverband am 15. August 1947 *Carl-Hubert Schwennicke* als Vorsitzenden bestätigt und *Rudolf Markewitz* sowie *Hans Reif* zu seinen

[161] Bundesgeschäftsstelle der Freien Demokratischen Partei (Hg.), a.a.O., S. 51
[162] F.D.P. Berlin (Hg.). a.a.O., S. 26 sowie Bundesgeschäftsstelle der Freien Demokratischen Partei (Hg.), a.a.O, S. 111

Stellvertretern gewählt hatte, erklärten die Sowjets *Schwennicke* für „untragbar". Sie hofften, die Opposition der Berliner gegen die Parteileitung durch Einschüchterung unterbinden zu können. Dass ihnen dies nicht gelang, zeigte der Verlauf der Hauptausschusssitzung der LDP in Weimar vom 5. bis 7. Januar 1948. Eine Mehrheit der Delegierten unterstützte dort die Berliner, und diese setzten einen Beschluss durch, nach dem die Zonen-Parteileitung vor grundsätzlichen politischen Entscheidungen die Landesvorsitzenden konsultieren sollte.[163]

Der Konflikt eskalierte, und die Antwort der Parteileitung ließ nicht auf sich warten: *Wilhelm Külz* veröffentlichte im Januar 1948 einen Artikel im „Morgen" über die politische Entwicklung in Westdeutschland. Weil er diesen nicht mit den Landesvorsitzenden abgestimmt habe, forderte ihn die Berliner Parteileitung auf, sein Mandat als Stadtverordneter niederzulegen. Deshalb kündigte die Zonenleitung der LDP die Gründung einer „Landesgruppe Berlin" unter *Reinhold Schwarz* – also die Spaltung des Landesverbandes – an. Eine gesamtberliner Funktionärskonferenz am 25. Januar 1948 verwahrte sich daraufhin mit 490 zu 6 Stimmen gegen den Spaltungsversuch und unterstützte *Carl-Hubert Schwennicke*. Daraufhin wurde das Tischtuch vom erweiterten Parteivorstand des Zonenverbandes am 10. Februar 1948 zerschnitten. Einstimmig verabschiedete dieses Gremium eine Resolution zum Ausschluss des Landesverbandes Berlin aus der LDP:

> „Der Vorstand des Landesverbandes Berlin hat trotz wiederholter Bitten der Parteileitung eine verantwortliche Mitarbeit im Vorstand der Gesamtpartei abgelehnt. Er hat planmäßig und in parteischädigender Weise gegen die vom Parteivorstand und gegen die vom Hauptausschuss in Weimar von ihm selbst gebilligte Politik der LDP in parteifernen und parteifeindlichen Zeitungen und auch sonst in breitester Öffentlichkeit in allen Zonen angekämpft; er hat das Vertrauensverhältnis zwischen dem Landesverband Berlin und der sowjetischen Besatzungsmacht unwiederbringlich gestört.
>
> Aufgrund der im vorstehenden festgestellten Tatsachen erklärt der Zentralvorstand der LDP, dass sich der Landesverband Berlin durch seinen jetzigen Vorstand außerhalb des Zonenverbandes der LDP gestellt hat. Er ist deshalb nicht mehr als Bestandteil der Organisation des Zonenverbandes anzusehen. Er hat sich selbst ausgeschaltet."[164]

In Halle waren Berliner Vertreter nicht zugegen, weil *Wilhelm Külz* sie vor der Konferenz am Telefon vertraulich vor der Anreise gewarnt hatte: Die LDP könne für ihre Sicherheit nicht garantieren[165].

Während dieser Auseinadersetzungen verstarb am 10. April 1948 *Wilhelm Külz* plötzlich in Berlin-Wilmersdorf – trotz aller politischen Anfeindungen menschlich weithin geachtet.

Der Spaltung der Zonenpartei folgte die Spaltung des Landesverbandes. Nach dem Tode von *Külz* bildete sich auf Betreiben der Sowjets im Ostsektor Berlins am 26. April 1948 eine „Arbeitsgemeinschaft der LDP Berlin", die im Folgenden als „Bezirksverband Groß-Berlin" Teil der LDPD der DDR wurde.

Diese Vorgänge gehörten zum Prozess der Teilung Deutschlands und Berlins. Nachdem die Westmächte am 20. Juni 1948 die Währungsreform angeordnet hatten, konterten die Sowjets 3 Tage später mit einer eigenen Währung für ihre Zone – die „Ostmark", die sie

---

[163] F.D.P. Berlin (Hg.), a.a.O., S. 27 sowie Bundesgeschäftsstelle der Freien Demokratischen Partei (Hg.), a.a.O., S. 112

[164] F.D.P. Berlin (Hg.), a.a.O., S. 33

[165] Bundesgeschäftsstelle der Freien Demokratischen Partei (Hg.), a.a.O., S. 112

auch in allen Sektoren Berlins einführen wollten. Gegen die Einführung der „Westmark“ in den Westsektoren Berlins sperrten die Sowjets im Juni/Juli die Zufahrtswege zu Land und Wasser nach West-Berlin: Die 11-monatige Blockade der Teilstadt begann.[166] Ihr wurde mit Hilfe der alliierten Luftbrücke widerstanden. In dieser Situation verließen im Herbst 1948 die Stadtverordneten der SPD, der CDU und der LDP wegen gewaltsamer Störungen ihrer Arbeit durch kommunistische Gruppen das im Sowjetsektor der Stadt gelegene „Rote Rathaus“ – „rot“ genannt wegen der Backsteine – und zogen schließlich in das im amerikanischen Sektor gelegene Rathaus Schöneberg um. Sowohl die Stadtverordnetenversammlung als auch der Magistrat verließen den Sowjetsektor, und im Folgenden wandelte sich West-Berlin als Stadtstaat und „Insel“ inmitten der späteren DDR in ein Land der Bundesrepublik um. Die Verfassungsorgane wurden das Abgeordnetenhaus (Landesparlament) und der Senat (Landesregierung) von Berlin.

Entsprechend ordneten sich die LDP-Verbände in Ost- und West-Berlin in die entstehenden Parteiensysteme der DDR und der Bundesrepublik ein. Im Osten wurde von einem „Deutschen Volksrat“ die Gründung der DDR vorbereitet, und den Bürgern wurde eine Einheitsliste vorgelegt, bei der nach einem vereinbarten Schlüssel die SED 25%, die LDP (später „LDPD“)[167] und die CDU je 15% der Listenplätze erhielten. Zwar gab der aus der Zonenpartei ausgeschlossene Landesverband seinen gesamtberliner Anspruch nicht auf, entwickelte sich aber faktisch zu einem westberliner Landesverband. In der Bevölkerung hatte er große Resonanz wie das Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen im Westen Berlins zeigte: Die LDP kam auf 16,1%. Der Verband beteiligte sich im Dezember 1948 am Gründungskongress der FDP in Heppenheim. Dort wurde *Carl-Hubert Schwennicke* in den geschäftsführenden Bundesvorstand der FDP gewählt. Am 12. Januar 1949 schließlich nahm die Parteiorganisation den Namen „FDP-Landesverband Berlin“ an.

Die Ost-West-Auseinandersetzungen bei den Liberalen in Berlin haben den Protagonisten wie *Carl-Hubert Schwennicke* und *Wilhelm Külz* nationale Bekanntheit verschafft – ein Effekt, der auch Politikern anderer Parteien wie *Ernst Reuter* und *Willy Brandt* zugute kommen sollte. Bis zur Wiedervereinigung behielt die landespolitische Bühne im Westen Berlins überregionale, ja internationale Ausstrahlung.

3.2 Triumph und Niedergang

Durch ihre klare Haltung gegenüber der kommunistischen Blockpolitik hatten sich die Berliner Liberalen Anerkennung verschafft. Das kam unter anderem darin zum Ausdruck, dass sie am letzten gesamtberliner Magistrat von 1948 unter *Ernst Reuter* mit 3 Stadträten beteiligt waren: *Hugo Holthöfer* für Post- und Fernmeldewesen, *Walter Conrad* für Gesundheitswesen und *Marie-Elisabeth Lüders* für Sozialwesen. *Marie-Elisabeth Lüders* wurde eine in der Stadt populäre Sozialpolitikerin. *Hans Reif* wurde Mitglied des Parlamentarischen Rates und ab 1949 Mitglied des Deutschen Bundestages in Bonn.

[166] s. Heinrich Pleticha, Deutsche Geschichte in 12 Bänden. Band 12. Geteiltes Deutschland. Nach 1945, Gütersloh 1984, S. 245 f

[167] Im Oktober 1951 wurde aus deutschlandpolitischen Erwägungen durch den Zentralvorstand eher beiläufig der Name in „LDPD“ (das zusätzliche „D“ für „Deutschland“) geändert. Nach der Wende in der DDR im Februar 1990 schließlich kehrte man zum ursprünglichen Kürzel zurück, das bis zur Bildung des Bundes Freier Demokraten im April 1990 galt. S. „www.fdp.de“

Wie gefährlich Politik an diesem Platze sein konnte, zeigte sich, als der stellvertretende FDP-Landesvorsitzende *William Borm* zusammen mit dem Kreuzberger FDP-Bezirksstadtrat *Martin Wende* am 22. September 1950 auf dem Weg nach Kassel am Grenzpunkt Wartha festgenommen und anschließend wegen „Kriegs- und Boykotthetze" zur Höchststrafe von zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Zu den ersten Abgeordnetenhauswahlen im nunmehr geteilten Berlin am 3. Dezember 1950 trat die Berliner FDP mit 3 Themen an:

1. Nein zur „Einheitsschule",
2. keine Einheitsversicherung,
3. Wiederherstellung des Beamtenrechts.[168]

Der Berliner Landesverband der FDP war bürgerlich wirtschafts-liberal und nicht sozialliberal ausgerichtet. Der Wahlkampf wurde gegen die SPD und für die Angleichung der gesellschaftlichen Verhältnisse an diejenigen „im Westen" geführt. Die Berliner FDP erzielte mit 23% ihr bestes Wahlergebnis (SPD 44,7%, CDU 24,6%). Der folgende Versuch *Carl-Hubert Schwennickes*, die SPD in Berlin aus der Verantwortung zu drängen, scheiterte, weil bei der Wahl des Regierenden Bürgermeisters am 12. Januar 1951 eine Pattsituation zwischen *Ernst Reuter* (SPD) und *Walther Schreiber* (CDU) entstand, und am 1. Februar die bisherige Dreierkoalition unter *Ernst Reuter* erneuert werden musste. Vier Senatorenposten gingen an die FDP.[169] Dass die FDP Berlin in dieser Zeit so glänzend wie niemals vorher oder nachher dastand, zeigt auch die Tatsache, dass sie in 5 von 12 Berliner Bezirken die Bürgermeister stellte: in Schöneberg (*Ella Barowski*), Zehlendorf (*Wilhem Benecke)*, Steglitz (*Werner Alfred Zehden*), Wilmersdorf (*Wolfgang Rect*) und Tempelhof (*Hermann Fischer*, ab Dezember 1953 *Alfred Homeyer*).

Nach dem Tode *Ernst Reuters* am 29. September 1953 kam es doch zur von der FDP favorisierten bürgerlichen Koalition unter *Walter Schreiber*. Die FDP erhielt 6 Senatorenposten, und als *Carl-Hubert Schwennicke* am 7. März 1954 zu einem der 3 stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP gewählt wurde, war die FDP Berlin optimal aufgestellt. Doch die Zeiten der Abwehr des kommunistischen Zugriffs auf die Stadt und auf die Partei waren fürs erste vorbei. Der Landsverband musste sich in die Niederungen der alltäglichen Parteipolitik begeben. Hier mauserte sich die CDU als überlegener Konkurrent im bürgerlichen Lager, auf der rechten Seite buhlte die „Deutsche Partei" (DP) um Zulauf. Die nun teilweise gegen die SPD gerichtete antisozialistische Attitüde der FDP hatte nicht jene Resonanz, die zuvor ähnlicher Widerstand gegen die Kommunisten gehabt hatte. So verlor die FDP bei den Wahlen am 5. Dezember 1954 40% der Wähler von 1950. Sie kam auf 12,8%. Stärkste Partei war nun die SPD (44,6%), und die CDU hatte sich mit 30,4% von der FDP abgesetzt. Mit 4,9% verfehlte die DP den Einzug ins Abgeordnetenhaus knapp. Nach diesem Wahlergebnis verließ die FDP die Dreierkoalition – ein noble Geste, die sich politisch nicht auszahlte, denn sie potenzierte den Bedeutungsverlust der Partei gegenüber der großen Koalition unter *Otto Suhr* und nach dessen Tod unter *Willy Brandt*.

[168] F.D.P. Berlin (Hg.), a.a.O., S. 40

[169] *Karl Mahler* (Bau- und Wohnungswesen), *Walter Conrad* (Gesundheitswesen), *Hugo Holthöfer* (Post- und Fernmeldewesen), *Wilhelm Eich* (Wirtschaft und Ernährung). *Schwennicke* blieb Fraktionsvorsitzender. S. F.D.P. Berlin (Hg.), a.a.O., S. 42 f

Die Folgezeit war gekennzeichnet durch innerparteiliche Auseinandersetzungen mit *Carl-Hubert Schwenicke*. Dieser überwarf sich mit dem Bundesvorsitzenden *Thomas Dehler* wegen der Deutschland- und Außenpolitik. *Schwennicke* wandte sich gegen Kontakte mit den Führungen der DDR oder der Sowjetunion. Ein Versuch, *Carl-Hubert Schwenicke* als Landesvorsitzenden abzulösen und an seiner Stelle *Ella Barowski* zu wählen, scheiterte beim Landesparteitag am 12. und 13. März 1955 mit 75 zu 69 Stimmen bei 15 Enthaltungen. Auch ein Ausschlussantrag gegen *Schwenicke* wurde im Bundesvorstand zurückgezogen. Dieser setzte seine Auseinandersetzungen mit *Thomas Dehler* fort und erklärte am 21. Juni 1956 seinen Austritt aus der FDP. Er schloss sich 2 Monate nach deren Gründung in Westdeutschland der aus dem Zerwürfnis der FDP mit *Konrad Adenauer* erfolgten FDP-Abspaltung „Freie Volkspartei" (FVP) an, wobei ihm 8 von 19 FDP-Mitglieder des Abgeordnetenhauses und etwa 15% der Berliner Parteimitglieder folgten.[170] Das schwächte die Berliner FDP weniger wegen der Mitglieder als viel mehr wegen des „Führungspersonals einschließlich der Angestellten der Geschäftsstelle."[171]

Die Berliner FDP blieb nach diesen Vorgängen in einer desolaten Lage. Die Oppositionspartei wurde zunächst kommissarisch von *Volker Hucklenbroich* geleitet, dann vom Bundestagsabgeordneten *Rudolf Will*. 1958 wurde der von *Hans Reif* abgelöst, und 1959 holte sich *Rudolf Will* das Amt zurück. Sein Credo:

> „Da der Liberalismus allein nicht ausreiche, um Wähler anzuziehen, müsse die FDP sich darüber hinaus einer mehr nationalen Politik annehmen."[172]

Die Wahlen am 7. Dezember 1958 brachten der Berliner FDP das parlamentarische Aus. Sie erhielt 3,8% der Stimmen, die von der FVP in „Freie Deutsche Volkspartei" (FDV) mutierte *Schwenicke*-Abspaltung kam auf 0,7%. Dominierende Kraft in der Stadt war nun die SPD (52,6%). Wie gewonnen – so zerronnen: In der Abwehr des kommunistischen Machtanspruchs in Berlin auf der Höhe der Zeit und daher von der Wählergunst getragen, verirrte sich die Berliner FDP in der Landesinnenpolitik, verlor Boden an Konkurrenten, chaotisierte zunehmend im Innern und schaffte damit zum ersten Mal den Absturz vom Triumph in den politischen Niedergang.

3.3 Die Ära Borm

Die Rückkehr der Berliner FDP in die Politik nach dem Aus von 1958 ist vor allem mit dem Namen eines Mannes verbunden: *Willam Borm*. Der Kaufmann und Unternehmer (s. Kurzbiografien) wurde nach neunjähriger politischer Haft am 28. August 1959 von der DDR entlassen und auf dem Landesparteitag der Berliner FDP am 14./15. Mai 1960 mit 230 gegen 7 Stimmen bei 10 Enthaltungen zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er war eine stattliche Erscheinung und verfügte über eine beachtliche rhetorische Begabung. Sein Auftreten führte dazu, dass er in der Berliner FDP bald den Spitznamen „Sir Willam" hatte. Im Gegensatz zum bürgerlich-antisozialistischen *Carl-Hubert Schwenicke* vertrat er eine linksliberale Linie und trat für eine Politik der Annäherung an „den Osten" ein. 62-jährig zum

[170] s. Jürgen Dittberner, FDP – Partei der zweiten Wahl, a.a.O., S. 111
[171] Udo Wengst, Thomas Dehler. 1897 - 1967. Eine politische Biographie, München 1997, S. 291
[172] F.D.P. Berlin (Hg.), a.a.O., S. 53

Landesvorsitzenden gewählt, gewann er mit zunehmendem Alter Autorität in der Partei und verhinderte mit persönlichen Interventionen das Aufbrechen von Flügelkämpfen in der Berliner FDP. Dass er – wie sich nach seinem Tode 1987 und nach der Wiedervereinigung herausgestellt hatte – seit seiner Haftentlassung der Stasi der DDR verpflichtet war, ist rätselhaft und lässt sich bei dem hohen moralischen Anspruch, den er in der Politik vertreten hatte, schwer erklären.[173] Andererseits verhielt sich *Borm* als westdeutscher Politiker überaus konform und erklärte beispielsweise 1961 nach dem Bau der Mauer:

> „Die Mauer in Berlin klagt ein unmenschliches System an. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit fordert sein Selbstbestimmungsrecht und lässt seine Lebensgrundlagen nicht durch Mauern, Todesstreifen, Minenfelder und Stacheldraht verwehren."[174]

Falsch wäre es, die Linksorientierung der Berliner FDP nach 1960 als von Ost-Berlin über *William Borm* ferngesteuert zu sehen: Es gab viele Protagonisten, die diesen Prozess ebenfalls vorantrieben.

Einer von denen war ursprünglich auch *Hermann Oxfort*, der 1963 nach einem Wahlergebnis von 7,9% für die FDP ins Abgeordnetenhaus gewählt und dort Fraktionsvorsitzender wurde. Die 1963er-Wahl hatte die dominante Stellung des SPD-Kanzlerkandidaten von 1961 und Regierenden Bürgermeisters im Jahr des Baus der Mauer, *Willy Brandt*, unterstrichen: Die SPD kam auf 61,9%. Trotz der absoluten Mehrheit bildete *Brandt* eine Koalition mit der FDP, die 3 Senatorenposten erhielt.[175] Hier konnte die FDP Berlin die ersten Schritte der Entspannungspolitik mit *Willy Brandt* gehen, die dieser nachher als Bundeskanzler der SPD/FDP-Koalition in Bonn vollendete. Das Passierscheinabkommen von 1963 gehörte dazu. *William Borm* sprach sich zu jener Zeit ganz im Sinne der Vertragspolitik mit dem Osten für eine „stabile Friedensordnung in Gesamteuropa" aus und vermutete:

> „Die Wiedervereinigung folgt allenfalls einer solchen Friedensordnung, sie geht ihr nicht voraus."[176]

Mit dem Weggang *Willy Brandts* nach Bonn als Außenminister der Großen Koalition unter *Kurt-Georg Kiesinger* begann 1966 eine neue Phase der Berliner Politik, die mit dem Namen des Regierenden Bürgermeisters *Heinrich Albertz* verknüpft ist: Die Auseinandersetzung mit der protestierenden studentischen Jugend, der Außerparlamentarischen Opposition. Es begann ein 18 Jahre währender „Machtzerfall" und des „Macht- und Demokratieverlustes" der SPD in der Stadt, wie er von sozialdemokratischen Funktionären mehrfach be-

[173] Im Falle von Gefangennahme wird immer wieder über Annäherungen zwischen Bewachern und Bewachten gesprochen. Auch gehört es zu den Brüchen in der Biographie *Borms*, dass er – was er später als Lebensfehler wertete – in der Nazi-Zeit als Leiter eines kriegswichtigen Betriebes als „Wehrwirtschaftsführer" „unabkömmlich" war und keinen Widerstand gegen das Regime geleistet hatte. Möglicherweise ist aber die gesamte Biographie *Borms* als die eines national orientierten Menschen zu sehen, der sich die Einheit Deutschlands nach 1945 nur in der möglichst unwiederbringlichen Verknüpfung der DDR mit der Bundesrepublik über einen Prozess der Konvergenz vorstellen konnte.

[174] F.D.P. Berlin (Hg.), a.a.O., 55

[175] Senatoren wurden *Hans-Günter Hoppe* (Finanzen), *Gerhard Habenicht* (Gesundheit) und *Wolfgang Kirsch* (Justiz).

[176] F.D.P. Berlin (Hg.), a.a.O., S. 58

schrieben wurde.[177] Vor diesem Hintergrund spielte sich auch die Geschichte der Berliner FDP ab. Sie wurde mitgezogen vom Niedergang der SPD und versuchte schließlich vergebens, durch einen Wechsel ins andere Lager dem abermaligen Aus zu entgehen. Schon bei der 1967er Wahl büßte die FDP Stimmen ein und kam auf 7,1%. Sie blieb in der Koalition mit der SPD (56,9%) stellte mit dem Justizsenator *Hans-Günter Hoppe* aber nur noch ein Senatsmitglied.

Vorerst waren die Studentenunruhen das beherrschende Thema. Am 2. Juni 1967 wurde bei einem Besuch des Schahs von Persien der Student *Benno Ohnesorg* durch den Schuss eines Polizisten[178] getötet. Die Versuche des Senats, den Vorgang zu vertuschen und seine Beteiligung an einer Verteufelung der „Studenten" radikalisierte große Teile der akademischen Jugend der Stadt. Die meisten Berliner Politiker standen dem mit Unverständnis gegenüber, und ihnen fiel nur Polemik gegen die eigene Jugend ein. Ein wenig differenzierter wirkten die Äußerungen mancher FDP-Politiker. Der Fraktionsvorsitzende der FDP, *Hermann Oxfort,* machte sich nicht – wie fast alle seiner Kollegen im Abgeordnetenhaus – die Rechtfertigungen der Berliner Polizei zu eigen, sondern kritisierte deren Verhalten im Einsatz. Und nach dem Attentat auf *Rudi Dutschke* am 11. April 1968 erklärte die Abgeordnete *Ella Barowski* im Berliner Parlament:

> „Um aber mit der Befriedung in unserem demokratischen Leben voranzukommen, müssen wir uns nun schon die Mühe machen, auch die tiefer liegenden Ursachen für den radikalen Protest solcher junger Menschen zu ergründen..."[179]

Zwar predigten auch die FDP-Politiker die Botschaft von den Rädelsführern und den missbrauchten Mitläufern unter den Studenten – wo es sich doch um eine auch von der Basis stark mitgetragene Bewegung handelte, aber die differenzierenden Passagen ihrer Reden ließen manche Betroffene aufhorchen und führten einige sogar in die Partei. So kamen in den sechziger Jahren Sympathisanten der Studentenbewegung in die Berliner FDP, und trugen dazu bei, dass sich dieser Landesverband nach links entwickelte.

Als *Hermann Oxfort* im April 1969 *William Borm* im Landesvorsitz folgte, waren viele in der Partei, die von der Programmatik der Studentenbewegung mit Zielen wie Chancengleichheit und allgemeiner Demokratisierung durchdrungen waren und denen der rechtspositivistisch und national denkende *Hermann Oxfort* nicht radikal genug war. Nach der 1971er Wahl (FDP 8,5%) wurde unter dem Regierenden Bürgermeister *Klaus Schütz* (SPD) keine Koalition gebildet. Die FDP ging in die Opposition. Sie war angekommen in ihrer Entwicklung zu einem mehrheitlich linksliberalen Landesverband, als der Jungdemokrat *Wolfgang Lüder* am 14./15. Mai 1971 Landesvorsitzender wurde. Fortan beherrschten für mindestens zehn Jahre tiefgehende Konflikte zwischen dem zunächst von *Wolfgang Lüder* geführten linken Mehrheitsflügel und einer rechten Minderheit mit *Hermann Oxfort* als Repräsentanten die innerparteiliche Szene der FDP Berlin.

---

[177] Zuerst sei hier genannt die Arbeit von Hans-Jürgen Heß, Innerparteiliche Gruppenbildung. Macht- und Demokratieverlust einer politischen Partei am Beispiel der Berliner SPD in den Jahren 1963 bis 1981, Bonn 1984. S. ferner Karl-Heinz Gehm, Der Machtzerfall der sozial-liberalen Koalition in Berlin. Innenansicht einer Stadtpolitik, Berlin 1984 sowie Klaus Riebschläger, Vor Ort. Blicke in die Berliner Politik, Berlin 1983

[178] 2009 wurde bekannt, dass der west-berliner Polizeibeamte *Karl-Heinz Kurras*, der den Studenten erschoss, zugleich Stasi-Mitarbeiter war.

[179] F.D.P. Berlin, a.a.O., S. 60

3.4 Gründung und Zerfall der sozial-liberalen Koalition[180]

1975 kam es erstmals zu wirklichen Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und FDP in Berlin. Die SPD hatte ihre absolute Mehrheit verloren und war sogar von der CDU überflügelt worden: Die CDU kam auf 43,9%, die SPD auf 42,6% und die FDP auf 7,1%. Hans-Jürgen Heß erklärte an diesem Wahlergebnis den sichtbar werdenden Machtzerfall der SPD als „andauernden Verschleißprozess der Berliner SPD in der Regierungsverantwortung", und der sei „überwiegend auf innerparteiliche Faktoren zurückzuführen, die mit äußeren Einflüssen einen vielfach verschlungenen Wirkungszusammenhang bildeten."[181] Allerdings war die Hereinnahme der FDP in die Senatsregierung 1975 für den Regierenden Bürgermeister *Klaus Schütz* wie für die gesamte SPD der Stadt eine zu den innerparteilichen Fraktionierungen hinzukommende Belastung. Unter ihrem jungen Landesvorsitzenden *Wolfgang Lüder* hatte sich die Berliner FDP mehrheitlich zu einer links von der SPD ansässigen Partei entwickelt. Wegen der entsprechenden Bonner Koalition galt die FDP zwar als „natürlicher" Bündnispartner der SPD, dennoch hatten die Liberalen den Wahlkampf hart gegen die Sozialdemokraten geführt, deren absolute Mehrheit sie brechen und der sie eine Reihe unangenehmer stadtpolitischer Maßnahmen – beispielsweise den Nulltarif bei der U-Bahn – aufzwingen wollten. Für die in innerparteiliche Flügel gespaltene SPD bedeutete die Beteiligung der FDP, dass die Macht mit einer zusätzlichen Größe austariert werden musste. So sprachen sozialdemokratische Funktionäre während der Koalitionsverhandlungen vom „Krötenschlucken".

Die Jahre der sozial-liberalen Koalition in Berlin von 1975 bis 1981waren eine Zeit zunehmender stadtpolitischer Probleme, personeller Querelen und anwachsender Entscheidungsunfähigkeit. Nachdem der Status West-Berlins durch das Viermächteabkommen vom 3. September 1971 gesichert war, hatte die Stadt ihre heroische Rolle als „Schaufenster der freien Welt" ausgespielt, und die Koalition tat sich schwer, neue Perspektiven zu entwickeln. So hörte man vom Senat, Berlin sei eine völlig normale europäische Großstadt, während die oppositionelle CDU von einer nationalen Funktion Berlins sprach. Dass weder hier noch dort mitreißende Perspektiven entwickelt werden konnten, lag an den deprimierenden Rahmenbedingungen in der Halbstadt: Bevölkerungsprognosen beschworen einen dramatischen Bevölkerungsverlust; die Zahl der Beschäftigten in der Berliner Industrie ging von 265.000 Menschen im Jahre 1970 auf 177.000 im Jahr 1977 zurück.[182] Neuansiedlungen von Behörden oder gar Wirtschaftsunternehmen erfolgten nicht. Skandale wie der über den im Halblicht zwischen Politik und Geschäft errichteten Bau eines am Ende überflüssigen weil überdimensionierten Bürogebäudes – des „Steglitzer Kreisels" – häuften sich. – Kurzum: Die Stadt schien auf einem absterbenden Ast zu sitzen. Der öffentliche Dienst galt als schlecht und von Parteikarrieristen verfilzt. Der Landeshaushalt musste durch immer größer werdende Zuschüsse des Bundes – am Ende zu über 50% – ausgeglichen werden.

Die Berliner SPD war 1975 eine in Machtkartelle fraktionierte, perspektivlose Partei. Die sich demgegenüber als „pfiffiger David" darstellende FDP band sich an einen wankenden Goliath. Zwar war die liberale Partei mehrheitlich links-, deren Fraktion aufgrund des die konservativen Bezirke bevorzugenden Wahlsystems eher rechts-liberal. Aus beiden Richtungen trug die FDP Forderungen an die SPD heran, die dort auf Unverständnis oder

[180] s. hierzu auch Jürgen Dittberner, FDP – Partei der zweiten Wahl, a.a.O., S. 67 ff
[181] Hans-Jürgen Heß, a.a.O.,
[182] Klaus Riebschläger, a.a.O., S. 31

emotionale Ablehnung stießen. So setzte sich die Berliner FDP für eine Liberalisierung des Radikalenerlasses gegen die Einstellung sogenannter „Verfassungsfeinde“ in den öffentlichen Dienst ein. Beim dominanten rechten Flügel der Berliner SPD herrschte keinerlei Verständnis. Aus der rechts-liberalen Abteilung der Berliner FDP kam dann die Forderung nach Zulassung des Beamtenberufsverbandes „Komba“ als Gewerkschaft und Tarifpartner – eine Provokation für die mit der ÖTV verwobene SPD.

Im Unterschied zu Bonn hatte es in Berlin keine Phase sozial-liberaler Euphorie gegeben. In Bonn hatten sich die Parteien 1969 verbündet, um einen Paradigmenwechsel in der Politik zu erreichen. In Berlin dagegen war die SPD aufgrund des Wahlergebnisses gezwungen, die ihr scheinbar gehörende Macht mit der ungeliebten Berliner FDP zu teilen. Durch das Viermächteabkommen war der gemeinsame politische Fundus an der Spree schon weitgehend verbraucht, als es zur Koalition kam. Andererseits hatte bis zur Wahl 1981 keine Alternative zur SPD/FDP-Koalition in Berlin bestanden. Als Großstadtpartei war die Berliner FDP – damals ähnlich ihrer Hamburger Schwesterorganisation – alternativlos linksliberal. Großbürgerliche Kreise, die FDP und CDU hätten aneinander binden können, gab es in Berlin nicht – ebenso wenig existierte ein wirtschafts-liberaler Flügel. Der rechte Flügel der Berliner FDP rekrutierte sich aus dem mittleren Mittelstand – kleine und mittlere Unternehmer, Anwälte, Beamte des höheren Dienstes. Sie waren in die Minderheit gedrängt worden durch jenen Teil der APO-Generation, der in die FDP gekommen war. Dieser meinte, in der FDP die politisch fortschrittlichste Partei in der Stadt gewählt zu haben. Das sozial-liberale Bündnis war so selbstverständlich, dass von der Minderheit der FDP niemand zu fordern wagte, die Koalition zu wechseln. Andererseits hielt sich die APO-bewegte Mehrheit der FDP für so fortschrittlich und „links“, dass man keine Hemmungen hatte, der als konservativ und verspießert eingestuften SPD provokativ entgegen zu treten.

Dies hatte sich bereits in der Legislaturperiode 1975 bis 1979 gezeigt, aber nach 1979 wurde die Krise der SPD heftiger und mündete im Zusammenbruch. Schon in der ersten Periode kam es zu Turbulenzen: *Harry Liehr*, ein SPD-Senator, musste im Februar 1976 wegen einer Personalaffäre bei der städtischen Porzellanmanufaktur „KPM“ seinen Hut nehmen. Im Sommer 1976 trat nach einem Ausbruch von 4 Terroristinnen aus einem Frauengefängnis der Justizsenator der FDP, *Hermann Oxfort*, zurück – letztlich nach Druck von der Bundespartei. Auch sein FDP-Nachfolger, *Jürgen Baumann*, verlor vorzeitig sein Amt. Im April 1977 büßte der einstige „Kronprinz“ der Berliner SPD, Innensenator *Kurt Neubauer*, seinen Senatsposten ein, weil er Aufsichtsratstantiemen zu spät an die Landeskasse abgeführt hatte. Infolge dieses Sturzes entzog die Berliner SPD *Klaus Schütz* das Vertrauen, so dass dieser im April 1977 das Amt des Regierenden Bürgermeisters räumen musste. Zu seinem Nachfolger kürte die Berliner SPD den Bundessenator *Dietrich Stobbe* – gegen den Wunsch der Bundes-SPD, die *Hans-Jürgen Wischnewski* favorisiert hatte. Mit der Wahl *Stobbes* schien die Krise zunächst überwunden. Stobbe machte die „Stadtpolitik“ – nach den großen Statusfragen also die Kommunalpolitik – zu seinem Thema und fand in *Wolfgang Lüder* von der FDP einen kongenialen Partner, mit dem er ein Vertrauensverhältnis entwickelte.

Die Abgeordnetenhauswahl von 1979 bestätigte die Koalition. Die SPD hatte sich von 42,6 auf 42,7% „verbessert“, die FDP von 7,1 auf 8,1%. Allerdings verunsicherte der nach Berlin gekommene Spitzenkandidat der CDU, *Richard von Weizsäcker*, mit seinen 44,4% die SPD erheblich. Bei den SPD/FDP-Verhandlungen trumpfte die sich als Wahlsieger fühlende FDP zudem auf. Sie präsentierte der SPD einen 35 Punkte umfassenden Forde-

rungskatalog. Dieser sah unter anderem Änderungen des Bezirksverwaltungs- sowie des Eigenbetriebsgesetzes, die Kennzeichnung von Polizeibeamten mit Namensschildern und personelle Forderungen vor. Die erbitterten Koalitionsverhandlungen vertieften das Misstrauen zwischen den „Partnern". Oberflächlich betrachtet hatte die FDP viel erreicht, aber die zu Papier gebrachten Vereinbarungen stießen in der folgenden praktischen Parlamentsarbeit auf Verbitterung und Ablehnung bei SPD-Parlamentariern und wurden großenteils nicht verwirklicht. Die FDP hatte einen Pyrrhussieg errungen: Die Koalition wurde entscheidungsunfähiger.

Wesentlich zum Prestigeverlust der Koalition trug der „Fall *Korber*" bei: Der SPD-Senator *Horst Korber* war zusätzlich Präsident des Landessportbundes. Die FDP – zumindest 2 ihrer Abgeordneten – hielt das für inkompatibel. Kurz vor der 1979 fälligen Senatorenwahl wurde *Horst Korber* im Amte des Sportbundpräsidenten bestätigt. Bei der Senatorenwahl jedoch fiel er durch: Von 72 Koalitionsabgeordneten stimmten nur 65 für ihn; mit „nein" hatten 68 Abgeordnete gestimmt. Sofort präsentierte *Dietrich Stobbe* für die Wiederholungswahl einen anderen Kandidaten, der gewählt wurde. Dieses „Einknicken" *Dietrich Stobbes* hatte seinem Ansehen geschadet, während das gegenseitige Misstrauen in der Koalition – besonders wegen der „U-Boote" bei dem *Korber*-Wahlgang – anstieg.
Zum parlamentarischen Fehlstart mehrten sich Probleme in der Stadt:

- Die Zahl der Ausländer war auf etwa 250.000 angestiegen – etwa ein Achtel der Bevölkerung. „Türkenviertel" entstanden. Weder die SPD noch die FDP und folglich auch der Senat nicht hatten ein Konzept, wie man auf diese Entwicklung reagieren könne.
- Der Wohnungsmarkt geriet aus dem Gleichgewicht. Einerseits gab es Wohnungssuchende, andererseits standen 10.000 zum Abriss oder zur Sanierung vorgesehene Wohnungen leer. Ab 1980 kam es zu Hausbesetzungen.
- Der Wohnungsskandal provozierte den Protest einer neuen jugendlichen Bewegung, der Hausbesetzerszene. Aus dieser Szene heraus entwickelten sich Illegalität und Gewalt. Politik und Polizei reagierten unsicher, uneinheitlich. Bemühungen um einen Dialog wechselten mit dem Einsatz staatlicher Gewalt ab. Bilder von Straßenschlachten und Plünderungen in Berlin liefen über die Fernsehschirme.
- In dieser Zeit zogen sich verbliebene private Investoren aus der Stadt zurück.

Berlin schien die Hauptstadt des Krawalls zu sein, und weder der SPD noch der FDP gelang es, in einen Dialog mit der neuen Jugendprotestbewegung zu kommen. Obwohl viele Repräsentanten dieser Parteien aus einer Protestbewegung – der studentischen – stammten, kamen sie auch bei den Nichtgewalttätigen der Hausbesetzerszene nicht an: Die „Sozialen" und die „Liberalen" – so sahen es die Protestierer – waren zu sehr mit dem Staatsapparat verwoben. So fanden die „Alternativen", die später zu den „Grünen" wurden, in dieser Protestszene eine der Referenzgruppen, aus der sie ihre frühen Erfolge herleitete.

Angesichts der Probleme in der Stadt machte sich in der SPD Müdigkeit breit. Die Sehnsucht nach Opposition wuchs. In der FDP artikulierte die rechte Minderheit zuerst vorsichtig-verschlüsselt, dann mehr und mehr deutlich den Wunsch nach einem Koalitionswechsel. Die Mitglieder des Senats konnten sich der Loyalität aller Mitglieder ihrer Fraktionen nicht mehr sicher sein. Dennoch musste sich *Dietrich Stobbe* dem Parlament stellen, denn Ende 1980 verließ Wissenschaftssenator *Peter Glotz* den Senat, um Bundes-

geschäftsführer der SPD zu werden. Zugleich war der Bankrott der Firmengruppe des Berliner Architekten *Dietrich Garski* bekannt geworden: Für dessen Projekte hatte der Senat in Höhe von 100 Millionen DM gebürgt. Die Senatoren *Wolfgang Lüder* (FDP) und *Klaus Riebschläger* (SPD) galten als die Verantwortlichen und traten zurück. Ihnen folgten weitere Senatoren. Am 15. Januar 1981 schlug *Dietrich Stobbe* dem Abgeordnetenhaus 5 Kandidaten für die Nachfolge der Ausgeschiedenen vor. Alle – bis auf den Kandidaten der FDP, *Guido Brunner*, fielen durch! In einer dramatischen Szene erklärte *Stobbe* seinen Rücktritt.

Hans-Jochen Vogel mit einer Mannschaft importierter Politiker wurde *Stobbes* Nachfolger. Ein letztes Aufgebot der SPD sollte die sozial-liberale Koalition in Berlin retten. Man hoffte auf einen Erfolg bei von allen Parteien befürworteten Neuwahlen. Dieser „Wunsch" nach Neuwahlen erwuchs aus einer aufgewühlten, gegen den Senat und die Politiker gerichteten Stimmung in der Bevölkerung. Die CDU unter *Richard von Weizsäcker* und die nun die Parteienszene betretende „Alternative Liste" (AL) bekamen für ihr Volksbegehren nach vorzeitiger Auflösung des Abgeordnetenhauses binnen weniger Tage 200.000 Unterschriften – Unterschriften gegen die sozial-liberale Koalition. Den Parteien blieb nur noch, als Wahltermin den 10. Mai 1981 zu vereinbaren. Es sollte das Datum des Endes der sozial-liberalen Koalition in Berlin werden.

3.5 Der Schwenk zur CDU[183]

Die Neuwahlen entzogen den Sozial-Liberalen die Mehrheit: Die CDU kam auf 48%,[184] schaffte aber nicht die absolute Mehrheit im Parlament. Dort hatte sie 65 Mandate, die SPD 51, die FDP 7 und die erstmals gewählte AL 9 Sitze.

Dieses Ergebnis war in der FDP von der Mehrheit befürchtet, von der Minderheit erhofft worden. Die SPD entschied sich für die Opposition; die AL erschien als Koalitionspartner undenkbar. Aller Augen richteten sich auf die liberale Partei, die in einer Schlüsselposition der Berliner Politik war. Die fein gesponnene Wahlaussage der FDP hatte einiges offen gelassen: Zwar war diese für die Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition, aber im Falle eines Scheiterns an diesem Ziel ermöglichte sie „auch" den Gang in die Opposition. Dieses „auch" sollte nach dem Willen der Wechselwilligen unter den Liberalen das Tor auf dem Weg zum Bündnis mit der CDU werden.

Das Thema hatte wegen der Wechselstimmung bundespolitische Dimensionen. Die gesamte Berliner FDP – Mitglieder, Flügel, Kreise, Gruppen – war elektrisiert. Schon am Wahlabend ging es los: Die Repräsentanten der Partei wurden von der Presse belagert, einige von ihnen setzten sich mit CDU-Politikern zur Strategieabsprache in Hinterstübchen, und gegenüber dem Rathaus in einem Restaurant mit dem Namen „Vis-a-Vis" hatte die informelle linke Basisorganisation der FDP, die „Liberale Aktion" ihr Lager aufgeschlagen, um vermeintlich wechselanfällige, der „Liberalen Aktion" angehörige Abgeordnete zur Berichterstattung zitieren zu können und sie gegen „Verlockungen" der CDU zu immunisieren.

Für die mit etwa 2.300 Mitgliedern kleine Partei begannen hektische Wochen. Vorstands-, Fraktions-, Bezirks- und Ortsverbandssitzungen sowie verschiedene „Flügelbesprechungen" gab es am laufenden Band. Ungezählt waren die Telefongespräche.

---

[183] Näheres s. Jürgen Dittberner, FDP – Partei der zweiten Wahl, a.a.O., S. 72 ff

[184] Die SPD erhielt 38,3%, die FDP 5,6%, die AL 7,2% und die SEW – westberliner Ableger der SED – 0,6%.

Auch auf dem Bundesparteitag in Köln spielte das Berliner Wahlergebnis eine Rolle. Nach Ende der offiziellen Beratungen am 31. Mai lud der Bundesvorsitzende *Hans-Dietrich Genscher* die am Rhein anwesenden Berliner Landesvorstands- und Fraktionsmitglieder zu einer Besprechung mit dem Präsidium. Dringend mahnte *Genscher*, die Berliner FDP müsse *Richard von Weizsäcker* „eine faire Chance" geben. Offensichtlich hatte er bei diesem Rat bundespolitische Hintergedanken. Die meisten Berliner jedoch werteten die Intervention als Einmischung in die Autonomie des Landesverbandes.

Auch dass der Ratschlag des Bundesvorsitzenden für manchen Berliner Funktionär das Ende seiner Karriere zur Folge haben würde, minderte die Begeisterung. Denn vor der Kölner Besprechung hatte ein Außerordentlicher Landesparteitag mit 134 gegen 93 Stimmen bei 3 Enthaltungen jede Zusammenarbeit mit der CDU abgelehnt:

> „1. Die F.D.P. lehnt eine Koalition mit der CDU ab. 2. Die F.D.P. wird sich gegen eine Regierungsbildung durch die CDU unter allen Umständen einsetzen. 3. Die F.D.P. wird in keiner Form einen CDU-geführten Senat unterstützen oder dulden und deshalb 4. keine Koalitionsverhandlungen mit der CDU führen."

Ein Antrag des links bestimmten Landesvorstandes, notfalls eine Duldung eines CDU-Senats zuzulassen, fiel durch.

Für den 11. Juni waren Senatorenwahlen angesetzt, so dass es nun an der FDP-Fraktion im Landesparlament war, ihr Verhalten festzulegen. Die Fraktion trat am 2. Juni im Schöneberger Rathaus zusammen. Drei Abgeordnete wurden dem rechten Flügel, 2 dem linken und 2 eher einer Mittelposition zugeordnet. Der Fraktion lagen 2 Texte zur Abstimmung vor: ein Antrag, der die Entscheidungen bei der Senatorenwahl freistellen wollte und einer, der die Wahl und Duldung eines CDU-geführten Senats unter dem Motto „konstruktive Opposition" ausdrücklich vorsah. Letzterer wurde mit 4 : 3 Stimmen angenommen. Die Entscheidung für den Machtwechsel von der SPD zur CDU in Berlin war gefallen.

Bei der Wahl erhielt *Richard von Weizsäcker* 69 von 132 Stimmen und war neuer Regierender Bürgermeister. Sämtliche von der CDU vorgeschlagenen Kandidaten wurden mit unterschiedlichen Stimmenzahlen gewählt. Bei den einzelnen Wahlgängen hatten zwischen 3 und 5 Abgeordnete der FDP für sie gestimmt.

Innerhalb der Berliner FDP bewirkten diese Ereignisse eine Neuorientierung. Die sozial-liberal Orientierten unter den Mitgliedern reagierten unterschiedlich:

- Etwa ein Drittel blieb in der Partei. Die meisten zogen sich auf passive Mitgliederrollen zurück. Andere konzentrierten sich auf bestimmte Gliederungen.
- Ein kleinerer Teil trat aus der FDP aus und ging zur SPD, Vereinzelte gingen zur AL.[185]
- Etwa 300 Personen organisierten sich in der linksliberalen Neugründung „Liberale Demokraten" (LD).
- Die meisten der ausgetretenen Mitglieder engagierten sich zunächst in keiner anderen Partei.

Allerdings erlebte die Berliner FDP eine größere Austrittswelle nach dem Bundesparteitag 1982, als dort die Bonner Wende hin zur Union legitimiert wurde.

[185] Der Landesvorsitzende *Jürgen Kunze*, der sich später der AL annäherte, war insofern eine Ausnahme.

Zum Verhalten der Fraktion wurden in der FDP Berlin auf allen Ebenen zahlreiche verurteilende Beschlüsse gefasst. Gegen die 5 als CDU-Unterstützer „angeklagten" Abgeordneten wurde ein Schiedsgerichtsverfahren eingeleitet und vom Landesvorstand Ordnungsmaßnahmen beantragt. Am 3. März 1983 stellte das Landesschiedsgericht fest, die Abgeordneten hätten der FDP „schweren Schaden" „mit der Stimmabgabe im Parlament für die Bildung eines CDU-Senats und dessen fortdauernde Duldung" zugefügt. Zwei Abgeordneten wurde die Fähigkeit, Parteiämter zu bekleiden, für 2 Jahre aberkannt, 2 Abgeordneten für ein Jahr.

Doch die linksliberale Mehrheit im Landesverband war schon im Schwinden. Die Anklagen zu den Schiedsverfahren wurden wieder zurückgezogen. Mit Unterstützung der „CDU-Dulder" unter den Abgeordneten wurde eine Beitrittskampagne für die FDP Berlin gestartet. In die Partei traten Bauunternehmer, Makler, Immobilienverwalter und Handwerksmeister ein, deren Anliegen es war, die Basis für den Machterhalt der CDU zu sichern. Mittelfristig haben sich nur einige von ihnen – etwa 10% – dauerhaft bei der FDP gebunden. Aber zunächst sorgten sie in der FDP für Unruhe, denn viele Ortsverbände lehnten ihre Aufnahmen ab, weil sie die Unterwanderung fürchteten, und hierüber entstand heftiger Streit. Im März 1983 hatte das Mitte-Rechts-Bündnis die Mehrheit im Landesverband. Der Saldo zwischen Aus- und Eintritten hatte die Waage in diese Richtung ausschlagen lassen.

Tab. 8: Aus- und Eintritte bei der Berliner FDP 1981 - 1983[186]

	Austritte	**Eintritte**
1981	266	472
1982	504 (davon 257 im Dezember)	202
1983	227	111

Die Mitte und die heterogene Rechte der Partei hatten 1983 2 Fragen zu klären, wenn sie die Macht in der Partei in Händen halten wollten: 1. Zur anstehenden Wahl des Landesvorstandes bedurfte es eines Personalkonzeptes und 2. musste entschieden werden, ob die Tolerierung nachträglich in eine Koalition überführt werden sollte. Nach zahlreichen informellen „Kungelrunden" wurden diese Fragen vorentschieden: Aus der Tolerierung sollte eine Koalition werden, *Hermann Oxfort* und der Fraktionsvorsitzende *Horst Vetter* wurden als Senatoren, der Abgeordnete und frühere Schulsenator *Walter Rasch* als Landes- und Fraktionsvorsitzender vorgesehen. Am 12. März 1983 wählte der Landesparteitag den Vorsitzenden *Walter Rasch* und beschloss, mit der CDU eine Koalition zu bilden. Der Parteitag wurde für „Koalitionsverhandlungen" unterbrochen. Diese verliefen problemlos, und so konnte der Landesparteitag am 14. März das Ergebnis der Verhandlungen mit 122 gegen 108 Stimmen bei 7 Enthaltungen billigen. Das Abgeordnetenhaus wählte am 17. März die FDP-Politiker *Oxfort* und *Horst Vetter* zu Senatoren im nunmehrigen CDU/FDP-Senat unter *Richard von Weizsäcker*.

Nachdem *Richard von Weizsäcker* von der CDU als Bundespräsident nominiert worden war, trat er ein Jahr später von seinem Berliner Amt zurück, und Nachfolger wurde der CDU-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, *Eberhard Diepgen*. Er führte die CDU/FDP-Koalition fort.

[186] Erfasst sind sämtliche Zu- und Abgänge, also auch Verluste durch Tod oder Fortzug.

Trotz einer Nichtbeteiligung des FDP-Bezirksverbandes Tiergarten erreichte die FDP bei den Wahlen am 10. März 1985 8,5%, und die CDU kam auf 46,4%. Die Koalition konnte fortgesetzt werden. Die FDP erhielt nun 3 Senatorenposten: *Günter Rexrodt* setzte sich in einem innerparteilichen Machtkampf als Kandidat für das Amt des Finanzsenators durch. Die beiden anderen FDP-Senatoren im zweiten *Diepgen*-Senat waren *Cornelia Schmalz-Jacobsen* (Jugend, Familie und Frauen) sowie *Horst Vetter* (Stadtentwicklung und Umweltschutz). Nach einer Parteispendenaffäre musste *Vetter* später zurücktreten und wurde durch den parteilosen ehemaligen Präsidenten der Technischen Universität Berlin, *Jürgen Starnick*, ersetzt. Nach seiner Wahl trat *Starnick* der FDP bei.

Die Koalition schien fest im Sattel zu sitzen. *Diepgen* war ein profunder Kenner der Berliner Stadtpolitik, und neben den FDP-Senatoren standen ihm illustre Ressortleiter wie *Hanna-Renate Laurien*, *Elmar Pieroth*, *Wilhelm Kewenig* und *Volker Hassemer* zur Seite. Der Status der Stadt war rechtlich abgesichert; auf der Basis der Teilung hatte man sich mit der DDR arrangiert. 1987 inszenierte der umtriebige Kultursenator *Hassemer* umfangreiche Feierlichkeiten anlässlich des 750-jährigen Bestehens von Berlin. Auch aufgrund von Umfragen war man war sich sicher, die Wahl am 29. Januar 1989 zu gewinnen.

Doch eine Woche vor dem Wahltermin kippte die Stimmung. Die Koalition wurde abgewählt: Die FDP flog mit 3,9% erneut aus dem Parlament, die CDU verlor drastisch, die AL wurde mit 11,8% dritte Kraft, und zur allgemeinen Überraschung zogen die rechtsradikalen „Republikaner“ mit 7,5% ebenfalls ins Abgeordnetenhaus ein. Die bisherigen Koalitionäre hatten sogleich eine Ausrede parat: Eine kurz vor der Wahl umgesetzte Gesundheitsreform der Regierung *Helmut Kohls* sei der Grund für die Schlappe in Berlin. In Wirklichkeit war die Stimmung seit längerem gegen den Senat gewesen. Die Preise waren gestiegen, viele Wähler fanden den Ausländeranteil an der Bevölkerung zu hoch, der Widerspruch am Wohnungsmarkt zwischen Leerstand und unbefriedigter Nachfrage war nicht gelöst. In der Stadt machte das Wort vom „Ku`damm-Senat“ die Runde. Der Senat wurde in breiten Kreisen der Bevölkerung als Arrangeur einer „Schicki-Micki“-Clique gesehen, die aus Anlass der 750-Jahrfeier eine Fete nach der anderen abfackelte und nichts wusste von den wirtschaftlichen und sozialen Ängsten vieler Berliner.[187]

Die FDP und vor allem die CDU hatten sich in der Stadt festgesetzt: Der Fraktionsvorsitzende der CDU, *Rüdiger Landowski* und sein ein Kollege von der FDP, *Walter Rasch*, agierten im stadtnahen Bereich. Beide saßen an zentralen Stellen wichtiger städtischer Institutionen wie einem „Lottobeirat“, von wo aus sie ohne das Parlament Einfluss und Macht ausübten. Als Fraktionsvorsitzende rühmten sie sich ihres Koalitionsmanagements mittels sogenannter „Sofagespräche“. Die Folgen solcher Strukturen wurden später als „Parteienverdrossenheit“ beschrieben, damals jedoch noch nicht erkannt.

So stand die Berliner FDP 1989, nachdem sie unter heftigen innerparteilichen Konflikten die Wende von der SPD zur CDU geschafft hatte und in ruhiges Fahrwasser gekommen schien, zum zweiten Mal als außerparlamentarische Gruppe da.

[187] Jürgen Dittberner, Berlin Brandenburg und die Vereinigung, a.a.O.,, S. 82 ff

3.6 Die Wiedervereinigung als Rettung

Der Landesvorsitzende *Walter Rasch* kandidierte nach der Niederlage nicht erneut. Als seine Nachfolgerin trat am 4. März 1989 *Carola von Braun* an, erhielt jedoch nicht die erforderliche Mehrheit. Die Neuwahl des Landesvorstandes wurde vertagt, um den diversen offiziellen und informellen Gremien Gelegenheit zur Beratung zu geben. Am 18. Juni 1989 gab es 3 Bewerber für das Vorsitzendenamt: die frühere Abgeordnete *Erika Schmid-Petry*, *Wolfgang Lüder* und *Hermann Oxfort*. In einer Stichwahl gewann *Oxfort* gegen *Lüder* mit 125 zu 120 Stimmen. Stellvertreter wurden *Carola von Braun* und der spätere Landesvorsitzende der CDU, *Christoph Stölzl*. Sie standen einer außerparlamentarischen Gruppierung vor, die mit ansehen musste, wie sich in Berlin zwischen SPD und AL eine rot-grüne Koalition unter *Walter Momper* etablierte. Mit der Geste, dass diese Regierung auf Wunsch der SPD 2 Staatssekretäre der FDP im Amte beließ, konnte diese Gruppierung nichts anfangen.

Doch alles wurde drittrangig, denn der Ostblock und mit ihm die DDR wankte. Der DDR liefen über die deutschen Botschaften in Prag, Budapest, Warschau und anderswo die Bürger davon. In Ost-Berlin, Leipzig und anderen Orten der DDR kam es zu eindruckvollen friedlichen Demonstrationen, und am 9. November 1989 verhaspelte sich in einer Pressekonferenz das SED-Politbüromitglied *Günter Schabowski*:

> „Und deshalb, äh, haben wir uns dazu entschlossen, heute, äh, eine Regelung zu treffen, die es jedem Bürger der DDR möglich macht, äh, über Grenzübergangspunkte, äh, auszureisen."[188]

Diese Worten waren Auslöser für die Öffnung der Mauer. Menschen strömten über diese hinweg in den Westen. Der Prozess der damals noch nicht konkret absehbaren Wiedervereinigung Deutschlands und Berlins begann. Für Berlin eröffneten sich scheinbar traumhafte Perspektiven.

Während die Berliner FDP in dieser dramatischen Zeit in der zusammenwachsenden Stadt eine Zuschauerrolle hatte, erwachte die LDPD in Ost-Berlin zu neuem Leben. Dort trat 1989 der Bezirksvorstand zurück, es wurden „Vorstellungen über die Zukunft Berlins" als „Modellfall des friedlichen Zusammenwachsens Europas" entwickelt. Ende Januar 1990 konstituierte sich wieder ein LDPD-Landesverband Berlin, und erstmals seit über 40 Jahren wurde ein Bezirksvorsitzender demokratisch gewählt: Die Wahl fiel auf *Reinhard Klein*, einen altgedienten LDPD-Funktionär. Bei den Kommunalwahlen in Ost-Berlin am 6. Mai 1990 traten mehrere liberale Parteien an und erreichten zusammen 2,5% der Stimmen. Das waren 3 Mandate, deren Träger in der Stadtverordnetenversammlung sich mit dem CSU-Ableger „Deutsche Soziale Union" (DSU) zusammenschlossen. Diese Gruppe verstärkte sich durch einen Wechsler von der SPD und kam auf 6 Repräsentanten, so dass die „Liberalen" hier im Unterschied zum Abgeordnetenhaus im Westen Berlins vertreten waren.[189]

Die Fragilität der „liberalen" Strukturen im Osten Berlins und dem Umland beleuchtete eine Szene im Büro eines der beiden im Amt verbliebenen FDP-Staatssekretäre des Berliner Senats: Dort erschien eines Tages ein Liberaler aus Ost-Berlin.

---

[188] s. Eckhard Jesse, Der innenpolitische Weg zur deutschen Einheit. Zäsuren einer atemberaubenden Entwicklung; in: ders./Armin Mitter (Hg.), Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft, Bonn 1992, S. 121

[189] F.D.P. Berlin (Hg.), a.a.O., S. 101 f

> „Ihn zierte ein satter Vollbart, schwarz mit grauen Einsprengseln. Angetan war er mit Anzug, Schlips und Kragen, alles etwas abgetragen und angegraut. Seine lebendigen dunklen Augen musterten den Gastgeber durch eine mächtige Brille, die aus Rathenow stammen musste, sehr kritisch und fast herausfordernd. Er sei Mitglied der FDP der DDR begann er, und er wende sich dagegen, dass die Genossen von der LDPD in die bundesdeutsche FDP aufgenommen werden.... Mit den Wasserträgern der SED werde er nicht zusammengehen, lieber wolle er mit seinen Freunden allein vor die Wähler treten. – Im Dezember 1990 wurde derselbe Mann in das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt, zusammen mit vielen West-Liberalen und einigen Wasserträgern.“[190]

Die Reinkarnation der Berliner FDP wurde bewirkt durch die dem Zusammenbruch des Ostblocks folgende Wiedervereinigung Deutschlands und Berlins, in deren Verlauf der Verband auch die Metamorphose von der westberliner zur gesamtberliner FDP erlebte. Einen Monat vor der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 trafen sich im westberliner „Internationalen-Congress-Centrum“(ICC) – dessen Bau die FDP einst hatte verhindern wollen – am 1. September Delegierte der westberliner FDP, des „Bundes Freier Demokraten“ (B.F.D.) – also des Zusammenschlusses der alten Blockparteien LDPD und NDPD („Nationaldemokratische Partei“), der neugegründeten „F.D.P. der DDR“ sowie der „Deutschen Forumspartei“ (DFP). Diese schlossen sich zusammen zum Landesverband Berlin der F.D.P., der nun eine große Anzahl Mitglieder hatte: 8103. Um den Landesvorsitz kam es zu einer Kampfabstimmung zwischen der sich den Delegierten als sozial-liberale Politikerin vorstellenden *Carola von Braun* und dem die Rechtsstaatsprinzipien betonenden *Hermann Oxfort*. Dabei hatte *Carola von Braun* die Stimmung der vor allem auf soziale Sicherheit setzenden ostberliner Partei besser getroffen. Sie gewann das Duell mit 447 gegen 259 Stimmen. Ihre Stellvertreter wurden *Günter Rexrodt* aus dem Westen und *Wolf-Rainer Cario* sowie *Werner Riedel* aus dem Osten.

Bei den ersten gesamtberliner Wahlen seit 1946 kam die FDP auf 7,1% und erhielt 18 Mandate im Landesparlament. Zusammen mit der PDS und der sich jetzt den Grünen anschließenden AL mussten die Liberalen in die Opposition gehen und eine Große Koalition agieren sehen, die sich unter *Eberhard Diepgen* gebildet hatte und die Geschicke der wiedervereinigten Stadt über zehn Jahre lenken sollte.

3.7 Nach der „Figaro-Affäre“ wieder Splitterpartei

Die 18 FDP-Abgeordneten standen im ersten gesamtberliner Parlament vor der Aufgabe, sich neben der PDS und Bündnis 90/Die Grünen als Opposition gegen die Große Koalition zu profilieren. *Carola von Braun* wurde Fraktionsvorsitzende, doch gelang es ihr nicht, die heterogene Fraktion zu formieren. 12 Abgeordnete kamen aus dem Westen, 6 aus dem Osten der Stadt, und beide Gruppierungen trugen frühere Konflikte in die Fraktion. Die ehemaligen Westberliner setzten ihre traditionellen Grabenkämpfe fort, ein Teil der Ostberliner war entweder im Parlamentarismus oder in der FDP nicht richtig angekommen. Unterdessen starteten in der Partei junge National-Liberale den Versuch, die Partei zu „erobern“. Die Stimmung wurde vergiftet. Es hätte ein Alarmsignal sein können, als die FDP bei den kommunalen Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 24. Mai 1992

[190] Jürgen Dittberner, Berlin Brandenburg und die Vereinigung, a.a.O., S. 124

auf nur 4,8% kam.[191] Die Partei achtete nicht darauf und leistete sich immer absurdere innerparteiliche Machtspiele. Schließlich hatte man den Eindruck, dass es nur um persönliche Rivalitäten ging, als die innerparteilich „links“ eingestufte *Carola von Braun* Hauptperson einer „Figaro-Affäre“ wurde: Sie hatte Frisörrechnungen aus der Fraktionskasse bezahlen lassen, begründet mit ihren öffentlichen Auftritten. Im Zuge einer längeren innerfraktionellen Schlammschlacht wurde diese Tatsache von „FraktionskollegInnen“ in die Öffentlichkeit gespielt. Im Februar 1994 trat Frau *von Braun* von allen Führungsämtern in der Berliner FDP zurück. Ihr Nachfolger als Fraktionsvorsitzender wurde *Axel Kammholz*. Auf einem Parteitag am 18. und 19. März wurde Bundeswirtschaftsminister *Günter Rexrodt* neuer Landesvorsitzender.

Der Landesverband war in der Defensive. Bundesweit hatte sich die FDP auf den Funktionscharakter als Mehrheitsbeschafferin der Union reduziert. Im Osten war sie desavouiert als „Partei der Besserverdienenden“. Aber mit der Figaro-Affäre hatte die Berliner FDP Eigenes zum Ansehensverlust beigetragen. Der Vorgang hatte bei vielen Wähler Vorurteile gegen Parteien – inkompetent, geldgierig, verbonzt – bestätigt. Dazu kam ein innerer Streit der FDP darüber, ob der Wahlkampf mit einer Landes- oder mit Bezirkslisten geführt werden sollte.[192] Die verbissenen Auseinandersetzungen mit meist jüngeren National-Liberalen – in deren Verlauf Vergleiche mit der Nazi-Zeit angestellt wurden – diskreditierten den Landesverband zusätzlich. Das desolate Bild der Berliner FDP wurde am Ende bestätigt durch einen Wahlkampf, in dem sich die Partei mit ekligen Kröten auf Plakaten und mit der Darstellung von Repräsentanten der Skandal-Fraktion präsentierte. So kam es zum „Super-Gau“. Die FDP erhielt bei den Abgeordnetenhauswahlen 1995 2,5%! Für die Funktionäre war das ein Schock:[193]

Am 22. Oktober 1995 herrschte ab 17 Uhr im Preußischen Landtag zu Berlin aufgekratzte Stimmung. In einer Stunde würden die Wahllokale schließen, und hier am Sitz des Landesparlamentes Journalisten, Prominente, Politiker und Funktionäre verschiedener Lager eintreffen. Vor dem imposanten Landtagsgebäude waren Zelte errichtet worden, darin befanden sich lange Holztische, an denen die werten Gäste sich an Bier und Deftigem laben konnten, wenn sie das Wahlergebnis wissen würden. Das Foyer des Landtages und der erste Stock waren voll mit Fernseh- und Rundfunkstudios, dazwischen eingesprengt befanden sich weitere Zapfstellen für Sekt und Bier. Die gesamte Szene wurde von gleißendem Kameralicht erfasst. Das alles euphorisierte.

In einem Sitzungsraum im dritten Stock des klassizistischen Baus waren die Tische ausgeräumt und die Stühle an den Wänden aufgestellt wie im Wartezimmer einer großen Arztpraxis. Um viertel nach 5 versammelten sich die Funktionäre der FDP Berlins. *Günter Rexrodt*, Bundeswirtschaftsminister und Landesvorsitzender nahm auf einem der Stühle Platz. Er trug wie immer korrekt einen dunklen Anzug. Sein Gesicht wirkte wächsern; er ließ keinen seiner Parteikollegen an sich heran. Die waren ebenfalls dunkel-festlich gekleidet. Eine Beisitzerin war so nervös, dass ihr die Zigaretten nicht ausgingen. Der Vorsitzende kam gleich zur Sache: „Also, es sieht schlecht aus. Die Nachfragen zeigen uns bei unter 3 Prozent. Das ist nicht mehr zu packen.“ Stille. Der Spitzenkandidat wurde aschfahl.

[191] Durch die ungleiche Verteilung der FDP-Stimmen über das Berliner Stadtgebiet bewirkt war die Partei nunmehr in südwestlichen Stadtbezirken mit Fraktionen vertreten, im Osten jedoch überhaupt nicht präsent.
[192] Die Partei entschied sich für eine Landesliste.
[193] Zum folgenden Bericht s. Jürgen Dittberner, Neuer Staat mit alten Parteien? Die deutschen Parteien nach der Wiedervereinigung, Opladen/Wiesbaden 1997, S. 161 ff

„Tschuldigung", sagte da der Minister, „ich muss jetzt dringend mit *Westerwelle* telefonieren. Komme gleich wieder." und verließ den Raum. „Wir müssen sehen, wie es in den Bezirken aussieht.", sagte ein Vorständler in die Verlegenheit. Ein anderer wie zu sich selbst: „Scheiße!" – „Dabei haben wir doch einen guten Wahlkampf gemacht.", war zu hören. Da rauschte *Rexrodt* mit Gefolge wieder herein. „Also die Stellvertreter gehen ja gleich um 6 vor die Kameras. Sie müssen wissen, was Sie sagen. Aber ich warne: nur keine Schuldzuweisungen! Wir haben jetzt Verantwortung für die nächsten Wahlen." Im März 1996 standen Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz an. „Übrigens im Westteil Berlins liegen wir auch nur knapp über 3, im Osten bei eins.", teilte der Vorsitzende noch mit. Das war ein weiterer Schlag für die Vertreter aus Wilmersdorf, Zehlendorf und Steglitz. Sie hörten noch den Landesvorsitzenden sagen: „Um halb zehn treffen wir uns in der Mohrenstaße. Bis dahin keine Rücktrittserklärungen."

In der Mohrenstraße in Berlins Mitte hatte die FDP ihre Landesgeschäftsstelle. Vier Jahre nach der Vereinigung der Stadt war man aus dem idyllischen Domizil der Straße „Im Dohl" in Dahlem dorthin, in das Gewusel von Betonkippern und Baukrähnen, gezogen. Diesen Abend waren die Mitglieder und Freunde der FDP zu einer Fête geladen. Der Gastronom wird mit dem Umsatz nicht zufrieden gewesen sein.

Als um 6 Uhr die Rundfunk- und Fernsehanstalten die berühmte „erste Hochrechnung" verkündeten, waren jeweils 5 Parteienvertreter bei ARD und ZDF ebenso aufgereiht wie bei anderen Stationen. Seit 45 Minuten wussten die FDP-Vertreter, dass sie hier eigentlich nichts mehr zu suchen hatten: Noch nicht einmal die Dreiprozentmarke war erreicht, es waren magere 2,5%. Sieger waren mit 37,4% die CDU und mit einem Stimmenanteil von 14,6% – davon im Ostteil Berlins 36,3% – die PDS. Die Grünen hatten zugelegt (13,2%), die SPD – der bisherige Koalitionspartner der CDU – war auf 23,6% gesunken und das in der Stadt *Ernst Reuters* und *Willy Brandts*! Berlin war politisch entlang der früheren Mauer gespalten, im Westen CDU- und im Osten PDS-dominant. Obendrein hatten an dem Ort, in dem 40 Jahre lang der Ruf nach freien Wahlen beherrschendes Thema war, 30% der Bürger darauf verzichtet, an der Wahl teilzunehmen.[194]

Nach dem Vortrag der ersten Zahlen wandten sich die Fernseh-Moderatoren an ihre Gäste. Zuerst wurde der CDU-Vertreter gefragt, wie es weitergehen würde. Die SPD-Leute mussten ihren Einbruch erklären und die strahlenden PDS-Vertreter ihren Durchmarsch im Osten. Von den Grünen wurden originelle Antworten auf die Frage nach den unerfüllten Hoffnungen auf eine rot-grüne Mehrheit erwartet. Derweil hatten die FDP-Repräsentanten zu warten und zu schweigen. Teilweise wurden sie von den Konkurrenten mit körperlichem Einsatz in den Hintergrund geschoben. Und dann kam das kurze Frage- und Antwortspiel: Wie man sich als Splitterpartei so fühle? Man werde hart arbeiten, damit es beim nächsten Mal klappe. Schon winkte der Moderator mit der beiläufigen Bemerkung ab, daran glaube ohnehin niemand: Klappe zu, fertig, den Blick wieder auf politisch gewichtigere Gäste gerichtet.

Der festlich erleuchtete Preußische Landtag entwickelte sich für das liberale Häuflein zu einem Ort der Qualen. Schnell warf mancher noch einen Blick in die Fraktionsräume. Hier herrschte traurige Stimmung. Die Abgeordneten erahnten die Trübnis der Zeit ohne Amt und Diäten. Viele Mitarbeiter der Fraktion überfielen existenzielle Ängste, denn für

[194] s. Eckhard Jesse / Marco Michel, Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 22. Oktober 1995: Das erneute Bündnis zweier Verlierer; in Zeitschrift für Parlamentsfragen 4 / 96, November 1996, S. 585ff

sie bedeutete das Wahlergebnis den Verlust ihres Arbeitsplatzes. Bald verließen die liberalen Parteigänger den Preußischen Landtag und suchten andere Orte auf.

Im „Siesta“ in der Brandenburgischen Straße, das 30 Jahre zuvor als „Keglerstuben“ Stammkneipe der Partei war, trafen sich die Wilmersdorfer FDPler. Zwei Fernseher liefen mit immer neue Zahlen und Erklärungen. Vereinzelt saßen Parteimitglieder an den Tischen. Die meisten waren gar nicht erst gekommen. Galgenhumor machte die Runde: „Es gibt auch ein Leben nach der FDP“, oder: „Lasst uns mit den Grauen Panthern fusionieren, dann schaffen wir 4,5.“ Aber die Wilmersdorfer hofften noch. In ihrem bürgerlichen Bezirk hatten die Liberalen immer überdurchschnittlich gute Stimmenergebnisse gehabt, und vielleicht schaffte man es hier, wenigstens in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) zu kommen. Die Kandidaten fürs Kommunalparlament waren da, die BVV-Stimmen noch nicht gezählt. Da zog es sie gegen 9 Uhr ins nahe Rathaus, denn dort erfuhren sie zuerst, wie die Zusammensetzung der kommenden BVV sein würde. Bald waren sie wieder im „Siesta“. Es hatte auch in Wilmersdorf nicht geklappt. Die FDP war nicht mehr dabei. „Wir geben Dir Deinen Mann zurück.“, frotzelte einer mit der Ehefrau des bisherigen bezirklichen Fraktionsvorsitzenden.

Die bittere Niederlage wurde bis zur Neige ausgekostet. Um halb zehn traf sich der Landesvorstand der FDP Berlin in der Mohrenstraße. Die Fête im marmornen Eingangssaal lief in Tristesse aus. Im Sitzungssaal im ersten Stock hockten die Vorständler, ratlos. Einige hatten in den düsteren, im DDR-Stil ausgestatteten Raum Wein oder Bier mitgenommen. Heute durfte sogar während der Sitzung geraucht werden, was normalerweise von strengen Nikotingegnern des Gremiums untersagt worden wäre. Keiner hatte die Kraft zur Analyse. Sie alle hatten es in den Gliedern. Es war der Super-GAU für die Partei. Unter 3%, im Osten wie im Westen katastrophal, in keinem einzigen Bezirk in die BVV gewählt und insgesamt weniger Stimmen als die Republikaner. Einer wollte doch eine Erklärung wagen und führte aus, das Berliner Ergebnis liege auf dem gleichen Niveau wie die letzten Landtagswahlen, die alle nacheinander verloren gegangen waren. Es war als Entschuldigung gemeint und geriet zur Ironie. Im Grunde ging es nur um die Frage des Rücktritts. Lebensweisheiten kamen auf: Man solle das alles überschlafen. Noch eine Zigarette, einen Schluck Wein, und die Runde ging fast wortlos auseinander.

Diese Nacht wälzten sich einige der Berliner FDP-Funktionäre mit Alpträumen. Sie starteten wie mit bleiernen Gliedern in den nächsten Tag. Da wurde der Landesvorsitzende kurz nach 6 vom „Deutschlandfunk“ interviewt. Ob er Wirtschaftsminister in Bonn und Landesvorsitzender in Berlin bleibe. Wirtschaftsminister ja, der Landesvorsitz stehe wohl zur Disposition, lautete die Erklärung. Den ganzen Vormittag wurde das verbreitet. In der Präsidiumssitzung der Partei in Bonn herrschte deprimierte Stimmung. *Jürgen W. Möllemann* riet seinem Nachfolger im Ministeramt, in Berlin abzutreten. Auch andere legten ihm das nahe. *Rexrodt* fühlte sich bis auf die Toilette von Journalisten verfolgt. „Warum übernehmen Sie nicht sofort die Verantwortung für die Schlappe Ihrer Partei in Berlin, Herr Minister?“ – „Haben Sie Angst, Sie verlieren mit Ihrem Parteiposten zugleich auch Ihr Ministeramt?“ Der Minister zeigte Nerven. Gegen Mittag erklärte er den Journalisten, er übernehme die Verantwortung für die Niederlage in Berlin und trete als Landesvorsitzender zurück.

Abends um halb 7 versammelte sich in Berlin wieder die Vorstandsrunde. *Rexrodt* erklärte seinen Rücktritt. Der Vorstand tat es ihm nach. Nach kurzer Beratung sagte einer nach dem anderen: „Ich trete hiermit zurück.“ Und dann reihum:

„Ebenfalls."
„Dito."

Vorhang zu für den ersten Akt des Nachspiels.

Der zweite Akt, erstes Bild, wurde am nächsten Abend gegeben. Am Dienstag, den 24. Oktober 9.30 Uhr tagte der Landesausschuss der Berliner FDP im Bürgersaal des Rathauses Charlottenburg, einem prachtvollen Jugendstilgebäude. Es war rappelvoll. War es das letzte Stelldichein alter Seilschaften sich gegenseitig liebgewordener Freunde und Gegner? Die „Etablierten" im Landesverband u erwarteten eine Generalabrechnung der „Rechten". Doch diese griff die liberale Mehrheit und deren Repräsentanten nicht an. „Diese Niederlage haben wir uns alle zusammen zuzuschreiben.", sagte einer. Auch gut, dachten sich die Mehrheits-Funktionäre und gingen dennoch auf die Minderheit los. Sie hätte „Kreide gefressen", und es sei nicht in Ordnung, dass sie ihre Ziele hier versteckten. Aber die Rechten ließen sich nicht locken. Nur *Alexander von Stahl* betonte, dass die Liberalen in der heutigen Zeit nicht auf den Wert der Nation verzichten könnten. Damit konnte niemand etwas anfangen, und ebenso wenig half es, dass einige Redner über die Divergenz der Wirtschaftssysteme, die französischen Atomversuche oder über Neuseelands Außenpolitik parlieren.

Das „höchste Beschlussgremium zwischen den Parteitagen" war wie ein politischer Club, der nichts war als sein eigener Zweck. Die Mitglieder kannten sich teilweise seit Jahrzehnten. Es bereitete ihnen große Lust, die gleichen Schlachten immer und immer wieder zu schlagen. Nur wenige im Landesausschuss schien es zu interessieren, dass die Wähler diesen Club in die gesellschaftliche Isolation geschickt haben.

Das zweite Bild des zweiten Aktes war tragisch und traurig. Ende der Woche traf sich der Landesvorstand erneut. Im Landesausschuss hatte der Schatzmeister dem allgemeinen Wunsch nach einem baldigen außerordentlichen Parteitag sein Veto entgegengeschleudert. Die Partei habe kein Geld und könne den Parteitag nicht bezahlen. Im Vorstand sagte der Mann, natürlich müsse ein Parteitag sein, aber die Orts- oder Bezirksverbände müssten einen höheren Obolus entrichten als üblich. Der finanzielle Unterbau entspräche dem politischen Überbau der Partei. Der Wahlkampf habe ein großes Loch in die Parteikasse gerissen. Einige Bezirke und Mandatsträger hätten ihre Abführungen nicht wie in der Satzung vorgesehen geleistet. Diese Beträge wolle man jetzt einfordern. Aber selbst wenn sie kämen, wäre das ein Tropfen auf den heißen Stein. Künftig würde es nur noch die Mandatsträgerbeiträge der verbliebenen beiden Berliner Bundestagsabgeordneten geben, dazu weniger Wahlkampfkostenerstattungsmittel als geplant: Die Schlinge um die 4 Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle wurde enger. Da sagte einer schon, dass die Geschäftsstelle wohl nicht mehr zu halten sein werde. Das wolle man bei einer weiteren Sitzung besprechen, anhand genauerer Zahlen, wurde vereinbart. Als ein Vorständler feststellte, auf gut berlinisch nenne man den Zustand der Partei „pleite", spürte er den Zorn des Vorsitzenden. Dieses Wort dürfe nicht nach außen dringen. Das sei der Unterschied, erfährt der Vorsitzende nachher unter 4 Augen. Er sei Minister und müsse Optimismus verbreiten, der andere sei aber Wissenschaftler und als solcher der Wahrheit verpflichtet.
Die Wahrheit kam der Partei schwer an.

Im Januar 1996 wählte die Berliner FDP einen neuen Landesvorsitzenden. Es setzte sich – wie berichtet (s. Kapitel 2) – der Nachwuchspolitiker *Martin Matz* gegen *Alexander von Stahl* und *Helmut Königshaus* durch. Die jüngeren, „anti-rechts" gestimmten Mitglie-

der – sie nannten sich „BiVies“ („Bis Vierzigjährige“) – hatten die der Niederlage folgende Lähmung der Mitgliederschaft genutzt und den Generationenwechsel durchgesetzt. Doch *Matz* gelang es nicht, die Partei zu integrieren und die Rechts-Links-Auseinandersetzungen einzudämmen. Zudem vermittelte er den Eindruck, mehr an einer schnellen Karriere in der Bundespolitik als an der FDP Berlin interessiert zu sein. Als Repräsentant dieser Partei wurde er nicht ernst genommen. So wandte sich die alte ehemals westberliner Funktionärsschicht von ihm ab. *Matz* trat zurück, und an seine Stelle rückte der frühere Parlamentarische Geschäftsführer der FDP im Abgeordnetenhaus, *Rolf-Peter Lange* – ein Favorit *Rexrodts*. Ziel der Arbeit des neuen Landesvorsitzenden war es, die Partei bei der Wahl Ende 1999 wieder ins Abgeordnetenhaus zu führen. Die Partei war so arm, dass sie sich weder einen hauptberuflichen Geschäftsführer noch einen Pressesprecher leisten konnte.

Der Berliner Wahl nach der Sommerpause 1999 gingen Urnengänge in Brandenburg, Thüringen und Sachsen voraus: Nirgendwo kam die FDP in ein Landesparlament. Auch in der Wissenschaft war die FDP weitgehend abgeschrieben, wie der Verlauf einer Tagung des „Arbeitskreises Parteienforschung“ der „Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft“ am 7. Oktober 1999 in der Freien Universität zeigte.[195]

Kurz vor der Berliner Wahl waren der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung nach Berlin gezogen, so dass die Stadt tatsächlich wieder deutsche Hauptstadt wurde.

Die Parteimitglieder engagierten sich wieder für die FDP Berlin. Die Partei erwachte aus der Apathie. Im bürgerlichen Bezirk Wilmersdorf beispielsweise hatte man einen Wahlkampfetat von rund 40.000 DM. Hauptwerbemittel waren A-1-Plakate mit den Kandidaten und eine Karte, welche die für das Jahr 2000 bevorstehende Bezirksfusion antizipierte: „Der neue Bezirk / Charlottenburg-Wilmersdorf.“ Es wurden dort 2 Versammlungen veranstaltet: eine mit dem Bezirksmitglied *Günter Rexrodt* und eine mit *Guido Westerwelle* als Hauptredner. Hinzu kamen Straßenstände der Ortsverbände sowie mobile Termine, bei denen die Kandidaten und andere Mitglieder der FDP durch die Straßen flanierten, Passanten ansprachen, in Geschäfte und Restaurants gingen, um dort gelbe Rosen und Informationsmaterial zu verteilen. Hauptwerbesymbol war ein Ball, der die Bewegung der FDP symbolisieren sollte. – Die Träger dieser Aktionen waren meist junge Parteimitglieder. Die Aktivsten unter ihnen gehörten ab 2001 zu jenen, welche die FDP repräsentierten.

Die Wahlen fanden am 10. Oktober 1999 statt, und die FDP kam auf 2,2%, hatte sich also noch einmal verschlechtert. Wahlsieger waren die CDU mit 40,8% und die PDS mit 17,7%. Die „Republikaner“ (2,7%) lagen vor der FDP! Für die Mitglieder der FDP war das deprimierend. Sie hatten sich in einem Restaurant in Berlins Mitte namens „Milljöh“ getroffen. Die Stimmung war nicht traurig, nicht fröhlich, eher sachlich. Viele fragten sich, ob die Berliner FDP am Ende sei.

Draußen nieselte es. Im Rathaus Wilmersdorf war zu erfahren, dass die FDP in der dortigen kommunalen BVV einen Sitz einnehmen würde, denn in diesem Bezirk war sie auf 4,2% gekommen, und die 5%-Grenze war auf dieser Ebene nach einem Spruch des Berliner Verfassungsgerichtes gefallen.[196] Außer in Wilmersdorf war die FDP in Zehlendorf mit einem Mandat präsent. Nun also hatte der Landesverband 3 Mandate: 2 in Bezirksverordnetenversammlungen, eines im Deutschen Bundestag.

[195] Eigene Aufzeichnungen: An aktuellen Analysen der FDP waren die Parteienforscher zu dieser Zeit nicht interessiert.

[196] Der gewählte Wilmersdorfer Verordnete war der Autor des vorliegenden Buches.

Am 12. Oktober tagte der Landesausschuss der Berliner FDP, und *Rolf-Peter Lange* erklärte seinen Rücktritt. Bei einer Versammlung des Ortsvereins Wilmersdorf-Mitte 2 Tage später trafen sich gerade 12 Mitglieder in düsterer Atmosphäre: Das Ende der Partei schien gekommen.

Am 12. Februar 2000 tagte wieder ein Landesparteitag. Mit gedämpftem Interesse hatte die Partei bis dahin die Frage gewogen, wer Parteivorsitzender werden sollte. Die Wahl fiel auf den bekanntesten Berliner FDP-Politiker und den nach der Abwahl der Regierung *Kohl* 1998 immerhin im Bundestag verbliebenen Abgeordneten *Günter Rexrodt*. Der „Tagesspiegel" schrieb am nächsten Tag:

„*Rexrodt* zum Zweiten".

3.8 Aus dem Jammertal

Das Jahr 2001 war für die Berliner FDP wie ein Traum. Im Januar interessierten sich nur einige Unverwüstliche für den liberalen Haufen, der gerade 2,2% erhalten hatte. Im Oktober wählten 9,9% der Berliner die FDP und holten sie auf die politische Bühne zurück.

Wie schon bei den Berliner Wahlen von 1995 war die Berliner FDP Anfang 2001 eine Splitterpartei. Die Öffentlichkeit kannte das Führungspersonal nicht. Nur dass *Günter Rexrodt* – ehemaliger Bundeswirtschaftsminister, CitibankChef und Treuhandvorstand – ihr Vorsitzender war, wusste man in politisch interessierten Kreisen. Beim Stichwort „FDP-Berlin" assoziierten die meisten Berliner: „Figaro-Affäre", „unbedeutend" und „zerstritten".

Einige erinnerten sich, dass National-Liberale mit *Alexander von Stahl* versucht hatten, den Landesverband zu erobern und dass ihnen das nicht gelungen war. Anderen wiederum war im Gedächtnis haften geblieben, dass Studenten in die Partei gedrängt hatten. Aus der „PAM"-Aktion hatte die Berliner FDP am Ende immerhin etwa 100 aktive Mitglieder rekrutieren können (s. Kapitel 2). Nur Liebhabern der Berliner Bezirkspolitik schließlich war bekannt, dass es auf der kommunalen Ebene FDP-Repräsentanten gab: 2 Bezirksverordnete!

Auch bundespolitisch war die FDP zu Beginn des Jahres 2001 nicht in Form. Zwar war sie auch nach 1998 wieder im Bundestag vertreten, aber nach der Abwahl der Regierung *Kohl/Kinkel* war sie dort in der Opposition neben der CDU/CSU und der PDS. Die Fraktion wirkte wie ein Club älterer Herren, die ihre politische Zukunft hinter sich hatten. Der Partei- und Fraktionsvorsitzende *Wolfgang Gerhardt* kam in den Medien nicht „rüber".

Jürgen W. Möllemann hatte am 15. Mai 2000 für Überraschung gesorgt und schaffte bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen den Wiedereinzug ins dortige Parlament mit 9,8%. Mit seinem „Projekt 18" entwickelte er eine Autosuggestionstherapie, die der darin wenig loyale Generalsekretär, *Guido Westerwelle*, nutzte, um seinem Chef den politischen Garaus zu machen. Am Dreikönigstag 2001 war es `raus: *Westerwelle* wurde FDP-Vorsitzender, und für *Gerhardt* blieb die Fraktion. Diese Einigung „nach Gutsherrenart" wurde vom Parteitag eingesegnet (s. Kapitel 2).

Alle diese Vorgänge auf der Bundesebene schienen nicht geeignet zu sein, der Berliner FDP aus ihrem Jammertal zu helfen. Ihr schien es im Unterschied zu den westdeutschen Liberalen unter *Möllemann* nichts zu nützen, dass die CDU von der Spendenaffäre und den

Diadochenkämpfen der *Kohl*-Nachfolger geschüttelt war. Hier standen die nächsten Wahlen erst 2004 an.
Da tat sich der Berliner Bankenskandal auf.

Klaus Rüdiger Landowski, der Multifunktionär der Berliner CDU, geriet ins Fadenkreuz. Alle seine seit Jahren stadtbekannten Verwicklungen zwischen Politik und Landesbank wurden anrüchig, weil bekannt geworden war, dass er in seinem Bankdirektorenbüro von seinen Parteifreunden und Unternehmern *Christian Neuling* und *Klaus Hermann Wienhold* Bargeld als Spende für die CDU entgegen genommen hatte, während diese einen Kredit für ihre mittlerweile als fragwürdig bekannten Sanierungsgeschäfte bei Plattenbauten bekommen hatten. Im März war „*Landi*" seinen Bankposten los, da kämpfte er um den Fraktionsvorsitz. *Landowski* gehörte mit *Eberhard Diepgen* und anderen zur „Betonriege", die erst die Macht in der Berliner CDU und dann in Berlin erobert hatten. Der Regierende Bürgermeister *Eberhard Diepgen* war an seinen Freund gekettet. Die Affäre *Landowski* wurde auch die seine.

Im Mai kündigte *Klaus Rüdiger Landowski* seinen Rückzug als Fraktionsvorsitzender an und signalisierte damit, dass der Berliner CDU ein Machtwechsel bevorstand. Dann kam es heftig: Es wurde bekannt, eine Prüfung des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen hätte ergeben, der Bankgesellschaft Berlin müssten 2 Milliarden Euro zugeführten werden, um entstandene Verluste auszugleichen. Da das Land Mehrheitseigner der Bankgesellschaft war, richteten sich die Vorwürfe gegen die Politik und zuerst gegen *Eberhard Diepgen*, der die Sache in bewährter Art herunter spielen wollte. Aber da kochte die Volksseele. Bankenpleite und *Landowski* wurden gleich gesetzt. Der unglücklich agierende Bürgermeister *Diepgen* zog in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit alle Schuld auf sich und die CDU, obwohl diese mit der SPD zusammen regierte.

Anfang Juni war die Große Koalition in Berlin zu Ende. Die Berliner SPD – eigentlich mitverantwortlich für die Bankenkrise – spielte in den letzten Krisensitzungen des alten Senats die Empörte. Sie wollte `raus aus der Verbindung mit der CDU, wollte Neuwahlen und hoffte, mit Hilfe des *Schröder*-Bonus die Macht in der deutschen Hauptstadt wieder zu gewinnen.

Auf Neuwahlen setzten auch die Grünen, die PDS und die außerparlamentarische FDP. Zusammen mit den anderen Parteien gingen die Liberalen auf die Straßen und sammelten Unterschriften. Auf die über 40% CDU-Mitglieder im Abgeordnetenhaus musste Druck ausgeübt werden, damit sie der Auflösung des Landesparlamentes zustimmten.

Die Parteien bereiteten ihre Kampagnen vor. Ohne Spitzenkandidaten ging es im Medienzeitalter nicht. Die SPD schmiedete ein Übergangsbündnis mit den Grünen als Regierungs- und der PDS als Tolerierungspartner. Dieses ersetzte den *Diepgen*-Senat durch einen rot-grünen. An die Spitze stellte die SPD den neuen Regierenden Bürgermeister *Klaus Wowereit*, der sich mit seinem öffentlichen Bekenntnis zur Homosexualität bundesweit bekannt machte. In der PDS zierte sich *Gregor Gysi*, machte es aber dann doch. Die CDU schwankte, lehnte die Option *Wolfgang Schäuble* ab und entschied sich für *Frank Steffel*, einen Protegé *Landowskis*. Es war ein weiterer Fehler der Union. Die Grünen entschieden sich für die Ostberlinerin *Sybill Klotz*.

Bei der FDP machte das Gerücht die Runde, *Wolfgang Joop* sollte an die Spitze. Dann erging der Ruf an den Landesvorsitzenden *Günter Rexrodt*. Der war mittlerweile Bundesschatzmeister der FDP, und der neue Parteivorsitzende *Guido Westerwelle* implantierte ihn als Spitzenmann für die Berliner Wahlen. *Rexrodt* machte seine Sache gut. Er stellte sich

mit *Gregor Gys*i auf den Alexanderplatz und sammelte Unterschriften. Eine Werbeagentur stellte ihn als „Mister Wirtschaft" heraus. Die Leute nahmen ihm wirtschaftpolitische Kompetenz ab. Wie selbstverständlich führte er in dieser Phase die FDP in den Kreis der etablierten Parteien. In der Öffentlichkeit war das Gerede von der FDP, die keine Chance habe, wie weggeblasen.

Der CDU in Berlin gelang weder eine Erneuerung noch eine Konsolidierung. Ihre Entscheidung gegen *Wolfgang Schäuble* und für *Frank Steffel* erwies sich als doppelter Missgriff. Zum einem wurde der Korb für *Schäuble* innerhalb und außerhalb Berlins vielfach als Ausdruck tiefer Provinzialität gesehen, denn *Wolfgang Schäuble* galt als einer der besten Politiker Deutschlands überhaupt, und seinem Engagement im Deutschen Bundestag für Berlin war es zum großen Teil zu verdanken, dass die Stadt wieder deutsche Hauptstadt wurde. Zum anderen entpuppte sich *Frank Steffel* als Fehlbesetzung – ein Spitzenkandidat, der sich beim ersten Eierwurf hinter dem großen Bruder aus Bayern – *Edmund Stoiber* – versteckte, München zur schönsten Stadt Deutschlands erklärte und chauvinistische Sprüche aus seiner Jugend im Nachhinein nicht abtun konnte. So sank der durch die schlechte Lage der Bundespartei und die Bankenkrise ohnehin niedrige Marktwert der CDU in Berlin weiter.

Klaus Wowereit lebte als Spitzenkandidat der SPD von seinem neu erworbenen Amtsbonus, von der Wirkung seines Outings und von seinem Party-Charme. *Gregor Gysi,* der PDS-Spitzenkandidat, war den Fernsehschauern als witziger Gesprächspartner bekannt, und seine Popularität war ein Plus für seine Partei. Die Spitzenkandidatin der Grünen, *Sybill Klotz*, war weder in positiver noch in negativer Hinsicht besonders auffällig.

So hatten die Berliner Parteien ihre Personalisierungen organisiert, als in New York am 11. September 2001 der Terroranschlag erfolgte. Die Solidarität mit den USA war groß in einer Stadt, von deren Bewohnern viele überzeugt waren, dass sie die Freiheit gegen den Sowjetkommunismus nur hatte halten können durch die Präsenz und die Standfestigkeit der Amerikaner.

Der Wahlkampf in Berlin wurde ausgesetzt, kam dann allmählich wieder in Gang, drang aber nicht in die Tiefe der Probleme der Stadt ein. Für die wahlkämpfenden Parteien schien das ein Glück zu sein. Niemand fragte, wie sie konkret die Bankgesellschaft retten, wie sie den Haushalt sanieren, wie viel Tausende Menschen sie um ihren Arbeitsplatz bringen, welche Institutionen – Opernhäuser, Kliniken, Polizeiorchester usw. – sie schließen wollten. Die Anschläge von New York und der folgende Krieg in Afghanistan verdrängten die Debatte über die Probleme Berlins. Den politischen Parteien war es recht. So kam es zu fröhlichen Talkshows der Spitzenkandidaten, in deren Verlauf es *Gysi* gelegentlich gefiel, *Rexrodts* Rolle zu übernehmen und umgekehrt.

Die Berliner ließen sich es gefallen. Sie nahmen auch hin, dass der rot-grüne Senat so tat, als könnte auch er etwas tun gegen den Terrorismus und wenige Millionen für ein Berliner Sicherheitsprogramm zur Verfügung stellte.

Der verpönte, altmodische Straßenwahlkampf beherrschte das Bild. An allen markanten Punkten der Stadt waren die roten, rot-weißen, grünen und gelb-blauen Sonnenschirme der Parteien zu sehen. Friedlich waren sie da nebeneinander aufgestellt, und die Wahlkämpfer verschiedener Couleurs begrüßten sich freundlich, legten das eine oder andere Schwätzchen über Parteigrenzen hinaus ein. Die Bürger waren wohlgesonnen, kamen zu den Ständen, um Kugelschreiber, Fähnchen, Staubtücher oder gar Parteiprogramme einzusacken. Immer wieder war zu hören, dass sich etwas ändern müsse in der Stadt.

Nur den Straßenwahlkämpfern der CDU ging es schlecht. Wurde ein „Promi“ unter ihnen gesichtet, musste er sich Vorhaltungen über die Bankenkrise, den Stadtbankrott und über *Klaus Rüdiger Landowski* gefallen lassen. Sachbezogen war das nicht, und es war ein Phänomen dieses Wahlkampfes, dass die SPD – die alles mit der CDU zusammen zu verantworten hatte – vor derartigem verschont blieb.

Nachdem die SPD den Rauswurf der CDU aus dem Senat mit Hilfe der Grünen und der PDS geschafft hatte und die Zeichen auf Neuwahlen standen, wurde deren Termin zum Gegenstand politischer Kaffeesatzleserei. Das Abgeordnetenhaus musste seine Auflösung mit qualifizierter Mehrheit beschließen. Das ging nicht ohne die CDU. In der Hoffnung, dass Gras über die Bankenaffäre wachsen würde, plädierte die CDU für einen späten Wahltermin. Die anderen Parteien wollten das Eisen schmieden, so lange es heiß war und pochten auf frühere Neuwahlen. Da wurde der Termin der regulären Bürgerschaftswahlen im Hamburg relevant. Die standen für den 23. September an. In realistischer Einsicht wollte die SPD in Berlin nicht nach dem Hamburger Termin wählen, denn von dem schwante den Genossen nichts Gutes. Die CDU hingegen wollte nach Hamburg wählen, denn sie rechnete mit einem Sieg der CDU an der Elbe.

Mit ihrer Mehrheit setzte sich die CDU durch. Der 21. Oktober wurde der Termin der Neuwahlen. Als am 23. September in Hamburg das Wahlergebnis vorlag, war dessen Relevanz für Berlin nicht erkennbar: Die SPD hatte zusammen mit den Grünen ihre traditionelle Mehrheit eingebüßt, die CDU schwächelte bei 26% und die FDP bei 5%. Wahlsieger war der Rechtspopulist *Ronald Barnabas Schill*, der 19% der Wähler hinter sich brachte. Mit ihm wurde zwischen CDU und der knapp über die Sperrgrenze gerutschten FDP eine Koalition gebildet unter Führung eines CDU-Bürgermeisters. Diese war so labil und regional begrenzt, dass die CDU in Berlin den Machtwechsel an der Elbe nicht als Argument einbringen konnte. Im Gegenteil: Das Schicksal der abgewählten hanseatischen Sozialdemokraten schien in der Berliner Bevölkerung eher den Wunsch zu stärken, langjährigen Vorherrschaften generell ein Ende zu bereiten. Das traf hier die CDU.

Verlierer der Berliner Wahl war also die CDU: Sie sank von 40,8% auf 23,8% ab. Das war ein Erdrutsch, bedingt durch:

1. Die vertrackte Lage der Bundes-CDU,
2. die der CDU angelastete Bankenkrise und
3. den schlechten Wahlkampf *Frank Steffels*.

Für die Grünen war der Verlust von nur 0,8% angesichts ihrer bisherigen Verluste fast schon ein Erfolg. Die SPD, angetreten mit dem Ziel, führende Kraft in Berlin zu werden, gewann 7,3% der Stimmen hinzu, kam aber doch nur auf 29,7%, blieb also innerhalb des 30%-Turmes. Sieger im Osten Berlins war die PDS, die dort fast die Hälfte der Wähler hinter sich brachte und auch im Westen zunahm. Nicht zu unrecht reklamierte *Gregor Gysi* diesen Erfolg für sich persönlich.

Auch die FDP war ein Gewinner. Mit ihren 9,9% hatte sie 7,7% mehr mobilisiert als 1999. Zum ersten Mal seit 1995 war die FDP wieder in einen ostdeutschen Landtag eingezogen. Nachdem sie zweimal hintereinander als Splitterpartei aus Berliner Wahlen hervorgegangen war, stellte sie nun mit 15 Mandatsträgern eine stattliche Fraktion. Auch an der Basis „stimmte“ es: In allen Bezirksverordnetenversammlungen war sie vertreten – in zwei Bezirken aufgrund ihrer Stärke mit je einem Dezernenten im Exekutivorgan „Bezirksamt“

präsent. Aus der außerparlamentarischen FDP war eine gewichtige parlamentarische Gruppierung geworden.
Die offizielle Lesart für den Erfolg der Liberalen wurde von der Partei selber bald geliefert:

1. Der hervorragende Wahlkampf des Spitzenkandidaten und sein Einsatz hätten das Ergebnis bewirkt.
2. Das Funktionsargument – „*Rexrodt* statt „Rot-Rot“ „ – habe gezogen.
3. Das „Projekt 18“ habe seine autosuggestiven Kräfte entfaltet.
4. Der engagierte Wahlkampf der Parteimitglieder habe diese zum Erfolg getragen.

An jedem Argument ist ein Stück Wahrheit. Doch auf die Gewichtung kam es an. Hauptsächlich hatte der FDP das Funktionsargument geholfen: 83% der FDP-Wähler wollten die Partei als bürgerliches Gegengewicht in einem SPD-geführten Senat sehen und 79% eine Regierungsbeteiligung der PDS verhindern.

„*Rexrodt* statt „Rot-Rot“ „

war die Parole, mit der die FDP versprach, die von der Mehrheit ihrer Wähler gewünschte Funktion zu erfüllen, die PDS vom Senat fernzuhalten. Dass der FDP derartiges zugetraut wurde, lag womöglich an ihrem Spitzenkandidaten, vielleicht auch am Wahlkampf der Mitglieder und deren Anfeuerung durch das „Projekt 18“ – vor allem aber an einem: Die CDU schien vielen nicht wählbar. So wichen diese auf die FDP aus: Für 6 von zehn Wählern war es das Motiv für die Wahl der Liberalen.[197]

Eine Ampel kam jedoch nicht zustande, und die 3 daran beteiligten Parteien machten sich dafür gegenseitig verantwortlich. Die SPD, wird behauptet, habe dieses Ergebnis provoziert, um ihre Sehnsucht nach dem Bündnis mit der PDS erfüllen zu können. Die Wahrheit ist, dass es innerhalb der SPD unterschiedliche Meinungen über die beste Koalition gab und dass während der Verhandlungen diejenigen innerparteilich an Boden gewonnen hatten, die zur PDS neigten. Aber wer der Berliner SPD zutraute, sie habe wochenlang die beiden kleineren Parteien getäuscht, um ein anderes Ziel zu erreichen, überschätzt die machiavellistische Kompetenz dieser Landespartei.

Dass es zwischen den Grünen und der FDP gekracht hatte, lag einerseits an der Verschiedenheit der Milieus, die diese Parteien repräsentierten, andererseits an der unmittelbaren Konkurrenz zwischen den kleinen Parteien. Beide kämpften um das Überleben und wollten dem direkten Konkurrenten den Garaus machen, beide begehrten die Funktion des Mehrheitsbeschaffers, und beide repräsentierten akademisch gebildetes bürgerliches Publikum – die Grünen die mehr links und sozial Orientierten, die etwa 2800 Mitglieder umfassende Berliner FDP die Karriere- und Leistungsorientierten unter ihnen.

Schuldlos am Scheitern der Ampel war keine Partei, auch die FDP nicht. Nach dem Wahlergebnis hätte sie die Partei sein müssen, die am stärksten auf das Zustandekommen von Rot-Gelb-Grün drängte. Das war ihr Wählerauftrag. Mit ihren verkehrs- und bildungspolitischen Vorstößen zeigte die Partei, wie weit sie sich nach 6 Jahren außerhalb des Parlamentes von der gesellschaftlichen Realität entfernt befand. Ihre Darstellung als Ein-Mann-Partei passte wenig zu einer liberalen Organisation. Wer andere als Partner gewinnen

[197] Infratest „dimap, Wahlreport 2001“

will, darf sich nicht als Oberlehrer präsentieren. Schließlich mutete es ein wenig fundamentalistisch an, dass ein Streit um Steuern für Getränke, Boote und Grundstücke die gerade von FDP-Wählern gewollte Koalition verhindert hatte. Wie man es drehte und wendete: Die Berliner FDP hatte ein großartiges Wahlergebnis erzielt, sie hat jedoch den damit verbundenen Wählerauftrag nicht erfüllt.

Tab. 9: Mitglieder der Berliner FDP 2002/2003[198]

Bezirk	31.12.02	31.03.03	30.06.03.	30.09.03	21.12.03
Charlottenburg-Wilmersdorf	508	523	524	517	522
Friedrichshain-Kreuzberg	103	103	104	100	104
Lichtenberg	78	74	77	71	70
Marzahn-Hellersdorf	48	46	44	45	43
Mitte	382	377	391	397	399
Neukölln	116	144	116	114	112
Nord-Ost	166	165	161	159	168
Reinickendorf	216	220	206	204	198
Spandau	206	204	207	201	199
Steglitz-Zehlendorf	433	412	408	402	396
Tempelhof-Schöneberg	519	469	471	475	478
Treptow-Köpenick	93	94	86	85	80
Berlin	2868	2831	2795	2770	2769

Die FDP musste nun leisten, was sich klassisch formuliert mit „erwirb es, um es zu besitzen“ ausdrücken lässt. Den Auftrag der Wähler konnte die Partei nicht ausführen. War also der Erfolg nur ein Scheinsieg?

Er war ein Kredit, der abzuzahlen war. Dafür musste die Berliner FDP einiges tun:

1. Die Partei musste wegkommen vom Zustand der Einpersonenpartei. Durch die Wahl von 15 Funktionären ins Abgeordnetenhaus und 2 Stadträten in den Bezirken hatte die FDP die Chance, mehrere Parteiführer herauszustellen, die sich durch ihre Arbeit Kompetenz aneignen würden.
2. Die Berliner FDP musste die von einer Partei zu erwartende Kompetenz für alle Ebenen und Themen der Politik wieder erwerben. Die Chance dazu hatte sie, weil sie nicht nur in allen Ausschüssen des Landesparlamentes vertreten war, sondern auch in sämtlichen Bezirksverordnetenversammlungen. Überall musste sie sich präsentieren, und durch Koordinierung ihrer Politik hätte sie erreichen können, dass ihre Philosophie vor Ort erkennbar würde.
3. Orientiert an der Stadtwirklichkeit hatte die Berliner FDP in der Tat ein liberales Stadtprogramm („Berliner Freiheit“) entwickelt, in dem sie darlegte, wie – ausgehend vom Grundsatz des Vorrangs der Person vor der Institution – eine offene Stadtpolitik betrieben werden könnte, die Kreative und Potente anziehen sollte, ihnen hier Freiräume geben und gleichzeitig soziale Verantwortung übernehmen würde.
4. Die Berliner FDP musste sich neu organisieren. Darum bemühte sie sich. Sie wollte eine straffere Führung, die angekoppelt wäre an die Resonanz der Bezirke. Auf einem

[198] FDP Landesverband Berlin, Geschäftsbericht 2003, vorgelegt zum 70. ordentlichen Landesparteitag am 24.04.2004, S. 14

Parteitag im Jahre 2003 jedoch wurde offenbar, dass über die neuen Strukturen in der Partei keine Einigkeit bestand: Bei der Organisationsreform blieb die Partei stecken.

5. An der Spitze brauchte die Berliner FDP eine Verjüngung, wenngleich sie in der Breite alle Altersgruppen repräsentieren wollte. Die Hauptverantwortung sollte an die „Vierzigjährigen" gehen. Das galt für den Landes- und den Fraktionsvorsitz ebenso wie für die Vertreter im Deutschen Bundestag. Mit dem Fraktionsvorsitzenden *Martin Lindner* und dem Bundestagsabgeordneten *Markus Löning* waren 2 Personen mit Führungsanspruch aus der jüngeren Generation denn auch nach vorn getreten.

Auf dem Landesparteitag am 24. April 2004 erfolgte eine personelle Neuaufstellung der Berliner FDP. *Günter Rexrodt* gab sein Amt als Landesvorsitzender ab, und an seiner Stelle wurde der 43-jährige Bundestagsabgeordnete *Markus Löning* mit 85,4% der Delegiertenstimmen gewählt. Zusammen mit dem 40-jährigen Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus, *Martin Lindner*, wollte er die Doppelspitze der Berliner FDP bilden. Die Wahlen der stellvertretenden Landesvorsitzenden, der Schatzmeisterin und der Beisitzer war bestens vorbereitet, und sie liefen reibungs- und konfliktlos ab. Die als notorisch zerstritten geltende Berliner FDP bot ein für Kenner ungewohntes Bild der Eintracht und Einigkeit.[199]

3.9 Mühsal in der Opposition

Martin Lindner profilierte sich im Berliner Abgeordnetenhaus aufgrund seiner Respektlosigkeit und Rednerbegabung schnell zum eigentlichen Oppositionsführer. Als jedoch der rot-rote Senat durch den Rücktritt *Gregor Gysis* als Wirtschaftssenator und Bürgermeister im August 2002 in eine ernste Krise geriet,[200] konnte auch *Lindner* nicht in die Landespolitik eingreifen. Die Koalition regelte die Nachfolge autonom.

Markus Löning dagegen schien der ideale Parteivorsitzende zu sein, der „den Laden zusammen" hielt, die Parteiarbeit immer wieder ankurbelte und auch die verschiedenen Basisorganisationen aufsuchte. Allerdings bestand zwischen *Lindner* und *Löning* von Anfang an eine Rivalität. Nach dem Rücktritt von *Rexrodt* wollten ursprünglich beide um den Landesvorsitz kandidieren. Sie eruierten ihre jeweiligen Chancen in der Partei. Schließlich hatten sich 2004 beide auf eine „Tandemlösung" geeinigt. Über den Kopf der Partei hinweg versprachen sie sich darüber hinaus gegenseitige Unterstützungen bei kommenden Wahlen.

In Berlin war die FDP nunmehr bekannt als Partei *Rexrodts* und zunehmend auch *Lindners*. *Löning* war dem Publikum weniger bekannt. Die Berliner FDP hatte das Image einer forschen wirtschaftsliberalen Partei, die in der Landespolitik am Ende in keiner stra-

[199] Mitte des Jahres wurde der Landesverband Eingeweihten allerdings schon kenntlicher, als Misstöne erklangen: Der Fraktionsvorsitzende *Martin Lindner* verglich einen PDS-Abgeordneten mit dem NS-Richter *Roland Freisler*, und der Abgeordnete *Martin Matz* wandte sich öffentlich gegen die Mehrheit seiner eigenen Fraktion und gegen eine „Koalition" der FDP mit der CDU in der Stadt- zu einer Zeit, in der eine Ablösung der rot-roten Senatskoalition noch gar nicht anstand. *Matz* selber – der frühere Landesvorsitzende der Berliner FDP - wechselte später zur SPD.

[200] Wegen einer „Miles and more"-Sache war *Gregor Gysi* demissioniert. Er mache sich Vorwürfe wegen seines Verhaltens als Bundestagsabgeordneter, erklärte er. Er habe Verwandte auf dienstlich erworbenen Meilen nach Kuba fliegen lassen und befürchtete nun eine „Persönlichkeitsveränderung". Dass er wegen neuerlicher Stasi-Vorwürfe oder wegen Amtsmüdigkeit gegangen sei, bestritt *Gysi*. Der Berliner Spitzenkandidat der PDS von 2001 hatte sich somit verabschiedet.

tegischen Position war. Die CDU und die Grünen waren wie sie ebenfalls in der Opposition. Auffällig war, wie geschlossen die FDP Berlin sich präsentierte. Die Absprachen für die Vorstandswahlen auf den letzten Landesparteitagen waren schon wieder etwas zu viel für eine demokratische Partei. Die Berliner FPD hatte zwar eine Option für einen möglichen Wechsel der politischen Verhältnisse 2006 in der Stadt. Im Unterschied zur Bundespolitik waren die koalitionspolitischen Aspekte des Wechsels jedoch unklar.

Der Tod *Günter Rexrodts* im August 2004 hatte zur Folge, dass *Helmut Königshaus* für ihn in den Deutschen Bundestag einrückte. Im Juni 2005 wurde er nach *Markus Löning* auf dem 2. Platz der Landesliste bestätigt. Doch das Dilemma der Berliner FDP war, dass die Partei weder im Bund noch im Lande mitregieren konnte. Im Bund verbannte nach dem „rot-grünen Projekt" auch die Große Koalition die FDP in die Opposition, und im Berliner Abgeordnetenhaus war es „Rot-Rot" mit *Klaus Wowereit* an der Spitze.

Im April 2006 fand ein Landesparteitag statt, mit dem sich die FDP Berlin auf die Abgeordnetenhauswahlen vorbereitetet hatte. Der Parteitag hatte dreierlei zu leisten.

1. Es musste eine Integration der alteingesessenen mit den durch den Umzug der Bundhauptstadt nach Berlin hinzugekommenen „Dienstleistern" des Hauptstadtbetriebes erfolgen.
2. Ein neuer Landesvorstand musste gewählt werden.
3. Das „Tandem" zwischen dem Landes- und dem Fraktionsvorsitzenden musste bestätigt und ein Wahlprogramm verabschiedet werden.

So debattierte der Parteitag die Rolle der dem Bundesvorstand meist ergebenen „Dienstleister" und Karrieristen „aus den übrigen Bundesgebiet" und hieß sie überwiegend willkommen. *Markus Löning* bekam mit 71,6% ein respektables, wenn auch schlechteres Ergebnis als 2004 (85,5%). *Martin Lindner* wurde als Spitzenkandidat für die bevorstehenden Abgeordnetenhauswahlen nominiert und ein 45-seitiges Wahlprogramm mit den Schwerpunkten Wirtschaft und Bildung wurde verabschiedet. Zufrieden konstatierte der Bundesvorsitzende *Guido Westerwelle*. „Der Parteitag hat Entscheidungen getroffen. Das war's dann aber auch mit der Beschäftigung mit der eigenen Partei."[201] Wahrscheinlich nicht gewusst hatte der Bundesvorsitzende damals, dass ein junger „Strippenzieher" aus dem Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf den Ablauf des Parteitages organisiert hatte: der Abgeordnete *Christoph Meyer.* Von ihm sollten er und die Berliner FDP in der Zukunft allerdings noch hören.

Martin Lindner war 2002 bis 2009 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. Hier bekleidete er von November 2001 bis Februar 2002 die Position des stellvertretenden Vorsitzender der FDP-Fraktion nach *Günter Rexrodt*. Bis März 2009 war er dort Vorsitzender. Sein Nachfolger wurde *Christoph Meyer*. *Lindner* zog 2009 in den Bundestag ein. Er kam mit eigenwilligen Medieninitiativen immer wieder in die Öffentlichkeit. So schlug er 2008 vor, Kirchensteuer zahlenden Gemeindemitgliedern über Platzkarten ein Anrecht auf vorrangige Teilnahme an Weihnachtsgottesdiensten einzuräumen.

Markus Löning war seit 2004 Landesvorsitzender der FDP Berlin und war Bundestagsabgeordneter. Er wurde 2005 Vizepräsident der Europäischen Liberaldemokratischen Partei (ELDR). Auf der Landesvertreterversammlung der Berliner FDP am 28. März 2009

[201] So Stefan Schulz in der „Berliner Morgenpost": „Liberale feiern ihren Spitzenkandidaten. Berliner FDP verabschiedet Wahlprogramm und wählt einen neuen Landesvorstand auf einem ruhigen Parteitag." 28.3.2006

war die „Tandem-Lösung“ nicht mehr aktuell, und *Martin Lindne*r besiegte *Löning* in einer Kampfabstimmung um den Listenplatz 1 der Berliner FDP für den Bundestag. Auf weiteren Plätzen trat *Löning* nicht mehr an. „Strippenzieher“ bei dieser Rochade war *Lindners* Nachfolger an der Spitze der Abgeordnetenhausfraktion, *Christoph Meyer*.

2006 fanden abermals Abgeordnetenhauswahlen statt, die aber an der Lage der FDP nicht verbesserte. Sie blieb Oppositionspartei, denn sie verlor gegenüber 2001. Die beiden Stadtratsposten in den Bezirken büßte die Partei ein, so dass sie administrativ gar keine Rolle mehr in der Stadt spielen konnte.

Tab. 10: Ergebnisse der Abgeordnetenhauswahlen 2006 in %

Beteiligung	CDU	SPD	FDP	Grüne	PDS/Linke
58	21,3	30,8	7,6	13,1	13,4

SPD und Linkspartei gingen abermals eine Koalition ein. Die CDU hatte zuvor *Friedbert Pflüger,* den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, als Spitzenkandidat aufgestellt. Nach der Wahl wurde *Pflüger* Vorsitzender der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, wo er allerdings auf einer Sondersitzung am 11. September 2008 wieder abgewählt wurde, nachdem er auch den CDU-Parteivorsitz in der Stadt begehrt hatte. *Pflüger* war der Versuch eines Politikerimportes an die Spree, der an der Mentalität des Niedersachsen scheiterte.

Zuvor schon hatte *Martin Lindner* auf dem Landesparteitag im April 2008 gegen *Markus Löning* kandidiert. Noch hatte *Löning* die Mehrheit der Delegierten hinter sich, denn er erhielt 180 Stimmen; sein Herausforderer kam auf 163 Stimmen. Der Umschwung in der Abgeordnetenhausfraktion war noch nicht vollziehbar, und so unterstützte *Christoph Meyer* mit seinen Anhängern noch *Löning* in der Landespartei. 2009 ließen sie *Martin Lindner* aber auf Platz 1 in den Bundestag ziehen, damit Platz würde für den Fraktionsvorsitz.

Im Januar 2010 schrieb *Löning* einen Brief an alle Berliner FDP Mitglieder, der folgenden Wortlaut hatte:

> „Liebe Parteifreunde,
> die Eröffnungsbilanz 2010 sieht für uns Berliner Liberale hervorragend aus: knapp 3.500 Mitglieder, eine Europaabgeordnete, drei Mitglieder des Bundestages, 13 Mitglieder im Abgeordnetenhaus und 40 Bezirksverordnete.
>
> Finanziell stehen wir mehr als solide da. Es ist uns in den letzten Jahren gelungen, für alle Wahlen hohe Spendensummen einzuwerben. Wir konnten die Wahlkämpfe aus Spenden und Rücklagen finanzieren und haben schon jetzt die nötigen Reserven für 2011 aufgebaut.
>
> Zug um Zug haben wir unser Programm erweitert und erneuert. Wir haben mit der „Berliner Freiheit“ ein wegweisendes Grundsatzprogramm beschlossen, wir haben uns neue Themenfelder erarbeitet und der FDP ein breiteres liberales Profil gegeben. Das hat uns attraktiv gemacht, besonders für neue Wähler aus der Mitte unserer Gesellschaft.
>
> Aber vor allem haben wir sehr viele motivierte Mitglieder. Das zeigt die große Beteiligung an den Diskussionen über unseren Leitantrag. In den Wahlkämpfen 2009 waren mehr Parteifreunde auf der Strasse als jemals zuvor, um für einen Politikwechsel in Deutschland zu kämpfen.
>
> Zu Beginn meiner Arbeit im Landesvorstand, im Jahr 1995, waren wir hoch verschuldet, in politische Grabenkämpfe verstrickt und standen bei 2,5% der Wählerstimmen. Im letzten Jahr haben wir bei der Bundestagswahl in Berlin als geschlossener Verband sensationelle 11,5% erreicht. Wir sind wieder eine ernstzunehmende politische Kraft.

> Unser Landesverband ist gut aufgestellt, um im nächsten Jahr – endlich – die rot-rote Zeit in Berlin zu beenden.
>
> Das Votum der Landeswahlversammlung, mich nicht mehr für den Bundestag aufzustellen, habe ich selbstverständlich respektiert. Als Landesvorsitzender habe ich den Wahlkampf für die Berliner FDP und unsere Kandidaten loyal und vor allem sehr erfolgreich geführt.
>
> Jetzt ist es Zeit, mich neuen Herausforderungen zu stellen – beruflich und politisch. Auf dem kommenden Parteitag werde ich daher nicht mehr für den Landesvorstand kandidieren.
>
> Mit liberalen Grüßen
>
> *Markus Löning*
>
> Landesvorsitzender“

Der Fraktionsvorsitzende *Christoph Meyer* meldete sogleich seinen Anspruch an, neuer Vorsitzender der Berliner FDP zu werden und wurde am 19. März gewählt. *Markus Löning* wurde Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung und *Helmut Könighaus* Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages. Für die Berliner FDP hatte eine neue Ära begonnen.

Der Landesverband wird versuchen, nach der Etablierung vieler schwarz-gelber Bündnisse im Land und im Bund selber in Berlin 2011 eine „Ampel“ oder „Jamaika“ zu installieren, weil das die einzigen Chancen wären, das Wahlversprechen von 2001 gegen die Linkspartei doch noch einzulösen und endlich die ungeliebte Oppositionsrolle abzulegen. So gesehen könnte Berlin nach dem Saarland Ausgang einer Bündniskonstellation werden, bei der die gesamte FDP ihre Rolle als Juniorpartner nur der Union überwindet.

Zwei mal nach 1990 ist die Berliner FDP bei Wahlen weit unter der 5%-Grenze gelandet. Sie war daran nicht schuldlos. Auf der Bundesebene hatte sie durch lange Jahre des Mitregierens politische Substanz verloren. So sehr hatte sie sich die Staatsinteressen zu eigen gemacht, dass sie sogar das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung antastete. So sehr hatte sie sich auf den Sockel der Etablierten gesetzt, dass sie mit dem Begriff von der Partei der Besserverdienenden eine Kampfparole gegen sich selber erfand. Mit der lokalen Figaro-Affäre und mit ihren inneren Flügelkämpfen trug sie vor Ort kräftig dazu bei, dass sich weitere Wähler von ihr abwandten.

Zum dritten Mal war die FDP Berlin 2001 in die Politik der Stadt zurückgekehrt. Mit den Mandaten, die sie nun hatte, konnte sie daran arbeiten, die Probleme der Berliner zu erkennen und dafür Lösungen anzubieten, die auch im Falle weiterer Belastungen Bürgersinn erkennen lassen.

Die Berliner FDP war stark, wenn sie sich auf der Höhe der allgemeinen politischen Entwicklung befunden hatte. Das war in der Ära *Schwennicke* so, als die Partei sich gegen die Machtansprüche der Kommunisten wehrte. Diese Grundkonstellation stellte sich wieder ein, als die Partei in der Ära *Borm* die Vertragspolitik mit dem Osten aktiv mittrug. Und 2001 war es zur Zeit *Rexrodts* abermals so, weil die FDP – neben der PDS und den Grünen – den Unmut gegen den von der großen Koalition verursachten Bankenskandal artikulierte, zugleich aber gegen die PDS mobilisierte.

Umgekehrt geriet die Berliner FDP stets dann ins Aus, wenn sie an den Stimmungen und Interessen der Bürger vorbei „Politik“ machte. Das war beim Streit *Schwenickes* mit *Dehler* Ende der fünfziger Jahre so, 1989 beim abgehobenen und von der FDP getragenen

„Kudammsenat“ und 1995 bis 1999 angesichts der Figaro-Affäre sowie der inneren Rechts-Links-Streitigkeiten.[202]

Dauerhafte Anhängerschaft hat die Berlinert FDP nicht. Es gibt in Berlin kein starkes liberales Milieu, dass die Partei tragen würde. Eine politische Definition des „Liberalismus“ für die Stadtpolitik hat die Berliner FDP nicht vorgelegt – zu tagesorientiert sind die Sichtweisen der entscheidenden Mitglieder, als dass sich in dieser Organisation konzeptionelles Denken durchsetzen könnte. Es ist offen, ob sich die Berliner FDP 2011 mit eigenständigen Positionen – auch gegenüber der Bundespartei – behaupten kann. Der sicherste Weg wieder heraus aus dem Parlament aber wäre es, erneut innerparteilichen Streit anzufangen.

3.10 Anmerkungen über die FDP Hessen[203]

Nach Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Niedersachsen gehört Hessen zu den größeren Mitgliederverbänden der FDP. Der Landesverband organisiert traditionell etwa 10% der FDP-Mitglieder – 2002 waren es 6.372. Führende Bundespolitiker wie *August Martin Euler, Karl-Hermann Flach, Wolfgang Gerhardt, Osswald A. Kohut*, *Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm*, *Wolfgang Mischnick* und *Hermann Otto Solms* sind aus dem Landesverband hervorgegangen. Seine Eigenständigkeit demonstrierte der Verband, als er nach der Landtagswahl 1999 unter der Landesvorsitzenden *Ruth Wagner* trotz dringendem Wunsch der Bundespartei zur Koalition mit der stark in die Spendenaffäre verstrickte hessische CDU stand – freilich nach heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen. Auch das „Projekt 18%“ fand in Hessen keine Gegenliebe und der Widerstand dagegen brachte die Landesvorsitzende in der Bundespartei eine zeitlang in eine Außenseiterposition.

Bis zur Gründung der Landespartei war das Bild der liberalen Parteien in Hessen nach 1945 bunt. In Frankfurt am Main hatten sich unter der Initiative des Fabrikanten *Georg Friedrich Fertsch* ehemalige Anhänger der DDP und der DVP zusammen getan, um sich als einzige nichtsozialistische bürgerliche Partei unter dem Namen „Liberal-Demokratische Partei“ bei der amerikanischen Besatzungsmacht lizenzieren zu lassen. Es wird berichtet, dass sich die Gründer am 29. Dezember 1945 im Hotel Baseler Hof in Frankfurt zu einer „Konferenz der freien demokratischen Parteien Großhessens“ getroffen hätten. Inhaltlich hätten sie sich – so *Ruth Wagner* – zwischen dem Programm der Berliner LDP, den stärker linksliberalen Vorstellungen der baden-württembergischen DVP und den nationalliberalen Ideen in Nordhessen positioniert. In der Einleitung des Programms hieß es:

> „Nach dem durch die Schuld des Nationalsozialismus verursachten Zusammenbruch des Reiches steht die völlige Neugestaltung des deutschen Gemeinschaftslebens als die große Aufgabe vor uns. Sie kann nur erfüllt werden durch die Rückkehr zu den christlichen Grundlagen der deutschen Kultur, durch Verwirklichung einer neuen sozialen Gesinnung und durch den aufrichtigen Willen zur Mitarbeit an der Festigung des friedlichen Zusammenlebens der Völker.“[204]

[202] In einer Umfrage war die Berliner FDP im Februar 2010 auf „knapp sechs Prozent abgestürzt“, s. Der Tagesspiegel, 16. Februar 2010, S. 12.

[203] S. hierzu Wolfgang Staudt, Liberale in Hessen. Materialien zum 50jährigen Bestehen der F.D.P. in Hessen, Wiesbaden 1996

[204] Zitiert nach *Ruth Wagner*, Ansprache der F.D.P. Landesvorsitzenden in: Wirtschafts- und Sozialpolitik Verlags GmbH Wiesbaden (Hg.), 50 Jahre F.D.P. Hessen, a.a.O., ohne Seitenzahlen

Die Hinweise auf die „soziale Gesinnung“ und die „christlichen Grundlagen“ signalisierten den anfänglichen Charakter der hessischen Liberalen als Partei des breiten Bürgertums. Auch außerhalb Hessens wurde in der Gründungsphase der FDP vielerorts so gedacht.

In Kassel existierten eine mehr linke und eine mehr rechte nationale Gruppierung nebeneinander, die sich auf Druck der Amerikaner zur LDP-Kassel zusammentun mussten. Im Folgenden wurden die Linksliberalen an die Wand gedrängt. Auch die Hersfelder Gründung tendierte in die nationalliberale Richtung. Hier hatte man sogar die Idee, dem Parteinamen LDP den Zusatz „*Stresemann*-Partei“ zu geben. Zu den Hersfelder Wortführern gehörten *Max Becker* und *August Martin Euler*. In Marburg dagegen orientierte man sich stark an der DDP-Tradition und sah sich neben SPD und KPD als eine der Linksparteien vor Ort. Die Marburger LDP war für die Verstaatlichung wichtiger Kernbereiche der Wirtschaft. Sie war im Rathaus mit 40,4% die stärkste Fraktion. Der Oberbürgermeister *Karl-Theodor Bleek* kam aus ihren Reihen.

In ländlichen Gebieten jenseits dieser Orte entwickelte sich die liberale Partei erst nach Gründung des Landesverbandes.[205]

Tab. 11: Die Landesvorsitzenden der FDP Hessen seit 1945

Ludwig Fertsch	1945 bis 1946
August Martin Euler	1946 bis 1956
Max Becker	1956 bis 1958
Oswald Kohut	1958 bis 1961
Heinrich Kohl	1962 bis 1967
Wolfgang Mischnick	1967 bis 1977
Ekkehard Gries	1978 bis 1982
Wolfgang Gerhardt	1983 bis 1995
Ruth Wagner	1995 bis 2005
Jörg-Uwe Hahn	ab 2005

Die hessische FDP als Landespartei hatte sich im Verlaufe ihrer Geschichte ideologisch unterschiedlich positioniert. Unter ihrem ersten Landesvorsitzenden *Georg-Ludwig Fertsch* (Dezember 1945 bis Juni 1946) war sie gesamtdeutsch orientiert. *Fertsch* hatte gute Kontakte zu *Wilhelm Külz,* und wie in der SBZ hatten die hessischen Liberalen den Namen „LDP“. Nicht der Name, aber die Orientierung änderte sich, als *August Martin Euler* 1946 die Führung des Landesverbandes übernommen hatte: Die hessische FDP gab gesamtdeutsche Vorstellungen auf und sah sich als westdeutscher Verband. Dieser positionierte sich auf der rechten Seite des Spektrums und bildete mit Nordrhein-Westfalen in der Bundespartei den Gegenpol zu den mehr in der demokratischen Tradition stehenden Gliederungen im Südwesten und in den Hansestädten. Angesichts der stark dem christlichen Sozialismus verhafteten hessischen CDU sah sich die LDP – nach der Gründung der Bundespartei 1948 in Heppenheim: „FDP“ – in Hessen als die einzige bürgerliche Rechtspartei. Ja, die hessische LDP/FDP zeigte sich offen für ehemalige Mitläufer des Nationalsozialismus.

Bei den Wählern hatte der Landesverband damit Erfolg: Die Liberalen in Hessen erzielten bei der ersten Bundestagswahl 28,1% bei 11,9% im Bundesdurchschnitt. In der

[205] Wolfgang Staudt, a.a.O., S. 14f

ersten Landtagswahl im Dezember 1946 kam die LDP auf 15,7%; bei der zweiten im November 1950 gar auf 31,8%. Sie rangierte damals weit vor der CDU (18,8%).

Unter dem Ministerpräsidenten *Georg August Zinn* (SPD) verblieb die FDP Hessen von 1950 bis 1970 eine lange Zeit in der Opposition, in die sie schon *Zinns* Vorgänger, *Christian Stock* (SPD), von 1946 bis 1950 „verbannt" hatte. Als *August Martin Euler* nach dem Bruch zwischen FDP und Union im Bund 1956 die FVP mitgründete, war das für den Landesverband Hessen der FDP eine Parteispaltung. In der Folge verlor die FDP in Hessen die Position als stärkste bürgerliche Partei an die CDU. Insbesondere auf dem Lande und beim Mittelstand hatte sie Boden verloren. Als die FDP-Hessen 1970 unter *Albert Osswald* (SPD) analog zur sozial-liberalen Koalition in Bonn erstmals in Wiesbaden mitregieren konnte, hatte sie über 24 Jahre der Oppositionszeit, eine Parteispaltung und eine politische Neuorientierung hinter sich. Dennoch gab es heftigen innerparteilichen Widerstand gegen das Bündnis mit der SPD, und die Landespartei verlor abermals Mitglieder und Anhänger. 1976 ersetzte *Holger Börner* (SPD) *Albert Osswald* als Ministerpräsident. Bei der Landtagswahl im September 1982 scheiterte die FDP infolge des Niedergangs der sozial-liberalen Koalition in Bonn und der unvermittelbaren Wahlaussage im Bundesland zugunsten der Union zum einzigen Mal in Wiesbaden mit 3,1% an der 5%-Grenze. Sie musste mit ansehen, wie die in den Landtag eingezogenen Grünen (8,0%) an ihrer Stelle die Koalition mit *Börner* fortsetzten. Bei der ein Jahr später abgehaltenen erneuten Landtagswahl kam die hessische FDP 1983 mit 7,6% zwar wieder in den Landtag, aber die Koalition SPD/Grüne unter *Börner* hielt trotz der Stimmenverluste der Grünen (5,9%) bis 1987.

Ein besonderes Kapitel der hessischen FDP ist die Ermordung des Wirtschaftsministers und stellvertretenden Ministerpräsidenten, *Heinz-Herbert Karry* am 11. Mai 1981. Der joviale und populäre *Karry* war auch Bundesschatzmeister der FDP. Er wurde im Frankfurter Stadtteil Seckbach morgens um 5 Uhr, als er schlafend im Bett lag, durch das offene Schlafzimmerfenster erschossen. Eine terroristische Gruppe „Revolutionäre Zellen" bekannte sich zu dem Attentat. Man habe nicht *Karry* ermorden, sondern den „Türaufmacher des Kapitals" durch Verletzungen hindern wollen, „seine widerlichen und zerstörerischen Projekte weiter zu verfolgen". *Karry* sei verantwortlich gewesen für das Atomkraftwerk Biblis, die Startbahn West des Flughafens Frankfurt, zahlreiche Autobahnen und verwickelt in Waffengeschäfte in Krisenregionen. Die Mörder *Karrys* konnten nicht gefasst werden. Die Bundesanwaltschaft stellte 1986 das Ermittlungsverfahren ein, nachdem 400 Akten angelegt und etwa 300 Spuren gesichert worden seien. 1991 wurde das Verfahren wieder aufgenommen; der Anfangsverdacht gegen eine Person konnte aber nicht erhärtet werden, so dass das Verfahren 1993 eingestellt wurde. Die Stadt Frankfurt ehrte den Ermordeten, indem sie die Rothenburger Straße in *Hans-Herbert-Karry*-Straße umbenannte.

Ruth Wagner fasst die Einschätzung der hessischen FDP zum Fall *Karry* zusammen:

> „Es gibt im Ergebnis der Untersuchung zum Tode von *Heinz Herbert Karry* 3 Linien, die Ermittler verfolgt haben:
> 1. Private,
> 2. Spuren, die eventuell mit Geschäften des früheren Nicht-Politikers *Karry* zu tun gehabt haben und schließlich

> 3. die Täterschaft im Umfeld der militanten Flughafenausbaugegner. Wir und ein großer Teil der Kollegen in Hessen glauben, dass das Letztere wahrscheinlich ist. Endgültige Aufklärung ist offensichtlich nach heutigem Stand nicht möglich."[206]

Bei den Landtagwahlen 1987 verlor die SPD 6% und kam auf 40,2%. Stärkste politische Kraft wurde die CDU mit 42,1%. Obwohl die FDP mit 7,8% hinter den Grünen (9,4%) blieb, reichte es knapp für eine Koalition der FDP mit der CDU. Ministerpräsident wurde *Walter Wallmann* (CDU), sein Stellvertreter und Minister für Wissenschaft und Kunst *Wolfgang Gerhardt*. Die Regierung hatte sich einen „Modernisierungskurs" vorgenommen, bei dem es der FDP besonders um die Förderung von Wissenschaft, Kunst und Kultur ging. Nach einer Legislaturperiode jedoch verlor „Schwarz-Gelb" die knappe Mehrheit an „Rot-Grün". SPD und Grüne regierten unter *Hans Eichel* (SPD) von 1991 bis 1999. Die FDP hatte in beiden Legislaturperioden 7,4% der Wählerstimmen hinter sich.

Spannend wurde es zur Landtagswahl am 7. Februar 1999, nachdem die Koalition der FDP mit der Union zuvor bei den Bundestagswahlen 1998 abgewählt worden und *Gerhard Schröder* Kanzler einer rot-grünen Bundesregierung war.

Die Hessen-Wahl 1999 war nach dem Machtwechsel im Bund eine auch überregional wichtige Entscheidung: Die erste Landtagswahl nach 1998 würde zeigen, ob der Bundestrend sich weiterhin günstig für „Rot-Grün" entwickelte. Angesichts der knappen Mehrheit von „Rot-Grün" im Bundesrat hingen von der Hessen-Wahl außerdem die Mehrheitsverhältnisse in der Länderkammer ab. In der Hessen-CDU hatte sich der das Ende der Ära *Kohl* verkündete „junge Wilde" *Roland Koch* als Spitzenkandidat durchgesetzt. Bei der mit der als links-liberal eingestuften *Ruth Wagner* antretenden FDP war der Wiedereinzug in den Landtag fraglich. Überraschend gewann die CDU mit *Roland Koch* die Wahl (43,4%) – mit einem scharfen Kurs gegen die beabsichtigte Staatsbürgerschaftspolitik der rot-grünen Bundesregierung. Die FDP kam auf 5,1% und entging damit kapp der vielen anderen FDP-Landesverbänden mittlerweile bekannten Rolle einer außerparlamentarischen Opposition. CDU und FDP bildeten eine Koalition und regierten bis 2003, als die FDP mit 7,9% zwar gestärkt wurde, die CDU mit 48,8% die absolute Mehrheit im Landtag erzielte und allein regieren konnte.

Die 1999er Hessen-Wahlen hatten die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zugunsten der Union und zu Lasten der Bundesregierung „gekippt" und damit eine Konstellation geschaffen, welche die rot-grüne Bundesregierung zu permanenten Abstimmungen mit der Union zwang. Deshalb wurde von der SPD und den Grünen in Hessen versucht, das Wahlergebnis rückgängig zu machen, als bekannt wurde, dass die Hessen-CDU beträchtliche Geldsummen rechtswidrig in die Schweiz transferiert und sie wahrheitswidrig als jüdische Zuwendungen deklariert hatte. Die Opposition versuchte nachzuweisen, dass der Ministerpräsident *Roland Koch* hieran beteiligt gewesen war, und sie übte Druck auf die FDP aus, *Roland Koch* fallen zu lassen. Auch gegen innerparteiliche Pressionen aus dem Landes- und dem Bundesverband hielten *Ruth Wagner* und die FDP-Fraktion zu *Koch* und demonstrierten Eigenständigkeit innerhalb der FDP.

Weil die hessische Landesvorsitzende an der Koalition mit dem immer mehr in Bedrängnis geratenen *Roland Koch* festhielt, gab es nicht wenige FDP-Funktionäre und externe Kritiker, die *Ruth Wagner* unterstellten, sie klebe am Amt. Diese Kritiker wurden Lügen gestraft, als sich Frau *Wagner* 2003 weigerte, die Koalition mit *Koch* fortzusetzen, obwohl

[206] *Ruth Wagner* in einem Interview mit dem Autor.

er dies angeboten hatte, und es nicht wenige in der Hessen-FDP gab, die diesem Angebot gerne gefolgt wären. Die Landesvorsitzende setzte ihre Position durch, dass es keine Koalition mit einem Partner geben könne, der im Parlament über eine absolute Mehrheit verfügt. Rückblickend bemerkte Frau *Wagner* im August 2004 zu diesem Vorgang:

> „Wir sehen heute, dass die CDU mit ihrer absoluten Mehrheit eben reine CDU-Politik macht und keine liberale Politik, und deshalb haben wir auch eine gute Chance als konstruktive Opposition, uns darzustellen."

Die FDP in Hessen hatte nach 1998 mehrmals eine Standfestigkeit gezeigt, die in der Bundespartei vielfach vermisst wurde. Die Geschichte der hessischen FDP beginnt denn auch aus der Sicht der Landesvorsitzenden *Ruth Wagner* im Jahre1946, als die Partei an „die Wurzeln der DDP anknüpfte". Aber:

> „Sehr schnell aber hatte die rechts-konservative Position von *Martin Euler,* dem 2. Landesvorsitzenden bis 1956, eine prägende Kraft. Erst 1956, mit den Vorsitzenden *Max Becker* sowie *Oswald Kohut* und den Ideen und Initiativen von *Wolfgang Mischnick*, entwickelte sich die hessische FDP zu einer liberalen Reformpartei, die sich auch sehr stark dem 1. Generalsekretär, *Karl-Hermann Flach*, verbunden weiß. Auch nach der so genannten Wende und einer Vorläuferdiskussion über das so genannte Offenhalten der FDP nach 12 Jahren sozial-liberaler Koalition, sind die Ideen der Freiheit und der Menschenrechte, die Weltoffenheit und Toleranz entscheidende Grundwerte der hessischen FDP. Ich denke schon, dass dieses eine durchgehende Traditionslinie unserer Partei ist."[207]

Dieses Eigenbild der hessischen FDP zeigt andere Farbschattierungen als bei der Bundespartei. Der strikte CDU-Kurs der hessischen FDP in den Jahren 2008 und 2009, als *Andrea Ypsilanti* von der SPD mit allen Mitteln, auch Angeboten an die FDP, vergebens versuchte, Ministerpräsidentin zu werden, lag in der Tradition der FDP Hessen und brachte diesem Landesverband zu Beginn des Jahres 2009 mit 16,2% einen großen Sieg. Der Nachfolger *Ruth Wagners* im Amte des hessischen Landesvorsitzenden der FDP, *Jörg-Uwe Hahn,* konnte mit Recht von sich behaupten, eine Siegesserie eröffnet zu haben, die am Ende zum Erfolg der FDP bei den Bundestagswahlen 2009 geführt hatte.

[207] *Ruth Wagner* in einem Interview mit dem Autor.

4 Organisation

Die formale Organisationsstruktur der FDP orientiert sich – wie das der anderen Bundestagsparteien auch – am Parteiengesetz und an ihrer Satzung. Die Partei ist in Landesverbände gegliedert. Deren Gebiete sind identisch mit denen der Bundesländer der Bundesrepublik. Mithin gibt es 16 Landesverbände. Die Landesverbände können Untergliederung schaffen, was sie durchweg getan haben. Diese Untergliederungen orientieren sich wiederum an den Strukturen der Bundesländer. Sie tragen die Bezeichnungen „Kreis-," „Bezirks-" oder „Ortsverband". So ist die Partei regional 3- oder viermal gegliedert: Bundesverband, Landesverband, Kreis- oder Bezirksverband mit oder ohne Ortsverband. Von der untersten bis zur obersten Gliederung erfolgt über Stufen die Wahl von Delegierten zu Kreis- oder Bezirksparteitagen – auch „-auschüsse" genannt – zu Landesparteitagen und schließlich zum Bundesparteitag. Die Partei ist repräsentativ aufgebaut. Alle Gliederungen haben – teilweise differenziert in „engere" („Präsidien" genannt) und „weitere" – Vorstände.

Die Mitglieder gehören den örtlichen Gliederungen an. Deutsche Mitglieder, die ihren Wohnsitz im Ausland haben, sind in der Auslandsgruppe organisiert oder werden – falls es bei ihnen keine Auslandsgruppe gibt – vom Bundesvorstand unmittelbar aufgenommen. Entgegen dem demokratischen Anspruch der Willensbildung von unten nach oben enthält die Satzung der FDP einige Regelungen, die den faktischen Anspruch der Führung von oben nach unten unterstreichen. So werden „die Landesverbände" – nicht der Bundesverband! –

> „verpflichtet, alles zu tun, um die Einheit der Partei zu sichern, sowie alles zu unterlassen, was sich gegen die Grundsätze, die Ordnung oder das Ansehen der Partei richtet. Sie haben auch ihre Organe zu einer gleichen Verhaltensweise anzuhalten."

„Grundsätzliche" Abmachungen mit anderen Parteien bedürfen der Genehmigung durch den Bundesvorstand. Außerdem hat der Bundesvorstand das „Recht und die Pflicht, Ermittlungen und Prüfungen durchzuführen." Als Mittel der Durchsetzung steht formell nur die Möglichkeit zur Verfügung, Konflikte auf Parteitagen auszutragen.[208] Wie die Hessen-Intervention des Bundesvorsitzenden *Wolfgang Gerhardt* zeigte, ist die Bundespartei dabei nicht immer erfolgreich.

Tab. 12: Die Bundesparteitage der FDP

1.	1949 Bremen	10. - 12. Juni
2.	1950 Düsseldorf	29. - 31. April
3.	1951 München	18. - 23. September
4.	1952 Essen	12. - 13 Juli
5.	1954 Wiesbaden	3. - 5. März

[208] Bundessatzung der Freien Demokratischen Partei, Fassung vom 10.-12. Mai 2002, § 9

6.	1955 Oldenburg	25. - 26. März
7.	1956 Würzburg	20. - 21. April
8.	1957 Berlin	25. -27. Januar
9.	1958 Düsseldorf	28. - 29. März
10.	1959 Berlin	21. - 23. Mai
11.	1960 Stuttgart	28. - 29. Januar
12.	1961 Frankfurt/M.	23. - 25. März
13.	1962 Düsseldorf	23. - 25. Mai
14.	1963 München	1. - 3. Juli
15.	1964 Duisburg	1. - 3. Juni
16.	1965 Frankfurt/M.	21. - 23. März
17.	1966 Nürnberg	6. - 7. Juni
18.	1967 Hannover	3. - 5. April
19.	1968 Freiburg	29. - 31. Januar
20.	1969 Nürnberg	23. - 25. Juni
21.	1970 Bonn	22. - 24. Juni
22.	1971 Freiburg	25. - 27. Oktober
23.	1972 Freiburg	23. - 25. Oktober
24.	1973 Wiesbaden	12. - 14. November
25.	1974 Hamburg	20. September - 2. Oktober
26.	1975 Mainz	27. - 29. Oktober
27.	1976 Frankfurt/M.	19. -20. November
28.	1977 Kiel	6. - 8. November
29.	1978 Mainz	12. - 14. November
30.	1979 Bremen	15. - 17. Juni
31.	1980 München	5. - 6. Dezember
32.	1981 Köln	29. - 31. Mai
33.	1982 Berlin	5. - 7. November
34.	1983 Karlsruhe	18. - 20. November
35.	1984 Münster	1. - 3. Juni
36.	1985 Saarbrücken	23. - 24. Februar
37.	1986 Hannover	23. - 25. Mai
38.	1987 Kiel	5. - 6. September
39.	1988 Wiesbaden	7. - 8. Oktober
40.	1989 Köln	27. - 28. Mai
41.	1990 Nürnberg	29. - 30. September
42.	1991 Suhl	1. - 3. November
43.	1992 Bremen	2. - 3. Oktober
44.	1993 Münster	11. - 13. Juni
45.	1994 Rostock	3. - 5. Juni
46.	1995 Mainz	9. - 11. Juni
47.	1996 Karlsruhe	7. - 9. Juni
48.	1997 Wiesbaden	23. - 25. Mai
49.	1998 Leipzig	26. - 28. Juni
50.	1999 Bremen	28. - 30. Mai
51.	2000 Nürnberg	16. - 17. Juni
52.	2001 Düsseldorf	4. - 6. Mai
53.	2002 Mannheim	10. - 12. Mai
54.	2003 Bremen	16. - 17. Mai

55.	2004 Dresden	5. - 6. Juni
56.	2005 Köln	5. - 7 Mai
57.	2006 Rostock	14. - 15. Mai
58.	2007 Stuttgart	15. - 17. Juni
59.	2008 München	30. Mai. - 1. Juni
60.	2009 Hannover	15. - 17. Mai
61.	2010 Köln	24. - 25. April

Ein organisatorisches Übergewicht des Bundesverbandes ergibt sich auch daraus, dass die Bundespartei Dienstleistungen für die Gesamtpartei erbringt. So wird eine zentrale Mitgliederdatei geführt,[209] seit 2002 wird die Bilanzierung der Parteienfinanzierung zentral organisiert, und die Bundespartei bietet für die „nachgeordneten" Verbände Werbe- und Informationsmaterial an.

Tab. 13: Die Außerordentlichen Bundesparteitage der FDP

1.	1952 Essen	12. - 13. Juli
2.	1953 Lübeck	26. - 28. Juni
3.	1976 Freiburg	30. - 31. Mai
4.	1980 Freiburg	5. - 6. Juni
5.	1983 Freiburg	29. - 30. Januar
6.	1986 Mainz	21. - 22. November
7.	1987 Mannheim	9. Dezember
8.	1990 Hannover	11. - 12- August
9.	1994 Nürnberg	4. September
10.	1994 Gera	11. - 12. Dezember
11.	1998 Berlin	29. August
12.	2000 Berlin	17. September
13.	2002 Berlin	8. September
14.	2005 Berlin	11. September
Europaparteitag	2009 Berlin	17. Januar
15.	2009 Potsdam	20. September
16.	2009 Berlin	25. Oktober

Die Organe der Bundespartei sind der Bundesparteitag und der Bundesvorstand. Bis 2010 hat die FDP 61 Ordentliche Bundesparteitage (s. Tabelle 9) durchgeführt. Außerdem fanden Außerordentliche Bundesparteitage sowie Europaparteitage statt (s. Tabelle 13). Der Bundesparteitag – „das oberste Organ der Partei" – hat 662 Delegierte – vor der Wiedervereinigung waren es 400 Delegierte –, die von Landesparteitagen und von der Auslandsgruppe Europa (2 Delegierte) gewählt werden. Der Delegiertenschlüssel richtet sich nach den Mitgliederzahlen und nach den Ergebnissen bei den Bundestagswahlen in den Landesverbänden. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen entsendet die meisten Delegierten zum Bundesparteitag, gefolgt von Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz. Bundesparteitage findet jährlich statt; sie werden vom Bundesvorstand einberufen. Dieser legt die Tagesordnung fest. Mindestens 4 Landesverbände, die Bundestagsfraktion oder der Bundesvorstand können Außerordentliche Bundesparteitage beantragen, die der Bundes-

[209] a.a.O., § 2 (4)

vorsitzende einberufen muss. Jedes Parteimitglied kann an Bundesparteitagen teilnehmen, Rederecht haben nur die gewählten Delegierten und eine fest umrissene Gruppe von Funktionsträgern.[210] Der Bundesparteitag ist das Parlament der FDP. Er beschließt über alle grundsätzlichen Fragen der Partei und erfüllt Wahlfunktionen, vor allem für den Bundesvorstand.

An Europawahlen pflegt sich die FDP mit Bundeslisten zu beteiligen – so zuletzt 2009. Über die Frage, ob eine Bundes- oder ob Landeslisten vorgelegt werden, entscheidet der Bundesvorstand. Im Falle der Bundesliste werden die Kandidaten auf einem „Europatag" gewählt. Die Delegierten zum Europatag werden von Landesversammlungen bestimmt, die sich wiederum auf das Votum von Mitgliederversammlungen stützen.[211] In der Praxis werden die Europakandidaten entsprechend der Stärke ihrer Landesverbände platziert.

Tab. 14: Die Bundesvorsitzenden der FDP bis 2010[212]

Theodor Heuss	1948 - 1949
Franz Blücher	1949 - 1954
Thomas Dehler	1954 - 1957
Reinhold Maier	1957 - 1960
Erich Mende	1960 - 1968
Walter Scheel	1968 - 1974
Hans-Dietrich Genscher	1974 - 1985
Martin Bangemann	1985 - 1988
Otto Graf Lambsdorff	1988 - 1993
Klaus Kinkel	1993 - 1995
Wolfgang Gerhardt	1995 - 2001
Guido Westerwelle	ab 2001

Das eigentliche Führungsorgan der Partei ist das Präsidium. Es setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden, 3 stellvertretenden Vorsitzenden, dem Bundesschatzmeister, dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion oder seinem Vertreter, 3 Beisitzern, einem Vertreter der FDP-Mitglieder der Liberalen Fraktion im Europäischen Parlament und dem Generalsekretär. Dieser wird auf Vorschlag des Vorsitzenden vom Bundesparteitag gewählt.[213] 34 weitere Beisitzer des Vorstandes werden in 2 Blöcken gewählt. Block 1 ist die sogenannte „Kurfürstenliste": Da werden von den 16 Landesverbänden deren jeweilige Vertreter – meist die Landesvorsitzenden – vorgeschlagen und aufgrund eines innerparteilichen Verfahrenskonsensus meistens auch gewählt. Die anderen 16 Beisitzer werden im Block 2 gewählt, auf der „freien Wildbahn". Gerade bei diesen Wahlen werden die innerparteilichen Marktchan-

[210] a.a.O., § 10 bis 14
[211] a.a.O., § 15
[212] Vorsitzende der anderen liberalen Parteien seit 1918 waren: Bei der Deutschen Demokratischen Partei (DDP)/ Deutsche Staatspartei (DStP): *Friedrich Naumann* (1919), *Carl Petersen* (1919-1924), *Erich Koch-Weser* (1924-1930), *Artur Mahraun* und *E. Koch-Weser* (1930), *Hermann Dietrich* (1930-1932), *H. Dietrich*, *C. Petersen*, *Reinhold Maier* (1932-33), bei der Deutschen Volkspartei (DVP) : *Gustav Stresemann* (1919-1929), *Ernst Scholz* (1929-1930), bei der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD): *Waldemar Koch* (1945), *Wilhelm Külz* (1945-1948), *Arthur Lieutenant* (interim. 1948), *Karl Hamann* (interim. 1948-1949), *Karl Hamann* (1949-1951) und *Hermann Kastner* (1949-1950), *Hans Loch* (1953-1960), *Max Suhrbier* (1960-1967), *Manfred Gerlach* (1967-1990), *Rainer Ortleb* (1990) sowie beim Bund Freier Demokraten: *Rainer Ortleb* (1990)
[213] a.a.O., § 17

cen einzelner Bewerber oder bestimmter Gebietskörperschaften getestet; der Andrang ist in der Regel groß. Zum Bundesvorstand gehören ferner als nicht gewählte Mitglieder die FDP-Bundesminister, gegebenenfalls FDP-Ministerpräsidenten sowie FDP-Mitglieder der Europäischen Kommission. Bis zum Jahre 2009 hatte die FDP 12 Bundesvorsitzende (s. Tabelle 14) sowie 12 Generalsekretäre. Das Amt des Generalsekretärs wurde 1971 für *Karl-Hermann Flach* eingeführt (s. Tabelle 15).

Tab. 15: Die Generalsekretäre der FDP bis 2010

Karl-Hermann Flach	1971 - 1973
Martin Bangemann	1974 - 1975
Günter Verheugen	1978 - 1982
Irmgard Adam-Schwätzer	1982 - 1985
Helmut Hausmann	1985 - 1988
Cornelia Schmalz-Jacobsen	1988 - 1991
Uwe Lühr	1991 - 1993
Werner Hoyer	1993 - 1995
Guido Westerwelle	1995 - 2001
Cornelia Pieper	2001 - 2005
Dirk Niebel	2005 - 2009
Christian Lindner	ab 2009

Ein weiteres Bundesorgan, der Bundeshauptausschuss – der „kleine Parteitag" – wurde abgeschafft. Er hatte 144 gewählte Mitglieder und tagte nicht öffentlich.

4.1 Mitglieder

Gemessen an der Zahl ihrer Mitglieder gehört die FDP unter den etablierten politischen Parteien im Verhältnis zur CDU/CSU und zur SPD („Großparteien") zu den kleinen Parteien. Sie hat mehr Mitglieder als die Grünen, aber weniger als die ostdeutsche Regionalpartei PDS bzw. Die Linke. Auffällig ist das Anschwellen der Mitgliederstärke nach der Vereinigung der FDP mit den Ostparteien 1990 und das Absinken der Mitgliederzahl für Gesamtdeutschland im Jahre 2001 auf die Größe nur für Westdeutschland von 1989. Netto hat die FDP einen Mitgliederverlust zu verzeichnen, und darin befindet sie sich in einer ähnlichen Situation wie ihre Konkurrenten und andere gesamtgesellschaftliche Organisationen.[214]

[214] Daran ändert auch nichts, dass die FDP neue Mitglieder rekrutieren konnte. So war 2009/2010 im Internet zu lesen: „FDP-Bundesgeschäftführer *Hans-Jürgen Beerfeltz* konnte... das 10.000ste Neumitglied in diesem Jahr begrüßen." S. http://www.liberale.de/Kampagnen/64b19/index.html.

Tab. 16: Mitgliederzahlen der Parteien 1968 - 2009[215]

	CDU	CSU	SPD	FDP	B90/Grüne	PDS/Linke
1968	287 000	74 000	732 000	57 000	-	-
1969	304 000	77 000	779 000	59 000	-	-
1970	329 000	93 000	820 000	57 000	-	-
1971	356 000	110 000	847 000	53 000	-	-
1972	423 000	107 000	954 000	58 000	-	-
1973	457 000	112 000	973 000	63 000	-	-
1974	531 000	123 000	957 000	71 000	-	-
1975	590 000	133 000	998 000	74 000	-	-
1976	652 000	146 000	1 022 000	79 000	-	-
1977	664 000	160 000	1 006 000	80 000	-	-
1978	675 000	166 000	997 000	81 000	-	-
1979	683 000	169 000	982 000	83 000	-	-
1980	693 000	172 000	987 000	85 000	ca. 18 000	-
1981	705 000	175 000	956 000	87 000	ca. 21 000	-
1982	719 000	179 000	926 000	80 000	ca. 25 000	-
1983	735 000	185 000	926 000	72 000	ca. 25 000	-
1984	730 000	184 000	916 000	71 000	ca. 31 000	-
1985	719 000	183 000	919 000	67 000	ca. 37 000	-
1986	714 000	182 000	913 000	64 000	ca. 38 000	-
1987	706 000	184 000	910 063	65 000	42 410	-
1988	676 747	182 738	911 916	64 274	40 768	-
1989	662 598	185 853	911 430	65 485	41 171	1780000
1990	658 411	186 197	919 129	178 625	41 316	283 882
1991	756 519	184 513	919 871	137 853	38 431	172 579
1992	725 369	182 831	895 958	103 187	36 320	146 742
1996	651 217	179 312	792 773	81 200	47 974	105 029
1997	631 700	180 092	776 183	69 621	48 980	98 624
2000	616 722	178 347	734 667	62 721	46 631	83 475
2002	594 391	177 667	700 250	66 560	43 881	70 805
2003	587 244	180 000	682 642	65 192	44 241	
2008/9	524 509	165 000	514 045	66 000	45 151	76 000

Der starke Mitgliederverlust der FDP nach 1990 geht darauf zurück, dass für die Mitglieder der Blockparteien die Motivation für eine Mitgliedschaft mit dem Zusammenbruch der DDR fortgefallen war. Die ehemaligen „Intelligenzler“ und Selbständigen brauchten das gesellschaftliche Engagement außerhalb der SED aber dennoch ihren Dunstkreis nicht mehr, um ihre Existenz abzusichern. In der Bundesrepublik treten Menschen politischen Parteien bei, die Einfluss nehmen wollen auf die Politik oder eine politische Karriere planen. Mitgliedschaften in Blockparteien wie der LDP im diktatorischen System der DDR waren etwas anderes als Mitgliedschaften in parlamentarischen Parteien wie der FDP.

[215] div. Literatur und eigene Recherchen)

Tab. 17: Mitglieder der FDP nach Landesverbänden 1999 bis 2009[216]

Landesverband	Dezember 1999	Dezember 2000	Dezember 2001	Dezember 2002	Dezember 2007	Dezember 2008	März 2009
Baden-Württbg.	6.477	6.622	6.858	7.113	7.298	7.384	7.581
Bayern	4.258	4.193	4.473	4.806	5.093	5.752	6.131
Berlin	2.844	2.847	2.835	2.893	3.064	3.208	3.264
Brandenburg	1.929	1.758	1.665	1.693	1.505	1.511	1.523
Bremen	455	395	382	402	421	413	417
Hamburg	1.232	1.133	1.228	1.315	1.223	1.268	1.310
Hessen	5.965	5.938	6.116	6.372	6.478	6.616	6.796
Mecklbg.-Vorp.	1.467	1.354	1.266	1.239	1.037	1.006	1.044
Niedersachsen	6.138	5.994	6.501	6.687	6.610	6.652	6.681
NRW	15.476	15.448	15.844	16.911	15.764	16.202	16.556
Rheinland-Pf.	5.063	5.082	5.137	5.245	5.024	5.010	5.116
Saarland	1.319	1.254	1.207	1.272	1.463	1.590	1.675
Sachsen	3.261	2.851	2.782	2.746	2.458	2.481	2.538
Sachsen-Anhalt	2.722	2.520	2.498	2.496	2.019	1.920	1.941
Schlesw.-Holstein	2.526	2.438	2.478	2.645	2.406	2.509	2.551
Thüringen	3.030	2.639	2.517	2.414	1.817	1.670	1.668
Ausland	245	255	276	311	398	408	416
Ges. FDP	**64.407**	**62.721**	**64.063**	**66.650**	**64.078**	**65.600**	**67.2008**

Von den 66.560 Mitgliedern, welche die FDP für Dezember 2002 angibt,[217] kamen rund 11.000 – Ostberlin mitgerechnet – aus dem Gebiet der DDR. So gesehen ist die FDP eine Westpartei. Die Mitgliederdichte steigt von Ost nach West, wie die Tabelle 17 zeigt. Nordrhein-Westfalen ist der bei weitem mitgliederstärkste Landesverband der FDP, gefolgt von Baden-Württemberg und Niedersachsen. Nordrhein-Westfalen allein hat mehr Mitglieder als die Länder auf dem Gebiet der früheren DDR zusammen.

Tab. 18: Berufsgruppenzugehörigkeit der Mitglieder der Bundestagsparteien 1994 (in %)[218]

	Arbeiter	Angestellte/ Beamte	Selbständige	Rentner
CDU/CSU	6	37	20	23
SPD	11	43	7	24
FDP	3	37	27	20
Grüne	3	53	14	7
PDS	1	18	6	64

Bei der Berufszugehörigkeit der Mitglieder der FDP 1994 zeigte sich ein deutliches Profil: Unter den Mitgliedern der Partei waren viele Selbständige und – ebenso wie bei den Grünen – wenig Arbeiter. Wie bei allen Parteien – mit Ausnahme der „Rentnerpartei" PDS/Linkspartei ist die größte Mitgliedergruppe die der Angestellten und Beamten. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Gruppe der Angestellten und Beamten die organisations-

[216] FDP-Bundesgeschäftsstelle (Hg.), Geschäftsbericht 2001/2003, S. 48 sowie Geschäftsbericht 2007/2009, S. 64
[217] a.a.O.
[218] Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer, Entwicklung und Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften; in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen 1997, S. 291

freundlichste und abkömmlichste ist und dass die aus dieser Gruppe kommenden Mitglieder bei allen Parteien das Parteileben dominieren, so dass die politischen Parteien auch als Mittelschichteninstitutionen bezeichnet werden können. Wenn die Selbständigen bei der FDP stark vertreten sind, so muss doch bedacht werden, dass die Mehrzahl aus dieser Gruppe – wenn sie sich in einer Partei engagiert – zur Union geht, wo sie allerdings wegen der höheren Mitgliederzahlen einen geringeren Mitgliederanteil halten als bei der FDP. Leider weist die FDP in ihrem Geschäftsbericht 2007 - 2009 die Berufsgruppenzugehörigkeit ihrer Mitglieder nicht aus.

Ein Ziel liberaler Politik ist die Gleichberechtigung der Geschlechter. In ihrer eigenen Praxis ist die FDP da nicht weit gekommen. Wenn auch die Organisationsfreudigkeit von Frauen besonders bei politischen Parteien geringer ist als bei Männern, so ist doch der für den 31.12. 2002 ausgewiesene Anteil von 23,6% Frauen – 15.675 weibliche FDP- Mitglieder – an der Mitgliederschaft gering.[219] Zudem ist dieser Anteil rückläufig: 1996 waren 25% der FDP-Mitglieder Frauen. Im Vergleich zu an anderen Parteien ist der Frauenanteil bei der FDP nur bei der CSU geringer, selbst die CDU hat die FDP überholt, und an die Frauenanteile der Grünen oder der PDS/Linkspartei kommt die FDP nicht heran. Im März 2009 betrug der Anteil der Frauen an den Mitgliedern 22,79%.[220]

Tab. 19: Frauenanteil bei den Parteimitgliedern 1996 bis 2002 in %[221]

	CDU	SPD	CSU	FDP	Grüne	PDS
1996	24,9	28,5	-	25,0	-	-
1997	24,9	28,7	16,7	24,8	-	46,1
1998	25,0	28,9	-	24,8	35,9	46,0
1999	25,1	29,1	-	24,6	36,2	45,3
2000	25,2	29,4	17,4	24,5	-	45,6
2001	25,2	29,5	17,6	24,2	37,4	45,7
2002	25,1	29,7	17,7	23,6	37,2	-

So wenig die FDP von sich behaupten kann, eine Frauenpartei zu sein, so sehr konnte sie sich im Vergleich zu den Konkurrenten – jedenfalls in den Jahren 2000 bis 2002 – als junge Partei bezeichnen. Wenn auch – wie bei allen Parteien mit Ausnahme der überalterten PDS – die Gruppe der 30- bis 59-Jährigen die meisten Mitglieder stellt, so ist doch der Anteil der bis 29-Jährigen bei der FDP mit 11,7% höher und dementsprechend der Anteil der über 60-Jährigen niedriger als bei den anderen Parteien.

Tab. 20: Parteimitglieder 2000 - 2002 nach Alter in %[222]

	CDU	SPD	CSU	FDP	PDS
Jahr	-29 30-59 60-	-29 30-59 60-	-29 30-59 60-	-29 30-59 60-	-29 30-59 60-
00	5,5 51,8 42,4	4,4 57,6 38,1	5,7 56,3 38,0	9,2 58,4 31,8	1,8 31,2 67,0
01	5,3 50,4 44,0	4,4 56,5 39,2	5,9 55,2 38,8	10,1 56,9 32,5	2,3 29,4 68,3
02	5,2 49,4 44,9	4,6 55,0 40,4	5,9 54,6 39,4	11,7 56,1 32,2	- – -

[219] FDP-Bundesgeschäftsstelle (Hg.), Geschäftsbericht 2001/2003, S. 48
[220] Geschäftsbericht 2007/2009, a.a.O.
[221] Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahre 2002; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/2003, S. 386
[222] a.a.O., S. 387

Ob der vergleichbar starke Zulauf von jungen Mitgliedern zur FDP in dieser Zeit eine Folge des „Projektes 18“ mit seinem Versprechen auf Erfolg in der Politik durch unterhaltsame „Events“ war, ist unklar

4.2 Fachausschüsse und Kommissionen

Tab. 21: Die Bundesfachausschüsse, Kommissionen und Arbeitsgruppen der FDP im Juli 2009[223]

Bundesfachausschüsse	**Vorsitz**
Internationale Politik	Markus Löning
Wirtschaft und Arbeit	Klaus von Lindeiner
Finanzen und Steuern	Hermann Rind
Ernährung und Landwirtschaft	Hans-Michael Goldmann
Soziales	Michael Kauch
Gesundheit	Elisabeth Pott
Innen und Recht	Corinna Werwigk-Hertnek
Bildung, Wissensch., Forschung u. Technologie	Ulrike Flach
Umwelt	Horst Meierhofer
Wohnungsbau	Patrick Döring
Verkehrspolitik	Tom Reinhold
Kommissionen	
Zukunftsforum „Deutschland 2020 – die Welt, in der wir leben werden“	Dirk Niebel
Kirchenkommission	Dieter Kleinmann
Kommission Internet und Medien	Hans-Joachim Otto
Sportkommission	Detlef Parr
Kommission Freiheit und Ethik	Alexander Pokorny
Transatlantisches Forum	Margarita Mathiopoulos
Arbeitsgruppen	
AG Großstadtoffensive	Gisela Piltz
AG Frauen	Cornelia Pieper
AG Parteireform	Hans-Jürgen Beerfeltz

Zur Beratung des Bundesvorstandes setzt dieser Bundesfachausschüsse ein, in denen Fachpolitiker der Bundes- und der Landesparteien tätig werden. Die Fachausschüsse sind innerparteilich, nicht öffentlich ausgerichtet. An Fachfragen interessierten Parteimitgliedern – zu denen auch in der Partei organisierte Lobbyisten gehören – bieten die Fachausschüsse die Möglichkeit, direkt auf die Politik der Bundestagsfraktion oder der Bundesregierung Einfluss zu nehmen. Den Entscheidungsträgern im Bundesvorstand, in der Fraktion und in der Regierung dienen sie als Orte der fachlichen Rückkoppelung auf den klassischen Politikfeldern.

„Foren“ sollen Verbindungen zur Gesellschaft herstellen durch öffentliche Veranstaltungen, Internet-Diskussionen und andere Wege. Sie sollen externe Experten ansprechen und eine „breite und vielfältige Diskussion sowohl innerhalb der FDP als auch mit allen

[223] http://www.fdp-bundespartei.de/webcom/show_article.php?wc_c=401&wc_id=1&wc_lkm=776

interessierten Bürgern“ organisieren.[224] Angesichts der funktionärshaften Besetzung bleibt abzuwarten, ob sie derartiges schaffen können.

Zusätzlich zu den Fachausschüssen gibt es bei der FDP „Kommissionen“ und „Arbeitsgruppen“, die unterschiedliche Themen behandeln und versuchen, die Partei hierbei auf dem aktuellen Diskussionsstand zu halten:

- Die „Sportkommission“ (Vorsitz *Detlef Parr*) soll die Beziehungen der FDP zur Sportszene, insbesondere zum „Deutschen Sportbund“ (DSB) pflegen und die sportpolitische Programmatik der FDP formulieren. So verabschiedete der Bundesparteitag 2002 in Mannheim von der Kommission erarbeitete sportpolitische Thesen unter der Überschrift „Wir bringen Bewegung in unsere Gesellschaft.“ Die Kommission trat dafür ein, dass die Olympischen Spiele 2012 in Deutschland stattfinden.
- Die Kirchenkommission (Vorsitz Pfarrer *Dieter Kleinmann*) hat sich mit Themen wie „Aktive Sterbehilfe“, Präimplantations-Diagnostik oder „Stammzellenforschung“ befasst. Aktive Sterbehilfe lehnt das Gremium generell ab, tritt aber für eine Begrenzung der „Apparatemedizin“ ein. Die Präimplantations-Diagnostik kann nach Ansicht der Kommission Familien „mit hohen genetischen Risikofaktoren“ helfen. Gegen Stammzellenforschung – auch embryonale – bestehen keine Bedenken, da „das bestehende Leben vorgeht.“ Die Kommission hat sich auch mit der Einführung islamischer oder buddhistischer religiöser Unterweisungen in Deutschland beschäftigt und zeigte sich hierbei offen. Sie ist auf einem für die FDP schwierigen Feld tätig und war auf dem Ökumenischen Kirchentag im Berlin vom 29. Mai bis 1. Juni 2003 mit einem Stand vertreten.
- Am 7. und 8. Juni 2002 wurde im Reichstag zu Berlin die „Kommission Ethik und Freiheit“ (Vorsitz damals *Jorgo Chatzimarkakis*) konstituiert. Diese Kommmission hat sich anspruchsvolle Ziele gesetzt, denn sie will nicht nur die „Debatte über Ethik und Politik in der Partei anstoßen“, sondern unter anderem auch klären, „welche liberale Matrix“ dem Handeln der FDP zugrunde liegt oder ob „liberale Grundwerte einem Wandel“ unterliegen.

Neben den genannten Gremien gibt oder gab es weitere innerparteiliche Institutionen, die Einfluss nehmen wollen auf die Politik der FDP:

- Der „Bundesverband Liberale Senioren“ wurde am 3. März 2001 in Stuttgart gegründet. Er wollte eine „moderne liberale Seniorenpolitik“ konzipieren, die älteren Bürgern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen sollte. 2003 war der Bundesverband noch im Aufbau, hatte sich aber schon in 14 Bundesländern etablieren können.
- Ebenfalls 2001 wurde der „Bundesverband Liberaler Mittelstand“ gegründet. Er sieht sich als „Zusammenschluss von mittelständischen Unternehmern, Handwerkern, Freiberuflern und Angestellten in diesen Bereichen mit liberaler Lebenseinstellung.“ 2003 war er in 7 Bundesländern organisiert. Dass die FDP, die sich einst als Partei des Mittelstands verstanden hat, einen innerparteilichen Mittelstandsverband gründet, kann als Indiz dafür gewertet werden, dass der Mittelstand sich durch die Partei nicht mehr ausreichend vertreten fühlt.

[224] a.a.O., S. 13

Ein Forum für kommunale FDP-Mandatsträgern ist die „Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK)“, die 1982 von über 2000 Funktionären gegründet wurde. Die VLK ist vor allem in den Flächenländern mit praxisbezogenen Beratungen und Fachtagungen aktiv, führt aber auch Bundeslegiertenversammlungen durch. Sie hat einen Bundesvorstand. Die VLK verfügt in der Zeitschrift „das rathaus“ über das „älteste kommunalpolitische Periodikum einer Partei in Deutschland.“[225] Die Zeitschrift informiert über aktuelle Aktionen liberaler Kommunalpolitik, über für Kommunen relevante Rechtsfragen sowie Forschungsergebnisse.

4.3 Die Bundesgeschäftsstelle und Umfeld[226]

Die Bundesgeschäftsstelle der FDP befindet sich im „Thomas-Dehler-Haus“ in der Reinhardtstraße in Berlin. Die Geschäftsstelle in Berlin hat weniger Mitarbeiter als ihre Vorgängereinrichtung in Bonn. Bundesgeschäftsführer war bis 2009 *Hans-Jürgen Beerfeltz*. Seitdem ist er Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Die Bundesgeschäftsstelle wird geleitet von dem Bundesvorsitzenden *Guido Westerwelle*, dem Generalsekretär *Christian Lindner*, dem Bundesschatzmeister *Hermann Otto Solms* und dem Bundesgeschäftsführer.

Die Bundesgeschäftsstelle hatte im August 2009 3 Abteilungen:

- Presse und Öffentlichkeitsarbeit (Leiter *Robert von Rimscha*),
- Strategie und Kampagnen (Leiter *Helmut Metzner)*,
- Organisation und Finanzen (Leiterin *Gabriele Renatus*).

Die Partei gibt „Die Liberale Depesche“ – bislang: „Die Zeitung der Freien Demokratischen Partei“ – heraus. Diese wird in etwa zweimonatigem Abstand den FDP-Mitgliedern zugestellt und berichtet über Kampagnen der Bundespartei, Aktivitäten der Fraktion und die Arbeit liberaler Vorfeldorganisationen. Die Ausgabe vom September/Oktober 2003 brachte als Aufmacher („Den Aufschwung packen“) eine aktuelle innenpolitische Betrachtung nach der Sommerpause mit einem Bild der damaligen Generalsekretärin *Cornelia Pieper*, wie sie unter Protest von IG-Metallern einen „Betonkopf als Symbol für die Reformverweigerung der Gewerkschaften“ enthüllte. Darunter befanden sich Einspalter zu anstehenden Wahlen in Bayern und Brandenburg. Auf der Seite 2 war ein Artikel von *Andreas Pinkwart* über die FDP-Steuerpolitik, daneben als „Editorial“ eine Art Leitartikel des seinerzeitigen Fraktionsvorsitzenden *Wolfgang Gerhardt* mit der Überschrift „Deutschland im Herbst“. Auf der Seite 3 erschien *Gerhardt* erneut mit einem Beitrag zur Gesundheitspolitik. Er teilte sich diese Seite mit seinen Fraktionskollegen *Dieter Thomae* ebenfalls zur Gesundheitspolitik („Andere Parteien sind auf dem falschen Weg“) und *Heinrich L. Kolb*

[225] http://www.vlk-bundesverband.de/wir.htm

[226] Die Ausführungen dieses Kapitels fußen in Teilen auf einer Ausarbeitung von Carsten Berg, Thomas Beyer, Annika Philipps, Birgit Schulze und Axel Andreas Trapp. Dieser liegen Interviews zugrunde, die von dieser Gruppe 2003/2004 mit folgenden Personen durchgeführt wurden: am 15. Dezember 2003 im „Thomas-Dehler-Haus“ in Berlin mit *Hans-Jürgen Beerfeltz* und *Gabriele Renatus* sowie mit *Winfried Soßna* am 25.November 2003 und *Knut Wichalski* am 19. Januar 2004.

über die Rentenpolitik. Auf der Seite 4 war Artikel von *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*, *Ernst Burgbacher* und *Werner Hoyer* – alle wie auch auf den vorhergehenden Seiten mit Farbfotos versehen – über Europapolitik. Die Seite 5 war den Bundestagsabgeordneten *Max Stadler* und *Hans-Joachim Otto* vorbehalten, die sich zum Verhältnis zwischen Liberalismus und plebiszitärer oder repräsentativer Demokratie äußerten. Auf der Seite 6 klärte ein mit „Dr. Kurt M. Lehner*"* gezeichneter Artikel über die „Fallstricke" der EU-Verfassung auf. Die Seite 7 enthielt eine ganzseitige Anzeige von „Deutsche Post World Net"*,* und auf Seite 8 erschien ein Bericht über eine Klausur der „FDP-Hauptgeschäftsführer", ein Plädoyer des Jungpolitikers *Mehmet Daimagüler* „Für ein Zentrum gegen Vertreibung in Berlin", ein Zweispalter mit der Überschrift „Frauenkampagne 2003 ist auf vollen Touren" und ein Bericht über „Frauenpower in Bayern". Am Ende der Seite fand sich der Hinweis auf die Delegiertenversammlung der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker in Güstrow. Die Seite 9 brachte eine halbseitige Anzeige der Friedrich-Naumann-Stiftung und einen Artikel eines Mitglieds der Geschäftsleitung der „EADS TELECOM Deutschland GmbH", in dem mitgeteilt wurde, dass Deutschland „dringend ein modernes Funknetz" brauche. Die Seite 10 stand unter dem Motto „Wahlen/Bürgerfonds" mit Berichten über Wahlkämpfe und die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden. Die Seite 11 hatte „Die Bahn DB" für eine ganzseitige Anzeige gemietet. Seite 12 brachte Artikel über eine Föderalismusreform. Die damalige Justizministerin von Baden-Württemberg, *Corinna Werwigk-Hertneck*, setzte sich für die Privatisierung der Gerichtsvollzieher ein, und *Jürgen Koppelin,* fragte, ob Auslandseinsätze der Bundeswehr verantwortbar wären. Die Seite 13 „gehörte" der Friedrich-Naumann-Stiftung, die über ihre Arbeit berichtete. Auf der Seite 14 wurden 4 Leserbriefe veröffentlicht, wovon einer kritisierte:

> „Bitte räumen Sie fadenscheinigen Politphrasen und billiger Selbstbeweihräucherung einfach keinen Platz mehr in der Liberalen Depesche ein, auch wenn der betreffende Beitrag von einem noch so prominenten Schreiber kommt."

Daneben enthielt diese Seite einen längeren Text des Hauptgeschäftsführers des „Hauptverbands der gewerblichen Berufsgenossenschaften" (HVGB). Die Seite 15 trug die Überschrift „Kunst & Kultur" und publizierte die Rezension eines Buches über die „dritte Republik" und den Bericht von einer Ausstellung „Kunst in der DDR". Seite 16 – die letzte – enthielt Vermischtes mit Fotos über Parteiprominente. – Im Jahre 2004 wurde das Layout der Zeitschrift modernisiert.

Wirkliche Dialoge mit der Mitgliederschaft, gar Kritik an der offiziellen Politik der Parteiführung finden sich in der Liberalen Depesche nicht. „Die Zeitung der Freien Demokratischen Partei" (seit 2004 „Das Magazin der Liberalen") erscheint daher als ein begrenzt wirkungsvolles Medium der Willensbildung von oben nach unten.

Der Abteilung „Presse und Öffentlichkeitsarbeit" waren 2009 neben dem Leiter und Pressesprecher *Robert von Rimscha* und den Sekretariatsstellen 3 weitere Stellen zugeordnet: die des stellvertretenden Pressesprechers und Leiters der Pressestelle, besetzt durch *Wulf Oehme*, die Stelle des „Pressereferenten Öffentlichkeitsarbeit und Zielgruppen-Dialog" besetzt mit *Adib Sisani* sowie eine Stelle für die Redaktion der Parteizeitschrift „ „Liberale Depesche", besetzt durch *Roland Kowalke*.

Die Hauptfunktion der Abteilung „Presse und Öffentlichkeitsarbeit" liegt darin, die Programme, Positionen und Personen der FDP den Medien zu vermitteln. Dies geschieht

sowohl durch den Direktkontakt mit Journalisten in Pressekonferenzen bzw. durch Vermittlung von Einzelinterviews mit FDP-Politikern als auch durch schriftliche Veröffentlichungen, in den letzten Jahren in zunehmendem Maße auch im Internet. Allein zwischen dem Jahr 2001 und 2003 wurden 1230 Pressemitteilungen verbreitet.

Die Presseaktivitäten der Bundesgeschäftsstelle werden mit denen der Bundestagsfraktion, der Landesverbände, der Landtagsfraktionen, der FDP-geführten Ministerien, der Jungen Liberalen und der Liberalen Hochschulgruppen abgestimmt. Naturgemäß finden die meisten Aktivitäten während der Bundestagswahlkämpfe statt. Dann gilt es für die Pressestelle, die Medienstrategie des Präsidiums und des Bundesvorsitzenden zu entwerfen und nach Beschluss umzusetzen. Schließlich soll die Unterstützung der Pressearbeit einzelner Landesverbände über die engen Kontakte in Wahlkampfzeiten hinaus weiter ausgebaut werden.

Der Abteilung „Strategie und Kampagnen" waren 2009 über die Abteilungsleitung durch *Helmut Metzner* und die Sekretariate hinaus folgende Aufgaben zugeordnet: die „Referenten Kampagnen", *Kristina Heuschkel, Stefan Möbius,* und *Andreas Pauker,* das Referat „Sachbearbeitung" (*Sabine Beyer*) und der „Wahlkampf-Assistent" (*Thomas Diener*) Außerdem gehörte zu dieser Abteilung die Leitung des Büros des Generalsekretärs (*Heidrun Tampe).*

Die Bereiche Organisation und Finanzen wurden aufgrund des Sparzwanges zu einer Abteilung „Organisation und Finanzen" zusammengeführt. Zu ihr gehören neben der Abteilungsleiterin *Gabriele Renatus* der stellvertretende Abteilungsleiter *Gerhart Wortmann*, der Verantwortliche für „Veranstaltungen", *Wolfgang Adryan*, sowie weitere Positionen für Personal, Verwaltung und Rechnungsprüfung (*Bettina Bröse*), Personal (*Ute Souayah*) und „Technik" (*Andreas Kippe*l, *David Feyer*, *Jens Knoblauch*). Schließlich war 2009 das Büro für den Bundesschatzmeister der Abteilung „Organisation und Finanzen" zugeordnet.

Dem Bundesgeschäftsführer direkt zugeordnet waren folgende Referate: „Auszubildende", „Bundesschiedsgericht/Bundessatzungsausschuss (Geschäftsführung), „Liberaler Parteiservice (LiPS)/Finanzdienstleitungen", „Liberaler Parteiservice (LiPS)/Organisationsdienstleitungen", „Referat Wahlkampf", „Beauftragter für die Wahlkampf-Koordination", „Bevollmächtigter des Bundesschatzmeisters"[227] und „Bürgerfonds".[228]

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Bundesgeschäftsstelle nach der Zäsur der Regierungsbildung 2009 organisiert. Grundsätzlich versteht sie sich als Dienstleister für die Gliederungen der Partei. Damit sollen in den Bundes- und Landeswahlkämpfen relevante Themen für die Öffentlichkeit wahrgenommen und von der FDP „besetzt" werden.

Der Bundesgeschäftsführer der FDP musste seit Mitte der neunziger Jahre einschneidende Kürzungen in der Geschäftsstelle vornehmen. Insgesamt lag der Haushalt der Bundesgeschäftsstelle 2004 bei 50% der Ausgaben von zehn Jahren zuvor. Vor allem durch die verschärften Bestimmungen des Parteiengesetzes hat sich die Finanzsituation der Bundespartei seit 1994 verschlechtert. Die schon seit Jahren laufenden Sparbemühungen konnten nicht die Rückgänge bei den Einnahmen auffangen. Damit war die Bundesgeschäftstelle der FDP in die Situation geraten, zusätzliche Aufgaben mit zurückgehenden finanziellen Möglichkeiten bewältigen zu müssen – ein gutes Übungsfeld vor dem Eintritt der FDP in die Bundesregierung. Die Finanzprobleme forderten Ideen und neue Wege für die Arbeit in der Parteiorganisation. Mit einem „FDP-Bürgerfonds", mit Sponsoring-Konzepten, dem

[227] *Walter Eschweiler* hat dieses Amt inne. Er ist eine mächtige bürokratische Figur innerhalb der FDP.
[228] FDP-Bundesgeschäftsstelle (Hg.), Geschäftsbericht 2007/2009, S. 66/67

Ausbau von „liberal Verlag“ und „LiPS“ wurde versucht, neue Chancen für Finanz- und Organisationsdienstleistungen zu eröffnen.

Die Bundesgeschäftsstelle war beim Umzug von Bonn nach Berlin im Jahre 1999 von mehr als 50 Mitarbeitern auf 32 Mitarbeiter verkleinert worden. Im Jahre 2003 wurden weitere 6 Stellen abgebaut, so dass sie ihre Aufgaben in der Parteiverwaltung, bei der Führung von Wahlkämpfen, bei den Dienstleistungen für die Partei, bei der Parteiinformation und bei Kampagnen mit nur 26 Vollzeitstellen bewältigen musste.

Auch die Gehaltsstruktur wurde abgesenkt. Tarifliche Gehaltserhöhungen würden nicht übernommen, alle leitenden Angestellten haben auf die ihnen zustehenden Dienstwagen freiwillig verzichtet. Zudem sind die Gebäudekosten durch Aufgabe von Räumlichkeiten gesenkt worden. Man ist enger zusammengerückt. Der Bundesvorsitzende und der Bundesschatzmeister haben ein gemeinsames Büro, welches mit getrennten Eingängen und entsprechendem „kreativen Raum-Management“ für *Guido Westerwelle* und *Hermann Otto Solms* problemlos funktioniert. Ganz im Innern der „Partei der Besserverdienenden“ ist Schmalhans Küchenmeister.

Der harte Sparkurs schien 2004 an seine Grenzen gekommen zu sein. Im Januar dieses Jahres konnte der Bundesgeschäftsführer dem Vorstand über eine finanzielle Trendwende beim Haushalt der Bundesgeschäftsstelle berichten. Erstmals seit 9 Jahren wäre der Haushalt nicht nur eingehalten, sondern „unterschritten“ worden. Sowohl bei den Personalausgaben als auch bei den Sachkosten seien die Ausgaben um 7,3% unterhalb der Ansätze geblieben. Durch die Einsparungen im Sachkosten- und Personalbereich habe die Bundesgeschäftsstelle einen wichtigen Beitrag zu den vom Bundesschatzmeister eingeleiteten Konsolidierungsanstrengungen der Partei geleistet. Dabei sei die finanzielle Konsolidierung der FDP nicht nur Voraussetzung für die weitere Kampagnenfähigkeit,

> „sie ist auch der innerparteiliche Glaubwürdigkeitstest für unseren Anspruch, mit großer marktwirtschaftlicher und finanzpolitischer Kompetenz zur Sanierung Deutschlands beitragen zu können.“ (*Hans-Jürgen Beerfeltz*)

Hans-Jürgen Beerfeltz wurde ebenso wie die Parteiführung der FDP wegen Populismus während der Wahlkampagne 2002 kritisiert. Die mediale Strategie provozierte Widerspruch. Zweifler warnten davor, dass die FDP an Ernsthaftigkeit verliere. *Beerfeltz* beteuerte, dass sich die FDP trotz interner Diskussionen auch in Zukunft darum bemühen werde, der „Mediendemokratie“ gerecht zu werden:

> „Wenn das Fernsehen das dominante Medium ist, dann braucht man bunte Bilder und keinen Haufen grauer Leute im grauen Raum, die graue Sachen tragen.“

Sein „politisches Handwerk“ habe er, so *Beerfeltz,* in den USA, in „War-rooms“ US-amerikanischer Wahlkämpfe gelernt. In denen sei es nicht primär um die an Sachfragen orientierte Diskussion gegangen, sondern um die effektive Art und Weise der Inszenierung, um in den Medien wahrgenommen zu werden. *Beerfeltz* sah die Aufgaben einer Bundesgeschäftstelle weniger in der Verwaltung von Partei-Angelegenheiten als vielmehr beim Service und dem Kampagnenmanagement. So sei die Abteilung „Strategie und Kampagnen“ geschaffen worden, um die Aktionsfähigkeit der FDP zu erhöhen. Mit dem Bürgerservice „Info-point“ seien verschiedene Arbeitsaufgaben in einem Ladenlokal zusammengefasst worden.

> „Die Bundesgeschäftsstelle muss mit ihrer gesamten Struktur dazu beitragen, die FDP als die Freiheitspartei für Deutschland darzustellen und wahrnehmbar zu machen." (*Beerfeltz)*

Nicht erst seit dem Bundestagswahlkampf 2002 betreibt die FDP – wie mehr oder weniger alle Parteien – eine Politik, die auf Inszenierung setzt. Dazu arbeitet sie mit Werbeagenturen zusammen, die zu den jeweiligen Kampagnen verpflichtet werden. Durch Visualisierung erhofft man Offenheit, die einerseits die junge Wählerschaft anspricht und gleichzeitig die Partei von dem lang währenden Vorwurf befreie, Klientelpartei zu sein. Slogans wie „Politik kann auch Spaß machen", „Wir stehen gegen Politikverdrossenheit" und „Wir sind die Alternative für Wähler, die frischen Wind wollen" seien bei jüngeren Leuten angekommen, ebenso die Art der Repräsentation. Der Parteivorsitzende *Guido Westerwelle* habe sich werbewirksam im „Big-Brother-Container" präsentiert und *Silvana Koch-Mehrin*, die Spitzenkandidatin für die Wahl zum Europäischen Parlament 2004, sei auf dem Presseball in einem Kleid des Modedesigners *Wolfgang Joop* erschienen, was mit einem Artikel in der „Bild"-Zeitung honoriert worden sei. Dem Vorwurf, dass sich eine Partei durch solche Inszenierungen auf dem schmalen Grad zwischen Authentizität und Unglaubwürdigkeit bewege, entgegnete *Hans-Jürgen-Beerfeltz*, dass auch eine deutsche Partei den sich verändernden Anforderungen einer Mediendemokratie stellen müsse.

> „Wir schaffen so ein Fenster für Aufmerksamkeit, in das wir unsere Inhalte hineinschieben. So erreichen wir die breite Mittelschicht, anstatt nur eine kleine, sich ausschließlich für Politik interessierende Oberschicht."

Die umworbene Wählerschaft sei eine breite Mittelschicht. Selbstverständlich versuche die FDP, die Bilder an inhaltliche Botschaften zu knüpfen. „Meist gelingt das auch.", konstatierte *Beerfeltz*.

Das Büro des Bundesschatzmeisters ist administrativ Teil der Abteilung Organisation und Finanzen. Zwischen Dezember 2001 und März 2003 fanden jeweils in Berlin Schatzmeisterkonferenzen des Bundes- und der Landessschatzmeister statt. Sie befassten sich mit rechtlichen Fragen der Parteifinanzierung, der Finanzsituation der Partei sowie mit der Entwicklung von Mitgliederbeiträgen und Spenden.

Für die Erledigung dieser Aufgaben hat die FDP ein (semi)-kommerzielles Dienstleistungsumfeld geschaffen, das aus dem „Liberalen Parteiservice" (LiPS), der „liberal-Verlag GmbH" und der „Comdok GmbH" besteht. LiPS wurde am 10. November 1999 gegründet und hat seitdem erhebliche Aktivitäten entwickelt. Es übernimmt die Beitrags- und Spendenerfassung für die Partei, plant Veranstaltungen, führt diese durch und koordiniert „alle Aufgaben, die das Parteiengesetz vorschreibt, und Maßnahmen, die die Finanz- und Beitragsordnung der Bundessatzung fordert, weil sie alle Landesverbände betreffen." Geleitet wird LiPS von einem Beirat, dem die „Hauptgeschäftsführer" der Landesverbände angehören und dessen Vorsitzender der Bundesgeschäftsführer ist. Der Beirat bestellt einen „geschäftsführenden Koordinator" aus dem Kreis der Hauptgeschäftsführer. Das Motto von LiPS lautet: „LiPS soll die Partei frei machen für Politik."[229]

LiPS trägt zur Zentralisierung der Partei bei, weil es die Egalisierung öffentlicher Auftritte unterer Gliederungen der FDP nach Mustern, die von der Spitze der Bundespartei

[229] http://lips.org.liberale.de/

vorgegeben werden, fördert. Beim Aufbau von LiPS hatte es Konflikte mit der Basis gegeben.

Die Comdok GmbH ist ein der FDP ökonomisch „nahestehendes" Dienstleistungsunternehmen mit Sitzen in Brüssel, Sankt Augustin und Berlin. Comdok bietet Informationstechnologien von der Beratung über die Installation und Qualifizierung, Projektmanagement und Dienstleistungen für Jedermann, auch für die Gliederungen der Partei an. Durch die Nähe des Unternehmens zur FDP fühlen sich „untere" Gliederungen häufig verpflichtet, dessen Dienste in Anspruch zu nehmen, was sie unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht immer tun würden.

Der „liberal Verlag" gibt nicht nur die Zeitschrift „liberal" heraus, sondern betätigt sich ebenfalls privatwirtschaftlich. Er bietet verlegerische Leistungen, Beratungen und Entwicklungen auf diesem Sektor, Anzeigenakquisitionen aber auch den Vertrieb von Broschüren, Flaggen, Infomaterial, Karten und Plakaten – für die FDP – an. Die Gliederungen der Partei können solches Material erwerben.

Die leitenden Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle und ihrer Hilfsorganisationen stehen zugleich Erwartungen nach Serviceangeboten für die Mitgliederpartei und denen der Parteiführer nach Zuarbeit gegenüber. In der Sprache eines Geschäftsberichtes klingt das so:

> „In durchaus schwieriger Diskussion in der Haushalts- und Finanzkommission und im Bundesvorstand wurde erreicht, dass die Planzahlen für den Personal- und Verwaltungsaufwand der Bundesgeschäftsstelle nicht noch weiter gekürzt werden. Dazu hat beigetragen, dass sich das Haus und seine Mitarbeiter durch Engagement, Fleiß und Ideenreichtum große Anerkennung in den Gremien erworben haben und dass unabweisbar größere Aufgaben nicht mit noch weniger personellen und finanziellen Möglichkeiten erledigt werden können."[230]

In eigener Sache klingen die von der FDP vertretenen radikalen Spar- und Kürzungsforderungen anders als beim Staat. Hier bestätigt sich die These von Robert Michels: Im Parteiapparat „erhielt die Einsicht von den Erfordernissen des täglichen Parteilebens in den Köpfen über die unsterblichen Prinzipien die Oberhand." So wurde in der Bundesgeschäftstelle aus dem Engagement für den Liberalismus Begeisterung für das „Projekt 18%":

„Ihr Gesichtskreis gewann an Präzision, verlor aber an Weite und Größe."[231]

Die FDP ist Mitglied in der „Liberalen Internationale (LI)" und in der „Europäischen Liberalen Demokratischen Reformpartei (ELDR)". Die LI hat 56 Mitgliedsparteien und -organisationen, und 23 Organisationen haben dort einen Beobachterstatus. Vom 21. bis 23. März 2002 fand in Budapest ein Weltkongress der LI statt. Die 1993 gegründete ELDR hatte 2002 46 Mitgliedsorganisationen. Sie stellte im Europäischen Parlament die drittstärkste Fraktion. Einmal im Jahr tagt ein ELDR-Kongress. Er besteht aus 547 Delegierten, wovon 46 auf die FDP entfallen. Auf dem 22. Kongress der ELDR in Ljubljana wurde der FDP-Politiker *Werner Hoyer* als Präsident der ELDR bestätigt.[232]

---

[230] a.a.O., S. 40

[231] Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Nachdruck der zweiten Auflage, Stuttgart 1925, S. 165

[232] FDP-Bundesgeschäftsstelle (Hg.), Geschäftsbericht 2001/2003, S. 18 f

Der Apparat der FDP besteht nicht nur aus der Bundesgeschäftsstelle und ihrem direkten Umfeld. Dazu gehören auch die Landesgeschäftsstellen, die ihrerseits über spezielle Beziehungen zur Bundeszentrale verfügen. Der Landesverband Brandenburg der FDP beispielsweise hatte am 31. Dezember 2003 1.674 Mitglieder (2009 1.602 Mitglieder) und zählt zu den kleineren Landesverbänden. Die Zahl der Mitglieder hatte seit 1990 erheblich abgenommen. Der Landesverband besteht aus 17 Kreisverbänden, die sich größtenteils an den Landkreisen und kreisfreien Städten orientieren, – mit Ausnahme des Kreisverbandes Lausitz, welcher Mitglieder sowohl im Landkreis Spree-Neiße wie auch in der (kreisfreien) Stadt Cottbus hat. In diesen 17 Kreisverbänden gibt es 186 Ortsverbände.

Der Landesverband Berlin hatte Ende 2003 etwa 2.700 Mitglieder (2009 3.264 Mitglieder) und untergliedert sich in zwölf Bezirksverbände. Diese entsprechen den Verwaltungsbezirken Berlins. Die Bezirksverbände gliedern sich in Ortsverbände, deren Gebietsgrenzen sich an den Wahlkreisgrenzen für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus orientiere.

Die Organe der FDP auf Landesebene sind in beiden Verbänden Landesparteitag und Landesvorstand. In Berlin ist dem Landesparteitag ein Landesausschuss nachgeordnet. Daneben gibt es Landesfachausschüsse und Arbeitsgemeinschaften, welche die Landesorgane unterstützten und in ihrem Auftrage inhaltliche Arbeit verrichten.

Sowohl in der Satzung des Bundesverbandes, wie auch in der des Landesverbandes Berlin werden die Landesgeschäftsstellen nicht erwähnt.

In der Satzung des Landesverbandes Brandenburg findet sich ein Absatz[233], der die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Landesgeschäftsstelle und des Geschäftsführers bestimmt. Demzufolge obliegt es dem Vorstand, über die Einrichtung einer Landesgeschäftsstelle zu entscheiden und diese personell auszugestalten. Vor diesem Hintergrund hat der Landesvorstand das Recht, über die Einstellung und Entlassung von Geschäftsführern und Angestellten zu befinden. Aus der Satzung kann nicht entnommen werden, ob auch die Ausgestaltung der Arbeitsverträge oder der Stellenbeschreibungen in den Regelungsbereich fallen. Dem Geschäftsführer stehen nach § 7 Befugnisse zu, die sich aus § 30 BGB[234] ergeben. Dem Landesgeschäftsführer ist untersagt, sich zu politischen Fragen und Problemstellungen ohne Absprache mit dem Landesvorsitzenden oder anderen Vorstandsmitgliedern zu äußern. Ihm obliegen die organisatorischen und finanztechnischen Geschäfte, jedoch nicht die parteipolitischen Vertretungen nach Innen und Außen. Darüber hinaus nimmt er an Vorstands- und Präsidiumssitzungen beratend teil, um über Beschlüsse und Anliegen des Landesvorstandes informiert zu sein und sich an deren Umsetzung zu beteiligen.

Die FDP ist eine Partei mit „geringem Organisationsgrad und schwacher bürokratischer Ausstattung“[235]. Allerdings haben sich einige Aspekte nach der Wiedervereinigung verändert. So hat die FDP in ostdeutschen[236] Gemeinden, Kreisen und Städten eine „gut

[233] § 17 (10)

[234] Dieser lautet: „Durch die Satzung kann bestimmt werden, dass neben dem Vorstande für gewisse Geschäfte besondere Vertreter zu bestellen sind. Die Vertretungsmacht eines solchen Vertreters erstreckt sich im Zweifel auf alle Rechtsgeschäfte, die der ihm zugewiesene Geschäftskreis gewöhnlich mit sich bringt.“

[235] Jürgen Dittberner, FDP – Partei der zweiten Wahl, a.a.O., S. 89. Zur Organisationsstruktur der FDP Mitte der neunziger Jahre s. Peter Lösche, / Franz Walter, Die FDP., a.a.O., S. 162-189.

[236] Im Unterschied zu den alten Bundesländern (s. dazu Peter Lösche/ Franz Walter, a.a.O., S. 170ff.) verfügt die FDP in den neuen Ländern über viele kommunalpolitische Mandate. S. dazu Hans Vorländer, Die FDP nach der Bundestagswahl 1998: Koalitionspartner im Wartestand?, in: Oskar Niedermayer (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen 1999, S. 112ff..

organisierte und strukturstarke Organisation“[237] . Auf Landesebene ist sie schwach. Während die Freien Demokraten, auch in Brandenburg, in den kommunalen Vertretungen recht stark sind und einige Bürgermeister stellen, „befinden sich die ostdeutschen Landesverbände (...) seit 1995 in einer prekären organisatorischen und finanziellen Lage.“[238] Das ist in Brandenburg größtenteils durch 2 verlorene Landtagswahlen (1994 und 1999) und durch den Mitgliederschwund[239] zu erklären. 2009 schaffte die FDP Brandenburg mit 7,2% den Wiedereinzug in den Landtag; möglicherweise wird das den Landesverband insgesamt stärken.

Bis dahin waren nicht nur in Brandenburg die Landesverbände und damit Landesgeschäftsstellen schwach: „Insbesondere im Osten Deutschlands, aber auch in einigen westlichen oder südlichen Gebieten wie beispielsweise Bayern verfügt die FDP nur über rudimentäre Geschäftsstellen.“[240] Ähnlich war die Lage in der Bundeshauptstadt: In der Geschäftsstelle des Landesverbandes Berlin im Jahre 2000 bestand „das hauptamtliche Personal ... seit Jahren aus 3 Sachbearbeitern. Die Aufgaben eines Pressesprechers oder eines Landesgeschäftsführers werden – wenn überhaupt – ehrenamtlich wahrgenommen.“[241] Viel verändert hatte sich seit dem Einzug der FDP 2001 ins Berliner Landesparlament nicht: Einer der Mitarbeiter, *Knut Wichalski*, übte bis Juli 2004 die Funktion eines Geschäftsführers aus. Der seinerzeitige Pressesprecher war fest angestellt. In Brandenburg sah die Situation düsterer aus: Neben dem Geschäftsführer, *Winfried Soßna*, gab es nur eine weitere Mitarbeiterin. Beide Geschäftsstellen bemühten sich, Praktikanten in Kreisen der FDP, der „Jungen Liberalen“ sowie in Schulen und Universitäten zu rekrutieren. Ohne diese hätten die alltäglichen Arbeiten kaum bewältigt werden können.[242]

Welche Aufgaben die Geschäftsstellen wahrnehmen können, hängt praktisch von den Finanzen der Landesparteien ab und in diesem Rahmen von den jeweiligen Vorstellungen der Landesvorstände. Im wesentlichen beschränken sich die Geschäftsstellen auf 2 Bereiche: die Übernahme der allgemeinen Verwaltungsaufgaben und des Landesvorstandes sowie die Koordination zwischen den Gliederungen der FDP-Landesverbände, sowohl nach „oben“ – zur Bundespartei – als auch zu anderen Landesverbänden und zu den eigenen Orts- und Kreisverbänden.

Zu den Verwaltungsangelegenheiten gehören die Vorbereitungen und Abwicklungen von Landesparteitagen, Landesdelegiertenkonferenzen zur Kandidatenaufstellung, Vorstandssitzungen, Veranstaltungen und Empfängen. Dies sind in Brandenburg unter anderem ein „Spargelessen“ im Frühjahr und der alljährliche Neujahrsempfang. Die organisatorische Unterstützung der Parteigremien, des Vorstandes, der Landesfachausschüsse und Arbeitsgruppen zählt ebenfalls zu den Aufgaben der Landesgeschäftsstellen. Des Weiteren gehören

[237] Hans Vorländer, a.a.O., S. 114.
[238] Ebenda, S. 114.
[239] Hatte die brandenburgische FDP zum 31.12.1994 noch 3848 Mitglieder, so waren es zum 31.12.1998 nur noch 2164 und Ende 2003 noch 1674. Dieser Rückgang erklärt sich aus der Übernahme der Mitglieder der LDP(D), NDPD und Teilen des „Forums“ nach der deutschen Wiedervereinigung. Damals verfügte die FDP in Brandenburg über 10.000 Mitglieder. Im Laufe der Jahre traten immer mehr ehemalige Mitglieder der Vorgängerparteien aus der FDP aus. Seit 2001 konnte die Mitgliederzahl weitestgehend stabilisiert werden.
[240] Jürgen Dittberner, Die FDP an der Schwelle zum neuen Jahrhundert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5/2000, S. 34.
[241] ebenda, S. 34.
[242] In den größeren Landesverbänden beschäftigten die Geschäftsstellen verhältnismäßig viele Angestellte (Baden-Württemberg 6, Nordrhein-Westfalen 8). Auch dort musste gespart werden, und viele Aufgaben können nur noch ehrenamtlich wahrgenommen werden.

die Buchführung und das Rechnungswesen des Landesverbandes dazu. Die Mitgliederverwaltung und Bearbeitung von Neuaufnahmen, Austritten, Ummeldungen und Änderungen mithilfe eines Computerprogramms („mikos32“), welches innerhalb der Partei vernetzt ist, stellt – besonders in kleinen Geschäftsstellen wie der Brandenburgischen – eine zeitaufwendige Aufgabe dar. Eine weitere Arbeit, die in der Regel – vornehmlich in größeren Geschäftsstellen, wie auch in Berlin – durch einen hauptamtlichen Mitarbeiter wahrgenommen wird, ist die eines Pressesprechers. Er soll die Interessen der Landespartei gegenüber der Öffentlichkeit vertreten. In kleineren und finanziell schwächeren Verbänden übernimmt diese Funktion ein auch mit anderen Aufgaben betrauter Mitarbeiter der Geschäftsstelle oder ein Landesvorstandsmitglied – in Brandenburg der Landesvorsitzende. Eine weitere wichtige Aufgabe einer Landesgeschäftsstelle ist – wieder abhängig von Größe, finanziellen Ressourcen und Vorstandsmeinung – die Kampagnenvorbereitung und -durchführung. Das gilt besonders für Wahlkämpfe, aber auch für allgemeine Aktionen.

Die jeweiligen Angestellten der Landesgeschäftsstellen betonen, dass es laut Satzung keine Weisungsbefugnis von oben nach unten, aber durchaus „Handlungsempfehlungen“ gebe. Das gilt für die Koordination mit den Kreis- und Ortsverbänden ebenso wie für die Zusammenarbeit mit der Bundespartei. Das Verhältnis sowohl zu den Untergliederungen als zur höchsten Parteiebene sei „kollegial“ (*Winfried Soßna*) oder „freundschaftlich“ (*Knut Wichalski*).

Eine Zusammenarbeit mit den FDP-Fraktionen – in Brandenburg seit 2009, ist für die Landesgeschäftsstellen meist auf informeller Ebene möglich, weil direkte Zusammenarbeit und insbesondere finanzielle Unterstützung nach dem Parteiengesetz untersagt ist. Da die meisten Mitglieder der Fraktion in Vorständen der Gliederungen oder im Landesvorstand vertreten sind, ergeben sich hierdurch jedoch Kooperationschancen.

Die Landesgeschäftsstellen regeln die Koordination zwischen den Gremien der Landesparteien, soweit es gewünscht wird. Die Landesgeschäftsstelle sei auch eine Informationsbörse für die Parteigliederungen, Zentrum eines „Spinnennetzes“ (*Winfried Soßna*), wo die Fäden zusammenliefen. Die Geschäftsstelle gewähre den Kreis- und Ortsverbänden organisatorische Unterstützung im Wahlkampf und bei Veranstaltungen – meist durch Flugblätter und andere Werbemittel. Zudem biete sie den Untergliederungen Hilfe und Zusammenarbeit bei Rechnungsführung und Beitragserhebung an.

Grundsätzlich lässt sich über die Kooperation zwischen den Landesgeschäftsstelle und Kreis- und Ortsverbänden in Brandenburg sagen, dass diese einen geringen Stellenwert hat, da die Untergliederungen weitestgehend eigenständig agieren. Formelle Zusammenarbeit gibt es bei regelmäßig stattfindenden Kreisvorsitzendenkonferenzen, an denen der Landesgeschäftsführer teilnimmt. Weiterhin sind die meisten Kreisverbände im Landesvorstand vertreten. Wenn aus einem Kreisverband kein Mitglied dem Landesvorstand durch Wahl angehört, so kann ein ständiger Vertreter des Kreisverbandes den Landesvorstandssitzungen beiwohnen und hat dort Rede- und Antragsrecht.

Die Kooperation der Bundesgeschäftsstelle mit den Landesgeschäftsstellen variiert von Landesverband zu Landesverband und ist in erster Linie von der Größe und der finanziellen Ausstattung der Landesverbände abhängig. Nach der Auslagerung verschiedener Aufgaben der Bundesgeschäftsstelle und der Gründung von Firmen wie „Comdok“ oder „liberal-Verlag“, die ihren Sitz im Thomas-Dehler-Haus in Berlin haben, nehmen die Lan-

desgeschäftsstellen die Angebote dieser Unternehmen in Anspruch. Sie „könnten ohne Unterstützung aus der Bundespartei nicht überleben."[243]

Diese Unterstützung ist zu einem Teil finanzieller, zum anderen organisatorischer Art. Nach den Rechenschaftsberichten des Landesverbandes Brandenburg erhielt dieser von der Bundespartei „freiwillige Zuschüsse": im Jahr 2000 58.288 DM, 2001 44.819 DM und 2002 14.584 €. Diese Zuschüsse erfolgten nach einem parteiinternen Schlüssel aufgrund des Parteiengesetzes. Die Zuschüsse haben in den Jahren bis 2004 abgenommen. Das war eine Folge des sinkenden Spendenaufkommens. Hinzu kamen die Kosten für die Nutzung des Liberalen Parteiservice, die abgezogen wurden. Weitere direkte finanzielle Hilfen gab es nicht. Die Bundespartei gewährte jedoch indirekte Unterstützungen, indem sie bestimmte Dienstleistungen kostenfrei anbot.

Eine regelmäßige Zusammenarbeit zwischen den Geschäftsstellen erfolgt bei den Geschäftsführerkonferenzen. Zwischen Berlin und Brandenburg herrsche darüber hinaus ein intensiver Kontakt mit kontinuierlichen Treffen und gemeinsamen Veranstaltungen der Landesverbände.

Nach der Wiedervereinigung erhielten die neuen Landesverbände und ihre Geschäftsstellen eine Art Aufbauhilfe aus westdeutschen Partnerländern. Für Brandenburg ergab sich damals eine besonders enge Zusammenarbeit mit Nordrhein-Westfalen. Zwischen den ostdeutschen Landesverbänden erfolgte – so *Winfried Soßna* – keine besondere Kooperation.

Die Geschäftsführerkonferenz, die mindestens 6mal pro Jahr meist im Berliner Thomas-Dehler-Haus stattfindet, ist die wichtigste Form der Zusammenarbeit der Parteiorganisationen der Länder und des Bundes. Sie währt normalerweise 2 Tage und ist terminlich meist den Bundesvorstandssitzungen angekoppelt. Teilnehmer dieser Konferenz sind Bundes- und Landesgeschäftsführer, häufig der Bundesschatzmeister oder der Generalsekretär, gelegentlich der Bundesvorsitzende. Am zweiten Tag der Geschäftsführerkonferenz tagt normalerweise der LiPS-Beirat.

Neben den 16 Landesverbänden, welche sich nach den Bundesländern richten, gibt es in der FDP die Auslandsgruppe Europa. Diese wurde 1969 von FDP-Mitgliedern gegründet, die außerhalb Deutschlands ihren Wohnsitz hatten und sich von dort aus in der Partei engagieren wollten. Die Gruppe ist wie Landesverbände in Bundesvorstand, Fachausschüssen und auf Parteitagen stimmberechtigt vertreten. Sie widmet sich vor allem außenpolitischen Themen. Nach eigenen Angaben ist ihr vorrangiges Ziel, die europäische Einigung voranzubringen.

Der „Landesverband FDP LV Net" als „17. Landesverband" sah sich 2004 als eine Kombination aus „Vorfeldorganisation und einer satzungsmäßigen Untergliederung"[244], der sich als Ziel gesetzt hatte, den Beschluss des 51. Bundesparteitages umzusetzen, durch die Nutzung der neuen Medien, mehr Demokratie zu erreichen. Der Selbstdarstellung ist zu entnehmen, dass der Landesverband Net innerparteiliche mit Interessen außerhalb der FDP zu bündeln versucht, um Konzepte für die Bundesrepublik zu entwickeln. Nach eigenen Angaben beteiligten sich an dem Internet-Verband 2004 400 „Mitglieder". Um diesem beizutreten ist es nicht notwendig, Mitglied bei den Freien Demokraten zu sein. Die Mitwirkungsrechte sind identisch mit denen in anderen Untergliederungen und werden jedem Forummitglied gewährt. Der Net-Landesverband strebt eine Verankerung in der Satzung an, um über die vollständigen Rechte für Untergliederungen zu verfügen.

[243] Jürgen Dittberner, Die FDP an der Schwelle zum neuen Jahrhundert, a.a.O., S. 34.
[244] Selbstdarstellung FDP LV NET, im Internet, s. auch das Kapitel 4) „Die FDP im Internet".

Während des Aufbaus von LiPS – der internen Serviceeinrichtungen – in den Jahren 2003 und 2004 war das Verhältnis dieser Organisation zu den Ortsverbänden – die ihre „Autonomie“ bedroht sahen – oft nicht ohne Brisanz. Die Landesverbände hingegen sahen überwiegend Vorteile. So wiesen die Landesgeschäftsführer Berlins und Brandenburgs auf vielfältige Angebote des LiPS hin. Der Liberale Parteiservice verstehe sich als Servicegesellschaft. Diese wurde zu 50% von der Bundespartei und zu 50% von den Landesverbänden getragen. LiPS selber erteilte Dienstleistungsaufträge an andere Firmen. Diese Firmen und Organisationen standen oft der „liberalen Familie“ nahe. In den Landesverbänden wurden die Serviceleistungen des Liberalen Parteiservice vor allem für die Buchhaltung genutzt. Seit der Verschärfung des Parteiengesetzes und den damit verbundenen strengeren Finanzkontrollen übernahm der Parteiservice nach und nach die Buchhaltung auch für die Kreis-, Bezirks und Ortsverbände. Vor allem die Bundespartei war an einer einheitlichen finanztechnischen Organisierung interessiert.

Bis zum Jahresende 2003 erfolgte die Übergabe der Buchhaltungen an LiPS freiwillig. Die verpflichtenden Maßnahmen danach lösten in mehreren unteren Verbänden Kritik aus, da ein zu starkes Eingreifen der Bundespartei befürchtet wurde. Zudem gab es ein Informationsdefizit. Die Landesgeschäftsführer bestätigten ein schleppendes Anlaufen der Aktion, verwiesen jedoch auf die Vorteile des Projektes: In Brandenburg nahm bis Dezember 2003 lediglich der Kreisverband Potsdam die Leistungen des Liberalen Parteiservices an. Hier wie anderswo unterstützte vor allem der Landsgeschäftsführer das „Projekt LiPS“: Die Partei werde von organisatorischen Lasten befreit und könne sich verstärkt um die politischen Aufgaben kümmern.

In den unteren Gliederungen dagegen wurde befürchtet, dass LiPS eine Zentralisierung bewirken würde. Gelegentlich drohten Landesgeschäftsführer „abtrünnigen“ Untergliederungen Sanktionen an. Der ehemalige Berliner Geschäftsführer *Knut Wilchalski* sprach gar von Schließungen widerspenstiger Ortsverbände und der Ablösung der dortigen Schatzmeister. Dennoch wehrten sich 2003 und 2004 Basisgruppierungen der Landesverbände gegen eine Kooperation mit LiPS. Viele wollten die örtliche Kassenführung als ein Teil ihrer „Souveränität“ verteidigen. Andere wehrten sich gegen LiPS, weil sie die Existenz von „Karteileichen“ verschleiern wollten.

2009 waren die Widerstände der Basis weitgehend überwunden. Alles in allem beförderte LiPS jedoch den Trend zur Zentralisierung der FDP.

Insgesamt verstehen sich die Geschäftsstellen auf Bundes- und Landesebene als Serviceagenturen und nicht als „Parteibürokratien“ im klassischen Sinne. Sie fördern dabei jedoch- wie es Bürokratien nach den bekannten Beobachtungen von Robert Michels[245] eben zu tun pflegen – eine Zentralisierung der Partei, der sich in der FDP nur einige Unterorganisationen widersetzen, die ihrerseits über eigene organisatorische Potenziale verfügen.

Zugleich sind die Möglichkeiten der Geschäftsstellen der FDP begrenzt. Denn obwohl sie Serviceeinrichtungen sein wollen, sind sie von den verwaltungstechnischen Diensten nicht entlastet. Sie werden bedrängt durch personelle und materielle Mängel. Die Kooperation zwischen den Landesgeschäftsstellen und der Bundesgeschäftsstelle sowie den Kreis- und Ortsverbänden ist nicht besonders eng. Die professionelle Ausstattung der Bundesgeschäftsstelle und der ausgelagerten Firmen, die meist im Thomas-Dehler-Haus ihren Sitz

[245] Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, a.a.O.

haben, bietet für die Landesgeschäftsstellen immerhin die Möglichkeit, solche Dienstleistungen zu erwerben, die sie selber zu leisten nicht in der Lage sind.

Auf Verständnis der Parteimitglieder für ihre Bemühungen um den Apparat der FDP dürfen die Geschäftsführer nicht hoffen. Nicht immer sind die Mitglieder gewillt, „mitzuziehen". Ein liberales Urmisstrauen gegen Apparate – auch gegen den eigenen – relativiert die Ansprüche der Geschäftsführer und ihrer Organisationen. In einer Partei, die den Liberalismus zur Leitidee erhoben hat, haben es Apparate, Bürokratien und auch Serviceagenturen schwer.

4.4 „Judos", „Julis" und Studentisches[246]

Die „Jungen Liberalen (JuLis)" sind seit 1983 der offizielle Jugendverband der FDP. Am 1. November 1980 wurden die Jungen Liberalen in Bonn von jungen Mitgliedern der FDP gegen den Willen der Parteiführung gegründet. Damals waren der offizielle Jugendverband der FDP die „Deutschen Jungdemokraten (Judos)", die sich in Folge der 1968er Studentenbewegung zunehmend der Außerparlamentarischen Opposition verbunden fühlten und in Konflikt mit der Mutterpartei gerieten. Immer mehr junge FDP-Mitglieder empfanden die Judos als zu links und mochten sich dort nicht organisieren. Das war die innerparteiliche Basis für das Aufkommen der Julis. Von den sozial-liberal eingestellten FDP-Mitgliedern wurden die Julis als angepasst und karrieresüchtig eingeschätzt. Mit der 1982er Wende der FDP war die Zeit der Julis gekommen. Im November 1982 erkannte der Bundesvorstand die Julis als Jugendorganisation an, und der Außerordentliche Bundesparteitag in Freiburg bestätigte das im Januar 1983, wodurch die Judos durch die Julis ersetzt wurden. „Nach sehr schwierigen Fusionsverhandlungen" schlossen sich die Julis auf einem Vereinigungskongress am 8. und 9. September 1990 mit dem 1988 gegründeten Jugendverband der LDPD, der den Namen „JungLiberaleAktion (JuLiA)" trug, zusammen.[247]

Die Vorsitzenden der Jungen Liberalen auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene haben Teilnahme- und Rede-, jedoch nicht Stimmrecht bei den Sitzungen der FDP-Vorstände. Eine Mitgliedschaft in der FDP ist nicht erforderlich für die Mitgliedschaft bei den Julis, jedoch sehr erwünscht, wie sich aus der Formulierung von § 3 (1) der Bundesssatzung ergibt: „Mitglied der Jungen Liberalen kann jeder werden, der mindestens 14 Jahre alt ist und das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, nicht Mitglied einer politisch konkurrierenden Organisation ist, der grundsätzlich der F.D.P. angehört und die Grundsätze der Satzungen des Verbandes anerkennt."[248] Mitglied bei den Julis werden nicht automatisch alle jungen FDP-Mitglieder, sondern nur diejenigen, die dort eintreten.

[246] S. Kapitel 6.
[247] Die Geschichte der JuLis (Junge Liberale); in- Internet-Auftritt der Jungen Liberalen
[248] Bundessatzung der Jungen Liberalen

Tab. 22: Die Mitglieder der Jungen Liberalen am 26. Juni 2003 nach Alter und Geschlecht[249]

Altersgruppe	Männer	Frauen
14 - 17 Jahre	559	257
18 - 20 Jahre	1500	503
21 - 25 Jahre	3005	756
26 - 30 Jahre	2066	468
31 - 35 Jahre	1213	208

Erster Vorsitzender der Jungen Liberalen war *Hans-Joachim Otto*, der das Amt von 1980 bis 1983 innehatte und 1994 in den Deutschen Bundestag gewählt wurde. Sein Nachfolger als Juli-Vorsitzender für die Zeit von 1983 bis 1988 war *Guido Westerwelle*. Weitere Vorsitzende waren *Georg Neubauer*, *Beppo Brem*, *Christoph Schenk* (kommissarisch), die spätere Bundestagsabgeordnete *Birgit Homburger*, *Ralph Lange*, und von 1995 bis 1999 leitete *Michael Kauch* den Verband. 1999 wurde der 23-jährige *Daniel Bahr* Bundesvorsitzender, und mit dieser Funktion zog er 2002 in den Deutschen Bundestag ein. 2010 setzte sich der Juli-Vorstand wie folgt zusammen: Vorsitzender *Johannes Vogel* (Nordrhein-Westfalen), stellvertretende Vorsitzende *Christine Schulze-Grotkopp* (Schleswig-Holstein/ Organisation), stellvertretender Vorsitzender *Florian Berg* (Baden-Württemberg/Programm); stellvertretender Vorsitzender *Nils Droste* (Hessen/Presse,Öffentlichkeitsarbeit), Schatzmeister *Matthias Wieneke* (Bremen), Beisitzer *Julia Hesse* (Berlin/„International Officer"), Beisitzer *Jan Krawitz* (Nordrhein-Westfalen/Co-Programmierer), Beisitzer *Laura Betz* (Baden-Württemberg/„Juli-Akademie"), Beisitzer *Jörg Wischinski* (Nordrhein-Westfalen/Internet und Regie-System) und Beisitzer *Johannes Wolf* (Bayern/Freiwilligen Management). Der Juli-Vorsitzende *Vogel* zog 2009 in den Deutschen Bundestag ein und wurde arbeitsmarktpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion.

Dass die Jungen Liberalen sich innerhalb der FDP zu einer wichtigen Suborganisation entwickelt haben, zeigt der Anstieg der Mitgliederzahlen: Hatte der Verband 1980 ca. 350 Mitglieder, so waren es 1983 schon 1840 und 1998 zählte man 6.917 Mitglieder (jeweils am 31. Dezember). Im Juni 2003 hatten die Jungen Liberalen 10.535 Mitglieder, davon 2.192 Frauen – das sind 20,8%. 2009 zählte der Verband über 11.000 Mitglieder. Die 21- bis 25-Jährigen waren die stärkste Mitgliedergruppe. Wie bei der Mutterpartei ist auch bei den Julis Nordrhein-Westfalen der mitgliederstärkste Landesverband.

Die Julis hatten 2009/2010 folgende „Bundesarbeitskreise": Gesundheit und Soziales, Bildung und Kultur, Innen und Recht, Wirtschaft und Finanzen, Internationale Politik sowie Umwelt, Infrastruktur und Innovation. In Berlin unterhielten sie eine Bundesgeschäftsstelle; der Bundesgeschäftsführer war *Phlipp S. Wehrend*.

[249] Angaben der Jungen Liberalen

Tab. 23: Mitglieder der Jungen Liberalen am 26. Juni 2003 nach Landesverbänden[250]

Landesverband	Mitglieder	Männer	Frauen
Baden-Württemberg	1018	852	166
Bayern	908	742	166
Berlin	294	242	52
Brandenburg	164	128	36
Bremen	63	57	6
Hamburg	157	134	23
Hessen	1044	840	204
Mecklenbg.-Vp.	136	116	20
Niedersachsen	928	765	163
Nordrhein-Westf.	4359	3277	1082
Rheinland-Pfalz	541	459	82
Saarland	126	105	21
Sachsen	145	115	30
Sachsen-Anhalt	190	141	49
Schlesw.-Holst.	390	320	70
Thüringen	139	110	29

Ihre eigene Rolle in der FDP definieren die dort durchaus einflussreichen Julis wie folgt:

> „Die JuLis sind der Jugendverband der FDP: Das heißt nicht, dass alle Mitglieder der JuLis auch Mitglied der FDP sein müssen, aber das bedeutet, dass wir unsere politischen Ideen in und mit der FDP umsetzen wollen. Dies tun die JuLis, indem sie frech, selbstbewusst und manchmal auch etwas hartnäckiger ihre Position vorbringen. Schon beinahe klassisch ist das Bild von den Jungen Liberalen als Hefe im Teig der FDP.“[251]

Die Jungen Liberalen sind ein zu ihrer Mutterpartei konformer Jugendverband. Sie entwickeln keine alternativen oder avantgardistischen Positionen zur offiziellen FDP-Politik. Das taten die Jungdemokraten zu ihrer Zeit reichlich. Die sich nach der Trennung von der FDP „JungdemokratInnen/Junge Linke“ nennende Organisation verkündete 2003:

> „Aus unserer eigenen Geschichte haben wir gelernt, wie hemmend es für politische Arbeit sein kann, eine herrschende Partei von innen verändern zu wollen.“[252]

Gegründet wurden die Jungdemokraten 1919. Sie bildeten die Jugendorganisation der DDP. Am 26./27. April 1947 – also vor der Konstituierung der FDP als Bundespartei – gründeten sie sich in Heidelberg neu, nun als Jugendorganisation der FDP wie auch der LDP. In der Ostzone wurden sie in die kommunistische FDJ zwangsintegriert. Aus den Jungdemokraten rekrutierten sich spätere FDP-Spitzenpolitiker wie *Wolfgang Mischnick* und *Gerhart Rudolf Baum*. Anfänglich gab es zwischen den Landesverbänden inhaltliche Differenzen. So waren die Hamburger eher linksliberal und die Nordrhein-Westfalen „stark national ausgerich-

[250] ebenda
[251] Internet-Auftritt der Jungen Liberalen
[252] http://www.jdjl.org/ueberuns.html

tet.“[253] Es war *Karl-Hermann Flach* – damals Leiter der Politischen Abteilung der Bundesgeschäftstelle der FDP und selbst Jungdemokrat –, der im Oktober 1958 im hessischen Arnoldsheim einen Vortrag mit dem Titel „Die Aufgaben der liberalen Partei“ hielt und den Anstoß dafür gab, dass sich die DJD fortan verstärkt „mit Geschichte und Grundlagen des Liberalismus auseinandersetzen.“[254] In den sechziger Jahren entfalteten sich die DJD so zur sozial-liberalen Kraft, die besonders die Ost- und Entspannungspolitik vorantrieb, eine Erneuerung der als zu bürgerlich empfundenen FDP forderte und für eine Koalition mit der SPD plädierte. Die DJD waren – auch organisatorisch – ein wichtiger Teil des linken Flügels der FDP in dieser Zeit.[255] Gleichzeitig verstanden sie sich als Teil der APO, woraus 1972 in einem „Leverkusener Manifest“ eine „Zwei-Wege-Strategie“ entwickelt wurde: Die politische Arbeit sollte – wie bei den Alternativen – inner- und außerparlamentarisch getan werden. Die FDP allerdings wurde gesehen als „eine Agentur jener Kräfte“, denen man die Macht abnehmen müsse.[256] Es war nicht verwunderlich, dass nach der Wende der FDP 1982 der Bruch zwischen FDP und DJD formell vollzogen wurde.

Nach der Wiedervereinigung fusionierten die westdeutschen, nunmehr parteilosen Jungdemokraten mit der ostdeutschen Marxistischen Jugendvereinigung „Junge Linke (MJV)“, die in der DDR-Revolution der Jahre 1989/1990 entstanden war. Die MJV Junge Linke war in Absetzung von der FDJ entstanden und erhielt ihren Namen von den beiden größten Gründungsgruppen Junge Linke Berlin und Marxistischer Jugendverband Leipzig. Die JungdemokratInnen/Junge Linke sahen sich als alternativer, pazifistischer linksdemokratischer Jugendverband, der „keine Probleme damit“ hatte, gelegentlich mit Bündnis 90/Die Grünen und der PDS zu „kooperieren“ oder diese Parteien zu „konfrontieren“.

Mit den DJD hatte sich eine Suborganisation von der Mutterpartei FDP gelöst und im Umfeld der Konkurrenz angedockt.

Auch der traditionell der FDP nahestehende „Liberale Studentenbund Deutschland (LSD)“ löste sich schließlich durch die APO und die Wende der FDP von dieser Partei. Liberale Hochschulgruppen hatten sich in den westlichen Besatzungszonen bereits im Wintersemester 1945/46 gebildet. Im Oktober 1950 – nach den Jungdemokraten und nach der FDP – gründete sich in Bonn der LSD als Dachverband. Wie die Jungdemokraten war auch der LSD ein selbständiger Verband. Der Studentenverband stand der FDP ferner als der Jugendverband; neben FDP-Mitgliedern gab es beim LSD auch Mitglieder anderer Parteien – vor allem der SPD – und Parteilose. Bereits zu Beginn der fünfziger Jahre wurden beim LSD eine Reform der FDP und ein Ausbruch aus dem bürgerlich-liberalen Lager diskutiert. Dort bildete sich ein „informeller Zirkel Gleichgesinnter“, dem neben anderen *Karl-Hermann Flach*, *Gerhard Daub*, *Hans-Jürgen Dürr*, *Peter Menke-Glückert*, *Barthold C. Witte* und *Wolf-Erich Kellner* angehörten, die in der FDP Grundsatzarbeit leisten wollten. Daraus entstand später der „Seniorenverband des LSD (SV)“, der am 5./6. Februar 1955 in Bonn aus der Taufe gehoben wurde.[257] Dieser Verband empfand sich als „Sauerteig der liberalen Bewegung“.

---

[253] Ulrich Josten, Für einen erneuerten Liberalismus. Die Zeitschrift „liberal“ und die FDP bis 1969, Hamburg 2001, S. 74

[254] a.a.O., S. 75

[255] s. Jürgen Kunze, Die Jungedemokraten zwischen Liberalismus und Sozialismus; in: Jürgen Dittberner / Rolf Ebbighausen, Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1973, S. 307 ff

[256] http://www.jdjl.org/ueberuns.html

[257] Ulrich Josten, a.a.O., S. 89

An Stelle des LSD wurde 1972 der „Liberale Hochschulverband (LHV)“ gegründet, der sich „in den achtziger Jahren politisch auseinanderdividierte und organisatorisch fragmentierte“. An seine Stelle endlich trat der „Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen (LHG)“, ein Dachverband von etwa 60 studentischen Gruppen, die keine Suborganisationen der FDP sein wollen, aber dieser Partei als Ansprechpartner akzeptieren.[258]

2009 war der Vorsitzende des Bundesverbandes der LHG *Johannes Knewitz*. Vom 22. bis 24. Januar 2010 fand in Göttingen ein Kongress zum Thema „Die Hochschulen in neuem Licht: Studenten-, Professoren- und Universitätsbild nach Bologna“ statt. Der Kongress beschäftigte sich mit der Neuausrichtung der Hochschulen in Folge des Bologna-Prozesses und den daraus folgenden Strukturanpassungen im Hochschulsystem. Am Rande des Kongresses tagte die 43. Bundesmitgliederversammlung des Bundesverbandes Liberaler Hochschulgruppen (LHG). Auf der Tagesordnung stand unter anderem die Wahl eines neuen Bundesvorstandes.[259]

4.5 Die Zeitschrift „liberal“

Es ist das Verdienst von Ulrich Josten, die Bedeutung der Zeitschrift „liberal“ für die Reform der FDP in den sechziger Jahren analysiert zu haben.[260] 1955 hatte der spätere langjährige Geschäftsführende Herausgeber und Chefredakteur der liberalen „Vierteljahreshefte für Politik und Kultur“, *Barthold C. Witte*, bei der Delegiertenkonferenz des LSD in Darmstadt einen Antrag eingebracht, der einstimmig verabschiedet wurde:

> „Der Bundesvorstand wird beauftragt, bei der ganzen Partei darauf hinzuwirken, dass eine von der ganzen Partei getragene repräsentative Zeitschrift zur Diskussion grundsätzlicher und aktueller Fragen des modernen Liberalismus aus wissenschaftlichem Geiste geschaffen wird.“

Es dauerte aber über 3 Jahre, bis Ende 1958 die erste Ausgabe erschien. Sie hatte den Titel „liberal. Beiträge zur Entwicklung einer freiheitlichen Ordnung.“ Zum Gelingen des Projektes hatte wesentlich der Bundesschatzmeister der FDP, *Hans Wolfgang Rubin*, beigetragen. Er, der hauptamtliche Direktor der „Eisen & Stahl AG“, ermöglichte die Finanzierung und gehörte bis zu seinem Tode 1986 zu den Herausgebern der Zeitschrift. Bei der Gründung waren die weiteren Herausgeber *Karl-Hermann Flach* und *Gerhard Daub*, damals Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten. Inhaltlich wurde die Zeitschrift bestimmt durch die politischen Ziele des Seniorenverbandes des LSD.

Die Herausgeber von „liberal“ hatten die Hoffnung, dass ihre Zeitschrift eine ähnliche politische Wirkung entfalten würde wie die von *Walter Dirks* und *Eugen Kogon* herausgegebenen „Frankfurter Hefte“. Ulrich Josten konstatiert, dass es zu Anfang wenig Interesse in der FDP an der Zeitschrift und eine darüber hinaus gehende Wirkung nicht gegeben habe. Jedoch: „Dies änderte sich 1968, als `liberal´-Chefredakteur *Rolf Schroers* zugleich die Leitung der stiftungseigenen Theodor-Heuss-Akademie <der Friedrich-Naumann-Stiftung – J.D.> übernahm und die Bemühungen um einen Kurswechsel der FDP auch von

[258] Hans Vorländer, Die Freie Demokratische Partei; in: Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter (Hg.), Parteien in der Bundesrepublik, Opladen 1972, S. 303 f
[259] http://www.lhg-umzug.de/veranstaltungen/goettingen.asp
[260] Ulrich Josten, a.a.O. Auf Josten fußen die Ausführungen in diesem Unterkapitel.

dieser Seite aus vorantrieb.“[261] „liberal“ wurde zum „Kristallisationszentrum“ der Reformer in der FDP, denen es eine „Plattform“ bot. Ideen wie die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der späteren Freiburger Thesen der FDP sind hier vorab publiziert worden, so dass die Zeitschrift zum Kurswechsel der FDP in den sechziger Jahren beigetragen hat, wenngleich Josten vor einer Überschätzung der Zeitschrift warnt, die zwar Wegbereiter für den sozial-liberalen Kurs war, aber nicht „ausschlaggebend“.[262]

Seit 1991 ist der Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung Herausgeber von „liberal“. Nach der Wende der FDP 1982 ist der Einfluss der Zeitschrift auf die Politik gesunken, aber bis zu seinem Ruhestand im Jahre 2003 hatte der Geschäftsführende Herausgeber und Chefredakteur *Barthold C. Witte* immer wieder Beiträge über den Zustand und die Perspektiven der FDP publiziert. Allerdings wandte sich die Publikation stärker feuilletonistischen Themen zu. So stand das noch von *Witte* verantwortete Heft vom Juni 2003 unter dem Schwerpunkt „Politik und Literatur“. In den weiteren Rubriken „Liberale Perspektiven“, „Politik und Wirtschaft in Deutschland“, „Europa und die Welt“, „Kultur und Geschichte“ sowie „Kritik und Umschau“ fand sich kein Beitrag über die Perspektiven der nach dem Scheitern des „Projektes 18“ und der „*Möllemann*-Affäre“ orientierungsbedürftig gewordenen FDP.[263]

Chefredakteur war 2009 *Klaus D. Barbier*.[264]

4.6 Die Friedrich-Naumann-Stiftung

Formal ist die Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS) keine Suborganisation der FDP. Faktisch jedoch bewegt sie sich inhaltlich und personell im Milieu der Partei und in ihrem Vorfeld. Die FNS wurde im Mai 1958 maßgeblich auf Initiative von *Theodor Heuss* als Einrichtung der Erwachsenenbildung gegründet. Monika Fassbender schreibt:

> „Die Gründung der Friedrich-Naumann-Stiftung im Jahre 1958 speiste sich aus unterschiedlichen Quellen: Da war auf der einen Seite der Wunsch aus FDP-Parteikreisen, die Grundlagen des Liberalismus neu zu bestimmen und ihre Mitglieder zu schulen. Auf der anderen Seite stand die Tradition der *Naumann*schen liberalen Staatsbürgerschule mit einer Grundorientierung in liberalem Geist, aber ohne die Festlegung auf scharfe parteipolitische Grenzen. Diese Tradition nahm die Gründungsgeneration der Stiftung explizit auf.“[265]

Die FNS steht in einer Reihe mit den Stiftungen in den Umfeldern der anderen deutschen Parteien: Ihre „Schwesterorganisationen“ sind – so gesehen – die SPD-nahe „Friedrich-Ebert-Stiftung“, die CDU-nahe „Konrad-Adenauer-Stiftung“, die CSU-nahe „Hanns-Seidel-Stiftung“, die den Grünen nahestehende „Heinrich-Böll-Stiftung“ und die Linksparteinahe „Rosa-Luxemburg-Stiftung“.

Kritiker der staatlichen Parteienfinanzierung diagnostizieren eine „jahrelange weitgehende Dethematisierung der Stiftungsfinanzen“, zumal die öffentlichen Subventionen bei

[261] a.a.O., S. 447
[262] a.a.O., S. 449
[263] liberal. Vierteljahreshefte für Politik und Kultur, 45. Jahrgang, Juni 2003
[264] http://50jahre.freiheit.org/wcsite.php?wc_b=4035
[265] Monika Fassbender, „...auf der Grundlage des Liberalismus tätig“. Die Geschichte der Friedrich-Naumann-Stiftung, Baden-Baden 2009, S. 28

den Stiftungen den fast dreifachen Betrag dessen ausmachen würden, was den Parteien an staatlichen Mitteln zufließen würde.[266] Demgegenüber haben sich die Parteienstiftungen mit Ausnahme derjenigen der PDS/Linkspartei in einer „gemeinsamen Erklärung" im November 1998 gegen einen Rückgang ihrer staatlichen Finanzierung gewehrt:

> „Die politischen Stiftungen sind ein wichtiger Teil der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Sie leisten für das Gemeinwesen nützliche Arbeit, so dass deren staatliche Förderung im öffentlichen Interesse liegt und der Verfassung entspricht."

Als ihre Aufgaben bezeichnen die Stiftungen

- das Vermitteln politischer Bildung,
- die Wissenschaftsförderung,
- das Erforschen der Geschichte von politischen Parteien,
- die Förderung begabter junger Menschen durch Stipendien,
- die Pflege von Kunst und Kultur,
- die Förderung der europäischen Einigung und der Völkerverständigung, auch durch Entwicklungsaktivitäten vor Ort.[267]

Die politische Einfärbung für diese diversen Tätigkeiten wird bei der Friedrich-Naumann-Stiftung in der Satzung definiert: „Die Stiftung ist auf der Grundlage des Liberalismus tätig. Sie dient gemeinnützigen Zwecken."[268]

Im Unterschied zu einigen ihrer Schwesterorganisationen ist die FNS eine Stiftung auch im rechtlichen Sinne. Bei der Gründung hatte der Schatzmeister der FDP, *Hans Wolfgang Rubin*, dafür gesorgt, dass Gründungskapital bereit stand. Das Stiftungsvermögen zum 31.12.2000 wurde mit 18.687.736,01 € angegeben.

Das Hauptgewicht der Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung liegt bei der Entwicklungspolitik. Dennoch beschäftigte die Stiftung 2001 im Ausland nur 27 Mitarbeiter gegenüber 171 im Inland. Die Auslandsarbeit erfolgt überwiegend nicht durch Festangestellte, sondern in Projekten. Regionale Schwerpunkte der Auslandsarbeit der FNS sind Asien, Lateinamerika und Afrika. Die Stiftung unterhält Regionalbüros im In- und Ausland, Bildungsstätten in Konstanz, Gummersbach und Berlin sowie kleinere Bildungsmöglichkeiten im Inland, genannt „Liberale Foren". Seit dem 2. April 2001 hat die Stiftung ihren Sitz in Potsdam-Babelsberg in der einstigen Villa des Verlegers *Carl Müller-Grothe* am Griebnitzsee, wo sich nach dem 2. Weltkrieg der amerikanische Präsident *Harry S. Truman* auf die Potsdamer Konferenz vorbereitete („Truman-Villa").

Im Ausland unterhält die Stiftung folgende Büros; Regionalbüro Mittel-, Südost- und Osteuropa, Regionalbüro Mittelmeerländer, Regionalbüro Afrika, Regionalbüro Südasien, Regionalbüro Ost- und Südostasien sowie Regionalbüro Lateinamerika.[269] Hier arbeitet die Stiftung daran, liberale Vorstellungen in den Gastländern zu verwirklichen. Dazu setzt sie die klassischen Methoden der politischen Bildung ein, „der Politikberatung und des Politik-

[266] Rolf Ebbighausen/Christian Düpjohann/Dieter Prokein/Joachim Raupach,/Marcus Renner/Rolf Schotes/Sebastian Schröter, Die Kosten der Parteiendemokratie. Studien und Materialien zu einer Bilanz staatlicher Parteienfinanzierung, Opladen 1996
[267] http://www.fnst.org/stiftung/datenundfakten/gemerkl.phtml
[268] http://www.fnst.org/stiftung/satzung.phtml
[269] http://www.fnst-freiheit.org/uploads/896/Jahresbericht2007.pdf

dialogs wie Konferenzen, Seminare oder Studienreisen ... Auch unkonventionelle Maßnahmen wie Theateraufführungen oder liberale Gesprächsforen“ werden eingesetzt[270]
2002 wurde die „Virtuelle Akademie“ gegründet. Diese nutzt das Internet für die Programme der Stiftung.

Die Organe der Stiftung sind das Kuratorium und der Vorstand. Das Kuratorium ist die Legitimationsquelle der Organisation. Ihm gehören 29 Mitglieder an, die vom Kuratorium selber für eine Amtszeit von sechs Jahren berufen werden. Das Kuratorium wählt und kontrolliert den Vorstand und bildet aus seiner Mitte einen Programm- und einen Finanzausschuss. Die Verbindung zur FDP ergibt sich aus der personellen Besetzung dieser Gremien – hier für das Jahr 2010: Ehrenvorsitzender des Kuratoriums war *Walter Scheel*, Vorsitzender der frühere baden-württembergische FDP-Politiker *Jürgen Morlock*. Weitere Mitglieder waren *Karl-Hans Laermann* (Bundesminister a.D.), *Peter Menke-Glückert* (Min.Dir. a.D.), *Christel Augenstein* (Oberbürgermeisterin Pforzheim), *Gisela Babel*, *Thomas Bach* (Vizepräsident des IOC, Präsident des DSB), *Hans Barbier* (Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung), *Hinrich Enderlein* (Landesminister a.D.), *Ulrich Fickel* (Landesminister a.D.), *Richard Fudickar*, *Josef M. Gerwald*, *Helmut Haussmann* (Bundesminister a.D.), *Ludwig Theodor Heuss* (Vorsitzender der Theodor-Heuss-Stiftung), *Peter Jeutter*, *Heiko Jütte* (Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Saarländischen Unternehmensverbände), *Detlef Kleinert* (MdB a.D.), *Günter Körber* (Mitglied des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes), *Karl-Ulrich Kuhlo*, *Heinz Lanfermann* (MdB, Vorsitzender der FDP Brandenburg), *Dirk Niebel* (MdB, Bundesminister), *Walter Rasch* (Senator a.D.), *Horst Rehberger* (Landesminister a.D.), *Hermann Rind*, *Fritz Schaumann* (Staatssekretär a.D.), *Cornelia Schmalz-Jacobsen* (Senatorin a.D.), *Ruth Wagner* (Staatsministerin a.D.) und *Joachim Werren* (Staatssekretär).[271] Es fällt auf, dass in diesem Gremien viele ehemalige Funktionsträger und ganz überwiegend Mitglieder der FDP vertreten sind.

Am 27. April 2007 wurde ein Vorstand der Stiftung gewählt, der sich wie folgt zusammensetzt: *Wolfgang Gerhardt* (Wiesbaden/Vorsitzender), *Wolf-Dieter Zumpfort* (Berlin/stellvertretender Vorsitzender), *Axel Hoffmann* (Bonn/ stellvertretender Vorsitzender), *Manfred Richter* (Bremerhaven/Schatzmeister), *Rolf Berndt* (Potsdam/Geschäftsführer/ehemals Bundesgeschäftsführer der FDP.[272]), *Irmgard Schwaetzer* (Berlin) und *Peter Röhlinger* (Jena).[273]

Wolfgang Gerhardt, der ehemalige Partei- und Fraktionsvorsitzende der FDP, wurde 2006 Vorsitzender der Naumann-Stiftung. Er regte eine Erweiterung des Stiftungsnamens an, so dass die FNS seitdem heißt: „Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit“. Es wurden 10 Thesen zur Freiheit formuliert, „Reden zur Freiheit“ gehalten und ein „Freiheitspreis“ gestiftet, der zweijährig verliehen wird.[274]

[270] http://www.fnst-freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-1557/_lkm-2362/i.html
[271] http://freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-50/_lkm-53/i.html
[272] Erster Geschäftsführer der FNS war *Werner Stephan* – zuvor Bundesgeschäftsführer der FDP. Dessen Nachfolger bei der Stiftung wurde *Barthold C Witte*. Auch *Fritz Fliszar* – später *Fritz Goergen-Fliszar*, der 2002 als Berater sowohl von *Guido Westerwelle* als auch von *Jürgen W. Möllemann* agierte und von 1979 bis 1983 Bundesgeschäftsführer der FDP war – war von 1982 bis 1991 Geschäftsführer der FNS.
[273] http://www.fnst-freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-490/i.html
[274] Monika Faßbender, a.a.O., S. 212

Tab. 24: Die Vorstandsvorsitzenden der FNS

Vorsitzender	**Amtszeit**
Walter Erbe	1958 - 1961
Paul Luchtenberg	1961 - 1970
Hans Wolfgang Rubin	1970 - 1982
Ralf Dahrendorf	1982 - 1987
Wolfgang Mischnick	1987 - 1995
Otto Graf Lambsdorff	1955 - 2006
Wolfgang Gerhardt	ab 2006

Neben der Stiftung existiert eine „Gesellschaft der Freunde und Förderer der FNSt e.V.“. Die „Wolf-Erich-Kellner-Gedächtnisstiftung“ wird von der Friedrich-Naumann-Stiftung treuhänderisch verwaltet. Außerdem gibt es auf Landesebene eigene FDP-nahe Stiftungen, die mehr oder weniger eng mit der Naumann-Stiftung verbunden sind und von den jeweiligen Sitzländern unterstützt werden. Hierbei handelt es sich um die „Reinhold-Maier-Stiftung“ (Baden-Württemberg), die „Thomas-Dehler-Stiftung“ (Bayern), die „Karl-Hamann-Stiftung“ (Brandenburg), die „Dr. Emilie Kiep-Altenloh-Stiftung e.V.“ (Hamburg), die „Karl-Hermann-Flach-Stiftung“ (Hessen), die „Arno-Esch-Stiftung e.V.“ (Mecklenburg-Vorpommern), die „Rudolf-von-Bennigsen-Stiftung“ (Niedersachsen), die „Wolfgang-Döring-Stiftung“ (Nordrhein-Westfalen) und die „Erhard-Hübner-Stiftung e.V.“ (Sachsen-Anhalt). Die Partei des Staatsabbaus hat auf allen geeigneten staatlichen Ebenen Auffangtöpfe zur Finanzierung ihrer Vorfeldarbeit aus öffentlichen Kassen aufgestellt!
Die Friedrich-Naumann-Stiftung ist für die FDP wichtig als Service-Einrichtung für Tagungen und Veranstaltungen sowohl für innerparteiliche Zusammenkünfte als auch für Präsentation liberaler Konzeptionen nach außen. Sowohl über das Stipendiatenprogramm als auch über ihre eigene Arbeitgeberfunktion ist die FNS eine Institution der Nachwuchsförderung im für die Partei wichtigen liberalen Umfeld. Weiterhin ist die Naumann-Stiftung ein Ort, an dem liberale Programmatik reflektiert und fortentwickelt wird. Schließlich bietet die Stiftung ein beachtliches Reservoir von Pfründen vor allem für FDP-Parteipolitiker vom Bundesminister bis zum mittleren Funktionär.

Monika Fassbender spricht von 3 Phasen im Verhältnis der Naumann-Stiftung zur FDP: Das „erste, von Distanz zur FDP geprägte Jahrzehnt, wurde durch ein Jahrzehnt der engen, fast symbiotischen Zusammenarbeit von Stiftung und FDP abgelöst.“ 1986 habe das Bundesverfassungsgericht entschieden, „dass jede Stiftung einer politischen Richtung in der Bundesrepublik nahe steht.“ Zugleich habe das Gericht festgelegt, „dass Stiftungen und Parteien in personeller, organisatorischer und finanzieller Hinsicht getrennt arbeiten müssen. Aus Parteiferne im ersten und Symbiose im zweiten Jahrzehnt wurde ab nun ein fruchtbares Komplementärverhältnis ...“[275] Diese Sichtweise ist etwas idealisiert, denn ohne FDP würde keine es FNS geben, ebenso wenig wie es die Konrad-Adenauer-Stiftung ohne die CDU geben würde usw.. Anderseits gibt es innerhalb der Stiftung immer wieder das Bestreben nach Unabhängigkeit von der Partei. So ist es symbolisch, dass die FNS ihren Sitz in Potsdam hat und nicht im Dehler-Haus in Berlin, wie sie mancher FDP-Funktionär gerne gehabt hätte.

[275] Monika Faßbender, a.a.O, S. 211

Die Zahlen des Haushaltes 2002 sowie der finanziellen Erwartungen der Stiftung für 2009 mögen zeigen, wie sehr die Einrichtung – ebenso wie die anderen Stiftungen – von staatlicher Alimentierung abhängig ist – aber auch, welche Aufgaben sie wahrnimmt:

Tab. 25: Gesamtübersicht aller im Haushaltsjahr 2002 erwarteten Einnahmen und Ausgaben der FNS und Gesamtübersicht 2009[276]

I. Einnahmen	
1. ZUWENDUNGEN UND ZUSCHÜSSE	
Zuwendungen der Bundesministerien	35.186.348 €
Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften	877.801 €
Sonstige Zuwendungsgeber	1.322.808 €
2. Spenden	38.500 €
3. Teilnehmergebühren	436.252 €
4. Sonstige Einnahmen	767.161 €
GESAMT	38.628.870 €
II. AUSGABEN	
1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben	
Förderung von Studenten und Graduierten	3.662.253 €
Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	6.033.475 €
Internationale Zusammenarbeit	20.460.191 €
Veröffentlichungen	197.302 €
Forschungsprojekte	614.636 €
2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter	3.428.148 €
3. Sächliche Verwaltungsausgaben	
Geschäftsbedarf	737.079 €
Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden	197.609 €
Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	2.607.435 €
4. Sonstige Betriebsaufwendungen	90.844 €
5. Ausgaben für Investitionen	599.898 €
GESAMT	38.628.870 €

[276] http://www.freiheit.org/files/64/BA4_Vorschau_2009.pdf

Tab. 26: Gesamtübersicht aller im Haushaltsjahr 2009 zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlichen Ausgaben der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

I. Einnahmen	
1. Zuwendungen und Zuschüsse	
Zuwendungen der Bundesministerien	38.253.897,00 €
Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften	974.626,00 €
Sonstige Zuwendungsgeber	1.266.197,00 €
2. Spenden	50.000,00 €
3. Teilnehmergebühren	366.043,00 €
4. Sonstige Einnahmen	1.710.814,00 €
GESAMT	42.621.577,00 €
II. Ausgaben	
1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben	
Förderung von Studenten und Graduierten	3.918.470,00 €
Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	3.345.876,00 €
Internationale Zusammenarbeit *	22.799.812,00 €
Öffentlichkeitsarbeit	945.399,00 €
2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter	7.777.466,00 €
3. Sachausgaben	148.164,00 €
Geschäftsbedarf	
Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden	263.800,00 €
Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	3.336.990,00 €
4. Sonstige Aufwendungen	15.600,00 €
5. Ausgaben für Investitionen	70.000,00 €
GESAMT	-42.621.577,00 €
III. Voraussichtliches Jahresergebnis	0,00 €

* inklusive unmittelbar zuzurechnender Personalkosten für Auslandsmitarbeiter (**4.535.879,00 €**)“

4.7 Die FDP im Internet

Alle politischen Parteien nutzen das Internet. Das Medium wird einerseits für die parteiinterne Kommunikation und andererseits für die Darstellung der Partei nach außen genutzt. Interaktive Kampagnen wie sie *Barack Obama* 2009 zum Erfolg geführt haben, haben in Deutschland eine geringere Resonanz als in den USA.

Bei der internen Kommunikation hat das Internet die traditionellen Geschäftswege weitgehend abgelöst. Bei der FDP werden vor allem auf den unteren Ebenen Einladungen zu Parteiveranstaltungen, Rundschreiben oder sonstige Mitteilungen an die Mitglieder überwiegend per Email versandt. Der traditionelle Postversand ist im Schwinden. Das bedeutet, dass man seine Rolle als Mitglied der FDP im 21. Jahrhundert nur voll wahrnehmen kann, wenn man ans Internet angeschlossen ist.

Bei der Kommunikation der Mitglieder untereinander hat das Internet die traditionelle Versammlung nicht vollends abgelöst. Zwar bieten die Verbände der Partei von der Bundes- bis zur Gemeindeebene auf ihren Internetseiten jeweils – teils allgemein zugängliche, teils nur für Mitglieder – Foren an, jedoch beteiligt sich an den hier geführten Diskussionen

nur eine Minderheit der aktiven Parteimitglieder.[277] Die Auftritte der Partei auf den verschiedenen Ebenen sind für passive Nutzer wertvoll. Die Partei ist in ihren verschiedenen Facetten transparent, und es ist möglich, sich mit Hilfe des Internets über die Aktivitäten einen Überblick zu verschaffen, wie er sich ohne das neue Medium selbst den Vorständen nicht erschlossen hatte.

Die Darstellung der Parteien – so auch der FDP – nach außen wird gelegentlich überschätzt. So trennte sich – wie berichtet – die FDP auf ihrem 52. Bundesparteitag in Düsseldorf am 6. Mai 2001 nach über 3 Jahrzehnten vom „Pünktchen-Logo", weil die Punkte nicht im Internet verwendet werden könnten und das Internet, so *Guido Westerwelle*, beim Wahlkampf 2002 ein Schlüsselmedium sein sollte. Das Internet hat als Medium der Politik jedoch längst nicht die Bedeutung des Fernsehens, auch nicht der Zeitschriften und Zeitungen oder der Plakate, wie sie in Wahlkämpfen zum Einsatz kommen. Das neue Medium spricht nicht vorderhand politisch Interessierte an, sondern häufig „Freaks", die obendrein politisch interessiert sind oder aber auch nicht. Für diese stehen die Parteien in Konkurrenz zu anderen – meist nichtpolitischen – Anbietern. Der Internetmarkt der politischen Parteien ist begrenzt. Er ist aber zugleich groß und wichtig genug, dass die Parteien ihn bedienen. Hinzu kommt, dass sich die Parteien im Internet – im Unterschied zu Fernsehen, Rundfunk und Presse – ungefiltert präsentieren können. So gesehen liefern die Internet-Auftritte die Selbstbilder der Parteien. Sie zeigen, wie die Parteien – das heißt: die Parteiführungen – von der Öffentlichkeit gesehen werden wollen.

Die Home-Page der FDP als Bundespartei ist in blau-gelb[278] gehalten. Sie war im Januar 2010 unter der Adresse „http://www.liberale.de/" zu finden. Dort erscheint eine gemeinsame Internetseite des FDP-Bundesverbandes, der FDP-Bundestagsfraktion und der Friedrich-Naumann-Stiftung „Für die Freiheit". Die Reaktion liegt beim „Universum-Verlag GmbH" mit Sitz in der Rheinhardtstraße 16 in Berlin – die Adresse des Thomas-Dehler-Hauses lautet Rheinhardtstraße 14. Herausgeber des Portals sind die Bundespartei, die Bundestagsfraktion und die FNS. Das Portal enthält einen Link zu den Jungen Liberalen. Unter „Vor Ort" kann man einen Link zu den Landesverbänden, ihren Fraktionen und Gliederungen, anklicken. Auch Videos kann man wählen und findet dort zum Beispiel die Rede des Generalsekretärs der FDP, *Christian Lindner*, beim Dreikönigstreffen 2010. Dort setzt er sich für ein neues Grundsatzprogramm der FDP ein. Der Nutzer kann weiterhin die virtuelle Akademie („virtualacademy") wählen und seine Meinung kundtun. Schon zu Beginn des Jahres wurde die Landtagswahl am 9. Mai in NRW angesprochen. Im Netz war darüber zu lesen: „Unser Wahlziel lautet 10 Prozent plus X." Das habe der FDP-Landeschef *Andreas Pinkwart* erklärt.

Insgesamt ist das Internet nicht mehr aus dem Leben der FDP wegzudenken. Es eröffnet Mitgliedern und Externen neue Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten und gibt dem Betrachter einen Einblick in die Parteiorganisation von der Spitze bis zur Basis.

---

[277] Auch ist festzustellen, dass internaktive und allgemein zugängliche Foren zugunsten parteioffizieller Darstellungen rückläufig sind.

[278] „Die Farbkombination blau-gelb ist zum ersten Mal im baden-württembergischen Landtagswahlkampf 1972 eingesetzt worden und geht auf einen Vorschlag der Werbeagentur Baums, Mang und Zimmermann zurück; die Erfahrungen in diesem Wahlkampf waren so positiv, dass die Farben blau-gelb auch von der Bundespartei für die im Oktober 1972 stattfindenden Bundestagswahlen übernommen wurden. Warum ausgerechnet die Farbwahl auf blau-gelb fiel, ist nicht begründet, denn in den hier vorhandenen Untersuchungen erhält eben diese Farbkombination keine hervorragenden Werte, dass eine zwingende Notwendigkeit zum Einsatz gegeben wäre."
Diese Information stammt direkt aus der Darstellung der FDP im Internet. Die Adresse ist hier im Text genannt.

Die Möglichkeit für Nichtmitglieder, ihre Meinungen in die Debatte einzubringen, ist eröffnet. Die traditionelle Parteiarbeit – Versammlungen, Delegationen, Absprachen, Debatten, Diskussionen, Intrigen, Bündnisse, Abstimmungen und Wahlen – jedoch hat das Internet nicht verdrängt; es ist ein zusätzliches Medium. Zweifellos erhöht es die Transparenz der Partei.

4.8 Die Finanzen

In ihrem Rechenschaftsbericht für das Jahr 2001 schloss die FDP bei der Einnahmen- und Ausgabenrechnung mit einem Defizit von 1.974.280 DM ab. Der größte Einnahmetitel war mit 14.024.690 DM bei den „staatlichen Mitteln", der größte Ausgabentitel mit 14.940.583 DM bei „Ausgaben für Wahlkämpfe".

Für den 31. 12. 2001 gab die FDP ein Anlagevermögen von 49.700.572 DM, darunter Haus- und Grundvermögen in Höhe von 32.973.380 DM, an. Zu diesem Zeitpunkt betrugen die Verbindlichkeiten der Partei 55.224.921 DM.

Über die Einnahmen und Ausgaben der „Freien Demokratischen Partei (FDP)" befindet sich ein „Rechenschaftsbericht für das Jahr 2007 gemäß §§ 23 ff. Parteiengesetz (PartG)" in den Drucksachen des Deutschen Bundestages. Dort ist auch ein Vergleich zu 2006 enthalten. Im Unterschied zu 2001 wurde 2007 ein Überschuss ausgewiesen.

Die offizielle Beitragsstaffel für 2003 lautete:

Tab. 27: Offizielle monatliche Mitgliedsbeiträge bei der FDP nach § 8 der Finanzordnung (beschlossen 2002)

	monatliches Einkommen	monatlicher Beitrag
A	1.500 €	6,00 €
B	1.501 – 2.600 €	8,00 €
C	2.601 – 3.600 €	12,00 €
D	3.601 – 4.600 €	18,00 €
E	über 4.600 €	24,00 €

Wie viel ein Mitglied der FDP zahlt, schätzt es selber ein. Die Basisorganisationen ziehen die Beiträge ein und leiten Anteile für die höheren Gliederungen weiter. Seit 2003 wird das Buchungsverfahren per EDV zentral vom Liberalen Parteiservice durchgeführt.

Es ist ein Strukturproblem der FDP, dass ihr Aufkommen aus Mitgliedsbeiträgen relativ – im Vergleich zu anderen politischen Parteien – gering ist und dass die Spenden nicht so stark fließen, wie man es bei der häufig als „Unternehmerpartei" titulierten FDP erwarten könnte. Alle Kenner vermuten, dass nicht wenige Mitglieder der FDP ihre Beiträge unterhalb der ohnehin moderaten Staffel ansetzen. „Der Spiegel" berichtete 2004, dass der durchschnittliche Mitgliedbeitrag bei den Grünen im Jahr 213 € betragen habe, in der SPD 113, in der CDU 97 und in der FDP 93 €. Auch der Bitte der Parteiführung um eine „freiwillige Mitgliederumlage" seien nur 10% der FDP-Mitglieder gefolgt.[279] Außerdem haben viele Basisorganisationen über Jahre hinweg Nichtzahler „durchgeschleppt", um ihre Dele-

[279] Der Spiegel, Nr. 25/2004, S. 21

giertenschlüssel zu verbessern. Die Landes- und Bundesparteiorganisationen versuchen seit Ende der neunziger Jahre, derartiges zu unterbinden. Als schließlich der Bundesvorstand 2004 auf dem Parteitag in Dresden beantragte, die Abführungen der unteren Gliederungen an den Bundesverband zu erhöhen, erteilten ihm die Delegierten eine glatte Abfuhr.

Tab. 28: Einnahmen und Ausgaben der FDP 2001[280]

	DM	%
Einnahmen der Gesamtpartei	50.299.694	100
1. Mitglieds- u. ähnliche regelmäßige Beiträge	11.107.313	22,09
2. Spenden von natürlichen Personen[281]	16.837.501	33,47
3. Spenden von juristischen Personen[282]	4.282.540	8,51
4. Einnahmen aus Vermögen	2.049.411	4,07
5. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	624.089	1,24
6. staatliche Mittel	14.024.690	27,89
7. sonstige Einnahmen	1.374.150	2,73
Ausgaben der Gesamtpartei	52.273.973	100
1. Personalausgaben	7.114.629	13,61
2. Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebes	13.203.494	25,26
3. Ausgaben für allgemeine politische Arbeit	12.393.742	23,71
4. Ausgaben für Wahlkämpfe	14.940.583	28,58
5. Zinsen	3.093.688	5,92
6. sonstige Ausgaben	1.527.838	2,92
Defizit	-1.974.280	

[280] Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/700

[281] Als Spender, die mehr als 20.000 DM eingezahlt haben, wurden genannt: *Dietmar Brockes*, *Georg Bunz*, *Jorgo Chatzimarkakis*, *Dieter-Julius Cronenberg*, *Richard Drautz*, *Angela Freimuth*, *Horst Friedrich*, *Lutz Helmig*, *Karl-Wilhelm Koch*, *Annette Kröll*, *Werner Kuhn*, *Ulrich Marseille*, *Ulrich Noll*, *Günter Rexrodt*, *Edzard Schmidt-Jortzig*, *Hermann Schnabel*, *Hermann-Otto Solms*, *Robert Vogel*, *Guido Westerwelle*, *Walter Witzenmann*.

[282] Mehr als 20.000 DM gezahlt haben: Adolf Würth GmbH & Co. KG, Allianz AG, B. TV, Bayerische Motorenwerke AG, Commerzbank AG, DaimlerChrysler AG, Deutsche Bank AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Vermögensberatung AG, Deutscher Sparkassen und Giroverband, Dussmann AF & Co. KG aA, Hevert Arzneimittel GmbH & Co. KG, Robert Bosch GmbH, Synergie Services GmbH, Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie, Verband der chemischen Industrie, Verband der Metall- und Elektroindustrie NRW e.V., Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg e.V., Verband der privaten Krankenversicherung. Der größte Betrag kam von B. TV in Ludwigsburg (400.000 DM), gefolgt von DaimlerChrysler (312.932, 80 DM).

Tab. 29: Rechenschaftsbericht der FDP 2007[283]

Einnahmen- und Ausgabenrechnung in €

Gesamtpartei/Einnahmen	**€ 2007**	**% 2007**	**€ 2006**	**% 2006**
Mitgliedsbeiträge	6.953.971,78	21,96	6.781.155,75	22,80
Mandatsträgerbeiträge	2.175.838,85	6,87	2.091.262,31	7,03
Spenden nat. Pers.	5.194.778,24	16,40	5.990.241,54	20,14
Spenden jur. Pers.	1.878.205,30	5,93	2.064.827,88	6,94
Unternehmenstätigkeiten	1.085.990,25	3,43	82.415,67	0,28
Sonst. Vermögen	1.642.699,84	5,19	379.209,31	1,28
Veranstaltungen, Drucke ...	2.558.288,63	8,08	2.244.151,34	7,55
Staatliche Mittel	9.989.233,49	31,55	9.872.067,82	33,20
Sonstige	185.619,95	0,59	232.913,50	0,78
Summe	31.664.626,33	100	29.738.245,12	100
Gesamtpartei/Ausgaben				
Personalausgaben	3.925.300,64	15,83	3.782.580,50	12,79
Sachausgaben				
a) laufender Betrieb	8.430.033,75	34,00	9.385.642,86	31,74
b) politische Arbeit	8.255.011,70	33,30	7.787.742,87	26,34
c) Wahlkämpfe	1.608.766,36	6,49	6.790.599,18	22,97
d) Vermögensverw./Zinsen	1.221.316,66	4,93	340.360,69	1,15
e) sonstige Zinsen	1.333.202,90	5,38	1.462.428,04	4,95
f) sonstige Ausgaben	17.489,66	0,07	19.032,93	0,06
Summe	24.791.121,67	100	29.568.387,07	100
Überschuss	6.873.504,66		169.858,05	

Vor dem Bundesparteitag 2003 in Bremen beschrieb der damalige Schatzmeister, *Günter Rexrodt*, das pekuniäre Problem der FDP wie folgt:

> „Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, wenn wir uns die Haushalte der Bundespartei in den letzten 12 Jahren vor Augen halten, können wir feststellen, dass die Mitgliederbeiträge und die staatliche Parteienfinanzierung in etwa ausreichten, die personellen und organisatorischen Aufwendungen unserer Partei zu finanzieren. Um die politischen Kampagnen unserer Partei, vornehmlich die Bundestagswahlkämpfe, die Europawahlwahlkämpfe und die oft unvermeidbare Mitfinanzierung einiger Landtagswahlkämpfe zu bestreiten, war die Partei aber immer auf Spenden angewiesen. Diese waren über Jahre hinweg nicht groß genug. ... Dies, liebe Freunde, sind strukturelle Probleme. Meine Vorgänger und ich haben große Anstrengungen unternommen, um aus diesem Dilemma herauszukommen. Das ist einmal mehr gelungen, einmal weniger. Über längere Sicht ist es – auf den Punkt gebracht – nicht gelungen.“[284]

Ein weiteres Problem der FDP ist die Umstellung der staatlichen Parteienfinanzierung nach 1994. Von 1991 bis 1994 sind der FDP durchschnittlich 7,9 Millionen € pro Jahr aus der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung zugeflossen. Nach der Umstellung auf Wählerstimmen- und zuwendungsbezogene Zahlung erhielt die Partei jedoch nur noch jährlich 5,9 Millionen € Staatszuschüsse im Schnitt.

[283] Deutscher Bundestag, Drucksache 16/12550, S. 143

[284] fdk freie demokratische korrespondenz, Rede von Dr. *Günter Rexrodt*, MdB Bundesschatzmeister der FDP, auf dem 54. Ordentlichen FDP-Bundesparteitag am 16. Mai 2003 in Bremen.

In dieser Situation hat die Partei ihre politische Arbeit ab den neunziger Jahren zunehmend kreditfinanziert. Das Ergebnis war, dass das Reinvermögen der Partei seit 1992 dahinschmolz und hier ein Minus von 8,4 Millionen € im Jahre 2002 entstand! Das Wahljahr 2002 hat darüber hinaus weitere Ausfälle verursacht, weil das Wahlergebnis weit hinter den Erwartungen blieb und damit große Teile der prognostizierten staatlichen Zuschüsse nicht flossen und weil der Spendeneingang infolge der *Möllemann*-Affäre im Mai 2002 jäh abbrach.[285] So musste der Bundesschatzmeister dem Parteitag 2003 in Bremen mitteilen, dass die FDP im Jahre 2002 einen Fehlbetrag von 5,6 Millionen € erwirtschaftet hatte.[286]

Wie die FDP aus ihrem finanziellen Dilemma herausfinden will, ist unklar. Im August 2003 versuchte es *Günter Rexrodt* mit dem erwähnten „Bettelbrief" an alle Mitglieder und bat um eine „freiwillige Umlage":

> „Wenn es uns gelänge, aus dieser freiwilligen Umlage durchschnittlich 50 Euro von allen unseren Mitgliedern zu bekommen, könnten wir unsere kurzfristigen Verbindlichkeiten um 3.200.000 Euro zurückführen und unserem Ziel ein gewaltiges Stück näher kommen."[287]

Das Resultat wurde referiert.

Nicht zu erwarten ist, dass die Bundespartei ihre Ausgaben für die politische Arbeit oder für die Wahlkämpfe drastisch reduziert, um die Einnahmen- und die Ausgabenlage der Partei ins Gleichgewicht zu bringen. In einem solchen Fall müsste die Partei wieder auf ehrenamtliche Tätigkeiten der Basismitglieder zurückgreifen. Für die Bundesparteiführung würde das zu einem Verlust an innerparteilicher Macht führen und ist daher für diese nicht akzeptabel. So bewegt sich die FDP finanziell auf einem gefährlichen Grat, und es bleibt abzuwarten, ob bei der Partei – geläutert durch die Erfahrungen der *Flick*-Affäre – das Bedürfnis nach Gesetzestreue den Bedarf nach Geld stets übersteigt. *Jürgen W. Möllemann* hatte am Ende des Bundestagswahlkampfes 2002 in Nordrhein-Westfalen offensichtlich ein wenig entwickeltes Bedürfnis nach solcher Gesetzestreue, als er sein letztes Flugblatt aus undurchsichtigen Quellen finanzierte. An diesem fiskalischen Überbleibsel seiner Affäre hatte die Gesamtpartei über den Tod Möllemanns hinaus zu tragen.

Der gesamte Komplex „*Möllemann*/18%" tangierte die FDP noch 2009. Im Juli diesen Jahres hatte die Bundestagsverwaltung einen Strafbescheid gegen die FDP in Höhe von 4,3 Millionen € erlassen. Der Grund war, dass *Jürgen W. Möllemann* von 1996 bis 2002 anonyme Großspenden mit einer Summe von fast 2 Millionen € gestückelt und über Strohleute in die Partei „eingespeist" hatte. Durch ein 2002 von *Möllemann* am Bundesvorstand vorbei herausgegebenes Flugblatt in Millionenauflage kam die Sache ans Licht, weil dieses aus den gestückelten „Spenden" finanziert worden war. Nach dem Parteiengesetz musste dies ein Strafzahlung an der Bundestag nach sich ziehen. Die FDP überwies einen Bußgeldbetrag von 873.0000 € an die Bundestagsverwaltung und klagte gegen den Bescheid des Bundestagspräsidenten. Das Verwaltungsgericht Berlin jedoch wies die Klage im Dezember 2009 zurück und verurteilte die Partei zu einer Strafzahlung von 3,5 Millionen €. Im Jahr der Bundestagswahl war das ein herber finanzieller Schlag, der durch das unerwartet gute

[285] Unklar blieb darüber hinaus, welche Belastungen auf die Partei aus dem Finanzgebaren des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit der „Möllemann-Affäre" zukommen würden.
[286] a.a.O.
[287] Brief des Bundesschatzmeisters der FDP, Dr. Günter Rexrodt, vom 18.8.2003 an alle Mitglieder der FDP

Wahlergebnis für die FDP ein wenig kompensiert wurde. Gegen seine Entscheidung hatte das Verwaltungsgericht Berufung und Sprungrevision zugelassen, so dass die finanziellen Aktivitäten ihres seinerzeitigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden *Jürgen W. Möllemann* die FDP weiterhin beschäftigen.[288]

Auch der Rücktritt *Walter Dörings* Mitte 2004 wegen unklarer Finanztransaktionen nährte Zweifel, ob die FDP in ihrem Finanzgebaren geläutert war.

Generell zu erwarten ist, dass die FDP jede günstige politische Situation nutzen wird, um zusätzliche, auch staatliche Finanzierungen zu erlangen. Beim Geld hört die Gemütlichkeit auf, und selbst der Partei der Staatsferne sind staatliche Zuschüsse lieber als steigende Schuldenberge.

4.9 Die Bundestagsfraktion

Die FDP war in allen Wahlperioden seit 1949 bis 2009 im Deutschen Bundestag mit einer Fraktion vertreten. Von Anfang an war „die Fraktion" ein Machtzentrum in der Partei. Kein geringerer als *Theodor Heuss* war 1949 – wenn auch nur acht Tage bis zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten – ihr erster Vorsitzender, gefolgt von *Hermann Schäfer* (1949 bis 1951), *August-Martin Euler* (1951 bis 1952), wiederum *Hermann Schäfer* (1952 bis 1953), *Thomas Dehler* (1953 bis 1957), *Max Becker* (1957), *Erich Mende* (1958 bis 1963), *Knut von Kühlmann-Stumm* (1963 bis 1968), *Wolfgang Mischnick* (1968 bis 1991), *Hermann Otto Solms* (1991 bis 1998), *Wolfgang Gerhardt* (1998 bis 2006), *Guido Westerwelle* (2006 bis 2009) und *Birgit Homburger* (ab 2009).

Wolfgang Mischnick hatte von allen Fraktionsvorsitzenden aller Fraktionen des Deutschen Bundestages die längste Amtszeit: 275 Monate. Damit verwies er in dieser Hinsicht die anderen Langzeitvorsitzenden *Herbert Wehner* (SPD, 162 Monate), *Erich Ollenhauer* (SPD, 134 Monate), *Alfred Dregger* (CDU/CSU, 110 Monate), *Heinrich von Brentano* (CDU/CSU, 107 Monate), *Hans-Jochen Vogel* (SPD, 104 Monate) und *Rainer Barzel* (CDU/CSU, 102 Monate) auf die Plätze. Die durchschnittliche Amtsdauer der Fraktionsvorsitzenden betrug Ende 1997 84,6 Monate bei der CDU/CSU, 76,5 Monate bei der SPD und 70,5 Monate bei der FDP.[289]

Im 17. Deutschen Bundestag war die FDP die 3.-stärkste Fraktion.

[288] http://www.focus.de/politik/deutschland/hintergrund-die-spendenaffaere-moellemann_aid_413506.html

[289] Suzanne S. Schüttemeyer, Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949 - 1997. Empirische Befunde und theoretische Folgerungen, Opladen/Wiesbaden 1998

Tab. 30: Die Fraktionen des 17. Deutschen Bundestages (ab 2009)[290]

Fraktion	Direktmandate	Landeslisten	gesamt
24 Überhangmandate für die CDU/CSU			
CDU/CSU	218	21	239
SPD	64	82	146
FDP	0	93	93
DIE LINKE.	16	60	76
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1	67	68
Bundestag gesamt	**299**	**323**	**622**

Im 15. Deutschen Bundestag (ab 2002) war die FDP-Fraktion noch mit 47 Sitzen die kleinste der 4 Fraktionen nach der SPD (251 Sitze), der CDU/CSU (248 Sitze)[291] und Bündnis 90/Die Grünen (55 Sitze). Die PDS hatte 2 direkt gewählte Abgeordnete.

Fraktionen sind Zusammenschlüsse von Mitgliedern des Bundestages, die der selben Partei angehören oder solchen Parteien, die wegen gleicher politischer Zielsetzung in keinem Bundesland miteinander konkurrieren. Es handelt sich um freiwillige Zusammenschlüsse, die einerseits die Abgeordneten organisatorisch und politisch einbinden, andererseits ihnen im Bundestag und darüber hinaus erst Entfaltungsmöglichkeiten bieten. Fraktionen sind keine Staatsorgane, gleichwohl unerlässliche Arbeitseinheiten innerhalb des Parlamentes und zugleich die Akteure der Parteien dortselbst. Suzanne S. Schüttemeyer hat die Funktionen der Fraktionen umschrieben:

> 1. „Die Fraktionen im Bundestag haben Organisationsstrukturen ausgebildet, die ebenso Reaktionen auf die Erfordernisse komplexer Politik sind, wie sie die Entwicklung der Politik und der Politiker zur Professionalität weiter vorantreiben."
> 2. „Die Fraktionen im Bundestag sind im Verhältnis zu ihren Parteien die Stätte der handelnden Politik."
> 3. „Die Fraktionen im Bundestag sind politische Aktionseinheiten im Verhältnis zum einzelnen Abgeordneten."
> 4. „Die Fraktionen im Bundestag sind politische Aktionseinheiten auch im Verhältnis zum Gesamtparlament."
> 5. „Die Fraktionen im Bundestag sind die wesentlichen Faktoren der Entwicklung professioneller Politik."[292]

Die zweite Funktion ist bei der FDP von besonderer Relevanz. Zum einen ist die FDP-Fraktion „die so gut wie ausschließliche Rekrutierungsstätte für Regierungsmitglieder"[293], zum anderen ist die FDP-Fraktion, da sie keinen Ministerpräsidenten eines Bundeslandes stellt, in einer Monopolposition bei der Führungsauslese für die Bundesebene. Insofern ist die zweite der Schüttemeyerschen Thesen für die Fraktionen der großen Parteien zu relativieren, denn dort müssen die Ministerpräsidenten der Länder als bundespolitische Akteure ihrer Parteien im Bundesrat berücksichtigt werden. Auch ist auffällig, dass viele Kanzler nämlich *Kurt-Georg Kiesinger*, *Willy Brandt*, *Helmut Schmidt*, *Helmut Kohl* und *Gerhard*

[290] http://www.bundestag.de/bundestag/plenum/sitzverteilung.html
[291] Nach dem Ausschluss eines Abgeordneten 2003 hatte die CDU/CSU nur noch 247 Sitze.
[292] Suzanne S. Schüttemeyer, a.a.O., S. 30 f
[293] Ebenda, S. 323. Allerdings gibt es auch hier Ausnahmen wie die Wahl *Günter Rexrodts* zum Bundeswirtschaftsminister 1993 und Philipp Röslers 2009 zum Bundesgesundheitsminister zeigen (S. Kurzbiografien).

Schröder als Landespolitiker und außer *Schmidt* dort als Ministerpräsidenten aufgestiegen waren, bevor sie Bundespolitiker und – wie bei *Kiesinger* und *Schröder* direkt – Bundeskanzler wurden. Während für die Bundestagsfraktionen der großen Parteien die jeweiligen Riegen ihrer Ministerpräsidenten aufgrund der starken bundespolitischen Position des Bundesrates Konkurrenten als bundespolitische Akteure der Parteien sind, entfällt bei der kleineren FDP – ebenso wie bei den Grünen und der Linkspartei – diese innerparteiliche Konkurrenz: Die Bundestagsfraktion der FDP hat das Monopol als „Stätte der handelnden" FDP-Politik. Wer in dieser Partei bundespolitisch Karriere machen will, sollte in die Bundestagsfraktion streben oder diese hinter sich bringen, wie es *Günter Rexrodt* und *Philipp Rösler* getan haben.

Die Vorrangstellung der FDP-Fraktion zeigt sich auch bei der Zusammensetzung des Präsidiums: Diesem Führungsgremium gehörten 2003 nach dem Bremer Parteitag 16 Personen an: 11 von ihnen waren Mitglieder des Bundestages, einer stellvertretender Ministerpräsident, einer Bundesgeschäftsführer und 3 Ehrenvorsitzende – alle u.a. ehemalige MdB`s. Auch 2009/2010 hatte das Bild sich nicht geändert: 11 Präsidiumsmitglieder waren MdB`s, 2 Ehrenvorsitzende der Partei, eine war Europaabgeordnete, einer Bundesminister und einer stellvertretender Ministerpräsident. Die Dominanz der Bundestagsfraktion im Führungsgremium der FDP-Bundespartei ist frappierend.

Lediglich *Walter Döring*, der stellvertretende Ministerpräsident, Landesminister und Landesvorsitzende der FDP aus Stuttgart, war 2003vom Parteitag in das Präsidium gewählt worden, wenn auch erst im zweiten Wahlgang. Dass bis zu seinem Rücktritt 2004 *Döring* der einzige und zudem noch wenig gelittene Repräsentant der Landespolitiker in der Parteispitze war, zeigte, dass die Minister oder Fraktionsvorsitzenden der FDP in den Ländern keine vergleichbare innerparteiliche Position zu den Spitzen der jeweiligen Landesorganisationen der großen Parteien innehatten. Immerhin war die FDP Ende 2003 in 5 Landesregierungen vertreten: Die Spitzenpositionen in der Partei wurden dennoch von Bundestagsabgeordneten gehalten. 2009/2010 hatte *Pinkwart* in der Bundespartei die frühere Position von *Döring* eingenommen.

Im Verhältnis zu den größeren Fraktionen ist die innere Hierarchie bei der FDP-Fraktion flach. Eine kleinere Fraktion kommt mit mit geringerer Hierarchisierung aus, und so fällt bei der FDP „die vergleichsweise einfache und kontinuierliche Struktur"[294] auf. Die Fraktion hat einen Vorsitzenden, Stellvertreter und seit 1988 3 statt bis dahin 2 Parlamentarische Geschäftsführer. Die Geschäftsordnung für die Fraktion in der Legislaturperiode nach 2009 regelt:

> „Der Vorstand besteht
> 1. aus dem Vorsitzenden,
> 2. aus bis zu 6 stellvertretenden Vorsitzenden,
> 3. aus bis zu 4 Parlamentarischen Geschäftsführern,
> 4. kraft Amtes aus den Mitgliedern des Präsidiums des Deutschen Bundestages, die Mitglied der Freien Demokratischen Partei sind,
> 5. kraft Amtes aus dem Bundesvorsitzenden der Freien Demokratischen Partei, sofern er Mitglied des Deutschen Bundestages ist."[295]

[294] ebenda, S. 63
[295] http://17wp.fdp-fraktion.de/files/2009/11/GO-Fraktion-idF-vom-26-10-2009.pdf

Konkret setzte sich der Fraktionsvorstand der FDP 2009 wie folgt zusammen:

Vorsitzende: *Birgit Homburger*, Stellv. Vorsitzende: *Carl-Ludwig Thiele*, *Heinrich Kolb*, *Gisela Piltz*, *Jürgen Koppelin*, *Miriam Gruß*, *Ulrike Flach*. Parlamentarische Geschäftsführer: *Jörg van Essen* (1. Parlamentarischer Geschäftsführer), *Christian Ahrendt*, *Otto Fricke* und *Claudia Winterstein*. Nach der *Geschäftsordnung* gehörten zum Fraktionsvorstand auch die FDP-Mitglieder des Präsidiums des Deutschen Bundestages, die Mitglied der Freien Demokratischen Partei sind und der Bundesvorsitzende der Freien Demokratischen Partei. Zum erweiterten Fraktionsvorstand gehören außerdem die *Vorsitzenden der Arbeitskreise*.[296]

Die Sprecherliste der FDP-Bundestagsfraktion in der 17. Wahlperiode (ab 2009)[297] lautete:

„AK I Internationale Politik: Vorsitzender *Michael Link*, Außenpolitischer Sprecher *Rainer Stinner*, Sicherheitspolitische Sprecherin *Elke Hoff*, Europapolitischer Sprecher *Michael Link*, Sprecher für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung *Harald Leibrecht*, Sprecherin für Menschenrechte und humanitäre Hilfe *Marina Schuster*

AK II Wirtschaft und Finanzen: Vorsitzender *Hermann Otto Solms*, Finanzpolitischer Sprecher *Carl-Ludwig Thiele*, Haushaltspolitischer Sprecher *Otto Fricke*, Wirtschaftspolitischer Sprecher *Paul Friedhoff*, Technologiepolitischer Sprecher *Martin Lindner*, Sprecher für Energiepolitik *Christian Lindner*, Tourismuspolitischer Sprecher *Horst Meierhofer,* Sprecherin für Ernährung und Landwirtschaft *Christel Happach-Kasan*, Sprecher für Verbraucherschutzpolitik *Erik Schweickert*.

AK III Arbeit und Soziales: Vorsitzender *Heinz Lanfermann*, Sprecher für Sozialpolitik *Heinrich Kolb*, Arbeitsmarktpolitischer Sprecher *Johannes Vogel*, Sprecherin für Menschen mit Behinderungen *Gabriele Molitor*, Gesundheitspolitische Sprecherin *Ulrike Flach,* Pflegepolitischer Sprecher *Heinz Lanfermann*

AK IV Innen und Recht: Vorsitzender *Hartfrid Wolff*, Innenpolitische Sprecherin *Gisela Piltz*, Kommunalpolitische Sprecherin *Gisela Piltz,* Rechtspolitischer Sprecher *Christian Ahrendt*, Sprecher für Petitionen *Stephan Thomae*, Sprecher für Integrationspolitik *Serkan Tören*, Sprecher für Aufbau Ost *Patrick Kurth*, Sportpolitischer Sprecher *Joachim Günther*

AK V Infrastruktur und Umwelt: Vorsitzender *Michael Kauch*, Sprecher für Verkehrspolitik *Patrick Döring*, Sprecher für Baupolitik *Sebastian Körber*, Sprecherin für Stadtentwicklungspolitik *Petra Müller*, Sprecher für Umweltpolitik *Michael Kauch*, Sprecherin für Naturschutz und Reaktorsicherheit *Angelika Brunkhorst*.

AK VI Innovation, Gesellschaftspolitik und Kultur: Vorsitzender *Patrick Meinhardt,* Sprecher für Bildungspolitik *Patrick Meinhardt*, Sprecher für Forschungspolitik *Martin Neumann*, Kulturpolitischer Sprecher *Reiner Deutschmann*, Sprecher für Medienpolitik *Burkhardt Müller-Sönksen,* Sprecherin für Familienpolitik *Miriam Gruß*, Sprecher für Jugendpolitik *Florian Bernschneider*, Sprecherin für Seniorenpolitik *Nicole Bracht-Bendt*, Spre-

[296] http://17wp.fdp-fraktion.de/der-neue-fraktionsvorstand/
[297] http://17wp.fdp-fraktion.de/files/2009/12/Sprecherliste-Hochformat.pdf

cherin für Frauenpolitik *Nicole Bracht-Bendt*, Beauftragter für Kirchen und Religionsgemeinschaften *Stefan Ruppert*."

Diese relativ „flache" Struktur lässt erwarten, dass die Abgeordneten „über deutlich weniger institutionalisierte Strukturen der Information, Befassung und Mitwirkung an Vorentscheidungen verfügen als in großen Fraktionen".[298] Aber deswegen ist der Einfluss einzelner Abgeordneter auf die Entscheidungen der Fraktion bei der FDP nicht gering, sondern groß: Je weniger eine Fraktion bürokratisiert ist, desto größere Beteiligungschancen haben ihre Mitglieder.

Bemerkenswert ist die hohe Zahl der Fraktionsmitarbeiter in Hilfsdiensten. Diese hat sich bei der FDP von 15 im Jahre 1966 auf 77 im Jahre 1998 erhöht, 27 davon im höheren Dienst. Solche Steigerung in der Ausstattung kam allen Fraktionen zugute. So stieg die Zahl der Mitarbeiter im gleichen Zeitraum bei der CDU/CSU-Fraktion von 33 auf 321, bei der SPD von 67 auf 292. Die Grünen begannen 1983 mit 75 Hilfskräften und verfügten 1998 über 92.[299] Die Hilfsdienste erleichtern den Abgeordneten die Arbeiten und sind zugleich Rekrutierungsfeld für Nachwuchs in der Parteimitgliedschaft. Seit dem Umzug des Bundestages von Bonn nach Berlin treten zunehmend junge „beim Bundestag beschäftigte" Juristen, Volkswirte, Politik- und Sozialwissenschaftler in die Ortsverbände der Berliner FDP ein. Umgekehrt bietet die Möglichkeit, Mitarbeiter einzustellen, der Fraktion und ihren Mitgliedern die Chance, ihre Positionen innerparteilich abzusichern, da sie sich als Anbieter von Pfründen gerieren können.

Auch für die FDP-Fraktion gilt, was generell für die Fraktionen des Deutschen Bundestages zutrifft: Eine Fraktion ist ein Zusammenschluss ähnlich Gesonnener, die sich in ihren politischen Grundüberzeugungen von den Konkurrenten abheben.[300] Praktisch schließen sich zu Beginn einer Legislaturperiode die aus der gleichen Partei kommenden Abgeordneten zu einer Fraktion zusammen. Die Fraktion ist bestrebt, alle Abgeordnete ihrer Partei bei sich zu haben, denn je mehr Mitglieder eine Fraktion hat, desto größer sind ihre Ressourcen und desto stärker ist ihr Einfluss. Es mag häufig vorkommen, dass als querulantorisch angesehene Abgeordnete geschnitten oder „gemobbt" werden, dass ihnen Ausschussmitgliedschaften verweigert werden.[301] Selten hingegen ist es, dass ein Abgeordneter von der Fraktion ausgeschlossen wird. So sehr die Fraktionsmehrheit und die Fraktionsführung für die Geschlossenheit einer Fraktion kämpfen werden: Abweichende Meinungsäußerungen und abweichendes Stimmverhalten können keine Ausschlussgründe sein. Wolf-Dieter Hauenschild bezieht sich auf das Bundesverfassungsgericht und stellt fest, dass erst eine „grobe..., objektive Schädigung der Fraktion" ein Ausschlussgrund sein kann.[302] Auch führt ein Parteiausschluss nicht automatisch zum Fraktionsausschluss. Das Ausschlussverfahren muss rechtsstaatlich sein, dem Betroffenen Gehör gewähren, und der Ausschluss kann nur mit der absoluten Mehrheit der Mitglieder der Fraktion in der Fraktionsversammlung beschlossen werden.

---

[298] Suzanne S. Schüttemeyer, a.a.O, S. 314 f

[299] ebenda, S. 44 f

[300] S. hierzu: Jürgen Dittberner, Freies Mandat und politische Geschlossenheit. Widerspruch oder Ergänzung zweier Prinzipien des Parlamentarismus; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3/2003, S. 550 ff

[301] So wurde zum Beispiel der Grünen-Abgeordneten *Petra Kelly* Anfang der 80er Jahre der Zugang als ordentliches Mitglied zum Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten verwehrt, weil sie sich weigerte, entsprechend den Beschlüssen ihrer Partei zu „rotieren" und ihr Mandat an einen Nachrücker weiter zu geben.

[302] Wolf-Dieter Hauenschild, Wesen und Rechtsnatur der parlamentarischen Fraktionen, Berlin, S. 202

Trotz dieser hohen Hürden wurde Anfang 2003 in 2 liberalen Fraktionen der Ausschluss des in Ungnade gefallenen *Jürgen W. Möllemann* betrieben: In der FDP-Landtagsfraktion Düsseldorf und in der FDP-Bundestagsfraktion. Zugleich liefen Parteiausschlussverfahren. Der Ausschluss aus der Düsseldorfer Landtagsfraktion scheiterte, weil die notwendige Mehrheit nicht zustande kam. In der Bundestagsfraktion jedoch stimmten ausreichend viele Abgeordnete gegen *Möllemann*, so dass dort sein Ausschluss vollzogen wurde (s. Kapitel 2).

Ausschlussverfahren in den Fraktionen sind von grundsätzlicher Bedeutung. Denn mindestens in der Berliner FDP-Bundestagsfraktion wurde *Möllemann* nicht wegen seines Verhaltens in der Fraktion oder im Parlament ausgeschlossen, sondern wegen politisch und rechtlich umstrittener Aktivitäten als früherer Landesvorsitzender der FDP Nordrhein-Westfalen, stellvertretender Bundesvorsitzender und Kandidat für den Deutschen Bundestag. Es war schwer, zu begründen, warum *Möllemann* der FDP-Fraktion im Bundestag erheblichen Schaden zugeführt habe mit Aktivitäten aus der Zeit vor deren Konstituierung. Der Ausschluss *Möllemanns* aus der Bundestagsfraktion hatte eine strukturelle Stärkung der Disziplinierungsmacht der Fraktions- und Parteiführung zur Folge. Die politische Freiheit der Abgeordneten in der FDP wurde um ein Quäntchen eingeschränkt.

Dem – ohnehin eingeschränkten – Prinzip der Freiheit des Abgeordneten in der repräsentativen Parteiendemokratie würde es diametral widersprechen, erhielten Fraktions- und Parteiführungen die Möglichkeit, die Entscheidungen über die Nominierung einzelner Parteimitglieder im nachhinein und nach erfolgter Wahl durch Fraktionsausschluss zu korrigieren. Es ist bemerkenswert, dass im Falle *Möllemanns* Anfang 2003 diese Problematik weder in der FDP-Fraktion noch in deren Umkreis angesprochen wurde. Die in der Literatur „logisch zu Ende gedachte parteienstaatliche Demokratie“ würde – gewönne die das Ausschlussverfahren gegen einen FDP-Parlamentarier tragende Einstellung die Oberhand, den Abgeordneten die „letzte Legitimität“ nehmen, „eine von den Parteien und Fraktionen abweichende Linie in Fragen von politischer Wichtigkeit zu verfolgen.“[303]

Auf Ablehnung in der FDP-Fraktion traf auch eine Kontrahentin *Jürgen W. Möllemanns* bei der FDP, *Hildegard Hamm-Brücher*. Auch sie hatte große Bekanntheit entwickelt und hohe Staatsämter bekleidet. Sie war als enge Mitarbeiterin des ersten Vorsitzenden der FDP und ersten deutschen Bundespräsidenten *Theodor Heuss* in die Politik gekommen. Einen Namen machte sie sich in den sechziger Jahren als fortschrittliche Bildungspolitikerin. In der deutschen Öffentlichkeit galt sie allgemein als „Grande Dame“ der FDP. Doch in der FDP-Bundestagsfraktion hatte sie zwischen 1982 und 1990 eine Außenseiterposition, seit sie sich öffentlich gegen die Wende von der SPD zur CDU/CSU im Jahre 1982 gestemmt hatte.

Danach trat sie immer wieder als Kritikerin des Parlamentsbetriebes auf. Sie beklagte die Einschränkung der Rechte einzelner Abgeordneter durch die Apparate des Bundestages und der Fraktionen. Sie machte sich für eine Parlamentsreform in Richtung mehr Individualität der Abgeordneten stark. Hierfür fand sie Gleichgesinnte, jedoch keine Mehrheiten. 1994 wurde sie von der FDP sogar als ihre Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin nominiert, jedoch zwischen den Wahlgängen aus Koalitionsgründen kurzerhand fallen gelassen.

Auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Parlament fand *Frau Hamm-Brücher* in den Medien Gehör. Alle formalen Ehren erhielt sie weiterhin von ihrer Partei. Nur beim eigent-

[303] Dieter Hesselberger, Das Grundgesetz. Kommentar für die politische Bildung, Bonn 2000, S. 235

lichen politischen Geschäft hörte man seit 1982 nicht mehr auf sie. Intern – gerade in der Bundestagsfraktion – galt die „Grande Dame“ als Querulantin und Nervensäge – ein nicht ungewöhnliches Schicksal von Abweichlern. Als sie Ende des Jahres 2002 ihren Parteiaustritt erklärte, war das Echo der Partei- und Fraktionsführungen schwach. Die Organisation war eine Individualistin los, die zwar bundesweit Ansehen genoss, innerparteilich jedoch störte und die Partei- und Fraktionsführungen aufhielt, wenn diese ihre Kreise zogen. Ähnlich markante Individualisten wuchsen der Organisation der Liberalen nicht nach.

Ihre Erfahrungen in der Bundestagsfraktion resümierte Frau *Hamm-Brücher* nach ihrem Parteiaustritt:

> „Zu Spannungen mit anderen in der Fraktion kam es, wenn ich die Art des Umgangs im Parlament nicht akzeptieren konnte. Wenn ich mich zu Wort meldete, um beispielsweise gegen eine Diätenerhöhung zu protestieren, die an der Öffentlichkeit vorbei verabschiedet werden sollte, dann haben mich manche Kollegen dafür buchstäblich gehasst. Bekam ich das mit, sagte ich, ihr könnt machen, was ihr wollt, aber ich unterstütze das nicht. Damit habe ich einige Leute sehr verärgert.“
> Und:
> „Als Abgeordnete bin ich – laut Grundgesetz – an `Aufträge und Weisungen nicht gebunden` und nur meinem `Gewissen verpflichtet`. Das war für mich zwischen 1982 und 1990 die wichtigste Verpflichtung. Aber sie war nicht mehrheitsfähig.“[304]

Der Artikel 38 des Grundgesetzes – nach dem die Abgeordneten „Vertreter des ganzen Volkes“ sind, „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“ – war nach Auffassung einer herausragenden und langjährigen Parlamentarierin der FDP in deren Bundestagsfraktion „nicht mehrheitsfähig“: welch ein bemerkenswertes Urteil über den organisierten Liberalismus!

Zweifel an einer soliden Verinnerlichung der im Grundgesetz skizzierten Leitwerte bei allen Mitgliedern der FDP-Fraktion kamen Ende 2003 auf, als bekannt wurde, dass der Chef der Bundesanstalt für Arbeit, *Florian Gerster*, ohne Ausschreibung einen Beratervertrag in Höhe von 1,3 Millionen € an die PR-Firma „WMP EuroCom AG“ vergeben habe und dass der damalige Bundestagsabgeordnete der FDP *Günter Rexrodt* seit Oktober 2000 im Vorstand dieser Firma saß. *Rexrodt* war bei der WMP EuroCom AG verantwortlich für das Finanzressort. Im Bundestag war der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Mitglied im Haushaltsausschuss. Er war Landesvorsitzender der FDP Berlin. Neben der Tätigkeit bei WMP war der Abgeordnete u.a. Aufsichtsratsvorsitzender der Frankfurter Beteiligungsgesellschaft „Agiv AG“, Mitglied des Verwaltungsrates des schwedischen Versicherungskonzerns „Skandia“ sowie Mitglied der Aufsichtsräte von „IhrPreis.de AG“ in Düsseldorf, der „ADW Holding AG“ in Hannover und der internationalen Immobilienberatung „DTZ Zadelhoff Holding GmbH“ in Frankfurt am Main.[305] Der Beratervertrag und das Vergabeverfahren wurden vom Bundesrechnungshof und vom zuständigen Parlamentsausschuss gerügt und rückgängig gemacht. Über solche Verquickungen zwischen politischem Mandat und Geschäftsinteressen kam es in einigen Medien zu kritischen Anmerkungen. In ihrer Talk-Show fragte die Moderatorin Sabine Christiansen ihren Gast *Günter Rexrodt* beiläufig nach der Vereinbarkeit von Politik und Geschäft. Der sagte, Abgeordnete dürften einem Beruf

[304] Hildegard Hamm-Brücher im Gespräch mit Sandra Maischberger, a.a.O., S. 206 f
[305] Munzinger-Archiv GmbH, 9.9. 2003

nachgehen. Eine gründliche, an einem liberalen Parlamentsverständnis orientierte Diskussion über politische und berufliche Verquickung gab es in der FDP nicht.

Dabei war hier eine Grundfrage der parlamentarischen Demokratie aufgeworfen worden: Wie viele zusätzliche Jobs darf ein dem ganzen Volke verpflichteter Abgeordneter neben seinem Amt haben? Und welche Jobs passen zum Mandat, welche hingegen nicht?

Die Bundestagsabgeordneten waren 2003 – weil es das Bundesverfassungsgericht wollte – so gut bezahlt, dass sie die Kosten des alltäglichen Lebens mühelos aufbringen konnten. Die Diäten lagen bei 7900 €, dazu gab es eine steuerfreie Kostenpauschale von 3417 €. Mit diesem Geld sollte jeder Abgeordnete nicht schlicht „versorgt" werden, sondern er sollte seinem hohen Amt als Mitglied des wichtigsten Verfassungsorgans Bundestag gemäß „ausgestattet" sein. Das heißt, den Beamten, den er kontrollieren musste, sollte er im Status gleichwertig gegenübertreten. Die personellen und materiellen Ressourcen für sein Amt sollte er aufbringen können. Dafür konnten die Wähler verlangen, dass er seiner politischen Auffassung folgend und sachkundig entschied, dabei innerlich frei und seinem Gewissen verpflichtet blieb. Gegenleistungen waren sowohl das solide Einkommen als auch die Befriedigung der Abgeordneten an der Teilhabe an der Macht oder wenigstens an der Nähe zu ihr.

So wie die Stellung der Bundestagsabgeordneten geregelt wurde, ist in der Bundesrepublik möglich, was von Max Weber als noch nicht erreicht beschrieben wurde: dass Politiker nicht nur „für" die Politik, sondern auch „von" der Politik leben können. Auch derjenige, der nicht vermögend ist und keine „auskömmliche private Lebensstellung" hat, soll „für" die Politik leben können, weil er auf jeden Fall „von" ihr leben kann.[306]

Es gibt es in allen Fraktionen Abgeordnete, die neben ihrem auskömmlichen Mandat einem Beruf nachgehen, – wenn auch nur teilweise, denn die Wahrnehmung eines Mandats verschlingt viel Zeit. Das ist zu begrüßen, solange ein Abgeordneter dadurch zweierlei erreicht: dass er zum einen durch seinen außerpolitischen Beruf Kontakte zum „wirklichen Leben" außerhalb des „Raumschiffs Politik" wahrt oder dass er sich zum anderen wie durch ein Trockentraining fit hält für eine Aufgabe ohne die Politik. Denn in einer Demokratie gehört es dazu, dass Abgeordnete ihre Mandate verlieren können. Politik braucht den Wechsel, und ehemalige Abgeordnete brauchen einen ordentlichen Beruf.

Bleiben jene Abgeordnete, die ihr Mandat als Angebot für als „Beratung" bezeichneten „innerparlamentarischen Lobbyismus" – ein sprachlicher Widersinn drückt eine politische Perversität aus – feilbieten. Das ist nicht in Ordnung. Denn erstens kommt bei solchen Politikern der Appetit beim Essen. Sie begeben sich in Beraterzusammenhänge, weil sie dadurch nach Einkommen und Prestige in höhere Ligen aufsteigen. Dort zu sein, macht wiederum süchtig nach noch mehr. Um diese Sucht zu befriedigen, brauchen die Abgeordneten ihre Mandate immer wieder. Das Prinzip des Mandats auf Zeit wird infrage gestellt. Das Mandat wird Mittel zu einem persönlichen Zweck. Die Abgeordneten machen sich zum innerparlamentarischen Agenten für Interessen, für die sie sich von gut zahlenden Auftraggebern vertraglich verpflichtet haben. Dabei geht es immer um Interessen, bei denen das Parlament relevant entscheiden kann – sonst hätte das Ganze keinen Sinn. Können solche Abgeordnete nur ihrem Gewissen unterworfen für das ganze Volk arbeiten?

Gerade in einer liberalen Partei hätte die Frage aufkommen müssen: Was ist zu tun? Helfen könnten Transparenz und Kontrolle.

[306] Max Weber, a.a.O., S. 16

Transparenz: Mittlerweile sind die Bundestagsabgeordneten verpflichtet, Angaben über außerparlamentarische Einbindungen zu publizieren. Das ist gut, denn so kommt es gelegentlich heraus, wenn die Metamorphose eines Mandats in eine Beratungsagentur zu krass ist. Doch wer versteht die codierten Angaben mancher Abgeordneter über ihre sonstigen Verpflichtungen? Die Öffentlichkeit müsste konkret erfahren, in wessen Auftrag jemand in welcher Angelegenheit berät. Das würde die Zahl der Aufträge verringern, was kein Schaden für das politische System wäre. Bis 2009 war nicht zu vernehmen, dass aus der Partei des organisierten Liberalismus eine derartige Forderung gekommen wäre.

Kontrolle: Die nächste Wahl naht immer. Die Parteien tragen die Verantwortung für ihre Kandidaten. Sie müssen mehr Sensibilität dafür entwickeln, dass Mandate – jedenfalls im Bundestag – materiell und politisch selbsttragend sind. „MdB" zu sein ist ein Wert an sich. Da bedarf es keiner Draufsattlungen. Gerade die ohnehin wenig angesehenen Parteien müssten darauf achten, dass Mandate nicht zum Humus werden, auf dem mächtige Interessenten ihre Blüten treiben lassen.

4.10 Selbsteinschätzungen aus der FDP-Bundestagsfraktion[307]

In der 15. Wahlperiode verfügte die FDP-Fraktion über 47 Mandate und stellte die kleinste Fraktion im Deutschen Bundestag: zur Zeit der Befragung 12 Frauen und 34 Männer.[308] Damit war das Geschlechterverhältnis – 25,5% Frauen zu 74,5% Männern – etwas ausgeglichener als in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der 15. Wahlperiode (23% Frauen zu 77% Männern), weniger ausgeglichen im Vergleich zu den Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen: Die SPD-Bundestagsfraktion bestand zu 38% aus weiblichen und 62% aus männlichen Mitgliedern, bei Bündnis 90/Die Grünen gab es mit 58% mehr Frauen als Männer.

Bis auf Bremen waren alle Bundesländer in der FDP-Fraktion vertreten. Mit 14 Abgeordneten war Nordrhein-Westfalen das am stärksten vertretene Bundesland, gefolgt von Baden-Württemberg mit 6 und Niedersachsen mit 5 Mitgliedern. Die FDP in Hessen und Bayern konnten jeweils 4 Abgeordnete ins „Hohe Haus" schicken, Rheinland-Pfalz 3 und Schleswig-Holstein, Berlin sowie Sachsen 2. Unter den neuen Bundesländern stellte Sachsen mit 2 Abgeordneten die Spitze. Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt waren mit jeweils einem Abgeordneten vertreten. Gleiches galt für Hamburg. Damit kamen insgesamt 6 Abgeordnete – die damalige Generalsekretärin *Cornelia Pieper* als einzige Frau – aus den neuen Bundesländern. Auffällig war ein Ungleichgewicht zwischen studierten Mitgliedern der Fraktion und solchen ohne Hochschulabschluss: Lediglich 4 FDP-Abgeordnete der 15. Wahlperiode – 2 Männer und 2 Frauen – haben nicht

[307] Dieses Kapitel beruht auf Ausarbeitungen von Tobias Gierling und Anne Sophie Petersen. Diese haben folgende Bundestagsabgeordneten der 15. Wahlperiode interviewt: *Jürgen Koppelin* am 10. Dezember 2003 in Berlin, *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* am 24. März 2004 in Berlin, *Markus Löning* am 2. Februar 2004, *Hans-Joachim Otto* am 10. Dezember 2003 in Berlin und den Mitarbeiter der Fraktion, *Mark Stanitzki*. am 7. Januar 2004 in Berlin. Außerdem wurden Ausführungen berücksichtigt, die *Andreas Pinkwart* in einem Seminar des Autors am 15. Januar 2004 an der Universität Potsdam machte.

[308] Zu Beginn der Legislatur war das Verhältnis 12 zu 35. Für die beiden ausgeschiedenen bzw. verstorbenen Abgeordneten *Jürgen W. Möllemann* und *Marita Sehn* waren mit *Michael Kauch* und *Volker Wissing* zunächst 2 Männer nachgerückt. Im März 2003 zog *Angelika Brunkhorst* für *Christian Eberle* ein. Damit war das Geschlechterverhältnis wieder identisch mit dem zu Anfang der Legislaturperiode.

studiert. Innerhalb ihrer Fraktion machte dies einen Anteil von 8,5% aus. Die überwiegende Mehrheit (91,5%) verfügte über einen universitären Abschluss. 23% waren Juristen. Die dominierende Berufsgruppe der Fraktion bildeten Wirtschaftsfachleute. Insgesamt waren 19 Volksvertreter – und damit 40% der Gesamtfraktion – in der Wirtschaft tätig, 13 davon hatten Wirtschaftswissenschaften studiert. Hier unterschied sich die FDP von Bündnis 90 / Die Grünen. Auch dort bildeten die Akademiker den größten Anteil, jedoch waren nicht so viele Juristen und Ökonomen.

Was die Altersstruktur der FDP-Bundestagsfraktion angeht, so schien diese im Vergleich zu den anderen Fraktionen eine Verjüngungskur gebrauchen zu können: Nur 3 Abgeordnete waren in den 70 er Jahren geboren, der weitaus größte Teil in den 40 er und 50 er Jahren.

Tab. 31: Altersstruktur der FDP-Bundestagsfraktion in der 15. Wahlperiode

Geboren	Frauen	Männer	Ingesamt
in d.30er Jahren	0	1	1
in d.40er Jahren	2	18	20
in d.50er Jahren	8	6	14
in d. 60er Jahren	2	7	9
in d. 70er Jahren	0	3	3
Summe	**12**	**35**	**47**

Die Fraktionen finden im Grundgesetz lediglich in Artikel 53a und nur in Bezug auf die Zusammensetzung des Gemeinsamen Ausschusses Erwähnung. Ansonsten fehlen sowohl in der Verfassung als auch in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages Aussagen über ihren Rechtsstatus.[309] Dennoch hat das Bundesverfassungsgericht die reale Bedeutung der Fraktionen in der Parteiendemokratie als „notwendige Einrichtung des Verfassungslebens“ und als „maßgebliche Faktoren der politischen Willensbildung“ anerkannt, allerdings eine Verankerung des Rechtsstatus für nicht erforderlich erachtet. Die Fraktionen seien als „ständige Gliederungen des Bundestages“ in der „organisierten Staatlichkeit eingefügt“.[310]

In der Praxis sind die Fraktionen die zentralen Institutionen des Bundestages. Ohne sie wäre das „Arbeitsparlament“[311] Bundestag nicht möglich. Denn wirksam können die Abgeordneten ihre Rechte nur als Mitglieder einer Fraktion ausüben. Die arbeitsteilige und arbeitsökonomische Gliederung des Parlaments in Fraktionen schafft eine überschaubare Struktur und ermöglicht effektive Arbeit.

Allgemein gilt, dass eine Aufgabe der Fraktionen darin besteht, den politischen Willen ihrer Mitglieder im Bundestag und vor der Öffentlichkeit zu artikulieren, ihn in politische Beschlüsse umzusetzen und die Arbeitskraft der Abgeordneten diesen Zielen entsprechend zu nutzen.

Ein Abgeordneter, der Mitglied eines der ständigen Ausschüsse ist und damit Spezialist und Experte in den entsprechenden Themen, muss sich bei Entscheidungen in anderen Politikbereichen auf seine dort spezialisierten Kollegen verlassen. Insofern bietet die Fraktion für die Abgeordneten inhaltliche Orientierung. Auf der Hand liegt, dass es einen Unterschied macht, ob es sich um große Fraktionen handelt oder um kleine. Zwar gehören

[309] Wolfgang Ismayr, Der Deutsche Bundestag. Funktionen / Willensbildung / Reformansätze, Opladen 2000, S. 83
[310] BVerfGE 20, 576
[311] Wolfgang Ismayr, a.a.O., S. 85 f.

auch in der FDP-Fraktion die Mitglieder meist nur einem ständigem Ausschuss als ordentliche Mitglieder an, aber die großen Fraktionen entsenden gemäß ihrem Stimmanteil mehr Abgeordnete in die Ausschüsse. So saßen im Haushaltsausschuss 18 SPD- und 3 FDP-Abgeordnete als ordentliche Mitglieder. Dass dies Konsequenzen beim Arbeitsaufwand hat, ist offensichtlich. Allerdings ist die Belohnung für das Mehr an Arbeit häufig ein Mehr an Wissen und damit an Durchsetzungsvermögen – also an Macht. Dies gilt sowohl für interfraktionellen Ausschüsse wie für intrafraktionelle Gremien – also Arbeitskreise oder der Fraktionsversammlungen.

Interessant ist, dass es 2 FDP-Abgeordnete gab, die – trotz hohen Arbeitsaufwandes – 2 Ausschüssen als ordentliche Mitglieder angehörten. Hierbei handelte es sich nicht um unausgelastete „Hinterbänkler", sondern um den Parlamentarischen Geschäftsführer, *Jürgen Koppelin*, und um den Vorsitzenden des Arbeitskreises IV, *Rainer Funke*.[312] Die 4 Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion gehörten hingegen keinem ständigen Ausschuss als ordentliche Mitglieder an.

Gemeinhin werden den Fraktionen 4 Hauptfunktionen zugesprochen: 1. die Bestellung der Regierung und Mitglieder anderer Verfassungsorgane, 2. die Kontrolle der Regierung, 3. die Gesetzgebung einschließlich der Verabschiedung des Haushaltes sowie 4. das Agieren als Diskussions-, Repräsentations- und Kommunikationsforum. Das sind die klassischen Aufgaben des gesamten Parlaments.[313] Diese werden von den Fraktionen unterschiedlich wahrgenommen, je nachdem, ob es sich um Regierungs- oder Oppositionsfraktionen handelt. Erstere sind an der Stützung der Regierung interessiert und machen vom Gesetzgebungs- und Budgetrecht Gebrauch. Letztere nehmen die Kontrollfunktion gegenüber der Regierung und ihrer sie im Parlament vertretenden Fraktionen in verstärktem Maße wahr.[314] Ebenso müssen sie das Plenum intensiver als Sprachrohr in Richtung Öffentlichkeit nutzen, weil ihnen weniger Kommunikationskanäle zur Verfügung stehen als der Regierung und den sie stützenden Mehrheiten.[315]

An der Anzahl großer und kleiner Anfragen ist oft erkennbar, ob es sich um eine Regierungs- oder um eine Oppositionsfraktion handelt: In der 15. Wahlperiode hatte die FDP bis März 2004 212 große und kleine Anfragen eingebracht und damit 15 Anfragen mehr als die CDU/CSU. SPD und Bündnis 90/Die Grünen hatten bis dahin keine einzige Anfrage gestellt. In der 14. Legislatur kam die FDP-Bundestagsfraktion auf 364 Anfragen[316] – das entsprach durchschnittlich 18 Anfragen pro Sitzungswoche.[317] Dass die FDP als kleinere der beiden Oppositionsfraktionen mehr Anfragen stellte als die CDU/CSU, lag daran, dass Anfragen ein Mittel sind, gewünschte Themen auf die Tagesordnung zu setzen, um die Öffentlichkeit zu informieren. Angesichts der Machtbalance zwischen SPD und CDU/CSU in der 15. Wahlperiode waren die Unionsparteien eher als die kleine FDP in der Lage, ihre Positionen in der Auseinandersetzung mit der Regierung zu platzieren.

Eine Aufgabe der Fraktionen ist die Besetzung der Ausschüsse sowie anderer parlamentarischer Gremien wie des Ältestenrats. Diese Aufgabe sichert ihnen Bedeutung zu, da

[312] *Jürgen Koppelin* war ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss sowie im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung. *Rainer Funke* war im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie Vorsitzender des Ausschusses für Innen und Recht (IV).
[313] Wolfgang Rudzio, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1966, S. 234 ff.
[314] Sönke Petersen, Parlamentarische Geschäftsführer, Opladen 2000,S. 22
[315] Wolfgang Ismayr, a.a.O, S. 29
[316] Dabei überwogen die kleinen Anfragen: 341 von den 364 Anfragen waren kleine Anfragen.
[317] In der 13. WP war es umgekehrt: SPD: 249 Anfragen, Grüne: 974, CDU/CSU: 34, FDP: 30.

die Ausschüsse die zentralen Arbeits- und Entscheidungsgremien des Bundestages sind. Faktisch zuständig für die Besetzung sind die Parlamentarischen Geschäftsführer. Dies ist keine leichte Aufgabe, wie der Geschäftsführer der FDP-Fraktion, *Jürgen Koppelin,* schilderte. Landesgruppen- und Bundeslandzugehörigkeit, Geschlecht, Ost oder West, Dauer des Abgeordnetendaseins: All dies seien Faktoren, die bei der Besetzung der Ausschüsse berücksichtigt werden müssten.[318]

Für die Abgeordneten ist die Fraktion ein Hort der gemeinsamen politischen Grundüberzeugungen. Sie trägt zu einem Gefühl der politischen „Heimat", mithin zur Gruppendynamik, bei. Diese Funktion sollte nicht unterschätzt werden, wäre doch ein auf sich gestellter Abgeordneter im Parlamentsbetrieb verloren.

Allerdings ist es falsch, sich Fraktionen als harmonische Gebilde vorzustellen. Sie sind Orte permanenter politischer Kämpfe.

An der Spitze der Fraktion steht die oder der der Vorsitzende, die oder der die Fraktion in allen wichtigen politischen Fragen führt. Die oder der Fraktionsvorsitzende wird unterstützt vom Fraktionsvorstand, bestehend aus den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, den Parlamentarischen Geschäftsführern sowie dem FDP-Vizepräsidenten des Bundestages. Die Sacharbeit wurde in den parallel zu den Ausschüssen eingerichteten Arbeitskreisen geleistet, die aus den Ausschussmitgliedern der Fraktion bestanden und von Referenten und Sacharbeitern unterstützt wurden. Im Unterschied zu den großen Fraktionen, die zu nahezu jedem Ausschuss – meist sogar auch für Unterausschüsse – eine eigene Arbeitsgruppe[319] eingerichtet hatten, wurden in der FDP-Fraktion die Ausschussthemengebiete Arbeitskreisen zusammengefasst:

Als weitere organisatorische Untergliederungen der Arbeitskreise konnten Arbeitsgruppen eingerichtet werden, die für ein „besser vorbereitetes und strukturiertes Arbeiten"[320] von Bedeutung gewesen seien. Diese, der Zuarbeit für die Arbeitskreise dienenden innerfraktionellen Gremien gehörten nicht zur formalen Organisation. Ob eine Arbeitsgruppe eingerichtet wurde, war freiwillig und hing in erster Linie davon ab, „wo die Abgeordneten eines Arbeitskreises die Schwerpunkte setzen" und, ob sie sich vor der Arbeitskreissitzung „losgelöst davon ein bisschen Gedanken machen" wollten oder aber dies „dem Zufall der Arbeitskreissitzung" überlassen wollten.[321] Daneben konnten bei Bedarf auch Ad-hoc-Arbeitskreise und Querschnittsgruppen, wie die seinerzeitige Projektgruppe „Bürokratieabbau" eingerichtet werden.[322]

In den parlamentarischen Ausschüssen sind einzelne Abgeordnete als Obleute ihrer Fraktion gegenüber für die Durchsetzung der Fraktionslinie verantwortlich. Am Beispiel der Funktion der Obfrauen und -männer – die wie jede zusätzliche Funktion zeitaufwendig ist – lässt sich verdeutlichen, wie viel „belasteter" ein Abgeordneter einer kleinen Fraktion gegenüber den Kollegen aus den großen Fraktionen ist. Wenn jede Fraktion in jedem einzelnen Ausschuss einen Obmann hat – also in der 15. Wahlperiode 22 Obmänner pro Fraktion – bedeutete dies für die FDP, dass 47% ihrer Mitglieder, – also fast jeder Zweite –

[318] Zum konkreten Verfahren berichtete *Jürgen Koppelin*: Auf dem Teppichboden seines Büros breite er verschiedene Zettel mit diversen Namen, Kriterien und Attributen aus, um sich alle zu beachtenden Aspekte vor Augen zu halten.
[319] In den beiden großen Fraktionen hießen die aus den Ausschussmitgliedern der einzelnen Fraktionen bestehenden Vorbereitungsgremien Arbeitsgruppen, bei FDP und Bündnis 90/Die Grünen Arbeitskreise.
[320] So *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*.
[321] ebenda
[322] Wolfgang Ismayr, a.a.O., S. 87 ff

diese Funktion innehatte. Daneben gab es weitere Funktionen, die besetzt werden mussten, so die „Sprecher", die – nicht wie bei der SPD-Fraktion – qua Amt die Obleute-Funktion übernahmen. In der FDP-Fraktion gab es lediglich 15 Abgeordnete ohne Sprecherfunktion. Sieben von ihnen hatten andere Funktionen inne wie *Wolfgang Gerhardt* als Fraktionsvorsitzender. Damit entsprach der Anteil der Sprecher 68% der Gesamtfraktion. Gänzlich ohne „besondere" Funktion waren lediglich acht Abgeordnete.

Das höchste Gremium war die Fraktionsversammlung als zentrales Wahl- und Beschlussorgan, obwohl die politischen Vorgaben aus den Arbeitskreisen oder von der Fraktionsführung kamen.[323] So wurden bei der Entscheidung zur Europäischen Verfassung zuerst Ideen und Konzepte der Arbeitsgruppe Europa vorgestellt, vor der Abstimmung in der Fraktionssitzung im Arbeitskreis Internationales diskutiert und dort nochmals überarbeitet.[324]

Als informell können Strukturen bezeichnet werden, die in keinem Regelwerk verankert sind. Informelle Strukturen in Bundestagsfraktionen sind weder in der Geschäftsordnung des Bundestags noch in denjenigen der Fraktionen zu finden. Dass es schwierig ist, hierüber zuverlässige Informationen zu bekommen, verdeutlichte die Antwort des nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden der FDP, *Andreas Pinkwart*, auf die Frage nach den informellen Strukturen innerhalb der Bundestagsfraktion: Diese seien „viel informeller als Sie sich das vorstellen können."[325]

Der Abgeordnete *Hans-Joachim Otto* jedoch benannte folgende informelle Gremien in der FDP-Bundestagsfraktion, die teilweise in die Partei hineinreichen würden:

der Schaumburger Kreis,
der Freiburger Kreis,
der Kreis junger Abgeordneter (Jungliberale bis 35 Jahre),
der Kreis der neuen Abgeordneten,
der Kreis der Ostabgeordneten,
der Kreis der Frauen und
einige Landesgruppen.

Der seit Jahren existierende „Schaumburger Kreis" wurde benannt nach dem Treffpunkt, dem Bonner Hotel „Schaumburger Hof". Dieser Kreis kam in der 15. Wahlperiode 4 bis 5 mal im Jahr zusammen. Er stellte einen Kreis von FDP-Fraktionsmitgliedern dar, die eher rechte Positionen einnahmen. Der „Freiburger Kreis" war ein Netzwerk von eher dem linken Spektrum angehörenden FDP-Mitgliedern auf Bundes-, Landes-, Fraktions- und Parteiebene und stellte das Pendant zum „Schaumburger Kreis" dar. 2004 gab es mindestens eine Zusammenkunft in Berlin. Es bleibt fraglich, ob diese beiden Gremien in der 15. Wahlperiode und danach erheblich am Willensbildungs- und Entscheidungsprozess der FDP beteiligt waren.

Die neu in den Bundestag eingezogenen Abgeordneten wurden regelmäßig vom Fraktionsvorstand zu Frühstücksrunden eingeladen – nach dem Motto:

[323] *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*: „...die Arbeitskreise können schon Weichenstellungen ganz eindeutig vornehmen ..."
[324] So *Markus Löning*.
[325] Antwort auf eine Frage nach den informellen Strukturen in der Seminarsitzung an der Universität Potsdam am 15.01.2004.

„Man muss sich auch um die Kleinen kümmern."[326]

Der Kreis der Frauen versammelte sich etwa alle 2 Monate zu so genannten Frühstückstreffen, zu denen „Reih' um" eingeladen wurde. Feste Termine gab es nicht. Laut *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* konnten diese unregelmäßig stattfindenden Treffen durchaus als „informelles Gremium" bezeichnet werden.

Tab. 32: Anzahl der FDP-Abgeordneten im 15. Deutschen Bundestag nach Bundesländern[327]

	Frauen	**Männer**	**insgesamt**
Baden-Württemberg	2	4	6
Bayern	1	3	4
Berlin	0	2	2
Brandenburg	0	1	1
Bremen	0	0	0
Hamburg	0	1	1
Hessen	0	4	4
Mecklenburg-Vorp.	0	1	1
Niedersachsen	3	2	5
Nordrhein-Westfalen	4	9	13
Rheinland-Pfalz	0	3	3
Saarland	0	1	1
Sachsen	0	2	2
Sachsen-Anhalt	1	0	1
Schleswig-Holstein	1	1	2
Thüringen	0	1	1
Summe	**12**	**35**	**47**

Neben diesen sozialen oder die politischen Einstellungen betreffenden Gruppierungen existierten in der FDP-Fraktion regionale und landsmannschaftlich organisierte Zusammenschlüsse: die Landesgruppen.

Insgesamt existierten 4 landsmannschaftlich organisierte Kreise. Hervorzuheben ist die Landesgruppe Nordrhein-Westfalens – mit 13 Mitgliedern die größte. Sie tagte regelmäßig jede Sitzungswoche. Des weiteren waren die Landesgruppen Baden-Württembergs, Bayerns und Niedersachsens erwähnenswert. Die Abgeordneten aus den neuen Bundesländern hatten sich – zusammen mit den Abgeordneten aus Berlin – in dem Kreis der Ostdeutschen – auch „Ländergruppe Ost" genannt, lose organisiert. Dieser sei für die Bündelung von spezifisch ostdeutschen Interessen von Bedeutung und „in politischen Kategorien der intensivst arbeitende Bereich."[328]

Die Landesgruppe Nordrhein-Westfalen muss gesehen werden als Teil der Formierung des größten Landesverbandes in der Fraktion. Der Landesvorsitzende *Andreas Pinkwart*, der zugleich auch Vorsitzender der Landesgruppe war, verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass sein Verband von den insgesamt 662 Bundesparteitagsdelegierten 175 stellte,

[326] So *Markus Löning*.
[327] Zusammengestellt nach www.fdp-frakion.de (Zugriff am 20.3.2004)
[328] *So Hans-Joachim Otto*.

gefolgt von Baden-Württemberg mit 80 Delegierten. Diese Zahlen machten das Gewicht deutlich, das Nordrhein-Westfalen in der Partei habe. Innerhalb der Bundestagsfraktion der FDP spiegelte sich dieses Gewicht wider. Die Landesgruppe stellte in der 15. Wahlperiode mit *Werner Hoyer* einen der 4 stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, der zugleich Vorsitzender eines Arbeitskreises war, ferner einen der Parlamentarischen Geschäftsführer, *Jörg van Essen*. Auch der Parteivorsitzende *Guido Westerwelle* und dessen Stellvertreter, *Andreas Pinkwart* selber, kamen aus Nordrhein-Westfalen. Man konnte von einer guten Kooperation des nordrhein-westfälischen mit den anderen Verbänden sprechen. Die Landesgruppen spielten eine wichtige Rolle bei der Frage:

„Wer wird was?“[329]

Jürgen Koppelin hingegen maß den informellen Strukturen der FDP-Fraktion keine große Bedeutung zu, weil die links-rechts-Schemata nicht mehr existieren würden. Zudem gäbe es „keine inhaltliche Diskussion in informellen Gruppen“. Innerhalb der FDP Fraktion konnte nach Ansicht anderer Abgeordneter doch von einer Flügelbildung gesprochen werden. Diese seien nach *Markus Löning* „nicht zwingend nach dem rechts-links-Schema einzuordnen“, sondern orientierten sich an marktwirtschaftlichen Fragen. Das rechts-links-Schema sei bei Fragen wie dem Scannen von Autokennzeichen oder bei Regelungen zum Partnerschaftsrecht erkennbar geworden. Bei derartigen gesellschaftspolitischen Fragen gäbe es – so *Markus Löning* – einen „Riss“ durch die Fraktion. Auch *Hans-Joachim Otto* war der Meinung, man könne unterschiedliche Orientierungen in der Fraktion in einer Links-rechts-Einteilung beobachten. Er bevorzuge allerdings die Begriffe „ordnungspolitisch“ und „klientelorientiert“. Bei dem Begriff „ordnungspolitisch“ wurde auf Inhalte gesetzt, wohingegen es beim Terminus „klientelorientiert“ primär um Wahlinteressen ging. Als Beispiel für eine „ordnungspolitische“ Ausrichtung nannte *Hans-Joachim Otto* den Berliner Fraktionsvorsitzenden *Martin Lindner – Rainer Brüderle* als Beispiel für „klientelorientiert“.[330]

Nach den Aussagen der befragten Fraktionsmitglieder hatten informelle Strukturen geringe Bedeutung. Ob dies allerdings der Realität entspricht, bleibt offen, denn nach allgemeiner organisationssoziologischer Erkenntnis hat jede formale Organisation eine informelle Struktur, die sie mit prägt.[331]

Bei dem Thema „Fraktionsdisziplin“ ging es um die Frage, ob und wie durch die Fraktionsführung versucht wurde, einheitliche Abstimmungen der Fraktion zu erreichen. Einerseits wurde die Fraktionsgeschlossenheit als Vorraussetzung für den Erfolg der Arbeit im Parlament gesehen. Andererseits wurde kritisiert, dass die in der Verfassung fixierte Gewissensfreiheit der Abgeordneten durch die angestrebte Fraktionsgeschlossenheit eingeschränkt werden könnte. Der Abgeordnete *Hans-Joachim Otto*:

„Das Wort `Fraktionszwang´ kennen wir nicht.“

[329] So *Andreas Pinkwart*. Zu bedenken dabei ist, dass der große Landesverband Nordrhein-Westfalen in sich sehr heterogen ist. *Pinkwart* teilt jedoch mit, dass die Heterogenität des Landesverbandes überwunden sei und sich auf Landes- wie Bundesebene ein einheitliches Bild und eine einheitliche politische Linie des Landesverbandes etabliert habe.

[330] Dies habe sich z.B. in der Debatte um die Handwerksnovelle gezeigt. Hier strebte *Brüderle* den weitgehenden Erhalt des Meisterzwangs an. So *Otto* im Gespräch.

[331] Jürgen Dittberner, Freies Mandat und politische Geschlossenheit, a.a.O., S. 550

Allerdings sei die Fraktionsführung interessiert, die Fraktion – wenn „Leute von der Stange gehen“ – zusammenzuhalten. Beispiele, bei denen eine Geschlossenheit der Fraktion als wichtig empfunden wurde, waren Bundeswehreinsätze oder der debattierte Gottesbezug in der „Europäischen Verfassung“. Jedoch seien Aussagen wie von *Franz Müntefering* – gemeint war die Drohung des SPD-Politikers, „Abweichler“ in der Abstimmung über den Mazedonien-Einsatz durch Nichtwiederaufstellung zu bestrafen – innerhalb der FDP-Fraktion nicht möglich. „Bei uns wird das viel feiner gemacht“, so *Hans-Joachim Otto*. Ein weiteres Beispiel dafür, dass die Geschlossenheit der Fraktion von Bedeutung war, stellte die Wahl des Bundespräsidenten 2004 dar. Hier habe es sich um eine Weichenstellung für eine Koalition mit der CDU/CSU gehandelt. Dass die „Fraktionsdisziplin“ innerhalb der FDP-Fraktion auch „umgekehrt“ wirken könne, sich also in einen Zwang für die Fraktionsführung verwandeln könne, habe die Entscheidung über die Verlängerung des Mandats der Operation „Enduring Freedom“ gezeigt. Hier sei der Fraktionsvorstand anderer Auffassung gewesen als die Mehrheit der Fraktion, die sich mit ihrem „Nein“ durchsetzen konnte.

Für *Jürgen Koppelin* bestand beim Thema Fraktionsdisziplin „kein Unterschied zwischen Regierungs- und Oppositionszeit.“ Dies hänge mit dem grundsätzlichen Wunsch nach einem geschlossenen Auftreten der Fraktion zusammen.[332] Dagegen äußerte der allerdings erst 2002 in den Bundestag eingezogene *Markus Löning*, die Fraktionsdisziplin sei aufgrund der damaligen Oppositionsrolle der FDP „nicht so zwingend“. Grundsätzlich sei zu beobachten, dass im Plenum des Bundestages das freie Mandat des Abgeordneten gelte. In den Ausschüssen war das seiner Beobachtung nach nicht so. Um die Fraktionsdisziplin zu umgehen, böten sich unterschiedliche Möglichkeiten parlamentarischen Verhaltens an. So könne man fernzubleiben, sofern es sich nicht um eine namentliche Abstimmung handelt.[333]

Der Ausschluss des Fraktionsmitgliedes *Jürgen W. Möllemann* war für die FDP-Fraktion in der 15. Legislaturperiode ein traumatisierendes Ereignis. Ob es hier Fraktionsdisziplin oder -zwang gegeben habe, wurde von allen befragten FDP-Fraktionsmitgliedern verneint. Zwei Gründe habe es nach Aussage von *Markus Löning* für den Ausschluss gegeben: zum einen der „Vorwurf des Antisemitismus“, zum anderen die „Finanzgeschichten“. Offiziell begründet wurde der Ausschluss mit dem zuletzt genannten Punkt, da dies innerhalb der Fraktion für justiziabel gehalten wurde. Im Hinblick auf eine mögliche Beschäftigung des Bundesverfassungsgerichts mit dieser Frage, wurde diese Begründung der Fraktion als „juristisch wasserdicht“[334] angesehen. *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* berichtete, dass es über den Ausschluss *Jürgen W. Möllemanns* eine kontroverse und langwierige Diskussion gegeben habe. Danach gab es „zwar die Mehrheiten, aber eben doch auch eine ganz ordentliche Minderheit, die das anders gesehen hat.“ Sie habe für den Ausschluss gestimmt, weil es keine erkennbare gemeinsame liberale Grundüberzeugung mit dem Ausgeschlossenen gegeben habe. Nicht die Frage nach konkreten Verstößen gegen das Parteiengesetz habe zu ihrer Entscheidung geführt. Von daher habe es sich aus ihrer Sicht bei dieser Entscheidung nicht um Fraktionsdisziplin gehandelt.

---

[332] So *Jürgen Koppelin*. Er hat darauf verwiesen, dass er in allen im Bundestag getroffenen Entscheidungen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr mit „Nein“ gestimmt habe. Die Frage, ob von keiner Seite Druck ausgeübt wurde, um ihn auf die Fraktionslinie, die in der Vergangenheit mehrheitlich für diese Einsätze gestimmt hat, zu drängen, verneinte er und sagte: „Jeder kennt die Verantwortlichkeit.“

[333] *Markus Löning* und seine Fraktionskollegen *Daniel Bahr* und *Michael Kauch* hatten eine andere Position als die Fraktionsmehrheit bei der Handwerksnovelle. Sie haben sich in der Abstimmung entgegen dem Mehrheitsvotum enthalten und eine entsprechende Protokollerklärung abgegeben.

[334] So *Markus Löning*.

Im Verhältnis zur Partei war die FDP-Fraktion in der 15. Wahlperiode der institutionalisierte Kompromiss zwischen Erwartungen der Partei und den Erfordernissen der politisch handelnden Fraktion. Dies unterstrich *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*, die meinte, Parteitagsbeschlüsse seien nicht grundsätzlich in reale Politik umsetzbar, besonders, weil ein Parteitag die Meinungsbildung nicht voraussehen könne und sich die Ausgangslage und damit die Durchsetzbarkeit der Positionen ändern könnten.[335] Es gäbe, so verlautete aus der Fraktion, keine auszumachende Dominanz der einen über die andere Seite. Die Fraktion sei unabhängig, aber dadurch, dass sich jeder Abgeordnete seiner Regionalorganisation verbunden fühle, bestünden wechselseitige Abhängigkeiten.

Für *Markus Löning* hatte *Guido Westerwelle* als Parteivorsitzender die stärkste Außenwirkung unter den seinerzeitigen Fraktionsmitgliedern. Der Partei sei das größere Gewicht zugekommen. Auf Fachebene habe hingegen die Fraktion dominiert. Letztlich habe eine Wechselwirkung bestanden zwischen den Institutionen. Auf Parteitagen werde die große politische Linie festgelegt. Daran müsse sich die Fraktion nicht „1:1" halten. Parteitage wären eher als Fraktionen am „gesellschaftspolitischen Vorwärtsgehen" interessiert. Demnach sei die FDP-Fraktion im Vergleich zur Partei „konservativ".

Für *Jürgen Koppelin* waren Partei und Fraktion bei der FDP stark getrennt. Eine Verzahnung der Partei mit der Fraktion sei dadurch erreicht worden, dass der oder die Fraktionsvorsitzende an den Präsidiumssitzungen teilnähme, dass er oder sie selbst ebenso wie weitere als Fraktionsmitglieder zugleich Mitglieder des Parteipräsidiums wären. Durch diese Ämterverzahnung wurde die Trennung zwischen Partei und Fraktion nicht aufgehoben, da man in Partei oder Fraktion jeweils eine „andere Mütze auf" habe.[336]

Es kann festgestellt werden, dass die Beziehungen zwischen Partei und Fraktion in der FDP als reibungslos dargestellt wurden. Von einer wirklichen Harmonie zwischen beiden sprach keiner der Interviewpartner.[337] Jedoch dürfte das Verhältnis zwischen Partei und Fraktion in Oppositionszeiten grundsätzlich entspannter sein als in Regierungszeiten. Die Aussagen der FDP-Abgeordneten der 15. Wahlperiode über das Verhältnis zwischen Partei und Fraktion decken sich im übrigen mit einem Ergebnis der umfassenden Untersuchung von Uwe Kranenpohl über kleine Fraktionen im Bundestag.[338]

Dennoch ist die 15. bei der FDP nicht symptomatisch für alle Legislaturperioden. In einer Koalition kommt neben der Fraktion und der Partei ein Dritter ins Spiel: die Regierung. Es ist naheliegend, dass in diesem Fall der Druck auf Abgeordnete größer ist als in der 15. Wahlperiode, die für die FDP Oppositionszeit war.

Insofern hat sich 2009 einiges am faktischen Status der FDP-Abgeordneten geändert.

---

[335] So *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*.
[336] So *Jürgen Koppelin*.
[337] Uwe Kranenpohl, Mächtig oder machtlos? Kleine Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1994, Opladen/ Wiesbaden 1999, S.346 ff
[338] Ebenda, S. 363: „Zwischen beiden Institutionen besteht zwar ein Spannungsverhältnis, üblicherweise aber kein Konflikt, da sie über die Abgeordneten, die zugleich Parteifunktionäre sind, vielfach miteinander verschränkt sind."

4.11 Sozialstruktur der FDP-Bundestagsfraktionen von 1990 bis 2004[339]

Während die FDP bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 auf 11% kam, erreichte sie 1994 nur 6,9%. Die Zahl der Mitglieder der Bundestagsfraktion reduzierte sich dadurch von der 12. Wahlperiode (1990-1994) zur 13. Wahlperiode (1994-1998) von 79 auf 47 Mitglieder. In der 14. Wahlperiode (1998-2002) gab es nach den 6,2% Wählerstimmen nur noch 43 FDP-Abgeordnete im Deutschen Bundestag, und in der 15. Wahlperiode ab 2002 waren es aufgrund der 7,4% Wählerstimmen 47 Abgeordnete. Ab 2009 (17. Wahlperiode) hatte die FDP 93 Abgeordnete.

Von der 12. bis zur 14. Wahlperiode war die Abgeordnete *Birgit Homburger* mit anfänglich 25 Jahren die jüngste, in der 15. Wahlperiode ab 2004 *Daniel Bahr* mit 26 Jahren jüngster FDP-Parlamentarier. Beim Alter gab es zwischen der 13. und der 14. Wahlperiode einen Schnitt: Während in der 12. Wahlperiode *Josef Grünbeck* mit 69 Jahren der älteste FDPler war, nahm in der 13. Wahlperiode der 68jährige *Otto Graf Lambsdorff* diese Position ein. Mit 62 Jahren war in der 14. Wahlperiode *Klaus Kinkel* der Älteste in seiner Fraktion, und in der 15. Wahlperiode fiel dem 63jährigen Abgeordneten *Ulrich Heinrich* diese Position zu. In dieser gesamten Zeit kam der älteste Abgeordnete überhaupt aus anderen Parteien: in der 12. und 15. Wahlperiode aus der SPD und in der 13. und 14. Wahlperiode aus der PDS.

Tab. 33: Anteil der Neulinge in der FDP-Fraktion und im Bundestag insgesamt (in %)

	12. Wp.	*13. Wp.*	*14. Wp.*	*15. Wp.*
FDP-Fraktion	45,6	19,1	20,9	29,8
Bundestag	36,0	30,5	24,8	28,9

In der untersuchten Zeit von 1990 bis 2004 hatte die FDP insgesamt 113 Abgeordnete. Deren „Verweildauer" im Parlament variierte: Die Hälfte war nur in einer Wahlperiode im Bundestag, 17 Abgeordnete waren in mindestens den untersuchten 4 Wahlperioden aktiv. Die Abgeordneten *Karlheinz Guttmacher* (Thüringen), *Joachim Günther* (Sachsen) und *Jürgen Türk* (Brandenburg) waren als Repräsentanten der neuen Bundesländer von der 12. Wahlperiode bis zur 15. ununterbrochen im deutschen Parlament. „Spitzenreiter" bei der Verweildauer im Bundestag waren *Werner Hoyer*, *Dieter Thomae*, *Ulrich Heinrich* und *Günther Nolting* mit jeweils 5 Wahlperioden, *Rainer Funke* mit 6, *Hermann Otto Solms* mit 7 und bis zu seinem Ausschluss *Jürgen W. Möllemann* mit 9 Wahlperioden.

Der Anteil der Neulinge in der FDP-Bundestagsfraktion war nach der ersten gesamtdeutschen Wahl durch das Hinzukommen der Abgeordneten aus den neuen Ländern mit rund 46% am höchsten. In den folgenden beiden Perioden war der Grad der Erneuerung bei der FDP-Fraktion mit rund 20% geringer. In der 15. Wahlperiode stieg der Erneuerungsgrad auf fast 30% und verdeutlichte eine moderate personelle Erneuerung der FDP.

[339] Dieses Kapitel bezieht sich auf eine Ausarbeitung von Oliver Höhno und Torsten Stein.

Tab. 34: Verweildauer in der FDP-Fraktion und im Bundestag insgesamt in der 15. Wahlperiode (in % der jeweiligen Grundgesamtheit)

Verweildauer in Wahlperioden	*FDP-Fraktion*	*Bundestag insgesamt*
1 Wahlperiode	29,8	28,9
2 Wahlperioden	19,2	22,4
3 Wahlperioden	14,9	18,7
4 Wahlperioden	21,3	14,4
5 Wahlperioden	8,5	7,3
6 Wahlperioden	2,1	2,2
7 Wahlperioden	2,1	3,0
8 Wahlperioden	0	2,5
9 Wahlperioden	2,1	0,7

Die Verweildauer der Abgeordneten im Parlament ist ein Indikator für die Durchlässigkeit oder Verharschung der Politik. Im 15. Deutschen Bundestag stellte die Gruppe der Neulinge mit 29% insgesamt und bei der FDP-Fraktion mit 30% die stärkste Gruppe dar. Aber rund ein Viertel der Bundestagsabgeordneten der FDP hatte 5 und mehr Wahlperioden hinter sich, so dass die Neulinge auf einen Kreis von „Senioren“ trafen, denen sie Terrain erst abtrotzen mussten.

Tab. 35: Anteil der Frauen in der FDP-Fraktion und im Bundestag insgesamt (in %)

	12. Wp.	*13. Wp.*	*14. Wp.*	*15. Wp.*
FDP-Fraktion	20	17	23	28
Bundestag	21	26	31	33

Der Anteil der Frauen in der FDP-Fraktion lag in der 12. Wahlperiode mit 20% knapp unter dem des gesamten Bundestages bei 21%. In den folgenden Wahlperioden fiel die FDP hinter den Anteilen weiblicher Abgeordneten des gesamten Bundestages ab, näherte sich aber nach 2002 mit 28% dem Parlamentsdurchschnitt von 33%. Diese Angleichung war bemerkenswert, weil die Konkurrenzparteien im Unterschied zur FDP „Frauenquoten“ hatten.

Beim Familienstand ergab sich folgendes Bild: In der 12. Wahlperiode lag der Anteil der Verheirateten bei den FDP-Abgeordneten mit 81% um 4% unter dem Durchschnitt. Hingegen gab es bei der FDP mit 13,92% einen etwa doppelt so hohen Anteil an Ledigen wie im gesamten Bundestag. Sowohl im Bundestag als auch in der FDP-Fraktion sank der Anteil der Verheirateten in den folgenden Wahlperioden und betrug nach 2002 78,72% (71,48% gesamter Bundestag). Umgekehrt stieg der Anteil der Ledigen bei der FDP auf 13% gegenüber 11% im Bundestag. Zu dieser Zeit waren knapp 4% der Abgeordneten geschieden, 2% bei der FDP. Beim Familienstand weicht die FDP moderat vom Durchschnitt aller Abgeordneten ab. Die in der Gesellschaft deutliche Tendenz des Rückgangs der Ehe[340] spiegelt sich in den Bundestagsfraktionen wider.

[340] Thomas Meyer stellte 2002 fest: „Von den heute lebenden jungen Männern und Frauen werden ungefähr 30% (1970: weniger als 5%) zeitlebens ledig bleiben...“ S: Thomas Meyer, Private Lebensformen im Wandel; in: Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung, 3. Auflage, Wiesbaden 2002, S. 406

Bei der FDP-Fraktion betrug das Durchschnittalter in der 15. Wahlperiode 51 Jahre.[341] Zu dieser Zeit war in der FDP (30%) wie im gesamten Bundestag (24%) die Altersgruppe 52 bis 56 die stärkste. Es gab Zuwachs bei den unter 32jährigen, allerdings bei den 62- bis 66jährigen mit 8% einen doppelt so hohen wie im Gesamtbundestag. Bei der FDP-Fraktion hatte sich das Durchschnittsalter seit 1990 um 2 Jahre erhöht. Auswirkungen des Wechsels in die Opposition im Jahre 1998 sind bei der Altersstruktur der FDP-Fraktion nicht zu erkennen.

Tab. 36: Anteile der Abgeordneten aus den neuen und den alten Ländern in der FDP-Fraktion und im Bundestag insgesamt (in %)

	12. Wp.		13. Wp.		14. Wp.		15. Wp.	
Bundesländer	neue	alte	neue	alte	neue	alte	neue	alte
FDP-Fraktion	22	78	13	87	14	86	13	87
Bundestag	21	79	20	80	20	80	16	84

Die Verteilung der FDP-Abgeordneten auf deren Herkunft aus den neuen und den alten Bundesländern verdeutlicht den seinerzeitigen Einbruch der FDP im Osten. Dass die FDP nach 2002 wie schon 1994 nur 13% Abgeordnete aus den neuen Ländern hatte, zeigte im Vergleich zum gesamten Bundestag die seinerzeitige Westlastigkeit der Partei.

Tab. 37: Konfessionen der Abgeordneten in der FDP-Fraktion und im 15. Bundestag insgesamt nach deren Angaben (in %)

	keine Angaben	*katholisch*	*evangelisch*	*konfessionslos*
FDP-Fraktion	40	19	41	0
Bundestag	28	32	38	2

Aussagen über die Konfession der Abgeordneten zu treffen, war schwierig, da bei der FDP viele Abgeordnete hierzu keine Angaben machten. Insgesamt schien die FDP-Fraktion weniger „katholisch“ zu sein als der übrige Bundestag.[342]

Bei den Studien- und Berufsabschlüssen zeigt sich für die Zeit von 1990 bis 2002 ein Wandel. Sowohl im Bundestag als auch bei der FDP-Fraktion stellten unter den „Studierten“ die Rechts- und Staatswissenschaftler von der 12. bis zur 14. Wahlperiode die stärkste Gruppe. 29% der FDP-Parlamentarier und 22% aller Abgeordneten zählten in der 12. Wahlperiode zu dieser Gruppe. Viel änderte sich daran in den Perioden bis 2002 nicht. In der 15. Wahlperiode fällt allerdings – wie schon berichtet – auf, dass die meisten Abgeordneten Wirtschaftswissenschaftler waren, während die Rechts- und Staatswissenschaftler auf den zweiten Rang gefallen waren (21%). 21% der FDP-Abgeordneten hatten eine nichtakademische Ausbildung. Der Vormarsch der Wirtschaftswissenschaftler in der FDP-Fraktion kann als Ausdruck der verstärkten wirtschafts-liberalen Ausrichtung der FDP interpretiert werden.

[341] Bezogen auf 2004

[342] Die Gruppe „Christen in der FDP-Bundestagsfraktion“ leitete 2009 möglicherweise eine neue Entwicklung ein. (S. Kapitel 1.1.)

Tab. 38: Dauer der Parteimitgliedschaften der FDP-Abgeordneten

FDP-Mitglied	*12. Wp.*	*13. Wp.*	*14. Wp.*	*15. Wp.*
O bis 5 Jahre	8	3	0	1
6 bis 10 Jahre	5	3	4	1
11 bis 15 Jahre	7	5	7	7
16 bis 20 Jahre	16	7	6	7
21 bis 25 Jahre	14	14	4	10
26 bis 30 Jahre	9	6	11	5
31 bis 35 Jahre	2	3	2	10
36 bis 40 Jahre	6	1	4	2
ab 41 Jahre	2	3	0	1
keine Angabe	10	2	5	3

Gelegentlich wird behauptet, die FDP sei eine Partei, in der man schnell Karriere machen könne. Eine Untersuchung der Länge der Parteimitgliedschaften bei FDP-Parlamentariern zeigt, dass davon nicht die Rede sein kann. Zwar gab es in der 12. Wahlperiode 8 Abgeordnete, die höchsten 5 Jahre der FDP angehört hatten, aber die Gruppe derjenigen mit 16 bis 20 Jahren Parteimitgliedschaft war mit 16 Vertretern die stärkste, und auf 21 bis 25 Jahre Parteimitgliedschaft konnten 14 zurückblicken. Die Zahl der Neumitglieder ging in den folgenden Wahlperioden bis 2002 zurück. Höchstens fünfjährige Parteimitgliedschaften konnten in der 13. Wahlperiode 3 FDP-Abgeordnete aufweisen, in der 14. Wahlperiode gab es in dieser Gruppe gar keinen Abgeordneten, und in der 15. war es einer. Eine Verjüngung der FDP in der Oppositionszeit 1998 bis 2002 war nicht erkennbar.

Tab. 39: Verteilung von Vorstandspositionen in den FDP-Fraktionen nach Landesverbänden

Vorstandsposition	*12. Wp.*	*13. Wp.*	*14. Wp.*	*15. Wp.*
Fraktionsvorsitzender	Hessen	Hessen	Hessen	Hessen
stv. Vorsitzender	Baden-Württbg.	Baden-Württbg.	Rheinland-Pfalz	Rheinland-Pfalz
stv. Vorsitzender	Sachsen-Anhalt	Sachsen-Anhalt	Niedersachsen	Baden-Württbg.
stv. Vorsitzender	Saarland	Bayern	Baden-Württbg.	NRW
stv. Vorsitzender	Bayern		Sachsen-Anhalt	Niedersachsen
Parlamentarischer GF	NRW	NRW	NRW	Baden-Württbg.
Parlamentarischer GF	Bremen	NRW	Baden-Württbg.	NRW
Parlamentarischer GF	Sachsen-Anhalt	Baden-Württbg.	Schlesw.-Holst.	Schlesw.-Holst.
Vorstandsmitglied	NRW	NRW	Hessen	Hessen

(NRW= Nordrhein-Westfalen)

Bei der Zugehörigkeit der Abgeordneten zu Landesverbänden bestätigt sich das Bild von starken neben schwachen und manchmal auch gar nicht vertretenen Landesverbänden. In der 12. Wahlperiode waren alle Bundesländer in der FDP-Fraktion vertreten. Den größten Anteil bildeten wiederum die Vertreter Nordrhein-Westfalens mit 22% (17 Abgeordnete), gefolgt von Baden-Württemberg mit 13% (10) und Bayern mit 10% (8). In der 13. Wahlperiode waren Bremen und das Saarland bei der FDP nicht vertreten. In der gleichen Reihenfolge wie zuvor stellten die 3 genannten Bundesländer die größten Landesgruppen. Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen hatten jeweils einen Abgeordneten. In der 14. Wahlperiode waren FDP-Abgeordnete aus

Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland gar nicht im Bundestag. Die größten Landesgruppen waren wieder Nordrhein-Westfalen (11 Abgeordnete), Baden-Württemberg (7) und Bayern (5). In der 15. Wahlperiode schließlich war nur die FDP Bremen nicht im Bundestag repräsentiert. Bei den größten Landesgruppen hatte es Niedersachsen an die dritte Stelle hinter Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg gebracht. Die starke Stellung der FDP Nordrhein-Westfalens zeigte sich erneut.

Auch die Aufteilung der Arbeitskreisvorsitze bestätigt die Dominanz von Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Hessen. Wie bei den Fraktionsvorständen ist auch hier auffällig, dass die ostdeutschen Landesverbände selten erscheinen, so dass auch die Positionsanalyse bei der FDP-Bundestagsfraktion eine starke Westdominanz zeigte.

Tab. 40: Verteilung von Arbeitskreisvorsitzen in den FDP-Fraktionen nach Landesverbänden (AK= Arbeitskreis)

Vorsitz	*12. Wp.*	*13. Wp.*	*14. Wp.*	*15. Wp.*
AK 1	Bayern	Baden-Württbg.	Baden-Württbg.	NRW
AK 2	NRW	NRW	NRW	Rheinland-Pfalz
AK 3	NRW	Hessen	NRW	Hessen
AK 4	Niedersachsen	Niedersachsen	Schlesw.-Holst.	Hamburg
AK 5	NRW	Hessen	Bayern	Bayern

4.12 Informelle Gruppierungen

Es ist eine Binsenweisheit, dass sich hinter offiziellen Strukturen einer Organisation informelle Beziehungen entwickeln. Bei den politischen Parteien handelt es sich um „Flügel" oder – negativ bewertend – „Cliquen" und „Klüngel". Solche informellen Gruppen in politischen Parteien können sich an politischen Grundströmungen wie rechts und links ausrichten, an landsmannschaftlichen Zuordnungen orientieren, oder sie verbindet allein das Ziel des Machterwerbs bzw. -erhalts. Im letzten Fall ist oft die Rede von „Netzwerken".

Seit der Aufsplitterung des linken Flügels nach der Wende 1982 in inner- und außerparteilich gibt es überhaupt keine klaren politischen Flügel mehr in der FDP. Zwar existierte noch der „Freiburger" oder „Sylter Kreis", in dem sich links-liberal Orientierte zu informellen Treffen zusammenfanden, doch dessen Zulauf und Resonanz nahm fortwährend ab. Zu dieser lockeren Vereinigung gehören Politiker wie *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*, *Burkhard Hirsch* oder *Carola von Braun*. Es handelt sich hier um einen innerparteilichen Gesprächskreis. Der Freiburger Kreis geht zurück auf eine Initiative des seinerzeitigen Bundesvorsitzenden der Jungdemokraten, *Wolfgang Lüder* in den sechziger Jahren. Dieser Kreis war inspiriert von der Außerparlamentarischen Opposition. Die Strafrechtsreform war ein Diskussionsthema, zu dem *Ulrich Klug*, *Werner Maihofer*, *Gerhart Rudolf Baum* und *Jürgen Baumann* sprachen. In den siebziger Jahren nahm der Kreis den Namen seines Tagungsortes, des Berliner Hotels „Sylter Hof" an und nannte sich „Sylter Kreis". Eine feste Organisation gibt es ebenso wenig wie klare Mitgliederschaften. Der Kreis berät neben Programmatischem zunehmend Personalien. Es wird behauptet, er bringe bis zu 150

Delegierte zu Vorbesprechungen bei Bundesparteitagen zusammen.[343] Das ist eine Übertreibung, ebenso die Behauptung, der Kreis habe sich nach 1992 geöffnet und habe „etwa ein Viertel der Delegierten der Bundesparteitage zu seinen Anhängern" gezählt.[344]. Auch war 1995 der Verweis auf den Kreis beim Streit um den „Lauschangriff" der Versuch, der Justizministerin *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* eine breitere Basis nachzusagen, als sie tatsächlich hatte. Nach der Wiedervereinigung versuchte der Kreis, sich zu regenerieren. Er nannte sich „Elbe-Kreis", konnte aber sein Ziel, ostdeutsche FDP-Mitglieder zu binden, nicht erreichen. So besann er sich auf seinen Namen „Freiburger Kreis" und fristete sein Dasein als immer seltener aufgesuchte Adresse in der FDP verbliebener Sozial-Liberaler. Die Internet-Seite des Kreises war im November 2003 nicht aktuell und machte den Eindruck einer Abladestelle von Texten, die Repräsentanten des Kreises andernorts formuliert hatten. So waren dort über ein Jahr alte Presseerklärungen von *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* u.a. über die Themen Menschenrechte, Asyl und Sicherheit nachzulesen sowie ein Beitrag der selben Politikerin über „Zur Dschenin-Mission der Vereinten Nationen" vom 29. April 2002. Über allem stand:

> „Herzlich willkommen auf der Homepage des Freiburger Kreises! Der Freiburger Kreis ist eine Gruppe innerhalb der FDP, die sich dem Ziel verschrieben hat, einen ganzheitlichen Liberalismus in Deutschland zu definieren und diesen politisch durchzusetzen. Auf dieser Stelle bieten wir Ihnen die Möglichkeit, sich über unsere bisherige Arbeit und unsere Ideen für die Zukunft zu informieren, uns Ihre Ideen, Anregungen, Wünsche und Kritik zu übermitteln sowie Kontakt mit einigen Vertretern des Kreises aufzunehmen."[345]

Im Jahre 2004 fand am 26. und 27. März ein Treffen des Freiburger Kreises in einem Hotel in Berlin-Tegel statt. Die Einladung dazu erfolgte unter anderen durch *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*, *Gerhart R. Baum* und *Carola von Braun*. In ihr hieß es: „Der Freiburger Kreis versteht sich schon immer als eine Plattform für Substanz in der FDP. In diesem Sinne wollen wir weiterarbeiten und möchten Sie ausdrücklich auch dazu ermuntern, diese Einladung an interessierte Bekannte und Parteifreunde weiterzugeben." Bei dem Treffen ging es um die Frage, „wie wir in Deutschland mit fremden Kulturen umgehen und welches Selbstverständnis wir von der deutschen Gesellschaft eigentlich haben." Als Referenten dazu waren vorgesehen *Robert Leicht* von der „Zeit", *Aiman Mazyek* vom Zentralverband der Muslime und *Cornelia Schmalz-Jacobsen.*

Zweifellos hatte der Freiburger Kreis seine größte Bedeutung für die FDP in der Zeit der sozial-liberalen Koalition. Damals gab es einen in die Gliederungen der Partei gehenden Unterbau, von dem nach der Wende 1982 nicht mehr die Rede sein konnte.

Im Internet befindet sich ein Forum des Freiburger Kreises, in dem vermerkt ist: „Letzte Aktualisierung dieser Seite am 15. September 2005."[346] Der Freiburger Kreis hat keine Macht in der FDP mehr.

---

[343] Julia von Blumenthal, Amtsträger in der Parteiendemokratie, Wiesbaden 2001, S. 166

[344] So Peter Lösche / Franz Walter, Die FDP, a.a.O., S. 180. Hier scheinen Beobachter der Propaganda einiger Aktivisten auf den Leim gegangen zu sein: Weder in den 80er noch in 90er Jahren war es dem Sylter oder Freiburger Kreis gelungen, linke oder links-liberale Delegierte halbwegs geschlossen zusammen zu führen, wahrscheinlich war dergleichen auch gar nicht beabsichtigt worden. Die Repräsentanten dieses Kreises liebten es, ihn in der innerparteilichen Optik größer zu machen, als er war, weil sie damit ihren Einfluss stärken wollten.

[345] http://www.freiburgerkreis.de/freiburgerkreis.html

[346] http://www.liberale.org/

In Berlin hatten die sozial-liberalen Parteimitglieder in den siebziger die bei Liberalen häufig anzutreffenden Skrupel gegen das Organisieren von innerparteilichen Flügeln nicht. Sie hatten die „Liberale Aktion“ geschaffen, eine regelmäßige Zusammenkunft aller sich dem linken Mehrheitsflügel verpflichteten Funktionäre. Die Aktion tagte regelmäßig in den Räumen des „Ringes für politische Jugend“ (RPJ) am Kurfürstendamm. Es waren etwa dreißig Personen versammelt, die Entscheidungen – inhaltliche und personelle – der Berliner FDP vorbereiteten. Auch Entscheidungen der Fraktion im Abgeordnetenhaus wurden besprochen. Die der Liberalen Aktion verpflichteten Abgeordneten sollten sich an deren Voten gebunden fühlen. Es bestand die Erwartung eines imperativen Mandats der Abgeordneten. Zwar wurde die Gewissensfreiheit äußerlich anerkannt, Sanktionen wie politische Isolierung jedoch deutlich gemacht. Im Unterschied zur Partei in Berlin verfügte die Liberale Aktion in der Abgeordnetenhausfraktion nicht über die Mehrheit.

Die Liberale Aktion hatte einen gewählten Vorsitzenden, der sich „Sekretär“ nannte. Die Tagesordnung der Sitzungen entsprach der jeweiligen Agenda der Landespartei. Alle wichtigen Entscheidungen des Landesvorstandes und des Landesausschusses wurden hier vorgeprägt und in den Gremiensitzungen meistens vollzogen. Vor Landesparteitagen traf sich die Liberale Aktion und ging die Liste der Anträge durch, versah jeden mit einem Votum. Bei Wahlen wurden die eigenen Kandidaten in einem Vorwahlverfahren ermittelt und dann präsentiert. Bei all dem nahm die Aktion Rücksicht auf den „rechten“ Minderheitenflügel des Landesverbandes – wegen dessen Mehrheit in der Fraktion. Das konkrete Verhalten in den Gremien wurde zwischen Vertretern der Aktion und des rechten Flügels abgestimmt und anschließend der Liberalen Aktion zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt.

Auf Parteitagen wurden die so vorbereiteten Entscheidungen zwar meist umgesetzt, aber dadurch gewichtet, dass es flügelunabhängige Parteitagsdelegierte gab, die sich nicht „einbinden“ ließen. Hinzu kam, dass die an Flügeln orientierten Delegierten bei – geheimen – Wahlen sich nicht immer an die Empfehlungen hielten. Im großen und ganzen funktionierte das System der festen Flügel in der Berliner FDP bis zu Beginn der achtziger Jahre, als sich die Liberale Aktion durch die Wende der Partei auflöste. Es hatte sich gezeigt, dass es auch in einer liberalen Partei – was viele Autoren für nicht möglich halten – fest gefügte und straff organisierte innerparteiliche Flügel geben kann.

Peter Lösche und *Franz Walter* haben mithin nicht recht, wenn sie einen „geringen Institutionalisierungsgrad“, „lose, lockere und unverbindliche, eindimensionale Organisationsbeschaffenheit“ und eben einen stets erkennbaren „Honoratiorencharakter der Liberalen immer wieder“ feststellen.[347] Der Fall Berlin zeigt: Es geht auch anders in der FDP. Allerdings war die Flügelbildung in keinem anderen Landesverband so stark entwickelt. Und nach der Phase der „Liberalen Aktion“ hatte sich in Berlin vergleichbares nicht mehr gebildet.

Manchmal ist eine Krise der Partei Anlass für stärkere innerparteiliche oder innerfraktionelle Zusammenschlüsse. Das war jedenfalls am Ende der sozial-liberalen Koalition so, als – wie berichtet – die Bundestagsfraktion in 3 informelle Lager mit dem „*Wurbs*-Kreis“ als größtem geteilt war. (s. Kapitel 2)) Nach Ende der Krise 1982 durch den Kanzlerwechsel sank die Bedeutung der Flügel, auch in den Fraktionen.

[347] Peter Lösche / Franz Walter, Die FDP, a.a.O., S. 179

Ein Pendant zum Freiburger Kreis stellt auf der rechten Seite der „Sensheimer Kreis“ dar. Er wurde jahrelang durch den „rechten“ Bundestagsabgeordneten und Juristen aus Niedersachsen, *Detlef Kleinert*, geführt. Zu diesem Kreis gehörten nicht nur Bundestagsabgeordnete, sondern auch andere FDP-Politiker wie etwa *Hermann Oxfort* – der eine Metamorphose vom „linken“ zum „rechten“ FDPler durchgemacht hatte – oder *Alexander von Stahl*. In der Fraktion war der Kreis sehr einflussreich und traf gelegentlich Vorentscheidung für die Besetzung von Ministerposten. Nach *Kleinerts* Ausscheiden aus dem Bundestag leitete *Rainer Brüderle* den Kreis. Angesichts der Oppositionsrolle der Partei 1998 bis 2009 haben die Aktivitäten dieses Kreises nachgelassen.

Rechte oder national-liberale Gruppen haben in der Parteigeschichte der FDP – wie berichtet – immer wieder ein Rolle zu spielen versucht, eine personelle oder organisatorische Kontinuität gibt es jedoch nicht. Meist führten derartige Initiativen zu Abspaltungen, Ausschlüssen oder einfach Auflösungen, nachdem die Ziele nicht erreicht wurden. Die sukzessive auftretenden rechten Flügel von der *Naumann*-Gruppe in den fünfziger bis hin zum *von-Stahl*-Kreis in den neunziger Jahren hatten Kurswechsel der gesamten Partei zum Ziele und nicht die Verstärkung ihrer Position in einem innerparteilichen Pluralismus. Aus diesem „Alles oder Nichts“ wurde am Ende stets „Nichts“.

Für die Führungsgruppen auf Bundesebene wurden seit der Wende 1982 die landsmannschaftlichen Gruppierungen relevanter. Häufig haben die Landsmannschaften das Bedürfnis nach Vorbesprechungen der Gremiensitzungen. Diese Art der informellen Willensbildung ist paradoxerweise häufig formell geregelt. So werden bei Bundesparteitagen im offiziellen Programm Besprechungen der Landesverbände eingeplant. Die aus den jeweiligen Verbänden stammenden Spitzenpolitiker versuchen, für anstehende Entscheidungen Mehrheiten zu organisieren, „Koalitionen“ mit anderen Landesverbänden vorzubereiten und so ihren Einfluss in der Partei zu mehren. Die Besprechungen der Landsmannschaften sind zu Instrumenten der Durchsetzung des politischen Willens von oben nach unten geworden. Im innerparteilichen Jargon sprechen die Führungspolitiker davon, dass sie bei diesen Veranstaltungen ihre Basis „einschwören“.

Der Erfolg ist wechselhaft: Häufig begeben sich „einfache“ Delegierte zu den Landmannschaften, um zu erfahren, wie die „Gefechtslage“ ist. Wie sie sich bei den offiziellen Abstimmungen verhalten werden, geben sie nicht immer zur Kenntnis – insbesondere dann nicht, wenn geheime Abstimmungen, also Wahlen, anstehen. So bleiben gerade bei Wahlen Unsicherheiten, die auch Geschäftsführer mit noch so gutem Instinkt im voraus nicht berechnen können.

Neben den tatsächlichen Landesgruppen in diversen Gremien der Partei und Fraktion gibt es „Ostrunden“ oder „Ostgruppen“ der jeweiligen Vertreter aus den neuen Bundesländern einschließlich Berlins. In der Bundestagsfraktion wurde diese Gruppe 2004 vom Abgeordneten *Joachim Günter* geleitet. Gemessen an den traditionellen Landesgruppen ist der Einfluss dieser Gruppierungen gering – auch, weil eine gemeinsame Identität fehlt. Bei der Regierungsbildung 2009 sind die „Ostler“ in der ersten Reihe der Minister nicht zum Zuge gekommen.

Neben der politischen Grundausrichtung und der landsmannschaftlichen Herkunft sind „natürliche“ Merkmale wie Geschlecht und Alter Ausrichtungskriterien für informelle Gruppen. Sie stehen meist im Zusammenhang mit den offiziellen Frauen- oder Jugendorganisationen, formieren sich aber informell in einzelnen Gliederungen oder Organisationen der FDP. So trafen sich in der Bundestagsfraktion nach der Wahl 2002 die jüngeren Abge-

ordneten zu einem Kreis, dessen Ziel es war, den Einfluss der Neulinge und der nachwachsenden Generation zu stärken. In dieser Hinsicht gab es auch Kooperationen zwischen den „Jungen“ in allen Fraktionen. Informelle Treffen der Frauen in den Gremien sind seltener und meist spontan. Die Frauen in der FDP lehnen das ab, weil sie sich kraft ihrer Persönlichkeiten durchsetzen wollen.

Eine durchgehende Flügelstruktur der FDP besteht nicht. Allerdings agieren auf den verschiedenen Ebenen bei den Landes-, Bezirks- und Ortsverbänden sowie in den Fraktionen eine Vielzahl informeller Gruppierungen mit unterschiedlicher politischer Energie. Das Spektrum reicht von seminarhaften Gesprächskreisen zur wechselseitigen Information über „ad-hoc-Kungelrunden“ vor aktuellen Entscheidungen bis zu dauerhaften Seilschaften mit strategischen Zielsetzungen.

Das kann sich jedoch ändern wie ein Blick in die Geschichte der FDP ebenso zeigt wie die Tatsache, dass sich nach 2009 ganz unerwartet eine Gruppe „Christen in der FDP“ gebildet hat, wie bereits berichtet wurde. (s. Kapitel 1)

5 Amtsträger der FDP

5.1 „Einfache“ Mitglieder und Amtsträger an der Basis

Max Müller[348] war ein erfolgreicher Mittelständler in Berlin. Er war Eigentümer und Geschäftsführer eines Betriebes der Metallverarbeitung mit 120 Beschäftigten – auch in Krisenzeiten. In der Industrie- und Handelskammer (IHK) gehörte er zu den Engagierten. Bei Fachkongressen war er ebenso präsent wie bei den Neujahrsempfängen. Mit dem Regierenden Bürgermeister, dem Wirtschaftssenator einschließlich „seiner Herren in der Verwaltung“, mit dem Parlamentspräsidenten sowie mit den Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus war er bekannt. Auch mit der Bürgermeisterin seines Bezirkes, Charlottenburg-Wilmersdorf, dem dortigen Bau- und dem Wirtschaftsstadtrat stand er in Kontakt. Müller war Mitglied und Schatzmeister eines hochangesehenen Förderkreises für einen kulturellen „Leuchtturm“ Berlins, zusätzlich Rotarier und eifriger Golfer auf den vornehmen Anlagen in und um Berlin: Max Müller gehörte zur Gesellschaft.

Aber Mitglied einer politischen Partei war er nicht. Als pflichtbewusster Staatsbürger hatte er das stets als Manko empfunden. Zudem war er überzeugt, dass er mit seinem Fachwissen und seiner gesellschaftlichen Stellung einer Partei hilfreich sein könnte. Für eine Mitgliedschaft kamen für ihn – der zu vielen SPD-, PDS- und Grünen-Politikern ein gutes Verhältnis hatte – nur die „bürgerlichen“ Parteien CDU oder FDP infrage. Und obwohl er glaubte, in der Union könne einer wie er mehr bewirken als bei den Liberalen, sah er in der Berliner CDU keinen Platz für sich: Dort nämlich war sein Unternehmerkollege Peter Klein führender Funktionär. Mit Klein aber lag Müller „IHK-intern über quer“, und diesem Kollegen wollte er nicht in der Partei begegnen, – nun, nachdem er sich endlich entschlossen hatte, doch Mitglied zu werden.

Im Internet klickte Müller bei der FDP unter Mitgliedschaft „ja ich will“ an, und es erschien ein Aufnahmeformular, das die Überschrift „Meine persönliche Unabhängigkeitserklärung“ trug. Müller druckte sich seine Unabhängigkeitserklärung, füllte sie aus, und seine Sekretärin schickte sie mit der guten alten Post an die Landesgeschäftsstelle der FDP Berlin. Müller fand, er habe einen wichtigen Schritt getan.

In Kabarettsendungen und schlechten Zeitungsartikeln werden Leute wie Max Müller als typische FDP-Mitglieder dargestellt. Da werden sie geortet, zusammen mit Anwälten, Zahnärzten, Maklern, Lobbyisten, Botschaftern, marktversessenen VWL- und BWL-Professoren sowie höheren Verwaltungsbeamten. In Wahrheit zieht es Personen wie Max Müller, wenn sie überhaupt einer Partei beitreten, eher in die CDU. Die kleinere FDP ist für ein Engagement von Wirtschaftsleuten weniger attraktiv. Es sei denn, sie haben spezielle Gründe für den Gang zu den Liberalen – wie Max Müller.

Seinem Wohnsitz im vornehmen Ortsteil Berlin-Grunewald entsprechend hatte sich Müller für den Ortsverband Berlin-Wilmersdorf der FDP angemeldet. Eigentlich hatte er

[348] Die Namen in diesem Unterkapitel sind bis zur übernächsten Fußnote erfunden.

seine „Unabhängigkeitserklärung“ schon fast vergessen, da erhielt er nach 3 Monaten und 2 Wochen – Müller war in Terminsachen sehr genau – vom besagten Ortsverband eine Einladung zum „Jour fixe“ – Ort: „Keglerstuben“ in der Brandenburgischen Straße, Zeit: Mittwoch, 20 Uhr.

Müller „cancelte“ einen an sich wichtigen Termin, um sich bei seiner Partei vorstellen zu können. Schon beim Eintreten spürte er eine gewisse gesellschaftliche Fremde. Die „Keglerstuben“ hatten nicht jenes Ambiente, das Müller behagte. Durch einen Windfang war er von der Durchgangsstrasse mit donnernden Bussen, PKWs und Lastwagen in einen verräucherten Gastraum gewechselt. Hinter einer von 3 Biertrinkern belagerten Theke musterte ihn der ledergeschürzte Wirt. Links davon sah er einen runden Tisch mit einem Schild „Stammtisch“ darauf. Zur Straßenseite hin waren 2 weitere Tische, an denen Männer saßen. Zwei rauchten Zigaretten und hatten Biere vor sich, 3 nebenan „kloppten“ mit Inbrunst Skat. Der Stammtisch war leer. Alle warfen Müller kurze Blicke zu – er fand, irgendwie abweisend. Da befahl der Wirt: „Zur FDP da hinten durch die Tür!“ Müller nickte dankend und öffnete die sich neben dem Stammtisch befindliche Tür.

Müller trat ins Hinterzimmer und war bei seiner Partei angelangt. Die residierte in einem viereckigen Raum ohne Tageslicht. Die Wände waren bemalt mit Bildern von obszönen Kühen mit dicken Eutern und Mägden mit ebensolchen Brüsten, nach denen Knechte lüstern blickten. So eingefasst waren Tische und Stühle in „U-Form“ aufgestellt.

An diesen saßen 11 Personen, 3 Frauen und 8 Männer. Vor sich hatten sie Papiere, Kaffee-, Teetassen oder Biergläser. Einige nahmen Gerichte des Hauses zu sich wie „Deutsches Beefsteak“ oder „Knacker mit Kartoffelsalat“. Vier der Versammelten waren starke Raucher und würzten den trüben Ort mit blauem Dunst. Als Müller den Raum betrat, erhob sich ein kräftiger junger Mann in Jeanshosen und Oberhemd mit hochgekrempelten Ärmeln. Er reichte Müller über den Tisch hinweg die Hand und sagte: „Guten Abend, Sie sind bestimmt Herr Müller. Mein Name ist Theodor Schneidfrau. Ich bin hier der Vorsitzende. Herzlich willkommen bei der FDP.“ Schneidfrau war 30 Jahre alt, noch Student der Betriebswirtschaftlehre, aktiver Eishockeyspieler und seit 2 Jahren Mitglied der FDP. In dieser Zeit war er zum Landesvorsitzenden der „Julis“ aufgestiegen und hatte ein Netzwerk zwischen jungen Parteimitgliedern gesponnnen. Keine Frage, Schneidfrau wollte in der FDP Karriere machen.

Müller nahm Platz, bestellte beim ihm gefolgten Wirt ein Mineralwasser und sagte „Danke.“ Er war in der Runde der Aktiven einer der größten Ortsverbände im Osten Deutschlands: 275 Mitglieder. Die Versammelten waren die „einfachen Mitglieder“ an der Basis.

Frau Deutschmann war verwitwet, 54 Jahre alt und arbeitete als EDV-Spezialistin freiberuflich für einen bekannten Autokonzern. Ihr Credo bestand darin, in immer neuen Variationen den „Staat“ und die „Beamten“ für alles Versagen dieser Welt verantwortlich zu machen und zu empfehlen, es doch wie in der Wirtschaft zu machen.

Ihr zur Seite saß Herr Dunkel, 76-jährig und früherer Geschäftsführer in einer Restaurantkette. Dunkel war freundlich und begrüßte alle Mitglieder mit kräftigem Handschlag, so jetzt auch Müller. Von politischen oder gar programmatischen Diskussionen hielt er nicht viel, aber wenn es darum ging, „Aktionen“ zu starten – etwa Flugblätter drucken zu lassen und zu verteilen – dann war er bei der Sache. Ansonsten genoss er den Abend.

Bei Dunkel saß auch Professor Peter Schnabel, 59 Jahre alt. Er lehrte an der Universität Frankfurt an der Oder, der „Viadrina“, Kulturwissenschaft. Als er den Ruf an die Euro-

pauniversität angenommen hatte, blieb Schnabel mit seiner Ehefrau Anke in Berlin-Wilmersdorf, wo sie schon seit Jahrzehnten lebten, wohnen. In diesem Bezirk war er als FDP-Mitglied zum Abgeordneten in Berlin aufgestiegen, und er hatte ihn auch nicht verlassen, als er nach der Wende im Land Brandenburg zum Staatssekretär ernannt wurde. Wie er zur Staatssekretärszeit mit dem Dienstwagen zwischen Wilmersdorf und Potsdam pendelte, so hielt er es nun im Falle Frankfurts mit seinem privaten PKW. Schnabel galt als „68er" und gemäßigt „Linker" in der FDP. Als just während einer Sitzung des Ortsverbandes die Nachricht vom abrupten Abgang *Oskar Lafontaines* aus der Bundesregierung hereinkam, jubelten die liberalen Parteifreunde – nur Schnabel nicht. Er befürchtete, dass der linke Flügel in der SPD damit verstummen würde, und das ärgerte ihn.

Schnabels Ehefrau war ebenfalls anwesend. Sie war 56 Jahre alt und von Beruf Amtsfrau in der Bauverwaltung des Bezirksamtes Berlin-Spandau. Obwohl sie Mitglied der FDP war, mochte sie die Partei nicht besonders und vor allem nicht deren Ortsverbandsversammlungen. Heute war sie nur gekommen, weil sie von 19 bis 20 Uhr direkt neben den „Keglerstuben" einen Aerobic-Kurs belegt hatte und nun ihrem Mann Gesellschaft leistete, damit der ein frisch gezapftes Bier trinken konnte und sie dann „den Wagen" fuhr.

Immerhin war Frau Schnabel die langjährige Parteifreundin Susi Trau sympathisch, die nun neben ihr saß. Susi Trau war 46 Jahre alt, unverheiratet und schon Großmutter. Von Beruf war sie Sängerin, ihr Studium an der Hochschule der Künste – „HdK" – hatte sie längst abgeschlossen. Ein Engagement hatte sie jahrelang nicht mehr erhalten, und so lebte sie von Sozialhilfe. Manchmal im privaten Kreis – so gelegentlich auch bei Geburtstagsfesten im Hause Schnabel – sang sie zum Entzücken der Anwesenden Lieder von *Franz Schubert*. Weder Frau Schnabel noch Susi Trau interessierten sich für den Fortgang der Parteiversammlung. Sie schwätzten zum Missvergnügen von Schneidfrau in einem fort über ihre Enkelkinder, tauschten großmütterliche Erfahrungen aus.

Sowohl mit den Schnabels als mit Susi Trau seit Jahrzehnten bekannt und per „Du" war Rüdiger Sielesmann, 56. Sielesmann war einst als Ingenieur bei einem weltbekannten Konzern tätig gewesen. Da wurde ihm gekündigt. Danach übernahm er hintereinander 2 Jobs als Geschäftsführer bei staatlich subventionierten Kulturprojekten, konnte sich dort aber nicht halten. Nun war er seit Jahren arbeitslos und hatte offensichtlich die Hoffnung aufgegeben, noch einmal „in Arbeit" zu kommen. In der Partei galten für Sielesmann die Freiburger Thesen nach wie vor als allein seligmachend, und alle Politiker der FDP, die nach *Karl-Hermann Flach* gekommen waren, verachtete er. In überlangen Tiraden konnte er sich darüber auslassen, und was alle wunderte war, dass er nicht längst aus der Partei ausgetreten war.

In einer anderen Welt lebte da der nächste Teilnehmer der Versammlung, Marcus Krause, 27 Jahre jung. Er hatte eine Lehre als Industriekaufmann hinter sich, hätte im elterlichen Betrieb anfangen können, hatte aber Jura an der Humboldt-Universität studiert. Bei den Julis war er stellvertretender Landesvorsitzender und galt als Strippenzieher hinter der Kulissen. Krause war für marktwirtschaftliche Reformen des Sozialstaates, sah andererseits in den Antiterrorkampagnen der großen Parteien eine Gefahr für den Rechtsstaat. Augenscheinlich wollte er in der FDP Karriere machen, aber mehr, um gestalten zu können als um des sozialen Status willen. Das war bei seiner Herkunft nicht das Problem. Krause war nicht nur bei der FDP engagiert; auch in der Kinderhilfsorganisation „Terre des Hommes" war er aktiv.

Krauses kongenialer Partner war Niels Herzog, 28 Jahre alt und ebenfalls Jurist. Zusammen mit Krause hatte er eine Dreizimmerwohnung im Altbau gemietet, wo sie einen sehr gepflegten Haushalt führten. Ihm war klar, dass er eines Tages die gut gehende Anwaltspraxis seines Vaters übernehmen würde. Jetzt hatte er übers Internet eine Theaterkasse aufgezogen, die ihm durchaus einiges abwarf. In der FDP war er, weil das seinem liberalen Lebensgefühl entsprach und weil er – wie er sagte – `mal schauen wollte, ob sich „hier etwas aufziehen" ließe.

Einziger Vertreter der mittleren Generation in der Runde war Dr. Waldemar Kaufmann, 41 Jahre alt und höherer Verwaltungsbeamter bei der Feien Universität („FU"). Auch Kaufmann war Jurist. Er bekleidete das Amt des Bezirksvorsitzenden der FDP. Kaufmann kannte die Praxis der Verwaltung, und er stand voll hinter der Bürokratiekritik seiner Partei. Was ihn nur wurmte war, dass die Parteiführer sich dabei von Experten wie ihm nicht sagen ließen, wie es in der Praxis aussähe. Noch viel gezielter könnte die Kritik der FDP an den Zuständen sein, sagte Kaufmann.

Wolfgang Klaus schließlich saß in seiner Motorradkluft etwas abseits von der Versammlung. Er war 30 Jahre alt, begeisterte Motorradfahrer. Sein Brot verdiente er bei der Telecom, wo er eine untergeordnete Position bekleidete. In der FDP, so betonte er, müsse man wissen, was man „unten" denke, und um das zu vermitteln, sei er hier. So warf er bei einer Diskussion über den von den meisten hier abgelehnten großen Lauschangriff ein, „der kleine Mann" habe nichts zu verbergen, nur „Gangster" wollten ihre Wohnung nicht abhören lassen. Zum Thema Bürokratiekritik merkte er an, die Leute auf der Straße wüssten schon, dass es hierbei nur darum ginge, ihnen die Sozialleistungen zu kürzen.

In eine Versammlung dieser Menschen – acht weitere, ihm nicht auffällige, kamen noch im Laufe des Abends hinzu – war Max Müller geraten, und er staunte, dass dies die Basis der FDP sei.

Schneidfrau eröffnete förmlich die Sitzung, begrüße kurz Müller als neues Mitglied und berichtete sogleich, die FDP im Bezirk habe Streit mit den anderen Parteien, weil diese die verbliebenen „Schankveranden" am Kurfürstendamm beseitigen lassen wollten, die FDP aber befürchte, dadurch würden Arbeitsplätze verloren gehen. Sofort meldete sich Sielesmann und bekundete, die anderen Parteien handelten richtig. Schließlich müssten sich auch Geschäftsinhaber an Recht und Gesetz halten, und Leute entließen die sowieso am laufenden Band, und an Begründungen dafür habe es ihnen noch nie gemangelt. Aber die FDP renne ja dem Kapital hinterher, dabei wäre es am besten, die Gewerbebetriebe am Ku`-damm würden kommunal geleitet. „Das ist ja nun das letzte.", warf da Herzog ein: „HO auf dem Ku`damm." Prof. Schnabel dozierte, die Sache mit den Kommunalbetrieben sei wohl nicht ganz ernst gemeint, der Kampf der FDP gegen Verbote von Schankveranden wäre ein „Alleinstellungsmerkmal" und würde bei den Wählern ankommen. Frau Deutschmann berichtete, indem sie sich die dritte Zigarette ansteckte, in New York habe sie auch Schankveranden gesehen und die USA wären schließlich das Musterland der freien Wirtschaft. Dann fragte sie den Vorsitzenden Schneidfrau, ob damit alles gesagt sei. Der schien etwas verwirrt über den Diskussionsverlauf, nannte ihn aber „interessant" und schlug vor, über die Satzung der Berliner FDP zu sprechen und darüber, ob in der Partei ein striktes oder ein liberal gehandhabtes „Domizilprinzip" zu gelten habe. Das rief Krause auf den Plan, der ein längeres Plädoyer – wenn Müller es richtig verstand – für die strikte Variante hielt und dabei ausführte, wie sich diverse Berliner FDP-Funktionäre in dieser Sache positionierten.

In Müller baute sich ein Fluchtwunsch auf, aber er wollte nicht unhöflich sein, blieb und folgte den Diskussionen, bis die Versammlung gegen 22 Uhr geschlossen wurde. Zwischendurch hatte er Hunger verspürt, aber nach einem Blick in die „Speisekarte“ auf eine Bestellung verzichtet. Er hatte gehört, wie Dunkel vorschlug, am Sonnabend in 14 Tagen am Kurfürstendamm Ecke Olivaer Platz einen „Stand zu machen“ und dort die FDP-Position zu Schankveranden „an den Mann“ – „und an die Frau!“ rief Susi Trau dazwischen – zu bringen. Müller hatte vernommen wie Klaus sich sofort anbot, Materialien dorthin zu bringen, und es hatte ihn irritiert, als Sielesmann bekundete, dass er – solange „Typen wie *Westerwelle* die Partei vertreten“ – sich niemals für die FDP auf die Straße stellen würde und schon gar nicht so in der Nähe seiner Wohnung. Derweil hatte Müller gedacht, eigentlich könnten die ihn doch bitten, über die IHK `mal eine ausgewogene Position zu den Schankveranden erarbeiten zulassen. Aber niemand bat ihn – Müller mit all seinen Erfahrungen und Beziehungen!

„Ich hoffe, es hat Ihnen bei uns gefallen.“, sagte der Vorsitzende als das Neumitglied sich verabschiedete. „Ja“, ja!“, murmelte der, begab sich zu seinem Porsche, fuhr zu seinem „Italiener“ am Hagenplatz, um einen Nachtimbiss einzunehmen und hoffentlich Freunde zu treffen. Bei der Fahrt dorthin ärgerte er sich über die unwirtlichen „Keglerstuben“, über die chaotische Diskussion im Ortsverband, am meisten aber darüber, dass man ihn – Müller! – nicht hofiert hatte bei all seinen Erfahrungen und Beziehungen.

Müller blieb Mitglied der FDP. Er zahlte regelmäßig Beiträge und mehr als die. Bei Landes- und Bundesparteitagen sah man ihn im dunkelblauen Dreiteiler in der ersten Reihe der Ehrengäste sitzen. Wenn er in den Wandelgängen der Tagungshalle einen „Parteifreund“ aus dem Ortsverband erspähte, zuckte er etwas zusammen. Zu deren Versammlungen würde er nie wieder gehen.

Dabei hatte Müller übersehen, dass die FDP an der Basis eben einen Ausschnitt des „wirklichen Lebens“ jenseits der Parteien bietet – anderen Vorurteilen zum Trotz. Vielleicht ginge es der Partei sogar besser, wenn auch ihre Führer an der Spitze stärker darauf achteten, was ihre „Freunde da unten“ so reden. Übersehen hatte Müller ohnehin, dass die Aktiven unter den einfachen Mitgliedern – also die mittleren Funktionäre – an der Basis politische Arbeit in diversen Gremien leisteten. Einer der Anwesenden der Ortverbandsversammlung gehörte dem Berliner Abgeordnetenhaus an und war dort anerkannter innenpolitischer Sprecher. Zwei waren in der kommunalen Bezirksverordnetenversammlung: einer als eifriger und in der Szene bekannter Jugendpolitiker und der andere als Bauexperte. Er entschied über die bauliche Gestaltung des Westens der deutschen Hauptstadt mit. Zwei weitere Mitglieder aus den „Keglerstuben“ gehörten Landesfachausschüssen an und formulierten dort unablässig Anträge und Programmentwürfe. Im Ortsverband wurde dergleichen nicht hervorgekehrt. Hier musste man eben mit Frau Deutschmann und Herrn Sielesmann klar kommen, und das hätte bei den Parteifunktionären ebenso nicht funktioniert wie beim Wirtschaftsfunktionär Müller, wenn diese auf Verdienste oder gar Privilegien gepocht hätten. An der Basis war die FDP noch die Partei der vielfältigen Individualisten. In den oberen Rängen der Hierarchie werden die Akteure funktionärshafter. Die Gesetze der Organisation und der Oligarchie gelten auch für die FDP.

Jahre später hatte sich das Bild an der Basis der FDP gewandelt. Der Ortsverband tagte nicht mehr in den dunklen „Keglerstuben“ in der Brandenburgischen, sondern im stilvollen Logenhaus in der Emser Straße. Theodor Schneidfrau war nicht mehr Vorsitzender und Abgeordneter. Er war an einer Intrige gescheitert, die er selber angezettelt hatte. Krause

und Herzog hatten ihn beerbt, trugen nun dunkelblaue Anzüge und gehörten zur Führung der Abgeordnetenhausfraktion. In den Versammlungen wurde nicht mehr chaotisiert. Krause und Herzog gaben „Berichte“, das äußerlich ihnen meist ähnelnde Publikum nickte, stimmte zu und fertig. Frau Deutschmann und Herr Sielesmann kamen zu diesen Versammlungen schon lange nicht mehr. Man hatte aber auch nicht gehört, dass sie aus der FDP ausgetreten wären.

Der Ortsverband Wilmersdorf mit seinen 275 Mitgliedern im Jahre 2002 gehörte dem Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf der FDP an, zu dem noch die Ortsverbände Charlottenburg-West mit 116 und Charlottenburg-City mit 127 Mitgliedern zählten. Insgesamt umfasste die FDP des Berliner Verwaltungsbezirkes Charlottenburg-Wilmersdorf 518 Mitglieder. Die 518 Personen rekrutierten sich überwiegend aus den 317.561 Einwohnern des Bezirkes, die in 187.500 Haushalten lebten. Wie gering der Organisationsgrad der Partei war, zeigt die Tatsache, dass die Sportvereine des Bezirks im Vergleich zu den 518 FDP-Mitgliedern zusammen 67.220 Mitglieder hatten. Diese Vereine in einem Bezirk Berlins organisierten mithin mehr Menschen als die gesamte FDP in Deutschland!

Dabei galt Charlottenburg-Wilmersdorf zusammen mit dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf als „Hochburg“ der Liberalen in Berlin. Bei den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 21.10.2001 erzielten sie hier 12,3% (10.10.1999: 3,4%) und erhielten in dieser kommunalen Vertretungskörperschaft 7 von 55 Mandaten (Sitzverteilung: SPD 20, CDU 18, Grüne 8, FDP 7 und PDS 2 Sitze). In dem sechsköpfigen Bezirksamt – quasi der „Bezirksregierung“ – war die FDP aufgrund der Sitzzuweisung nach dem Höchstzahlverfahren mit einem Stadtrat (Dezernenten) vertreten.

Von den 518 Mitgliedern des Bezirksverbandes war nur ein kleiner Teil aktiv, stellte „die Partei“ dar:

Übersicht 1: Aktive und passive Mitglieder des Bezirksverbandes Charlottenburg-Wilmersdorf der FDP 2003

6	Mitglieder waren aktive oder ehemalige	*Berufspolitiker*
10	Mitglieder hatten ein	*öffentliches Mandat*
22	Mitglieder hatten ein	*innerparteiliches Mandat*
9	Mitglieder waren	*regelmäßige Parteigänger*
48	Mitglieder waren	*zeitweilige Parteigänger*
11	Mitglieder waren	*selten aktive Parteigänger*
26	Mitglieder machten über ihren	*Wohnsitz keine Angaben*
396	Mitglieder waren	*nicht aktiv*

Der Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf der FDP, der im Vergleich zu den entsprechenden Gliederungen zu den starken, aktiven, finanziell potenten Verbänden zählte, war symptomatisch für die schwache Verankerung der politischen Parteien in der Bevölkerung. So sind auch die Schwankungen bei den Wahlen zu erklären. 1999 konnte die FDP im ausgewählten Bezirk nur 3,4% erzielen, und 2 Jahre später steigerte sie sich bei den vorgezogenen Neuwahlen (s. Kapitel 3) um 8,8%. Insgesamt 19.944 Bürger machten damals mit der dritten Stimme ihr Kreuzchen bei den Liberalen. Die Funktionäre vor Ort

wussten nicht, was bei künftigen Wahlen sein würde: Vieles war möglich – der Verlust der öffentlichen Mandate ebenso wie eine Steigerung der politischen Einflusschancen.

In der kommunalen BVV des Bezirkes war die FDP 2003 zwar knapp hinter den Grünen die kleinste Fraktion, aber mit 7 Mandatsträgern war sie gleichauf mit dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf FDP-intern die größte Fraktion. Ihr war anzumerken, dass die FDP vor 1999 in Berlin und in Charlottenburg-Wilmersdorf nur außerparlamentarisch existiert hatte. Es fehlten die mittleren Jahrgänge. Drei der 7 Bezirksverordnete waren 60 Jahre und älter, 3 waren jünger als 30 Jahre und einer zwischen 30 und 40 Jahre alt. Der jüngste Verordnete war 24, der älteste 63 Jahre alt. In der Fraktion war nur eine Frau – sie zählte zu den unter 30-Jährigen. Nach Berufs- und Sozialstruktur gehörten die FDP-Verordneten zur oberen Mitte, was für eine kommunale Fraktion ungewöhnlich war.

Übersicht 2 Berufsstruktur der BVV-Fraktion der FDP in Charlottenburg-Wilmersdorf im Jahre 2003[349]

1 Verordneter war	*Student der Zahnmedizin*
1 Verordneter war	*Facharzt für Orthopädie*
1 Verordneter war	*Hochschullehrer und Staatssekretär a.D.*
1 Verordneter war	*Historiker und Oberschulrat*
1 Verordneter war	*Diplomverwaltungswirtin und Studentin der Rechte*
1 Verordneter war	*Rechtsreferendar*
1 Verordneter war	*Prokurist*

Die Fraktion befand sich in der Legislaturperiode nach 2001 gewissermaßen in der Opposition, denn die SPD- und die Grünen-Fraktion hatten sich zu einer „Zählgemeinschaft“ zusammengefunden, die mit ihrer Mehrheit von 28 bei 55 Mandaten die Geschicke der Bezirkspolitik bestimmen wollte. Dabei wurde sie meist unterstützt von den 2 fraktionslosen Verordneten der PDS. Obwohl über die Politik im Bezirksamt Gespräche zwischen allen Fraktionen geführt wurden, legte die Zählgemeinschaft faktisch die Grundlagen fest. Das sechsköpfige Bezirksamt setzte sich entsprechend dem Stärkeverhältnis in der BVV aus je 2 Stadträten der SPD und der CDU zusammen und je einem der Grünen und der FDP. Bei Stimmengleichheit hatte die der SPD angehörige Bürgermeisterin den Stichentscheid, so dass die rot-grüne Mehrheit gesichert war.

Die FDP-Fraktion tagte jeden Montag parteiöffentlich. Bei ihren Sitzungen hatte sie ein Parteimitglied regelmäßig als Gast. Zur Unterstützung hatte die Fraktion 4 Mitarbeiter: einen ohne Honorar als Geschäftsführer tätigen ehemaligen Arzt und 3 gegen Honorar arbeitende Parteimitglieder, die Büroarbeiten erledigten, Kampagnen organisierten und Pressearbeit leisteten. Zwei Arbeitskreise, an deren Sitzungen im Durchschnitt 10 Nichtmitglieder der Fraktion teilnahmen, arbeiteten monatlich der Fraktion zu.

Die Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung fanden einmal im Monat statt; dazwischen tagten deren Ausschüsse mit einem oder 2 – je nach Größe – Sitzen und Stimmen für die FDP-Fraktion. Im Schul- und im Rechnungsprüfungsausschuss stellte die FDP die

[349] 2004 war aus der Studentin der Rechte eine Diplom-Juristin geworden, und der Rechtsreferendar hatte sich als Anwalt niedergelassen.

Vorsitzenden. Im Tausch mit der CDU-Fraktion hatte die FDP-Fraktion durch den Verzicht auf in je einen Sitz in 2 Fachausschüssen 2 „Bürgerdeputierte“ erhalten. Zwei der Fraktion nicht angehörende FDP-Mitglieder konnten so in den Ausschüssen für Stadtplanung und Umwelt mitwirken. Diese beiden erweiterten das Personaltableau der kommunalen FDP-Fraktion.

Zur Sitzung der BVV am 30. Oktober 2003 hatte die FDP-Fraktion 5 Mündliche und 2 „Spontane Anfragen“, 2 „Große Anfragen“ und zwölf Anträge eingebracht -16 von 44 Drucksachen. Die erste Große Anfrage hatte die Überschrift „Schlafstadt statt Stadtflair in der City-West?“ und richtete sich gegen kleinteilige Bebauungspläne und deren vermuteten negativen Auswirkungen auf die Gewerbeansiedlung. Die zweite Große Anfrage hatte den Titel „Auswirkungen der geplanten Kita-Gebührenerhöhungen auf den Bezirk“. Die Anträge hatten folgende Überschriften: „Stadtflair statt Schlafstadt!“, „Zwei Rathäuser – ein Bezirk?“, „Schankveranden erhalten“, „Brötchentaste/Bezirksparkschein“, „Kleingartenpacht“, „Transparenz durch Sponsoring-Bericht“, „Grunewaldsee revitalisieren“, „Jugendfreizeitheim am Grunewaldsee“, „Gedenkstätte Plötzensee“, „Herbert-Lewin-Platz“, „Hinweistafel auf die Städtepartnerschaften von Charlottenburg-Wilmersdorf“, „Straßenverkehrsordnung vor dem Rathaus Wilmersdorf außer Kraft?“

Übersicht 3: Sachmittel der bezirklichen Fraktionen 2002

SPD-Fraktion	16.875,60 €
CDU-Fraktion	15.321,84 €
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	7.643,04 €
FDP-Fraktion	6.875,16 €

Die FDP-Fraktion veröffentlichte ihren Haushalt für 2003:

Übersicht 4: Haushalt 2003 der FDP-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf in €

Einnahmen	
Fraktionszuschüsse	6.875,16
Ausgaben	
Büromaterial	219,56
Technische Geräte	1.096,83
Öffentlichkeitsarbeit	2.343,83
Repräsentation	574,80
so. Ausgaben für Personalmittel	2.692,71
Ausgaben insgesamt	6.927,33

Für ihre Arbeit erhielt die Fraktion aus dem Landeshaushalt Zuschüsse. Im Rathaus Wilmersdorf nutzte sie kostenfrei ein Büro mit 2 kleineren und einem größeren Raum. Sie hatte – wie die anderen Fraktionen auch – das Recht, Sitzungssäle im Rathaus Wilmersdorf oder im Rathaus Charlottenburg kostenfrei zu nutzen. Die Bezirksverordneten erhielten für ihre Tätigkeiten „Aufwandsentschädigungen“ für Fahrgeld und Sitzungen. Diese betrugen im Oktober 2003 für die „normalen“ Bezirksverordneten zwischen 527 und 467 €, für die Fraktionsvorsitzenden etwa 1000 €. Etwa 10% dieser steuerfreien Einnahmen führten die Verordneten an die Kasse des Bezirksverbandes der FDP ab.

Zur Mannschaft der kommunalen Fraktion dazu gehörte der FDP-Stadtrat *Bernhard Skrodzki*.[350] Er war im Bezirksamt zuständig für das Dezernat „Wirtschaft, Liegenschaften, Organisation und Bibliotheken". Die Fraktion hatte ihn zu Beginn der Wahlperiode nach einem offenen Verfahren unter mehreren Bewerbern ausgewählt, ihn dem Beschlussgremium des Bezirksverbandes – dem 25-köpfigen Bezirksausschuss – vorgeschlagen und – nachdem der Bezirksausschuss zugestimmt hatte – in der BVV am 5. Dezember 2001 zur Wahl gestellt. Unter den zu wählenden 6 Stadträten war der von der FDP nominierte der letzte in der Reihe. Alle von den anderen Fraktionen Vorgeschlagenen wurden von der FDP gewählt. Der FDP-Kandidat erhielt jedoch die wenigsten Stimmen: 26 Verordnete votierten mit „ja", 13 mit „nein" und 16 enthielten sich. Da nach dem „Bezirksverwaltungsgesetz" die Enthaltungen nicht gezählt wurden, war der FDP-Kandidat gewählt. Die Tatsache, dass der FDP nach über 30 Jahren Abwesenheit in der Kommunalpolitik ein Stadtrat „zustand", konnten viele Vertreter der Konkurrenzparteien nicht akzeptieren. Der gewählte Stadtrat war 2003 56 Jahre alt. Er war Volljurist mit Auslandserfahrungen und hatte vor der Übernahme der Dezernentenposition bei der Industrie- und Handelskammer Berlin („IHK") als Bereichsleiter für „Berufliche Weiterbildung" gearbeitet. Er war von 1992 bis 1995 – vor der Fusion der Berliner Bezirke Charlottenburg und Wilmersdorf 2001 – FDP-Bezirksverordneter in der BVV Charlottenburg.

Die weiteren Mandatsträger des Bezirkes waren die Mitglieder des Abgeordnetenhauses *Alexander Ritzmann* und *Christoph Meyer*. Beide waren 2001 erstmals in ein öffentliches Amt gewählt worden. *Ritzmann* war 2003 31 Jahre alt, Dipl.-Politologe und Personalberater. Er war zugleich Vorsitzender eines Ortsverbandes der FDP und in seiner Fraktion stellvertretender Vorsitzender. Sein Parlamentskollege war *Christoph Meyer*, 2003 28 Jahre alt, ausgebildeter Kaufmann und Jurastudent. Mit den 3 jungen BVV-Mitgliedern gehörten diese beiden zu den Nachwuchspolitikern des Bezirksverbandes. Sie hatten die Chance, von Mandatsträgern der Basis in höhere Sphären der Parteipolitik aufzusteigen. Als *Alexander Ritzmann* hierbei scheiterte, rückte der Bezirksverordnete *Björn Jotzo* an seine Stelle in der Landespolitik.

Dort agierte schon des längeren der zehnte Mandatsträger des Bezirksverbandes, der Bundestagsabgeordnete *Günter Rexrodt*. Der studierte und promovierte Betriebwirt war 2003/4 62 Jahre alt und hatte eine Karriere als Berliner Finanzsenator, Bundeswirtschaftsminister, Vorstandsvorsitzender der Citibank/Frankfurt und Vorstandsmitglied der Treuhandanstalt Berlin hinter sich (s. Kurzbiografien). Seine Liste der Posten in Aufsichtsräten und Beiräten war lang. Zugleich war er 2003 Landesvorsitzender der Berliner FDP und Bundesschatzmeister. Am Parteileben des Bezirksverbandes nahm er gelegentlich teil.

Der im August 2004 verstorbene *Rexrodt* allerdings war kein Amtsträger der Basis. Er war einer der Parteiführer der FDP.

5.2 Parteiführer[351]

Im Folgenden werden die Sozialprofile von 68 Personen, die Parteiführer der FDP bis 2003, dargestellt. Dabei handelt es sich um 12 Bundesvorsitzende, 36 Stellvertreter, 10

[350] Dieser und die folgenden Namen sind echt.

[351] Dieses Kapitel beruht auf den Ausarbeitungen von Philipp Erbach-Fürstenau, Stefanie Prosche, Lars Siebarth, Johanna Suwelack, André Wilhelmi und Lilien Zeljko.

Fraktionsvorsitzende und 10 Generalsekretäre der FDP, wobei sich einige dieser Personen in mehreren Funktionen wiederfanden.

Für die Recherchen wurden das Internet und Literatur herangezogen. Außerdem wurden die Landesverbände und andere Institutionen angesprochen, wie z.B. der Deutsche Sportbund. Weiterhin bestand Kontakt zur Friedrich-Naumann-Stiftung. Eine wesentliche Hilfe waren die Biografien des „Munzinger-Archivs". Diese waren oft der einzige Informationslieferant zu bestimmten Personen.
Die Auswertung bezog sich auf folgende Kriterien:

1. Herkunft,
2. Familie,
3. Ausbildung,
4. politischer Werdegang,
5. Parteienwechsel,
6. politische Ausrichtung.

Bei der Auswertung zur Herkunft wurde nicht allein der Geburtsort berücksichtigt, wo der Betreffende aufwuchs, sondern auch die Gegend, in der erste politische Schritte getan wurden. Ausgehend von der Vermutung, dass die meisten Spitzenpolitiker der FDP aus den Landesverbänden Nordrhein-Westfalens und Baden-Württembergs hervorgehen, wurden die Herkunftsbundesländer der Politiker, die zwischen 1945 und 2003 eines der beschriebenen Ämter der FDP bekleideten, untersucht. Dabei stellte sich heraus, dass die Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg zwar eine dominante Position einnahmen, dass sie aber nicht ausschließlich das Führungspersonal der FDP rekrutiert hatten. Aus Nordrhein-Westfalen stammten mit 30% schon die meisten der Spitzenpolitiker, aus Baden-Württemberg 18%. Überraschend war jedoch, dass ein größerer Anteil des Führungspersonals in Hessen die Karriere begonnen hatte (20%) als in Baden-Württemberg.

Damit erwiesen sich die Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hessen als „Kaderschmieden" der FDP. Auf diese 3 Bundesländer folgte Bayern mit 6%. Die übrigen Politiker stammten aus den anderen Ländern. 10% der Spitzenpolitiker hatten in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. in der DDR ihre Karrieren begonnen. Alle diese Politiker waren in der DDR Mitglieder der LDP(D). *Wolfgang Mischnick*, der früh aus der DDR geflohen war, war sogar an der Gründung der LDP(D) beteiligt und begann seine Karriere als Stadtverordneter in Dresden von 1946 bis 1948, bevor er in die Bundesrepublik übersiedelte und 1954 Landtagsabgeordneter in Hessen wurde. Andere waren bis zur Wende Bürger der DDR und vor 1989 politisch in der LDP(D) aktiv. *Jürgen Bohn* und *Cornelia Pieper* traten Mitte der 80er Jahre in die LDP(D) ein und bekleideten dort keine herausragenden Positionen. Sie begannen ihre politischen Karrieren mit dem Mauerfall. Jeweils über die Landespolitik ihrer Bundesländer Thüringen und Sachsen-Anhalt betraten sie die politische Bühne und schafften den Sprung in die Bundespolitik. Sie wurden 1995 (*Jürgen Bohn*) bzw. 1997 (*Cornelia Pieper*) stellvertretende Bundesvorsitzende. *Cornelia Pieper* war zudem FDP-Generalsekretärin. *Rainer Ortleb*, der ebenso wie *Uwe Lühr* seit Ende der 60er Jahre Mitglied der LDP(D) war, wurde mit den ersten gesamtdeutschen Wahlen 1990 nicht nur Bundestagsabgeordneter, sondern auch Bundesminister von 1990 bis 1994. Von 1990 bis 1995 war er zusätzlich stellvertretender Bundesvorsitzender. Auch

Uwe Lühr 1990 schaffte per Direktwahl den Sprung in den Bundestag und war 1991 bis 1993 FDP-Generalsekretär (s. Kurzbiografien).

Bei der sozialen Herkunft ergibt sich ein unterschiedliches Bild. Hier sind zudem Generationenbrüche zu verzeichnen. Die ältere Generation entstammt sowohl Arbeiter- und Angestellten- als auch Schwerindustriellenfamilien sowie dem Adel. Danach werden die Politiker „bürgerlicher" und besser ausgebildet. Der größte Teil der Parteiführer hatte ein bildungsbürgerliches Elternhaus.

In einem unterscheiden sich die untersuchten Politiker nicht: Möglicherweise alle haben das Abitur – dreimal fanden sich hierzu keine Angaben, und nur 6% haben nicht studiert. Von diesen schlossen 2/3 eine Banklehre ab. 68% absolvierten ein Studium der Rechts- und Staats- oder Wirtschaftswissenschaften. 20% verfügten über einen geisteswissenschaftlichen Universitätsabschluss; 6% hatten ein naturwissenschaftliches Fach studiert. Bei 6% fanden sich keine Angaben zum Studienfach. Eine Ausnahme bildete *Cornelia Schmalz-Jacobsen*, die unter anderem Gesang studierte.

Die meisten Untersuchten übten den Beruf des Rechtsanwalts oder Notars aus, arbeiteten in der freien Wirtschaft oder waren als Dozenten an einer Universität tätig. Mehrere waren Journalisten – vereinzelt gab es Lehrer. Die unmittelbare Nachkriegsgeneration hatte häufig eine militärische Vergangenheit. Einige waren im 1. Weltkrieg Soldaten oder Offiziere. Diejenigen, deren Ausbildungs- und Studienphase in den 2. Weltkrieg fiel, hatten oft eine brüchige berufliche Entwicklung.

Von knapp der Hälfte der seinerzeitigen FDP-Parteiführer liegen keine Angaben zur Religionszugehörigkeit vor. 30% waren evangelisch und 24% römisch-katholisch. Die Tatsache, dass häufig keine Angaben über die Religionszugehörigkeit vorlagen, lässt vermuten, dass viele der älteren FDP-Funktionäre diesem Merkmal keine große Bedeutung zumaßen.[352] Die Religionszugehörigkeit spielte für Karrieren in der FDP offenbar keine große Rolle. Niemand von den seinerzeitigen FDP-Führern bekannte sich zum Judentum oder zum Islam.

Familiär waren die Spitzenpolitiker traditionell orientiert. Der Familienstand der überwältigenden Mehrheit (84%) war „verheiratet". Davon waren 12% geschieden und wiederverheiratet, 4% verwitwet und erneut verheiratet. 2% waren geschieden, und zweimal Geschiedene machten 4% aus. Nur 4% waren ledig. Von 6% gab es keine Angaben zum Familienstand.

Die untersuchten Personen schienen kinderfreundlich zu sein, denn 26% hatten 3, und 12% sogar 4 und mehr Kinder. Jeweils 18% hatten ein oder 2 Kinder, und 16% hatten keinen Nachwuchs. Bei 10% lagen keine Angaben vor.

Das traditionelle Bild wurde durch einen geringen Frauenanteil ergänzt, denn von den 52 Politikern waren nur 6 (also 11%) weiblich. Die erste liberale Spitzenpolitikerin war in den 70er Jahren *Hildegard Hamm-Brücher*, die von 1972 bis 1976 stellvertretende Bundesvorsitzende war. Die Bundes- und Fraktionsvorsitzenden der FDP waren bis 2009 männlich: Die Spitzenpolitikerinnen bekleideten Posten als stellvertretende Bundesvorsitzende (*Hildegard Hamm-Brücher*, *Liselotte Funcke*, *Irmgard Adam(-Schwaetzer), Ruth Witteler-Koch*, *Cornelia Schmalz-Jacobsen* und *Cornelia Pieper*) oder Generalsekretärin (*Irmgard Adam(-Schwaetzer)*, *Cornelia Schmalz-Jacobsen* und *Cornelia Pieper*).

[352] Dass sich dies 2009 geändert zu haben schien, wurde bereits mehrfach erwähnt. (s. Kapitel 1.1)

Die politischen Werdegänge der Politiker wurden in verschiedene Bereiche untergliedert:

1. Eintritt in die Partei,
2. politische Funktionen auf kommunaler Ebene,
3. Zeiträume,
4. Zeitpunkt des Wechsels in die Landes- und Bundespolitik beziehungsweise in eine Vorstandsfunktion.

Die Sozialstruktur der FDP-Führungsgremien lässt sich in 2 historisch bedingte Gruppen einteilen:

- Mitglieder, die den 2. Weltkrieg als Erwachsene miterlebten
- sowie jene, welche kurz vor, im oder nach dem Krieg geboren waren.

Diejenigen Mitglieder in den Führungsgremien, die den Krieg aktiv miterlebten, hatten verschiedene Herkünfte und waren zum Teil vor dem 2. Weltkrieg in Parteien organisiert. Zum größten Teil erfolgte der Eintritt in die FDP von 1945 bis1949.

Die seit der Gründung der FDP in leitenden politischen Funktionen tätigen Mitglieder waren vor dem Krieg auf kommunaler-, landes- und nationaler Ebene aktiv gewesen. Die Erfahrungen aus dieser Zeit waren oft ausschlaggebend für ihre späteren Funktionen in der FDP. So war, wie berichtet, der erste Bundesvorsitzende und Bundespräsident *Theodor Heuss* für die Deutsche Staatspartei im Reichstag. Der von 1957 bis 1960 amtierende Vorsitzende der FDP, *Reinhold Maier*, wurde 1924 zum Vorsitzenden der Demokratischen Partei in Stuttgart gewählt und war von 1923 bis 1933 Wirtschaftsminister in Württemberg. Andere waren auf kommunaler Ebene aktiv.

Bei der zweiten Gruppe, der „Kriegsgeneration“, lassen sich Parallelen im politischen Werdegang beobachten: Der Beitritt zur FDP erfolgte im Alter zwischen 20 und 30 Jahren. Es gibt einige Ausnahmen, wie *Klaus Kinkel*, der erst mit 46 Jahren der FDP beitrat.

In der 2009 in den Bundestag gewählten Fraktion dominieren bereits in der Bundesrepublik aufgewachsene Politiker, also die „3. Generation“.

Die Sozialstruktur der FDP-Führungsgremien bis 2003 zeigt im politischen Werdegang deutliche Homogenitären. Ein großer Teil engagierte sich unmittelbar nach dem Beitritt zur FDP in Jugendorganisationen der Partei. Dort wurden sie Funktionäre in Bezirks-, Landes oder Bundesvorständen der Jungliberalen, der Jungdemokraten oder im liberalen Studentenbund.

Nahezu jedes untersuchte Mitglied des Bundesvorstandes und anderer Führungsgremien war auf kommunaler Ebene tätig gewesen. Die Arbeit auf Stadt-, Kreis- und Bezirksebenen wurde häufig nach dem Wechsel in die Landespolitik weitergeführt. Erfolgte ein Wechsel auf eine höhere Ebene, wurde das kommunale Mandat meist aufgegeben, oder die kommunale Arbeit wurde nicht mehr in dem Maße ausgeführt wie vorher.

Der politische Werdegang von Parteivorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden folgt ähnlichen Mustern: Nach dem Eintritt in die FDP und dem Engagement in der Kommunalpolitik sowie in höheren Positionen der Jugendorganisationen gelingt der Wechsel in die Landespolitik als Landtagsabgeordneter bzw. Mitglied im Landesvorstand. Zu diesem Zeitpunkt war der Betreffende 30 bis 40 Jahren alt. Die anschließende Mitgliedschaft im

Bundestag ist zwar nicht zwingende Vorraussetzung für ein Amt im Bundesparteivorstand, ist aber meist gegeben.

Bei den Generalsekretären ist das Bild ähnlich. Es handelt sich um ähnliche politische Werdegänge wie bei den Parteivorsitzenden und ihren Stellvertretern.
Bei den Fraktionsvorsitzenden ist zudem zu erkennen, dass es nicht erforderlich ist, längere Zeit Mitglied des Bundestages zu sein. Eine Wahlperiode kann ausreichen.

Die politischen Ausrichtungen der untersuchten Sozialprofile wurden in folgende Gruppen eingeteilt:

1. Sozialliberale,
2. offene Liberale,
3. moderne Liberalisten,
4. Rechtsliberale,
5. Nationalliberale.

Bei vielen FDP-Führungspolitikern war es nicht einfach, zu entscheiden, welcher politischen Ausrichtung sie angehörten. In den 1950er, 1960er und 1970er Jahren waren Zuordnungsmerkmale noch erkennbar. Später wurde es schwerer, bei einem FDP-Politiker eine politische Ausrichtung zu erkennen. Diese neutrale Positionierung in der FDP wird als die eines „moderner Liberalisten" bezeichnet.

Mit der Formulierung „offen liberal" sind sowohl Grundpositionen in Wirtschafts-, Innen-, Finanz- und Außenpolitik gemeint, als auch die Einstellung zum Koalitionspartner. Die Bedeutung „liberal" wird im Kontext der politischen Ausrichtung als ungebundene Position zu möglichen Koalitionspartnern verstanden. Das Interesse am Machterhalt dominiert.

Die sozial-liberale Gruppe ist diejenige, die eine Partnerschaft mit der SPD befürwortete, sich selbst als „links" bezeichnete und 1969 am Wechsel von der CDU/CSU/FDP-Koalition zur Koalition mit der SPD beteiligt war oder diese verteidigt hat.

Als rechts-liberal werden diejenigen klassifiziert, die in wirtschaftspolitischen Fragen durch ihre marktwirtschaftlich-liberalen Grundsätze auffallen. Das Aushängeschild dieser Gruppierung war der ehemalige Fraktionsvorsitzende *Hermann Otto Solms* (1990 bis 1998), der als wichtiger Ansprechpartner für die Union und den Bundeskanzler *Helmut Kohl* galt.

Die nationalliberale Gruppe ist eine historisch gewachsene Strömung innerhalb der FDP. Ein Großteil der Anhänger war zur Zeit der Weimarer Republik aktiv in der Politik tätig und hatte den 1. und 2. Weltkrieg erlebt.

In den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts waren in der FDP verschiedene politische Lager zu erkennen: Nationalliberale politische Ausrichtungen gab es von der Gründung der Partei an bis zum Beginn der sozial-liberalen Koalition 1969. Mit Beginn der SPD/FDP Koalition endete in den Führungsgremien der FDP die nationalliberale Ausrichtung.

Als Nationalliberale sind die ehemaligen Bundesvorsitzenden *Franz Blücher* und *Erich Mende* zu betrachten. Weiterhin sind die ehemaligen Fraktionsvorsitzenden *Hermann Schäfer*, *August-Martin Euler* und *Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm* dieser politischen Richtung zuzuordnen. Die liberalen Strömungen innerhalb der Partei und ihrer Vorsitzenden gab es schon zu Beginn der FDP. Der Gruppe der „offenen Liberalen" bei den Parteivorsitzenden

sind *Theodor Heuss*, bedingt *Thomas Dehler* und *Walter Scheel*, auf jeden Fall *Hans-Dietrich Genscher*, *Otto Graf Lambsdorff*, *Klaus Kinkel* und *Wolfgang Gerhardt* zuzuordnen.

Es zeigt sich, dass die Mehrheit der Parteivorsitzenden der neutralen Ausrichtung angehört. Dies ist damit zu erklären, dass sie das Bild der Partei in die Öffentlichkeit transportieren und mit einer eher neutralen politischen Ausrichtung möglichst viele Bürger ansprechen wollen.

Dem stehen die stellvertretenden Parteivorsitzenden und die Fraktionsvorsitzenden gegenüber, die besonders in den Anfängen der Partei dem nationalliberalen Spektrum angehört hatten. In der Zeit der SPD/FDP-Koalition waren die stellvertretenden Parteivorsitzenden und die Generalsekretäre überwiegend sozial-liberal eingestellt.

Seit dem Ende der sozial-liberalen Koalition verschwanden die Begriffe sozial-liberal und rechts-liberal aus der Partei. Ab diesem Zeitpunkt wurde lieber von „offen liberal“ oder von „modernen Liberalisten“ gesprochen. Als „moderne Liberalisten“ bezeichneten sich diejenigen Führungspersonen, die ab den 90er Jahren gewählt wurden. Prototypen dieser neuen Richtung sind *Guido Westerwelle* und *Cornelia Pieper*. Der „moderne Liberalist“ versucht eine möglichst breite Wählerschicht anzusprechen, ist wie der „Liberale“ an der Gestaltung von Politik interessiert und an keine ideologischen Markierungen gebunden. Die neue Generation der FDP will nicht mehr als der klassische Unions-Koalitionspartner angesehen werden und gibt sich in der politischen Ausrichtung lieber neutral. Dass die Realitäten des Parteiensystems dann doch zu einem anderen Handeln zwingen kann, steht auf einem anderen Blatt.

In der Geschichte der FDP gab es 3 Parteiwechsel:

- 1956 und 1970 traten einige hochrangige FDP- Politiker – neben weiteren Mitgliedern – aus der Partei aus. 1956 waren es – wie berichtet – 16 „Abtrünnige“ unter Führung von *August Martin Euler*, weil sie die Politik des Partei- und Fraktionsvorsitzenden *Thomas Dehler* ablehnten, der eine konfrontative Politik gegenüber *Konrad Adenauer* verfolgte. Am 23. Februar 1956 traten diese 16 FDP-Abgeordnete aus der Fraktion aus (s. Kap. 2 sowie 3).
- In der Zeit zwischen 1970 und 1972 traten FDP-Politiker aus ihrer Partei aus; diesmal, weil sie gegen eine SPD/FDP-Koalition waren. Diese „Parteirechten“ gründeten 1970 die National-Liberalen Aktion (s. Kap. 2).
- Als sich die SPD/FDP- Koalition 1982 auflöste, erfolgte weiterer Exodus. Neben dem Generalsekretär *Günter Verheugen* traten zahlreiche FDP-Politiker in die SPD ein oder zogen sich aus der Politik zurück (s. Kap. 2).

Trotz fehlender Angaben über einzelne Personen ergibt sich folgendes Profil der untersuchten ranghöchsten Politiker:

Der „typische FDP-Spitzenpolitiker“ hatte das Abitur und einen Universitätsabschluss. Die meisten hatten Jura, Staats- oder Wirtschaftswissenschaften studiert. Viele übten einen kaufmännischen oder juristischen Beruf aus und stammten seit den 70er Jahren zunehmend aus gutsituiertem Elternhaus. Der typische FDP-Spitzenpolitiker war zudem männlich, verheiratet und hatte Kinder.

Bei der Herkunft aus den Bundesländern fällt auf, dass das FDP-Führungspersonal nicht nur aus Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg stammte, sondern dass der

hessische Landesverband ebenfalls stark vertreten war. Dennoch hatten die meisten Spitzenpolitiker der Partei ihre Wurzeln im nordrhein-westfälischen Landesverband. Auch waren Politiker aus den neuen Bundesländern aktiv an der Gestaltung der FDP beteiligt – einige allerdings für sehr kurze Zeit.

Naturgemäß unterscheidet sich die jüngere – mittlerweile: „mittlere" – Generation von den Gründern der FDP: Die Sozialprofile der vor dem 2. Weltkrieg geborenen FDP-Politiker zeigten charakteristische Merkmale: Der Eintritt in die FDP erfolgte spät; Kommunal- und Landesebenen wurden schnell durchlaufen, wobei der Großteil während der Weimarer Republik in politischen Ämtern war.

Bei den Sozialprofilen der FDP-Führungspersonen, die kurz vor dem Krieg oder danach geboren wurden, ist zu erkennen, dass der Weg in die leitenden Positionen wie geebnet erschien. Nach dem Eintritt in die FDP engagierte sich ein Großteil in den Jugendorganisationen oder in der Kommunalpolitik. Es zeigte sich, dass die Jugendorganisationen generationsübergreifend ein Sprungbrett für weitere Ämter auf Landes- und Bundesebene waren, wie das Beispiel *Guido Westerwelle* belegte.[353]

Bei Spitzenpolitikern der FDP beginnt durchschnittlich zwischen 30 und 40 Jahren der Einstieg in die Landespolitik. Den direkten Weg in die Bundespolitik gingen wenige. Der Weg von der Kommunal- über die Landes- bis hin zur Bundesebene charakterisiert den größten Teil der hier untersuchten Sozialprofile („Ochsentour").

Es ist schwer, einen führenden FDP-Politiker einer politischen Orientierung zuzuordnen. Das Ende der sozial-liberalen Koalition ist auch ein Ende der klaren politischen Erkennbarkeit von FDP-Politikern. Waren die Parteivorsitzenden größtenteils „offen liberal" eingestellt, so waren ihre Stellvertreter eher einschätzbar und bekannten sich zu einer politischen Richtung.

Seit den 90er Jahren hatte es ein Umdenken gegeben, wodurch es keine „linken" oder „rechten" Richtungen mehr geben sollte, sondern nur offen liberale Politiker oder „moderne Liberalisten". Die FDP wollte so ihre Zustimmung im Volk vergrößern. Die Attraktivität sollte auf diese Weise gesteigert werden. Doch im formierten Parteiensystem ist die FDP nicht wirklich frei.

Drei Daten sind hervorstechend: 1956, 1970 und 1982 haben führende FDP-Politiker ihre Partei verlassen. Einige von ihnen gründeten – durchwegs erfolglos – neue Parteien. Andere machten politische Karrieren in einer der beiden Großparteien.[354] Wieder andere schieden endgültig aus dem parteipolitischen Leben aus.

Die Sozialprofile der wichtigsten Führungspersonen der FDP prägten das Erscheinungsbild der Partei. Die Parteiführer waren Schlüsselfiguren bei politischen Entscheidungen und bei Neuorientierungen. Die Zukunft der Partei wird sich auch aus den Charakterzügen der aktiven Spitzenpolitiker bilden. Es ist mithin relevant, wie sich die FDP in den allgemeinen politischen Debatten und Wahlkämpfen personell darstellt, welche Persönlichkeiten ihren Weg bestimmen und wie diese sich den Wählern präsentieren.

Umgekehrt ist es aber auch so, dass der aktuelle Kurs der Partei das Sozialprofil ihrer Führungspolitiker vorgibt.

---

[353] S. hierzu die höchst aufschlussreiche Analyse von Torben Lütjen und Franz Walter, Medienkarrieren in der Spaßgesellschaft? *Guido Westerwelle* und *Jürgen W. Möllemann;* in: Ulrich von Alemann / Stefan Marschall (Hg.), Parteien in der Mediendemokratie, Wiesbaden 2002, S. 390

[354] Hierin war vor allem *Günter Verheugen* erfolgreich.

6 Annäherungen und Abspaltungen[355]

Die Position der FDP im deutschen Parteiensystem verändert sich je nach historisch-politischer Lage, und um ihre Definition gab es immer wieder heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen. In der Gründungsphase fand sich die FDP zwar als antisozialistische Partei zusammen, zugleich jedoch als antiklerikales, nationales und marktwirtschaftliches Korrektiv der Union. Als die Union in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die FDP zu „schlucken" drohte, spielte diese mit der Vorstellung, dritte Kraft im Parteiensystem zu sein. Diese Vorstellung gab sie auf und versuchte 1961, die treibende Kraft im bürgerlichen Lager zu sein. Nach dem Umfall entfremdete sie sich von der Union und entwickelte in der Bildungs-, der Deutschland- und in der Ostpolitik Positionen, die sie immer näher an die SPD heranführten. Unter erheblichen innerparteilichen Auseinandersetzungen formierte sich die Partei in der Ära *Brandt-Scheel* zur sozial-liberalen – „Freiburger" – Kraft. Während der Ära *Schmidt-Genscher* geriet die FDP in den Sog ihrer eigenen Wende zur Partei der Marktwirtschaft und schließlich Partner der Union. Dort angekommen, war sie durch innerparteiliche Konflikte und generellen Legitimationsverlust durch den „Verrat" an der SPD/FDP-Koalition so geschwächt, dass sie sich nicht zum Korrektiv, sondern zum schlichten Mehrheitsbeschaffer der CDU entwickelte und als solcher bis zur Abwahl der Regierung *Kohl-Kinkel* überlebte. Nach der „Verdammung" in die Opposition war die Partei orientierungslos; schwankte zwischen den Positionen als Reservepartner der SPD, als Koalitionär mit der Union auch in der Opposition und als unabhängige Kraft zwischen den Großparteien. Aus dieser Unsicherheit erwuchs die Hybris des Projektes 18 mit eigenem Kanzlerkandidaten und dem Anspruch, „Partei des ganzen Volkes" zu sein. Eine den gleichen Abstand zu den beiden Hauptparteien anstrebende „Äquidistanz-Strategie" wurde ersonnen. Nach dem Realitätsschock der Wahlen 2002 ging der Trend wieder hin zur Rolle des Partners der Union bei dem Ziel, „Rot-Grün" aus der Macht zu verdrängen. Union und FDP gingen ab 2003 jenseits des Regierens eine Koalition in der Opposition ein, die *Guido Westerwelle* mit der Notwendigkeit einer „bürgerlichen Gegenwehr zur rot-grünen Regierungspolitik" begründete.[356]

Die Koalition in der Opposition bestand 2004 eine Bewährungsprobe mit der Wahl des Kandidaten *Horst Köhler* zum Bundespräsidenten. Auf dem Dresdner Parteitag des gleichen Jahres jedoch deutete die FDP mit ihrer strikten Ablehnung einer von der Union geforderten Sicherheitsverwahrung für des Terrorismus verdächtige Ausländer und mit dem Ziel, die deutsche Außenpolitik an den Menschenrechten zu orientieren eine liberale Programmlinie an, die im Verhältnis zur Union konfliktträchtig zu sein schien.

Trotz gelegentlicher und wie 2002 spektakulärer Ausbruchsversuche blieb die Konstante in der Geschichte der FDP die Rolle eines Juniorpartners einer der großen Parteien, dies gelegentlich sogar in der Opposition. Liberale programmatische Profilierungsversuche

[355] S. hierzu Jürgen Dittberner, FPD – Partei der zweiten Wahl, a.a.O., S. 104-129

[356] S. Der Spiegel, Nr. 44 vom 27.10.2003, S. 40: „Parteien. `Bürgerliche Gegenwehr´. Nach dem Treueschwur des Regierungsduos *Schröder/Fischer* schmieden auch *Angela Merkel* und *Guido Westerwelle* ihr Wahlbündnis 2006".

gehören mit dazu. Dabei ist die Nähe zur Union dominierend, und zu Beginn des 21. Jahrhunderts drängte sich immer stärker der Eindruck auf, dass die sozial-liberale Perspektive als Episode in Erinnerung blieb und weniger als eine gleichwertige Alternative. 2009 endlich kam es zur Neuauflage der „christlich-liberalen" Koalition, freilich mit einer gegenüber früher gestärkten FDP und einer geschwächten Union.

Die FDP hat 5 Orientierungsphasen im Parteiensystem durchlebt und dabei ihre liberale Programmatik der jeweils veränderten politischen Lage – manchmal widerstrebend – angepasst: die Bürgerkoalition, die Reform-Koalition mit der SPD, die liberal-konservative Ära unter *Helmut Kohl,* die Oppositionszeit unter „Rot-Grün" und der „großen" Koalition und das „schwarz-gelbe Projekt" ab 2009.

6.1 Die Bürgerkoalition

Nachdem in der Nachkriegszeit die Bemühungen gescheitert waren, eine einheitliche bürgerliche Sammlungsbewegung gegen die Sozialdemokratie und den Kommunismus zu bilden, gelang wenigstens die Etablierung einer wenn auch heterogenen bürgerlichen Sammlung in der Koalition der ersten Regierung *Konrad Adenauers*. In dieser Koalition war die Dominanz der Unionsparteien und *Adenauers* selber von Anfang an erkennbar. So entwickelten die Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP jeweils das Bedürfnis, sich innerhalb der Koalition als eigenständige und unverzichtbare Kräfte zu profilieren und neue Mitglieder und Wähler zu gewinnen.

Innerhalb der FDP war das Selbstverständnis als „klassenbewusste bürgerliche Interessenpartei"[357] vor allem des Besitzmittelstandes unumstritten. Umstritten war, auf welchem Wege die Existenz der FDP langfristig gesichert und ihr Einfluss vermehrt werden könnte, zumal bei Teilen des rechten, national-liberalen Flügels die Außen- und Deutschlandpolitik der damaligen Bundesregierung nicht immer beifällig aufgenommen wurde.

In Hessen bestanden frühzeitig Beziehungen zur rechtsextremistischen „Nationaldemokratischen Partei" (NDP) unter *Heinrich Leuchtgens*. Im Juli 1949 schlossen die rechtsgerichteten hessischen Liberalen ein Wahlabkommen mit der NDP, das bei der ersten Bundestagswahl 28,1% und *Leuchtgens* ein Bundestagsmandat einbrachte. Die von *August Martin Euler* geleiteten National-Liberalen bezogen Stellung gegen die Entnazifizierungen und befürworteten eine Mitarbeit ehemaliger Nationalsozialisten in der Partei. In Nordrhein-Westfalen und in Niedersachen war es „den Rechten" gelungen, erheblichen Einfluss in der FDP zu erlangen und Führungspositionen zu besetzen. Der nordrhein-westfälische Kreis um *Friedrich Middelhauve*, *Werner Naumann*, *Ernst Achenbach*, *Siegfried Zoglmann*, *Wolfgang Diewerge* und andere verfügte über gute Kontakte zur niedersächsischen Gruppe um den Landesvorsitzenden *Artur Stegner* und seinen Hauptgeschäftsführer *Horst Huisgen*. Dieser Gruppe gehörte auch der ehemalige HJ-Führer *Herbert Freiberger* an (s. Kurzbiografien).

Die nationalistisch orientierten Kreise in der nordrhein-westfälischen und der niedersächsischen FDP entwickelten vor dem Hintergrund der Remilitarisierungsdebatte und mit Blick auf das beträchtliche rechtextreme Wählerpotential, das mit dem absehbaren Verbot

[357] Theo Schiller, Wird die F.D.P. eine Partei?, in: Wolf-Dieter Narr (Hg.), Auf dem Wege zum Einparteienstaat, Opladen 1977, S. 127

der „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP)[358] seine parteipolitische Orientierung verlieren würde, ein Konzept einer „Nationalen Sammlung“. In Abgrenzung zu ähnlichen Bestrebungen rechtsextremistischer Parteien wie der „Deutschen Gemeinschaft“[359] und der „Deutschen Reichspartei“[360] sollte das eine Sammlung bürgerlich-nationaler Kreise unter Einschluss ehemaliger Nationalsozialisten, Deutschnationaler, Vertriebener und Anhänger anderer Rechtsparteien innerhalb der bürgerlichen Koalition sein. Dieses Bündnis sollte bei den bevorstehenden außen- und militärpolitischen Entscheidungen das Gewicht des „nationalen Deutschlands“ gegen die Westintegrationspolitik der CDU/CSU in die Waagschale werfen.

In diesem Zusammenhang steht die „*Naumann*-Affäre“ (s. Kapitel 2), und hierin ist auch die Bedeutung des Deutschen Programms[361] von 1952 zu sehen, das weniger als Programm der FDP – deren Name im Titel gar nicht erwähnt wurde –, sondern als ein solches der „Nationalen Sammlung“, das mit den avisierten Bündnispartnern abgesprochen war.[362] Der vielfach gebrauchte Begriff dritte Kraft[363] war ungenau, denn er stand für ein weiteres Machtzentrum innerhalb der bürgerlichen Koalition und nicht für die Vision von einer FDP als dritter Kraft neben CDU/CSU und SPD. Das belegen Formulierungen des Deutschen Programms, die einen Mittelweg zwischen dem transatlantischen Kurs der Unionsparteien und den europaorientierten, nationalen und teilweise neutralistischen Konzepten der westdeutschen Rechtsparteien suchten. So bekannte sich das Programm zu einem „freien und vereinten Europa, das aus eigener Kraft sein Schicksal bestimmt“ und als Grundlage für die Wiederherstellung des Deutschen Reiches angesehen wurde. Bemerkenswert ist, dass hier eine Determinante der 1990 tatsächlich erfolgten deutschen Wiedervereinigung genannt wurde.

Ganz im Sinne des Rechtsextremismus und wohl zum Teil auch als Klientelpolitik setzte sich das Programm von den Entnazifizierungen und den Kriegsverbrecherprozessen der Alliierten ab:

> „Wir fordern Wiedergutmachung des Unrechts, das Nationalsozialismus, Siegerwillkür und Entnazifizierung schufen. Wir sagen uns los von den Urteilen der Alliierten, mit denen unser Volk und insbesondere sein Soldatentum diskriminiert werden sollten.“

Weiterhin wurde einerseits bedingungslos und ohne die vom Rechtsextremismus als Gegenleistung geforderten Souveränitätsrechte die „Notwendigkeit eines deutschen Wehrbeitrages“ postuliert, andererseits ein Bekenntnis zum Fortbestand des „Deutschen Reichs als der überlieferten Lebensform unseres Volkes“ abgelegt und der Nationalsozialismus einschließlich der Folgen des Zweiten Weltkrieges simpel als „Unglück, das über uns kam“, bezeichnet.

---

[358] S. Horst W. Schmollinger, Die Sozialistische Reichspartei; in Richard Stöss (Hg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1980, Bd. 2, Opladen 1984, S. 2274 ff

[359] S. Richard Stöss, Die Deutsche Gemeinschaft; in: ders. (Hg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1980, Band 1, Opladen 1983, S. 877 ff

[360] S. Horst W. Schmollinger, Die Deutsche Reichspartei; in: Richard Stöss (Hg.), Parteien-Handbuch, Band 1, S. 1112 ff

[361] Abgedruckt in Jörg Michael Gutscher, Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1981, Meisenheim am Glan 1967, S. 309 ff

[362] Jörg Michael Gutscher, a.a.O., S. 136

[363] ebenda

Auf dem Parteitag in Bad Ems (1952), wo den rechten Delegierten – die mehrheitlich aus Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen stammten – als Gegenentwurf zum Deutschen Programm ein Liberales Manifest aus Hamburg und anderen linksliberalen Gliederungen entgegen gestellt wurde, konnte letztlich gar kein Programm verabschiedet werden. Bei den Vorstandswahlen setzte sich der rechte Parteiflügel durch. Zwar hatte die Aushebung des „*Naumann*-Kreises" Anfang 1953 die National-Liberalen zu vorsichtigem Vorgehen veranlasst, ihre politischen Pläne freilich ließen sie nicht fallen. Das Ergebnis der Bundestagswahl 1953 zeigte jedoch, dass das rechtsextreme Wählerpotential zusammengeschmolzen war. Offenbar war es den Koalitionsparteien und besonders dem „Gesamtdeutschen Block/BHE" gelungen, auch ohne neue Parteiformationen einst rechte Wähler zu binden. Das Konzept der „Nationalen Sammlung" hatte seine Relevanz verloren.

Allein in Niedersachsen, der damaligen Hochburg des Rechtsextremismus, wurden auch nach der Wahl 1953 die rechten Kooperationsbemühungen fortgesetzt, zumal der dortige rechte Parteiflügel relativ ungeschoren aus der „*Naumann*-Affäre" herausgekommen war. Zudem hatten sich die dortigen linksliberalen Kräfte im Frühjahr 1953 in einem „Liberalen Bund" organisiert und sich unmittelbar dem Bundesvorstand der FDP unterstellt: Damit fielen sie als Gegner vor Ort aus. Auch als *Artur Stegner* im Januar 1954 – u.a. wegen unklarer finanzieller Manipulationen[364] – aus der Partei gedrängt wurde, änderte sich an dem national-liberalen Kurs nichts. Nach der Landtagswahl 1955 bildete Ministerpräsident *Heinrich Peter Hellwege* (DP) eine bürgerliche Koalition. Kulturminister wurde *Leonhard Schlüter*, der 1953 aus der extremen „Nationalen Rechten" in die FDP übergewechselt war und hier eine steile politische Karriere gemacht hatte.[365] Heftige Proteste in der Öffentlichkeit und vor allem auch von linker eingestellten FDP-Mitgliedern gegen dessen rechtslastige Vergangenheit zwangen *Schlüter* im Juni 1955 zum Rücktritt. Der FDP bekam das nicht gut. Der im September 1955 neugewählte Landesvorsitzende *Dr. Konrad Mälzig* konnte die Talfahrt nicht aufhalten. Bei der Bundestagswahl 1957 erzielte die FDP mit 5,9% ihr bis dahin schlechtestes Wahlergebnis in Niedersachsen.

Hier wie überall bei der FDP machten sich parteipolitische Existenzsorgen breit. Die CDU/CSU hatte die absolute Mehrheit gewonnen, der GB/BHE war nicht wieder in den Bundestag gelangt, und die DP hatte es nur mit Unterstützung der Union geschafft. In der FDP wurde debattiert, wie der liberalen Partei das Schicksal der anderen kleineren Parteien, von der Union geschluckt zu werden, erspart werden könnte. Am 28. September 1957 schlossen sich in Niedersachsen die Landtagsabgeordneten des BHE und der FDP zu einer Gemeinschaftsfraktion zusammen und nahmen am 5. November die 6 Abgeordneten der „Deutschen Reichspartei" als Hospitanten auf. Diese Bündnispolitik stieß nicht nur in der Bundes-FDP auf Kritik: In Niedersachsen kündigten CDU und DP die Koalition und bildeten mit der SPD eine neue Regierung. Nachdem im Juni 1958 das Hospitantenverhältnis mit der DRP gelöst worden war, schied die FDP im Oktober desselben Jahres aus der Gemeinschaftsfraktion mit dem BHE aus. Der nationale Kurs war in Niedersachsen endgültig gescheitert.

Hatte sich die FDP von Anfang an als antisozialistische Bürgerpartei verstanden, so war sie doch auf Landesebene Koalitionen mit der SPD eingegangen. In der Regel hatte das zu heftigen Protesten antisozialdemokratischer Mitglieder geführt. Das weit verbreitete Grundprinzip der Solidarität der bürgerlichen Parteien untereinander geriet in Widerspruch

[364] Näheres hierzu s. Heinz Georg Matern, a.a.O., S. 285 ff
[365] S. Kurzbiografien.

mit der Notwendigkeit der Profilierung der FDP. Die Gefahr, zur Marionette der CDU oder zu deren „Schatten“[366] zu werden, war groß und die Entschlossenheit *Konrad Adenauers*, das Wahlrecht zu Lasten der FDP zu ändern, bedrohlich. Die Partei sah sich veranlasst, ihre Eigenständigkeit zu demonstrieren. Aus diesem Bedürfnis entsprang sowohl das Sammlungskonzept der „dritten Kraft“ als auch das mit ihm konkurrierende der „liberalen Mitte“. Dieses wurde vor allem von den „Altliberalen“ um *Reinhold Maier* vertreten. Es zielte auf eine Profilierung der FDP als „kleine, aber feine“ liberale Kraft neben der konservativeren Union mit deutlicher Koalitionspräferenz für sie. Daneben gab es ein weiteres Konzept, das die Umwandlung der FDP in eine Volkspartei neben der CDU/CSU und der SPD anstrebte. Dies bedeutete sowohl den Verzicht auf Koalitionspräferenzen zur CDU/CSU als auch auf das Selbstverständnis als bürgerliche Interessenpartei. Dieses Konzept wurde ansatzweise 1956 in Nordrhein-Westfalen beim Sturz des Ministerpräsidenten *Karl Arnold* verfolgt. Nach dem konstruktiven Misstrauensvotum in Düsseldorf führte *Fritz Steinhoff* dort eine SPD/FDP-Koalition.[367] Soweit der „Aufstand“ der Düsseldorfer FDP-Abgeordneten der Verhinderung einer Wahlrechtsänderung galt, wurde er von der Bundespartei begrüßt. Darüber hinaus reichende vor allem außenpolitische Ambitionen stießen dagegen auf Bedenken in weiten Kreisen der Bundes-FDP. Die Düsseldorfer fühlten sich inspiriert durch *Thomas Dehlers* Bemühungen um einen flexibleren Kurs in der Deutschland- und Ostpolitik. Darüber herrschte Streit bei den Liberalen.

Die durch die Ereignisse in Nordrhein-Westfalen ausgelöste Abspaltung der „Freien Volkspartei“ (FVP) war insofern nicht einfach ein Abfall des rechten Flügels der FDP. Die Dissidenten waren gleichermaßen Gegner der *Dehler*schen Ost- und Deutschlandpolitik, Anhänger einer strikten Politik der Westintegration und Befürworter der bürgerlichen Koalition an der Seite der Union. Die Ereignisse, die am 23. April 1956 zur Gründung der FVP führten, hatten am 23. Februar 1956 begonnen mit dem Austritt von 16 Bundestagsabgeordneten aus der FDP-Fraktion. Zu den Ausgetretenen gehörten die 4 Bundesminister *Franz Blücher* (Wirtschaft), *Fritz Neumeyer* (Justiz), *Victor-Emanuel Preusker* (Wiederaufbau) und *Hermann Schäfer* (Besondere Aufgaben). Einen Tag nach dieser Abspaltung kündigte die CDU/CSU die Koalition mit der FDP auf. Die 16 Bundestagsabgeordneten konstituierten sich zunächst als Fraktion „Arbeitsgemeinschaft Freier Demokraten“ im Deutschen Bundestag. Kurze Zeit später setzte die FDP juristisch für die Abspalter eine Namensänderung durch. Sie nannten sich nun „Demokratische Arbeitsgemeinschaft“. Erster Vorsitzender der daraus entstandenen FVP wurde der Bundesminister *Victor-Emanuel Preusker*. Die neu gegründete Partei blieb Koalitionspartner in der Bundesregierung, hatte eine Bundestagsfraktion und verfügte über gute Kontakte zur Industrie.[368] Die Parteikasse war gefüllt. Allerdings fehlte ein organisatorischer Unterbau. Die FVP konnte nur in Hessen, Hamburg und Berlin Fuß fassen. Zur angeblich etwa 20.000 Mitglieder starken Partei hatte sich nur eine Landtagsfraktion bekannt, und zwar in Berlin, wo eine Minderheit der Abgeordneten dem abweichenden FDP-Landesvorsitzenden *Carl-Hubert Schwennicke* zur FVP folgte.[369] Unter diesen Voraussetzungen war es nicht verwunderlich, dass die FVP bei

[366] So Jörg Michael Gutscher, a.a.O., S. 230 f

[367] S. Kurzbiografien.

[368] S. hierzu Hermann Meyn, Die Deutsche Partei, Düsseldorf 1965, S. 49

[369] Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik, berichtet über Einflüsse der Stasi auf die Vorgänge in der FDP vor und nach der Abspaltung der FVP: „Deutlich wird dies in ihren erfolgreichen Maßnahmen gegen den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP, *Carl-Hubert Schwennicke*. Dieser leitete von 1946 bis 1956 den Berliner Landesverband und führte die FDP zu Wahlerfolgen von über zwanzig Prozent. Wegen seines SED-kritischen

den Kommunalwahlen im Oktober 1956 in Hessen, in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen Niederlagen hinnehmen musste. Durch die Fusion mit der DP im Januar 1957 sollte der unzureichende Organisationsstand der Partei überwunden werden.

Einerseits hatte die Abspaltung der FVP – wie das Ergebnis der Bundestagswahl 1957 zeigte – eine Schwächung der FDP zur Folge, andererseits wurde sie vielfach auch als „Reinigungskrise" gesehen: Theo Schiller bemerkte hierzu: „1956 war diejenige Periode endgültig beendet, in der die Konzeption der rechten Sammlungspartei als `Dritte Kraft´ eine reale Möglichkeit darstellte."[370] Das Trachten von *Jürgen W. Möllemann* im Jahre 2002 war jedoch eine Renaissance der Konzeption von der dritten Kraft.

1957 legte sich die nun von *Reinhold Maier* geführte FDP im Berliner Programm auf das Konzept der „liberalen Mitte" fest, verstand sich in diesem Sinne immer noch als dritte Kraft. *Wolfgang Döring*, der nordrhein-westfälische Fraktionsführer und Leiter des Bundestagswahlkampfes 1957, plädierte nach dem schlechten Abschneiden bei den Bundestagswahlen für das Konzept einer „mit pragmatischem Verstand interessennivellierenden national-liberalen Volkspartei."[371] Das brachte ihm das den Vorwurf ein, ein „verkappter Sozi" zu sein. Heino Kaack berichtet: „Seine Perspektive, die FDP solle keine bürgerliche Partei mehr sein, wurde von den baden-württembergischen Liberalen mit Entsetzen zurückgewiesen."[372] Es scheint, als wiederholten sich die Szenarien innerhalb der FDP. In anderen personellen Besetzungen schimmerte die unterschiedliche Beurteilung der Partei zwischen

---

Kurses und seines Kampfes gegen die Gleichschaltung der Liberalen in der DDR initiierte die Stasi Anfang der fünfziger Jahre eine regelrechte innerparteiliche Oppositionsgruppe gegen den populären FDP-Politiker. Dabei kam ihr zugute, dass die Bundespartei mit *Thomas Dehler* seit 1954 von einem Vorsitzenden geführt wurde, der, anders als *Schwennicke*, eine Verständigung mit der SED über eine mögliche Wiedervereinigung Deutschlands anstrebte. Im Auftrag des Staatssicherheitsdienstes schickte der aus Dresden in die Berliner FDP eingeschleuste Geheime Mitarbeiter (GM) *Günter Hegewald* Briefe an den Bundesvorsitzenden *Thomas Dehler* und weitere Parteifreunde, in denen er *Schwennicke* unterstellte, *Dehler* stürzen zu wollen. Ein GM `Albrecht´ und ein GM `Letten´, die im Bezirksvorstand von Reinickendorf und Kreuzberg saßen, sollten `Flüsterparolen´ in Umlauf bringen. In Berlin-Tempelhof agitierten die GM `Peter´ und `Botone´ gegen den Kurs des Landesvorsitzenden, in Neukölln der GM `Tulpe´. An Mitglieder und Funktionäre sandte die Stasi sogenannte Mitteilungsblätter, in denen verlangt wurde, dass *Schwennicke* aus der Partei austreten sollte. Vertrauliche Briefe und Unterlagen aus seiner Arbeit, die sich das MfS beschafft hatte, landeten bei führenden FDP-Mitgliedern, um die Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern *Dehlers* und *Schwennicke* anzuheizen. In der DDR-Presse `entlarvte´ *Hegewald* wenig später die Methoden des von *Schwennicke* initiierten Berliner Ostbüros der FDP. Schreiben des Parteivorsitzenden, die die Stasi bei einem Einbruch in Bonn gestohlen hatte, wurden im Faksimile veröffentlicht, um ihn zu kompromittieren. 1955 sandte ihm die Stasi sogar ein Sprengstoffpaket, das jedoch nicht ihn, sondern seine Sekretärin verletzte. Als in Bonn im Februar 1956 die Koalition aus CDU/CSU und FDP zerbrach und die *Adenauer* unterstützenden FDP-Politiker wenig später die `Freie Volkspartei´ (FVP) gründeten, schloss sich ihnen auch *Schwennicke* mit einem Drittel der Berliner Abgeordneten an – nun kämpfte die Stasi mit ihren Zersetzungsmethoden gegen die neue Partei. Zugleich versuchte man, die Fusion der FVP mit der Deutschen Partei (DP) und weiteren kleinen Parteien zu stören, etwa indem man in ihrem Namen massenhaft plumpe Bettelbriefe verschickte. In die FVP wurden die MfS-Mitarbeiter *Werner Hahn* (GM `Radeberg´), `Teddy´ und `Geyer´ eingeschleust, mit deren Hilfe die Stasi erneut eine innere Opposition organisierte. Auch der spätere Berliner CDU-Politiker und Vorsteher der Bezirksverordneten-Versammlung von Charlottenburg, *Harald Müller*, der seit 1956 als `*Herbert Hildebrandt´* für das MfS tätig war, erhielt den Auftrag, an der Gründungsveranstaltung teilzunehmen und engen Kontakt zur Parteiführung aufzunehmen. Im Februar 1957 wurde er dann instruiert, `Ziel seiner Arbeit´ müsse die `Zersetzung´ von FVP und DP sein." (S. auch Kapitel 3) www.euro-antimobbing.org./stasi-herrschaft.html

[370] Theo Schiller, a.a.O., S. 133

[371] Ebenda, S. 134

[372] Heino Kaack, Zur Geschichte und Programmatik der Freien Demokratischen Partei. Grundriss und Materialien, Meisenheim am Glan 1976, S. 23

Liberalen aus Nordrhein-Westfalen einer- und in Baden-Württemberg andererseits nach 2002 wieder durch.

So wenig wie aus der „Volkspartei FDP“ wurde, so wenig fanden auch die Pläne für eine „dritte Kraft“ aus FDP, DP und GB/BHE Resonanz. Unter der Führung von *Reinhold Maier* konsolidierte sich die FDP zur „liberalen Mitte“. Als *Erich Mende* 1960 den Parteivorsitz übernahm, hatte die Partei Selbstbewusstsein und Geschlossenheit gewonnen. Sie war nicht mehr bereit, zugunsten eines Bündnisses mit kleineren Partnern ihren Namen und ihre Identität aufzugeben.

Die Konsolidierung der FDP war nicht allein die Folge der Einsicht, dass Alleingänge von Landesverbänden und Parteigruppen geschadet hatten. Hinzu kam, dass durch die Reform der SPD und ihr Godesberger Programm von 1959 deren Anpassung an die innen- und außenpolitischen Grundlagen des „CDU-Staates“ erfolgt war, wodurch die Koordinaten des Parteiensystems neu bestimmt wurden. Die FDP musste die Möglichkeit einer Koalition zwischen CDU/CSU und SPD in Betracht ziehen. So schwenkte sie „in nüchterner Einschätzung ihrer eigenen Interessen ... wieder auf die Linie des Jahres 1949 ein.“[373] Auf dem Parteitag in Frankfurt ließ *Mende* „einen präsumtiven Koalitionspartner wissen ..., dass er auf die SPD nicht angewiesen ist.“[374] Gleichwohl betonte die FDP ihre Eigenständigkeit in der avisierten Koalition. Sie begab sich mit der Parole

„Mit der CDU ohne *Adenauer*“

in den Bundestagswahlkampf und erzielte mit 12,8% der Stimmen ihr bis dahin bestes Ergebnis auf Bundesebene. Es war ihr gelungen, von dem „Imageverfall“[375] der Union unter *Adenauer* zu profitieren. Mit dem Umfall nach der Wahl jedoch beschädigte die FDP ihr eigenes – gerade wieder hergestelltes – Ansehen.

Nach der „Spiegel“-Krise 1962/63 und den Ansätzen zu Verhandlungen über eine Große Koalition kamen in der FDP Vorstellungen über eine „Volkspartei“ wieder auf. Der Zustrom neuer Wählerschichten bei der Bundestagswahl 1961 wurde als Chance gewertet, dass sich die FDP besonders für die Facharbeiterschaft öffnen könnte. Jedoch erwiesen sich die innerparteilichen Widerstände als zu mächtig. Das 1961 erfolgreiche Prinzip des „liberalen Korrektivs“ der Union erschien als die günstigste Strategie – auch, um den zwischen 1961 und 1965 wirksam werdenden Negativtrend bei den Landtagswahlen umzudrehen. So begab sich die FDP als betont bürgerliche Partei mit eindeutiger Koalitionspräferenz für die CDU/CSU in den Bundestagswahlkampf 1965 und bemühte sich, besondere Berufs- und Interessengruppen des Mittelstandes sowie national orientierte Kreise in der Wählerschaft anzusprechen.

6.2 Das sozial-liberale Bündnis

Der Zerfall der Koalition mit der CDU/CSU und die Bildung der Großen Koalition 1966 lösten innerhalb der FDP eine Umorientierung aus. Dort drängten diejenigen Kräfte nach vorne, die seit langem eine neue Standortbestimmung forderten. Angesichts der relativ

[373] Kurt J. Körper, FDP. Bilanz der Jahre 1960 - 1966. Braucht Deutschland eine liberale Partei?, Köln 1968, S.29
[374] Jörg Michael Gutscher, a.a.O., S. 213
[375] Heino Kaack, a.a.O., S. 24

kleinen und instabilen Wählerbasis ging es dabei nicht um politische Positionen alleine, sondern zugleich um die Existenz der liberalen Partei. Aus 3 Gründen veränderte die FDP damals ihre Position:

1. Die Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 1966/1967 ließ Grenzen der ordoliberalen Steuerungsinstrumente erkennen. Die Wirtschaftslage erforderte erhöhte staatliche Anstrengungen und eine aktive Struktur- und Konjunkturpolitik. Im Unterschied zur Union verfügte die SPD hierzu über ausgearbeitete Konzepte. Zugleich setzte zwischen den Großmächten USA und UdSSR eine Entspannungspolitik ein, vor deren Hintergrund die Außen- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU unflexibel und anachronistisch wirkte.
2. Der Gegensatz zwischen den „bürgerlichen" Parteien und der SPD wurde irrelevant. Das war die Wirkung des Godesberger Programms, das die in der Ära *Adenauer* geschaffenen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik anerkannte. In der FDP immer noch aktive „Sozialistenfresser" wirkten altmodisch und überholt.
3. Die FDP sah sich unerwartet in eine Konkurrenzsituation zur neu entstandenen „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD)[376] versetzt. Durch die Erfolge dieser Partei schien die Rolle der FDP als „dritte Partei" ernsthaft gefährdet. Nach 1945 hatte sich die FDP mehrfach als bürgerliche Repräsentantin des nationalen Lagers dargestellt, als Sachwalterin der deutschen Einheit und als Garant einer aktiven Deutschlandpolitik. Dies machte ihr die neue Partei streitig.

Durch die Große Koalition war die FDP im Bundestag zur Miniopposition geworden. Im Hinblick auf die Wirtschaftskrise, auf die erstarkende Außerparlamentarische Opposition und dem am NPD-Erfolg ablesbaren Erstarken des Rechtsradikalismus versuchte die FDP, sich als moderne dynamische Innovationskraft zu profilieren. Man bot „liberale" Antworten auf die drängender gestellten Fragen nach der Zukunft eines als erstarrt und autoritär empfundenen politischen Systems an. Anleitungen dazu hatte *Karl-Hermann Flach* mit seiner Schrift „Noch eine Chance für die Liberalen"[377] geliefert. Dieser „Streitschrift" genannte Text war der Versuch, eigene Positionen des organisierten Liberalismus in der politischen Polarisierung der Zeit anzubieten. Zwischen radikal-demokratischer bis sozialistischer Kritik einerseits und etablierter Autorität andererseits sprach *Flach* von einer „liberalen Kultur-Evolution". Er charakterisierte den Zustand der Gesellschaft mit 3 Fragen:

> „Ist der Anpassungsdruck der modernen kapitalistischen Leistungsgesellschaft so stark, dass Toleranz und Meinungsfreiheit keine verändernden, sondern nur noch therapeutische Funktionen haben?
>
> Sind ganze Bereiche von Wissenschaften außerstande, das gegebene System kritisch infrage zu stellen, weil ihr gesamter Begriffsapparat bewusst oder unbewusst auf die Erhaltung vorhandener Besitz- und Machtstrukturen ausgerichtet ist?

[376] S. Horst W. Schmollinger, Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands; in: Richard Stöss (Hg.), Parteien-Handbuch, Bd. 2, a.a.O., S. 1922 ff

[377] Karl-Hermann Flach, Noch eine Chance für die Liberalen. Eine Streitschrift, Frankfurt a.M. 1971. Wegen der Farbe des Einbandes und in Anspielung auf die damals in Studentenkreisen im Kultstatus gehandelte „Rote Bibel" *Mao Tse-tungs* („Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung", Peking 1967) wurde das Werk auch „Grüne Bibel" genannt.

> Ist die Gesellschaft bereits derart eingeschläfert, dass nur noch sensationelle Regelverletzungen jene Aufmerksamkeit erzielen, die Veränderung bewirken kann?“[378]

„Repressive Toleranz“, Abhängigkeiten der Wissenschaften von der Macht und Regelverletzung als Auslöser sozialen Wandels waren Themen und Erkenntnisse der Studentenbewegung und der APO, von denen *Flach* behauptete, dies habe „die liberale Kritik längst in gelehrten Abhandlungen und geistvollen Betrachtungen erarbeitet.“[379] Es war *Flachs* – der ja ein Mann des Apparates war – Bestreben, die herrschenden Fragen der Zeit für die FDP zu operationalisieren und sie im Überlebenskampf der Partei einzusetzen. Für den parteipolitischen Hausgebrauch musste es ausreichen, die zitierten Zeitfragen so zu beantworten:

- Bei sozialen Ungleichheiten könnten Freiheit und Toleranz „dem Stärkeren“ nützen, aber für den Liberalismus blieben sie auch dann wichtige Werte, denn: Nicht diese Werte sind zu zerstören, sondern die Mechanismen, die ihre Wirksamkeit behindern, ihre Verbreitung begrenzen und ihren Nutzen einschränken.
- Dass sich vor allem Rechts- und Wirtschaftswissenschaften gegen ein Denken in Alternativen zum Bestehenden abgeschottet hätten, liege vor allem am „Fachidiotentum“ und an der „Klassenlage der privilegierten Ordinarien“, die jenes Sein schüfen, „in dem solches Bewusstsein gedeiht.“ Das liberale Konzept dagegen sei das „Nebeneinander und Zusammenwirken verschiedener Schulen.“
- Regelverletzungen schließlich „in einer (relativ) freien Gesellschaft“ wurden abgelehnt, vielmehr sei es für „sich unterprivilegiert fühlende Minderheiten eine Frage der Intelligenz, Protestmethoden zu entwickeln, die notwendige Aufmerksamkeit erregen, ohne das geltende Recht ständig zu verletzten.“[380]

Vokabular, Stil und Inhalt der Ausführungen *Flachs* wirken wie reingewaschene Kopien der Begriffe, Wendungen und Forderungen der Außerparlamentarischen Opposition. Man kann das als Opportunismus bezeichnen, aber die FDP war mit der *Flach*schen Methode die einzige unter den etablierten Parteien, die eine gewisse Öffnung zur APO wagte. Bilder wie das von der Diskussion zwischen dem damaligen FDP-Mann, dem 38-jährigen Soziologie-Professor *Ralf Dahrendorf* und dem Studentenführer vom SDS, *Rudi Dutschke,* am Rande des Freiburger Parteitages 1968 wirkten. Die FDP tat das für ihre Selbsterhaltung und wurde so zu einem Medium der Gesellschaftsreform.

In den 3 Jahren von 1966 bis 1969 hatte sich die FDP vom bürgerlichen Lager emanzipiert und zum Reformpartner entwickelt. Immer wieder wurden Berührungspunkte nicht nur mit der SPD, sondern auch mit der Außerparlamentarischen Opposition sichtbar. Als die Regierung der Großen Koalition beim Abbau von rechtlichen Vorbehalten der westlichen Alliierten Entwürfe für Notstandsgesetze im Bundestag einbrachte, kämpfte die FDP innerparlamentarisch dagegen, wie es die Protestbewegung außerparlamentarisch tat. Eine echte Zusammenarbeit zwischen FDP und APO hatte es indes nicht gegeben. Dafür waren in der FDP die Widerstände gegen den Reformkurs zu groß und das Misstrauen bei der APO gegen die „liberalen Scheißer“ zu verbreitet. Aber in dieser Zeit gab es Sympathisanten der APO, die *Dutschkes* Parole vom „Marsch durch die Institutionen“ – wohl nicht ganz

[378] Ebenda, S. 44
[379] Ebenda
[380] Ebenda, S. 45 f

in dessen Sinne – auf die FDP münzten. Diese traten verstärkt in die FDP ein und gehörten in der Zeit von 1969 bis 1982 zu den innerparteilichen Stützen der Bonner Koalition.

Mit der SPD entwickelte die FDP Gemeinsamkeiten. Zum Motor der Reformen wurde die Ost- und Deutschlandpolitik. Hierfür war die FDP vorbereitet. In einer Anfang 1967 verfassten Abhandlung des FDP-Vorstandsreferenten *Wolfgang Schollwer* wurden die Ziele liberaler Deutschlandpolitik definiert:

> „Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesregierung und deren Bereitschaft, auf allen Ebenen mit den zuständigen Stellen der DDR über beide deutsche Staaten interessierende Fragen zu verhandeln; die Aufgabe des Anspruches auf die deutschen Ostgebiete und die Akzeptierung der gegenwärtigen deutschen Ostgrenzen; Verzicht der Bundesrepublik auf Teilhabe an multilateralen und multinationalen Atomstreitkräften; Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu allen ost- und südosteuropäischen Staaten; Aufnahme von Verhandlungen mit der DDR über engere wirtschaftliche Zusammenarbeit, über die schrittweise Wiederherstellung des freien Personenverkehrs, über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit sowie über einen Kulturaustausch."[381]

Obwohl derartige Überlegungen im Umlauf waren,[382] löste das *Schollwer*-Papier wegen seines parteipolitischen Hintergrunds inner- und außerhalb der FDP heftige Reaktionen aus. Deutete es doch nicht nur in einer zentralen politischen Frage einen Meinungsumschwung bei der liberalen Partei an, sondern zugleich eine Annäherung an die Sozialdemokratie:

Auf ihrem Dortmunder Parteitag 1966 debattierten die SPD-Delegierten über einen Redneraustausch mit der SED und diagnostizierten eine Ausweglosigkeit der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik.[383] Zwar kam der Hannoveraner Parteitag der FDP 1967 noch zu keinen entsprechenden Ergebnissen, aber der Wunsch vieler Delegierter nach deutschlandpolitischem Aufbruch war nicht zu übersehen. Das an der Leine verabschiedete Aktionsprogramm war – wie *Heino Kaack* formulierte – „geeignet, den Konflikt zwischen Nationalliberalen und den außenpolitischen Reformern zu neutralisieren, ohne ihn jedoch zu entscheiden."[384] Letztlich setzte sich der Reformkurs auch bei der FDP durch. Gründe dafür waren

- der Führungswechsel von *Erich Mende* zu *Walter Scheel* im Jahre 1968,
- der Zulauf reformorientierter neuer Mitglieder und
- das strategische Kalkül des Parteimanagements, der FDP mithilfe der Reformpolitik das Überleben zu sichern.

Mit der inhaltlichen Reform ging die Öffnung zur SPD einher. Dazu schrieb *Walter Scheel* 1972:

> „1969, bei den Bundestagswahlen, rückten wir hart an die auslöschende 5%-Grenze heran. Ich glaube heute sicher, dass es uns damals ganz unmöglich gewesen wäre, die sozial-liberale Re-

[381] Heino Kaack, a.a.O., S. 35
[382] S. zum Beispiel Peter Bender, Offensive Entspannung, Möglichkeiten für Deutschland, Köln / Berlin 1964
[383] Jürgen Dittberner, Die Parteitage von CDU und SPD; in: Jürgen Dittberner / Rolf Ebbighausen (Hg.), Parteiensystem in der Legitimationskrise, a.a.O., S. 103
[384] Heino Kaack, a.a.O., S. 37

> gierung durch Koalition mit der SPD einzugehen, wenn wir nicht ebenso glaubhaft gerade auch für uns selbst auf der Basis einer entschlossenen Liberalität gestanden hätten."[385]

Der Sieg der einen in der FDP war die Niederlage der anderen. Dass viele von ihnen den neuen FDP-Kurs bekämpften und wie verbittert die parteiinternen Auseinandersetzungen darüber waren, bezeugt ein Zitat von *Karl-Hermann Flach*:

> „Die rechtskonservativen Kräfte, die in Deutschland zweimal gerade im nationalen Sinne total versagt haben, versuchen nun, gegen die liberale Reformpolitik im Innern und nach außen Sturm zu laufen. Wie so oft, bedienen sie sich des Mittels der Denunziation. Sie versuchen, das notwendige Zweckbündnis mit den Sozialdemokraten als bösen Linksruck zu diffamieren und das neue Programm von Freiburg als Liberalsozialismus abzuqualifizieren."[386]

Die FDP-internen „rechtskonservativen Kräfte" waren seit der Wahl *Gustav Heinemanns* zum Bundespräsidenten auf der Hut:

> „Die vor allem durch *Erich Mende*, *Siegfried Zoglmann* und *Heinz Starke* repräsentierten Gegner einer Koalition mit der SPD begannen nach der Regierungsbildung im Herbst 1969 Gleichgesinnte um sich zu scharen, um die FDP entweder wieder auf den Bürgerblockkurs zu bringen oder aber durch eine Spaltung der Partei das nur mit einer knappen parlamentarischen Mehrheit ausgestattete Regierungsbündnis zu zerstören und den Unionsparteien die Rückkehr an die Macht zu ermöglichen. Ermutigt fühlten sich die Nationalliberalen durch Verluste der FDP bei den vergangenen Bundestagswahlen von nahezu 4 Prozentpunkten, die sie dem Linkskurs unter dem 1968 zum Parteivorsitzenden gewählten *Walter Scheel* anlasteten."[387]

Durch die Ergebnisse von Landtagswahlen im Juni 1970 mit Gewinnen für die Union fühlten sich die innerparteilichen Opponenten der FDP bestärkt. Die „neue" FDP hatte am 14. Juni im Saarland und in Niedersachsen die 5%-Grenze unterschritten. In Nordrhein-Westfalen mussten erhebliche Stimmenverluste hingenommen werden. Als Reaktion darauf gründeten 50 Personen am 17. Juni 1970 die „National-Liberale Aktion" (NLA), um den innerparteilichen Einfluss des rechten Parteiflügels vor allem beim bevorstehenden Bundesparteitag, zur Geltung zu bringen."[388] Für die neue Bundesregierung war dieser Zusammenschluss gefährlich, weil er Spekulationen über Wechsel von FDP-Bundestagsabgeordneten zur Union förderte. Für die Koalition von SPD und FDP mit ihrer knappen Ausgangsmehrheit von 12 Stimmen verstärkte das die Unsicherheit, und schließlich war die Mehrheit dahin geschmolzen.

Doch zunächst stand vom 22. bis 24. Juni der Bundesparteitag der FDP in Bonn an. Dort wollten die Gegner *Scheels* ihren Einfluss stärken. Das Gegenteil trat ein. Die National-Liberalen gerieten in die Minderheit. Mit dem ehemaligen Parteivorsitzenden *Erich Mende*, der ein Comeback plante, wurde – auch persönlich – abgerechnet.[389] Treffend fasst

---

[385] Walter Scheel, Für eine Gesellschafts- und Außenpolitik der Toleranz und der Vernunft; in: Karl-Hermann Flach / Werner Maihofer / Walter Scheeel, a.a.O., S. 11

[386] Karl-Hermann Flach, Mehr Freiheit für mehr Menschen; in: ders. u. a., Die Freiburger Thesen der Liberalen, a.a.O., S. 23

[387] Richard Stöss, Die Aktionsgemeinschaft Vierte Partei; in: ders., Parteien-Handbuch, Bd. 1, a.a.O., S. 340 f

[388] Ebenda, S. 341

[389] Der Autor war als Mitarbeiter des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin wissenschaftlicher Beobachter des Parteitages.

Arnulf Baring den Ausgang des Parteitages für jenen Vorsitzenden, unter dem die FDP 1961 ihr bis 2002 bestes Bundestagswahlergebnis erzielt hatte, zusammen:

> „Am Schluss bot er das Bild eines Mannes, der seine letzte Patrone verschossen hatte."[390]

Nach dem innerparteilichen Scheitern versuchten die National-Liberalen, ihre Position zu stärken, indem sie am 11. Juni 1970 die NLA als Bundesverband konstituierten. Vorsitzender wurde *Siegfried Zoglmann* (s. Kurzbiografien); auch der ehemalige bayerische Landesvorsitzende *Dietrich Bahner* gehörte zum Vorstand. Die Protagonisten der NLA knüpften Kontakte zur CSU, auch zur NPD. Ziel *Zoglmanns* war es, auch außerhalb der FDP Anhänger für die NLA zu finden. Daraus sollte eine „vierte Partei" werden, wie sie sich *Franz Josef Strauß* als Juniorpartner der Union gewünscht hatte. Mehr noch als die NLA selbst beunruhigte die Parteiführung der FDP, dass viele ihrer Mitglieder und Sympathisanten über Mandate im Deutschen Bundestag verfügten. Tatsächlich schmolz die Mehrheit der Bonner Koalition Ende 1970, als die Bundestagsabgeordneten *Siegfried Zoglmann*, *Erich Mende* und *Heinz Starke* die FDP verließen und bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hospitierten.

Zoglmann bemühte sich weiter um die NLA. Diese hielt am 16. Januar 1971 in Hannover eine erste Bundesversammlung ab. Die Mitgliederzahl war klein, und die Abspaltung war zerstritten, so dass man nicht die Kraft aufbrachte, sich bei Landtagswahlen zu beteiligen. Es kam zu Empfehlungen zugunsten der CDU und der CSU. Auch dass sich die NLA im Juni 1971 zur „Deutschen Union" (DU) mit *Zoglmann*, *Bahner* und anderen ehemaligen FDP-Funktionären umformierte, half nichts: Die Basis war zu schwach, und die Unionsparteien hatten kein Interesse an einer Förderung etwa durch Direktmandate. So war es keine Überraschung, dass *Zoglmann* im November 1974 die DU verließ und zur CSU wechselte. Der verwaist wirkende Splitter DU wurde fortan von *Bahner* geleitet.

Nach der FVP war es der NLA nicht gelungen, Fuß zu fassen. Dies offensichtlich voraussehend, waren *Erich Mende* und *Heinz Starke* zur CDU bzw. CSU gegangen. Bekanntlich geriet die Koalition durch die Übertritte von Abgeordneten ins Wanken. Noch ging es nicht „ans Eingemachte", als 1971/1972 2 Berliner Bundestagsabgeordnete – *Klaus-Peter Schulz* und *Franz Seume* – von der SPD zur CDU wechselten: Die Berliner Stimmen wurden wegen Alliierter Vorbehalte nur symbolisch gezählt. Aber am 29. Januar 1972 wechselte der Vizepräsident des „Bundes der Vertriebenen", *Herbert Hupka*, ebenfalls von der SPD zur Union. Nun fürchtete man in der FDP, dass die der Koalition kritisch gegenüberstehenden Abgeordneten *Knut von Kühlmann-Stumm* – ehemals Fraktionsvorsitzender (s. Kurzbiografien) – und *Gerhard Kienbaum* entweder die FDP verlassen oder aber im Falle eines konstruktiven Misstrauensvotums gegen *Willy Brandt* stimmen würden. Die Lage war da, als der bis dahin wenig bekannte FDP-Abgeordnete *Wilhelm Helms* seinen Austritt aus der Partei bekannt gab. Da die Abgeordneten *von Kühlmann-Stumm* und *Kienbaum* dem Unionskanzlerkandidaten *Rainer Barzel* signalisiert hatten, dass sie ihn unterstützen würden, wagte die Union den Versuch des Kanzlerwechsels. Als jedoch das konstruktive Misstrauensvotum am 27. April 1972 im Bundestag scheiterte,[391] die Regierung *Brandt*/*Scheel* im

[390] Arnulf Baring, Machtwechsel, a.a.O., S. 301

[391] Nach der Wende 1990 wurde bekannt, dass dieses Ergebnis mit Schmiergeld des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit erreicht wurde.

Amt blieb, war der Kampf der National-Liberalen gegen die Reform der FDP, gegen die sozial-liberale Koalition und gegen die Ostpolitik verloren.

Zwar hatte die Koalition ihre parlamentarische Mehrheit verloren, wie die 247:247-Abstimmung über den Haushalt des Bundeskanzlers gleich am 28. April 1972 zeigte, jedoch zählte das nicht mehr. Die sozial-liberale Koalition errang bei vorgezogenen Wahlen im November einen triumphalen Sieg.

Mit *Erich Mende*, *Siegfried Zoglmann* und anderen hatte die FDP jene Funktionäre verloren, die in jungen Jahren vom Krieg – den sie meist als Soldaten erlebt hatten – und teilweise auch vom Nationalsozialismus geprägt waren. Sie hatten sich nach 1945 der FDP als einer national orientierten Partei angeschlossen, von der sie wollten, dass sie auch ehemalige Nationalsozialisten in die Nachkriegsgesellschaft integrierte. Es waren FDP-Mitglieder, welche mit ihrer Sozialisation den Hintergrund der *Naumann*-Affäre gebildet hatten. Diese Funktionäre trennten Welten von jenen, die ab 1968 als junge Akademiker der Nachkriegszeit in die Partei kamen. In deren Sozialisation hatte die Studentenbewegung eine wichtige Rolle gespielt.

6.3 Linksliberale Abspaltungen und liberal-konservative Renaissance

Im Jahr 1978 begann die Schlussphase der sozial-liberalen Zeit: Landtagswahlen in Niedersachen und in Hamburg gingen verloren. Der Fundus der Gemeinsamkeiten zwischen SPD und FDP ging zur Neige. Die Regierungsgeschäfte wurden immer mühseliger. In dieser Situation kam es zu ersten Veränderungen im organisatorischen Vorfeld der FDP. Der Prozess der Trennung der FDP von ihrer angestammten Jugendorganisation, den Deutschen Jungdemokraten (DJD) begann 1978 ebenso wie der des Entstehens der Nachfolgeorganisation, der Jungen Liberalen (Julis) (s. Kapitel 4) Zum Zeitpunkt des Koalitionswechsels 1982 waren die Julis so stark in der Partei verankert und die Jungdemokraten so weit im Abseits, dass die Ablösung des alten Verbandes wie eine strategisch geplante Facette der Wende wirkte. Teilweise verwoben mit diesem Austausch des Jugendverbandes, teilweise davon unabhängig, erfolgte 1982/1983 der Exodus vieler nach 1968 in die Partei gekommener Mitglieder. Ein Teil der Ausgezogenen fand sich in der Partei der „Liberalen Demokraten“ (DL) wieder, der dritten Abspaltung von der FDP nach der FVP und der NLA.

Dass die Verluste bei der sozial-liberalen Basis in der Mitgliederschaft der FDP nicht – wie von vielen Dissidenten gehofft – zum politischen Aus der gewendeten FDP geführt hatten, ist zum großen Teil der Tatsache zu verdanken, dass sich Kreise aus den Freien Berufen, Leitenden Angestellten und Mittelständlern der FDP „annahmen“: An die Stelle APO-bewegter Studenten und Assistenten traten „Maler und Makler“ in die FDP ein, oder sie gründeten Wählerinitiativen zugunsten dieser Partei. Ihr Ziel war, die FDP als Koalitionspartner der Union zu retten, denn darauf, dass diese und nicht länger die SPD regierte, kam es ihnen an.

Die sich nun von der FDP lösenden Jungdemokraten waren vorher ein von der FDP unabhängiger Verband gewesen, der der FDP nahe stand und von dieser „anerkannt“ war. Stärker als die Partei wurde der Jugendverband in den sechziger Jahren von der Studentenbewegung beeinflusst. Zwar wahrte der Bundesvorstand Distanz zur APO, aber viele Mitglieder trugen dennoch Begriffe und Argumente von dort in die Organisation hinein. So

verabschiedete der DJD-Bundesjugendtag 1969 6 Thesen zum Parlamentarismus, deren erste lautete:

> „Der Bundestag repräsentiert nicht das Volk. Das lässt sich durch ein paar `bessere´ Abgeordnete nicht ändern, auch nicht durch eine `Parlamentsreform´, die den Bundestag dramaturgisch aufputzt. Die Krise des Bundestages liegt nicht in der Inszenierung begründet, sondern im Stück.“[392]

Das Parlament als schlechtes Theater: Für die FDP als Partei des Parlamentarismus waren das harte Worte. Die Jungdemokraten versuchten, aufgrund solcher Einschätzungen ihr Verhältnis zur FDP neu zu bestimmen. Verbände der DJD betonten ihre „Zugehörigkeit zur außerparlamentarischen Bewegung“, aus der sich das Erfordernis ergebe, „das gebundene Bewusstsein als FDP-Jugendverband“ zu überwinden. Man wollte sich nicht durch „Erfolgskriterien der FDP“ in den politischen Perspektiven einschränken lassen.[393] Andererseits war eine Trennung von der FDP auch nicht beabsichtigt; vielmehr war von einer „Zwei-Wege-Strategie“ die Rede. Innerparteilich sollte der links-liberale Flügel gestärkt werden, außerparteilich sah man sich als Teil der gesamten Linken.

In dieser Situation haben die DJD für den organisierten Liberalismus keinerlei Saugwurzelfunktion erfüllt. Sie konnten kaum neue liberale Mitstreiter aus der Protestszene anwerben. Vielmehr wandten sich bei den DJD Organisierte „linken“ Vorstellungen der APO zu. Das war für die FDP wenig ersprießlich. Hinzu kam, dass die Partei für umstrittene Aktionen der Jungdemokraten – die sie selber missbilligte – öffentlich in Haftung genommen wurde[394]. Andererseits kam den DJD vor vielen anderen politischen Clubs und Verbänden ein politisches Gewicht zu, das von ihren Beziehungen zur FDP herrührte – so lose diese auch sein mochten. Jugendorganisation einer der Bonner Regierungsparteien zu sein, war es denn auch, was die DJD hinderte, die „Zwei-Wege-“ durch eine „Ein-Weg-Strategie“ zu ersetzen und die Leine zur FDP endgültig zu kappen.

Das Kappen dieser Leine aber war das Ziel FDP-interner Initiativen, die ab 1978 von sich reden machten. Im Juni 1978 bildete sich in Berlin eine „Arbeitsgemeinschaft junger Liberaler“ als Alternative zu den Jungdemokraten. Die kleine Gruppe war national orientiert und fühlte sich besonders der deutschen Wiedervereinigung verpflichtet. Ihre personelle Schwäche wurde kompensiert durch Unterstützung von der Springer-Presse und von prominenten FDP-Politikern wie dem Berliner *Hermann Oxfort*.

Nachdem sich in anderen Bundesländern ähnliche Gruppen gebildet hatten, schlossen diese sich Anfang 1979 zu einer Arbeitsgemeinschaft auf Bundesebene zusammen. Bald wurden große politische Differenzen zwischen der national eingestellten Berliner Gruppe mitsamt saarländischer Verbündeter und mehr liberal-konservativ eingestellten Kreisen aus Hannover, Frankfurt und Bonn sichtbar. Beim ersten Bundeskongress der „Jungen Liberalen“ am 1. und 2. November 1980 kam es zu Tumulten, nachdem einer Gruppe von 15 national Orientierten aus Berlin durch Gerichtsbeschluss der Delegiertenstatus verweigert worden war. Einer der 15 wurde von der Polizei aus dem Tagungssaal geleitet. Am Ende

[392] Jürgen Kunze, a.a.O., S. 314
[393] Ebenda, S. 317
[394] So druckten die Berliner Jungdemokraten einen „Buback-Nachruf“ aus der Anarcho-Szene nach, in der über die Ermordung des Generalbundesanwaltes Buback durch Terroristen „klammheimliche Freude“- wenngleich problematisiert – bekundet wurde. So beteiligten sich die DJD 1978 an einem Pfingstreffen in Dortmund, das von der der DKP zugerechneten „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ) veranstaltet wurde.

war dieser erste Juli-Kongress eine Stärkung des SPD/FDP-Bündnisses, dessen Anhänger sich in den Führungspositionen durchsetzten. Selbstbewusst verkündete eines der neuen Vorstandsmitglieder:

„Wir heißen Junge Liberale und nicht Junge *Lambsdorffs*."

Ein halbes Jahr später war die Aufbauphase der neuen Jugendorganisation abgeschlossen. Im Mai 1981 soll sie 1000 Mitglieder in zehn Landeverbänden gehabt haben. In Berlin, wo sich die FDP in der Diskussion über die Duldung eines CDU-Senats in einer Zerreißprobe befand, befehdeten sich verfeindete Gruppen der Jungen Liberalen. Die bereits beim Bundeskongress ausgeschlossene Gruppe, nach ihrem Wortführer „*Münter*"[395]-Julis genannt, hatte inzwischen Konkurrenz von jungen FDP-Mitgliedern bekommen, die dem bundesweiten Dachverband angehörten und daher „Bundes-Julis" genannt wurden.

Dies alles geschah zu einer Zeit, in der die Jungdemokraten noch immer der offizielle Jugendverband der FDP waren! Und die DJD betonten ihren Willen zur Zusammenarbeit mit der FDP.

Doch davon merkte die Partei nichts. Die Jungdemokraten wurden als „Flohzirkus" (*Lambsdorff*) tituliert und „in nie da gewesener Ferne zur FDP" geortet (*Genscher*). Gleichzeitig durften die Julis im August 1980 in der parteinahen Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach tagen. Das FDP-Präsidium führte im Oktober 1981 getrennte Gespräche mit den Jungdemokraten und mit den Jungen Liberalen. Die Julis forderten eine Gleichberechtigung mit den Jungdemokraten, die ihrerseits auf der Monopolstellung beharrten. Das FDP-Präsidium gab keine Empfehlung zugunsten des angestammten Jugendverbandes ab. Es ließ das Problem offen. Währenddessen räumte die niedersächsische FDP den Julis neben den Jungdemokraten ein Teilnahmerecht an Vorstandssitzungen ein.

Der Bundesverband der Jungen Liberalen wurde im November 1981 in Mainz gegründet. Erneut verlangten die Julis die Anerkennung durch die FDP. Zugleich wurde eine Fortentwicklung der sozialen zu einer ökologischen Marktwirtschaft gefordert. Die Ausbildungsförderung „Bafög" sollte auf Darlehen umgestellt werden. Der Grabenkampf der „Julis" mit den „Judos" wurde verwickelter. So erklärten der DJD-Vorsitzende *Werner Lutz* und 7 andere Judos, sie wollten bei den Julis Mitglied werden. Das bezeichneten die Jungen Liberalen als „verzweifelten aber untauglichen Versuch, den steilen Aufwärtstrend der Julis durch eine Unterwanderungskampagne zu stoppen." Gestärkt durch diesen Trend und genervt durch das abwartende Taktieren des FDP-Bundesvorstandes erklärte der Juli-Vorsitzende *Hans-Joachim Otto* im Dezember 1981, seine Linie sei es nicht, „auf Knien in *Genschers* Vorzimmer rutschend" die Anerkennung zu erbitten.[396]

Die Umstände waren dennoch günstig für die Julis. Es war der Durchbruch, als im März 1982 *Hildegard Hamm-Brücher*, sich von den Jungdemokraten distanzierte. Die DJD hätten sich „zum wiederholten Male als antikapitalistischer Kampfverband" bezeichnet, gegenüber der Mutterpartei zeigten sie eine „hasserfüllte Einstellung" und hätten nur deren Geld im Sinn.

„Ich finde, so müssen wir uns nicht auf der Nase herumtanzen lassen."

[395] *Christian Münter* war damals Juli-Aktivist und später (2004) Vorsitzender eines FDP-Ortsverbandes.
[396] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Dezember 1981, Die FDP-Jugend sind wir

Sie persönlich wolle künftig die Jungen Liberalen unterstützen und würde sich freuen, wenn auch die Bundespartei dies täte.[397] Seit dieser Intervention war *Hildegard Hamm-Brücher* bei den Julis populär. Die Waagschale neigte sich den Julis zu. Das FDP-Präsidium sperrte den Jungedemokraten dreiviertel der für 1982 zugesagten 50.000 DM. Weitere zur SPD/FDP-Koalition loyal stehende Politiker wie *Wolfgang Mischnick* und *Gerhart R. Baum* kritisierten die Jungdemokraten.

Eigentlich hätte der Berliner Bundesparteitag 1982 die Ersetzung der Jungdemokraten durch die Jungen Liberalen beschließen sollen, doch bei den Auseinadersetzungen über den Koalitionswechsel der FDP ging das Thema unter. So beschloss der Bundesvorstand der FDP hinterher ohne Gegenstimme:

> „Die Jungen Liberalen sind die Jugendorganisation der F.D.P. Der Bundesvorstand fordert alle jungen Parteimitglieder auf, den Jungen Liberalen beizutreten..."

Nur noch eine Formsache war es, als der Wahlparteitag im Januar1983 in Freiburg diesen Beschluss bestätigte.

Nachgefechte zwischen den national orientierten „*Münter*-Julis" und den „Bundes-Julis" in Berlin folgten. Hierbei verlief der Streit zwischen national-liberalen und demokratisch-liberalen Flügeln. Vor dem Landgericht Berlin hatten Mitte Februar 1983 die Repräsentanten der *Münter*-Julis (angeblich 84 Mitglieder) und der Bundes-Julis (angeblich 54 Mitglieder) sich verglichen, dass die *Münter*-Julis bei den Jungen Liberalen aufgenommen werden. Damit schien der bis dahin zögerlichen Berliner FDP der Weg frei zu sein für die Anerkennung der Julis. Diese erfolgte im August 1983. Eine Mitgliederversammlung des Landesverbandes Berlin der Jungen Liberalen lehnte jedoch im Oktober 1983 die Aufnahme von 51 Mitgliedern der *Münte*r-Gruppe ab. Neben persönlichen Motiven hatte die Furcht vor einer Rechtslastigkeit des Berliner Landesverbandes der Julis zu dieser Entscheidung geführt. Das hatte damit zu tun, dass viele in der FDP verbliebene ehemalige Jungdemokraten Mitglieder der Jungen Liberalen geworden waren und so ihren Einfluss geltend machten. Der verbliebene Verband der Jungdemokraten hatte bereits im November 1982 nach dem Bundesparteitag die Trennung von der FDP beschlossen.

Zweifellos war der Austausch des Jugendverbandes kein von der FDP-Führung geplantes Manöver der 1982er Wende, sondern ein selbständiger Prozess.

1. Mit ihrer „Zwei-Wege-Strategie" hatten sich die Jungdemokraten schon während der sozial-liberalen Zeit von der Mutterpartei entfernt, ganz sicher nicht in der Absicht, eine CDU/CSU/FDP-Koalition in Bonn vorzubereiten.
2. Das Verhalten der Parteiführung den Jugendorganisationen gegenüber war unsicher und abwartend; Ausdruck einer bewussten Strategie war das nicht.
3. Gerade auch solche Politiker, die sich gegen die Wende zur Wehr gesetzt hatten wie *Hildegard Hamm-Brücher* oder *Gerhart R. Baum* wandten sich von den DJD ab und den Julis zu.
4. Die Ausgrenzung der Berliner *Münter*-Gruppe zeigte, dass die Julis mehr ein demokratisch-liberaler Verband als ein willfähriges Instrument der liberal-konservativen Koalition sein wollten.

[397] Interview am 10. März 1982 in der „Augsburger Allgemeinen"

Währenddessen hatte der Koalitionswechsel das Abstoßen der DJD und die Formierung der Jungen Liberalen zu einer wirklichen Nachwuchsorganisation der FDP gefördert. Die Julis passten zur neuen Lage, weil sie nicht wie einst die Jungdemokraten in der FDP das kleinste Übel, sondern eine Partei sahen, von deren Grundsätzen sie angetan waren. Die Julis wollten „Hefe im Teig der FDP sein", wie es deren Vorsitzender von 1984, *Guido Westerwelle*, formulierte. Von der neuen Jugendorganisation der FDP wurden deren alte Themen aufgenommen und der Partei implementiert: *Westerwelle* sagte als Juli-Vorsitzender,

- die FDP solle nicht nur Mehrheitsbeschafferin, sondern auch Programmpartei sein;
- die FDP müsse der Gefahr entgehen, zur Wirtschafts-Lobby-Partei zu werden und
- die FDP solle ihre Rolle als Freiheits- und Fortschrittspartei entfalten.

Während die Jungen Liberalen in die Rolle der FDP-Jugendorganisation geschlüpft waren, bildeten die verbliebenen Jungdemokraten den Kern der FDP-Abspaltung „Liberale Demokraten" (LD). Schon am Rande des Berliner Parteitages der FDP 1982 warben ehemalige DJD-Vorsitzende wie *Theo Schiller* und *Christoph Strässer* für die neue Partei. Die Bemühungen dieses Werbens galten vor allem den 2000 Mitgliedern der „Liberalen Vereinigungen", die sich aus Protest gegen die „Wende-Politik" gebildet hatten. Der Abspaltung traten in der FDP verharrende Kritiker der Wende wie *Gerhart R. Baum*, *Liselotte Funcke* und *Uwe Ronneberger* entgegen. Andere wie die Bundestagsabgeordneten *Helga Schuchardt*, *Ingrid Matthäus-Maier*, *Friedrich Hölscher* oder eben *Günter Verheugen* verließen zwar die FDP, arbeiteten fortan aber für die SPD – teils als Mitglieder, teils als Parteilose. Diesen wurde von Jungdemokraten vorgeworfen, sie setzten auf die „Pensionssicherungs-Lösung". Es gelang im Vorfeld der Parteigründung der LD nicht, alle Repräsentanten und Anhänger des sozial-liberalen Flügels der FDP zu gewinnen.

Die Partei LD wurde am 28. November 1982 in Bochum bei einer Bundeskonferenz der Liberalen Vereinigungen gegründet. 30 von 1500 Kongressteilnehmern stimmten gegen die neue Partei. Zuvor hatte *Helga Schuchardt* gewarnt, die Parteigründung würde der SPD schaden und der CDU nützen. Zum Bundesvorsitzenden wurde der ehemalige hessische Landtagsabgeordnete der FDP, *Ulrich Krüger*, gewählt. Der 87-jährige *William Borm* (s. Kapitel 3) wurde Ehrenvorsitzender.

Die politischen Perspektiven der Partei waren unklar. Während sich *Krüger* gegen eine Beteiligung an der Bundestagswahl 1983 wandte, beschloss die Konferenz: „Die neue Partei hat das Ziel, bei der nächsten Bundestagswahl zu kandidieren." Wie angesichts der wenig erfolgversprechenden Erfahrungen mit früheren FDP-Abspaltungen die Existenz der LD gesichert werden sollte, war nicht klar. *Theo Schiller* meinte, in ökologischen Fragen bei den „Grünen" und bei der Sicherung des Sozialstaates bei den Sozialdemokraten Bündnispartner zu finden. Manche hielten derartiges für „Traumgespinste". Die FDP verabschiedete einen Unvereinbarkeitsbeschluss. Zugleich wurde betont, die bundesweit bestehenden Liberalen Vereinigungen wären keine Organisationen der FDP. Diese Vereinigungen sollten Gesprächsplattformen für die in verschiedene Richtungen versprengten Sozial-Liberalen sein. Ihre Vorsitzende war *Helga Schuchardt*.

Bei den Liberalen Demokraten bildeten sich Landesverbände. So schlossen sich am 18. Dezember 1982 in Berlin knapp 100 Personen zusammen: Ein Artikel in der alternativen „Tageszeitung" – „taz" – charakterisierte das Selbstbild der LD:

„Als außerparlamentarische Opposition wollen sie das linke Spektrum um eine weitere Gruppierung bereichern. Ihr Programm enthält denn auch, was linke Programme zu bieten pflegen –, den Verzicht auf die Stationierung von Mittelstreckenraketen und die Nutzung von Atomenergie, die 35-Stunden-Woche und das Wahlrecht für Ausländer. Ob Sekte oder nicht, wir sprachen darüber mit dem frisch gewählten 32-jährigen Vorsitzenden *Rainer Konrad Bachmann*.

– Warum habt Ihr in Berlin eine Zweigstelle der Liberalen Demokraten aufgemacht?

Die meisten Gründungsmitglieder sind Ehemalige aus der FDP, die die unglaubwürdige Politik der FDP-Spitze nicht mehr nachvollziehen konnten und denen klargeworden ist, dass die Zusammenarbeit zwischen Wirtschafts- und Sozialliberalen nicht mehr möglich ist. ...

– Die Liberalen Demokraten drohen doch zwischen einer grünfreundlichen SPD und sozifreundlichen Grünen zerrieben zu werden.

Das ist ein Punkt, der uns schwer zu schaffen macht. Es gibt aber einen Haufen Leute links von Rechts, die der SPD nicht trauen, aber auch von Grünalternativ nicht überzeugt sind. Der Rest, der dazwischen steht, wird von uns aufgenommen...“[398]

Das Hauptmotiv für die Gründung der Liberalen Demokraten ist offensichtlich gewesen, eine organisatorische Basis für den Kampf gegen den neuen Kurs der FDP zu haben. Die LD waren das Auffangbecken jener FDP-Dissidenten, die in liberaler Parteiarbeit so weit sozialisiert waren, dass sie einerseits sich nicht mehr in das soziale Klima einer anderen Partei einfinden mochten, andererseits Gremienarbeit in einer liberalen Organisation nicht missen wollten. Die LD war ein reines FDP-Produkt. Über private Kontakte, über die Liberalen Vereinigungen und über andere Verbindungen[399] bestanden Beziehungen zu in der FDP verbliebenen sozial-liberalen Mitgliedern fort. Die Zahl der Mitglieder wurde zwischen 1000 und 4000 angegeben. Die Tabelle 41 zeigt, dass sich die LD an den meisten ihrer Gründung folgenden Wahlen nicht beteiligt haben. Dort, wo sie kandidierten, taten sie das, um der FDP zu schaden. Ihre mageren Wahlergebnisse erfüllten diesen Zweck jedoch nicht.

Tab. 41: Wahlbeteiligungen und -ergebnisse der LD im Vergleich zur FDP 1983 - 1985 (Ergebnisse in %)

Wahl	**Monat/Jahr**	**LD**	**FDP**
Bundestag	3 / 83	-	6,9
Rheinland-Pfalz	3 / 83	-	3,5
Schleswig-Holst.	3 / 83	-	2,2
Hessen	9 / 83	0,4	7,6
Bremen	9 / 83	0,43	4,59
Baden-Württemb.	3 / 84	-	7,2
Europa	6 / 84	-	4,8
Saarland	3 / 85	-	10,0
Berlin	3 / 85	0,1	8,4
NRW	5 / 85	-	6,0

Zur Konsolidierung der FDP bis 1985 trugen u.a. „Wählerinitiativen“ bei, die sich als Verstärker des Meinungsumschwungs betätigten. Besonders auffällig waren die Aktivitäten

[398] Die Tageszeitung, 20. Dezember 1982, Außerparlamentarisch zwischen AL und SPD

[399] So war 1985 der Vorsitzende des „Vereins Liberaler Kommunalpolitiker“ (VLK)in Berlin FDP-Mitglied und Abgeordneter, sein Stellvertreter aber war ein LD-Funktionär. Die VLK stand FDP-Mitgliedern, Parteilosen und auch LD-Mitgliedern offen.

einer Initiative „Bürger für Berlin“, die sich am 10. Dezember 1984 gebildet und ab Januar 1985 für die Wahl der FDP geworben hatte. Hebammendienste bei der Gründung dieser Initiative hatten neben Berliner Politikern *Otto Graf Lambsdorff* und die damalige FDP-Schatzmeisterin *Irmgard Adam-Schwaetzer* geleistet. Zur Gründung war es gekommen, weil die FDP in der Stadt an der 5%-Grenze zu scheitern drohte und eine Koalition der SPD mit den Alternativen möglich schien.

So kamen in der Stadt etwa 200 Personen aus „Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft“ zusammen mit dem Ziel, die Fortsetzung der CDU/FDP-Koalition zu sichern. Mit dem Slogan „Diesmal FDP“ wollte man 10.000 bis 12.000 Wähler werben. Einer der Initiatoren war *Peter Herlitz*, Vorstandsmitglied des gleichnamigen Unternehmens für Schul- und Bürobedarf. Weiterhin gehörten zu den Aktiven der Unternehmer *Donald Herbst* und der Verkaufsleiter eines Großunternehmens, *Peter Lorenz*. *Herlitz* begründete sein Engagement wie folgt: Dass die CDU die absolute Mehrheit in Berlin erringe, sei „illusorisch“. Sonst würde er wie üblich die CDU wählen. Nun aber müsse er mit einer Zweitstimmenkampagne der FDP helfen, „damit der Senat unter *Eberhard Diepgen* (CDU) weiter regieren kann.“ Dieser Einsicht hätten sich Ende Februar 1985 5.000 bis 6.000 Berliner angeschlossen, welche die Initiative verbal oder mit Spenden – „keine Spendenquittung“ – unterstützten. Unter diesen Sympathisanten befänden sich sowohl CDU- als auch SPD-Anhänger. Auch von außerhalb käme Unterstützung, so habe ein Unternehmer aus Hamburg 2.000 DM gespendet und weitere 10.000 DM versprochen. Nachdem es im Vorstand seines Unternehmens – so *Herlitz* weiter – anfänglich nur 3 Stimmen gegeben habe, unterstützten nun alle 15 Mitglieder des Gremiums seine Initiative. Selbst der Betriebsrat habe Verständnis bekundet, denn die Fortsetzung der CDU/FDP-Wirtschaftspolitik sichere Arbeitsplätze.[400]

Wochen vor der Wahl warb die Initiative mit Zeitungsanzeigen für die FDP. Mit Foto, Namen, Alter und Beruf bekannten sich Persönlichkeiten zur FDP oder forderten zu deren Wahl auf. Beispielhaft dafür waren die 3 Sprecher der Initiative *Herbst*, *Herlitz* und *Lorenz* mit einer viertelseitigen Anzeige im Berliner „Tagesspiegel“ mit der Überschrift „DARUM ergreifen Parteilose Partei!“ *Herlitz* sprach die „lieben CDU-Freunde“ an, *Lorenz* die „lieben SPD-Freunde“ und *Herbst* die „verehrten Mitbürger“. *Herlitz* bekundete, er habe „lange darüber nachgedacht“, wie er als Stammwähler der CDU auch diesmal der Union helfen könne. Das Stimmenpotential außerhalb der CDU-Anhängerschaft könne für die FDP möglicherweise nicht ausreichend sein, die absolute Mehrheit für die CDU sei ein „unrealistisches Ziel“, und daher benötige die FDP diesmal Stimmen von der CDU, „die wenn auch nicht vom Herzen, so doch vom Verstand kommen.“ *Lorenz* war sich als alter „SPD-Wähler“ nicht sicher, ob die Berliner SPD nach der Wahl mit den Alternativen kooperieren wolle. Daher:

> „Die Zweitstimme geben Sie der F.D.P., dann kommt sie über die 5%. Das ist jetzt schon fast sicher. Als kleiner Partner, der die CDU als liberaler Partner ergänzt, geht`s dann weiter, bis wir wieder SPD wählen können, – wie in guten Zeiten.“

Herbst bezeichnete sich als „Wahlkämpfer auf Zeit“.

> „Der Grund ist einfach: Ohne die F.D.P. wird unsere Stadt nach dem 10. März unregierbar werden. ... Setzen Sie Ihre Stimmzettel sinnvoll ein: Geben Sie die Erststimme (weißer Stimmzettel)

[400] Berliner Morgenpost, 24. Februar 1985, Berliner Unternehmer mischt im Wahlkampf kräftig mit

> einer der großen Parteien. Und wählen Sie, unabhängig von der Erststimme mit Ihrer Zweitstimme (grüner Stimmzettel) die F.D.P.“

Die FDP als Mehrheitsbeschaffer der Union: Die Berliner Initiative von Multiplikatoren aus „Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft“ hatte die Rolle der FDP in der Phase der Koalition mit der Union ab 1982 auf den Punkt gebracht, auch überregional. Die liberale Partei überlebte mit Hilfe von Anhängern der Union die Ära *Kohl*. Andernorts bildeten sich ähnliche Initiativen und schufen Situationen, in denen sich die eigentlichen Parteiorganisationen der FDP ins Abseits gedrängt fühlten und dazu neigten, „aus Trotz“ gegen die neuen „Freunde“ Beschlüsse zu fassen, die diesen nicht passten. Das waren keine idealen Voraussetzungen für dauerhafte Bündnisse.

Der Exodus eines großen Teils des sozial-liberalen Flügels der FDP, dessen Abgang in verschiedene Richtungen einerseits und das Entstehen einer neuen – gemäßigt-kritischen – Nachwuchsorganisation sowie die Ansiedlung mittelständisch-unternehmerischer Interessen entweder direkt in der Partei oder in deren Vorfeld markieren die neue Lage der FDP nach 1982. Die von der Studentenbewegung inspirierten und vor allem von *Karl-Hermann Flach* übernommenen radikal-demokratischen Politikinhalte waren in der FDP irrelevant geworden. Die „Reform des Kapitalismus“ war keine Thema mehr – nunmehr hieß es in der FDP „Weniger Staat, mehr Markt“. Auf die praktische Politik hatte das wenig Auswirkungen. Die bis 1998 unter *Helmut Kohl* amtierenden Regierungen entwickelten weder den Mut noch die Kraft, der FDP zu folgen und eine konsequente Deregulierungspolitik zu betreiben. Statt dessen wurde der Sozialstaat wie im Falle der Pflegeversicherung ausgebaut und notwendige Reformen mit Parolen wie derjenigen von der sicheren Rente verhindert. Die in Angriff genommene Steuerreform scheiterte im Bundesrat an den parteipolitischen Kalkülen des SPD-Riegenführers *Oskar Lafontaine*. Die FDP schluckte alles aus Existenzangst und wähnte sich sicher in ihrer Rolle als notwendiger Mehrheitsbeschaffer der Union.

1990 wäre es mit dieser Konstellation wohl nicht weiter gegangen, hätte es nicht das epochale Ereignis der deutschen Wiedervereinigung gegeben. Im Unterschied zu den Konkurrenten von der SPD und von den Grünen hatten vor allem *Helmut Kohl* und *Hans-Dietrich Genscher* den „Mantel der Geschichte“ gesehen und ergriffen. So kam es zum triumphalen Wahlsieg der Koalition bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990. Doch in der Mitte der neunziger Jahre wurde die programmatische Enge und schmale Basis der FDP im Wahlvolk – besonders im Osten – deutlich. Die FDP verlor nicht nur eine Landtagswahl nach der anderen, auch die aus den Blockparteien stammenden Neumitglieder aus dem Osten verließen die Partei fast vollzählig.

6.4 Orientierungssuche in der Opposition

Die Bundestagswahl 1998 brachte der FDP nicht nur Machtverlust, sondern ihr war der Bündnispartner abhanden gekommen. Mit der Abwahl war die CDU/CSU/FDP Koalition unter *Helmut Kohl, Theo Waigel* und *Klaus Kinkel* beendet, und die CDU geriet in den Strudel einer von einem Diadochenkampf durchwobenen Spendenaffäre. *Angela Merkel* nutzte die Aufdeckung schwarzer Kassen beim gestürzten *Helmut Kohl* und in der der CDU ebenso wie die Ungeschicklichkeiten des „Kronprinzen“ *Wolfgang Schäuble* für sich aus und setzte sich an die Spitze der Partei.

Die FDP musste aufpassen, dass sie nicht in den Sog der CDU-Krise geriet, denn Vorwürfe aus den Medien und dem rot-grünen Lager zielten auf die gemeinsamen Regierungsgeschäfte des konservativ-liberalen Bündnisses. So distanzierte sich die FDP von ihrem bisherigen Partner. Ihr Vorsitzender versicherte Anfang 2000, bei der FDP gäbe es keine schwarzen Kassen und Schmiergelder. Man habe aus der Verurteilung des früheren Schatzmeisters *Otto Graf Lambsdorff* bei der „Flick-Affäre" die richtigen Schlüsse gezogen. Man empfände keine Schadenfreude über das Desaster der CDU, aber im Deutschen Bundestag sei nun einmal das Gewicht der FDP als Oppositionsfraktion gestiegen. Und – so fügte der Vorsitzende hinzu – ein paar Prozentpunkte mehr müsste die FDP nun wohl bekommen. Der Grund für diese sanfte Kritik an der CDU war, dass die FDP auf irritierte CDU-Anhänger hoffte.

Damals hoffte die FDP auch, als Ersatzkoalitionär der SPD ins Spiel zu kommen und die Grünen zu verdrängen. Nachdem die CDU mit *Roland Koch* noch vor dem Spendenskandal am 7. Februar 1999 mittels einer Unterschriftenkampagne gegen die geplante doppelte Staatsbürgerschaft in Hessen einen Sieg gegen die Landesregierung unter *Hans Eichel* errungen hatte[401] und die rot-grüne Mehrheit im Bundesrat gekippt war, schwenkte die Bundesregierung in der Staatsbürgerschaftsfrage auf von der FDP unterbreitete Vorschläge ein. In einer für die Grünen wichtigen Frage hatte sich die FDP bei der SPD durchsetzen können. Das schien Perspektive zu haben, zumal der Kompromiss über die damalige SPD/FDP-Koalition in Rheinland-Pfalz entwickelt worden war.

Ähnlich perspektivisch für die FDP schien es zu sein, als Bundeskanzler *Gerhard Schröder* im Juli 1999 seinen früheren Kanzleramtsminister *Bodo Hombach* von seinem Amt als Beauftragten für Verhandlungen über die Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter entband und *Otto Graf Lambsdorff* diese Aufgabe übertrug. Die Verhandlungen zwischen der deutschen Industrie, der Bundesregierung und den Anwälten der Opfer sowie deren Verbände waren unter *Hombach* nicht voran gekommen. *Lambsdorffs* Kontrahent war der Vizefinanzminister der USA, *Stuart Eizenstat*. Nach mühsamen Verhandlungen, immer wiederkehrenden Appellen an die deutsche Wirtschaft und Schwierigkeiten mit der US-Justiz erreichte *Lambsdorff* schließlich, dass 10 Mrd. DM für die Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" zur Auszahlung an ehemalige Zwangsarbeiter bereit standen. Gegen einige Stimmen aus der CDU/CSU wurde am 30. Mai 2001 im Deutschen Bundestag so beschlossen, und der Bundeskanzler dankte *Lambsdorff* für seine Verhandlungsführung.

Lambsdorff, der Ehrenvorsitzende der FDP, hatte einen wichtigen Dienst getan. Aber seiner Partei nützte das nichts. Kurz vor der Abstimmung im Bundestag war *Guido Westerwelle* am 4. Mai 2001 zum neuen FDP-Vorsitzenden gewählt worden. Er schien keine Hoffnungen zu haben auf eine Ablösung der Grünen als Partner der SPD, denn er sprach von der FDP als einer eigenständigen und unabhängigen Partei „für das ganze Volk": Das Projekt 18 kündigte sich an. Die Hoffnungen der FDP, die Grünen von der Seite der SPD verdrängen zu können, schwanden, denn diese entfernten sich in der Regierung rasant von ihrer Vergangenheit als Fundamentalopposition. Schon auf ihrer Außerordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz am 13. und 14. Mai 1999 hatten Bündnis 90 / Die Grünen einer deutschen Beteiligung an der NATO-Luftoffensive gegen Jugoslawien – wenn auch mit der Option für eine befristete Feuerpause – zugestimmt. Am 16. November 2001 griff der Bun-

[401] Die Ergebnisse: CDU 43,4% (+ 4,2% gegenüber 1995), SPD 39,4% (+ 1,4%), FDP 5,1% (-2,3%), B`90 / Grüne 7,2% (-4,0). *Roland Koch* bildete zusammen mit der FDP unter *Ruth Wagner* die neue Koalition.

deskanzler zur Vertrauensfrage, mit der er von der Koalition und damit auch von den Grünen die Zustimmung zur Bereitstellung der Bundeswehr beim Kampf gegen den Terrorismus erzwang. 336 Abgeordnete aus der rot-grünen Koalition stimmten dafür, damit hatte der Kanzler die von ihm begehrte „eigene Mehrheit" erhalten. Die Grünen trugen die Grundzüge der SPD-Politik *Gerhard Schröders* – trotz des Auftretens einiger Abweichler – mit. Ein Ersatzkoalitionspartner wurde überflüssig.

Das erkannte die FDP. Zwar war *Westerwelle* noch einmal als Gast im Bundeskanzleramt zu sehen, doch eine politische Option war damit nicht verbunden. Zur Bundestagswahl 2002 standen die SPD und die Grünen eindeutig „Seit an Seit", und der FDP-Vorsitzende weigerte sich – wie es der Kanzlerkandidat der Union *Edmund Stoiber* gerne gehabt hätte – seiner Partei eine Koalitionsaussage mit der Union zu empfehlen. Die FDP-Spitze steigerte sich in das Projekt 18, verzehrte sich im Machtkampf zwischen *Möllemann* und *Westerwelle* und setzte dem Anspruch der FDP, „Partei für das ganze Volk" zu sein, eine Realsatire entgegen, was am Abend der 15. Bundestagswahl am 22. September 2002 auffiel: 7,4% satt 18%, die Wachablösung verpatzt. Die FDP war sehr allein.[402]

Das Projekt 18% hatte der FDP keine neuen Bündnispartner gebracht, aber einen Zulauf jüngerer Bürger, die von dieser Art der Mediatisierung der Politik angetan waren. Ihnen schien die „Spaßpartei" modern zu sein, interessant und nicht muffig. In seiner über „Sat 1" ausgestrahlten Comedy-Show ließ *Harald Schmidt* während Wahlkampfes sein Publikum jeweils über Parteipräferenzen abstimmen, und stets erzielte die FDP sehr gute Werte, oft sogar die Mehrheit allen anderen Parteien gegenüber. Innerparteilich waren es besonders die jüngeren Mitglieder, welche die „18%"-Kampagne mittrugen. Viele von ihnen hatten die blaue „18" auf gelbem Grund als Anstecker am Revers oder zierten sich mit einem gelben Band, das außen sich wiederholend mit der blauen „18" und dem neuen FDP-Logo (ohne Pünktchen) und innen sich ebenfalls wiederholend und in blau mit der Aufschrift „www.fdp.de" bedruckt war. Wie einst die Parteiabzeichnen in der DDR nach der Wende verschwanden diese Devotionalien der Spaßpartei nach der Bundestagswahl schlagartig aus dem Bild von FDP-Versammlungen. Ähnlich war es bei der Mitgliederentwicklung. Stolz berichtete *Guido Westerwelle* noch im November 2003:

> „Seit dem Mai 2001 hat die FDP bis heute über 14.000 Eintritte zu verzeichnen. Knapp die Hälfte davon sind jünger als 35 Jahre."

Jedoch:

> „Im Jahr 2003 ist die Zahl der Mitglieder bisher allerdings rückläufig."[403]

Nach der Bundestagswahl war die besonders junge Menschen ansprechende mediale Faszination der FDP erloschen. Die Parteiführung verarbeitete ihre Niederlage projektiv in der Auseinandersetzung mit dem zum Sündenbock erkorenen *Jürgen W. Möllemann.* (s. Kapitel 2) In der Dramatik der Auseinandersetzungen fiel nicht auf, wie voreilig die Äußerungen der Partei in der vorherigen Legislaturperiode gewesen waren, die FDP hätte aus der

[402] Zurzeit von 1998 bis 2002 s. Christoph Egle / Tobias Ostheim / Reimut Zohlnhöfer, Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998 - 2002,Wiesbaden 2003

[403] Guido Westerwelle, Für die freie und faire Gesellschaft. Positionsschrift, Berlin, 3. November 2003, S. 34

„Flick-Affäre“ gelernt. Im größten Landesverband der FDP, Nordrhein-Westfalen, wurde – wenn auch mit *Möllemann* als Schuldigem – ein Finanzskandal offenbar. (s. Kapitel 4)

Möllemann spekulierte mit dem Projekt der Gründung einer neuen Partei. Oder bluffte er? Natürlich wusste der Münsteraner, dass alle Versuche einer Ausgründung aus der FDP gescheitert waren. So waren seine Andeutungen in diese Richtung eher innerparteilich zu verstehen, solange er der Partei angehört hatte. Doch selbst in der Zeit nach der Wahl 2002 war eine mögliche Konkurrenz-Partei nicht die oberste Sorge der FDP-Parteiführung: Auch dort konnte man die Chancen einer Ausgründung einschätzen.

Die Katerstimmung nach der „18%“-Euphorie ließ die FDP nicht sonderlich attraktiv erscheinen. So sanken die Sympathiewerte immer tiefer, und bei einem Hoch der Union blieb für die FDP gerade noch Platz, um 2003 bei den Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit Zuwächsen gewählt zu werden. In Bremen und Bayern scheiterte sie jedoch.

Nach dem Tode *Möllemanns* verblasste das Bild der FDP. Der Vorsitzende schien erschöpft vom Machtkampf mit seinem Rivalen und dessen tragischem Ende. Derweil nutzten die Regierung und die Unions-Opposition das „Zeitfenster“ nach der Bayern-Wahl am 21. September 2003:[404] Es stand ein längerer Zeitraum ohne Landtagswahlen bevor, und den erfasste die Regierung mit dem Start ihres Reformpakets „Agenda 2010“, während die Union sich mit ihrer Mehrheit im Bundesrat als Schiedsrichterin des Verfahrens darstellte. Gleichzeitig lief nach dem bayerischen Wahlergebnis alles darauf hinaus, dass bei der 2004 fälligen Wahl des Bundespräsidenten die Union mit ihrer Mehrheit in der Bundesversammlung das Verfahren beherrschen werde. In den Mittelpunkt der Reformdiskussion im Vermittlungsausschuss rückten die Großparteien – die FDP war ausgeblendet.

Der Spielraum der FDP im Parteiensystem war dadurch eingeschränkt, dass *Gerhard Schröder* für die SPD und *Joschka Fischer* für die Grünen bekundet hatten, sie wollten 2006 gemeinsam für die Fortsetzung der rot-grünen Koalition werben. Die FDP war damit an die Seite der Union gedrängt, obwohl ihr Vorsitzender die „Äquidistanz“ zu den anderen Parteien betonte.

Jetzt betonte *Westerwelle*, bei der Bundespräsidentenwahl wären die Liberalen in einer Schlüsselstellung, denn die Union habe nicht die absolute Mehrheit in der Bundesversammlung. Er plädierte für die Direktwahl des Bundespräsidenten – schon 2004. Gleichzeitig verwies er auf die Rolle der FDP im Bundesrat, denn sie sei in 4 Landesregierungen vertreten: Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Nachdem die Bundesversammlung im Mai 2004 *Horst Köhler* zum Bundespräsidenten gewählt hatte, legte die FDP Wert auf die Feststellung, der Gewählte sei der „gemeinsame Kandidat“ der Union und der FDP gewesen.

Innerparteilich war Unmut gegen den Vorsitzenden und seine Generalsekretärin *Cornelia Pieper* gewachsen. Nach der Bayern-Wahl machte sich als erster der Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus von Berlin, *Martin Lindner*, Luft. In einem auch in der „Zeit“ veröffentlichen Papier[405] klagte er die Halbherzigkeit der Parteiführung an. In der Irakpolitik habe die FDP vor lauter Ängstlichkeit keine klare Position. Bei der Reformdebatte habe sich die FDP „in den Geruch des Klientelismus“ gebracht. Sie sei gegen die Öffnung der

[404] Die CSU kam auf 60,7%, die SPD auf fast 19,6%, die Grünen waren dank 7,7% im Landtag, und die FDP „verbesserte“ sich von 1,7% auf 2,6%.

[405] Martin Lindner, Die FDP kann mehr! Schluss mit Ängstlichkeit, Klientelpolitik und Oberflächlichkeit, Berlin im Herbst 2003

Flächentarife auch für die Beamten gewesen, habe sich gegen den Internethandel bei Arzneimitteln gewandt, hätte starr am Meisterbrief im Handwerksrecht festgehalten und habe den Subventionsabbau auf Kohle und Stahl beschränken wollen, anstatt ihn auch für die Agrarwirtschaft zu fordern. Außerdem hätte sie versucht, mit populistischen Forderungen zu punkten wie der nach Auflösung der Kultusministerkonferenz oder nach Direktwahl des Bundespräsidenten. *Lindner*:

> „Deutschland braucht keine dritte schwammige Volkspartei, die die Summe aller Partikularinteressen mit dem Gesamtwohl verwechselt."

Die FDP brauche Mut, Konsequenz und Entschlossenheit, „als richtig Erkanntes auch gegenüber Lobbygruppen, die uns üblicherweise nahe stehen, zu vertreten." Angesichts der Gefährdung der FDP durch die 5%-Grenze bei den meisten Wahlen empfahl der Berliner Fraktionsvorsitzende eine mutige, riskante Strategie.

Andere Landespolitiker legten nach: *Wolfgang Kubicki* aus Schleswig-Holstein beklagte, dass die Generalsekretärin *Cornelia Pieper* den Anforderungen ihres Amtes nicht gewachsen sei. In der „FAZ" erschien ein Leitartikel, der die Abwesenheit der FDP in der Reformdebatte beklagte. *Guido Westerwelle* wurde als traumatisiert durch *Möllemann*, *Pieper* als als naiv bezeichnet. So rauschte es durch den Blätterwald. Einige Parteiführer selber nahmen kein Blatt mehr vor den Mund und vergaßen, die liberale Form zu wahren. So warf Frau *Pieper Kubicki* vor, er habe nicht den „Arsch in der Hose", ihr die Vorwürfe ins Gesicht zu sagen, und der stellvertretende Ministerpräsident von Baden-Württemberg, FDP-Präsidiumsmitglied *Walter Döring*, bezeichnete seinen Parteifreund und Präsidiumskollegen aus Nordrhein-Westfalen, *Andreas Pinkwart*, als „Klugscheißerle".

Guido Westerwelle rief die Parteiführungen der Landesverbände und der Bundespartei für Anfang November 2003 zu einer Konferenz nach Berlin. Die Linie der Partei sollte bestimmt, und des Vorsitzenden Führung sollte deutlich gemacht werden. Der legte der Versammlung eine „Positionsschrift" mit dem Titel „Für die freie und faire Gesellschaft" vor.

Das Papier wurde einhellig gebilligt und konnte als Hinweis auf den Kurs der Partei gelten. Ähnlich wie der einstige Widersacher, der Deutschland als einen „Sanierungsfall" bezeichnet hatte,[406] erkannte *Westerwelle*, Deutschland sei in einer „Strukturkrise". Der „Verteilungsstaat" sei am Ende und werde von der „Erwirtschaftungsgesellschaft" abgelöst. „Wir stehen vor einer neuen Gründerzeit. Diese neue Gründerzeit ist das Ziel der FDP." Der Druck für die Veränderung komme nicht von den Rändern, sondern „aus der Mitte der Gesellschaft", sei allerdings in der „Politik noch nicht angekommen." Der „Verteilungsstaat" habe die soziale Gerechtigkeit zum obersten Prinzip erhoben, und herausgekommen sei „Gleichmacherei". Die „Erwirtschaftungsgesellschaft" dagegen sei „frei" und „fair":[407]

„Fair" sei, „wenn Leistung sich lohnt und Fleiß sich auszahlt." Leistung müsse anerkannt werden und dürfe nicht „Neid" hervorrufen. „Fair" sei, wenn „Sozialhilfeempfänger jede angebotene Arbeit annehmen müssen." „Unfair" seien hemmende Tarifvorschriften, „fair" seien Regeln, die im Handwerk „Qualität sichern und Selbständigkeit fördern". „Unfair" sei es, wenn Frauen mit „guter Ausbildung" „als Mütter nicht mehr arbeiten können." Ebenso sei es „unfair", „wenn ein unrentabler Steinkohle-Arbeitsplatz mit durchschnittlich

[406] Jürgen W. Möllemann, Klartext, a.a.O., S. 240
[407] s. John Rawls, a.a.O.

70.000 € jährlich subventioniert wird.“ „Unfair“ sei es, dass ein Student seinen Magister-Titel vom Staat bezahlt bekomme, während „ein 22-jähriger Dachdeckergeselle“ Steuern bezahlen müssen. Es sei „unfair“, dass „Bedenkenträger Bio- und Gentechnologie aus dem Land“ vertrieben. „Unfair“ sei es auch, dass „zu schnelles Fahren kriminalisiert“, „Ladendiebstahl gleichzeitig bagatellisiert“ werde. Natürlich sei es „unfair“, wenn der Staat vorschreibe, wann jemand seinen Laden öffnen dürfe. „Unfair“ sei auch der Länderfinanzausgleich, und „unfair“ seien Politiker, die „bei allem sparen, nur nicht bei sich selbst.“ Um diese „unfairen“ Strukturen abzubauen, habe die FDP 1997 die Wiesbadener Grundsätze vorgelegt, doch keine andere deutsche Partei habe diesen „Gesellschaftsentwurf übernommen.“

Als liberales Credo plädierte *Westerwelle* für „Freiheit vor Gleichheit, Erwirtschaften vor Verteilen und Privat vor Staat“. Unter diesen Voraussetzungen wollte die FDP den Machtwechsel „spätestens im Jahr 2006.“ Dabei wollte die FDP folgende Ziele einbringen:

- Statt einer „Neid-Debatte“ eine „Anerkennungskultur“,
- einfache Steuersätze von 15, 25 und 35%,
- Förderung der „Fleißigen“, Bestrafung der „Faulen“,
- ein „Bürgergeldsystem“ zur Finanzierung von Sozialleistungen,
- volle Rentenzahlung erst ab 45 Jahren Beitragszahlung,
- Privatisierung der gesetzlichen Krankenkassen,
- Ersetzung der gesetzlichen Pflegeversicherung durch Private,
- Privatisierungsgebot für Staatsbesitz,
- mehr direkte Demokratie und direkte Wahl des Bundespräsidenten,
- Bildung als Bürgerrecht,
- „Bekenntnis zu Eliten“ und Wettbewerb im Hochschulsystem,
- Chancen für die Gentechnologie,
- Reduzierung der Zahl der Bundesländer auf 9,
- einen Wettbewerbsföderalismus,
- die Streichung der Gemeinschaftsaufgaben,
- keine Pensionsansprüche für Mandatsträger und
- eine „konzeptionelle“ anstelle einer „ereignisorientierten, reaktiven und schwankenden Außenpolitik.“

Etwas unklar blieb, wie diese Forderungen gemeint waren. Auf einem Landesparteitag in Berlin am 28. November 2003 betonte *Guido Westerwelle* zwar, mit diesem Papier sei die Partei zu Diskussion und Kritik – diese allerdings bitte konstruktiv! – aufgefordert. Als jedoch eine junge Delegierte nicht ganz neben der Sache liegend kritisierte, das Papier enthalte keine Aussagen zur Rechtsstaatspolitik, reagierte der Vorsitzende ironisch-abweisend.

Wie bei den allgemeinen politischen Zielsetzungen entwarf der Vorsitzende auch innerparteilich Vorstellungen, ohne darauf einzugehen, wie deren Verhältnis zur Realität war: Waren sie schon gänzlich oder teilweise verwirklicht, oder sollten sie mühsam realisiert werden? Wohl in Reaktion auf die verbale Kraftmeierei seiner Kollegen dort befand *Westerwelle*, die Mitglieder des Präsidiums übernähmen „als Politikmanager Verantwortung für Themenfelder.“ Dazu müssten sie Kontakt halten „zu den zuständigen Bundesfachausschüssen, den Foren, den Arbeitskreisen der Fraktion, zu den Gliederungen, zum liberalen

Vorfeld sowie zu den Verbänden.“ Auf diese Weise müssten sie „Schlussfolgerungen für die Parteiarbeit“ abliefern. Ein politisches Führungsgremium wie ein Unternehmensvorstand: Für eine politische Partei mutete dieses Konzept etwas weltfremd an.

Eine Mischung zwischen Wunschdenken, Hoffnung und Resignation war die Beschreibung der Position der FDP im Parteiensystem:

1. Die FDP sei die „Bürgerpartei für das ganze Volk.“ An anderer Stelle des gleichen Papiers hieß es, die FDP sei „die Partei für alle im Volk.“ Die SPD leide „unter dem Gegensatz zwischen den Ansprüchen der Realität und den Ansprüchen ihres Programms.“ Die Union sei wirtschafts- und sozialpolitisch „nicht nur zwischen CDU und CSU gespalten.“ Sie bleibe ihrem „konservativen Staatsbild verhaftet.“ Die Grünen hätten von der FDP „die Dienstwagen übernommen, aber nicht das liberale Programm.“ Sie wollten die „Gesellschaft als Besserungsanstalt.“ Und: „Die Grünen sind der natürliche Gegner einer Freiheitspartei.“
2. Dennoch: „Die FDP hat in dieser Legislaturperiode keine strategische Option in der Opposition.“
3. Aber die FDP wollte „die neue Wende“. Die FDP habe den „Machtwechsel weg von „Rot-Grün“ zum Ziel“ gehabt. „Die FDP will die neue Wende spätestens im Jahr 2006.“[408]

Nach Lage der Dinge konnte der FDP „die neue Wende“ nur mit der Union zusammen gelingen. Die Union jedoch hatte zu dieser Zeit die Chance, es auch ohne die FDP schaffen zu können. So setzte der FDP-Vorsitzende seine Partei im Jahre 2003 der Gefahr aus, aus dem Wunsch nach Selbständigkeit heraus in der Bedeutungslosigkeit – „keine strategische Option in der Opposition“ – zu verharren.

Allen anders lautenden verbalen Beteuerungen zum Trotz hatte sich die FDP erneut in die Rolle des Juniorpartners begeben. Zum einen konnte niemand sich die Erfüllung des FDP-Wunsches nach der Wende 2006 anders als an der Seite der Union vorstellen, weil sich die SPD und die Grünen ja schon gegenseitig versprochen hatten. Zum andern war schon damals bekannt, dass es Erörterungen zwischen den Führungen der Unionsparteien und der FDP gegeben hatte. Es war wahr: Die FDP hatte nach 2002 keine strategische Opposition; wahr war aber auch, dass sie damals noch aus dem Windschatten der Union herauskommen wollte. Auf dem Berliner Landesparteitag 2003 sagte der Bundesvorsitzende der FDP noch, seine Partei gehöre zu keinem „Lager“ – sie sei ein eigenes Lager – fügte aber etwas leiser hinzu: „wenn auch ein noch kleines Lager.“ Nach der Fehlspekulation mit 18% hatte man in der FDP zuallererst Adam Riese wieder entdeckt.

Die Lageanalysen wurden um so nüchterner, je weiter der Rausch der 18% verflogen war. So waren auf dem Bundesparteitag am 5. und 6. Juni 2004 in Dresden neue Töne zu hören, die viele aufhorchen ließen. In seiner Rede sagte *Guido Westerwelle*:

> „Eine Sicherungshaft, also bis zu 2 Jahren Gefängnis auf Verdacht, möglicherweise eines Geheimdienstes, können wir Liberale nicht akzeptieren. Die Union muss wissen, dass sie im Deutschen Bundestag nicht auf die Stimmen der Freien Demokraten zählen kann, wenn sie die Axt an die Wurzel unserer Verfassung legen will, weil sie glaubt, so die Lufthoheit über den Stammtischen erobern zu können.“

[408] Alle Zitate aus Guido Westerwelle, Für eine freie und faire Gesellschaft, a.a.O.

Und weiter:

> „Man wundert sich inzwischen, welche Debatten in Deutschland geführt werden können. Da müssen wir Liberale wachsam sein. Es ist grotesk, wenn Menschen, die sich Intellektuelle nennen, in Zeitungen und Interviews wieder die Folter rechtfertigen."[409]

Der Parteitag hatte diese Passagen begeistert aufgenommen – um so mehr, als durchgesickert war, dass sich der Vorsitzende zuvor im Bundesvorstand dem Drängen, das Thema Rechtsstaat anzusprechen, heftig widersetzt habe. Viele Delegierte empfanden es gar als Beginn einer liberalen Renaissance, als der Fraktionsvorsitzende *Wolfgang Gerhardt* als Leitgedanken einer möglichen FDP-Außenpolitik formulierte:

> „Die Durchsetzung der Gleichheit der Geschlechter, die Ächtung der Gewalt gegen Frauen, der Schutz vor frauenverachtenden und gesundheitsschädigenden Praktiken gegenüber Frauen und Mädchen sind und bleiben Kernfragen unverzichtbarer freiheitlicher internationaler Politik. Es kann keine Ausrede der kulturellen Autonomie akzeptiert werden, die diesen Grundsätzen widersprechen. Menschenwürde ist die Würde jedes Menschen."[410]

Was *Klaus Kinkel* als Außenminister ansatzweise zu implantieren versucht hatte, wollte *Wolfgang Gerhardt* zur Grundlage liberaler Außenpolitik machen. Auch wenn die rhetorischen Bemühungen von *Westerwelle* und *Gerhardt* 2004 in Dresden vielfach als Schaulaufen für die Anwartschaft auf den Posten des Außenministers 2006 interpretiert wurden: Von den damit verbundenen liberalen Profilierungen war die Partei angetan.
Im übrigen: Den Wettlauf um das Auswärtige Amt hätte in Dresden *Wolfgang Gerhardt* gewonnen. Das machte der Ehrenvorsitzende *Walter Scheel* in einer Ansprache nach der Rede des Fraktionsvorsitzenden unter Delegiertenbeifall klar. *Scheel* merkte aber auch – die Hoffnungen Rechtsstaatsliberaler dämpfend – an, dass man abwarten müssen, ob die jetzt vorsichtig formulierten rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Ziele der FDP dereinst tatsächlich erfüllt würden...

6.5 Klientelismus in der Regierung?

Zwischen die schon für 2006 erhoffte schwarz-gelbe Regierung und das rot-grüne Projekt schob sich 2005 – wie berichtet – die „große Koalition", und 2009 kam die FDP zusammen mit der Union wieder an die Macht. (s. Kapitel 2)

Nach der selbstfabrizierten Parole von der „Partei der Besserverdienenden", nach dem „Projekt 18", nach dem Wahn von der „Partei für das ganze Volk" schien die FDP sich 2004 wieder der Vernunft anzunähern. Sie wollte ihr Programm sozial und ökologisch ausrichten. Ein Parteitag kürte *Wolfgang Gerhardt* und nicht *Guido Westerwelle* informell zum kommenden Außenminister. Es schien alles gut zu werden.

Kaum jemand bemerkte es, dass der Parteivorsitzende *Westerwelle* den Fraktionschef *Gerhardt* daraufhin 2006 vom Thron stieß und die FDP zur Einmannpartei machte. Es

[409] Guido Westerwelle, Rede auf dem 55. Ordentlichen FDP-Bundesparteitag am 5. Juni 2004 in Dresden; in: fdk – freie demokratische korrespondenz, S. 9
[410] Wolfgang Gerhardt, Rede auf dem 55. Ordentlichen FDP-Bundesparteitag am 6. Juni 2004 in Dresden; in: fdk – freie demokratische korrespondenz,

störte auch wenig, dass die Partei zurückkehrte zu ihrer alten Funktion als Mehrheitsbeschafferin für die CDU/CSU. So wurde der beliebte *Horst Köhler* als Bundespräsident wieder gewählt. Und *Angela Merkel*, von der viele meinten, sie habe sich in der „großen" Koalition zur Sozialdemokratin verstellt, erklärte ein Bündnis mit der FDP zu ihrem Traum.

Am 27. September votierten 14,6% für die FDP. Zugleich konnte die SPD 23% hinter sich bringen. Sie hatte sich der FDP angenähert. Und die Union kam auf 33,9%: nicht gerade ein Traumergebnis für die Partei *Konrad Adenauers*.

Union und die FDP jubelten. Es reichte für „Schwarz-Gelb". Da realisierte die FDP, dass sie das beste Bundestagswahlergebnis ihrer Geschichte erzielt hatte, und der Union dämmerte, dass es mit ihr bergab gehen könnte.

Wie aber konnte es kommen, dass so viele Bundesbürger denen, die sich „die Liberalen" nannten, ihre Stimme gegeben hatten in einer Zeit, in der die liberale Wirtschaftsordnung ohne keynesiatisch anmutende Rettungspakete der Staaten implodiert wäre? Sie wollten in diesen Krisenzeiten offensichtlich ihren Status retten und hoben jene aufs Schild, die ihnen dafür die besten Versprechungen machten.

Steuersenkungen und Deregulierungen: Das war´s! Wer so etwas vor der Wahl versprach, würde danach wohl kaum das Gegenteil tun. Mit ihren 14, 6% schwoll der FDP der Kamm. Sie trotzte der CDU, teilweise sekundiert von der schwankenden CSU aus Bayern, ihr Wahlprogramm ab. Steuersenkungen mussten sein, verkündeten die FDP-Führer, dann würden mittelfristig auch die zu kurz gekommenen „Leistungswilligen" davon profitieren.

Der Traum der Kanzlerin geriet zum Alptraum. So viel Übersicht hatte sie jedoch schon, dass sie *Wolfgang Schäuble* zum Finanzminister machte. Der legte den Steuerplänen der neuen Verbündeten einen Riegel vor, verwies auf kommende „Steuerschätzungen" und zog die FDP auf seine Seite, indem er auf den Mai 2010 verwies. Dann würden in Nordrhein-Westfalen Wahlen sein, und im bevölkerungsreichsten Bundesland mochte „Schwarz-Gelb" ungern die Macht abgeben.

Der FDP-Vorsitzende hämmerte den Seinen ein: „Versprochen – gehalten!". Groß war der Jubel der Basis. Die Partei, die 11 Jahre lang im „Mist" der Opposition gelebt hatte, wollte es jetzt in der Regierung wissen. Also bekam sie einen Aperitif vor dem großen Gang der richtigen Steuerreform serviert. So entstand das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz".

Da geriet das Timing außer Kontrolle. Es wurde bekannt, dass der 79-jährige *August Baron von Finck* seit Oktober 2008 über eine Düsseldorfer Firma 1,1 Millionen € an die FDP überwiesen hatte. *Finck* war im Hotelgewerbe aktiv, und da das Wachstumsbeschleunigungsgesetz unter anderen die Hotelbranche bediente, sah es so aus, als habe die FDP den *Fincks* „geliefert".

Das war schlecht gelaufen. War das ein Anfangsfehler, wie ihn jede neue Regierungspartei begeht? Eher schien das symptomatisch zu sein, denn eine Partei, die in den Flick-Skandal Anfang der achtziger Jahre verwickelt war, sollte aus Schaden klug geworden sein. Oder steckte so etwas in ihr drin? Dann wäre die FDP tatsächlich eine Klientelpartei.

Eigentlich hatte es so ausgesehen, als würde sich die FDP wandeln. Auch der Parteivorsitzende zeigte vorübergehend so etwas wie Lernwilligkeit. Nie wieder wollte er mit einer „18" an den Schuhsohlen auftreten und nie wieder Kanzlerkandidat sein.

Doch die 14,6% machten ihn und die anderen FDP-Führer trunken. Eine zeitlang hatte es geschienen, als würde sich die FDP zu einer liberalen Partei wandeln, für die es keine Klientelpolitik gibt. Doch sie bewegte sich dann doch nicht.

Beim Dreikönigstreffen 2010 sah es zunächst so aus, als habe die FDP ihren Status als Einmannpartei überwunden. Neue Personen betraten die Bühne. Doch nachdem *Birgit Homburger* und *Christian Lindner* gesprochen hatten, war klar: alle wie *Westerwelle*.

Wenn das Projekt „Schwarz-Gelb“ mit *Angela Merkel*, *Horst Seehofer* und *Guido Westerwelle* einmal nicht mehr sollte, wird, wird es bei der FDP sicher eine neue Führungsgruppe geben. Wird die dann noch immer wähnen, sie stünde einer „Partei der Besserverdiener“ vor? Wird sie meinen, im Volke gäbe es „Leistungswillige“ und „-Unwillige“? Wird sie nur den „Willigen“ helfen wollen? Und wird sie verkünden, der Staat nähme den Bürgern unsinnigerweise das Geld ab? Wird sie schließlich schweigen, wenn gefragt wird, wie denn der Staat die auch von Liberalen geschätzte Sicherheit und Bildung finanzieren soll?

Oder wird sich die FDP in Zukunft doch bewegen? In diesem Fall würde sie nicht nur die Finanzierung von Sicherheit und Bildung zu ihrem Thema machen, sondern auch die Gerechtigkeit. Denn wie soll eine Gesellschaft das Ideal der klassischen Liberalen erfüllen, dass alle Menschen – auch diejenigen, die nicht die FDP wählen – sich optimal entfalten können? Ohne eine allgemeine Verteilungs-Gerechtigkeit wird das nicht gehen.

Sollte es eines Tages eine erkennbar liberale Sozialpolitik der FDP geben, dann erst hätte die Partei sich bewegt.

2009/2010 startete die FDP mit starker Klientelneigung in die Regierung. Mit dem Versprechen nach Steuersenkungen war sie an die Macht gekommen. Vor der Bundestagswahl hatte sie jedoch deutlich gemacht, dass es zwei Seiten einer Medaille gebe. Steuersenkung verlangt Ausgabenkürzung. Das letztere jedoch wurde für das erste halbe Jahr der neunen Regierung verschoben: mit Rücksicht auf Nordrhein-Westfalen und die Wahlen dort im Mai. Schwarz-Gelb wollte vermeiden, dass die erste Landtagswahl nach der Regierungsbildung im Bund verloren geht, so wie es Rot-Grün 1989 in Hessen ergangen war.

Ausgabenkürzungen durchzusetzen ist jedoch schwieriger als Steuersenkungen zu realisieren. Von wem auch immer: Senkungen werden stets gerne entgegen genommen; gegen Kürzungen werden die Betroffenen – wer auch immer – stets kämpfen.

Das sind Zwänge, die begründen, warum die FDP sich als Programmpartei anders darstellen wird als sie sich als Realpartei präsentiert. Das sind die Gründe, warum sie im April 2010 – vor der Landtagswahl in Düsseldorf – die angekündigten Steuersenkungen reduzierte und ihre Umsetzung verschob.

7 Die FDP als Programmpartei

Während die FDP vielfach als Partei des Pragmatismus erscheint und die Minister und Abgeordnetem dementsprechend handeln, zeigen die Funktionäre der mittleren Ebene ein stärkeres Bedürfnis nach programmatischer Fixierung. So verabschiedete die FDP in der Zeit von 1980 bis 1990 2 Grundsatzbeschlüsse und 6 Wahlprogramme.[411] Die Fachausschüsse formulierten 11 Positionspapiere zur Außen-, Deutschland-, Europa-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, 5 Papiere zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, 13 zur Sozial-, Gesellschafts-, Gesundheits-, Sport- und Medienpolitik, 6 Papiere zur Innen-, Rechts- und Kommunalpolitik, 13 zur Umwelt- Energie-, Agrar- und Verkehrspolitik sowie 13 Programmpapiere zur Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik. Eine Dokumentation der Friedrich-Naumann-Stiftung über diese programmatischen Aussagen der FDP hat einen Umfang von 1014 Seiten.[412]

Fünf Parteiprogramme oder vieldiskutierte Vorlagen dazu – sind mit der Entwicklung der FDP prägend verbunden: das national-liberale „Deutsche Programm" des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen von 1952, das von Hamburg als Gegenposition dazu entwickelte „Liberale Manifest"[413], ebenfalls von 1952, das die Eigenständigkeit der Partei betonende „Berliner Programm" von 1957, die das sozial-liberale Bündnis begründenden „Freiburger Thesen"[414] von 1971, die „Kieler Thesen" von 1977 und die von *Guido Westerwelle* geprägten „Wiesbadener Grundsätze" von 1997. 2010 kündigte der Generalsekretär *Christian Lindner* ein weiteres Programm an. Diese Programme oder Entwürfe werden im folgenden nach ihren Aussagen zu den Themen

- Wirtschaft und Soziales,
- Freiheit und Nation sowie
- Rechtsstaat

[411] Die Parteiprogramme waren das „Liberale Manifest für eine Gesellschaft im Umbruch 1985" sowie die „Wiesbadener Erklärung 1988". Als Wahlprogramme wurden verabschiedet das „Wahlprogramm 1980",die „Wahlaussage 1983", der „Europawahlaufruf/10 Thesen zur Europäischen Einigung", die „Wahlplattform 1987", die „F.D.P.-Leitsätze zur Europawahl 1989" sowie der „Wahlaufruf zur Europawahl 1989". S. Hans-Jürgen Beerfeltz u.a., Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der F.D.P., Baden-Baden 1990, S. XIII

[412] Hans-Jürgen Beerfeltz u.a., a.a.O.

[413] Das Deutsche Programm ist Entwurf des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen geblieben, ebenso das Liberale Manifest – Entwurf des Landesverbandes Hamburg. Die anderen hier untersuchten Texte sind von Bundesparteitagen verabschiedete Programme.

[414] *Wolfgang Lüder* gehörte zum Kern der Programmkommission, die die Freiburger Thesen vorbereitete. Dass der Programmansatz neu war, liegt für *Lüder* auch daran, dass *Karl-Hermann Flach* – „ein unglaublicher Mensch" und *Werner Maihofer* die Arbeit prägten: „*Maihofer* hatte den alten akademischen Arbeitsstil: Wir kriegten unsere Schularbeiten, so dass wir den gleichen Stand des Wissens hatten."

untersucht.[415] Diese Themen sind zentral für den Liberalismus, und es ist von Interesse zu sehen, wie sich ihre Konkretisierungen über die Epochen der FDP-Geschichte hinweg gehalten oder verändert haben.

7.1 Wirtschaft und Soziales

Mit dem Satz

> „Die Wirtschaft hat die materielle Existenz des Volkes zu sichern und der Hebung des Lebensstandards jedes einzelnen zu dienen.“,

leitet das *Deutsche Programm* seinen wirtschaftlichen Abschnitt ein. Gedacht ist an eine Wirtschaftsform, die auch einer „sozialen Verpflichtung“ gerecht zu werden habe. Eine solche Wirtschaftsordnung sei die „sozialverpflichtete Marktwirtschaft.“ Grundsteine dieser sozial verantwortlichen Marktwirtschaft seien die Achtung und „Anerkennung des Eigentums“, die „schöpferische Initiative“ des Einzelnen, die „unternehmerische Persönlichkeit“, die „verantwortliche Mitarbeit der Arbeitnehmerschaft“ sowie die „sittliche Gebundenheit des einzelnen an das Wohl der Gesamtheit.“ Das Deutsche Programm bekennt sich zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung, die auf der Freiheit der Persönlichkeit, dem Privateigentum sowie dem Wettbewerb beruhe. Eine solche Wirtschaftordnung sei in der Lage, wachsenden Wohlstand, soziale Sicherheit sowie Gerechtigkeit zu sichern. Ablehnung finden wirtschaftliche Vorstellungen, die eine Kollektivierung oder Verstaatlichung der Produktionsmittel forderten. Solche wirtschaftlichen Vorstellungen würden in der Praxis versagen und führten darüber hinaus zum „entrechteten Menschen.“

Nach der grundsätzlichen Befürwortung der sozial verpflichteten Marktwirtschaft finden sich im Entwurf wirtschaftspolitische Forderungen zur Ausgestaltung der Marktwirtschaft: Eine Förderung des Mittelstands in allen Sektoren der Wirtschaft sei wichtig, da sich der Mittelstand „zu allen Zeiten als Grundpfeiler von Volk, Staat und Wirtschaft und als fruchtbare Quelle schöpferischen Nachwuchses“ erwiesen habe. Ebenfalls wird ein „gesunde(s) Bauerntum“ gefordert. Dieses bilde die Lebensgrundlage des Landes.

Neben solchen expliziten Forderungen enthält das Deutsche Programm im Abschnitt „Sozialpolitik“ Aussagen, die auf die soziale Verpflichtung der Marktwirtschaft zielen. Die Marktwirtschaft sei nur dann auch eine „sozialverpflichtete Marktwirtschaft“ und erstrebenswert, wenn für die „schaffenden Menschen“ folgende Bedingungen erfüllt seien:

> „Schutz vor Ausbeutung“, „Erhaltung seiner Arbeitskraft“, „Sicherung seines Arbeitsplatzes gegen wirtschaftliche Willkür“, „Vorsorge für Krankheit und Alter“, ein der „Leistung entsprechender Anteil am Sozialprodukt“ und die „Möglichkeit der Eigentumsbildung.“

Um dieses zu verwirklichen, fordert das Deutsche Programm konkret eine „leistungsgebundene Beteiligung“ der Arbeitnehmer „am erarbeiteten Produktionsertrag“, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb, einen verantwortungsbewussten Umgang des Unternehmers mit seinen Mitarbeitern, die „Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer und Arbeit-

[415] Die Basis dafür bildeten Ausarbeitungen von Christoph Borstel, Falk Petereit und Martin Schley.

geber“, also das „Recht auf Streiks“ und „der Aussperrung zur Durchsetzung oder ... Abwehr wirtschaftlicher Forderungen.“ Streik als „politische(s) Kampfmittel“ wird abgelehnt.

> „Der Grundsatz der Freiheit der Persönlichkeit und ihres Schutzes … muss auch für die wirtschaftliche Betätigung aller Bürger gelten. Die politischen Freiheitsrechte sind nicht gewährleistet, solange die wirtschaftliche Betätigung der persönlichen Entscheidungsfreiheit entzogen ist.“

Mit dieser Feststellung wird der wirtschaftliche Teil des *Liberalen Manifestes* eingeleitet. Es bekennt sich zur Marktwirtschaft als dem leistungsfähigsten Wirtschaftssystem. Dies bedinge eine freiheitliche Wirtschaftsordnung, da die „wirtschaftliche Betätigung aller Bürger“ mit dem „Grundsatz der Freiheit der Persönlichkeit“ gleichgesetzt werden müsse. Der Wettbewerb solle weder durch Monopole, noch durch inner- oder zwischenstaatliche Eingriffe behindert werden. Die soziale Marktwirtschaft sei die „sicherste Bürgschaft für Wohlstand, Freiheit und Frieden.“ Es wird gefordert, „bisher noch staatlich gelenkte Wirtschaftsgebiete wie den Kapitalmarkt, das Wohnungswesen und die Ernährungswirtschaft an marktwirtschaftliche Methoden“ anzugleichen.

Nach dem Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft zielen die konkreten wirtschaftlichen Forderungen auf die Entfaltung und den Schutz dieser Wirtschaftsordnung ab. Hervorgehoben wird die Bedeutung des „selbständigen Mittelstands“ in allen Wirtschaftsbereichen. Darüber hinaus wird eine der Entwicklung entsprechende Wirtschafts- und Steuerpolitik gefordert, die „die Produktivität der Wirtschaft steigert, die Kosten senkt ... und die Entwicklung der Produktion erleichtert.“ Ebenfalls angestrebt wird „die Beseitigung aller Hemmnisse“, die den freien Waren- und Güteraustausch stören. Neben diesen Forderungen geißelt das Liberale Manifest die „Entartungen des Wettbewerbs“. Überall dort, wo versucht werde, den Wettbewerb durch „Zusammenschlüsse“ zu umgehen, seien „gesetzliche Maßnahmen“ angebracht.

Das Soziale an der Marktwirtschaft wird im Liberalen Manifest nicht näher beschrieben. Zwar bekennt sich das Manifest zur sozialen Verpflichtung, führt dies aber nicht näher aus. Es wird auf das Sozialprogramm vom 5. Juli 1952 verwiesen, wo die FDP umfassend zu den sozialen Erfordernissen Stellung bezogen habe.

Im *Berliner Programm* von 1957 formuliert die FDP:

> „Soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und wachsenden Wohlstand gibt es nur in einer auf Freiheit der Persönlichkeit, dem Privateigentum und dem Leistungswettbewerb aufgebauten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.“

Eine konkrete Definition der sozialen Marktwirtschaft erfolgt nicht. Gesprochen wird von der „freien Marktwirtschaft“. Ausführungen oder Forderungen, die sich auf die Wirtschaft beziehen, finden sich in dem Abschnitt „Eigentum für jedermann“. Eine ökonomische Forderung ist die „Garantie des Privateigentums“, womit Sozialisierungen zum „Gemeineigentum“ oder zur „Vergesellschaftung“ abgelehnt werden. Wirtschaftliche Tätigkeit sollen erreichen, dass jedem die Möglichkeit gegeben werde, „Eigentum zu bilden“.

Daneben fordert das Berliner Programm den Abbau der „Zwangswirtschaft im Wohnungsbau“, damit in diesem Wirtschaftsbereich eine Eigentumsbildung stattfinde, die „Stabilisierung der Währung und die Wiederaufrichtung eines Marktes für Ersparnisse und Kapital“ durch eine unabhängige Notenbank, eine vernünftige „Finanzpolitik des Staates“,

den Ausbau des „Außenhandels…als Ergänzung unserer Binnenwirtschaft“ und die Anpassung des Straßennetzes an den wachsenden Verkehr.

Der Landwirtschaft widmet sich das Berliner Programm in einem eigenem Abschnitt: „Für ein gesundes Bauerntum“. Gefordert wird eine „landwirtschaftliche Ordnung, die der allgemeinen Wirtschaftsordnung zwar nicht gleichartig, aber angesichts der Besonderheiten der verschiedenen Landwirtschaftszweige gleichwertig ist.“ Sollte diese „landwirtschaftliche Ordnung“ versagen, wird gefordert, „im Interesse der Ernährungssicherung den Ausgleich unter Einsatz öffentlicher Mittel herzustellen.“ Diese grundsätzliche Aussage wird durch eine Fülle von Forderungen (u.a. Agrarkredit, rationelle Bewirtschaftung, Wasserwirtschaft) ergänzt.

Das Berliner Programm bemüht sich um eine Präzisierung der „freiheitlichen Wirtschaftsordnung“. So werden Forderungen erhoben, durch die diese „freiheitliche Wirtschaftsordnung“ ihrer gewollten sozialen Dimension gerecht wird. Gefordert wird eine „sozialorientierte Lohnpolitik“, damit jeder Arbeitnehmer gerecht am Volkseinkommen partizipieren könne. Eine solche „sozialorientierte Lohnpolitik“ müsse sich im „Einklang ... mit der volkswirtschaftlichen Produktivitätssteigerung“ befinden. Weiterhin wird gefordert, die Arbeitnehmer an Privatisierungserlösen der öffentlichen Hand zu beteiligen, alle „der Beteiligung der Arbeitnehmer am gemeinsamen erarbeiteten Betriebsertrag entgegenstehenden steuerlichen Erschwernisse“ zu beseitigen, die fortschrittlichste Gestaltung der betrieblichen Arbeitsbedingungen anzustreben sowie eine „Fünf-Tage-Woche“ zu erreichen. Allerdings habe sich die Realisierung nach der „volkswirtschaftlichen Produktionsentwicklung“ zu richten.

Neben diesen sozialen Forderungen, die auf die Wirtschaft rekurrieren, gibt das Berliner Programm generelle sozialpolitische Ziele vor. So finden sich Aussagen zur „Freiheit der Person“, zum „Schutz und Förderung der Familie“, zur „Vorsorge gegen Krankheit und Sicherung des Lebensabends“ und zur „durchgreifenden Hilfe für die Opfer des Krieges.“

Eine Aussage der *Freiburger Thesen* lautet:

> „Der Kapitalismus hat, gestützt auf Wettbewerb und Leistungswillen des Einzelnen, zu großen wirtschaftlichen Erfolgen, aber auch zu gesellschaftlicher Ungerechtigkeit geführt.“

Die FDP verwendet nun den Begriff „Kapitalismus“. Auch damit wollte sie sich zu einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung bekennen, da schließlich der Kapitalismus auf dem Privateigentum beruhe. Die FDP folgte terminologisch der 68er Protestbewegung, inhaltlich blieb sie auf altem Kurs. Im ersten Teil („Eigentumsordnung“) werden Thesen formuliert wie „Freiheit braucht Eigentum“ oder „Das Recht am Eigentum findet seine Entsprechung im Recht auf Eigentum.“ Die Wirtschaftsordnung wird im Programm weder als freie oder soziale Marktwirtschaft, sondern mit einem unpräzisen „Kapitalismus“- Begriff beschrieben. Insgesamt ist der Grundton der Freiburger Thesen beim Thema Wirtschaft kritisch. Dies ergibt sich aus dem Anliegen des Programms, „die politischen Prinzipien liberaler Gesellschaftspolitik“ herauszustellen. Als eine dem sozialen Liberalismus verpflichtete Partei wollte die FDP die Wirtschaft nicht in den Mittelpunkt stellen. Daraus folgte, dass die „Prinzipien liberaler Gesellschaftspolitik“ sehr reformerisch klingen:

> „Liberale Reform des Kapitalismus verlangt…ein gesellschaftspolitisches Programm, das an den kritischen Punkten des kapitalistischen Systems mit gezieltem Maßnahmen ansetzt, die ge-

> eignet sind, ebenso die Leistungsfähigkeit dieses Wirtschaftssystems zu erhalten und zu steigern, wie seine Menschlichkeit zu gewährleisten und sicherzustellen“,

mit dem Ziel, einen „effektiven und humanen Kapitalismus“ zu erreichen. „Effektiv“ und „human“ soll die Marktwirtschaft sein, die „Kapitalismus“ genannt wird. Man erkennt jenseits der Terminologie, dass Freiburg sich in der programmatischen Tradition der FDP befindet.

Die liberale Reform des Kapitalismus, die im Programm als Prinzip „liberaler Gesellschaftspolitik“ bezeichnet wird, zielt auf „Eigentumsbildung“, „Vermögensbildung“, „Mitbestimmung“ und „Umweltpolitik“ ab. Der Abschnitt „Überbetriebliche Vermögensbildung“ beschäftigt sich damit, dass sich der „Zuwachs an Produktivkapital aus Gewinnen in den Händen weniger Kapitalbesitzer“ befinde. Das sei „sozial ungerecht und mit liberalen Forderungen nach Gleichheit der Lebenschancen“ unvereinbar. Die sich daraus ergebende Forderung lautet: „Private und öffentliche Unternehmen werden von einer bestimmten Wertschöpfung an verpflichtet, Beteiligungsrechte an ihrem Vermögenszuwachs einzuräumen.“

Der Abschnitt „Nachlassabgabe“ beschäftigt sich damit, dass die „bisherige Erbschaftsteuer“ die angestrebte Vermögensbildung bei breiten Schichten der Bevölkerung behindere und die Existenz von Unternehmen gefährde. Darüber hinaus begünstige das System eine „gesellschaftlich schädliche Akkumulation größter Vermögen.“ Daher wird gefordert:

> „Die bisherige Erbschaftssteuer wird abgeschafft. An ihre Stelle tritt eine Nachlassabgabe …Das Aufkommen aus der Nachlassabgabe und der Schenkungssteuer wird der überbetrieblichen Vermögensbeteiligung zugeführt.“

Das Kapitel über Mitbestimmung war für das Programm zentral. Grundlage für die Mitbestimmung sei die Tatsache, dass sich die Arbeitnehmer als „mündige Bürger ... fühlen“ wollten. Das Ziel der „betrieblichen Mitbestimmung“ sei:

> „Die Aufgabe der Mitbestimmung ist die Humanisierung der Arbeitswelt für den arbeitenden Menschen. Menschliche Freiheit und persönliche Würde fordern ein Höchstmaß an Selbstverwirklichung im Arbeitsprozess … Optimale Leistungsfähigkeit im modernen Industriebetrieb setzt Mitbestimmung voraus.“

Weiter heißt es: „Oberstes Organ der Vertretung der Arbeitnehmer in sozialen und personellen Angelegenheiten ist der Betriebsrat. Oberstes Organ der Vertretung der Arbeitnehmer in technischen und ökonomischen Angelegenheiten ist der Wirtschaftsausschuss.“ Bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Mitbestimmung geht es um Informationen des Betriebrates und des Wirtschaftsausschusses durch „Gruppensprecher“, die Rechtsstellung der leitenden Angestellten und um den „Schutz von Minderheiten im Betrieb.“ Schließlich wird gefordert:

> „Arbeitnehmern, die im Rahmen der betrieblichen Mitbestimmung Aufgaben übernommen haben und in Mitbestimmungs- und Mitwirkungsorgane gewählt worden sind, ist durch Freistellungen und bezahlten Bildungsurlaub Gelegenheit zur Aneignung der erforderlichen Kenntnisse zu geben.“

Sodann werden Vorstellungen zur Arbeitnehmerteilhabe in Kapitalgesellschaften entwickelt. Es heißt: „Für die Kontrollorgane der als Kapitalgesellschaften geführten Großunternehmen ist eine unternehmerische Mitbestimmung vorzusehen, die von einer grundsätzlichen Mitverantwortung der Faktoren Kapital, Disposition und Arbeit ausgeht." Bei der Ausgestaltung der Unternehmensmitbestimmung ginge es um die Stimmgewichtung der Faktoren Kapital, Arbeit und Disposition bei der Mitbestimmung an der Unternehmensaufsicht, um die Wahlmodalitäten des Vorsitzenden des Kontrollorgans sowie um die Entscheidungsfindung dort und um die Zukunft der Montanmitbestimmung. Es wird von einer Gleichgewichtung der Faktoren Kapital, Disposition und Arbeit gesprochen. Besonders die Thesen zur Mitbestimmung sollten verstanden werden als Ausdruck sozialer Kompetenz der FDP in der sozial-liberalen Koalition.

Die *Kieler Thesen* von 1977 über Wirtschaft im sozialen Rechtsstaat sind wirtschaftspolitisch detaillierter als die Freiburger Thesen. Das Programm hatte eine bessere Beschäftigungssituation zum Ziel. „Unverzichtbares und in der gegenwärtigen Lage vorrangiges Ziel liberaler Wirtschaftspolitik ist es, Vollbeschäftigung zu erreichen und dauerhaft zu sichern.." Im Abschnitt „Konjunkturpolitik durch Globalsteuerung" wird darauf hingewiesen, dass Vollbeschäftigung nur bei einer kontinuierlichen wirtschaftlichen Entwicklung möglich sei.

> „Liberale Wirtschaftspolitik fordert eine mittelfristige Orientierung und einen stetigen Verlauf der Geld- und Finanzpolitik. Sie lehnt den häufigen und abrupten Wechsel konjunkturpolitischer Maßnahmen ab."

Daran knüpfen Forderungen an zum „Ausbau (der) mittelfristigen Finanzplanung und einer verstärkten Koordinierung der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden, insbesondere auf dem Gebiet der öffentlichen Investitionen, damit die öffentliche Finanzpolitik einen angemessen Beitrag zur Wiederherstellung und Sicherung der Vollbeschäftigung und der Stabilität leisten kann." Hierzu wird ein „konjunkturunabhängiger Einnahmestrom für die Gemeindesteuern" gefordert. „Dadurch sollen die Gemeinden zu einer langfristigen stetigen Ausgestaltung ihrer Aufgaben veranlasst werden, um konjunkturpolitisch nicht prozyklisch, sondern zumindest stabilisierend zu wirken." Bei der „regionalen Wirtschaftspolitik" plädieren die Kieler Thesen „für eine Akzentverschiebung bei den regionalpolitischen Zielen...: Die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und der Abbau von Einkommensunterschieden gewinnt gegenüber der Ausstattung mit Infrastruktur an Bedeutung." Darüber hinaus wird „eine breitere Staffelung der Fördersätze (und) eine bessere Koordination der regionalpolitischen Maßnahmen" gefordert. Dieses bedürfe allerdings einer Überprüfung. Deshalb wird „eine systematische Wirkungskontrolle als Grundlage für eine Überprüfung der regionalpolitischen Maßnahmen und der Zielerreichung" gefordert, mit dem Ergebnis, „dass in Fördergebieten und Schwerpunktorten mit einem hohen Grad der Zielerreichung regionalpolitische Maßnahmen abgebaut werden."

Die Kieler Thesen hatten Vollbeschäftigung zum Ziel. In diesem Sinne sind sie „sozial". Auch beim Thema „Eigentum" wird das deutlich:

> „Es bedarf im freiheitlichen Rechts- und Sozialstaat…der Ergänzung durch die Verpflichtung des Staates zu einer Gestaltung der Eigentumsverhältnisse, die Eigentum…zu einem Recht aller macht. Erst durch breite Vermögensbildung wird freie Eigentumsordnung menschenwürdig und glaubhaft."

Das Programm spricht jedoch nicht nur von einem Recht auf Eigentum, sondern auch davon, dass „das Recht des Bürgers auf Arbeit ... ein soziales Grundrecht“ sei. Allerdings sei dieses Recht nicht „mit einem individuellen, einklagbaren Rechtsanspruch auf einen Arbeitsplatz“ verbunden. Vielmehr werde lediglich darauf verwiesen, „dass der Staat eine auf Vollbeschäftigung gerichtete Politik“ betreiben solle. ´
Die Kieler Thesen waren vorbereitet worden von einer „Perspektivkommission“ unter dem Vorsitz von *Gerhart R. Baum*. Der Kieler Parteitag hatte Vorschläge dieser Kommission übernommen, aber der Wirtschaftsflügel unter *Hans Friderichs* und *Otto Graf Lambsdorff* drückte den Aussagen einen marktwirtschaftlichen Stempel auf, so dass man die Kieler Thesen als programmatische Vorbereitung der 5 Jahre später erfolgten Wende sehen kann.

Auch in den *Wiesbadener Grundsätzen* von 1997 ist die Marktwirtschaft das favorisierte Wirtschaftssystem, da sie „die Interessen der Einzelnen mit den Interessen aller“ verbinde:

> „Die soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung, in der sich Leistungsbereitschaft am besten entfalten kann und die Grundlagen sozialer Gerechtigkeit erwirtschaftet werden.“
> „Der bürokratischen Staatswirtschaft setzen Liberale ... die soziale Marktwirtschaft entgegen.“

In den Wiesbadener Grundsätzen forderte die FDP eine Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft, um sie leistungsfähig zu erhalten.

Es wird eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen als private Vermögensbildung gefordert: „Mitarbeiter sollen zu Mitunternehmern werden.“ Eine Beteiligung könne nicht durch flächendeckende Tarifverträge gewährleistet werden, da diese den jeweils unterschiedlichen Voraussetzungen in den Betrieben nicht Rechnung trügen. Gefordert wird, die Flächentarifverträge mit Öffnungsklauseln für Mitarbeiterbeteiligungen zu versehen, damit zwischen „Geschäftsführung und Belegschaft“ befunden werden könne. Um die Mitarbeiter zu stärken, wird die Entlastung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber von Steuern und Abgaben vorgesehen, da die große Differenz zwischen Brutto- und Nettolöhnen einer umfassenden Mitarbeiterbeteiligung im Weg stünde. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, „die Übertragung von Unternehmensanteilen an die Arbeitnehmer bei Nachlässen oder Schenkungen…völlig steuerfrei“ zu lassen. Unter der Überschrift „Bürger in der Informationsgesellschaft“ finden sich wirtschaftliche Forderungen. „Die Informationsgesellschaft und die mit ihr verbundenen Technologien“ müssen als Chance begriffen werden, denn nicht „die Entwicklung neuer Technologien ist das größte Risiko, sondern der Verzicht darauf.“

Im Interesse „künftiger Generationen“ und zur „Sicherung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes Deutschland“ beschwören die Grundsätze die Freiheit von Wissenschaft und Forschung und plädieren für die „Anwendung neuer Technologien“. Es solle Sorge getragen werden, „dass die Ergebnisse von Forschung zügig in wirtschaftliche Produkte und Verfahren umgesetzt werden.“ Dies sei bedeutender als der bloße „Einsatz staatlicher Subvention für Forschung und Entwicklung.“ Außerdem würden durch die Anwendung neuer Technologien „zukunftsfähige Arbeitsplätze“ geschaffen und die Umwelt entlastet.

In dem Abschnitt „Der liberale Sozialstaat“ gehen die Grundsätze auf die soziale Dimension der Marktwirtschaft ein. Die Freiheit brauche eine „materielle Grundlage“ und somit „eine staatliche Absicherung des Existenzminimums“. Die Wiesbadener Grundsätze fordern Eigenverantwortung durch individuell ergänzende Vorsorge. Allerdings: „Bürgern,

die sich nicht aus eigener Kraft absichern können, gewährleistet Steuerfinanzierung auch künftig das Existenzminimum.“ Zentrale sozialpolitische Forderung ist das „Bürgergeldsystem“. Dieses solle als „Anreiz für die Aufnahme regulärer Erwerbsarbeit“ – insbesondere im Niedriglohnbereich – dienen, da vom „Arbeitseinkommen nur ein Teil für den Bürgergeldanspruch (je nach Leistungsfähigkeit des Bürgers) angerechnet“ werde. Dies bringe den Arbeitgebern Entlastung der Lohnnebenkosten mittels bezahlbarer Löhne und den Arbeitnehmern existenzsichernde Einkommen durch Arbeit. Grundlage des Bürgergeldes sei eine geänderte sozialpolitische Grundhaltung, wonach unter „sozial“ nicht mehr vorrangig eine bloße Umverteilung verstanden wird, sondern die Schaffung von Arbeitsplätzen, da Arbeit „für ein menschenwürdiges Leben nach wie vor eine zentrale Bedeutung“ habe, sowie die „unverzichtbare Grundlage für eigenverantwortliche Vorsorge und Kapitalbildung“ darstelle. Nicht eine Alimentation in den Sozialversicherungssystemen sei sozial, sondern die „Rückkehr in die Arbeitswelt“ mit einem sicheren Einkommen.

Die FDP plädiert in allen ihren Programmen für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung. Diese wird als „Marktwirtschaft“, „soziale Marktwirtschaft“ oder „Kapitalismus“ bezeichnet. In allen Texten wird betont, die erstrebte Wirtschaftsordnung beruhe auf der Freiheit der Person, dem Privateigentum und dem Wettbewerb.

Konkrete Forderungen zur Verwirklichung einer solchen freiheitlichen Wirtschaftsordnung werden von Programm zu Programm weniger. Im Liberalen Manifest finden sich die umfangreichsten Ausführungen, während die Freiburger Thesen im eigentlichen Sinne überhaupt keine wirtschaftspolitischen Forderungen erheben. Mehr und mehr rückt die soziale Bedingtheit der Wirtschaftsordnung in den Mittelpunkt. Waren die Aussagen hierzu im Deutschen Programm noch relativ allgemein, so zielen die Freiburger und die Kieler Thesen, wo Vollbeschäftigung als soziale Dimension angesehen wird, sehr deutlich in den sozialen Bereich. Schließlich läuft die Forderung nach Bürgergeld in den Wiesbadener Grundsätzen auf die Vorstellung hinaus, Wirtschaftsreformen mit sozialpolitischem Instrumentarium durchzuführen.

Die Mangelsituation in den unmittelbaren Nachkriegsjahren erforderte und ermöglichte die Vorlage konkreter wirtschaftspolitischer Instrumente, während in den komplizierteren Lagen späterer Epochen einfache Maßnahmen sich nicht mehr anboten.

7.2 Freiheit und Nation

Für das *Deutsche Programm* ist das Ziel ein Staat, der allen Deutschen, auch denen in der „SBZ“[416], Heimat sei. Staatsform sei das Deutsche Reich. Nur in diesem könnten alle Deutschen vereint werden. Dieser Staat sollte seinen Bürgern Freiheit bieten. Freiheit sei das Recht eines jeden Staatsbürgers. Dieses müsse vor Übergriffen durch die Macht politischer und wirtschaftlicher Organisationen geschützt werden. Einschnitte in die Freiheit seien nur durch Gesetze und zum Schutz des Gemeinwohls möglich.

Die geistige Freiheit finde ihre Grenzen in der sittlichen Bindung des einzelnen an die Gemeinschaft. Grundlagen des Wertesystems seien das Christentum und der Humanismus. Wissenschaft und Kunst sollten weitgehend selbst verwaltet arbeiten. Für Presse, Rundfunk

[416] „SBZ“ ist die Abkürzung für die in den 50er Jahren im deutschen Westen häufig gebrauchte und auch nach Gründung der DDR lange beibehaltene Bezeichnung „Sowjetische Besatzungszone“.

und Fernsehen sollten gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, die ihre Freiheiten schützten.

Die Begriffe Nation und Freiheit finden sich auch im *Liberalen Manifest* an vorderster Stelle. Alle Deutschen sollten in Freiheit in einem demokratischen Staat vereinigt werden. Die Bundesrepublik sei die vorläufige Heimat der Deutschen. Gefordert wird die Einheit Deutschlands, wobei hier nicht wie im Deutschen Programm vom „Deutschen Reich" gesprochen wird.

Das Parlament solle frei gewählt werden. Ihm müsse die Regierung verantwortlich sein. Die Freiheitsrechte der Bürger dürften nicht durch Missbrauch von links und rechts zerstört werden. Garant dafür sei der Rechtsstaat. Die Freiheitsrechte fänden ihre Schranken in den Rechten der Mitbürger, in der Gleichheit vor dem Gesetz und bei Existenzbedrohung des Rechtsstaates an sich.

Die Freiheit und ihr Schutz vor Staatswillkür würden auch für die wirtschaftliche Betätigung gelten. Politische Freiheit liege vor, wenn wirtschaftliche Betätigung in die persönliche Entscheidungsfreiheit falle. Wettbewerb sei Garant der Freiheit. Die absolute Freiheit des Marktes müsse durch Gesetze begrenzt werden. Das diene dem Schutz vor Entartung.

Das Recht auf freie Wahl von Beruf und Arbeitsplatz müsse garantiert werden.

Die Freiheit des Geisteslebens sei eine Grundvoraussetzung für die Verwirklichung der Ideen des Manifestes. Im geistigen und sittlichen Bereich genieße der Mensch die Freiheit der Entscheidung. In diesem Zusammenhang müsse auch Religionsfreiheit gewährt werden. Wissenschaft und Forschung müssten gefördert werden.

Nach den Aussagen des *Berliner Programms* von 1957 strebe die FDP auf allen „Lebensbereichen die Sicherung der Freiheit des Menschen zu verantwortlichem Handeln" an. Sie setze sich für die Freiheit der Persönlichkeit ein. Diese gehöre zu den Grundsätzen, nach denen menschliches Zusammenleben gestaltet werden müsse. Freiheit gelte nicht schrankenlos. Schranken seien die Freiheit des Nächsten, die Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft und die Bindung an die Sittengesetze. Die FDP sieht sich als die einzige Partei, „die auf allen Lebensbereichen freiheitliche Ordnung" wolle. Freiheit stelle Anforderungen. Nur wer selber Entscheidungen fälle, könne seine wirkungsvollen Freiheitsrechte nutzen. Nur auf dieser Basis könne der demokratische Staat funktionieren. Auf das seinerzeitige Verständnis von Nation deutet folgende Formulierung hin:

> „Die Freie Demokratische Partei ist die politische Heimat aller Deutschen, die sich zur Freiheit des einzelnen Menschen und zur Freiheit ihres Volkers bekennen."

Auch die Deutschen in der SBZ seien angesprochen. Ziel sei die Wiedervereinigung zu einem Staat des deutschen Volkes.

Der freiheitliche Rechtsstaat sei das zentrale Anliegen der FDP. Der Bürger sei für den Staat verantwortlich. Die Freiheit müsse mithin beschränkt werden. Der Staat solle sich andererseits auf Regierungs- und Verwaltungshandeln beschränken. So erhalte der Bürger die größtmögliche Freiheit.

Freiheit für das deutsche Volk bedinge Freiheit auch für andere Völker. Die FDP fordere eine Wehrpolitik als Landesverteidigung. Ausgang der deutschen Außenpolitik müsse das Bekenntnis zu den freiheitlichen Menschenrechten sein.

Wenn im Berliner Programm von Deutschlands Nachbarn gesprochen wird, fällt nie der Begriff „DDR". Unter der deutschen Nation versteht die FDP die Bevölkerung in bei-

den deutschen Staaten. Die DDR sei Teil des eigenen Hauses und zähle nicht zu den „Nachbarn".

Die Bundesrepublik solle sich mit „Mitteldeutschland und den ostdeutschen Gebieten in einem Deutschen Reich mit friedlicher Grundordnung" vereinigen. Sie wird als Übergangslösung betrachtet.

In den *Freiburger Thesen* von 1971 setzt sich die FDP für die größtmögliche Freiheit des einzelnen ein. Der Mensch stehe im Mittelpunkt von Staat und Recht. Dazu gehörten die Selbstbestimmung, welche die Person vor die Institution stelle und die Menschenwürde.

Nur eine auf geistiger Freiheit begründete Gesellschaft könne sich steuern und erneuern. Freiheit beruhe auf Eigentum:

> „Freiheit braucht Eigentum. Eigentum schafft Freiheit."

Allerdings ist hier von Grenzen der Freiheit die Rede, denn „Eigentum grenzt Freiheitsräume anderer ein" und „Eigentum verpflichtet." Grenzen von Eigentum und Freiheit könnten nur durch Gesetz festgelegt werden.

Besonders gelte:

> „Wohneigentum schafft Freiheitsraum."

Es sollen Förderungs- und Mietkaufsysteme eingeführt werden. Wohnungsbaugesellschaften sollten nur Förderungen erhalten, wenn sie die Hälfte ihres Wohnungsbauvolumens als Mietkaufwohnungen anböten.

Zur menschlichen Freiheit gehöre ein Höchstmaß an Selbstverwirklichung im Arbeitsprozess. Der arbeitsteilige Produktionsprozess in der freiheitlichen Gesellschaft müsse menschenwürdig organisiert sein.

Für die *Kieler Thesen* von 1977 sichert der Staat die Bedingungen einer menschenwürdigen Existenz und die Erfüllung formal individueller Freiheitsrechte. An diesen Zielen habe der Staat sein Handeln zu orientieren. Er müsse die materiellen Freiheits- und Gleichheitsrechte garantieren. Dieses Handeln müsse alle Politikfelder bestimmen.

Risiken einer Person, die sie selber nicht tragen könne, müssten von der Gesellschaft getragen werden. Grundsätzlich sei jeder für sich selbst verantwortlich. Freiheitsrechte würden wirksam, wenn sie vielen Personen zugänglich gemacht würden.

Auch in den *Kieler Thesen* findet sich die Formel, dass die Person Vorrang vor der Institution habe.

Im freiheitlichen Rechtsstaat solle Eigentum nicht das Recht weniger, sondern aller sein. Jede Einschränkung der Freiheit eines Bürgers zugunsten des Staates oder der Verwaltung bedürfe einer guten Begründung.

Laut *Wiesbadener Grundsätzen* von 1977 sei die Freiheit durch millionenfache Arbeitslosigkeit bedroht. Die Gefälligkeitspolitik der Regierungen bedrohe die Freiheit der Bürger.

Die Grundsätze formulieren 4 Thesen über die Freiheit:

- Freiheit sei Verantwortung. Der Liberalismus fordere die größtmögliche Freiheit des Einzelnen. Grenzen habe diese in der Freiheit anderer. Individuelle Freiheit und Ver-

antwortung seien untrennbar verbunden. Freiheit heiße auch, sich freiwillig zu engagieren und Ehrenämter zu übernehmen.
- Freiheit sei Vielfalt. Vielfalt schaffe gesellschaftliche und wirtschaftliche Freiheit. Diese beiden Bereiche würden sich bedingen und einander fördern.
- Freiheit sei Fortschritt. Dieser Fortschritt müsse durch Vernunft geleitet werden.
- Freiheit müsse zukunftsverträglich sein. Das heißt, die gegenwärtige Freiheit müsse den nächsten Generationen erhalten bleiben. Sie dürfe nicht durch Verbindlichkeiten und Verbrauch riskiert werden.

Nicht der Staat gewähre dem Bürger Freiheiten, sondern der Bürger träte Teile seiner Freiheit an den Staat ab. Die Freiheit ginge vom Bürger aus, sie sei keine Staatsgabe.

Der Bürger im liberalen Staat entscheide aus eigener Initiative. So nähme er am politischen Geschehen teil. Die Teilhabe schaffe Freiheit, sie erfolge nicht durch Zwang, sondern sei freiwillig.

Die Werte der Bürgergesellschaft seien die Freiheit des Gewissens, des Bekenntnisses und der Religion. Durch sie könne der Bürger frei leben. Freiheit solle erlebbar sein. Das heißt, dass die Freiheit zum Maß für die Politiker werden soll. Diese müssten sich an den Freiheiten orientieren. Je freier der Bürger sei, desto stärker wäre seine Verantwortung für die Gesellschaft. Normen und Regeln sollten so weit reduziert werden, dass die Bürger ihre Freiheit erobern könnten.

Freiheit würde zu mehr Selbsthilfe führen. Dadurch werde ein Rückbau staatlicher Hilfsleistungen möglich. Die Bürger sollten zunehmend Entscheidungen in Eigenverantwortung treffen. Das Subsidiaritätsprinzip müsse zur Geltung kommen. Vorrang sollte die kleinere Einheit haben: erst die Gemeinde, dann das Land, gefolgt vom Bund und schließlich von der Europäischen Union.

Für die FDP habe Freiheit nichts mit Egoismus, Vereinzelung und Bindungslosigkeit zu tun. Bindungen sollten freiwillig und selbstbestimmt eingegangen werden. Damit sind Partnerschaften, Vereine oder Kooperationen gemeint.

In der „Informationsgesellschaft“ fordert die FDP Freiheit auch im Datennetz. Die Medien müssten frei sein von Staatsmonopolen, privaten Machtkonzentrationen und undurchsichtigen Besitzverhältnissen. Nur so könne Meinungsvielfalt entstehen. Die Verfügbarkeit von Informationen müsse eingeschränkt werden – durch einen rechtlichen Rahmen. Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung solle gestärkt werden.

Im demokratischen Bürgerstaat müsse die Freiheit der Bürger vor dem Staat gestärkt werden. Die Freiheit werde weniger durch den Staat, sondern durch Interessengruppen bedroht. Der Staat müsse zum Schutze der Freiheiten da sein, nicht zu deren Eingrenzung: Unter der Überschrift „Der liberale Rechtsstaat“ fordert die FDP, die Wahl unterschiedlichster Lebensentwürfe zu schützen. Sie stehe zum demokratischen Rechtsstaat, in dem auch Minderheiten geschützt würden.

Zur Freiheit bedürfe es der Sicherheit. Diese sei für die Liberale kein Selbstzweck. Freiheitseinschränkungen dürften nur zum Schutze der Rechtsstaatlichkeit und nicht aus Effizienzgründen erfolgen,

Freiheit habe eine materielle Komponente. Sie brauche eine ökonomische Grundlage, die gesichert werden müsse. Das erfordere vor allem eine staatliche Garantie des Existenzminimums.

Der Staat sei verpflichtet, allgemeinen Zugang zur Kultur zu ermöglichen. Die Bürger müssten durch Bildung Teilhaber am Bürgerstaat werden. Die Freiheit brauche Bildung. Bildung sei ein Bürgerrecht.

In den Wiesbadener Grundsätzen wird das Thema „Nation" indirekt aufgegriffen: Priorität der liberalen Außenpolitik im wiedervereinigten Deutschland habe die europäische Einigung. Ziel sei ein vereintes Europa liberaler Bürgergesellschaften, das Verantwortung für die Freiheit trage. Die FDP strebe eine europäische Einheit der Vielfalt an. Vielfalt sei Freiheit. Dazu gehöre ein Dialog der Kulturen. Die liberalen Bürgergesellschaften seien kosmopolitisch, europäisch und wurzelten in nationaler und regionaler Identität. Die nationale Komponente ginge keiner dieser Gesellschaften verloren.

Der Bürger in den europäischen liberalen Bürgergesellschaften trüge weltweit Verantwortung für Freiheit und Würde der Menschen. Da er in Freiheit lebt, müsste er dafür auch anderswo kämpfen, wo man die Freiheit entbehren müsse. Die FDP trete für Friedensmissionen mit UN-Mandat ein.

Freiheit erfordere freien Welthandel. Wer seinen Markt öffne, müsse Freiheit ins Land lassen. Weltweite Freiheit ließe sich am besten über allgemeine Marktöffnungen erreichen.

Schließlich dürften die Freiheitschancen kommender Generationen nicht riskiert werden. Von der jetzigen Generation werde verlangt, Verbindlichkeiten und Verbrauch daran anzupassen. Daher müsse Staatsverschuldung abgebaut werden, denn sie nähme kommenden Generationen ihre Chancen.

Betrachtet man die FDP-Programme insgesamt, so fällt auf, dass anfangs von der Wiederherstellung des „Deutschen Reiches" die Rede war. Solche Töne wurden weniger, man akzeptierte am Ende sogar die Teilung Deutschlands. Nach der überraschenden Wiedervereinigung kamen die Themen europäische Einigung und Globalisierung auf.

Der Freiheitsbegriff zieht sich konstant durch alle Programme. Die im Grundgesetz definierten Freiheiten werden permanent beschworen. Während jedoch bis dahin der Staat als Garant der Freiheit gesehen wird, werden in den Wiesbadener Grundsätzen die Bürger als Quelle der Freiheit bezeichnet. Nicht mehr so sehr der Staat wolle die Bürgerfreiheiten einengen, sondern mächtige Interessengruppen und verselbständigte Bürokratien. Wo Freiheiten dennoch rechtlich eingeschränkt werden müssten, sollte das subsidiär geschehen.

7.3 Rechtsstaat

Im *Deutschen Programm* wird betont, die FDP stelle den Menschen in seiner persönlichen Unantastbarkeit und Würde in den Mittelpunkt des Denkens und Handelns.

> „Wir fordern volle Sicherung der Menschenrechte auch für jeden Deutschen."

Die Freiheit jedes Staatsbürgers sei sein unabdingbares Recht „und gegen jede Beeinträchtigung durch die Macht politischer und wirtschaftlicher Organisationen zu schützen; sie darf nur durch Gesetz und soweit eingeschränkt werden, wie es die Freiheit des Mitbürgers und das Allgemeinwohl erfordern."

Alle Staatsbürger hätten das Recht der freien Meinungsäußerung und der freien politischen Betätigung, soweit diese nicht auf die „Rechtslosmachung" anderer abziele.

> „In Deutschland soll einheitliches Recht für alle gelten. Gesetze, die Ungleichheiten zwischen deutschen Staatsbürgern bewirken, und alle Wirkungen solcher Gesetze sind aufzuheben. Die Gleichberechtigung der Frau ist durch Anpassung der Gesetze an diese Forderung zu verwirklichen."

Die Familie sei die „Urzelle des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens". Ihr gebühre besonderer Schutz. Der Staat habe die in der Familie begründeten Werte zu pflegen und ihnen Anerkennung zu verschaffen. Das klingt 2010 antiquiert. Aber auch Forderungen, die später als „links" galten, fanden sich im Deutschen Programm: Direktwahl des Staatsoberhauptes und „Willensäußerung durch Volksentscheid."

Im Deutschen Programm bekennt sich die FDP zur Menschenwürde „für jeden Deutschen", zu den Rechten des Staatsbürgers, gegen jede Art von Machtmissbrauch, zur freien Meinungsäußerung und zur Gleichberechtigung der Frau. Gleichzeitig fordert das Programm „die Wiedergutmachung des Unrechts, das Nationalsozialismus, Siegerwillkür und Entnazifizierung schufen." Man wolle sich lossagen „von den Urteilen der Alliierten, mit denen unser Volk und insbesondere sein Soldatentum diskriminiert werden sollten." Als „Aufruf zur Nationalen Sammlung" ist das Deutsche Programm teilweise sehr nationalistisch geprägt.

Das *Liberale Manifest* favorisiert den demokratischen Staat, der aus Untertanen, die den Gesetzen gehorchen, Bürger mache, welche die Gesetze achten. Nur er bringe die Unterschiede der politischen, rechtlichen, sozialen und kulturellen Bestrebungen zum friedlichen Ausgleich. Er bedürfe der stetigen Mitwirkung aller. Diese Mitwirkung werde in einer starken kommunalen und sozialen Selbstverwaltung entwickelt.

Die Freiheitsrechte des Bürgers dürften nicht durch die Feinde der Demokratie missbraucht werden. Jeder Radikalismus „von rechts und links" wird abgelehnt, darunter der „Sozialismus".

> „Wir bejahen den Rechtsstaat, weil er allein die Freiheit des Einzelnen gegen Missbrauch und Unterdrückung schützt. Die Justiz muss unabhängig sein. Ihre gegenwärtige Zersplitterung in Sondergerichtsbarkeiten muss zur Wahrung der Einheit des Rechts auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Die Verwaltung soll nicht parteiisch sein. Hoheitsaufgaben sollen nur durch Berufsbeamte ausgeübt werden."

Staatskritisch heißt es im Liberalen Manifest:

> „Wir bekämpfen den Missbrauch der Staatsgewalt und die unangemessene Ausdehnung ihres Bereichs. Der Staat darf nur dort eingreifen, wo die selbstverantwortliche Tätigkeit seiner Bürger nicht genügt oder wo die Grundsätze der freien Demokratie verletzt werden. Wir bekämpfen ebenso das Machtstreben von Verbänden und Funktionären wirtschaftlicher und sozialer Interessen und deren Monopolansprüche auf den Einzelmenschen und die staatliche Gewalt. Wir bejahen die wirtschaftliche und soziale Selbstverwaltung, aber wir lehnen den Ständestaat ab."

Der Anspruch ist umfassend: Die FDP sammele die Kräfte des Liberalismus und wolle diese für die Demokratie einsetzen.

Das Liberale Manifest von 1952 ist anders als das Pendant des Deutschen Programms nicht von nationalistischen Forderungen durchzogen und stellt die Demokratie in den Vordergrund. Beide Entwürfe zusammen markieren die Spannbreite des FDP-Spektrums in den 50er Jahren.

Im vom Parteitag verabschiedeten *Berliner Programm* von 1957 versuchte die FDP, ihre Position als dritte Kraft zu bestimmen und sich sowohl gegen die mit absoluter Mehrheit ausgestattete Union als auch die Sozialdemokraten zu behaupten:

> „Die FDP erstrebt auf allen Lebensgebieten die Sicherung der Freiheit des Menschen zu verantwortlichem Handeln. Aus sozialer Verantwortung lehnt sie den Marxismus und sozialistische Experimente ab, ebenso aus christlicher Verantwortung den Missbrauch der Religion im politischen Tageskampf. Freiheit der Persönlichkeit und Wahrung der Menschenwürde sind die Grundsätze, nach denen das Zusammenleben der Menschen gestaltet werden."

Für den freiheitlichen Rechtsstaat sei jeder Bürger verantwortlich. Der Staat solle sich auf die Regierungs- und Verwaltungsaufgaben beschränken. Seine Grundlage sei eine lebendige Selbstverwaltung. Gesetze und Verordnungen müssten auf ein „gesundes Maß" zurückgeführt werden, die Gesetzesflut eingedämmt werden. Ein dem Dienst am Volk verpflichtetes Berufsbeamtentum sei Voraussetzung für eine geordnete Staatsverwaltung.

Die FDP wolle jedem Menschen ein Höchstmaß an Selbstständigkeit und persönlicher Unabhängigkeit sichern.

> „Jeder soll ohne Rücksicht auf Herkunft und Besitz entsprechend seiner Begabung und seinen Leistungen aufsteigen können. Die Sozialpolitik muss gemeinsam mit der Wirtschaftspolitik die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle für die Wechselfälle des Lebens vorsorgen können."

Bereits 1957 forderte die FDP das, was man später „Chancengleichheit" nannte:

> „Der Erwerb von Bildung und Wissen darf nicht ein Vorrecht materiellen Besitzes sein, denn nur nach Anlage und Neigung selbst gewählte Arbeit gewährleistet auf die Dauer Befriedigung und höhere Leistung. Daraus ergibt sich für jeden einzelnen das Recht der freien Berufswahl und das Recht des freien Arbeitsplatzwechsels."

Das Berliner Programm ist vor dem Hintergrund der unmittelbaren Erfahrungen des Scheiterns der Weimarer Republik, der nationalsozialistischen Diktatur mit dem Zweiten Weltkrieg und der Not der Nachkriegszeit zu sehen. Die FDP war im neu entstehenden Parteiensystem in einer freiheitlicheren Gesellschaft auf Standortsuche. Zugleich beherrschte der „Kalte Krieg" die Szene. Charakteristisch für die Zeit ist eine Passage über den freiheitlichen Rechtsstaat:

> „Jeder Bürger muss an seinem Platz die unserem Volke noch bevorstehende geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus durch Wissen und Überzeugung auch gegenüber dialektisch geschulten Gegnern bestehen können."

Wie das Berliner Programm von 1957 entstanden auch die *Freiburger Thesen* von 1971 in einer sich veränderten nationalen und internationalen Lage. Die FDP war seit 1969 wieder in Regierungsverantwortung, diesmal mit der SPD. Im Zuge der sozial-liberalen Koalition änderten sich die programmatische Standpunkte der FDP besonders in ihrer Gesellschaftspolitik.

In der Einleitung zu den Freiburger Thesen heißt es:

> „Wir stehen heute am Anfang der zweiten Phase einer von der bürgerlichen Revolution ausgehenden Reformbewegung auch in der Gesellschaft, wie sie nicht zuletzt in den tief greifenden und nachhaltigen Bewusstseinsänderungen der weltweiten Jugendrevolte sich ankündigt."

In den Freiburger Thesen wurden die politischen Prinzipien liberaler Gesellschaftspolitik in ihren praktischen Konsequenzen für die Eigentumsordnung, die Vermögensbeteiligung, die Mitbestimmung und für die Umweltpolitik als den wichtigsten Bereichen der Gesellschaftspolitik dargelegt.
Die FDP war bemüht, gemeinsamen Wurzeln mit der sozialdemokratischen Bewegung im 19. Jahrhundert freizulegen. Man hatte das Gefühl, dass diese Wurzeln durch die Bürgerbündnisse in den 50er und 60er Jahren überwuchert waren.

Auch die *Kieler Thesen* von 1977 berücksichtigten eine veränderte nationale, wie internationale Lage. Ölkrise, fehlende Vollbeschäftigung, Jugendarbeitslosigkeit und Terrorismus waren Themen der Zeit. Der von den Freiburger Thesen eingeschlagene Weg zu den Quellen der Sozialdemokratie wurde verlassen: Vorsichtig suchte die FDP eine programmatische Wiederannäherung an die Union.

In manchem bieten die Kieler Thesen dennoch ein Kontrastprogramm zu späteren Aussagen. So wurde der später als Reformbremse geschmähte Föderalismus überaus positiv gesehen:

> „Die Liberalen sehen eine föderative Ordnung der Bundesrepublik als eine wesentliche Grundlage einer liberalen Verfassungsordnung an. Denn Föderalismus bedeutet eine zusätzliche Gewaltenteilung, Berücksichtigung regionaler Besonderheiten und stärkere Bürgernähe des Staates und aller Staatsgewalten."

Auch die Tätigkeit der Verbände wurde begrüßt:

> „Liberale Politik hält die Tätigkeit von Verbänden in der freien und offenen Gesellschaft für notwendig und legitim. Sie verkennt nicht, dass Interessen der Allgemeinheit und von sozial Schwachen sich gegen übermächtige organisierte Interessen oft nicht durchsetzen können. Sie nimmt Partei für solche unterrepräsentierte Interessen und setzt sich dafür ein, Verzerrungen pluralistischer Einfluss- und Verteilungsstrukturen durch bewusste Willensbildungsprozesse auszugleichen."

Besonderen Wert legte die FDP 1977 auf die Bürgerbeteiligung, denn

> „jeder Bürger muss sich unabhängig von seiner persönlichen Stellung politisch beteiligen können. Bestehende berufliche und soziale Ungleichheit ist daher abzubauen. Das kann dadurch erfolgen, dass die Vorteile bestimmter Gruppen wie öffentlicher Dienst oder Verbandsfunktionäre auf andere ausgedehnt oder dieses Vorteile abgebaut werden. Das Ziel, die Chancen von politikfernen Gruppen zu erhöhen, kann u. a. durch materiellen Ausgleich, durch Arbeitsplatzgarantien oder durch angemessene Arbeitszeitregelungen erreicht werden."

Politische Planung wurde als hilfreich gesehen**,** und so hieß es:

> „Liberalismus bejaht vorausschauend und aktiv gestaltende Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik. Ohne sie lassen sich Freiheit und soziale Gerechtigkeit nicht verwirklichen."

Allerdings müsse die Verwaltung in die Schranken verwiesen werden. Sie nähme immer mehr „Leitungs- und Planungsaufgaben“ wahr und bedürfe einer parlamentarischen Kontrolle. Bürgerbeteiligung am Planungsprozessen sei notwendig.

Der Rechtsstaat wird unter besonderen Obhut der FDP gesehen. Seine Sicherung und Erweiterung sei Schwerpunkt liberaler Politik in Regierung und Opposition. Die FDP

> „wird sich in dieser Haltung auch nicht durch die Herausforderung des Terrorismus beirren lassen. Das Festhalten an ihren Prinzipien auch in schwierigen Zeiten stellt die wichtigste Bewährungsprobe für Liberale dar.“

Bein Kampf gegen den seinerzeitigen Terrorismus sollte sich der Rechtsstaat bewähren. Terroristischen Aktionen sollten mit rechtsstaatlichen Mitteln begegnet werden. Die FDP begrüßte zwar Bestrebungen, Strafverfahren im Rahmen der bestehenden Rechtsgrundsätze zu verkürzen. Sie lehnte jedoch die Überwachung der Gespräche zwischen Verteidigern und inhaftierten Mandanten ab, war gegen eine Verschärfung der Sicherungsverwahrung und wandte sich gegen eine Anhebung der Freiheitsstrafe auf 20 Jahre sowie gegen die Todesstrafe.

Die Kieler Thesen beinhalten keine Neuorientierungen. Sie gehen auf den demokratischen Staat ein, auf Mitwirkungsrechte und auf das Verhältnis Bürger und Rechtsstaat. Sie vermitteln den Eindruck, dass die Bundesrepublik Deutschland ein gefestigter demokratischer Rechtsstaat war, der in einigen Punkten reformiert werden müsse. Kiel war nicht mehr Freiburg, aber auch noch nicht Wiesbaden.

Im Vorwort zu den *Wiesbadener Grundsätzen* von 1997 geht *Guido Westerwelle* auf die neue Situation ein, in der sich die Bundesrepublik befand: Dies sei das Zeitalter der Globalisierung und des qualitativen Sprungs Deutschlands von einer Industrienation zu einer Informationsgesellschaft.

Das Grundthema der Wiesbadener Grundsätze ist die liberale Bürgergesellschaft im demokratischen Bürgerstaat.

> „Liberale stellen einer Gesellschaft der Funktionäre eine Gesellschaft der Bürger entgegen: die liberale Bürgergesellschaft. Weder die Staatskundengesellschaft noch die Funktionärsherrschaft sind mit dem liberalen Gesellschaftsmodell vereinbar. Die liberale Gesellschaft ist eine Teilhabergesellschaft.“

Die Wiesbadener Grundsätze pflegen einen Duktus, in dem vor allem *Guido Westerwelle* in den folgenden Jahren das Bild der Partei geprägt hat:

> „Jeder Mensch hat das Recht, seine Lebensziele zu bestimmen, nach seinem Glück zu streben, seine Chancen zu suchen, um seine Neigungen und Begabungen zu entwickeln – alleine oder in frei gewählten Gemeinschaften. Jeder hat ebenso das Recht, auf die Fragen nach dem Sinn und den Werten des Lebens seine eigenen Antworten zu suchen. Er kann sie in den Kirchen, anderen Religionsgemeinschaften oder Weltanschauungsgemeinschaften finden. Grundlage der offenen Bürgergesellschaft ist darum die Freiheit des Gewissens, des Bekenntnisses und der Religion.“
>
> „Die bisherigen Benachteiligungen von Frauen müssen beseitigt werden. Die Bürgergesellschaft hat für Frauen und Männer gleichberechtigte Chancen zu gewährleisten. Hierzu muss die Bürgergesellschaft bessere Entfaltungsmöglichkeiten für Familien schaffen.“
>
> „Die Liberalen setzen zuerst auf freiwilliges Engagement aus Verantwortung für den anderen, auf freiwilligen Verzicht, auf Teilen statt zuteilen. Nur wer über sein Leben selbst be-

stimmt, kann sich bewusst und frei für andere einsetzen. Der notwendige Abbau des staatlichen Engagements und staatlicher Regulierung muss verbunden sein mit der Solidarität für diejenigen, die des Schutzes und der Hilfe besonders bedürfen. Die Solidarität mit Schwächeren in der Gesellschaft ist eine Forderung des Liberalismus."

„Ein freiheitliches Gemeinwesen lebt davon, dass die Bürger bereit sind, in freier Entscheidung Verantwortung für sich und für andere zu übernehmen. Freiwillige Übernahme von Verantwortung und Bürgersinn sind Zwang und dem bevormundenden Fürsorgestaat überlegen. Der Bürger kommt für Liberale vor der Institution."

„Die offene Bürgergesellschaft lebt von der Mitwirkung aller- unabhängig von ihrer Abstammung und Herkunft. Gesellschaftliche Abschottung gegen Menschen anderer Abstammung und Herkunft widerspricht der offenen Gesellschaft. Mitwirkungsrechte und Mitwirkungspflichten sind in der Bürgergesellschaft nicht zuerst an die Staatsangehörigkeit gebunden ... Nach 5 Jahren rechtsmäßigem Aufenthalt in Deutschland sollen Ausländer das aktive und passive Wahlrecht in der Gemeinde erhalten.

Die Internationalisierung und Europäisierung der Gesellschaft schreiten voran. Die Liberalen treten für eine Gesellschaft ein, die offen ist für Zuwanderung und kulturelle Einflüsse von außen, die aber das Maß ihrer Offenheit selbst bestimmt und festen Regeln unterwirft."

Neue Begriffe wie „Zuschauerdemokratie" werden eingeführt.

„Weder der Obrigkeitsstaat noch die Zuschauerdemokratie sind mit dem liberalen Verständnis von Staat und Gesellschaft vereinbar. Der liberale Staat ist Teilhaberstaat. Ein Staat ohne Bürgerbeteiligung ist kein liberaler Staat."

Das Verhältnis von Bürger und Staat sei für Liberale ein Kernthema:

„Liberale wollen die persönliche Freiheit der einzelnen Bürger, ihren Chancen und ihrer Eigeninitiative gegenüber der Macht des Staates stärken. Liberale wollen weniger Staat und weniger Bürokratie durch Dezentralisierung, Privatisierung und Abbau von Reglementierungen. Liberale wollen die wachsende Macht von Parteien, Organisationen und Verbänden zurückdrängen, damit auch die Interessen von nichtorganisierten Bürgern berücksichtigt werden. Der Staat darf nicht zu einem Instrument von übermächtigen Interessenkartellen werden. Die Frage lautet deshalb nicht nur: `Wie schützen wir den Bürger vor dem Staat?´, sondern auch: `Wie schützen wir den Bürger vor der Übermacht von Interessengruppen?´"

Der liberale Rechtsstaat solle gegenteiligen gesellschaftlichen Tendenzen zum Trotz die Individualität der Menschen schützen:

„Alle Menschen sind verschieden. In ihrer Menschenwürde und vor dem Gesetz hingegen sind alle Menschen gleich. Darum kommt es nicht auf die formale Rechtsgleichheit, sondern auf die Chance zur gleichberechtigten Teilnahme an der Gesellschaft an. Um die Freiheit der Wahl unterschiedlichster Lebensentwürfe zu schützen, bedarf es des Rechts als objektiver und gerechter Instanz. Die Freiheit zu garantieren, heißt die Freiheit von Minderheiten zu schützen. Denn erst mit der Setzung und Durchsetzung des Rechts, ohne Ansehen der Person, wird die Wahrung der Chancengleichheit möglich. Ausdruck dieses Staatsbildes ist der Rechtsstaat."

„Der Staat ist nicht Vormund der Bürger, sondern deren Instrument zur Sicherung der offenen Bürgergesellschaft. Deshalb gewährt nicht der Staat den Bürgern Freiheit, sondern die Bürger gewähren dem Staat Einschränkungen ihrer Freiheit zur Wahrung der gleichen Rechte aller. Gleichwohl bedarf der Staat für die Aufrechterhaltung und Ausweitung seiner Tätigkeit, deren Zeichen die Überregulierung ist, der steten Legitimation seitens der Bürger. Deshalb sind die li-

beralen Grundrechte als Ausdruck des Rechtsstaatsgedankens Abwehrrechte der Bürger gegenüber dem Staat, sowie der Minderheit, gegenüber der Mehrheit."

Das Problem der Wiesbadener Grundsätze ist, dass sie nicht genau angeben, wo die Grenze zwischen den Rechten der Bürger und den Aufgaben des Staates liegt. Aus diesem Grund wirkt der Text abgehoben von der politischen Realität. Auf jeden Fall sind die Grundsätze eine Abkehr von den sozialpolitisch ausgerichteten Freiburger und den mehr wirtschaftsliberal ausgerichteten Kieler Thesen. Es wird versucht, mit der „Bürgergesellschaft" ein Gesellschaftsmodell vorzustellen, das Globalisierung, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit miteinander verbinden könne.

Über die historischen Entwicklungsphasen hinweg erscheint die FDP in ihrem programmatischen Profil stabil. Marktwirtschaft, Bürgerrechte und soziale Verantwortung haben in allen Programmen hohe Stellenwerte. Hinzu kommen zeitbedingte Ausprägungen. So war in den 50er Jahren nach der bedingungslosen Kapitulation und während der Spaltung Deutschlands die nationale Frage von größerer Relevanz als nach der Wiedervereinigung. Jetzt hatte das Thema der Europäischen Integration größere Bedeutung. In der sozial-liberalen Zeit wurden Begriffe und Ideen der Reformepoche in Vokabular und Programm der FDP aufgenommen. Statt „Marktwirtschaft" hieß es „Kapitalismus", und es war viel von „Bürgerbeteiligung" die Rede. 1997 – nach der Wiedervereinigung und während der Globalisierung – wartete die FDP mit neuen Wortschöpfungen wie „liberale Bürgergesellschaft" oder „Teilhabergesellschaft" auf.

Im Laufe der Zeiten hat die FDP auch eine Umwertung einiger Politikfelder vorgenommen: Aus dem Engagement für die Beamtenschaft wurde Kritik am öffentlichen Dienst; der einst so positiv bewertete Föderalismus wurde als Quelle der Entscheidungsunfähigkeit des politischen Systems gesehen. Die Erbschaftssteuer wurde in den Freiburger Thesen gefordert und in später als Ausdruck einer „Neiddiskussion" abgelehnt.
Bei aller kontinuierlichen Ausrichtung auf Marktwirtschaft, Bürgerrechten und sozialer Verantwortung wurde die FDP in den über 60 Jahren ihres Bestehens weniger national, weniger sozialpolitisch engagiert und stärker individualistisch. Es tat sich eine Schere auf zwischen dem Eigenbild der FDP und ihrer Wahrnehmung durch das Publikum. „Freiheit" blieb für die FDP und ihre Anhänger stets der höchste Wert. 2009 wurde das im Bundestagswahlkampf in den Forderungen nach einem einfacheren Steuersystem und nach Steuersenkungen operationalisiert. Das brachte der FDP elektoral großen Zuspruch, drängte sie jedoch in der Bundesregierung gouvernemental im erheblich Schwierigkeiten.
So ist es kein Wunder, dass der ab 2009 neue Generalsekretär *Christian Lindner* ein neues Grundsatzprogramm für die FDP fordert.

7.4 Auf dem Wege zu einem neuen Grundsatzprogramm

2009 gaben *Phillip Rösler* und *Christian Lindner* einen Sammelband heraus, der den Titel trägt „Freiheit: gefühlt – gelebt."[417] Dieser Sammelband wirkt wie ein „Who is Who" des

[417] Philipp Rösler/Christian Lindner (Hg.), Freiheit: gefühlt – gedacht – gelebt. Liberale Beiträge zu einer Wertediskussion, Wiesbaden 2009

FDP-Nachwuchses 2009/2010. Neben den Herausgebern schreiben hier junge Bundestagsabgeordnete der FDP wie *Daniel Bahr* (Jg. 1976), *Patrick Döring* (Jg. 1973), *Otto Fricke* (Jg. 1968), *Miriam Gruß* (Jg. 1975), *Michael Kauch* (Jg. 1976), *Horst Meierhofer* (Jg. 1972), *Jan Mücke* (Jg. 1973), *Gisela Piltz* (Jg. 1967), *Frank Schäffler* (Jg. 1968), *Marina Schuster* (Jg. 1975), *Florian Toncar* (Jg. 1979), *Johannes Vogel* (Jg. 1982) und *Volker Wissing* (Jg. 1970). Darüber hinaus gehören Autoren dazu wie der saarländische Landesvorsitzende *Chistoph Hartmann* (Jg. 1972) und die Europaabgeordnete *Silvana Koch-Mehrin* (Jg. 1970). Dieser Band gibt zugleich Fingerzeige darauf, welche Themen ein den Wiesbadener Grundsätzen folgendes Parteiprogramm der FDP ansprechen könnte.

Christian Lindner verspricht sich viel vom Begriff „Fairness": „Die FDP sollte diesen Begriff offensiv reklamieren. In der Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm wäre er zu systematisieren:"[418] „Sozialdemokraten und christlich Soziale" würden den Begriff der „sozialen Gerechtigkeit" favorisieren, der am ehesten durch „Vollzeitbeschäftigung" zu erreichen sei. Wo das nicht gelinge, müssten „staatliche Transferleistungen" den Lebensunterhalt sichern. Dadurch aber würden die wirtschaftlich Benachteiligten und somit Unfreien zahlreicher werden.[419] Das sei jedoch kein liberaler Ansatz. Hier ginge es darum, dass die Verteilungsstrukturen der Gesellschaft allgemein anerkannt oder zumindest anerkennbar sein müssten. Das ist mit „Fairness" gemeint. Diese Fairness impliziere Ungleichheit im Ergebnis, aber Chancengleichheit am Anfang. Denn: „Chancen sind keine Garantien."[420] Ungleichheit im Ergebnis sei daher gerechtfertigt.

Hier vertritt *Lindner* eine klassische Position, wie sie beispielsweise von Benjamin Constant (1767 - 1830) entwickelt wurde: „Freiheit wird von Constant zwar nicht in jeder Hinsicht, aber in wichtigen Punkten als individuell erfolgsabhängiger Wert definiert. Gebildete und Eigentümer besitzen Freiheit. Sie können mehr Gebrauch von Freiheitsgarantien machen als Besitzlose oder Analphabeten. Constant zeigt damit, dass er ... eine grundlegend ungleiche, nach Leistung und Besitz abgestufte Gesellschaft vor Augen hat."[421] In abgemilderter Form ist das auch die Position *Lindners*. Allerdings ist er sich offensichtlich nicht klar, wie sich derartiges zu einem Parteiprogramm der FDP erheben ließe, denn die „Fairness", meint er, sei „nicht blind gegenüber den Ergebnissen des Wettbewerbspiel in der Lebenswirklichkeit: Sie umfasst deshalb einen sozialen Ausgleich..."[422] Hier wird noch programmatisch gearbeitet werden müssen, denn es soll auch festgehalten werden, dass „Leistungsträger" nicht beschnitten werden dürften. Da es hier um „Einkommen" geht, stellt sich der Autor offensichtlich nur wirtschaftlich Starke als „Leistungsträger"[423] vor. Im Parteiprogramm wird das näher definiert werden müssen, denn auch Geringverdienende wie Krankenschwestern sind zweifellos Leistungsträger in der Gesellschaft.

Von einem neuen Grundsatzprogramm der FDP ist auf der einen Seite die Bestätigung „eherner" Positionen, auf der anderen Seite womöglich auch die eine oder andere Überraschung zu erwarten.

---

[418] Christian Lindner, Freiheit und Fairness; in: Philipp Rösler/Christian Lindner (Hg.), a.a.O, S. 19. S. auch John Rawls, a.a.O.
[419] Christian Lindner, a.a.O, S. 23
[420] a.a.O., S. 20
[421] Jürgen Hartmann/Bernd Meyer/Birgit Oldopp, Geschichte der politischen Ideen, Wiesbaden 2002, S. 151
[422] Christian Lindner, a.a.O., S. 28
[423] ebenda, S. 25

Zum ehernen Bestand gehört die abermalige Beschwörung der „Sozialen Marktwirtschaft". Diese allerdings wird nun eingebaut in das neue Konstrukt einer „fairen" Gesellschaft, denn einerseits sei „nur" sie in der Lage, „Wohlstand und Gerechtigkeit und damit sozialen Frieden zu sichern" – so *Philipp Rösler*.[424] Die Soziale Marktwirtschaft sei „Herausforderung und Chance gleichermaßen." Herausforderung sei sie, weil mit ihrer Hilfe die „staatlich verzerrten Märkte" aufgebrochen werden könnten. Die Chance bestehe darin, dass sie den „Verunsicherten Mut macht, weil sie Perspektiven aufzeigt." Sie würde aber auch „Mutige, Kreative und Leistungsbereite" ansprechen und sei so die beste Methode, „Leistungsgerechtigkeit" herzustellen.[425] Von der Idee bis zum parteipolitischen Programm steht auch hier noch ein Weg bevor, denn die FDP wird erklären müssen, warum es gerecht sei, dass ein Manager ein mehrfaches gegenüber einem Arbeiter ausgezahlt bekommt. Oder wird die FDP das ändern wollen?

Überraschend ist es, dass der Band einen Beitrag von *Patrick Döring* enthält, der den Titel „Freiheit und Heimat – Heimat geben, bewahren, gestalten"[426] trägt. Das ist möglicherweise eine Reaktion auf die deutsche Wiedervereinigung und die Einbindung Deutschlands in die Europäische Union. Bleibt der immer weniger national werdenden FDP am Ende nur noch der Wert der „Heimatliebe" für die Gemeinde und die Republik? Oder will sie den „Konservativen" die „ideelle(n) Besitzansprüche"[427] an der „Heimat" aus elektoralen Gründen streitig machen? Hier eröffnet sich ein weites Diskussionsfeld für die Vorbereitung eines neuen Parteiprogramms der FDP.

Perspektivisch ist die Skizze von *Christopher Gohl* „Die Bedeutung des Bürgersektors für das liberale Projekt". Etwas idealtypisch behauptet *Gohl*, am „Projekt einer liberalen Bürgergesellschaft" werde „an zwei Stellen hart gearbeitet": Im Parlament durch die FDP und im Bürgersektor durch „Akteure mit Agenda".[428] Im Parlament werde die Freiheit institutionell verteidigt, im Bürgersektor fände der Mensch zu seiner eigenen Freiheit. Als einen Beweis für die Emanzipation des Bürgersektors führt der Autor an, dass in Deutschland zunehmend Stiftungen gegründet würden: Waren es in der 80er Jahren durchschnittlich 150 Stiftungen pro Jahr, so seien 2007 1.134 Stiftungen gegründet worden.[429] *Gohl* prognostiziert eine Zunahme der Projekte des Bürgersektors, die eine Neuorientierung der institutionalisierten FDP erfordern werde. Transparenz, eine „komplexere Freiheit" und ein anderes „Politikverständnis", das über die parlamentarische Parteiendemokratie hinausgehe,[430] werden erforderlich sein, wenn Liberale diese Entwicklung gestalten wollen. In der Tat. Hier muss die FDP sich programmatisch und praktisch beeilen, denn beim Bürgersektor hat die Partei einen Rivalen, der ihr zu Leibe rückt: Die Grünen.

[424] Philipp Rösler, Welchen Wert hat heute noch die Soziale Marktwirtschaft?; in: Philipp Rösler/Christian Lindner (Hg.), a.a.O., S. 134
[425] ebenda, S. 235
[426] Patrick Döring. Freiheit und Heimat – Heimat geben, bewahren, gestalten; in: Philipp Rösler/Christian Lindner (Hg.), a.a.O., S. 157
[427] ebenda, S. 168
[428] Christopher Gohl, Die Bedeutung des Bürgersektors für das liberale Projekt; in: Philipp Rösler/Christian Lindner (Hg.), a.a.O., S. 84
[429] ebenda, S, 85
[430] ebenda, S, 89/90

8 FDP – Partei des organisierten Liberalismus?[431]

8.1 Zwischen Funktions-, Medien- und Klientelpartei

Immer wieder wird die Frage gestellt: „Braucht Deutschland eine liberale Partei?“ Die Verfassung des Staates ist liberal konzipiert. Zwar hat die FDP kein Monopol auf deren Liberalismus, aber dessen Hüterin war sie gelegentlich – bei den persönlichen Freiheitsrechten, beim Parlamentarismus und bei der Marktwirtschaft. Im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik hat sie sich von der genuin liberalen Rolle gelöst. Sie entwickelte sich zur Mehrheitsbeschafferin der großen Parteien. Seit Aufkommen der Grünen und auch der PDS/Linkspartei hat sie in dieser Rolle ihre Monopolstellung verloren. In ihrer Not warf sie gelegentlich sogar liberale Grundsätze über Bord: Sie ermöglichte die Einschränkung des Asylrechtes; sie hielt den Lauschangriff für wichtiger als die Unverletzlichkeit der Wohnung. Selbst für ihre innere Organisation ermöglichte die Partei des Parlamentarismus den Mitgliederentscheid, das Plebiszit. In der Wirtschaft orientierte sie sich nicht ausschließlich am freien Mittelstand sondern auch an der Großindustrie.

Als sie sich „Partei der Besserverdienenden“ nannte, war im Osten Deutschlands diese einst als Partei *Genschers* bewunderte FDP mit einem Schlag unmöglich geworden. Gerade hier hatte man auf die Marktwirtschaft und ihre Partei gehofft. Aber die Gerechtigkeit, verstanden als Verteilungsgerechtigkeit, sollte nicht untergehen. Die FDP verkannte diesen im Osten lebendigen Gedanken. Nach 1998 war die Existenz der FDP gefährdet. Für die Regierungsbildung im Bund wurde sie nicht gebraucht, und eine programmatische Erneuerung schaffte sie nicht. Nachdem 2002 das „Projekt 18“ – das der Mediatisierung der Partei – gescheitert war, sprach der Vorsitzende von der FDP als „Partei für das ganze Volk“. Er wollte den verheerenden Eindruck der „Partei der Besserverdienenden“ verwischen und hatte sich sogleich in die nächste Falle begeben. Eine Partei kann nur einen Teil des Volkes repräsentieren, sonst wäre sie das Ganze. Der Blick für die inneren Zusammenhänge des Parteiensystems mit mehreren interdependenten Einzelparteien war nach 1998 der FDP – zumindest vorübergehend – verloren gegangen.

Der linke Flügel der FDP verkümmerte. Sowohl für sie als auch für ihre innerparteilichen Gegenspieler war der Rücktritt der verfassungsliberal auftretenden Justizministerin *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* im Dezember 1995 letztlich ein Symbol der Machtlosigkeit der „Linken“. Es war der Schwanengesang einer politischen Kultur, die bis 1982 von Persönlichkeiten wie *Helga Schuchardt*, *Günter Verheugen* und *Gerhart R. Baum* geprägt wurde. Schon die Parteiführung um *Wolfgang Gerhardt* war überzeugt, dass für sozial-liberale Positionen kein Platz mehr sei in der FDP der Berliner Republik. *Gerhardt* und seine Anhänger sahen es so: Die Bürger fürchteten den Staat nicht als Bedrohung für ihre persönlichen Freiheiten. Im Gegenteil, der Staat sei zu libertinär und müsse energischer

[431] S. auch Jürgen Dittberner, FDP – Partei des organisierten Liberalismus?; in: Richard Faber (Hg.), Liberalismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 2000, S. 223 ff

werden, damit er die Bürger besser schützen könne. Mit dieser Linie hatte die FDP erstmals nach einer langen Durststrecke 1996 3 Landtagswahlen gewonnen. Die FDP hatte ihr Monopol als Mehrheitsbeschafferin bereits verloren. Das konnte damit kompensiert werden, dass sich die FDP als Garantin für Stabilität darstellte. Die Grünen galten noch als Partei des Zoffs und der Konflikte.

Die Dinge haben sich seitdem weiterentwickelt. *Gerhardts* Nachfolger *Westerwelle* hält ausdrücklich nichts vom „Links-Liberalismus", und die doch teilweise durchaus demokratisch-innovative „68er" Bewegung ist für ihn ein Irrweg. Dieser Vorsitzende erklärt, es gäbe keinen „Bindestrichliberalismus".

Den eigenen Untergang vor Augen, hatte die FDP zuvor seit dem Herbst 1994 über sich, über den Liberalismus und über die politischen Zeitläufe nachgedacht. Die Zahl der aus der Partei kommenden Manifeste, Memoranden, Thesen und sonstigen Abhandlungen war unüberschaubar. Die in den Jahren 1994 und 1995 feststellbare Sehnsucht vieler Parteimitglieder nach Analyse, Theorie und Programm sollte die scheinbar ausweglose Lage der FDP verdrängen.

In der alten Bundesrepublik konnte die FDP als kleine Partei eine Weile gut leben, weil sie Mehrheitsbeschafferin und zugleich Funktionspartei geworden war. Diese Rolle des Juniorpartners und Korrektivs einer der beiden Hauptparteien war der Partei zugewachsen, von ihr zunächst weder erdacht noch gewollt. Die meisten Liberalen wollten nach 1945 gerade nicht in die bürgerliche Union gehen, weil ihnen der Klerikalismus der CDU zuwider war, weil sie vom christlichen Sozialismus eine Verwässerung der Marktwirtschaft befürchteten; vielfach auch, weil sie von nationalistischen Vorstellungen nicht lassen mochten. Dass die Liberalen Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre vom bürgerlichen Lager zu den Sozialdemokraten wechselten, hatte nicht mit Taktik und Finessen zu tun, sondern mit dem Wunsch organisierter Liberaler, eine Politik der Aussöhnung in Osteuropa sowie der Chancengleichheit und Demokratisierung im Innern zu ermöglichen. Die Metamorphose der Regierung *Brandt*/*Scheel* zum Kabinett *Schmidt*/*Genscher* bewirkte den Wandel der FDP von einer Programm- zu der Funktionspartei. In der nachfolgenden „Ära *Kohl*" wurde das Funktionsprinzip perfektioniert.

Der neue Parteivorsitzende *Wolfgang Gerhardt* und sein Generalsekretär *Guido Westerwelle* setzten die FDP auf Kurs als Deregulierungs- und Steuersenkungspartei und verschafften sich so gegenüber der CDU Luft. Doch als *Gerhard Schröder* 1998 Bundeskanzler einer rot-grünen Regierung geworden war, nutzte das nicht unmittelbar. Nach einer Serie von Wahlniederlagen erschien 2000 in Nordrhein-Westfalen *Jürgen W. Möllemann* wie Phönix aus der Asche. Sein Wahlerfolg dort entfaltete innerparteilich eine enorme Dynamik. Das daraus entwickelte „Projekt 18" zog junge Mitglieder in die Partei. Sie waren fasziniert von der Modernität einer professionellen Präsentation mit Container und Guidomobil, fanden die Kanzlerkandidatur des Vorsitzenden angemessen und waren irritiert über die innerparteiliche Kritik am aufkeimenden Rechtspopulismus in der FDP und desillusioniert, als das Projekt 2002 scheiterte.

Dann sollte es noch 7 Jahre dauern, bis die FDP wieder in die Bundesregierung kam. Nach dem Scheitern des „Projekts 18" bemühte sich die Partei um programmatische Neuorientierung. Doch blieb das in den Startlöchern stecken, weil eine internationale Wirtschaftskrise hereinbrach und die FDP mit traditionell liberalen Aussagen vielen subjektiv Gefährdeten mit Deregulierungs- und Steuersenkungsversprechen Halt zu geben schien. Die Partei gewann wieder Wahlen – in den Ländern und 2009 auch im Bund. Aber kaum

dass sie im Bund an der Regierung war, wurde die FDP wieder „Klientelpartei“ genannt, weil ihre politischen Rezepte ausschließlich den von ihr so geschätzten „Leistungsträgern“ zugute zu kommen schienen.

8.2 Liberale Ziele

Dass die FDP 1945 nach dem Zusammenbruch Deutschlands neben der Union als einzige bürgerliche Partei bestehen konnte, hatte seine Ursachen in ihrer freisinnig-antiklerikalen, zugleich marktwirtschaftlichen und nationalen Ausrichtung.
Nach der Jahrtausendwende sind diese Kategorien nicht mehr relevant.

Der Nationalismus hatte als Gegenmittel zur dynastischen Erstarrung im 19. Jahrhundert seinen liberalen Sinn gehabt. Seit dem Anschluss des Saargebietes und der DDR an die Bundesrepublik ist keine nationale Tat mehr zu vollbringen.

Marktwirtschaft wollen – obwohl diese mittlerweile ihre Schwächen offenbart – alle, sogar die PDS/Linkspartei. Unter *Gerhard Schröder* nahm auch die rot-grüne Bundesregierung Kurs auf Deregulierung, Rückbau des Sozialstaates und Globalisierung. Der SPD ist das nicht bekommen, und sie sucht seitdem nach ihrer Linie.

Die Klerikalisierung der Politik gehört indes – was die christlichen Konfessionen angeht – der Vergangenheit an. Selbst die Fundamentalisten unter den katholischen Bischöfen trauen sich nicht mehr, ihre Schäflein in Hirtenbriefen zur Wahl der Union aufzufordern.
Wofür also könnten sich Liberale in der Berliner Republik engagieren? Welchen Beitrag zur politischen Kultur kann die FDP leisten?

Die auch in den Bundestagswahlkampf 2009 hineingetragene Philosophie ist bekannt. Die FDP versteht sich als die Freiheitspartei. Freiheit will sie den Bürgern gewähren, vor allem gegenüber den Ansprüchen des Staates. Konkret überträgt sie das ins Steuersystem, das einfach und gerecht sein soll. Das heißt, es müsse zu Steuersenkungen kommen. In ihren Konzepten sind Ausgabenkürzungen des Staates durchaus die Kehrseite der Steuersenkungen. Doch in der Regierungsverantwortung stellt sie lieber die Forderung nach Steuererlassen als die nach Ausgabenkürzungen heraus. Denn die FDP ist eine politische Partei, und sie weiß, dass sie auch nach 2009 auf Wählerstimmen angewiesen ist. In der Partei herrscht die Meinung vor, dass Steuersenkungen vor allem „Leistungsträger“ erreichen müsse, weil diese am ehesten die Wirtschaft in Gang bringen könnten. „Gerechtigkeit“ gehört für die FPD unbedingt zum Freiheitskanon, nur müsse das eine Chancengerechtigkeit sein und keine Verteilungsgerechtigkeit. Schließlich habe der sozialdemokratische und der christlich-soziale Drang nach Verteilungsgerechtigkeit in der Bundesrepublik zum Ausufern der Sozialsysteme geführt. Diese seinen nicht mehr bezahlbar. So kommt es, dass die FDP einem alten liberalen Dogma folgend Ungleichheit für motivierend und Gleichheit für leistungshemmend hält. Da sie hierbei jedoch die gegebene Ungleichverteilung akzeptiert und den Manager höher einschätzt als die Krankenschwester, setzt sie sich dem Verdacht aus, eine „Klientelpartei“ zu sein.

Es käme auf den Versuch an, dass sich die liberal verstehende Partei dem bürgerschaftlichen Sektor der Initiativen und Projekte öffnet. Die Partei ist jedoch – was bei einer „liberalen“ Partei natürlich problematisch sein muss – trotz ihrer entgegengesetzten Rhetorik aufgrund ihrer Entwicklung sehr etatistisch eingestellt. Damit hat sie viel von dem „liberalen Milieu“ verloren, das einst ihre Basis war. Die Handwerker und Selbständigen sind

als liberales Milieu vom bürgerschaftlichen Sektor der Gesellschaft abgelöst worden. Und um diesen Sektor gibt es einen Kampf zwischen der FDP und den Grünen, die sich selber als die modernen Liberalen bezeichnen. Wie dieser Kampf ausgeht, wird prägend sein für das deutschen Parteiensystem.

Erst die Zuwendung zum bürgerschaftlichen Sektor würde die Philosophie der FDP verständlich machen. Das Standartenhafte ihres Freiheitsbegriffes würde schwinden; die Gesellschaft würde vom Bürger aus neu gedacht werden. Die Folge wäre, dass alle Politikbereiche von der Außen- über die Militär- und Sozial- bis hin zur Bildungs- und Kulturpolitik neu durchdacht würden. Auch angesichts des nicht kalkulierbaren Wählerverhaltens bleibt abzuwarten, ob die FDP sich dieser Aufgabe stellen wird..

8.3 „Die Liberalen“

Als die FDP sich – den Gesetzen der Werbewelt folgend – den Beinamen „Die Liberalen“ gab, kam Unmut auf: Dies sei eine Anmaßung, Liberale gäbe es auch außerhalb der FDP. Und es sei doch die Frage, ob diejenigen, die sich in der FDP organisiert haben, tatsächlich überwiegend Liberale seien oder nicht doch Karrieristen, welche die FDP als Sprungbrett für ihr persönliches Fortkommen nutzen wollten.

Zweifellos gibt es außerhalb der FDP Menschen und Institutionen, die als „liberal“ bezeichnet werden können. Liberal zu sein wird auch verstanden als Alltagseigenschaft, die Menschen charakterisiert und von anderen, die „sozial“, „autoritär“ oder „konservativ“ genannt werden, unterscheidet. Solche Alltagsliberalität wird in Deutschland positiv belegt und ist mit Etiketten wie „tolerant“, „weltoffen“ oder „großzügig“ verbunden.[432] Das ist die säkulare Ausprägung des freiheitsliebenden, Macht begrenzenden und sozial verantwortlichen politischen Liberalismus.

Neben Personen werden Institutionen als liberal bezeichnet, zum Beispiel Bildungseinrichtungen, bestimmte Medien oder Gerichte. Fällt ein Gericht ein mildes Urteil, so wird dieses „liberal“ genannt. Eine nicht stur auf die Einhaltung von Regeln achtende Schule gilt ebenso als „liberal“ und Zeitungen wie die „Süddeutsche Zeitung“ oder Zeitschriften wie „Die Zeit“ desgleichen.

Im säkularen Sinne ist die Bezeichnung „Die Liberalen“ für eine Parteiorganisation und ihre Mitglieder tatsächlich eine Anmaßung, denn wären alle hierbei als liberal bezeichneten Personen und Institutionen der FDP verbunden, dann wäre diese tatsächlich eine „Volkspartei“. Sie ist aber eine kleinere Partei.

Das Etikett „Die Liberalen“ soll die FDP abgrenzen von ihren Konkurrenten, den anderen Parteien. Es soll ein „Alleinstellungsmerkmal“ sein, eine Marke, auf die andere Parteien nicht zugreifen können. In solcher Bemühung ist die alternative Partei einen Schritt weiter gegangen als die FDP. Sie hat ihr Etikett „Die Grünen“ zum Parteinamen erhoben. Genau wie „liberal“ ist auch der Begriff „grün“ positiv besetzt, sicherlich auch das Attribut „sozial“. Mithin und nach der Logik der Grünen und der FDP hätten sich die Sozialdemokraten vor der „Agenda 2010“ mit dem Beiwort „Die Sozialen“ schmücken können. Schwerer hätte es die Union: „Die Christlichen“ oder „Die Konservativen“ klingt nicht werbewirksam.

[432] Der Große Brockhaus, Bd. 13, Wiesbaden 1983, S. 143 spricht von „die Freiheit liebend, freisinnig, vorurteilsfrei“.

Doch bleibt die Frage, wie berechtigt derartige Etikettierungen sind. Die deutschen Parteien am Anfang des 21. Jahrhunderts sind nicht mehr den Grundströmungen „liberal", „sozial", „konservativ" und „grün" zugeordnet. Entweder vertreten sie einen programmatischen Mix oder ihre Existenz ist aus der Funktion im Parteiensystem heraus zu erkennen. Im Falle der FDP war es zumindest während der zweiten Hälfte der „Ära *Kohl*" so, dass sie ihre Existenz ihrer Funktion als Mehrheitsbeschafferin verdankte und keiner grundsätzlich von der Union abweichenden programmatischen Ausrichtung. Während des „Projektes18%" war wichtig, was auf dem Etikett drauf stand und weniger, was in der Partei drin war. Nach 2009 hält die Partei ein rigoroses Programm am Leben, das Gegner „Klientelismus", Freunde aber „Liberalismus" nennen.

Im übrigen ist es so, dass die Konkurrenten – in der Sprache der Webestrategen: „Mitbewerber" – ebenfalls beanspruchen, liberal zu sein.

Die Grünen sehen sich als moderne Liberale und verweisen auf ihre Rechts- und Ausländerpolitik. Die doppelte Staatsbürgerschaft und die „Homoehe" gelten als Projekte der Grünen, bei denen die einstige Ökopartei in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit Felder besetzt hat, die eigentlich von der FDP zu beackern gewesen wären. Um den Zuspruch des an Projekten und Initiativen orientierten bürgerschaftlichen Sektors der Gesellschaft bemühen sich die Grünen, während die FDP da noch hinterhinkt. Durch ihre Politik rekrutieren die Grünen Mitglieder, die in einer erklärt liberalen Partei ebenso vorstellbar sind.

Die SPD hat bereits 1982/83 aus der FDP übergewechselte Mitglieder integriert. Sie unterstrich damit ihren seit dem Godesberger Grundsatzprogramm von 1959 formulierten Anspruch, auch liberale Politik zu repräsentieren. Immer wieder wechseln FDP-Mitglieder zur SPD. Bekanntestes Beispiel für einen erfolgreichen ehemaligen FDP-Politiker in der SPD ist *Günter Verheugen*.

Über einen „liberalen Flügel" – informell strukturiert – verfügt die Union seit eh und je. Er wurde einst repräsentiert von ehemals liberalen Politikern der Weimarer Republik wie *Ernst Lemmer*, später unter anderen durch *Richard von Weizsäcker*. Symptomatisch ist der Fall *Ludwig Erhards*, der – parteilos, aber im politischen Geschäft und als liberaler Wirtschaftspolitiker bekannt – sich angesichts konkurrierender Avancen vor den Bundestagswahlen 1949 für die CDU entschied, weil er dort – was durch seinen Aufstieg zum Bundeskanzler verifiziert wurde – bessere Aufstiegschancen als bei der FDP vermutete.[433]

Unter dem Dach des Grundgesetztes sind alle relevanten politischen Parteien liberal. Sie praktizieren die parlamentarische Demokratie und akzeptieren das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition. Sie befürworten die Marktwirtschaft und sind am Wohlergehen der Nation interessiert. Zur Durchsetzung ihrer Ziele setzen sie auf Überzeugung und schließen Gewalt aus. Sie alle machen insofern „liberale" Politik. Zugleich aber ist ihrer aller Politik auch „sozial", seit den achtziger Jahren „grün" und immer auch ein wenig „konservativ". So reduziert sich alles auf die Mischung: Welche Grundhaltung überwiegt bei den alltäglichen Aktionen der Parteien?

Wenn die FDP die „Partei des organisierten Liberalismus" sein will, müssen in ihrer Politik mehr liberale Anteile erkennbar sein als bei den anderen Parteien. Gelegentlich war das Gegenteil der Fall wie bei der Zustimmung zum Großen Lauschangriff. Unter anderen Umständen hingegen wurde der liberale Charakter der FDP sichtbar wie bei der „Spiegel"-Krise.

[433] Volker Hentschel, Ludwig Erhard, a.a.O.

Will die FDP in den Augen der Öffentlichkeit unstrittig die „Partei des organisierten Liberalismus“ sein, muss sie sich an ihren Sternstunden orientieren und darf ihre Verstöße gegen liberale Grundpositionen nicht verdrängen. Bei der Durchsetzung der Marktwirtschaft in den vierziger und fünfziger Jahren hatte die FDP ebenso wie bei dem Kampf für eine neue Ostpolitik und für mehr Demokratie im Innern in den sechziger und siebziger Jahren jene Tugenden an den Tag gelegt, die der in der FDP zu wenig beachtete große Liberale *Max Weber* eindringlich beschrieben hatte: „Leidenschaft – Verantwortungsgefühl – Augenmaß.“[434] Mit diesen Tugenden könnte eine „Partei des organisierten Liberalismus“ in der Welt des 21. Jahrhunderts mitwirken an einem der Freiheit verpflichteten Umbau der offenen Gesellschaft.

8.4 Perspektiven

Verlieren die deutschen Parteien ihre Legenden?

Als *Gerhard Schröder* die Doppelfunktion des Bundeskanzlers und SPD-Parteivorsitzenden ausübte, setzte er gesellschaftspolitische Veränderungen durch, die den Sozialstaat zurückdrängten und an das „sozialdemokratische Herzblut“ gingen. So resümiert Franz Walter: „Es gibt nicht mehr die umfassende sozialistische Erzählung, die über hundert Jahre das Sozialdemokratische ausgemacht hat, die Kitt und Treibstoff der Partei war, allerdings auch Belastung und Barriere bedeutete. Die modernen Sozialdemokraten können oder müssen nun ohne all dies leben.“[435]

Bei der CDU scheint das „C“ zur puren Monstranz geworden zu sein. Die Partei stellt sich auf die säkularisierte Gesellschaft ein. Frank Bösch hält fest: „Bei neuen Themen wie der Asylpolitik, der inneren Sicherheit oder der Gentechnik droht die christliche und wirtschafts-liberale Anhängerschaft der CDU zunehmend auseinander zu brechen.“[436]

Die Grünen haben sich entfernt von den ökologisch-pazifistischen Überzeugungen ihrer Gründungszeit. Die „Anti-Parteien-Partei“ der *Petra Kelly* ist zur pragmatischen Staatspartei *Joschka Fischers* und in seiner Nachfolge *Renate Künasts* geworden. Die Grünen tragen Auslandseinsätze der Bundeswehr mit, und die gebremste Umweltpolitik des früheren Ministers *Jürgen Trittins* stand im Schatten der Außenpolitik des (un)heimlichen Vorsitzenden. Fast sarkastisch klingt die Schlussfolgerung von Joachim Raschke: „Seit dem 27. September 1998 sind die Grünen Regierungspartei oder sie sind nichts. Sie sind Regierungspartei in den Ämtern oder – als Opposition – im Wartestand. Die Frage nach ihrer Regierungsfähigkeit lässt sie nicht mehr los.“[437] 2006 zumindest haben die Grünen gelernt, dass die Rückgewinnung der Macht lange dauern kann. Und dass sie an dieser Erkenntnis nicht zerbrochen sind, ist erstaunlich.

Die PDS hat sich von Anfang an vor der eigenen Legende gefürchtet. Sie ist zwar die SED-Nachfolgerpartei, aber sie verurteilt die Politik der alten Staatspartei. Sie spricht zwar vom „demokratischen Sozialismus“, aber da, wo sie kann – im Bundesland Berlin zum Beispiel – macht sie marktwirtschaftliche Politik. Sie war lange Zeit die Regionalpartei des

[434] Max Weber, Politik als Beruf, Stuttgart 1992
[435] Franz Walter, Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin 2002, S. 267
[436] Frank Bösch, Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart/München 2002, S. 274
[437] Joachim Raschke, Die Zukunft der Grünen. „So kann man nicht regieren“, Frankfurt/M. 2001, S. 442

Ostens, träumte aber von einem dauerhaften Platz im deutschen Parteiensystem, den sie 2005 und 2006 durch die Vereinigung mit der westdeutschen WSAG und die Umwandlung zur Linkspartei zu erreichen hoffte. Bis dahin war die PDS Sammelbecken für Protestler und Ostalgiker. Sie hatte als solche den Bundestag 2002 verlassen müssen und schaffte als Linkspartei 2006 den Wiedereinzug. Als Linkspartei war sie mit dem hereingewechselten *Oskar Lafontaine* auch in westdeutschen Ländern und im Bund erfolgreich – wenngleich meist als Opposition.[438] Anfang 2010 zog sich *Lafontaine* aus der Partei- und Fraktionsspitze des Bundes ins Saarland zurück, und *Gesine Lötzsch* von der PDS sollte gemeinsam mit *Klaus Ernst* von der WSAG die Parteispitze übernehmen. *Gregor Gysi*, Fraktionsvorsitzender im Bundestag sah sich indessen als Formateur der Fusion der PDS mit der WASG und als Gegner einer Vereinigung der Linkspartei mit der SPD.[439] Zu dieser Zeit hatte die Linkspartei noch kein Grundsatzprogramm.

Eva Sturm kommt – bezogen noch auf die PDS – zu dem Ergebnis, dass diese nicht den Weg der Aufklärung gegangen sei, denn sie habe sich gewandt an „Menschen, die emotionsgesteuert handeln, die ´fühlen´ und ´Eindrücke haben´ und nicht etwa die Realität erfassen, Menschen also, die nicht den Mut oder die Entschlossenheit aufbringen, sich des eigenen Verstandes zu bedienen.“[440]

Auch nach der Metamorphose der PDS zur Linkspartei blieben deren Absichten unklar, denn im Osten hatte sich der Partei gegenüber der alten PDS nicht substanziell gewandelt, und im Westen stellte sie sich als fragiles Anhängsel der Ostpartei dar, das vor allem eines nicht sein wollte: SED-Nachfolger.

Die CSU verfolgt ihre alten Ziele weiterhin und wird wohl nicht – wie Alf Mintzel es noch prophezeite – Hegemonialpartei in Bayern bleiben: „Das eine Ziel ist, bayerische Staatlichkeit, soziokulturelle Eigenprägung und politische Kultur sowie wirtschaftlichen Wohlstand im Wandel der Zeiten zu bewahren und zu fördern, und Bayerns Gewicht als historisch gewachsene vitale Kulturregion Deutschlands und Europas auch in neuen, übergreifenden und europaweiten Entwicklungen zu erhalten. Das andere Ziel ist, Bayerns historisch begründeten Mitspracheanspruch und Geltungsauftrag in der deutschen und europäischen Politik zur Geltung zu bringen.“[441] An diesen Zielen trägt die CSU schwer, seit sie am 28. September 2008 bei einer Landtagswahl 17,3% der Stimmen verlor, die absolute Mehrheit in Bayern einbüßte und mit der auch dort erstarkten FDP regieren muss. *Horst Seehofer* löste *Erwin Huber* als CSU-Vorsitzender ab, und er beerbte *Günther Beckstein* im Amte des Ministerpräsidenten in München. In der schwarz-gelben Koalition im Bund versucht *Seehofer* seit Ende 2009, gleiche Augenhöhe mit der dortigen FDP herzustellen. Doch die Basis dafür schmilzt in der Heimat.

Die besondere „bayerische Identität“ ist in Gefahr und damit auch der Status, den die CSU als starke Regionalpartei mit bundespolitischem „Arm“ lange Zeit inne hatte.

---

[438] Die Ausnahme bildet Brandenburg, wo die SPD 2009 überraschender Weise den Koalitionspartner CDU durch die Linkspartei auswechselte. Dort hatte die linke Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser nicht Ministerin werden können, weil sie einst „IM“ der Staatssicherheit gewesen war. Nach der Koalitionsbildung in Potsdam wurden weitere Fälle früherer Verstrickungen von Abgeordneten der Linken bekannt.

[439] „Ich denke nicht an eine Fusion mit der SPD“. Gregor Gysi über den Generationswechsel in der Linken, Regierungsbeteiligungen – und Maulkörbe; in: Der Tagesspiegel 31. Januar 2010, S. 7

[440] Eva Sturm, „Und der Zukunft zugewandt?“ Eine Untersuchung zur „Politikfähigkeit“ der PDS, Opladen 2000, S. 337

[441] Alf Mintzel, Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg. Gewinner und Verlierer, Passau 1998, S. 282

Wie steht es mit der FDP?

Sie beschwört ihre Legende des Liberalismus. Dabei ist sie in einen Zwiespalt geraten: Wirtschaftsliberalismus praktizieren die anderen Parteien auch. Nach etlichem Suchen bemüht sich die Partei seit 2009, sich als original liberal darzustellen. Freiheit wird interpretiert als Deregulierung und Steuersenkung. Dieses Konzept bringt auch Wählerstimmen. Aber es hat den Nachteil, dass es schwer umzusetzen ist – schon allein deswegen, weil es zur Realisierung von anderen Parteien mitgetragen werden muss. Zur Realisierung jedoch fühlt sich die FDP verpflichtet, weil ihre Wähler das erwarten und sich abwenden könnten. Das Trauma der Umfallpartei wird sichtbar. Und dass logischerweise Ausgabenkürzungen den Steuersenkungen vorausgehen müssten, nützt wenig für die Politik der FDP, denn solches würde Proteste vieler gesellschaftlicher Gruppen provozieren. So beschwört die FDP zwar ihre Legende mit besonderem Eifer, doch gerade das könnte ihr zur Falle werden.

Ein Rückgriff auf die alten Cleavages aus der Gründerzeit würde nicht helfen. Die nationale Frage ist gelöst. Den Rechtsstaat beschwören alle. Die parlamentarische Demokratie wird praktiziert. Kirche und Staat sind getrennt. Die Marktwirtschaft hat sich durchgesetzt. Der Sozialstaat wird zurückgebaut – auch gern unter Mithilfe der SPD.

Hat sich der Liberalismus zu Tode gesiegt? Wozu dient der FDP der Bezug auf den Liberalismus? Stets versucht sie, ihn zu definieren als Streben nach Freiheit. Freiheit wird bezogen auf die Person, Eingrenzung der Freiheit erfolge durch Institutionen und Organisationen. „Vorrang der Person vor der Institution“, lautet das Politschlagwort dieser Philosophie. Bei der FDP kommt man damit in jeder Debatte durch. Doch wer fordert „Vorrang der Institution vor der Person“? Keiner der demokratischen Konkurrenten der FDP tut das. Dennoch schreitet die Bürokratisierung des Lebens voran und engt den Spielraum jedes einzelnen ein.

Im Kampf gegen klerikale, feudale und dynastische Herrschaft war der Liberalismus einst die leitende Idee des aufsteigenden Bürgertums. Das Bürgertum erkämpfte seinen Platz in der Gesellschaft, etablierte seine eigene Macht und eroberte sich eigene Ressourcen. Der Liberalismus war erfolgreich, weil hinter ihm das Interesse einer neuen Klasse stand. Deren Wucht setzte die liberalen Ziele durch. Und als das geschehen war, wurde das ehemals liberale Bürgertum defensiv – verteidigte seine Stellung.

Wo ist am Beginn des 21. Jahrhunderts das gesellschaftliche Interesse, das Liberalismus als individuelle Freiheit braucht? Die Global Players brauchen den Liberalismus nicht. Durch Investitionsentscheidungen setzen sie Fakten und schießen die Sozialsysteme des Westens sturmreif. Den Abriss überlassen sie Sozialisten, Sozialdemokraten oder Konservativen, weil es so am unverdächtigsten ist. Liberale sind hierbei nicht nötig – höchstens als Stichwortgeber. Diese Stichworte heißen „Eigenverantwortung“, „Flexibilität“ und „Leistungsträger“. Das ist die globalisierungstaugliche Übersetzung von „Freiheit“.

Die Mehrzahl der Menschen in der Bundesrepublik sieht weniger die persönliche Freiheit als vielmehr die soziale Sicherheit bedroht. Einkommensschwund, sozialer Abstieg, Arbeitslosigkeit können jeden erreichen. Die Krise hat es gezeigt. Bedrohungen der persönlichen Freiheit durch die staatliche Repression wie durch Polizei oder Justiz werden weniger gefürchtet. Die Staaten beschwören zwar die Gefahr durch den Terrorismus, doch die Bürger haben andere Sorgen. Sie fühlen sich eher belästigt durch Abwehrmaßnahmen dagegen wie lange Wartezeiten, Absperrungen oder Kontrollen in den Großstädten.

Die FDP hatte es nicht versucht, hier deutlich die Stimme zu heben. Zwar heißt es immer wieder „Weniger Staat wäre mehr“,[442] aber bei der Terrorbekämpfung scheint dieser Satz in FDP-Kreisen suspendiert. Die FDP wollte sich beim Thema Terror lange Zeit nicht in die Ecke der nicht „Wachsamen“ drängen lassen. Seit 2004 gibt es vorsichtige Versuche, diese Position des Opportunismus zu verlassen. In der ersten Reihe sind dabei „Altliberale“ wie *Gerhart Baum* und *Burkhard Hirsch* zu sehen.

Freiheit erfordert Aufklärung. Die Freiheit der Medien jedoch hat Entertainment in den Mittelpunkt gerückt. Auch Politik wird durch Unterhaltung verkauft. Die unter anderem von der FDP einst begrüßten Neuen Medien brachten die Quote als Maß aller Dinge. Liberalen müsste das zuwider sein. Aber die FDP geht gegen die Macht von Medienbossen nicht an. Sie will nicht sauertöpfig wirken.

Die Freiheit der Wissenschaft hat die FDP in der Tat auf ihre Fahnen geschrieben. Bei der Gentechnologie und der Embryonenforschung ist sie auf der Seite der Wissenschaft, will die Grenzen des Zulässigen weit ziehen. Das ist ein Freiheitskampf. Doch nicht immer ist erkennbar, dass FDP-Vertreter hierbei den ethischen Argumenten der Gegner neuer Technologien – wenn sie aus Sorge um die Würde des Menschen und aus Ehrfurcht vor der Natur vorgetragen werden – gerecht wird. Hier von „Bedenkenträgerei“ zu reden, ist nicht angemessen – klingt mehr nach Lobbyismus als nach liberaler Weltsicht.

Immer wieder ist aus FDP-Kreisen zu hören, „liberal“ zu sein, habe auch etwas mit Lebensgefühl und -stil zu tun.[443] Beim „Projekt18%“ schien die Partei insofern den richtigen Ton getroffen zu haben. *Harald Schmidt*, das Guidomobil, der Fallschirm, die goldene 18 an den Schuhsohlen und auch der Gang in den Container schienen einem Hedonismus zu entsprechen, der große Teile der jüngeren Generation erfasst hatte. Die Umfragen und Parteibeitritte Jüngerer bestätigten es. Die FDP schien für viele den richtigen Ton getroffen zu haben. Doch die bunte Seifenblase zerplatzte. Eine Mode war vergangen – nichts, was sich mit dem Begriff Liberalismus deuten ließ.

Die Realität ist jedoch: Aus der FDP selber heraus wird geklagt, man habe liberale Themen aufgegeben.

- Die Partei habe sich bei der Terrorismusbekämpfung in einen Konsensus mit den anderen Parteien begeben und verlöre dabei die Verteidigung der Bürgerrechte aus den Augen.
- Die Partei lasse das richtige Gefühl für soziale Verantwortung vermissen. Wer steigende Spitzengehälter einiger kritisiere und zunehmende Armut vieler beklage, dem werde von der FDP-Führung vorgeworfen, er schüre „Neid“.
- Die FDP sei nicht mehr die Partei der die Kultur tragenden Schichten. Diese neigten zur SPD oder zu den Grünen.
- Das Umweltthema habe die FDP 1982 im Verlaufe der Wende aufgegeben.

In 16 Jahren Verschleiß während der Ära *Kohl* und anschließend nach dem Verlust ihrer strategischen Position 1998 hatte die FDP in der Parteiführung ihre liberale Leidenschaft verloren. Der Wunsch nach Selbsterhaltung der Organisation und Bewahrung der verbliebenen Pfründe herrschte vor. Mal probierte man es mit Show, dann mit Populismus. Mal

[442] Guido Westerwelle, Neuland, a.a.O, S. 142

[443] S. hierzu: Wolfgang Kersting, Liberalismus als Lebensform, in: Der ungeliebte Liberalismus, vorgänge Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 1, März 2010, 189, S. 28ff.

war von gleicher Augenhöhe zu den Großparteien die Rede, dann wieder lieferte sich die FDP der Union als Hilfstruppe aus.

All dies führte zu nichts. Die FDP musste 11 Jahre warten, bis sie 2009 wieder in die Bundesregierung einrückte. Das allerdings tat sie nach dem größten Wahlerfolg ihrer Geschichte mit dem Versprechen, die Wirtschaftskrise mit einem „Liberalismus pur" wie sie ihn verstand zu heilen und die Mittelschichten vor dem Absturz zu bewahren: durch Steuervereinfachungen und -senkungen.

2004 hatte es noch anders ausgesehen. Die Partei hatte erkannt, dass sie als bloße Marke keine Zukunft haben würde und bemühte sich um eine personelle und programmatische Neuausrichtung.[444]

Wie sah zu dieser Zeit das Eigenbild der FDP aus? Der Parteivorsitzende *Guido Westerwelle* äußerte sich hierzu in einem Interview Mitte 2004:[445]

> „*Interviewer*: Sie wissen ja, es gab einmal den liberalen Ministerpräsidenten von Oldenburg, *Theodor Tantzen*.[446]
>
> *Westerwelle*: Ja.
>
> *Interviewer*: Der hatte ein Lebensmotto: `Er redet mit den Großen und hält zu den Kleinen.´ Ich habe die Einschätzung, das könnte heute kein FDP-Politiker mehr sagen. Würden Sie das auch so sehen? Ich stelle darauf ab, dass die FDP in der Frühphase doch sehr stark sozialpolitisch engagiert war – vom Volk, von den Massen und deren Bedürfnissen geredet hat –, und ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Politiker der FDP heute so etwas sagt: `Er redet mit den Großen und hält zu den Kleinen´.
>
> *Westerwelle*: Die Sprache ist die Sprache der Zeit. Ich würde es heute immer wieder auch formulieren, dass die FDP eine Partei ist, deren Politik für das ganze Volk gut ist und nicht nur für einige wenige. Ich glaube, dass das Vorurteil gegen den Liberalismus – nämlich der Liberalismus sei nur für eine Etage der Gesellschaft geeignet – falsch ist. Das entspricht auch nicht meinem ganz persönlichen Lebensumfeld und wie ich groß geworden bin. Ich glaube, dass der Liberalismus und die FDP als Partei des organisierten Liberalismus sich niemals einsperren dürfen – weder in ein Lager noch auf der so genannten Beletage in Deutschland.
>
> *Interviewer*: Herr *Rexrodt* hat gesagt, dass die FDP sich vor allem darum kümmern müsse, dass man die Leistungsträger machen lässt. Dann würde die Volkswirtschaft Ressourcen entwickeln, und man könne sich solidarisch verhalten gegenüber den leistungsfähigen Schwachen. Ist das die Position, die Sie vertreten, und was macht man – dann muss es ja auch leistungsunwillige Schwache geben...
>
> *Westerwelle*: Die gibt es natürlich. Und das ist ja auch der Grund, warum die Treffsicherheit unseres Sozialstaates wieder erhöht werden muss. Ich glaube, der Sozialstaat wird in Deutschland von mehreren Ecken her bedroht. 1. von der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, was nur durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik wieder in den Griff zu kriegen ist, 2. durch die veränderte Altersstruktur unserer Gesellschaft und 3. auch durch die mangelnde Treffsicherheit unseres Sozialstaates: Wir haben einen Sozialstaat, der in Teilen eben auch die Findigen fördert anstatt die Bedürftigen.

---

[444] s. Jürgen Dittberner, Die FDP – sozial und ökologisch; ín: Der Tagesspiegel, 5. Januar 2006, S. 6

[445] Interview mit dem Autor am 7. Juli 2004

[446] *Theodor Tantzen*, Ministerpräsident des Freistaates Oldenburg von 1919 bis 1923 wurde 1945 von der britischen Militärregierung eingesetzt. Darüber berichtet Martina Neumann, Theodor Tantzen ein widerspenstiger Liberaler gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1998, S. 368: „Am 16. 5. 1945 war *Tantzen* von der britischen Militärregierung für Oldenburg ...`vorläufig´ zum Chef der Landesregierung mit der Amtsbezeichnung `Ministerpräsident´ ernannt worden." (S. Kurzbiografien)

Interviewer: Frau *Leutheusser-Schnarrenberger*, Herrn *Baum* und Herrn *Lüder* wurden gefragt, welche Themen müsste die FDP herausstellen müsste, damit sie stärker ankommt bei den Wählern, damit sie mehr Verankerung in der Bevölkerung hat. Es wird viel vom Rechtsstaatsthema gesprochen, das nach vorne gestellt werde müsste: Was meinen Sie, ist da überhaupt ein Mangel vorhanden, oder ist die FDP bei den Themen gut aufgestellt?

Westerwelle: Das Bessere ist des Guten Feind. Und trotzdem muss man wissen, das Standbein der FDP muss die wirtschaftliche Vernunft, das Schaffen von Arbeitsplätzen durch Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft, sein. Das ist in meinen Augen auch die entscheidende Frage, ob der Wohlstand in unserer Gesellschaft bleibt. Wenn der Wohlstand sinkt, dann neigt eine Gesellschaft dazu – und zwar jede –, intoleranter zu werden. Und dann kommt man sehr schnell in den Teufelskreislauf: Der Wohlstand sinkt, es wird weniger auf Bildung geachtet, dann gibt es auch Tendenzen der Fundamentalisierung. Da soll niemand glauben, dass das in Deutschland nicht auch möglich wäre. Wohlstand für alle und Arbeit für alle, das ist der Maßstab einer liberalen Wirtschaftspolitik und eben nicht nur für einige wenige. Ich will noch einmal auf den Punkt kommen: 5 Millionen Arbeitslose – wenn man die betroffenen Familienangehörigen mit dazu zählt, sind es bis zu 15 Millionen Menschen, die betroffen sind. Weitere 5 Millionen Menschen fürchten um ihren Arbeitsplatz, und die haben auch Familienangehörige. Das heißt: In Deutschland sind zwischen 20 und 30 Millionen Menschen in einer existenziellen Sorge, manchmal sogar Not, jedenfalls ganz persönlich von der schlechten wirtschaftlichen Ausrichtung unseres Landes betroffen. Not und Angst machen unfrei. Das ist für mich auch gesellschaftspolitisch ganz entscheidend: Den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, einem toleranten Menschenbild und einer toleranten Gesellschaftsentwicklung darf man nicht zu klein schätzen. Wir wissen, dass das eine das andere befördert. Umgekehrt übrigens auch: Nur in der toleranten Gesellschaft entsteht auch die Kreativität, die man braucht, damit es wirkliche Spitzenerfindungen gibt, Dynamik gibt, auch Leistungsbereitschaft, die sich entfalten kann. Dass die FDP darüber hinaus in der Opposition es schwer hat, in anderen Feldern wahrgenommen zu werden, die sie in der Regierungszeit problemlos stärker auch besetzen könnte, muss man dazu sagen. Es ist natürlich in der Opposition als zweitgrößte Oppositionsfraktion ungleich schwerer, zum Beispiel in der Außenpolitik mit den Gegenkonzepten – die es ja gibt: wir haben hervorragende Beschlüsse auf dem Parteitag gehabt – wahrgenommen zu werden. Und es ist auch nicht immer leicht, in der Innen- und Rechtspolitik hinreichend wahrgenommen zu werden, obgleich zum Beispiel das Wirken der FDP in der Zuwanderungsfrage mit Sicherheit auch über die Parteigrenzen hinweg höchste Anerkennung genießt für ein sachliches und praktisches Bauen von Brücken der Vernunft.

Interviewer: Liberalismus ist ja das Streben nach Freiheit. Heißt das, dass es im Prinzip darum geht, Freiheit für Jedermann – für alle Menschen – zu erringen oder müsste man sagen: zunächst einmal für Bestimmte, damit sich langfristig etwas ändert?

Westerwelle: Das ist ein universeller Anspruch. Wobei ich allerdings das so nicht stehen lassen möchte. Das Streben nach Freiheit: Ich würde immer noch einen Zusatz hinzufügen: nach der Freiheit zur Verantwortung. Das macht ja den Liberalismus zu einer so ungewöhnlich unbequemen Botschaft: die Freiheit zur Verantwortung, nicht die Freiheit von Verantwortung. Viele meinen ja, Freiheit sei die Freiheit von Verantwortung, und das halte ich für falsch. Ich glaube, es geht immer auch um die Freiheit zur Verantwortung – zur Verantwortung für sich selbst, für seinen Nächsten. Soweit bin ich ein Anhänger des Denkens, wie es in den Freiburger Thesen einmal aufgeschrieben worden ist. In die Freiburger Thesen ist ja viel hineingeheimnist worden, und viel ist auch vergessen worden, was da beschlossen worden ist. Im Kern ist in den Freiburger Thesen genauso wie in den Wiesbadener Grundsätzen, die wir gemacht haben, ein Freiheitsverständnis aufgeschrieben, nämlich nicht das Freiheitsverständnis einer Robinson-Crusoe-Freiheit – isoliert auf einer Insel machen und tun zu können, was man will – nach dem Motto: `Es schert niemanden, es geht nur um einen selbst.´ Freiheit ist nicht Egoismus, sondern Freiheit

ist Verantwortung. Das ist aus meiner Sicht die einfach notwendige Hinzufügung zu dem Satz: Der Liberalismus ist das Streben nach mehr Freiheit für mehr Menschen. *Karl-Hermann Flach* hat gesagt: mehr Freiheit für mehr Menschen. Und wenn man dann liest, welchen geistigen Gehalt die Freiburger Thesen hatten und rausnimmt, was hineingeheimnist worden ist draußen – rausnimmt, was späterhin auch kritisiert worden ist vor allen von denjenigen, die sie in Wahrheit nie richtig gelesen haben – weiß man, dass es um den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung ging.

Interviewer: Ich habe den Eindruck, dass Sie die „68er", die APO sehr kritisch sehen. Nun kann man sagen, es hat 2 Entwicklungen gegeben: Eine hin zum Terrorismus – da bedarf es keiner Diskussion, wie das zu bewerten ist. Aber ist nicht durch die Studentenbewegung, die APO, ein inhaltlicher Demokratieschub in die Gesellschaft gekommen?

Westerwelle: Das sehe ich so. Ich glaube, die ganze große Leistung und das ganze große Verdienst der echten 68er war die Demokratisierung der Gesellschaft, vor allem das Durchlässigmachen des Bildungssystems, das bis dahin ja sehr verkarstet war. Es ist dann daraus ein Mentalitätswechsel geworden, und Übertreibungen sind daraus entstanden, die ich für verheerend halte. Zum Beispiel, dass die Freiheit hinter die Gleichheit gesetzt worden ist, ist das klassische Ergebnis dieser Zeit. Dass aus einer Chancengleichheits- eine Ergebnisgleichheitsdiskussion gemacht worden ist, ist das Produkt dieses Geistes. Und dass der Staat oder dass soziale Gerechtigkeit sich an der Quote der staatlichen Umverteilung orientieren und nicht auch an der persönlichen Mitverantwortung, das sind alles Ergebnisse dieser Zeit, die ich für völlig falsch halte. Die Technologie- und Fortschritts- und Forschungsfeindlichkeit sind ein Ergebnis dieser Zeit, das ich für falsch halte. Und ich glaube, das ergibt sich auch daraus – ich überspitze es ein bisschen, und das ist polemisch formuliert, aber jede gute Polemik hat gewissermaßen auch einen harten Kern. Man konnte eben in dieser Zeit selbst nach dem 25. Semester Soziologie-Studium noch im öffentlichen Dienst ein Plätzchen finden – egal, wie die Abschlussnote war. Und dass da auch das leistungsorientierte Denken, was nun einmal in einer freien Gesellschaft notwendig ist, so diskreditiert worden ist, das ist in meinen Augen ein Fehler. Nun bin ich auch ein typisches Kind der geburtenstarken Jahrgänge der 80er. Für uns gab es diese Möglichkeiten nicht. Die Erfindung des Numerus Clausus war ja die Antwort auf die geburtenstarken Jahrgänge. Wir wussten, wir mussten uns anstrengen, wenn wir bestimmte Sachen erreichen wollten. Und die geburtenstarken Jahrgänge haben einfach das Erleben, dass es immer zu viele gab, zu viele für wenige Möglichkeiten. Deswegen ist bei uns Leistung und Leistungsbereitschaft auch viel positiver besetzt als bei den *Trittins*, bei den *Fischers* und bei anderen. Ich trage übrigens immer noch meine Überzeugung, dass sich dieses Denken viel mehr bei den Grünen ausgetobt hat als bei der SPD und habe hier meine kleine private These. Ich glaube, an dem wirtschaftlichen Niedergang der Republik haben die Grünen einen weit größeren Anteil als die Sozialdemokraten. Denn Sozialdemokraten sind Teil des notwendigen Ringens...

Interviewer: Aber die werden jetzt dafür geprügelt.

Westerwelle: Ich halte es für ungerecht, dass die Sozialdemokraten alleine bestraft werden. Ich bin ja geprägt von Nordrhein-Westfalen, und die nordrhein-westfälische Sozialdemokratie ist pragmatischer und viel weniger ideologisch. Da kommt man gar nicht auf die Idee, dass man eine Straße, einen Transrapid, irgendeine Verkehrsinfrastrukturmaßname aus ideologischen Gründen ablehnen könnte, weil das nicht in unsere Zeit passen würde oder ähnliches mehr. Da sagt man: Selbstverständlich, das gehört dazu, zu einer prosperierenden Wirtschaftsgesellschaft zählt eben auch, dass Strukturen aufgebaut, geschaffen und erhalten werden müssen. Ich glaube, dieser grüne Geist ist das eigentlich Gefährliche unserer Entwicklung. Der hat sehr gelähmt. Das sehen wir heute wieder bei der Bio- und Gentechnologie. Bei allem, was neu kommt, sind die Sozialdemokraten eigentlich pragmatisch und die Grünen eher sehr fundamental.

Interviewer: Die Zukunft der FDP im Verhältnis zu den Grünen, das bringt mich zu folgender Frage: Die FDP ist ja gegenwärtig – wenn man sich Umfragen und Wahlen ansieht – unter den

etablierten Parteien die kleinste. Wie sehen Sie das für die Zukunft? Wird die FDP mit den Grünen zusammen zu den kleinen Parteien gehören, und gibt es dann die großen Parteien, die Union und die SPD (bei der es im Augenblick kritisch ist)? Ist das die Entwicklung für die Zukunft, oder sehen Sie das anders?

Westerwelle: Dieselben Leute, die vor 5 Jahren geschrieben haben, jetzt ist das Ende der CDU/CSU und das Ende der Volksparteien da – einige haben ja schon für die CDU das Schicksal der Democrazia Cristiana beim Rücktritt *Kohls* vom Ehrenvorsitz vorausgesagt – schreiben das heute wieder über die Sozialdemokraten. Für die Sozialdemokraten gilt genau wie für die Christdemokraten: Man soll nie die Reorganisationskraft der beiden großen und langjährigen Parteien unterschätzen. Stünde die CDU bei 20%, habe ich eine Ahnung davon, wo die FDP stünde. Wir haben heute eine Umfrage bekommen, da steht die FDP bei 9 und die Grünen bei 11 oder 12. Wenn man sich daran erinnert: Vor 2 Jahren standen die Grünen bei 4 und wir bei 11. Das sind doch alles Momentaufnahmen. Letztenendes muss man über mehrere Jahre die Wahlergebnisse sich anschauen und nicht nur Momentaufnahmen und Stimmungsaufnahmen nehmen. Und dass Herr *Stolpe* oder der Herr *Schröder* für dies und jenes verantwortlich gemacht werden und Frau *Künast* sich um die dicken Kinder kümmern kann, was natürlich beliebter macht, als eine Maut einzuführen, das ist doch ganz selbstverständlich. Oder dass Frau *Schmidt* sich um die schwierige Aufgabe der Gesundheit kümmert – meines Erachtens falsch, wie sie es macht –, ist natürlich ein viel schwierigeres Thema als Frau *Künasts* Kampagne wider den Frühlings-, den Sommer- oder den Winterspeck oder so etwas. Da ist natürlich eine wohlfeile Betrachtungsweise dabei. Man muss die letzten Jahre nehmen, und dann kann man als besten Maßstab die Bundesversammlung nehmen – das ist die Summe der Wahlen, die sich dort ja ausdrückt. Und da sind FDP und Grüne fast gleich auf. Da sind wir noch um paar Sitze auseinander, die Grünen etwas vor uns, weil sie im Bundestag stärker abgeschnitten haben. Aber das war es auch dann. Ich glaube, den Wettbewerb um den dritten Platz, den wird die FDP gewinnen. Den wird die FDP für sich entscheiden, weil man auch berücksichtigen muss: Es kommt auch eine Zeit nach *Josef Fischer*. Und dann, sage ich Ihnen voraus, werden die Grünen noch in eine geradezu martialische Zerreißprobe kommen.

Interviewer: Wenn *Fischer* bei den Grünen nicht mehr tätig sein wird, beginnt ein neues Kapitel.?

Westerwelle: Ja, und *Josef Fischer* wird nicht mehr tätig sein, sobald die Grünen in der Opposition sind, und in der Opposition sind sie beim nächsten Mal."

2004 schien Realismus bei der FDP eingezogen zu sein. Jedoch hatte die Wirtschaftspolitik weiterhin Priorität. Begründet wurde das mit dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Dass die FDP mit anderen Politikfeldern weniger aufgefallen war, habe an der Oppositionsrolle gelegen. Von der einstigen Perspektive einer „putzmunteren Opposition" war wenig geblieben: Das Heil der liberalen Partei sah man nun in der Regierungsbeteiligung, der klassischen Konstellation für die FDP. Gleiche Augenhöhe mit den großen Parteien war kein Ziel mehr, und das Absacken der SPD 2009 war nicht voraussehbar. Jetzt ging es um Platz 3 vor den Grünen; von der Linkspartei war noch nicht die Rede. Die Grünen waren Hauptgegner der FDP und wurden von ihr als innovationsfeindlich und gleichmacherisch hingestellt. Der Parteivorsitzende *Guido Westerwelle* sah es ähnlich wie der Politikwissenschaftler Joachim Raschke: Die Grünen würden nur so lange sein, wie sie an der Macht blieben – für den Vorsitzenden Grund zur Freude, für den Wissenschaftler wohl eher weniger. Die weitere Entwicklung zeigte übrigens, dass beide – Politikwissenschaftler und Parteivorsitzender – sich in den Grünen getäuscht hatten. Sie lebten in der Opposition seit 2005 weiter.

Der FDP jedenfalls ging es 2004 um die Macht. Aus der Sicht der Parteiführung war das ihre Perspektive.

Programmatischer Dreh- und Angelpunkt im Denken der Führung der Liberalen war 2004 die Wirtschaft. Der unerschütterliche Wirtschaftsliberale *Günter Rexrodt* hielt zu den „Leistungsträgern". Denen wollte er „ermöglichen, Leistung zu zeigen, sich zu entfalten". Dann würde sich eine Wirtschaft entwickeln,

> „die Ressourcen besitzt, damit sie den wirklich Schwachen, denen, die leisten wollen, es aber nicht können, solidarisch zur Seite steht."[447]

Wenn man zu den Leistungsträgern halte, helfe man auch den Schwachen. Das Herausnehmen der „Leistungsunwilligen" beruhte auf ökonomischen Axiomen und nicht auf Empirie. So sehr war der Blick der Wirtschaftsliberalen nach oben gerichtet, dass sie das Unten nicht scharf sahen. Sollte für ganz unten der Liberalismus nicht gelten – jene

> „Geisteshaltung, die dem Menschen Freiheitsspielräume einräumt, die es ermöglichen, dass er nach seinen Vorstellungen ein freies und erfülltes Leben führt" (*Rexrodt*)?

Was könnte eine verbesserte „Treffsicherheit unseres Sozialstaates", die *Westerwelle* forderte, bringen? Wie weit sich die wirtschaftsliberale FDP von ihrer Gründerzeit entfernt hatte, wurde deutlich, wenn man die Einstellungen von *Guido Westerwelle* und *Günter Rexrodt* verglich mit einem Gründungsdokument von 1946: In den „Programmatischen Richtlinien" der FDP der britischen Zone hieß es:

> „Wie der Staat nicht Selbstzweck ist, sondern dem Volke dient, so auch die Wirtschaft. Erstes Ziel der Wirtschaftspolitik ist deshalb entsprechend dem Bedürfnis der breiten Massen die Steigerung der Erzeugung auf allen Gebieten zur Befriedigung des Lebensbedarfs der vermehrten Bevölkerung im verengten Raum ... Persönliche Initiative und freier Wettbewerb steigern die wirtschaftliche Leistung, und persönliches Eigentum ist eine wesentliche Grundlage gesunder Wirtschaft. Andererseits darf jedoch die Freiheit der Wirtschaft nicht unsozial missbraucht werden und nicht zur Übermacht von Überstarken führen. Das Recht und die Möglichkeit der Kleinen, sich neben den Großen zu behaupten, muss ebenso gesichert sein, wie das Recht derer, die ihr Leben nicht in Selbständigkeit, sondern als Mitarbeiter in großen oder kleinen Betrieben verbringen."[448]

Es war die Haltung, die sich bei den Freien Demokraten geändert hatte. Anfänglich standen die Bedürfnisse der „Massen" – des Volkes – im Mittelpunkt des Denkens. 55 Jahre später waren die Interessen der Funktionseliten das Primäre für die FDP, und es wurde behauptet, das diene dem förderungswürdigen Teil der Schwachen. Bei allem Verweis auf das Schicksal der Arbeitslosen: Die FDP kämpfte nicht mehr ohne Wenn und Aber für „das Recht und die Möglichkeit der Kleinen, sich neben den Großen zu behaupten."

Was hätte die FDP tun können, um von den Wurzeln her den Liberalismus neu zu entfalten? *Gerhart Rudolf Baum* beklagte die verengte Perspektive:

> „Heute reduziert sich die Wahrnehmung der FDP auf die Wirtschaftspolitik. Wenn man manche Pressekommuniques der FDP liest, hat man den Eindruck, sie kommen von der Pressestelle der

[447] Dieses Zitat von *Günter Rexrodt* wie die folgenden von *Gerhart Rudolf Baum* und *Wolfgang Lüder* stammen aus Interviews, die Ilian Nazkov, Dirk Schröder und Jan-Henning Wedler geführt haben.

[448] Programmatische Richtlinien der Freien Demokratischen Partei der britischen Zone von 1946. Quelle: Eilert Tantzen, Verwahrer des Familienarchivs Tantzen

> Arbeitgeberverbände. Dann wird immer gesagt, wir haben gute Programme und Beschlüsse. Das stimmt zum Teil. Die Liberalen haben Bürgerrechtselemente in ihrem Wahlprogramm. Aber: Es wird nicht vertreten. Vertreten wird nur die Wirtschaftspolitik – und diese auch noch in einer inakzeptablen Weise. Die Leute sind nicht bereit, eine so verkürzte neoliberale Wirtschaftsposition zu akzeptieren."

Um diese verengte Perspektive zu überwinden schlug *Wolfgang Lüder vor*: Die FDP hätte eine Chance,

> „wenn sie den sozialen Liberalismus des 21. Jahrhunderts definieren könnte – also *Maihofer* junior. Mit der gleichen Arbeitsweise ranzugehen, also mal ein Jahr oder einen Monat oder zwei ergründen: Was läuft eigentlich schief in unserem Staat? Da gibt es eine Menge, was uns beeinträchtigt."

Ruth Wagner hingegen hätte es schon für gut gehalten, wenn die FDP ihre vorliegende Programmatik offensiver vertreten hätte.

> „Ich glaube, dass wir noch stärker als bisher unsere außerordentlich guten Reformvorschläge zur Sozialpolitik in Verbindung mit der Steuerpolitik und den Wirtschaftsreformen primär vertreten müssen und immer wieder durch wiederholte Initiativen im Bundestag und in den Länderparlamenten und auch in den Kommunen nach vorne bringen müssen. Die Deutschen haben Reformen viel zu spät begonnen... Wir haben aus den Befragungen der letzten Zeit die Erkenntnis, dass nicht nur Verdrossenheit über die Politik mehrheitlich herrscht, sondern dass der Wert der Freiheit mehrheitlich schlechter eingeschätzt wird als der Wert der Gleichheit und dass im Osten sich viele Menschen nach der sozialistischen Zeit zurücksehnen. Diese Situation ist hoch gefährlich, denn sich darf sich nicht zu einer Ablehnung des demokratischen Rechtsstaates entwickeln, wie wir ihn ja als FDP über 50 Jahre im Westen und in den letzten zehn Jahren im Osten ausgebaut haben."[449]

Die FDP hätte es schaffen können, sich zu reformieren und im Parteiensystem neu zu positionieren. In Zeiten der Deregulierung, in denen der Sozialstaat zurück gebaut wurde, stand und fiel alles mit der sozialen Frage. Entgegen verbreiteten Vorurteilen hatte die FDP seit den 50er Jahren soziale Verantwortung gezeigt. Ihr Liberalismus wollte die Emanzipation möglichst aller, musste Ungerechtigkeit und Armut mit Herz und Verstand bekämpfen. Seit 1998 jedoch war die FDP zur Apologetin des globalen Kapitalismus geworden. Wer daran rüttelte, dem hielt die Parteiführung das Schlagwort von der Neiddiskussion entgegen.

Nicht dass die liberale Partei für die Marktwirtschaft eintrat, war das Problem, sondern das zunehmende Übermaß dabei. Die FDP hatte ab 1998 bei der Parteinahme für die Marktwirtschaft das Augenmaß verloren. Sie hatte keine Konzepte gegen eine zunehmend ungleiche Verteilung von Ressourcen. Ihr fehlte Leidenschaft bei der Sozialpolitik. Es waren gar nicht wohl formulierte Sozialprogramme, geschrieben im Politiker- und Bürokratenstil, an denen es mangelte. Den Repräsentanten der FDP fehlte beim politischen Ringen um soziale Gerechtigkeit das Feuer und das zu einer Zeit, in der die sozialen Friktionen in der deutschen Gesellschaft immer deutlicher aufbrachen.

Niemand erwartete, dass die FDP eine Partei der kleinen Leute würde. Das passte nicht zu ihrer Philosophie, nicht zu ihrer Geschichte, nicht zu ihrer Politik, nicht zu ihrem Personal. Die FDP konnte es sich sogar als Verdienst anrechnen, dass sie vor anderen für

[449] *Ruth Wagner* in einem Interview mit dem Autor.

wirtschaftsliberale Reformen gefochten hatte. Aber dass sie dabei das Schicksal der kleinen Leute aus den Augen verloren hatte, wurde 2004 evident – zu einer Zeit, als die FDP nach dem Scheitern ihrer medialen Phase als bloße Marke nach neuen Ufern zu suchen schien.

Die kleinen Leute wurden nicht ausgeblendet, weil die FDP-Führer Ignoranten oder zu dumm gewesen wären, auch nicht, weil sie persönlich kein soziales Gewissen hatten, nein: Sie vertrauen der Wirksamkeit ihrer wirtschaftspolitischen Reformmodelle und -theorien absolut. Dieser Wirtschafts-Liberalismus war jedoch an eine Grenze des Autismus gestoßen. Denn selbst die klügsten volkswirtschaftlichen Theorien erklären ökonomische Zusammenhänge, erfassen aber niemals den ganzen Kosmos gesellschaftlicher Realität. So gesehen war es eigentlich keine Zumutung an eine liberale Partei, sondern es war ihre Verantwortung, dass sie ihren Blick erneut öffnete und auf das Unten in der Gesellschaft wandte.[450]

Guido Westerwelle hat davor gewarnt, die Reorganisationskraft der großen Parteien zu unterschätzen. Hier war er bescheiden, denn auch seine Partei hatte immer wieder Reorganisationsfähigkeit gezeigt. Sie hat die Krise in den späten fünfziger Jahren nach dem Vorsitz *Thomas Dehlers* gemeistert und ist unter *Erich Mende* 1961 gestärkt in den Bundestag eingezogen. Zur Zeit der ersten großen Koalition unter *Kurt Georg Kiesinger* hat sie sich neu orientiert und ab 1969 unter *Walter Scheel* die sozialliberale Politik mitgestaltet. Trotz starker innerer Widerstände hat sie sich in dieser Zeit regeneriert. Sie überlebte die von Linksliberalen mit viel Emotionalität bekämpfte „Wende“ von 1982 und sicherte unter *Hans-Dietrich Genscher* ihre Existenz als Funktionspartei. Von den Wählern wurde sie 1998 aus dieser Situation befreit. Bedrängt von der neuen Konkurrenz der Grünen, war sie danach verunsichert und stürzte sich unter ihren nur scheinbar kongenialen Führern *Guido Westerwelle* und *Jürgen W. Möllemann*[451] in das Abenteuer des „Projektes 18“.

Das Wahlergebnis von 2002 sorgte für Ernüchterung. Dem Tode *Möllemanns* folgte Traumatisierung.

Bei der Wahl des Bundespräsidenten *Horst Köhler* 2004 wurde die Perspektive für eine erneute schwarz-gelbe Koalition klar. Würde die FDP jedoch wieder hineingeraten in die Rolle der Funktionspartei? Immerhin hatten der Parteivorsitzende und der Fraktionsvorsitzende auf dem Parteitag in Dresden von Bürger- und Menschenrechten gesprochen – sehr zum Gefallen des „Parteivolkes“ und des Ehrenvorsitzenden *Walter Scheel*. Als *Guido Westerwelle* danach seinen homosexuellen Partner der Öffentlichkeit präsentierte und ein Adoptionsrecht für homosexuelle Paare forderte, taten sich gesellschaftspolitische Gräben zu relevanten Teilen der Union auf.

Nach zwei Wahlperioden in der Opposition ab 1998 strebte die FDP in die Regierung. Offensichtlich wollte sie dabei nicht wieder „Partei der zweiten Wahl“ sein, sondern eine eigenständige liberale Kraft. Nach dem „Projekt 18“ schienen in der Rechts- und Gesellschaftspolitik auch neue liberale Positionen entwickelt zu werden.

In dieser Zeit hatten sich mit Ausnahme der PDS und der Rechtsradikalen alle politischen Parteien zu Verfechtern der von der FDP als erster Partei geforderten Wirtschafts- und Gesellschaftsreformen entwickelt: Die SPD als damals führende Regierungspartei war

[450] S. hierzu: Jürgen Dittberner, Die FDP zwischen Neo- und Ordoliberalismus, in: Der ungeliebte Liberalismus, a.a.O., S. 78ff.
[451] S. Torben Lütjen und Franz Walter, Medienkarrieren in der Spaßgesellschaft? *Guido Westerwelle* und *Jürgen W. Möllemann, a.a.O.*

von Mitglieder- und Wählerschwund sowie von einer linken Abspaltung bedroht. Die etablierten Parteien standen einem zunehmend parteiverdrossenen Volk gegenüber.

Überraschender Weise warf Bundeskanzler *Gerhard Schröder* von der SPD das Handtuch. Die vorzeitigen Neuwahlen 2005 brachten eine große Koalition, diesmal unter *Angela Merkel* von der CDU. Die FDP musste in der Opposition warten. Da offenbarte die Wirtschaftskrise Schwächen der Marktwirtschaft. In dieser Situation propagierte die FDP ihren Liberalismus der Leistungsträger. Es fanden sich zahlreiche Wähler, die 2009 befürchteten, ihren Status zu verlieren. Sie votierten für die FDP, die Steuervereinfachungen und -senkungen aufs Banner geschrieben hatte. 14,6% der Bundesbürger votierten für die FDP – soviel wie noch nie bei einer Bundestagwahl.

Die Existenz der FDP schien gesichert. Niemand läutete ihr das Totenglöcklein. Sie bildete zusammen mit der CDU und der CSU abermals eine Bundesregierung. Da die Union geschwächt und die FDP gestärkt war, wollten die Liberalen nicht wieder wie unter *Helmut Kohl* „Partei der zweiten Wahl" sein. Sie trumpften auf und versuchten, ihren Wählern zu geben, was diese von ihnen verlangten.

Da wurde der Vorwurf der „Klientelpartei" erhoben. Würde sich die FDP nach dem „Umfall", nach den „Besserverdienenden" ein weiteres Trauma zuziehen? Das hätte keine Zukunft.

Die Partei wird das vermeiden wollen. So wird ihr nichts übrig bleiben, als sich dem fragilen bürgerschaftlichen Sektor der Projekte und Initiativen zu nähern, sich diesem als modernes „liberales Milieu" zu öffnen.[452] Diese Perspektive ist für eine traditionelle Parteiorganisation risikoreich. Aber für den Liberalismus und seine Fortentwicklung lässt sie Erfolg und Aktualität erwarten.

.

[452] Es existieren auf diesem Gebiet bereits Institutionen wie z.B. das „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)". „Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist ein Zusammenschluss verschiedener Vereine, Verbände, Initiativen und Organisationen aus den gesellschaftlichen Sektoren Staat und Kommunen, Wirtschaft und Arbeitsleben und Bürgergesellschaft. Vertreterinnen und Vertreter dieser drei Sektoren arbeiten in Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Themen zusammen. Das BBE leistet einen Beitrag zur Debatte um die Neudefinition gesellschaftlicher Verantwortungsrollen der verschiedenen Akteure aus Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft und wird durch die Gremien des BBE wie in den Vorjahren fachlich begleitet und betreut." S. http://www.engagement-macht stark.de/index.php?option=com_content&task=view&id=14&Itemid=119

9 Kurzbiografien[453]

Karl Arnold

Karl Arnold wurde am 21. März 1901 in Herrilshöfen/Württemberg geboren. Er war Schuhmachergeselle und später Sekretär des Düsseldorfer Bezirkskartells der Christlichen Gewerkschaften. 1929 wurde er Stadtverordneter des Zentrums in Düsseldorf. 1944 wurde er im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli von der Gestapo festgenommen. Nach 1945 gehörte er zu den Gründern der CDU im Rheinland und der Einheitsgewerkschaft, deren Vorsitzender er in Düsseldorf wurde. 1946 erfolgte die Bestellung zum Oberbürgermeister von Düsseldorf. 1947 bis 1956 war er Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, im ersten Kabinett 1947 in einer Koalition aus CDU, Zentrum, SPD und KPD. Nach seinem Sturz als Regierungschef durch das konstruktive Misstrauensvotum von SPD und FDP 1956 errang er bei der Bundestagswahl im September desselben Jahres in seinem Wahlkreis 72% der Stimmen. 1958 wurde er Bundesvorsitzender der CDU-Sozialausschüsse. Am 29. Juni 1958 verstarb Karl Arnold an Herzversagen.

Martin Bangemann

Martin Bangemann wurde am 15. November 1934 in Wanzleben (Sachsen-Anhalt) geboren. Er wurde in Tübingen zum Dr. jur. promoviert. 1963 trat er der FDP bei. 1964 ließ er sich im schwäbischen Metzingen als Rechtsanwalt nieder. 1969 wurde er stellvertretender Landesvorsitzender der FDP in Baden-Württemberg. Er war Mitglied jener Programmkommission, welche die Freiburger Thesen ausarbeitete. 1972 zog er in den Deutschen Bundestag ein. Zugleich war er von 1973 bis 1984 Mitglied des Europäischen Parlaments. 1974 wurde Bangemann Landesvorsitzender und als Nachfolger von *Karl-Hermann Flach* Generalsekretär. 1978 trat er als Landesvorsitzender zurück. Am 28. Juni 1984 wurde Bangemann Bundeswirtschaftsminister, und 1985 wurde er vom Parteitag in Saarbrücken zum Bundesvorsitzenden der FDP gewählt. 1988 wurde er von *Otto Graf Lambsdorff* in diesem Amt abgelöst. Im selben Jahr verlor er auch sein Amt als Bundeswirtschaftsminister. 1989 rückte er in die EG-Kommission als Kommissar ein. 1999 trat Bangemann wie alle Kommissionsmitglieder unter *Jacques Santer* zurück und musste auch die vorübergehende Amtsführung wegen einer geplanten hochdotierten Tätigkeit bei der spanischen Telefónica aufgeben.

Gerhart Rudolf Baum

Gerhart Rudolf Baum wurde am 28. Oktober 1932 in Dresden geboren. Nach der Bombennacht im Februar 1945 flüchtete die Mutter mit ihm nach Köln, wo er ein Jurastudium absolvierte. 1954 trat er der FDP bei. Von 1966 bis 1968 war Baum Bundesvorsitzender der Jungdemokraten. Er war ein früher Befürworter einer Zusammenarbeit der FDP mit der SPD. 1972 kam Baum in den Bundestag, dem er bis 1994 angehörte. 1972 wurde er Parlamentarischer Staatssekretär und am 8. Juni 1978 als Nachfolger von *Werner Maihofer* Bundesinnenminister. Nach der Wende 1982 sank sein Einfluss in der FDP, dennoch repräsentierte er gemeinsam mit *Burkhard Hirsch* den verbliebenen linken Flügel

---

[453] Die Kurzbiografien stellen hauptsächlich die Bundesvorsitzenden, ihre Stellvertreter, die Generalsekretäre, die Bundestagsfraktionsvorsitzenden und die Bundesminister der FDP vor. Dazu kommen als herausragende historische liberale Persönlichkeiten der Kaiser- und der Weimarer Zeit *Friedrich Naumann*, *Walther Rathenau* und *Gustav Stresemann*. Erwähnt werden auch einige FDP-Politiker, deren Biografien im Zusammenhang mit hier vorliegenden Texten besonders aussagekräftig sind. Vorgestellt werden schließlich wenige Nichtmitglieder der FDP, die gleichwohl für die Geschichte der Partei eine wichtige Rolle spielten – so *Karl Arnold* und *Fritz Steinhoff*. Die Angaben beruhen überwiegend – aber nicht ausschließlich – auf dem Munzinger-Archiv, auf der Übersicht von Udo Kempf und Hans-Georg Merz (Hg.), Kanzler und Minister 1949 - 1998. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen, Wiesbaden 2001 sowie auf Eigenangaben der Politiker im Internet.

Max Becker

Max Becker wurde am 25. Mai 1888 in Kassel geboren und starb am 30. Juli 1960 in Heidelberg. Nach der Promotion zum Dr. jur. ließ er sich 1912 in Hersfeld als Rechtsanwalt nieder. Politisch betätigte er sich bei der jungliberalen Bewegung. Nach 1945 trat er der FDP bei und wurde 1946 in den Hessischen Landtag gewählt. Er gehörte 1948/1949 dem Parlamentarischen Rat an. 1949 zog er in den Bundestag ein. Ab 1956 war er Vizepräsident des Bundestages. 1956 wurde Becker als Nachfolger des zur FVP übergetretenen *August Martin Euler* hessischer Landesvorsitzender der FDP. Anfang 1957 wurde er als Nachfolger von *Thomas Dehler* Fraktionsvorsitzender im Bundestag, gab dieses Amt jedoch im gleichen Jahr an *Erich Mende* ab.

Franz Blücher

Franz Blücher wurde am 24. März 1896 in Essen geboren und starb am 26. März 1959 in Bad Godesberg. Nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenenschaft 1919 ging er in einen kaufmännischen Beruf und war 1921 bereits kaufmännischer Leiter eines Industrieunternehmens. Seit 1938 leitete er ein Bankhaus in Essen. In Essen war er nach 1945 auch Mitbegründer der FDP. 1947 wurde er in den Wirtschaftsrat in Frankfurt/M. gewählt und hatte dort den Vorsitz der Demokratischen Fraktion inne. In das 1. Kabinett *Konrad Adenauers* rückte er 1949 als Vizekanzler und Minister für Angelegenheiten des Marshall-Planes ein. Im gleichen Jahr wurde er als Nachfolger von *Theodor Heuss* zum Bundesvorsitzenden der FDP gewählt. Dieses Amt hatte er bis 1954 inne. Nach der Bundestagswahl 1953 wurde er wieder Vizekanzler und Minister für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Er war deutscher Vertreter in internationalen Energiebehörden. 1955 stimmte er gegen seine Partei bei der Ratifizierung des Saarabkommens mit „Ja“. Im Februar 1956 verließ er mit 3 Ministern und 12 Bundestagsabgeordneten die FDP, blieb aber Bundesminister. Fortan gehörte Blücher zur FVP, kam nach der Fusion mit der DP 1957 noch einmal in den Bundestag, jedoch nicht mehr in die Regierung. 1958 wurde er deutsches Mitglied in der Hohen Behörde der Montanunion und schied aus dem Bundestag aus.

Jürgen Bohn

Jürgen Bohn wurde am 30. Oktober 1959 in Vechte/Rhön geboren. Er studierte von 1981 bis 1985 Maschinenbau an der TU Dresden und wurde 1990 zum Dr.-Ing. promoviert. Er war Mitglied der LDP(D), beteiligte sich 1989 an den Demonstrationen in Leipzig und übernahm im selben Jahr den Kreisvorsitz der FDP in Bad Salzungen. Er wurde FDP-Abgeordneter in der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR und von dort am 3. Oktober 1990 bis zur ersten gesamtdeutschen Wahl in den Deutschen Bundestag delegiert. Im Oktober 1990 wurde er Mitglied im Thüringer Landtag. Im November 1991 übernahm er das Amt des Wirtschaftsministers von Thüringen. Nach der Bildung einer Großen Koalition in Thüringen 1994 schied Bohn aus der Landesregierung aus. 1995 bis 1997 war Bohn stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP; 1997 stellvertretender Landesvorsitzender in Thüringen.

William Borm

William Borm wurde am 7. Juli 1895 in Hamburg geboren und verstarb am 2. September 1987 in Bonn. 1923 trat Borm in das väterliche Geschäft – ein Möbelkaufhaus – ein. Er gründete eine eigene Firma für Elektroakustik. Bis 1933 war er Mitglied der DVP. Im 2. Weltkrieg war er als „Wehrwirtschaftsführer“ „unabkömmlich“. 1945 trat er der LDP bei. Ab 1947 war er Schatzmeister der Berliner FDP. Borm wurde 1950 von DDR-Behörden auf der Transitstrecke verhaftet und wegen „Kriegs- und Boykotthetze“ verurteilt. 1959 – im Alter von 63 Jahren – kam er frei und startete als dezidiert Linksliberaler eine neue Karriere in der FDP. Er wurde Berliner Landesvorsitzender, nacheinander Abgeordneter im Berliner Parlament, im Bundestag, im Europäischen Parlament und Mitglied im Bundesvorstand der FDP. 1982 schloss er sich aus Protest gegen die Wende der FDP der links-liberalen Ausgründung Liberale Demokraten an. Freund und Feind waren überrascht, als nach seinem Tode herauskam, dass Borm seit seiner Freilassung für das „Ministerium für Staatssicherheit“ (MfS) gearbeitet hatte. Sogar seine Rede als Alterspräsident des Deutschen Bundestages am 20. Oktober 1969 soll vom Chef der „Hauptabteilung Aufklärung“ des MfS, Markus Wolf, persönlich redigiert worden sein. Vermutlich glaubte Borm, eine gesamtdeutsche Mission zu erfüllen.

Rainer Brüderle

Rainer Brüderle wurde am 22. Juni 1945 in Berlin geboren. Er schloss sein Studium 1971 als Diplom-Volkswirt ab. 1980 wurde Brüderle stellvertretender Kreisvorsitzender der FDP in Mainz und 1981 Wirtschaftsdezernent in derselben Stadt unter Oberbürgermeister *Jockel Fuchs*. Nach einer Niederlage der FDP mit 3,5% bei den Landtagswahlen 1983 wurde Brüderle Landesvorsitzender der FDP Rheinland-Pfalz. 1979 zog die FDP wieder in den Landtag ein, und Brüderle wurde unter *Bernhard Vogel* (CDU) Minister für Wirtschaft und Verkehr. Nach der Landtagswahl 1991 ging die FDP in Rheinland-Pfalz mit dem Wahlsieger SPD unter *Rudolf Scharping* eine Koali-

tion ein, in der Brüderle stellvertretender Ministerpräsident war. 1995 wurde dieser unter dem neuen FDP-Bundesvorsitzenden *Wolfgang Gerhardt* in einer Stichwahl gegen *Walter Döring* stellvertretender FDP-Vorsitzender. 1998 zog Brüderle an der Spitze der rheinland-pfälzischen Landesliste in den Bundestag ein und wurde einer der 4 stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. 2009 wurde Rainer Brüderle Bundeswirtschaftsminister.

Ewald Bucher

Ewald Bucher wurde am 19. Juli 1914 in Rottenburg geboren und starb am 31. Oktober 1991 in Mutlangen. Er wurde mit summa cum laude über das Thema „Die Juristen in der Frankfurter Nationalversammlung“ promoviert. Ab 1943 war er Leutnant und Batterieführer an der Ostfront. Er war frühes Mitglied der HJ und der NSDAP. Nach amerikanischer Kriegsgefangenschaft ließ er sich in Schwäbisch Gmünd nieder und wurde Rechtsanwalt sowie Geschäftsführer der Gewerbe- und Handelsvereine. 1950 ging Bucher in die FDP und kam 1953 in den Bundestag. 1962, nach der „Spiegel“-Affäre, berief ihn *Konrad Adenauer* zum Bundesjustizminister. Er legte einen Entwurf zur großen Strafrechtsreform vor. Bucher weigerte sich aus Rechtsgründen, einer Verlängerung der Verjährungsfrist bei Mord – es ging um NS-Morde – zuzustimmen und trat von dem Amt des Justizministers zurück. Dem 2. Kabinett *Ludwig Erhards* gehörte Bucher als Minister für Wohnungswesen und Städtebau an. Ab 1968 war Bucher nicht mehr Mitgliedes Bundestages. Er war gegen die sozial-liberale Koalition und trat 1972 aus der FDP aus.

Rolf Dahlgrün

Rolf Dahlgrün wurde am 19. Mai 1908 in Hannover geboren und starb am 19. Dezember 1969 in Hamburg-Harburg. Dahlgrün hatte Rechtswissenschaften studiert und wurde 1937 zum Dr. jur. promoviert. Seit 1936 übte er eine leitende Tätigkeit in der Rechtsabteilung der Phönix-Gummiwerke in Hamburg aus. Auf dem Gelände dieses Werkes war er 1939 bis 1945 Heimatflakkanonier. 1949 trat Dahlgrün in die FDP ein. Von 1953 bis 1957 war er Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. 1957 zog er in den Bundestag ein, dem er bis 1969 angehörte. 1962 bis 1966 war Dahlgrün Bundesminister der Finanzen. Im Oktober 1966 stimmte er im Kabinett für einen Beschluss, Ausgabenkürzungen und Subventionskürzungen vorzunehmen und eventuell Verbrauchssteuererhöhungen vorzusehen. Nachdem die FDP-Fraktion jedoch die Steuererhöhungen ablehnte, traten Dahlgrün und die anderen Minister der FDP zurück.

Thomas Dehler

Thomas Dehler wurde am 14. Dezember 1897 in Lichtenfels geboren und starb am 21. Juli 1967 in Streitberg. Dehler war seit 1925 verheiratet mit Frau Irma, geb. Frank, die jüdischer Abstammung war, was dem Paar zwischen 1933 und 1945 erhebliche Drangsalierungen einbrachte. Er studierte Rechts- und Sozialwissenschaften in Würzburg, Freiburg und München, wurde zum Dr. jur. promoviert und ließ sich 1923 in München als Rechtsanwalt nieder. Später wechselte er nach Bamberg. Als Student und Referendar war er Vorstandsmitglied des Republikanischen Studentenbundes, Gründer des Anti-NS-Bundes „Der Reichsadler“ und Mitbegründer des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“. 1933 bis 1942 betätigte er sich oppositionell und wurde vorübergehend in Schutzhaft genommen. 1946 bis 1956 war Dehler Landesvorsitzender der FDP in Bayern. Er war Mitglied im Parlamentarischen Rat und ab 1949 Mitglied des Bundestages. Dehler war der erste Justizminister der Bundesrepublik und geriet in dieser Zeit wegen seiner provokanten Reden gegen die Katholische Kirche und gegen die Gewerkschaften auch mit dem Bundeskanzler immer wieder in Konflikt. 1953 musste er das Kabinett verlassen und wurde Vorsitzender der FDP-Fraktion im Bundestag. 1954 nahm er auch die Position des Bundesvorsitzenden der FDP ein. In dieser Zeit trug er den Konflikt mit *Konrad Adenauer* wegen der Westpolitik und des Saarstatuts besonders heftig aus. 1957 wurde Dehler durch *Reinhold Maier* als FDP-Bundesvorsitzender ersetzt und verlor auch den Fraktionsvorsitz. Sein Einfluss auf die Partei schwand. 1960 wurde er Vizepräsident des Bundestages, was er bis 1967 blieb. 1965 führe er die FDP-Delegation bei den Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU.

Wolfgang Diewerge

Wolfgang Diewerge wurde geboren am 12.1.1906 in Stettin und starb am 4.12.1977 in Essen. 1930 wurde er Mitglied der NSDAP und 1936 der allgemeinen SS. Er war Inhaber des „Goldenen Parteiabzeichens“ und des SS-“Blutordens“. Seit 1926 war Diewerge Mitarbeiter mehrerer NS-Zeitungen. 1934 wurde er Ministerialrat im Reichspropagandaministerium. Während des Krieges arbeitete Diewerge im SS-Hauptamt. Nach 1945 wurde er Mitglied der FDP in Nordrhein-Westfalen und MdL. Diewerge wurde 1953 aus der Partei ausgeschlossen. In einigen Quellen ist von „beiderseitigem Einvernehmen“ die Rede

Walter Döring

Walter Döring wurde am 15. März 1954 in Stuttgart geboren. Döring studierte Geschichte und Anglistik, promovierte 1981 zum Dr. phil. und wurde Studienrat in Schwäbisch Hall. Dort wurde er auch 1981 FDP/DVP-Kreisvorsitzender und kam in den Kreisrat sowie in den Stadtrat. 1984 setzte sich Döring in einer Kampfabstimmung gegen *Georg Gallus* als Landesvorsitzender durch. Nach einem schlechten Wahlergebnis mit 5,9% in Banden-Württemberg 1988 verzichtete Döring auf den Landesvorsitz, wurde aber neuer Fraktionschef.1995 wurde Döriing erneut als Landesvorsitzender gewählt. Im gleichen Jahr zog er in das Präsidium der Bundes-FDP ein. Bei der Landtagswahl 1996 erhielt die FDP 9,6%. In Stuttgart wurde eine schwarz-gelbe Koalition unter *Erwin Teufel* (CDU) mit Döring als stellvertretendem Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister gebildet. Döring stieg zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP auf. Und in dieser Funktion wurde Döring auf dem Düsseldorfer Parteitag im Mai 2001 mit dem schlechtesten Ergebnis aller Stellvertreter (50,7%) wiedergewählt. Zuvor – im März – hatte die CDU bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg zugelegt, die FDP/FVP Stimmen eingebüßt; die CDU/FDP-Koalition wurde jedoch fortgesetzt. Döring behielt seine Posten im Kabinett. Auf dem FDP-Parteitag 2003 in Bremen wurde Döring erst im zweiten Wahlgang als einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden wiedergewählt. Mitte 2004 trat Döring als stellvertretender Bundesvorsitzender, Landesvorsitzender von Baden-Württemberg und Stuttgarter Wirtschaftsminister wegen einer Spenden- und Umfragenaffäre zurück.

Wolfgang Döring

Wolfgang Döring wurde am 11. November 1919 in Leipzig geboren und starb am 17. Januar 1963 in Düsseldorf. Er diente 1938 bis 1945 als Berufsoffizier in der Wehrmacht, zuletzt als Panzer-Hauptmann. Von 1950 bis 1956 war er Hauptgeschäftsführer der FDP Nordrhein-Westfalen. Als Mitglied des Landtages war er einer der Protagonisten der „Jungtürken", die 1956 den Sturz der Regierung *Karl Arnolds* herbeiführten. Döring wurde Fraktionsvorsitzender im Düsseldorfer Landtag (1956 bis 1958). Er organisierte den Bundestagswahlkampf der FDP 1957 mit mäßigem Erfolg, zog aber selber in den Bundestag ein. 1961 wurde Döring einer der stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Bundestag, und 1962 wurde er auch stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP. Am 7. November 1962 hielt er seine berühmte Rede zur „Spiegel"-Affäre, die eine scharfe Anklage der Regierung *Adenauers* und zugleich prinzipielles Engagement für den Rechtsstaat war. Er starb, 43-jährig, an den Folgen eines Herzinfarktes.

Hans A. Engelhard

Hans A. Engelhard wurde am 16. September 1934 in München geboren und verstarb am 11. März 2008. Engelhard hatte in München und Erlangen Rechtswissenschaften studiert und sich in München als Anwalt niedergelassen. Er schloss sich 1954 der FDP an und rückte 1970 in den Münchner Stadtrat ein. Zugleich wurde er Partei- und Fraktionsvorsitzender der FDP München. 1972 kam er in den Deutschen Bundestag. In der ersten Regierung *Helmut Kohls* wurde er 1982 Bundesjustizminister. 1987 erfolgte die erneute Berufung in dieses Amt. 1990 wurde er abermals in den Bundestag gewählt, erklärte jedoch seinen Verzicht auf das Ministeramt. 1994 schied Engelhard aus dem Bundestag aus.

Josef Ertl

Josef Ertl wurde am 7. März 1925 in Oberschleißheim geboren und starb am 16. November 2000 in Murnau. Ertl stammte aus einer liberal-katholischen Bauernfamilie. Sein Vater verweigerte ein „Napola"-Stipendium; Ertl kam zum Arbeitsdienst und wurde als 20-jähriger Oberfähnrich verwundet. Nach dem Krieg studierte er Landwirtschaft an der Technischen Hochschule München. Er wurde Beamter und war 1960 Oberlandwirtschaftsrat. 1952 bis 1956 war er Mitglied des Kreistages München-Land und 1966 bis 1971 des Kreistages Miesbach. 1961 bis 1987 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. Obwohl ein Gegner der SPD/FDP-Koalition, übernahm er 1969 das Amt des Bundeslandwirtschaftsministers und wurde 1971 auch Vorsitzender der FDP-Bayern, was er bis 1983 blieb. 1982 nahm er nach einer kurzen Interimszeit unter *Helmut Kohl* die Position des Bundeslandwirtschaftsministers wieder ein, nach der Bundestagswahl 1983 jedoch musste er dieses Amt an *Ignaz Kiechle* (CSU) abgeben. Nach 1987 war Ertl Präsident der „Deutschen Landwirtschafts Gesellschaft" (DLG). 1993 wurde Ertl auf dem Hof seines Sohnes von einem Stier angefallen und konnte seitdem nur noch im Rollstuhl leben. 2000 zog er sich auf dem Hof Brandverletzungen zu, an deren Folgen er verstarb.

August Martin Euler

August Martin Euler wurde am 9. Mai 1908 in Kassel geboren und starb am 4. Februar 1966 in Brüssel. Er hatte Rechtswissenschaft studiert. Bis 1939 war er Anwaltsassessor, ab 1939 Vertragsjurist bei der I.G. Farben in Berlin. Nach dem Krieg war er Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt/M. Er gehörte zu den Gründern der FDP in

Hessen, deren Vorsitzender er 1946 wurde. 1949 zog Euler in den Deutschen Bundestag ein. 1951 war er kurzfristig Vorsitzender der FDP-Fraktion im Bundestag. Nach dem Sturz von *Karl Arnold* in Düsseldorf 1956 durch die Jungtürken gehörte er zu jenen 16 Mitgliedern der Bundestagsfraktion, die die FVP gründeten. Über die hessische DP-Liste kam er 1957 in den Bundestag, verließ diesen jedoch wieder 1958.

Karl-Hermann Flach

Flach wurde am 10. Oktober 1929 in Königsberg/Ostpr. geboren und verstarb am 25. August 1973. Karl-Hermann Flach wurde 1944/45 zum Volkssturm in eine HJ-Division einberufen. Nach der Vertreibung ging er nach Rostock und erlernte in Schwerin nach dem Abitur den Beruf des Journalisten. 1949 ging Flach nach Berlin (West) und studierte an der Hochschule für Politik, dem späteren Otto-Suhr-Institut. 1953 bestand er dort das Diplomexamen. 1946 wurde Flach Mitglied der LDP, 1949 der FDP, in deren Bundesgeschäftsstelle er ab 1956 arbeitete. 1959 bis 1962 war er Bundesgeschäftsführer der FDP und leitete – trotz starker Verletzung bei einem Verkehrsunfall – 1961 den erfolgreichsten Bundestagswahlkampf der FDP bis 2009. 1962 bis 1964 war Flach Leiter des Ressorts Innenpolitik der FDP-Bundesgeschäftsstelle. Zugleich war er ab 1961 innenpolitischer Ressortleiter der „Frankfurter Rundschau“ und ab 1964 stellvertretender Chefredakteur dieser Zeitung. 1971 wurde ihm auf Vorschlag *Walter Scheels* das neu geschaffene Amt des Generalsekretärs der FDP angeboten, und auf dem Freiburger Parteitag wurde er mit überwältigender Mehrheit gewählt. 1972 zog Flach über die hessische Landesliste in den Deutschen Bundestag ein. Nach einem Hirnschlag wurde Flach im August 1973 in ein Frankfurter Krankenhaus eingeliefert, wo er wenig später – 43-jährig – starb.

Fritz Goergen-Fliszar

Fritz Goergen (geb. Fliszar) wurde am 31. Dezember1941 in Niklasdorf in Österreich geboren. Goergen-Fliszar wurde in Graz mit einer Studie über den österreichischen Parlamentarismus promoviert. Er war Referent in der Bundesgeschäftstelle der FDP, Assistent von *Walter Scheel*, Büroleiter des Staatsministers *Karl Moersch*, stellvertretender und Bundesgeschäftsführer der FDP. Von 1979 bis 1983 war er Bundesgeschäftsführer der FDP. Bis 1996 wirkte er geschäftsführend und leitend in der Friedrich-Naumann-Stiftung. 2000 wurde er Berater von *Jürgen W. Möllemann* in Nordrhein-Westfalen und dann „Chefstratege“ bei *Guido Westerwelle*. Am 12. November 2002 wurde bekannt, dass er aus der FDP ausgetreten sei. Er gilt als Erfinder des „Projektes 18“.

Herbert Freiberger

Herbert Freiberger wurde am 6. Januar 1916 geboren. Er war von Beruf Handelsvertreter. Vor 1945 bekleidete er die Position eines HJ-Führers. Nach Kriegsende war Freiberger zunächst Mitglied und später Landesgeschäftsführer der niedersächsischen FDP. Ende 1954 ist er aus der FDP ausgeschieden und war an der Gründung der „Deutschen National-Partei“ (DNP) beteiligt, die im August 1955 in der „Deutschen Reichspartei“ (DRP) aufging. Im Oktober 1955 wurde Freiberger niedersächsischer Landesvorsitzender der DRP, im September 1956 Mitglied der DRP-Parteileitung. Ende 1957 erfolgte der Rücktritt von allen Parteiämtern.

Hans Friderichs

Hans Friderichs wurde am 16. Oktober 1931 in Wittlich geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und wurde 1957 in Graz über den „Arbeitsdirektor“ promoviert. Bis 1963 war er Geschäftsführer der IHK Rheinhessen. Von 1960 bis 1964 bekleidete er das Amt des Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Kreistag Bingen. 1964 wurde Friderichs als Nachfolger von *Hans-Dietrich Genscher* Bundesgeschäftsführer der FDP. 1965 kam er in den Bundestag. 1969 ging er in die Regierung des Mainzer Ministerpräsidenten *Helmut Kohl* als Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten. Im November 1972 wurde Friderichs im zweiten Kabinett *Brandt*/*Scheel* Bundeswirtschaftsminister. 1974 setzte er sich in einer Kampfabstimmung gegen *Werner Maihofer* als stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP durch. 1977 trat er als Minister zurück und wurde als Nachfolger des ermordeten *Jürgen Ponto* Vorstandsvorsitzender der Dresdner Bank. 1979 wechselte er in den Aufsichtsratsvorsitz der AEG, was er bis 1984 blieb. 1983 wurde seine Verwicklungen in der Flick-Parteispendenaffäre bekannt. Im Zuge der Anklage gab er seine Posten bei der Bank und bei der AEG auf. Das Landgericht Bonn verurteilte ihn 1987 wegen Steuerhinterziehung und Beihilfe während seiner Ministerzeit zu einer Geldstraße von 61.500 DM. Nach 1988 bekleidete Friderichs wieder Führungspositionen in der Wirtschaft. Angeboten zum Trotz übernahm er aber leitende Aufgaben in der FDP nicht mehr.

Liselotte Funcke

Liselotte Funcke wurde am 20. Juli 1918 in Hagen geboren. Sie legte 1941 in Berlin das Examen als Diplomkauffrau ab. Von 1944 bis 1961 arbeitete sie als Abteilungsleiterin und Prokuristin in einer vom Urgroßvater gegründeten Schraubenfabrik. Der FDP schloss sie sich 1946 an. Dort war sie seit 1964 Mitglied des Bundesvorstandes. Ab 1950 war Frau Funke Mitglied des Landtages in Düsseldorf. 1961 bis 1979 gehörte sie dem Bundestag an und übte dort die Funktion einer Vizepräsidentin von 1969 bis 1979 aus. 1977 wurde sie zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP gewählt. Ab 1979 bekleidete sie das Amt der Wirtschaftsministerin von Nordrhein-Westfalen. Bei den Landtagswahlen 1980 scheiterte die FDP an der 5-%-Grenze, und Frau Funcke schied aus dem Kabinett aus. 1981 wurde sie Ausländerbeauftrage der Bundesregierung. Aus Protest gegen die Wende 1982 legte sie das Amt nieder, nahm es jedoch wieder auf, nachdem *Helmut Kohl* sie darum gebeten hatte. 1991 demissionierte sie wegen mangelnden Interesses der Bundesregierung an ihrer Arbeit endgültig.

Hans-Dietrich Genscher

Hans-Dietrich Genscher wurde am 21. März 1928 in Reideburg/Saalkreis geboren. Als Abiturient wurde er 1943 Flakhelfer und leistete bis 1945 Kriegsdienst. Von 1946 bis 1957 verbrachte er dreieinhalb Jahre in Krankenhäusern, um seine Tuberkulose zu heilen. Gleichzeitig studierte er Rechtswissenschaften. Nach der Übersiedlung in den Westen legte er seine zweite Staatsprüfung in Hamburg ab. Er engagierte sich frühzeitig in der LDP und danach in der FDP. 1954 ließ sich Genscher als Rechtsanwalt in Bremen nieder. Von *Thomas Dehler* nach Bonn geholt, wurde Genscher 1959 Fraktionsgeschäftsführer und zugleich 1962 bis 1964 Bundesgeschäftsführer der FDP. 1965 kam er in den Bundestag und wurde Parlamentarischer Geschäftsführer. 1968 übernahm er die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden der FDP und 1969 in der Bundesregierung *Brandt*/*Scheel* das Amt des Bundesinnenministers. 1974 wurde er Außenminister und Vizekanzler unter *Helmut Schmidt*. Im gleichen Jahr stieg Genscher zum Bundesvorsitzenden der FDP auf. 1981 forderte er eine Wende in der Politik und gilt seitdem als Initiator des Wechsels der FDP von der SPD zur CDU/CSU im Jahre 1982. Im Februar 1985 gab er den Parteivorsitz ab; *Martin Bangemann* wurde sein Nachfolger. Unter anderem nach den „2-plus-4-Gesprächen“ 1989 galt er zusammen mit *Helmuth Kohl* als Architekt der deutschen Einheit. 1992, nach seinem 65. Geburtstag, trat Genscher von seinem Ministeramt zurück. Er wurde Ehrenvorsitzender der FDP und war inner- und außerhalb der Partei ein eineinflussreicher Ratgeber.

Wolfgang Gerhardt

Wolfgang Gerhardt wurde am 31. Dezember 1943 in Ulrichstein-Helpershain geboren. Er wuchs als Halbwaise auf. Er studierte Erziehungswissenschaft, Geschichte und Politik in Marburg und wurde zum Dr. phil. promoviert. Er war Landesvorsitzender des LSD und stellvertretender Landesvorsitzender der DJD in Hessen. Seine berufliche Laufbahn begann er im Regionalbüro der Friedrich-Naumann-Stiftung. 1982 wurde er Landesvorsitzender der hessischen Liberalen, 1983 Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion in Wiesbaden und 1985 stellvertretender Bundesvorsitzender. 1987 kam er unter *Walter Wallmann* (CDU) in das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministers für Wissenschaft und Kunst. Nach der Landtagswahl 1991 übernahmen SPD und Grüne die Landesregierung; Gerhardt wurde als Landesvorsitzender bestätigt und nahm wieder die Position des Fraktionsvorsitzenden ein. Nach dem Rücktritt von Bundesbildungsminister *Rainer Ortleb* 1994 setzte sich in der FDP-Bundestagsfraktion überraschend *Karl-Hans Laermann* gegen Gerhardt als Nachfolger durch. 1995 wurde Gerhardt als Nachfolger von *Klaus Kinkel* in einer Kampfabstimmung gegen *Jürgen W. Möllemann* zum Bundesvorsitzenden der FDP gewählt. 1998 übernahm Gerhardt den Vorsitz der nun oppositionellen FDP-Bundestagsfraktion. In einem internen Machtkampf in den Jahren 2000 und 2001 verdrängte Gerhardts Generalsekretär *Guido Westerwelle* seinen Vorsitzenden, der Anfang 2001 seinen Verzicht auf den Parteivorsitz erklärte. Im Mai 2001 wurde *Westerwelle* zum Nachfolger Gerhardts als Parteivorsitzender gewählt. Von Oktober 1998 bis April 2006 war Wolfgang Gerhardt Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion. Auch aus diesem Amt verdrängte ihn *Westerwelle*: Seit Mai 2006 ist Gerhardt Vorsitzender des Vorstands der „Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit“, und seit Dezember 2006 Vorsitzender des Kuratoriums der Bundespräsident-Theodor-Heuss-Heuss-Stiftung.

Manfred Gerlach

Manfred Gerlach wurde am 8. Mai 1928 in Leipzig geboren. Gerlach gründete 1943 eine illegale Jugendgruppe und erhielt dafür Jugendarrest. Er absolvierte ein Fernstudium an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft in Potsdam-Babelsberg. 1964 wurde er zum Dr. jur. promoviert. 1945 trat er der LDP bei und war 1946 Mitbegründer der FDJ in Leipzig. Er war Jugendreferent in der LDP und gleichzeitig Abteilungsleiter im FDJ-Stadtvorstand Leipzig. 1949 bis 1959 bekleidete er die Funktion eines Zentralratsmitglieds der FDJ in Berlin. 1949 wurde Gerlach Mitglied der Volkskammer und darin letztmalig 1987 bestätigt. In Leipzig betätigte sich Gerlach

kommunalpolitisch. In der LDP(D) war er 1951 bis 1953 stellvertretender Vorsitzender und Chefredakteur der „Liberal-Demokratischen Zeitung“ Halle und 1954 bis 1967 Generalsekretär der LDP(D). 1960 wurde er einer der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR. 1967 trat er die Nachfolge von *Max Suhrbier* als Vorsitzender der LDP(D) an. 1989 übernahm er von *Egon Krenz* das Amt des Staatratsvorsitzenden der DDR (6.12.1989 bis 18.3.1990). Im Februar 1990 löste *Rainer Ortleb* Gerlach im Parteivorsitz ab. Nach der Fusion von LDP und FDP war Gerlach Mitglied eines Berliner FDP-Ortsvereins. Auf Initiative von FDP-Mitgliedern leitete der Landesvorstand ein Parteiordnungsverfahren ein. Am 23 November 1993 erklärte Gerlach seinen Austritt aus der FDP.

Hildegard Hamm-Brücher

Hildegard Hamm-Brücher wurde am 11. Mai 1921 in Essen geboren und wuchs in Berlin-Dahlem auf. 10-jährig verlor sie ihre Eltern und lebte danach bei der Großmutter in Dresden. Ab 1937 besuchte sie das Internat Schloss Salem am Bodensee. In München studierte sie Chemie, wo sie im Kontakt stand zur Widerstandsgruppe „Weiße Rose“. 1945 wurde sie bei Nobelpreisträger *Heinrich Wieland* promoviert. 1949/1950 war sie an der Harvard-University. Als Sportlerin war sie süddeutsche Kraulmeisterin. 1946 begegnete sie *Theodor Heuss*, der sie anregte, in die Politik zu gehen und der FDP beizutreten. 1948 trat Hamm-Brücher der Partei bei und war schon von 1948 bis 1954 im Münchner Stadtrat. 1950 bis 1966 war sie Mitglied des Bayerischen Landtages. 1967 wurde sie Staatssekretärin im Hessischen Kultusministerium und wechselte 1969 in das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. 1972 kehrte Frau Hamm-Brücher nach München zurück und wurde dort Fraktionsvorsitzende im Landtag. 1976 kam sie in den Bundestag und wurde Staatsministerin im Auswärtigen Amt unter Bundeskanzler *Helmut Schmidt*. 1982 engagierte sie sich gegen den Wechsel der FDP zur Union. Folgerichtig schied sie nach der Wende aus der Regierung aus. 1983 wurde sie wieder in den Bundestag gewählt und kehrte 1985 in den Landes- und in den Bundesvorstand zurück. 1987 wurde sie erneut in den Bundestag gewählt und engagierte sich besonders für eine Parlamentsreform. Nach 1990 gab sie ihre politischen Ämter auf. 1994 war Frau Hamm-Brücher Kandidatin der FDP für das Amt des Bundespräsidenten. Bei der Präsidentenwahl am 23. Mai 1994 erreichte Frau Hamm-Brücher im ersten und zweiten Wahlgang relativ gute Ergebnisse. Im dritten Wahlgang jedoch schwenkte die FDP zum Unionskandidaten *Roman Herzog* über. 2002 kritisierte Frau Hamm-Brücher die rechtspopulistischen Aktionen *Jürgen W. Möllemanns* und die unklare Haltung des Vorsitzenden *Guido Westerwelle* in dieser Frage. Nach der Bundestagswahl 2002 erklärte sie ihren Austritt aus der FDP wegen des Verlaufs der Affäre *Möllemann*/*Westerwelle.*

Karl Hamann

Karl Hamann wurde am 4. März 1903 in Hildesheim geboren und starb am 16. Juni 1973 in München. Hamann hatte an den landwirtschaftlichen Hochschulen in München und Hohenheim studiert und wurde zum Dr. phil. promoviert. Seit 1933 arbeitete er als selbständiger Landwirt in Thüringen. Nach 1945 schloss er sich der LDP an. 1948 wurde er Mitglied des Vorstandes der LDP und 1949 deren Vorsitzender. In der Provisorischen Regierung *Grotewohl* wurde Hamann 1949 Minister für Handel und Versorgung. Er wurde jedoch bald mit unterschiedlichen Vorwürfen (mangelnde Versorgung der Bevölkerung, Flucht einiger Mitarbeiter in den Westen) konfrontiert und 1952 seines Ministeramtes enthoben. Auch aus dem Parteivorsitz wurde er entfernt. Nach eineinhalb Jahren Untersuchungshaft wurde er 1954 vom Obersten Gerichtshof der DDR wegen „Sabotage der Belieferung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Fehlplanung“ zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Auch seine Tochter wurde zu 10 Jahren verurteilt. *Thomas Dehler* bemühte sich um Freilassung, und nach einer Zeit unter Polizeiaufsicht kamen Hamann und seine Tochter 1957 in den Westen.

Helmut Hausmann

Helmut Hausmann wurde am 18. Mai 1943 in Tübingen geboren. Er studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Tübingen, Hamburg und Erlangen-Nürnberg und wurde promoviert nach Vorlage einer Arbeit über „Unternehmensordnung und Selbstbestimmung“. 1968 bis 1971 war er geschäftsführender Gesellschafter der Firma Berninger & Spilcke KG in Bad Urach. 1971 bis 1975 betätigte sich Haussmann als wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Unternehmensführung in Erlangen-Nürnberg. Er war von 1975 bis 1987 Kreisvorsitzender der FDP Reutlingen und 1975 bis 1980 Stadtrat in Bad Urach. 1984 wurde er Generalsekretär der FDP und hatte diese Amt bis 1988 inne. In den Bundestag kam er 1976 und war vom 9. Dezember 1988 bis 18. Januar 1991 Bundesminister für Wirtschaft. 2002 schied er aus dem Bundestag aus.

Wolfgang Haußmann

Wolfgang Haußmann wurde am 3. Juli 1903 geboren und starb am 6. März 1989 in Stuttgart. Hausmann war promoviert. Der vor 1933 politisch Aktive stammte aus einer liberalen Familie und betätigte sich nach 1945 sofort wieder politisch. So amtierte er als stellvertretender Oberbürgermeister von Stuttgart. Er war von 1946 bis 1952 Landesvorsitzender der „Demokratischen Volkspartei“ (DVP) Württemberg-Baden und von 1952 bis 1964 Vorsitzender der FDP Baden-Württemberg. Von 1953 bis 1966 bekleidete Haußmann das Amt des Justizministers von Baden-Württemberg.

Theodor Heuss

Theodor Heuss wurde am 31. Januar 1884 in Brackenheim/Württemberg geboren und starb am 12. Dezember 1963 in Stuttgart. Er studierte Nationalökonomie in München und Berlin. 1905 wurde er zum Dr. rer. pol. promoviert. 1905 bis 1912 war er Mitarbeiter der von *Friedrich Naumann* herausgegebenen Zeitschrift „Die Hilfe“. Von 1910 bis 1918 war er Mitglied der „Fortschrittlichen Volkspartei“.1918 kehrte Heuss nach Berlin zurück und trat in die DDP ein. 1919 wurde er Bezirksverordneter in Berlin-Schöneberg und Mitarbeiter der „Vossischen“ sowie der „Frankfurter Zeitung“. 1924 kam er in den Reichstag. Am 23. März 1933 stimmte Heuss widerstrebend aber dem Mehrheitsvotum seiner fünfköpfigen Fraktion der Deutschen Staatspartei folgend für das Ermächtigungsgesetz. Im Mai gleichen Jahres wurde er als Dozent der Hochschule für Politik entlassen, und sein Reichtagsmandat wurde ihm aberkannt. Die Nationalsozialisten verhängten gegen Heuss ein Publikationsverbot, das er teilweise durch Gebrauch eines Pseudonyms umging. 1945 und 1946 war Theodor Heuss Kultusminister in Württemberg-Baden. 1946 war er einer der Mitbegründer der DVP in der amerikanischen Besatzungszone und Mitglied des Landtages von Württemberg-Baden. 1948 betätigte er sich als Mitglied des Parlamentarischen Rates und wirkte dort als Fraktionsvorsitzender. 1949 wurde Heuss der erste Bundesvorsitzende der neu gegründeten FDP und zog im gleichen Jahr in den Bundestag ein. Am 12. September wurde 1949 Theodor Heuss zum ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik gewählt. Er führte dieses Amt 2 Perioden hindurch und gilt als derjenige, der dessen Stil geprägt hat.

Heinrich Peter Hellwege

Heinrich Peter Hellwege wurde am 18. August 1908 in Neuenkirchen (Kreis Stade) geboren. In der Weimarer Zeit war er tätig in der „Deutsch-Hannoverschen Partei“ (DHP). Er war ein aktiver Gegner der Nationalsozialisten. 1946 wurde er Vorsitzender der neu gegründeten „Niedersächsischen Landespartei“ (NLP) und von den Briten zum Landrat des Kreises Stade ernannt. Er hatte wesentlichen Anteil an der Bildung des Landes Niedersachsen. 1947 wurde er Vorsitzender der NLP-Fraktion im Landtag von Niedersachsen. Zugleich initiierte er die Umbenennung der NLP in „Deutsche Partei“ (DP) und deren Ausweitung auf den gesamten nordwestdeutschen Raum. Nach der Bundestagswahl 1949 brachte Hellwege die DP in die Bundesregierung unter *Adenauer* ein, wo Hellwege Minister für Angelegenheiten des Bundesrates wurde. Er wandte sich gegen Pläne zur Atombewaffnung der Bundeswehr und geriet damit in Konflikt mit anderen Koalitionären. 1960 trennten sich die seinerzeitigen DP-Bundesminister *Hans-Christoph Seebohm* und *Hans-Joachim von Merkatz* von ihrer Partei. 1961 trat Hellwege als Bundes- und Landesvorsitzender der DP zurück, und die Partei löste sich auf. Hellwege schloss sich der CDU an. 1979 trat er dort „aus Enttäuschung über die mangelnde innerparteiliche Solidarität“ wieder aus. Er starb am 4. Oktober 1991 in seinem Geburtsort.[454]

Walter Hirche

Karl-Walter Hirche wurde am 13. Februar 1941 in Leipzig geboren. Von 2003 bis 2009 war er Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in Niedersachsen. 1994 bis 1998 bekleidete er das Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. 1990 bis 1994 gehörte er der Ampelkoalition in Brandenburg an, wo er das Amt eines Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie ausübte. In der Zeit von 1994 bis 2006 war Hirche Landesvorsitzender der niedersächsischen FPD, und bis 2009 im Präsidium der Bundespartei. Hirche war Mitglied des Deutschen Bundestages und des Landtages Niedersachen, wo er u.a. von 1982 bis 1986 Fraktionsvorsitzender war. Seit 2003 ist Hirche Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission,

[454] S. <www.niedersachsen.de/pages/printage/0“C32560_N15007_L20_DO_I198,00.html>

Birgit Homburger

Birgit Homburger wurde am 11. April 1965 in Singen geboren. Sie ist verheiratet und katholisch. Seit 2009 ist sie die Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion. Sie ist Mitglied im Präsidium der FDP und Landesvorsitzende der FDP Baden-Württemberg. 1982 trat sie in die FDP und 1983 in die Jungen Liberalen ein. 1987 bis 1988 war sie Mitglied im Landesvorstand der Jungen Liberalen Baden-Württemberg, 1988 bis1999 war sie Landesvorsitzende der Jungen Liberalen Baden-Württemberg. 1990 bis1993 bekleidete die das Amt einer ersten Bundesvorsitzenden des gesamtdeutschen Verbandes der Jungen Liberalen. Von 1992 bis 1998 war Frau Hoburger Kreisvorsitzende der FDP Ulm, 1993 bis 1997 amtierte sie als Beisitzerin im FDP-Landesvorstand Baden-Württemberg. 1993 bis 2001 war sie Beisitzerin im FDP-Bundesvorstand. 1997 bis 2004 war sie zur stellvertretende Landesvorsitzenden der FDP Baden-Württemberg aufgerückt, und seit Mai 2001 ist sie Beisitzerin im Präsidium der FDP. Im Dezember 2001 erfolgte die Wahl zur Spitzenkandidatin der FDP Baden-Württemberg zur Bundestagswahl 2002. Seit Juli 2004 ist Birgit Homburger Landesvorsitzende der FDP Baden-Württemberg. Im Juli 2005 erfolgte die Wahl zur Spitzenkandidatin der FDP Baden-Württemberg zur Bundestagswahl 2005. Im November 2008 wurde sie erneut zur Spitzenkandidatin der FDP Baden-Württemberg für die Bundestagswahl 2009 gewählt.

Werner Hoyer

Werner Hoyer wurde am 17. November 1951 in Wuppertal-Ronsdorf geboren. Nach dem Abitur absolvierte er Praktika in Deutschland und USA und studierte anschließend Wirtschaftswissenschaften in Köln. 1977 wurde er zum Dr. rer. Pol. promoviert. 1985 bis 1987 war er Bereichsleiter der Carl Duisberg Gesellschaft. Hoyer trat 1972 in die FDP ein. Von 1984 bis 1993 war er Kreisvorsitzender der FDP Köln, seit 1984 Mitglied des Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen und seit 1997 Mitglied des Bundesvorstandes. Von 1993 bis 1994 war Hoyer Generalsekretär der FDP; in dieser Funktion soll er das Wort von der „Partei der Besserverdienenden“ geprägt haben. Hoyer kam 1987 in den Bundestag. Er war dort Parlamentarischer Geschäftsführer und vom 17. November 1994 bis 26. Oktober 1998 Staatsminister beim Bundesminister des Auswärtigen. 2002 wurde Hoyer als Bundestagsabgeordneter bestätigt und war unter anderem Präsident der „Europäischen Liberaldemokratischen Partei“. 2009 wurde er Staatsminister im Auswärtigen Amt.

Horst Huisgen

„Huisgen, Horst: Hauptgeschäftführer der FDP, Hannover, geb. am 29.11.1913 in Mittel-Lazisk, Abitur, Studium der Rechtswissenschaften, Mitglied der HJ, Jugendführer, Ratsherr in Breslau, Leiter der nachgeordneten Dienststelle des Jugendführer des Deutschen Reiches für Schlesien und Breslau, ab 1941 Dezernent, Leiter des Landesjugend- und Sportamtes; Senator der Arbeitskammer, nach 1945 selbständiger Handelsvertreter, ab 1950 Hauptgeschäftsführer des FDP-Landesverbandes <Nordrhein-Westfalen – J.D.>, nach der Schlüter-Krise Aufgabe dieser Funktion.“[455]

Klaus Kinkel

Klaus Kinkel wurde am 17. Dezember 1936 in Metzingen geboren. Kinkel studierte Rechtswissenschaften in Tübingen und Bonn, legte beide Staatsexamen ab und wurde 1964 an der Universität Köln zum Dr. jur. promoviert. 1965 trat Kinkel in den Dienst des Bundesinnenministeriums ein. 1970 wurde er persönlicher Referent von Bundesinnenminister *Hans-Dietrich Genscher* und später Leiter des Ministerbüros. Mit *Genscher* wechselte Kinkel 1974 in das Außenministerium und wurde Chef des Leitungsstabes, später Planungsstabes. Zum 1. Januar 1979 wurde der Ministerialdirektor Kinkel Chef des BND. Bei Bildung der Koalition zwischen FDP und Union 1982 erhielt der parteilose Kinkel das Amt des Staatssekretärs im Justizministerium unter *Hans A. Engelhard*. 1991 wurde Kinkel der Nachfolger *Engelhards* und schloss sich nun der FDP an. Als *Hans-Dietrich Genscher* 1992 als Bundesaußenminister zurückgetreten war, kam es in der Bundestagsfraktion und im Parteivorstand zu einer Kampfabstimmung um die Nachfolge zwischen Kinkel und der Bauministerin *Irmgard Schwaetzer*, die Kinkel mit 63 gegen 25 Stimmen gewann. Zusätzlich zum Ministeramt übernahm Kinkel auf dem Parteitag in Münster 1993 den Parteivorsitz der FDP. Nach einer Reihe schlechter Wahlergebnisse in den Bundesländern gab Kinkel 1995 den Parteivorsitz auf. Er blieb Vizekanzler und Außenminister. Nach der Wahlniederlage der Koalition von Union und FDP 1998 schied Kinkel aus den Regierungsämtern aus, blieb aber Bundestagsabgeordneter. 2002 kandidierte er nicht erneut für den Bundestag.

---

[455] Heinz Georg Marten, Die unterwanderte FDP. Politischer Liberalismus in Niedersachsen. Aufbau und Entwicklung der Freien Demokratischen Partei 1945 - 1955, Göttingen 1978, S. 443

Detlef Kleinert

Detlef Kleinert wurde am 26. Juli 1932 in Essen geboren. Er ließ sich als Rechtsanwalt und Notar in Hannover nieder. Kleinert war von 1969 bis 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages für die FDP-Niedersachsen. Im Bundestag war er Vorsitzender des Arbeitskreises IV (Innen und Recht, zeitweise auch Bildung und Umwelt) seiner Fraktion. 1982 war er als Kandidat für das Amt des Bundesjustizministers im Gespräch. Kleinert war der Vertreter der FDP-Fraktion im Vermittlungsausschuss. In Niedersachsen bekleidete er das Amt des Landesschatzmeisters seiner Partei.

Silvana Koch-Mehrin

Silvana Koch-Mehrin wurde am 17 November 1970 geboren. Fünf Jahre ihrer Kindheit verbrachte sie in Afrika, ihre Schulzeit in Köln. Sie studierte Volkswirtschaftslehre und Geschichte in Hamburg, Straßburg und Heidelberg und war Stipendiatin der Friedrich-Naumann-Stiftung. Während des letzten Studienjahres war sie stellvertretende Bundesvorsitzende und Pressesprecherin der Jungen Liberalen. Sie wurde promoviert nach einem Forschungsaufenthalt in Paris. Während dieser Zeit konzipierte sie an der Internationalen Akademie für Führungskräfte der Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach und Brüssel Seminare. Zudem war sie für den Wirtschaftsausschuss der Europäischen Kommission, in der Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen tätig. 2004 wurde sie für die FDP als Spitzenkandidatin in das Europäische Parlament gewählt. Bei der Europawahl 2009 war sie erneut Spitzenkandidatin der FDP. Diese erzielte mit 11% das bis dahin beste Ergebnis bei einer Europawahl. Silvana Koch-Mehrin wurde in ihrem Amt als erste stellvertretene Vorsitzende im Fraktionsvorstand der ALDE bestätigt.

Oswald A. Kohut

Oswald A. Kohut wurde am 19. Januar 1901 in Berlin geboren und starb am 23. Juli 1977 in Langen. Kohut hatte in Berlin, Heidelberg und Gießen Philosophie, Geschichte und Volkswirtschaftslehre studiert. Er wurde 1930 in Gießen zum Dr. phil. promoviert. Bis zum Berufsverbot 1934 war er in der Presse tätig. 1935 übernahm er eine Weinbrennerei und Likörfabrik. Nach dem Krieg betätigte sich Kohut in Unternehmensverbänden seiner Branche und wurde 1950 Präsident des Bundesfachverbandes der Deutschen Spirituosenindustrie. Kohut war ein Mitbegründer der CDU in Offenbach, trat jedoch 1947 zur FDP über. Für diese Partei war er von 1954 bis 1957 im Hessischen Landtag, ab 1955 als Fraktionsvorsitzender. Von 1956 bis 1961 bekleidete er das Amt des Landesvorsitzenden der FDP in Hessen und zugleich das eines stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP. Aus Protest gegen den Umfall der FDP nach der Bundestagswahl 1961 trat er im gleichen Jahr von diesen Ämtern zurück. Kohut war von 1957 bis 1965 Mitglied des Deutschen Bundestages. Nach seinem Ausscheiden aus der Politik 1965 war Kohut in der FDP eine geachtete Persönlichkeit.

Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm

Knut von Kühlmann Freiherr von Stumm-Ramholz wurde am 17. Oktober 1916 in München geboren. Er starb am 19. Januar 1977 in Bad Soden-Salmünster. Sein Vater, Geheimrat Dr. Richard von Kühlmann war Staatssekretär im Auswärtigen Amt in Berlin. Von Kühlmann-Stumm hatte die Schlossschule Salem besucht und war im 2. Weltkrieg Begleitoffizier *Erwin Rommels* in Afrika. Wegen ihrer nationalen Ausrichtung trat er in Hessen in die FDP ein und wurde 1960 Bundestagsabgeordneter. Von 1963 bis 1968 war er Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion. Nach dem Freiburger Parteitag 1971 legte er seine Parteiämter nieder. 1972 stimmte er beim konstruktiven Misstrauensvotum gegen *Willy Brandt* und für *Rainer Barzel*, auch die Ostverträge lehnte er ab. Am 5. Juni 1972 legte er sein Bundestagsmandat nieder und trat kurz darauf zur CDU über. Auf deren hessischer Landesliste zog er 1972 wieder in den Bundestag und schied 1976 aus. 1977 kam von Kühlmann-Stumm bei einem Verkehrsunfall ums Leben.

Wilhelm Külz

Wilhelm Külz wurde am 11. Februar 1875 in Borna geboren. Er starb am 10. April 1948 in Berlin-Wilmersdorf. Külz studierte Jura und Volkswirtschaftslehre und wurde 1901 in Tübingen zum Dr. sc. pol. promoviert. Als Nationalliberaler war Külz ab 1904 Oberbürgermeister von Bückeburg und Landtagsabgeordneter, später Präsident des Landtages Schaumburg-Lippe. 1907 bis 1908 führte er eine später von den Briten übernommene Gemeindeordnung in Deutsch-Südwestafrika ein. 1912 wurde Külz Oberbürgermeister von Zittau in Sachsen. Den Ersten Weltkrieg machte er als Frontoffizier (zuletzt Major) mit. Nach dem Krieg war Külz Abgeordneter der DDP in der Weimarer Nationalversammlung und im Reichstag bis 1932. 1926 bis 1927 war er in den Regierungen der Reichskanzler *Hans Luther* und *Wilhelm Marx* Reichsinnenminister. 1931 wurde Külz Oberbürgermeister von Dresden. Nachdem er nach der Machtübernahme der Nazis dort das Hissen der Hakenkreuzfahne verhindert hatte, wurde er beurlaubt und zwangspensioniert. 1945 übernahm er die Führung der von ihm mitbegründeten LDP(D) in

der sowjetischen Besatzungszone. Er war Herausgeber der viel gelesenen Tageszeitung „Der Morgen“. 1946 wurde Külz Berliner Stadtverordneter. Külz wurde 1947 zusammen mit *Theodor Heuss* Vorsitzender der gesamtdeutschen „Liberal Demokratischen Partei Deutschlands“. Als er – offensichtlich im Bestreben nach nationaler Einheit – im gleichen Jahr am von den Kommunisten initiierten „Volkskongress“ zusammen mit *Otto Nuschke* und *Wilhelm Pieck* teilgenommen hatte, verlor er das Vertrauen der Liberalen im Westen. Er starb 73-jährig an einem Herzschlag.

Karl-Hans Laermann

Karl-Hans Laermann wurde am 26. Dezember 1929 in Kaulhausen geboren. 1963 wurde er zum Dr. ing. promoviert. Laermann war in Aachen und Wuppertal Professor für Experimentelle Spannungsanalyse und Messtechnik. In der FDP engagierte er sich seit 1968. 1974 wurde er Mitglied des Bundestages und gehörte dem Parlament als nordrhein-westfälischer Abgeordneter bis 1998 an. Im Februar 1994 wurde Laermann Bundesminister für Bildung und Wissenschaft nach einer Kampfabstimmung gegen *Wolfgang Gerhardt*. Nach der Bundestagswahl 1994 schied Laermann wieder aus dem Ministeramt aus.

Otto Graf Lambsdorff

Otto Friedrich Wilhelm von der Wenge Graf Lambsdorff wurde am 20. Dezember 1926 in Aachen geboren und verstarb am 5. Dezember 2009 in Bonn. Lambsdorff besuchte Schulen in Berlin sowie die Ritterakademie in Brandenburg/H.. Im Krieg wurde er schwerstbeschädigt (Oberschenkelamputation). Er studierte an den Universitäten Bonn und Köln Rechts- und Staatswissenschaften. 1952 wurde er in Köln zum Dr. jur. promoviert. 1960 ließ er sich als Rechtsanwalt in Düsseldorf nieder. Zugleich betätigte er sich im Kreditgewerbe, u.a. als Generalbevollmächtigter des Bankhauses Trinkhaus und als Vorstandsmitglied der Victoria Rückversicherungs AG Berlin/ Düsseldorf. 1951 trat er der FDP bei. 1978 war er stellvertretender Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen und wurde 1982 Beisitzer im Präsidium der FDP. 1972 zog er in den Bundestag ein und wurde wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion. Nach dem Rücktritt von *Hans Friderichs* übernahm er 1977 das Amt des Bundeswirtschaftsministers. 1982 kam er – wie alle FDP-Minister – seiner Entlassung als Minister durch Rücktritt zuvor. Im Kabinett *Helmut Kohls* wurde er jedoch erneut Bundeswirtschaftsminister. Nach der Eröffnung eines Prozesses im Zusammenhang mit der Flick-Affäre gegen ihn trat Lambsdorff 1984 als Minister zurück. 1987 wurde er wegen Steuerhinterziehung bzw. Beihilfe zur Steuerhinterziehung zu einer Geldstrafe von 180.000 DM verurteilt. In einer Kampfabstimmung gegen *Irmgard Adam-Schwaetzer* wurde er 1988 zum Parteivorsitzenden gewählt. Dieses Amt bekleidete er bis 1993. 1988 endete seine Mitgliedschaft im Bundestag. Lambsdorff wurde Ehrenvorsitzender der FDP und Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung. Außerdem bekleidete er zahlreiche Ämter in der Wirtschaft. 1999 beauftragte ihn Bundeskanzler *Gerhard Schröder* mit der Verhandlungsführung über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern, was er mit der Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ erfolgreich zuende brachte.

Hans Lenz

Hans Lenz wurde am 12. Juli 1907 in Trossingen geboren und starb dort am 28. August 1968. Er studierte Neuphilologie in Tübingen, Berlin, London, Paris und Reykjavik. An sein Studium schloss sich eine Buchhändlerlehre an. Nach 1939 war er Verlagsleiter. Aus dem 2. Weltkrieg kehrte er schwer verwundet wieder. Nach dem Krieg betätigte er sich kommunalpolitisch und in der Bildungsarbeit. Er war stellvertretender Vorsitzender der FDP Württemberg-Hohenzollern, 1962 bis 1964 stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP und wurde zwischen 1953 und 1965 immer wieder in den Bundestag gewählt. 1961 wurde er Bundesschatzminister, 1962 Bundesminister für Wissenschaft und Forschung. 1965 gab er sein Ministeramt, dessen Wahrnehmen ihm gesundheitlich schwer fiel, auf. Auch sein Bundestagsmandat musste er aus gesundheitlichen Gründen 1967 aufgeben. Nach 1965 war er Vorsitzender des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger wurde am 26. Juli 1951 in Minden geboren. Sie studierte Rechtswissenschaften in Göttingen und Bielefeld. Ab 1979 war sie am Deutschen Patentamt in München tätig. In Starnberg wurde sie Vorsitzende des FDP-Kreisverbandes. 1990 kam sie in den Deutschen Bundestag. Überraschend wurde sie 1992 als Nachfolgerin von *Klaus Kinkel* zur Justizministerin nominiert und ernannt. Als sich die FDP in einer Mitgliederbefragung für den Großen Lauschangriff aussprach – wogegen Leutheusser-Schnarrenberger plädiert hatte – trat sie am 14. Dezember 1955 als Justizministerin zurück. 1996 wurde sie Sprecherin des linksliberalen „Freiburger Kreises“. Im Jahre 2000 setzte sie sich in einer Kampfabstimmung gegen *Hermann Stützer* als Landesvorsitzende der FDP Bayerns durch. Bei der Landtagswahl am 21. September 2003 in Bayern erhielt die FDP

mit Frau Leutheusser-Schnarrenberger als Spitzenkandidatin 2,6%. Im März 2004 gab das Bundesverfassungsgericht einer Verfassungsbeschwerde der FDP-Politiker Leutheusser-Schnarrenberger, *Burkhard Hirsch* und *Gerhart-Rudolf Baums* gegen den Großen Lauschangriff in einigen Punkten statt. 2008 führte sie die FDP in Bayern in eine Landeskoaltion mit der CSU in Bayern. Seit den bayerischen Kommunalwahlen von 2002 ist Sabine Leutheusser-Schnarrenberger Mitglied des Kreistages Starnberg. Nach der Bundestagswahl 2009 wurde sie am 28. Oktober 2009 erneut als Bundesministerin der Justiz in die Bundesregierung berufen.

Christian Lindner

Christian Lindner wurde am 7. Januar 1979 in Wuppertal geboren Am 14. Dezember 2009 bestimmte der Bundesvorstand der FDP Christian Lindner zum Generalsekretär der FDP. Auf dem Bundesparteitag 2010 in Köln wurde er am 24.4. mit 96% der Delegiertenstimmen bestätigt. Lindner bestand 1998 das Abitur und studierte Politikwissenschaft, Öffentliches Recht sowie Philosophie an der Universität Bonn, wo er mit dem Magister Artium abschloss. Von 2000 bis 2009 war er Mitglied des Landtages in Nordrhein-Westfalen; 2009 wurde er in den Bundestag gewählt. Vor seiner Ernennung zum Generalsekretär der FDP übte Lindner diese Funktion im Landesverband der FDP Nordrhein-Westfalen aus. Zugleich war es Mitglied im Bundesvorstand der FDP.

Uwe-Bernd Lühr

Uwe-Bernd Lühr wurde am 17. März 1949 in Halle geboren. Von 1967 bis 1971 studierte er Wirtschaftswissenschaften in Halle. Danach arbeitete er als Gruppenleiter eines Rechenzentrums des Starkstromanlagenbaues Halle. 1967 trat Lühr der LDP(D) bei. Seit 1984 war er hauptamtlich beim Bezirksvorstand Halle tätig. Nach der Wende 1989 organisierte Lühr Wahlkämpfe, war Dezernent und Bürgermeister der Stadt Halle. Bei der Bundestagswahl 1990 errang er im Wahlkreis Halle/Altstadt 34,5% Erststimmen und zog als einziger Direktkandidat der FDP in den Bundestag. 1991 wählte die FDP-Bundestagsfraktion Lühr zu einem ihrer Parlamentarischen Geschäftsführer. 1991 wurde Lühr auf Vorschlag des Parteivorsitzenden *Otto Graf Lambsdorff* mit nur 57% der Delegiertenstimmen zum Generalsekretär der FDP gewählt. Für diesen Posten kandidierte Lühr 1993 nicht wieder.

Werner Maihofer

Werner Maihofer wurde am 20. Oktober 1918 in Konstanz geboren und verstarb 2009. Im 2. Weltkrieg war er zuletzt Oberleutnant bei der Heeresnachrichtentruppe. 1946 bis 1950 studierte er Rechtswissenschaften in Freiburg und wurde mit summa cum laude zum Dr. jur. promoviert. Für Englisch und Französisch hatte er Dolmetscherprüfungen bestanden. 1955 bis 1970 war Maihofer Jura-Professor in Saarbrücken und dort 1967 bis 1969 Rektor. 1968 bis 1971 bekleidete er das Amt des Vizepräsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz. 1970 wechselte Maihofer nach Bielefeld. Er trat 1969 in die FDP ein und war dort ein Jahr später Mitglied des Präsidiums. 1971 beteiligte sich Maihofer wesentlich an der Ausarbeitung der Freiburger Thesen der Liberalen. 1972 kam er in den Bundestag und wurde Bundesminister für besondere Aufgaben. 1974 wurde Maihofer zum Bundesinnenminister ernannt, unterlag allerdings im gleichen Jahr bei der Wahl zum stellvertretenden FDP-Vorsitzenden *Hans Friderichs*. Das Amt des Innenministers zwang Maihofer zu einem Wandel vom sozial-liberalen Notstandsgegner zum Staatsschützer, der – sich vor seine Mitarbeiter stellend – 1978 einen Einbruch des Verfassungsschutzes beim Atomphysiker *Klaus Traube* mit einem „übergesetzlichen Notstand" rechtfertigte. Maihofer hatte seine sozialliberale Basis verloren und trat im Juni 1978 als Bundesminister zurück. Im gleichen Jahr kehrte er auf seinen Lehrstuhl in Bielefeld zurück. 1980 schied Maihofer aus dem Bundestag aus. 1996/97 wirkte er auf Drängen des Generalsekretärs *Guido Westerwelle* an der Ausarbeitung der Wiesbadener Grundsätze der FDP mit.

Reinhold Maier

Reinhold Maier wurde am 16. Oktober 1889 in Schorndorf geboren und starb am 19. August 1971 in Stuttgart. Er absolvierte einen juristischen Vorbereitungsdienst, studierte Volkswirtschaft und Jura und nahm von 1914 bis 1918 am ersten Weltkrieg teil. 1921 wurde er in Heidelberg zum Dr. jur. promoviert. 1924 wurde er Vorsitzender der Demokratischen Partei in Stuttgart und Landesvorsitzender in Württemberg. Maier war Mitglied des Württembergischen Landtages und des Reichstages. Er stimmte am 23. März 1933 für das Ermächtigungsgesetz. 1929 bis 1933 war er württembergischer Wirtschaftsminister. In der Zeit der NS-Diktatur arbeitete er als Anwalt. Seine Frau und seine Kinder mussten wegen ihrer Abstammung nach England emigrieren. Nach dem 20. Juli 1944 entkam er den gegen ihn gerichteten Fahndungen. 1945 wurde er Ministerpräsident des Landes Württemberg-Baden. Nach Bildung des Landes Baden-Württemberg wurde Maier zu dessen erstem Ministerpräsidenten in einer Koalition aus DVP/FDP, SPD und BHE gewählt. Nach dem schlechten Abschneiden seiner Partei bei der Bundestagswahl 1953 trat Maier als Ministerpräsident zurück und war seitdem Mitglied des Bundestages sowie zugleich des Landtages. 1956 legte er sein Bundestagsmandat nieder. Als Nachfolger von *Thomas Dehler* wurde er 1957

Bundesvorsitzender der FDP. 1957 bis 1959 war er wieder Mitglied des Bundestages. 1960 gab er den FDP-Vorsitz an *Erich Mende* ab und wurde Ehrenvorsitzender der FDP. Mit seinem Stuttgarter Mandat gab er 1963 sein letztes wichtiges politisches Amt ab.

Erich Mende

Erich Mende wurde am 28. Oktober 1916 in Groß-Strehlitz/Schlesien geboren und starb am 6. Mai 1998 in Bonn. Mende trat nach dem Abitur in die Wehrmacht ein und war als Leutnant, später Major, in Polen, Frankreich und schließlich an der Ostfront stationiert. Mende erhielt das EK I, das Deutsche Kreuz in Gold und das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. Am Kriegsende war er zu 30% kriegsbeschädigt. Nach 1945 studierte er Rechtswissenschaften in Köln und Bonn und wurde 1949 zum Dr. jur. promoviert. Mende schloss sich den Freien Demokraten an, deren Aufbau er in Nordrhein-Westfalen zusammen mit *Friedrich Middelhauve* als 1. Landesgeschäftsführer organisierte. Er war Mitglied des Landesvorstandes und ab 1949 des Bundesvorstandes der FDP. Ab 1949 gehörte er dem Bundestag an. 1957 wurde er Vorsitzender der Bundestagsfraktion, und von 1960 bis 1967 war er Bundesvorsitzender der FDP. 1963 bis 1966 gehörte er als Vizekanzler und Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen den Kabinetten *Ludwig Erhard* an. Nachdem die FDP bei der Bundestagswahl 1965 auf 9,5% zurückgefallen war, setzte sich in der Partei mehr und mehr die linksliberale Linie durch, und Erich Mende trat 1967 als Bundesvorsitzender zurück. Er war heftig kritisiert worden, weil er bei der amerikanischen Firma „IOS-Investors Overseas Services“ als Deutschland-Manager angefangen hatte und wiederum, als die Firma 1970 zusammenbrach. Mende war ein Gegner des sozial-liberalen Kurses und wechselte 1970 zur CDU, für die er bis 1980 im Bundestag war.

Friedrich Middelhauve

Friedrich Middelhauve wurde am 17. November 1896 in Siegen geboren und starb am 14. Juli 1966 in Bad Mergentheim. 1916 nahm Middelhauve nach bestandener Maturitätsprüfung am Weltkrieg teil. Danach studierte er Literatur, Geschichte und Kunstgeschichte in Marburg, München, Köln und Bonn. Middelhauve gründete 1921 eine Buchhandlung in Leverkusen und 1924 eine Druckerei in Opladen. 1938 übernahm er ein Papierverarbeitungswerk, und 1946 gründete er den wissenschaftlichen „Westdeutschen Verlag“ in Köln und Opladen sowie 1947 den belletristischen Verlag „Friedrich Middelhauve GmbH“ in Opladen. Middelhauve war vor 1933 stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Staatspartei in Düsseldorf und Vorsitzender im Rhein-Wupper-Kreis. Nach 1945 gründete er als Vorgängerin der FDP die „Aufbau-Partei“ im Rhein-Wupperkreis. 1946 wurde er 1. Vorsitzender des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der FDP. Er war Fraktionsvorsitzender der FDP im Düsseldorfer Landtag. Er rückte in den Bundesvorstand der FDP und 1949 in den Bundestag ein. 1950 zog er sich wieder aus dem Bundestag zurück. Middelhauve setzte sich für eine „Nationale Sammlungsbewegung“ zusammen mit der DP ein. 1952 wurde er stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP, 1953 kehrte er in den Bundestag zurück und wurde 1954 Wirtschafts- und Verkehrsminister und stellvertretender Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen. 1956 fungierte er wieder als Landesvorsitzender der FDP in Düsseldorf, legte jedoch sein Amt nach dem dortigen Regierungswechsel bald nieder: Er hatte als einziger FDP-Abgeordneter im Landtag gegen den Sturz von *Karl Arnold* gestimmt. 1958 legte Middelhauve sein Mandat nieder und zog sich aus der politischen Arbeit zurück.

Wolfgang Mischnick

Wolfgang Mischnick wurde am 26. September 1921 in Dresden geboren und starb am 6. Oktober 2002 in Bad Soden. Mischnick wurde 1939 zur Infanterie eingezogen und mehrfach verletzt. Als Offizier und „Bürgerlicher“ wurde ihm nach 1945 ein Studienplatz an der TH Dresden versagt. In der Zeit war Mischnick an der Gründung der LDP(D) Dresden beteiligt. Er war Stadtverordneter in Dresden, Jugendsekretär der LDP(D), Mitglied des Landesvorstandes und des Zentralvorstandes seiner Partei. Nach Auseinandersetzungen mit der FDJ erhielt er Schreib- und Leseverbot. Daraufhin floh er in den Westen, wo er zunächst als Versicherungsvertreter und Journalist tätig war. Ab 1950 übernahm Mischnick bei der hessischen FDP hauptamtliche Aufgaben. 1954 bis 1957 war er Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten. Im Hessischen Landtag war er von 1954 bis 1957, ab 1955 als Parlamentarischer Geschäftsführer. 1954 kam er in den Bundesvorstand der FDP und war stellvertretender hessischer Landesvorsitzender. 1956 bis 1961 fungierte Mischnick als Fraktionsvorsitzender im Stadtparlament von Frankfurt/M.. 1957 kam er in den Bundestag, wo er wiederum die Funktion eines Parlamentarischen Geschäftsführers einnahm (1959 bis 1961). Ab November 1961 bis Oktober 1963 war er Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte im letzten Kabinett *Adenauer*. Gleichzeitig war er hessischer Landesvorsitzender und ab 1964 wieder Fraktionsvorsitzender im Frankfurter Kommunalparlament. Mischnick wurde 1963 stellvertretender Fraktionsvorsitzender in Bonn und 1964 (bis 1968) stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP. 1968 wurde er Fraktionsvorsitzender der FDP im Bundestag. Dieses Amt hatte er bis Anfang 1991 inne. Er war zuvor bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 von Dresden aus noch einmal in den Bundestag eingezogen.

1994 schied er nach 37 Jahren parlamentarischer Arbeit aus dem Bundestag aus. Zu dieser Zeit war er noch Vorsitzender der Friedrich Naumann-Stiftung, – ein Amt, das er 1995 an *Otto Graf Lambsdorff* abgab.

Jürgen W. Möllemann

Jürgen W. Möllemann wurde am 15. Juli 1945 in Augsburg geboren und starb am 5. Juni 2003 bei Marl. Nach dem Abitur leistete er Wehrdienst bei den Fallschirmjägern der Bundeswehr. Von 1966 bis 1969 studierte Möllemann in Münster/W. Germanistik, Geschichte und Sport. Er war AStA-Vorsitzender in Münster. Möllemann legte beide Staatsprüfungen für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen ab und war an der Schule als Lehrer tätig. 1962 bis 1969 war er Mitglied der CDU. Ab 1981 betätigte er sich unternehmerisch im Presse- und PR-Bereich. 1970 in die FDP eingetreten, kam er schon 1972 über die Liste Nordrhein-Westfalens in den Bundestag. Er wurde dort 1978 Vorsitzender des Arbeitskreises I für Außen-, Deutschland-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik. Nach der Wende 1982 trat er bei *Hans-Dietrich Genscher* als Staatsminister ins Auswärtige Amt ein. 1987 wurde er Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1991 als Nachfolger von *Helmut Haussmann* Bundeswirtschaftsminister. 1992 wurde er Vizekanzler. *Klaus Kinkel* jedoch wurde entgegen Möllemanns Ambitionen Außenminister und 1993 Parteivorsitzender der FDP. Möllemann selbst trat im Januar 1993 wegen einer Empfehlung für einen Einkaufswagen-Chip auf amtlichem Papier als Minister zurück. In einer Kampfkandidatur um die Wiederwahl als FDP-Landesvorsitzender unterlag er im Dezember 1994 *Joachim Schultz-Turnau* mit 219 zu 655 Stimmen. 1997 wurde er auch aus dem Präsidium der Bundespartei abgewählt. In dieser Zeit war Möllemann Mitglied des Bundestages und stimmte 1998 mit acht weiteren FDP-Abgeordneten gegen den Großen Lauschangriff. Im April 1998 wurde Möllemann mit 84% der Delegiertenstimmen erneut zum Landesvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen gewählt. Er blieb auch nach der Wahl *Gerhard Schröders* zum Kanzler einer rot-grünen Koalition Befürworter einer Koalition der FDP mit der SPD. 1999 wurde er in das Präsidium der Bundes-FDP gewählt. Zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2000 war er Spitzenkandidat und schaffte mit 9,8% den Wiedereinzug der FDP in den Landtag. Möllemann wurde in Düsseldorf Fraktionsvorsitzender der FDP. Fortan propagierte er in der Bundespartei das Projekt 18. Im Bundestagswahlkampf 2002 versuchte Möllemann, das inzwischen von seinem Rivalen *Guido Westerwelle* übernommene Projekt 18 mit rechtspopulistischen Inhalten zu füllen und geriet damit inner- und außerparteilich in die Kritik. Nach der Bundestagswahl 2002 kehrte Möllemann in den Bundestag zurück. Es wurde jedoch ein mit der Parteiführung wahrscheinlich nicht abgestimmtes – wieder rechtspopulistisches – Wahlkampf-Flugblatt Möllemanns bekannt, das zudem offensichtlich aus illegalen Spenden oder schwarzen Kassen finanziert war. Die Justiz ermittelte gegen Möllemann, die Fraktionen in Düsseldorf und Berlin sowie die Partei strebten seinen Ausschluss an. In der FDP-Landtagsfraktion fand sich am 4. Februar 2003 keine ausreichende Mehrheit für einen Ausschluss; die Bundestagsfraktion schloss ihn jedoch am 11. Februar 2003 mit 39 von 45 Stimmen aus. Am 17. März 2003 trat Möllemann aus der FDP aus. Nach der Aufhebung seiner Immunität im Bundestag und Durchsuchungen seiner Büros und Wohnungen stürzte Jürgen W. Möllemann am 5. Juni 2003 mit einem Fallschirm in den Tod. Möllemann war von 1983 bis 1991 und ab 2000 Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft.

Friedrich Naumann

Friedrich Naumann wurde am 25. März 1860 in Störmtal bei Leipzig geboren und starb am 24. August 1919 in Travemünde. Er studierte evangelische Theologie in Leipzig und Erlangen. Von 1886 bis 1890 war er Pfarrer in Langenberg/Sachsen. Danach wirkte er bis 1897 als Geistlicher der Inneren Mission in Frankfurt am Main. 1895 gründete Naumann die Wochenzeitschrift „Die Hilfe“, 1896 den „Nationalsozialen Verein“. 1897 schied Naumann aus dem Pfarramt aus und siedelte nach Berlin über. 1903 wurde der Nationalsoziale Verein nach Niederlagen bei Reichstagswahlen aufgelöst: Der Naumann-Kreis schloss sich der Freisinnigen Vereinigung an. 1907 wurde Naumann als Abgeordneter von Heilbronn in den Reichstag gewählt. Als Abgeordneter von Berlin war er Mitglied der Nationalversammlung von 1919. Im gleichen Jahr wurde er zum Vorsitzenden der neu gegründeten DDP gewählt, starb jedoch kurz darauf überraschend.

Fritz Neumayer

Fritz Neumeyer wurde am 29. Juli 1884 in Kaiserslautern geboren und starb am 12. April 1973 in München. Nach dem Studium der Rechtswissenschaft war er 1911 bis 1945 als Rechtsanwalt in Kaiserslautern zugelassen und hatte Kriegsdienst geleistet. Nach 1945 trat er der FDP bei. Er wurde Landgerichtspräsident in Kaiserslautern und 1946 Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung von Rheinland-Pfalz sowie 1947 bis 1951 des Landtages dieses Bundeslandes. 1947 und 1948 wirkte er dort als Minister für Wirtschaft und Verkehr, bevor er 1949 in den Bundestag kam, dem er bis 1957 angehörte. Von 1952 bis 1953 war er Bundesminister für Wohnungsbau und

1953 bis 1956 Bundesminister der Justiz. 1956 – 72-jährig – verließ er mit weiteren FDP-Ministern und 12 Bundestagsabgeordneten die FDP, um sich der Abspaltung FVP anzuschließen.

Dirk Niebel

Dirk Niebel wurde am 29. März 1963 in Hamburg geboren. Als Fallschirmjäger kam er 1984 nach Calw im Schwarzwald. Dort hat er nach einer achtjährigen Dienstzeit an der Fachhochschule des Bundes – Fachbereich Arbeitsverwaltung – in Mannheim Verwaltungswesen studiert. Mit dem Studienabschluss Diplom-Verwaltungswirt (FH) wurde er 1993 Arbeitsvermittler beim Arbeitsamt Heidelberg. Seit 1990 ist er verheiratet und hat 3 Söhne. Niebel war Gründungsmitglied der Jungen Liberalen (JuLis) in Heidelberg. Seit September 1998 gehört er dem Deutschen Bundestag als an. Aufgrund seiner beruflichen Qualifikation wurde er 1998 zum arbeitsmarktpolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion ernannt. In dieser Funktion war er bis September 2009 ordentliches Mitglied im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales. Im September 2003 wurde er in das Kuratorium der „Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit“ gewählt. Im April 2009 wurde er zum Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte bestellt. Von Mai 2005 und bis Oktober 2009 war er Generalsekretär der FDP. Am 28.10.2009 wurde Niebel zum Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ernannt.

Rainer Ortleb

Rainer Ortleb wurde am 5. Juni 1944 in Gera geboren. Er studierte Mathematik an der TU Dresden und wurde 1971 zum Dr. rer. nat. und 1983 zum Dr.-Ing. habil. promoviert. 1989 wurde er zum Professor an der Universität Rostock berufen. Ortleb wurde 1968 Mitglied der LDP(D), war 1987 Kreisvorsitzender von Rostock und schließlich letzter Parteivorsitzender des Bundes Freier Demokraten. Vom 18. März bis 2. Oktober 1990 war er als Mitglied der Volkskammer Fraktionsvorsitzender der FDP. 1990 wurde Ortleb Mitglied des Bundestages und war vom 3. Oktober 1990 bis zum 18. Januar 1991 Bundesminister für besondere Aufgaben, danach bis zum 3. Februar 1994 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Rücktritt). Von 1991 bis 1994 war Ortleb FDP-Landesvorsitzender von Mecklenburg-Vorpommern. 1997 wurde er Vorsitzender der sächsischen FDP, trat aber nach 3 Monaten zurück und aus der Partei aus. Dieser Schritt wurde wieder rückgängig gemacht, und 1999 wurde Ortleb als sächsischer Landesvorsitzender der FDP wiedergewählt. Im Bundestag saß er bis 1998. 2001 ist er aus der FDP ausgetreten.

Cornelia Pieper

Pieper wurde am 4. Februar 1959 in Halle geboren. Ab 1982 war Frau Pieper berufstätig als Dolmetscherin beim DDR-Jugendreisebüro. Cornelia Pieper war seit 1986 Mitglied der LDP(D), gehörte allerdings nicht direkt zu den Parteikadern. Sie hatte Polnisch und Russisch in Leipzig und Warschau studiert. Vor der Öffnung der Mauer war sie Referentin der Abteilung Wissenschaft, Kultur und Bildung beim Bezirksvorstand Halle der LDP(D). Nach der Wende baute sie in Sachsen-Anhalt die Jungen Liberalen mit auf, wurde FDP-Abgeordnete und Vizepräsidentin des Landtags. 1995 wurde sie Landesvorsitzende und 1997 stellvertretende Bundesvorsitzende. 1998 kam sie in den Deutschen Bundestag und erhielt dort die Position einer stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Auf dem Düsseldorfer Parteitag 2001 wurde Pieper zur Generalsekretärin der FDP gewählt. 2002 trat sie nicht in die neu gebildete Koalitionsregierung zwischen CDU und FDP in Sachsen-Anhalt ein, obwohl sie dort als Spitzenkandidatin angetreten war. Staat dessen zog sie erneut in den Bundestag ein. Auf dem Parteitag in Bremen 2003 wurde sie in ihrem Amt als FDP-Generalsekretärin mit nur 60,9% bestätigt. 2009 wurde sie zur Staatsministerin im Auswärtigen Amt ernannt.

Andreas Pinkwart

Andreas Pinkwart wurde am 18. August 1960 in Seelscheid geboren. Er studierte Volks- und Betriebswirtschaftslehre in Münster und Bonn und wurde 1991 zum Dr. rer. pol. promoviert. 1980 trat Pinkwart der FDP bei und wurde 1992 Kreisvorsitzender der FDP Rhein-Sieg, 1996 stellvertretender Landesvorsitzender. 2002 zog er in den Bundestag ein. 1989 bis 1990 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter der FDP-Bundestagsfraktion. 1991 bis 1994 leitete er das Büro des Fraktionsvorsitzenden *Hermann Otto Solms*. 1994 bis 1997 war er Professor für Volks- und Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf. 1998 wechselte er an die Universität Siegen. Als Nachfolger des zurückgetretenen Landesvorsitzenden *Jürgen W. Möllemann* setzte sich im Dezember 2002 Pinkwart in einer Kampfabstimmung gegen *Ulrike Flach* durch. Auf dem Bremer Parteitag 2003 wurde Pinkwart zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Pinkwart war von 2002 - 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages und 2004 - 2005 haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Bundes-

tagsfraktion. Seit 2005 ist er Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen.

Victor-Emanuel Preusker

Victor-Emanuel Preusker wurde am 25. Februar 1913 in Berlin geboren und starb am 13. Mai 1991 in Bonn. Preusker war Schüler des Herder-Gymnasiums in Berlin-Charlottenburg. Nach einer Banklehre in Darmstadt studierte er Volks-, Betriebs- und Staatswissenschaften an der Wirtschaftshochschule Berlin mit dem Diplom als Abschluss. 1940 wurde er in Wien zum Dr. rer. pol. promoviert und wurde zur Luftwaffe eingezogen. Nach 1945 war er für ein Bankhaus in Wiesbaden tätig. Preusker schloss sich der FDP an und war ab 1947 Generalsekretär seiner Partei in Hessen. Von 1949 bis 1961 war er Mitglied des Bundestages. 1953 wurde er Bundesminister für Wohnungsbau. 1956 gehörte Preusker zu den 16 Bundestagsabgeordneten, die aus der FDP ausscherten und die FVP gründeten. Er war von 1958 bis 1960 einer der Vizepräsidenten des Bundestages. 1960 schloss er sich der CDU an, widmete sich aber nach 1961 voll seinem Beruf als Bankkaufmann. Als Geschäftsführer des deutschen IOS-Fonds verlor er bei dessen Konkurs einiges an Reputation (s. *Erich Mende*). 1958 bis 1971 war Preusker Präsident des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundeigentümer. Mitte der siebziger Jahre trat er wieder in die FDP ein.

Walther Rathenau

Walther Rathenau wurde am 29. September 1867 in Berlin geboren und starb am 24. Juni 1922 ebenfalls in Berlin. Sein Vater war der jüdische Industrielle und Gründer der AEG, *Emil Rathenau*. Rathenau studierte Physik, Chemie und Philosophie in Berlin und Straßburg. Er wurde 1889 mit einer Dissertation über „Die Absorption des Lichts in Metallen“ promoviert. In einer Schrift mit dem Titel „Höre, Israel“ warb Rathenau 1897 für die Assimilation der Juden in Deutschland. Nach der Erkrankung des Vaters wurde Rathenau 1912 Vorsitzender des Aufsichtsrates der AEG. 1914/15 leitete er die „Kriegsrohstoffabteilung“ (KRA) im preußischen Kriegsministerium. Nach dem Krieg wurde er Mitglied der DDP und 1921 Reichsminister für Wiederaufbau im Kabinett des Kanzlers *Joseph Wirth*. Dort warb er gemeinsam mit dem Finanzminister *Matthias Erzberger* für eine „Erfüllungspolitik“, um zu beweisen, dass der Versailler Vertrag nicht umsetzbar war. Im gleichen Jahr schied Rathenau nach dem Rücktritt des Kabinetts aus der Regierung aus. Am 1. Februar 1922 wurde Rathenau wiederum unter *Wirth* Reichsaußenminister und schloss in dieser Funktion in Genua den Rapallo-Vertrag mit der Sowjetunion. Am 24. Juni 1922 wurde Rathenau auf dem Wege ins Amt von 2 der rechtsradikalen „Organisation Consul“ (OC) zugehörigen jungen Offizieren in Berlin-Grunewald erschossen.

Günter Rexrodt

Günter Rexrodt wurde am 12. September 1941 in Berlin geboren und starb am 19. August 2004 in seiner Heimatstadt. Nach dem Abitur 1960 in Arnstadt siedelte er aus der DDR nach Berlin(West) um und studierte an der Freien Universität Berlin Betriebswirtschaftslehre. 1971 wurde er zum Dr. rer. pol. promoviert. Nach Beschäftigungen in einem Industriebetrieb und bei einer Bank wechselte Rexrodt 1968 zur Industrie- und Handelskammer (IHK) Berlin. Dort wurde er 1974 Mitglied der Geschäftsführung. 1979 berief der FDP-Wirtschaftssenator *Wolfgang Lüder* Rexrodt zum Abteilungsleiter in seine Senatsverwaltung. 1980 wurde Rexrodt Mitglied der FDP. 1982 ernannte Wirtschaftssenator *Elmar Pieroth* (CDU) Rexrodt zum Senatsdirektor (Staatssekretär). Im gleichen Jahre wurde dieser stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner FDP. 1985 setzte sich Rexrodt in einer FDP-internen Kampfkandidatur im Landesausschuss gegen den damaligen Landesschatzmeister der FDP als Kandidat für das Amt des Finanzsenators durch, und in dieser Position wurde er Nachfolger von *Gerhard Kunz* (CDU). Nach der Wahlniederlage des CDU/FDP-Senats 1989 wechselte Rexrodt in den Vorstand der Citibank AG in Frankfurt am Main. 1991 unterlag er in einer Kampfabstimmung gegen *Jürgen W. Möllemann* in der FDP-Bundestagsfraktion als Kandidat für das Amt des Bundeswirtschaftsministers. Rexrodt wechselte in den Vorstand der Treuhandanstalt. Nach dem Rücktritt von *Jürgen W. Möllemann* als Bundeswirtschaftsminister setzte sich Rexrodt in einer abermaligen Kampfabstimmung gegen *Walter Hirche* 1993 als FDP-Kandidat für das Amt durch. Als Bundesminister amtierte er bis 1998. 1994 wurde Rexrodt Mitglied des Bundestages und als Nachfolger der zurückgetretenen *Carola von Braun* Landesvorsitzender der Berliner FDP. Nach der Niederlage der Berliner FDP bei den Abgeordnetenhauswahlen 1995 (2,5%) legte Rexrodt den Landesvorsitz nieder. Nach einer erneuten Wahlschlappe der Berliner FDP 1999 (2,2%) übernahm Rexrodt 2000 wieder den Landesvorsitz, und er konnte 2001 bei der vorgezogenen Wahl die Berliner FDP mit 9,9% in das Landesparlament führen. Rexrodt war kurzzeitig Berliner Fraktionsvorsitzender der FDP, zog sich 2002 aber aus dem Landesparlament zurück und konzentrierte sich politisch auf seine Ämter als Bundestagsabgeordneter und Bundesschatzmeister der FDP. Nach der Bundes-

tagswahl 2002 trat er in den Medien als Aufklärer in der nordrhein-westfälischen Spendenaffäre des *Jürgen W. Möllemann* hervor. 2004 gab Rexrodt den Vorsitz der Berliner FDP auf.

Philipp Rösler

Phlipp Rösler wurde am 24. Februar 1973 (amtlich festgelegt) in Vietnam geboren. Im selben Jahr wurde Rösler nach Deutschland adoptiert. Er ist aufgewachsen in Hamburg-Harburg und in Bückeburg. Rösler war vom 18. Februar 2009 bis zum 27. Oktober des selben Jahres stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Arbeit und Verkehr in Niedersachsen und wurde am 28. Oktober 2009 Bundesminister für Gesundheit. Zuvor hatte er eine steile Parteikarriere absolviert: 1992 trat er in Niedersachesen den Jungen Liberalen und der FDP bei. 1994 war er Kreisvorsitzender der Jugend Liberalen in Hannover-Stadt und 1996 Mitglied des Landesvorstandes der FDP Niedersachsen sowie Landesvorsitzender der Jungen Liberalen. Von 2000 bis 2004 übte Rösler das Amt eines Generalsekretärs der FDP Niedersachsen ehrenamtlich aus. 2003 wurde er Mitglied des Niedersächsischen Landtages und Vorsitzender der dortigen FDP-Fraktion. Ins Präsidium der Bundespartei wurde er 2005 gewählt, und 2006 war er Landesvorsitzender der FDP Niedersachsen. Rösler ist promovierter Arzt und Sanitätsoffizier der Bundeswehr.

Uwe Ronneburger

Uwe Ronneburger wurde am 23. November 1920 in Kiel geboren und starb am 1. Oktober 2007 in Tetenbüll. Schon 1939 wurde Ronneburger zum Reichsarbeitsdienst und anschließend zur Kriegsmarine eingezogen. Als Oberleutnant zur See holte er mit dem Torpedoboot „Panther“ bei Kriegende Flüchtlinge aus Ostpreußen heraus. Nach 1945 übernahm er anstelle des gefallenen Bruders den elterlichen Hof und erwarb die theoretischen und praktischen landwirtschaftlichen Kenntnisse in Abendkursen. Ab 1948 war Ronneburger kommunalpolitisch aktiv, war 1955 bis 1972 Amtsvorsteher, Kreisrat und Bürgermeister. Von Wählergemeinschaften und über die DP kam er 1957 zur FDP, wo er 1961 bis 1970 Kreisvorsitzender in Eiderstedt wurde. 1970 nahm Ronneburger das Amt des Landesvorsitzenden der FDP Schleswig-Holstein an. 1972 zog Ronneburger in den Bundestag ein und wurde dort 1973 als Nachfolger des verstorbenen *Karl-Hermann Flach* stellvertretender Fraktionsvorsitzender. 1975 übernahm Ronneburger das Amt des Vorsitzenden der wieder in den Kieler Landtag eingezogenen FDP-Fraktion (7,1%) und legte sein Bundestagsmandat nieder. 1980 kehrte er von Kiel in den Bundestag zurück. Auf dem Bundesparteitag 1982 übernahm Ronneburger die Funktion des Herausforderers von *Hans-Dietrich Genscher* im Parteivorsitz als Protest gegen die Wende. *Genscher* setzte sich mit 222 gegen169 Stimmen durch. 1983 kam die FDP Schleswig-Holstein – offensichtlich auch aufgrund verwirrender Koalitionsaussagen ihres Landesvorsitzenden Ronneburger – auf 2,2%. Ronneburger trat daraufhin mit dem gesamten Landesvorstand zurück, blieb aber bis 1990 im Bundestag. Auch dem Bundesvorstand der FDP gehörte zunächst er weiterhin an.

Hermann Schäfer

Hermann Rudolf Schäfer wurde am 6. April 1892 in Remscheid geboren und starb am 26. Mai 1966 in Bad Godesberg. Schäfer studierte Staats- und Wirtschaftswissenschaften sowie Zeitungskunde in Leipzig und Heidelberg und wurde zum Dr. phil. promoviert. Schäfer arbeitete als Redakteur, leistete dann aber nach Kriegsausbruch Heeresdienst. Nach dem Krieg arbeitete er wieder als Redakteur und als geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Vereinigung leitender Angestellter. Er hatte sich bei der DDP und späteren Staatspartei engagiert und gehörte dort von 1925 bis 1933 dem Reichsvorstand an. In der NS-Zeit war er im Krankenversicherungswesen tätig und wurde von 1941 bis 1944 dienstverpflichtet. Nach 1945 war er in Hamburg wieder im Krankenversicherungswesen tätig. Er schloss sich der FDP an, wurde Vorsitzender des Hamburger Landesverbandes und 1947 stellvertretender Zonenvorsitzender der FDP. Schäfer gehörte dem Parlamentarischen Rat an und war dessen Vizepräsident. Vizepräsident war er auch im Bundestag, in den er 1949 kam. Schäfer war Fraktionsvorsitzender der FDP im Bundestag und wurde 1950 zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden seiner Partei gewählt (bis 1955). 1953 wurde Schäfer Bundesminister für Sonderaufgaben. 1956 gehörte er zu den 16 Bundestagsabgeordneten, die aus der FDP ausscherten und die FVP gründeten. 1957 schied er aus dem Bundestag aus. 1961 trat Schäfer wieder in die FDP, ohne jedoch wieder ein politisches Amt zu übernehmen.

Walter Scheel

Walter Scheel wurde am 8. Juli 1919 in Solingen geboren. Scheel absolvierte nach dem Abitur eine Banklehre und wurde anschließend zum Kriegsdienst eingezogen. Er war Oberleutnant der Luftwaffe und wurde mit dem EK I und dem EK II ausgezeichnet. Nach 1945 wurde er Prokurist und Geschäftsführer in der Stahlwarenfabrik seines Schwiegervaters. Scheel schloss sich 1946 der FDP an, war Stadtrat in Solingen und Mitglied des Landtages in Düsseldorf von 1953 bis 1974. Wie sein späterer Widersacher *Erich Mende* gehörte Scheel zur Gruppe der Jung-

türken, die in Nordrhein-Westfalen 1956 das konstruktive Misstrauensvotum gegen *Karl Arnold* organisierten. Von 1953 bis 1974 war Scheel Mitglied des Bundestages. 1961 wurde er im letzten Kabinett *Konrad Adenauers* Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Diese Position behielt er auch im 1. und 2. Kabinett *Ludwig Erhards* inne (bis 1966). Zu dieser Zeit betrieb Scheel mit anderen Reformern den Kurswechsel der FDP und die Ablösung des Parteivorsitzenden *Erich Mende*. 1968 wurde er als dessen Nachfolger gewählt. Anfang des Jahres 1969 setzte Scheel in der FDP-Fraktion der Bundesversammlung die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten *Gustav Heinemann* durch. Nach der Bundestagswahl 1969 einigte sich Scheel mit *Willy Brandt* noch in der Wahlnacht auf die Bildung der sozial-liberalen Koalition. Er wurde Bundesaußenminister und Vizekanzler. 1974 wurde Scheel als Nachfolger von *Gustav Heinemann* als Kandidat von SPD und FDP gegen den Kandidaten der CDU/CSU *Richard von Weizsäcker* zum Bundespräsidenten gewählt. Er übte dieses Am bis 1979 aus. Im gleichen Jahr wurde er Ehrenvorsitzender der FDP und übernahm anschließend verschiedene Positionen in renommierten Bildungs- und Medieneinrichtungen.

Leonhard Schlüter

Leonhard Schlüter wurde geb. am 2. Oktober 1921 in Rinteln/Weser. Es folgten 1939 Abitur, Arbeitsdienst, Wehrmacht und Entlassung wegen „halbjüdischer Abstammung". Schlüter begann ein Studium der Rechtswissenschaft in Göttingen unter Vorbehalt, das mit Nichtbestehen des Rigorosums (nach eigenen Angaben aus politischen Gründen) endete. 1945 wurde Schlüter Leiter der Kriminalpolizei Göttingen. 1947 erfolgte die Aufgabe des Amtes wegen eines Strafverfahrens. Schlüter schloss sich der DP an. 1948/49 wurde er dort Landesvorsitzender. 1949 erfolgte ein politisches Betätigungsverbot durch die britische Besatzungsmacht. Im Januar 1951 wurde Schlüter Vorsitzender der „Nationalen Rechten" in Niedersachsen. 1951 war er MdL in Niedersachsen. 1953 erfolgte der Übertritt zur FDP. Dort wurde er 1954 stellvertretender Fraktionsvorsitzender,1955 Fraktionsvorsitzender und schließlich Kulturminister in der CDU/FDP/DP-Koalition in Niedersachsen. Es gab heftige Proteste gegen seine rechtsextreme Vergangenheit vor allem an der Universität Göttingen. Seine rechtsgerichtete Verlagstätigkeit war schließlich die offizielle Begründung für sein Ausscheiden aus der Regierung am 9. Juni. 1955. 1956 trat Schlüter aus der FDP aus.

Cornelia Schmalz-Jacobsen

Cornelia Schmalz-Jacobsen wurde am 11. November 1934 in Berlin geboren. Ihre Eltern wurden von Israel als „Gerechte unter den Völkern" geehrt, weil sie zahlreiche Juden vor den Nazis gerettet hatten. Frau Schmalz-Jacobsen studierte Gesang und Sprachen in Berlin, Perugia und Rom. Nach früher Heirat und Scheidung war sie für 2 Söhne verantwortlich und verdiente ihr Geld als Journalistin. Ende der 60er Jahre zog sie nach München, wo sie sich kommunalpolitisch engagierte. Für die FDP kam sie 1972 in den Münchner Stadtrat. 1982 wurde Frau Schmalz-Jacobsen Vorsitzende der FDP-München (bis 1984). Die FDP-Berlin holte sie 1985 in ihre Heimatstadt; sie wurde dort Senatorin für Jugend, Familie und Frauen. 1988 schlug sie der neue FDP-Vorsitzende *Otto Graf Lambsdorff*, als Generalsekretärin vor. Als solche zog sie 1990 in den Deutschen Bundestag ein. Sie gab 1991 das Amt der Generalsekretärin auf und wurde als Nachfolgerin von *Liselotte Funcke* Ausländerbeauftragte der Bundesregierung. Frau Schmalz-Jacobsen wurde 1994 als Beisitzerin in das Präsidium der FDP gewählt. 1998 gab sie das Amt der Ausländerbeauftragten auf und kandidierte auch nicht mehr für den Bundestag. Im FDP-Präsidium blieb sie bis 1999. 1999 wurde sie Leiterin des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing am Starnberger See. Im Jahre 2004 war ihr Name als mögliche Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin in der Öffentlichkeit zu vernehmen.

Edzard Schmidt-Jortzig

Edzard Schmidt-Jortzig wurde am 8. Oktober 1941 in Berlin geboren. Schmidt-Jortzig studierte Jura und wurde 1969 zum Dr. rer. pol. promoviert. 1976 habilitierte er sich in Göttingen und erhielt ein Jahr später einen Ruf nach Münster. 1982 wurde er Professor in Kiel. Im selben Jahr schloss er sich der FDP an und wurde u.a. in den Landesvorstand Schleswig-Holstein gewählt. 1994 kam Schmidt-Jortzig in den Deutschen Bundestag. 1995 rückte er für die zurückgetretene *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* als Bundesjustizminister ins Kabinett ein. Nach der Wahlniederlage der Koalition 1998 schied er aus diesem Amte aus. Dem Bundestag gehörte er bis 2002 an.

Heinrich Schneider

Heinrich Schneider wurde am 22. Februar 1907 in Saarbrücken geboren und starb am 12. Januar 1974 in Stuttgart. Nach dem Studium der Rechte wurde er zum Dr. jur. promoviert. 1930 trat er in die NSDAP ein und ließ sich 1934 in Saarbrücken als Rechtsanwalt nieder. Seine Begeisterung für den Nationalsozialismus schwand, und 1937 wurde er aus der NSDAP ausgeschlossen. 1941 wurde er eingezogen. Nach dem Krieg kehrte er in seine Heimat-

stadt zurück. 1955 war er 1. Vorsitzender der „Demokratischen Partei Saar“ (DPS). Er war einer der prominentesten Gegner des von *Adenauer* befürworteten und von der saarländischen Bevölkerung klar abgelehnten Saarstatuts. Bei den Saarwahlen 1955 errang die DPS mit 24,3% fast ebenso viele Stimmen wie die CDU (25,4%). Schneider wurde Landtagspräsident und 1959 saarländischer Wirtschaftsminister. Im Zuge der Eingliederung des Saargebietes in die Bundesrepublik ging die DPS in der FDP als Landesverband auf, und Schneider wurde 1960 einer der 3 stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Partei. 1961 gab Schneider dieses Amt wieder auf und trat auch als Landesvorsitzender der DPS/FDP 1962 zurück. 1969 verließ er die FDP wegen des „Linkstrends“.

Irmgard Schwaetzer

Irmgard Schwaetzer wurde am 5. April 1942 in Münster/Westf. geboren. Sie studierte Pharmazie in Passau, Münster und Bonn und wurde 1971 zum Dr. rer. nat. promoviert. Von 1971 bis 1980 war sie als leitende Angestellte in der pharmazeutischen Industrie tätig. 1975 trat sie der FDP bei und betätigte sich kommunalpolitisch in Düren. 1980 wurde sie Vorsitzende des Bezirksverbandes Aachen und Mitglied des FDP-Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen. 1980 kam sie in den Bundestag. Als Nachfolgerin des wegen der Wende zurückgetretenen *Günter Verheugen* wurde sie 1982 Generalsekretärin der FDP. 1984 wechselte Frau Schwaetzer von der Generalsekretärsin die Schatzmeisterposition der FDP. 1987 erhielt sie das Amt einer Staatsministerin im Auswärtigen Amt. Nach dem Rücktritt von *Martin Bangemann* als Parteivorsitzender 1988 unterlag sie in einer Abstimmung *Otto Graf Lambsdorff* im Kampf um die Nachfolge. 1991 übernahm Frau Schwaetzer die Aufgabe als Bundesbauministerin. Im gleichen Jahr wählte der Bundesparteitag sie zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Beim Kampf um die Nachfolge von *Hans-Dietrich Genscher* als Außenminister unterlag sie 1992 *Klaus Kinkel*. 1994 schied Frau Schwaetzer aus dem Kabinett aus und legte aus Enttäuschung über mangelnde Unterstützung aus der Partei das Amt der stellvertretenden Parteivorsitzenden nieder. 2002 schied sie aus dem Bundestag aus und legte auch ihr Amt als Schatzmeisterin der FDP Nordrhein-Westfalen nieder. Sie siedelte nach Berlin um.

Carl-Hubert Schwennicke

Carl-Hubert Schwennicke wurde am 16. November 1906 in Berlin geboren und starb 1992. 1931 wurde er Dipl.-Ing. und war seit 1933 bei den Siemens-Werken tätig, – seit 1950 in leitender Position. 48-jährig wurde er zum Dr. rer. pol. promoviert. Schwennicke zählte zur Deutschen Volkspartei und gehörte zum Stab von *Gustav Stresemann*. Nach 1945 engagierte er sich beim Aufbau der Liberal-Demokratischen Partei in Berlin. Er wurde Vorsitzender des Landesverbandes und der Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Berlin. 1947 kam es zum Bruch mit der LDP und Loslösung der FDP-Berlin. Schwennicke wurde Landesvorsitzender und 1950 Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes der FDP. Anfang 1956 – im Zusammenhang mit der FVP-Abspaltung – verließ Schwennicke die FDP und wurde Vorsitzender der FVP-Berlin. Diese scheiterte bei den folgenden Wahlen.

Hermann Otto Solms

Solms – eigentlich Prinz zu Solms-Hohensolms-Lich – wurde am 24. November 1940 in Lich geboren. Er erwarb 1969 den Grad eines Diplomökonomen und wurde 1975 zum Dr. agr. promoviert. Er war Kreisvorsitzender der FDP in Gießen und Mitglied des hessischen Landesvorstandes. Er gehörte dem Deutschen Bundestag seit 1980 an und war dort von 1991 bis 2002 Fraktionsvorsitzender der FDP. Als Bundesschatzmeister der FDP geriet er 1997 in die Schlagzeilen, als er die nicht fristgerechte Beantragung staatlicher Parteienfinanzierung für die FDP zu verantworten hatte. Damit drohten der FDP 12,4 Mio. DM zu entgehen, wozu es aber nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 17. Mai 2000 letztlich nicht kam. Am 17. Oktober 2002 wurde Solms zu einem der Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages gewählt. Dieses Amt blieb dem Steuerexperten der FDP auch nach 2009.

Wolfgang Stammberger

Wolfgang Stammberger wurde am 14. Juli 1920 in Coburg geboren und starb dort am 1. Mai 1982. Stammberger wurde im Krieg als Leutnant d.R. schwer verwundet. Er studierte Rechtswissenschaften und wurde 1948 zum Dr. jur. promoviert. 1949 ließ er sich als Rechtsanwalt in Coburg nieder. Stammberger gründete die liberale Hochschulgruppe Erlangen und war 1946 Mitbegründer der Deutschen Jungdemokraten. Von 1950 bis 1953 war er Vorsitzender der FDP-Fraktion in Coburg. Ab 1953 gehörte Stammberger dem Bundestag an. Im November 1961 wurde er Bundesjustizminister. Bei der „Spiegel“-Affäre geriet er in einen schweren Konflikt mit seinem Kabinettskollegen *Franz-Josef Strauß* (CSU), weil der Justizminister über die Festnahmen und Durchsuchungen absichtlich nicht informiert wurde. 1962 schied Stammberger aus dem Kabinett aus, was vom FDP-Vorsitzenden *Erich Mende* mit dessen Gesundheitszustand begründet wurde: Stammberger war 1962 bei einem Autounfall

schwer verletzt worden. 1964 trat Stammberger zur SPD über. Als Abgeordneter der SPD gehörte er dem Bundestag bis 1969 an. 1970 wurde Stammberger mit Unterstützung der SPD zum Oberbürgermeister von Coburg gewählt. Dieses Amt nahm er bis 1978 wahr. Danach verließ er die SPD aus Enttäuschung über fehlende Unterstützung.

Heinz Starke

Heinz Starke wurde am 27. Februar 1911 in Schweidnitz (Schlesien) geboren und starb am 31. Januar 2001. Starke studierte Rechts- und Staatswissenschaften und wurde 1935 zum Dr. jur. promoviert. Nach der Kriegsteilnahme war er von 1946 bis 1949 als Grundsatzreferent bei der Wirtschaftsverwaltung für die Britische Zone unter *Ludwig Erhard* tätig. 1950 bis 1961 hatte er die Position des Hauptgeschäftsführers der Industrie- und Handelskammer Oberfranken in Bayreuth inne. Starke trat 1953 in die FDP ein und zog im gleichen Jahr in den Bundestag ein, dem er bis 1980 – ab 1970 unter Mitnahme des FDP-Mandats als CSU-Abgeordneter – angehörte. 1961 bis 1962 war Starke Bundesminister der Finanzen und 1962 bis 1970 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes. Dem bayerischen Landesvorstand der FDP gehörte er von 1964 bis 1970 an. 1965 bis 1967 bekleidete er die Position eines stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Fraktion. Mit dem Wechsel zur CSU wollte Starke die neue Regierung *Brandt*/*Scheel* schwächen und sicherte sich zugleich das Bundestagsmandat für weitere 10 Jahre.

Artur Stegner

„Stegner, Artur: Diplom-Chemiker, Fabrikant, Holzminden, geb. am 10.6.1907 in Kattowitz, Gymnasium, naturwissenschaftliches Studium, Inhaber chemischer Unternehmungen in Berlin und Breslau, nach 1945 Aufbau einer Chemie-Fabrik in Holzminden, seit 1946 Abgeordneter im Kreistag, Stadtrat von Holzminden, 1949 Landesvorsitzender der FDP-Niedersachsen, seit 1.12.1951 Mitglied des Deutschen Bundestages, am 14.1.1954 auf Drängen der FDP-Parteiverbände Niedersachsens aus der Partei ausgeschieden.“[456] Stegner starbam 5. August 1966 in Bad Reichenhall.

Fritz Steinhoff

Fritz Steinhoff wurde am 23.11.1897 in Wickede bei Dortmund geboren und starb am 22.10.1969. Beruflich begann er als Bergmann. Während der NS-Zeit wurde er wiederholt in Haft genommen, zuletzt im Konzentrationslager Sachsenhausen. 1945 bis 1961 war der Sozialdemokrat Mitglied des Landtages und von 1945 bis 1956 Oberbürgermeister von Hagen. 1950 war er zudem Landesminister für Wiederaufbau. Als durch das konstruktive Misstrauensvotum von SPD und FDP 1956 gewählter Ministerpräsident trat er bereits 1958 wieder zurück. Ab 1961 war er MdB.

Gustav Stresemann

Gustav Stresemann wurde am 10. Mai 1878 in Berlin geboren und starb am 3. Oktober 1929 in seiner Heimatstadt. Stresemann studierte Nationalökonomie und wurde mit einer Arbeit über die Berliner Bierindustrie promoviert. 1903 organisierte er sich bei der „Nationalliberalen Partei“. Stresemann war von 1906 bis 1912 Angehöriger des Dresdner Stadtrats und 1907 bis 1912 Mitglied des Reichstages. 1914 bis 1918 wieder im Reichstag, unterstützte er die Annexionspolitik des Deutschen Reiches. 1917 wurde er Parteivorsitzender als Nachfolger von *Ernst Bassermann.* 1918 war Stresemann Mitbegründer der DVP. Er war Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und des Reichstages von 1920 bis 1929. Am 13. August 1923 wurde Stresemann Reichskanzler einer großen Koalition zwischen DVP, Zentrum, DDP und SPD. Im November 1923 entzog die SPD der Regierung das Vertrauen, und Stresemann trat zurück. 1923 bis 1929 gehörte Stresemann 3 Kabinetten als Reichsaußenminister an und bemühte sich um eine Annäherung an Frankreich. 1925 verzichteten Deutschland, Frankreich und Belgien auf der von Stresemann angeregten Locarno-Konferenz auf eine gewaltsame Veränderung ihrer Grenzen. 1926 erhielt Stresemann zusammen mit dem französischen Außenminister *Aristide Briand* den Friedensnobelpreis.

Theodor Tantzen

Theodor Tantzen wurde am 14. Juni 1877 in Heering bei Abbehausen in Oldenburg geboren und starb am 11. Januar 1947 in Oldenburg. Er stammte aus einer Bauernfamilie, die seit Jahrhunderten in der Marsch lebte. Tantzen lernte Landwirt und übernahm 1898 im Alter von zwanzig Jahren den väterlichen Hof in Heering. Bis 1918 bekannte er sich zu den Freisinnigen, danach zur DDP. Theodor Tantzen gehörte von 1912 bis 1918 dem Oldenburgischen Landtag an, war von 1919 bis 1923 Ministerpräsident des Freistaates Oldenburg, 1919 Mitglied der

[456] Hans-Georg Marten, a.a.O.

Nationalversammlung in Weimar und 1928 bis 1933 des Reichstags. Zwischen 1914 und 1921 machte er zahlreiche Auslandsreisen. 1931 veröffentlichte er eine Kampfschrift gegen die Nationalsozialisten, weswegen er später durch die Gestapo verfolgt wurde. 1945 wurde Tantzen von der britischen Militärregierung als Ministerpräsident des Landes Oldenburg eingesetzt. Nach der Bildung des Landes Niedersachsen übernahm er 1946 dort das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Verkehrsministers. Theodor Tantzen musste die Aufgabe der Selbständigkeit Oldenburgs resigniert hinnehmen.

Günter Verheugen

Günter Verheugen wurde am 28. April 1944 in Bad Kreuznach geboren. Er studierte in Köln und Bonn Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie. 1960 trat er in die FDP ein. Er engagierte sich bei den Jungdemokraten, und 1969 wurde er Referent für Öffentlichkeitsarbeit im Bundesinnenministerium unter *Hans-Dietrich Genscher*. Mit *Genscher* wechselte er 1974 ins Außenministerium.1977 wurde Verheugen Bundesgeschäftsführer der FDP und 1978 Generalsekretär. 1977 bis 1982 war er Vorsitzender der Geschäftsführung der Friedrich-Naumann-Stiftung. 1982 legte er das Amt des Generalsekretärs der FDP aus Protest gegen die Wende nieder und wechselte im selben Jahr zur SPD. Für diese Partei zog er 1983 in den Bundestag ein.1987 wurde Verheugen Chefredakteur der SPD-Parteizeitung „Vorwärts".1993 nahm er die Position des Bundesgeschäftsführers der SPD ein (bis 1995). 1998 erhielt Verheugen die Position eines Staatsministers im Auswärtigen Amt unter Bundesaußenminister *Joschka Fischer*. Im Fühjahr 1999 wechselte er nach Brüssel, wo er die Aufgaben eines EU-Kommissars (zuständig für die Erweiterungsverhandlungen) übernahm.

Guido Westerwelle

Guido Westerwelle wurde am 27. Dezember 1961 in Bad Honnef geboren. Er studierte Rechtswissenschaften in Bonn, Köln und Düsseldorf und wurde an der Fernuniversität Hagen 1994 zum Dr. jur. promoviert. 1991 ließ er sich als Rechtsanwalt in Bonn nieder. Westerwelle ist 1980 in die FDP eingetreten und war einer der Gründer der Jungen Liberalen, deren Bundesvorsitzender er von 1983 bis 1988 war. 1988 wurde Westerwelle in den Bundesvorstand der FDP gewählt und wurde 1993 wurde er Kreisvorsitzender der FDP Bonn. 1994 übernahm er auf Vorschlag von *Klaus Kinkel* die Aufgabe des Generalsekretärs der FDP. 1996 rückte Westerwelle als Nachrücker in den Deutschen Bundestag ein. 2001 wurde er Nachfolger von *Wolfgang Gerhardt* im Amt des Parteivorsitzenden der FDP. Im Sommer 2002 nominierte der Mannheimer Parteitag Westerwelle im Rahmen des Projekts 18 zum Kanzlerkandidaten der FDP. Nachdem die FDP bei der Bundestagswahl 2002 mit 7,4% weit unter ihren Erwartungen blieb, ließ auch Westerwelle vom Projekt 18 ab. Vor und nach dem Wahltermin geriet der damals oft unklar taktierende Westerwelle in den Auseinandersetzungen mit dem rechtspopulistischen Kurs *Jürgen W. Möllemanns* immer wieder in die Kritik. 2003 in Bremen bestätigte ihn der Bundesparteitag im Amt des Parteivorsitzenden. 2006 wurde Westerwelle Nachfolger von *Wolfgang Gerhardt* im Amte des Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag. 2009 nahm Guido Westerwelle das Amt des Bundesaußenministers ein und rückte zum Vizekanzler der Bundesregierung unter *Angela Merkel* auf.

Eberhard Wildermuth

Eberhard Wildermuth wurde am 23. Oktober 1890 in Stuttgart geboren und starb am 9. März 1952 in Tübingen. Wildermuth studierte Rechts- und Staatswissenschaften, nahm am Krieg teil und war 1918 Soldatenrat. „Obwohl in Württemberg ... als königlicher Offizier geprägt, stand Eberhard Wildermuth in den unruhigen Jahren der Revolution von 1918/19 stets auf der Seite der demokratisch legitimierten Regierungen."[457] 1919 trat Wildermuth der DDP bei. Er war von 1919 bis 1921 Befehlshaber eines Studentenbataillons von Sicherheitskompanien zur Niederschlagung republikfeindlicher Aufstände in Württemberg, Bayern, Schlesien und im Ruhrgebiet. 1921 bis 1928 war er in der Arbeitslosen-Versicherung und -Vermittlung tätig, wurde 1928 Direktor der Deutschen Bau- und Bodenbank in Berlin und war später Präsident der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten („Öffa"). 1939 bis 1945 war er Kriegsteilnehmer und anschließend bei den Briten Kriegsgefangener. Aufgrund eines Angebots von *Carlo Schmid* (SPD) baute er die Wirtschaftsverwaltung des Landes Württemberg-Hohenzollern auf. Zu dieser Zeit schloss er sich der DVP/FDP an und bekleidete von 1947 bis 1949 das Amt eines Staatsministers für Wirtschaft in Württemberg-Hohenzollern. Er war Mitglied des dortigen Landtages und des geschäftsführenden Bundesvorstandes der FDP. 1949 bis 1952 war er Mitglied des Bundestages und in der gleichen Zeit Bundesminister für Wohnungsbau.

[457] Udo Kempf/Hans-Georg Merz (Hg.), a.a.O., S. 743

Siegfried Zoglmann

Siegfried Zoglmann wurde am 17. August 1913 in Neumark (Böhmen) als Landwirtssohn geboren und starb am 20. Oktober 2007 in Bonn – Bad Godesberg. Ab 1928 war er in der sudetendeutschen Jugendbewegung tätig und saß als 19-jähriger in Mährisch-Ostrau ein Jahr im Gefängnis. 1935 kam er nach Berlin und wurde Leiter der Auslandspressestelle der Reichsjugendführung. Er war als Journalist tätig und wurde später als Gebietsführer ein höchster Funktionär der „Hitlerjugend". 1939 war er in Prag Abteilungsleiter beim „Reichsprotektor" in Böhmen und Mähren, *Freiherr von Neurath*. Danach kam er an die Front, zuletzt als Oberleutnant und Kompanieführer bei einer Panzerdivision in Russland, Italien, Frankreich und Ungarn. Zoglmann hatte nie einen Hehl aus seiner Begeisterung für den Nationalsozialismus gemacht. Nach 1945 machte er Karriere bei der FDP sowie als Journalist und Herausgeber. Er war Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen und ab 1957 des Deutschen Bundestages, dort von 1963 bis 1968 stellvertretender FDP-Fraktionsvorsitzender. Am 9. Oktober 1970 trat er aus der FDP aus.

10 Literatur

Allgemein

Ulrich von Alemann, Parteien. Reinbek bei Hamburg 1995

Ulrich von Alemann, Die Parteien in den Wechsel-Jahren? Zum Wandel des deutschen Parteiensystems; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B6/96, 2. Februar 1996, S. 3 ff

Ulrich von Alemann, Parteiensysteme im Parlamentarismus. Eine Einführung und Kritik von Parlamentarismustheorien, Düsseldorf 1973

Ulrich von Alemann / Stefan Marschall (Hg.), Parteien in der Mediendemokratie, Wiesbaden 2002

Hans Herbert von Arnim, Der Staat als Beute. Wie Politiker in eigener Sache Gesetze machen, München 1993

Kai Arzheimer, Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs, Wiesbaden 2002

Arnulf Baring, Machtwechsel. Die Ära Brandt – Scheel, Stuttgart 1982

Knut Bergmann, Der Bundestagswahlkampf 1998. Vorgeschichte, Strategie, Ergebnis, Wiesbaden 2002

Julia von Blumenthal, Amtsträger in der Parteiendemokratie, Wiesbaden 2001

Frank Bösch, Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart/München 2002

Frank Brettschneider, Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich, Wiesbaden 2002

Jürgen Dittberner, Berlin Brandenburg und die Vereinigung. Und drinnen tobt das pralle Leben!, Eine Innenansicht, Berlin 1994

Jürgen Dittberner, Große Koalition kleine Schritte. Politische Kultur in Deutschland, Berlin 2006

Jürgen Dittberner, „Sind die Parteien noch zu retten?“, Die deutschen Parteien: Entwicklungen, Defizite und Reformmodelle, Berlin 2004

Jürgen Dittberner, Neuer Staat mit alten Parteien? Die deutschen Parteien nach der Wiedervereinigung, Opladen/Wiesbaden 1997

Jürgen Dittberner/Rolf Ebbighausen, Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1973

Maurice Duverger, Die politischen Parteien, Tübingen 1959

Rolf Ebbighausen / Christian Düpjohann / Dieter Prokein / Joachim Raupach / Marcus Renner/Rolf Schotes / Sebastian Schröter, Die Kosten der Parteiendemokratie. Studien und Materialien zu einer Bilanz staatlicher Parteienfinanzierung, Opladen 1996

Christoph Egle / Tobias Ostheim / Reimut Zohlnhöfer (Hg.), Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1988 - 2002, Wiesbaden 2003

Jürgen F. Falter, Rechtsextremismus, Ergebnisse und Perspektiven der Forschung; in: Politische Vierteljahresschrift (PVS, Sonderheft 27/1996, Opladen 1996)

Jürgen W. Falter, Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München 1994

Hans Fenske, Deutsche Parteiengeschichte, Paderborn / München / Wien / Zürich 1994

Daniela Forkmann / Michael Schlieben (Hg.), Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949 - 2005, Wiesbaden 2005

Oscar W. Gabriel / Oskar Niedermayer / Richard Stöss (Hg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen 1997

Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung, Wiesbaden 2002
Matthias Geyer / Dirk Kurbjuweit / Cordt Schnibben, Operation Rot-Grün. Geschichte eines politischen Abenteuers, München 2005
Johannes Gross, Begründung der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1995
Daniel Hamilton, Jenseits von Bonn, Amerika und die „Berliner Republik", Frankfurt /M – Berlin 1994
Jürgen Hartmann / Bernd Meyer / Birgit Oldopp, Geschichte der politischen Ideen, Wiesbaden 2002
Erich Hauser / Harald Hotze, Der Abzocker-Staat. Wie Politiker und Bürokraten uns in die Tasche greifen, Düsseldorf 1996
Hans-Günther Heiland / Christian Lüdemann (Hg.), Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus, Opladen 1996
Volker Hentschel, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München und Landsberg am Lech 1996
Joachim Jens Hesse / Tomas Ellwein, Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. 7. Auflage, Band 1: Text, Opladen 1992
Robert Hoffmann, Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart, München/Zürich 1993
Wolfgang Ismayr, Der Deutsche Bundestag. Funktionen/Willensbildung/Reformansätze, Opladen 2000
Hans-Gerd Jaschke, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe – Positionen – Praxisfelder, Opladen 1994
Udo Kempf/Hans-Georg Merz (Hg.), Kanzler und Minister 1949 - 1998. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen, Wiesbaden 2001
Andreas Kießling, Die CSU. Machterhalt und Machterneuerung, Wiesbaden 2004
Hans Werner Kilz/Joachim Preuss, Flick. Die gekaufte Republik, Reinbek bei Hamburg 1983
Thomas Kleinhenz, Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1995
Wolfgang R. Krabbe, Parteijugend in Deutschland. Junge Union, Jungsozialisten und Jungdemokraten 1945-1980, Wiesbaden 2002
Uwe Kranenpohl, Mächtig oder machtlos? Kleine Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1994, Opladen/Wiesbaden 1999
Gerhard Lehmbruch, Parteienwettbewerb im Bundesstaat. Regelsysteme und Spannungslagen im Institutionengefüge der Bundesrepublik Deutschland, 2., erweiterte Auflage, Opladen / Wiesbaden 1998
Gerd Linz, Die politischen Parteien im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung, Baden-Baden 1973
Seymour M. Lipset / Stein Rokkan, Party Systems and Voter Alingnments: Cross-National Perspectives, New York 1967
Peter Lösche, Kleine Geschichte der deutschen Parteien. 2. Auflage, Stuttgart / Berlin / Köln 1993
Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie. Eine Untersuchung der Verfassungswirklichkeit politischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1963
Franz Lutzius, Beamtenstaat. Staatsgesellschaft der Unkündbaren, Was im öffentlichen Dienst alles verdient und verschwiegen wird, Essen 1992
Matthias Machnig / Joachim Raschke (Hg.), Wohin steuert Deutschland? Bundestagwahl 2009. Ein Blick hinter die Kulissen, Hamburg 2009
Renate Mayntz, Parteigruppen in der Gross-Stadt. Untersuchungen in einem Berliner Kreisverband der CDU, Köln und Opladen 1959
Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Neudruck der zweiten Auflage, Stuttgart 1925

Alf Mintzel, Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg. Gewinner und Verlierer, Passau 1998
Alf Mintzel / Heinrich Oberreuter (Hg.), Parteien in der Bundesrepublik. Opladen 1992
Sigmund Neumann. Die Parteien der Weimarer Republik. Mit einer Einführung von Karl Dietrich Bracher, Stuttgart 1965 (Originalausgabe 1932, Die politischen Parteien in Deutschland)
Oskar Niedermayer / Richard Stöss, Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993
Oskar Niedermayer (Hg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen 1999
Karlheinz Niclauß, Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Paderborn / München / Wien / Zürich 1995
Heinrich Oberreuther (Hg.), Parteiensystem am Wendepunkt?, Wahlen in der Fernsehdemokratie, München/Landsberg am Lech 1996
Günter Olzog / Hans-J. Liese, Die politischen Parteien in Deutschland. Geschichte. Programmatik. Organisation. Personen. Finanzierung, 24. Auflage, München 1999
Sönke Petersen, Manager des Parlaments. Parlamentarische Geschäftsführer im Deutschen Bundestag, Opladen 2000
Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn 1995
Joachim Raschke, Die Zukunft der Grünen. „So kann man nicht regieren“, Frankfurt/M. 2001
Lars Rensmann, Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2004
Wolfgang Rudzio, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1966
Erwin K. und Ute Scheuch, Cliquen, Klüngel und Karrieren. Über den Verfall der politischen Parteien. Eine Studie, Reinbek bei Hamburg 1992
Reinhard Schmoeckel / Bruno Kaiser, Die vergessene Regierung. Die große Koaltion 1966 - 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 2005
Klaus Schönhoven, Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966 - 1969, Bonn 2004
Günter Scholz / Martin E. Süskind, Die Bundespräsidenten. Von Theodor Heuss bis Johannes Rau, Stuttgart / München 2003
Suzanne S. Schüttemeyer, Fraktionen im Deutschen Bundestag. Empirische Befunde und theoretische Folgerungen, Opladen/Wiesbaden 1998
Tim Spier / Felix Butzlaff / Matthias Micus / Franz Walter (Hg.), Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007
Richard Stöss (Hg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1980, Band I und II, Opladen 1983 und 1984
Eva Sturm, „Und der Zukunft zugewandt?“. Eine Untersuchung zur „Politikfähigkeit“ der PDS, Opladen 2000
Dietrich Thränhardt, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Erweitere Neuausgabe, Frankfurt / M. 1996
Ute Wachendorfer-Schmidt, Politikverflechtung im vereinigten Deutschland, Wiesbaden 2000
Ludger Volmer, Die Grünen. Von der Protestbewegung zur etablierten Partei – Eine Bilanz, München 2009
Franz Walter, Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin 2002
Max Weber, Politik als Beruf, Stuttgart 1992
Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie (2 Halbbände) Tübingen 1956
Elmar Wiesendahl, Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien, Opladen / Wiesbaden 1998
Rudolf Wildenmann, Wahlforschung, Leipzig / Wien / Zürich 1992

Ingelore Winter, Unsere Bundespräsidenten. Von Theodor Heuss bis Johannes Rau. Acht Portraits, Düsseldorf 1999

FDP/Liberalismus

a. Liberalismus, Programmatik, Klassiker

Gisela Babel, Die Gesundbeter. Rentendebatten in Deutschland mit einem Vorwort von Otto Graf Lambsdorff, Sankt Augustin 2001
Ullrich Baumgärtner, Reden nach Hitler. Theodor Heuss – Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, Stuttgart 2001
Paul Berman, Terror und Liberalismus, Hamburg 2004
Christoph Butterwege/Bettina Lösch/Ralf Ptak, Kritik des Neoliberalismus, 2., verbesserte Auflage, Wiesbaden 2008
Ralf Dahrendorf, Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus, Stuttgart 1983
Ralf Dahrendorf, Fragmente eines neuen Liberalismus, Stuttgart 1987
Jürgen Dittberner, Sozialer Liberalismus. Ein Plädoyer, Berlin 2008
Detmar Doering, Kleines Lesebuch über den Liberalismus, Sankt Augustin 1992
Walter Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, 9. Auflage, Berlin/Heidelberg/New York/Paris/Tokyo/Hong Kong 1989
Richard Faber (Hg.), Liberalismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 2000
Monika Fassbender, „... auf der Grundlage des Liberalismus tätig". Die Geschichte der Friedrich-Naumann-Stiftung, Baden-Baden 2009
Karl-Hermann Flach, Noch eine Chance für die Liberalen. Oder: Die Zukunft der Freiheit. Eine Streitschrift, Frankfurt/M. 1971
Karl-Hermann Flach / Werner Maihofer / Walter Scheel, Die Freiburger Thesen der Liberalen, Reinbek bei Hamburg 1972
Milton Friedman, Capitalism and Freedom, Chicago und London 2002
Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.), Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der F.D.P. 1980 bis 1990, Baden-Baden 1990
Lothar Gall (Hg.), Liberalismus, Königstein/Ts. 1980
Hans-Dietrich Genscher, Außenpolitik im Dienste von Sicherheit und Freiheit. Mit einer Einführung von Ralf Dahrendorf, Stuttgart 1976
Fritz Goergen, „Skandal FDP", Köln 2004
Hildegard Hamm-Brücher im Gespräch mit Sandra Maischberger, Ich bin so frei, München 2003
Friedrich A. Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, München 2007
Clemens Heitmann, FDP und neue Ostpolitik. Zur Bedeutung der deutschlandpolitischen Vorstellungen der FDP von 1966 bis 1972, Sankt Augustin 1989
Theodor Heuss, Staat und Volk im Werden. Reden in und über Israel, München 1960
Thomas Hobbes, Leviathan oder Stoff und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates, Neuwied und Berlin 1966
Otfried Höffe, Politische Gerechtigkeit. Grundlegung einer kritischen Philosophie von Recht und Staat, Erweiterte Neuausgabe, Frankfurt/Main 1989
Peter Juling (Hg.), Was heißt heute liberal?, Gerlingen bei Stuttgart 1978
Heiner Kappel / Alexander von Stahl (Hg.), Für die Freiheit. Plädoyer für eine liberale Erneuerung, Berlin / Frankfurt/M. 1996
Tobias Kaufmann / Manja Orlowski (Hg.), „Ich würde mich auch wehren...". Antisemitismus und Israel-Kritik – Bestandsaufnahme nach Möllemann, Potsdam 2002
Otto Graf Lambsdorff (Hg.), Freiheit und soziale Verantwortung. Grundsätze liberaler Sozialpolitik, Frankfurt 2001

John Locke, Zwei Anhandlungen über die Regierung, Frankfurt/Main 1977
John Stuart Mill, Über die Freiheit, Stuttgart 1988
Wolfgang Mischnick (Hg.), Verantwortung für die Freiheit, Stuttgart 1989
Ludwig von Mises, Liberalismus, Sankt Augustin 2000
Jürgen W. Möllemann, Klartext. Für Deutschland, München 2003
Jürgen Morlock (Hg.), Was wollen die Jungen in der F.D.P. 10 Antworten, Karlsruhe 1973
Jürgen Morlock (Hg.), Liberale Profile. Freiheit und Verantwortung, Stuttgart 1983
Ralf Ptak, Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen 2004
John Rawls, Politischer Liberalismus, Frankfurt/Main 2003
John Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/Main 1975
Wilhelm Röpke, Marktwirtschaft ist nicht genug. Gesammelte Aufsätze, Waltrop und Leipzig 2009
Philipp Rösler/Christian Lindner (Hg.), Freiheit: gefühlt – gedacht – gelebt. Liberale Beiträge zu einer Wertediskussion, Wiesbaden 2009
Theo Rütten, Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955. Deutschland- und Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten, Baden-Baden 1984
J.J. Rousseau. Bürger von Genf, Der Gesellschaftsvertrag oder die Grundsätze des Staatsrechtes, Stuttgart 1958
Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen, 11. Auflage, München 2005
Rolf Schroers, Der Partisan. Mensch im Widerstand, Münster 1989
Gerhard Schwarz / Gerd Habermann / Claudia Aebersold Szalay (Hg.), Die Idee der Freiheit.. Eine Bibliothek von 111 Werken der liberalen Geistergeschichte, Zürich 2007
Gerhard Stapelfeld, Der Liberalismus. Die Gesellschaftstheorien von Smith, Ricardo und Marx, Freiburg 2006
Günter Verheugen (Hg.), Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der F.D.P., Baden-Baden 1979
Guido Westerwelle (Hg.), 18. Mein Buch zur Wahl, München 2002
Guido Westerwelle (Hg.), Von der Gefälligkeitspolitik zur Verantwortungsgesellschaft. Wiesbadener Grundsätze für die liberale Bürgergesellschaft, Düsseldorf und München 1997
Guido Westerwelle, Neuland. Einstieg in einen Politikwechsel, München / Düsseldorf 1998
Robert Paul Wolff, Das Elend des Liberalismus, Frankfurt/M. 1969
Barthold C. Witte, Von der Freiheit des Geistes. Positionsbestimmungen eines Jahrzehnts, Sankt Augustin 1998

b. Gesamtdarstellungen FDP

Jürgen Dittberner, FDP – Partei der zweiten Wahl. Ein Beitrag zur Geschichte der liberalen Partei und ihrer Funktionen im Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1987
Hans W. Gringmuth, Der Handlungsspielraum der Freien Demokratischen Partei als Artikulationspartei, Frankfurt/M. / Bern / New York 1984
Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945 - 1990,Düsseldorf 2006
Friedrich Henning, F.D.P. Die Liberalen. Porträt einer Partei, München 1982
Dieter Hein, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945 - 1949, Düsseldorf 1985
Ulrich Josten, Für einen erneuerten Liberalismus. Die Zeitschrift liberal und die FDP bis 1969, Hamburg 2001

Heino Kaack, Zur Geschichte und Programmatik der Freien Demokratischen Partei. Grundriss und Materialien, Meisenheim am Glan 1976
Kurt J. Körper, FDP. Bilanz der Jahre 1960 - 1966. Braucht Deutschland eine liberale Partei?, Köln 1968
Peter Lösche/Franz Walter, Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel, Darmstadt 1996
Erich Mende, Die FDP. Daten. Fakten. Hintergründe, Stuttgart 1972
Marco Michel: Die Bundestagswahlkämpfe der FDP 1949 - 2002, Wiesbaden 2004
Andreas Moring, Europapolitik der FDP. Die Entwicklung der Europa-Problematik in den Jahren 1949 - 1989, Berlin 2004
Lutz Nickel, Dehler – Maier – Mende. Parteivorsitzende der FDP: Polarisierer – Präsident – Generaldirektor, München 2005
Sebastian Putz, Macht und Ohnmacht kleiner Koalitionspartner. Rolle und Einfluss der FDP als kleine Regierungspartei in vier ostdeutschen Landesregierungen (1990 - 1994), Baden-Baden 2008
Hans Karl Richarts, Die F.D.P. auf dem Weg nach links, Stuttgart 1972
Hans-Georg Thal (Hg.), Profile der Parteien. F.D.P., Neus-Uedesheim o. J.
Günter Verheugen, Der Ausverkauf. Macht und Verfall der FDP, Reinbek bei Hamburg 1984
Hans-Joachim Widmann, Parteienhochmut. Der Fall F.D.P. Stürzen unsere Parteien ab?, München 1999

c. Regionaldarstellungen FDP

Jürgen Dittberner, Die FDP in Berlin, in: Christian Junge/Jakob Lempp (Hg.), Parteien in Berlin, Berlin 2007, S. 141ff
Jürgen Dittberner, Die FDP in Brandenburg, in: Jakob Lempp (Hg.), Parteien in Brandenburg, Berlin 2008, S. 171ff
F.D.P. Berlin (Hg.), 50 Jahre Berliner F.D.P., Berlin 1995
Christof Brauers, Die FDP in Hamburg 1945 bis 1953. Start als bürgerliche Linkspartei, München 2007
Friedrich-Naumann-Stiftung / Landesbüro Hannover (Hg.), Theodor Tantzen. 1877 - 1947. Gedenkschrift anlässlich seines 100. Geburtstages am 14. Juni 1977, Hannover 1977
Freie Demokratische Partei, Landesverband Hamburg (Hg.). 50 Jahre Hamburger Freie Demokraten, Hamburg 1995
Freie Demokratische Partei, Landesverband Baden-Württemberg, 50 Jahre Baden-Württemberg. Die Rolle der Liberalen, Stuttgart 2002
Ulla Galm, Clara von Simson. Tochter aus liberalem Hause. Preußische Köpfe, Berlin 1984
Ludwig Luckemeyer, Liberale in Hessen. 1848 - 1980, Melsungen 1980
Heinz-Georg Marten, FDP in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde, Göttingen 1972
Heinz-Georg Marten, Die unterwanderte FDP. Politischer Liberalismus in Niedersachsen. Aufbau und Entwicklung der Freien Demokratischen Partei 1945 - 1955, Göttingen 1978
Jürgen Morlock (Hg.), Baden-Württemberg. Stammland der Liberalen, Stuttgart 1983
Edmund Ortwein, Die Liberalen; in: Michael Eilfort (Hg.), Parteien in Baden-Württemberg, Stuttgart 2004, S. 105ff
Beate-Carola Padtberg, 50 Jahre Baden-Württemberg. Der liberale Beitrag. 1952 - 2002, Stuttgart 2002
Karsten Schröder, Die FDP in der britischen Besatzungszone 1946 - 1948. Ein Beitrag zur Organisationsstruktur der Liberalen im Nachkriegsdeutschland, Düsseldorf 1985
Wolfgang Staudt, Liberale in Hessen seit 1945. Materialien zum 50jährigen Bestehen der F.D.P. in Hessen, Wiesbaden 1996
Wirtschafts- und Sozialpolitik Verlags GmbH Wiesbaden (Hg.), 50 Jahre F.D.P. Hessen, Erinnerung an den Festakt in der Paulskirche zu Frankfurt am Main, aus Anlass der 50jährigen Wiederkehr

der Gründung des organisierten Liberalismus in Hessen am 29. Dezember 1945, Wiesbaden 1996

d. Geschichte der FDP und der liberalen Parteien

Konrad Adenauer und Theodor Heuss, Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949 - 1959, Berlin 1997

Rita Aldenhoff, Schulze-Delitzsch. Ein Beitrag zur Geschichte des Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung, Baden-Baden 1984

Brigitte Bailer-Galanda/Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen" in Österreich, Berlin 1997

Bundesgeschäftsstelle der Freien Demokratischen Partei (Hg.), Zwischen Verständigungsbereitschaft, Anpassung und Widerstand: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone 1945 - 1949. Eine Dokumentation zur Sonderausstellung der F.D.P.-Bundestagsfraktion im Reichstagsgebäude, zusammengestellt und kommentiert von Karl-Heinz Grundmann unter Mitarbeit von Dieter Hein, Bonn 1978

Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei (Hg.), Zeugnisse liberaler Politik. 25 Jahre F.D.P. (1948 - 1973), Bonn 1973

Monica Cioli, Pragmatismus und Ideologie. Organisationsformen des deutschen Liberalismus zur Zeit der Zweiten Reichsgründung (1878 - 1884), Berlin 2003

Lothar Döhn, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970

Wolfram Dorn/Friedrich Henning (Hg.), Thomas Dehler, Begegnungen. Gedanken. Entscheidungen, Bonn 1977

Wolfram Dorn / Harald Hofmann (Hg.), Geschichte des deutschen Liberalismus, Bonn 1966

Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.), Friedrich Naumann, Das Leben und Werk Friedrich Naumanns 1860 - 1919, Potsdam o.J.

Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.), Die Geschichte des Liberalismus. Begleitbuch zur Tonbildschau, Bonn 1981

Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.), Hans Reif. Erinnerungen und Zeugnisse zu seinem 80. Geburtstag am 19. Januar 1979, Bonn 1979

Hanna Frielinghauss-Heuss, Heuss-Anekdoten, München und Esslingen 1967

Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Berlin 1995

Hans-Dietrich Genscher (Hg.), Liberale in der Verantwortung, München/Wien 1976

Manfred Gerlach, LDPD. Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Standortbestimmung, Berlin 1989

Karl-Hamann-Stiftung für liberale Politik in Brandenburg (Hg.), Beiträge zum Leben und Wirken von Dr. Karl Hamann 1903 - 1973, Stahnsdorf 1993

Theodor Heuss, Erinnerungen 1905 - 1933, Stuttgart / Hamburg 1963

Sylvia Heinemann (Hg.), Liselotte Funcke. An Menschen ihrer Zeit. Briefe aus fünf Jahrzehnten, Hagen 2004

Harry Graf Kessler, Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk, Frankfurt/M 1988

Gerhard Krug, Hans-Dietrich Genscher, Hamburg 1991

Dieter Langewiesche, Liberalismus in Deutschland, Frankfurt 1988

U. Leuschner, Zur Geschichte des deutschen Liberalismus, http://uleuschner.bei.t-online.de/liberalismus

Hans F. Loeffler, Walther Rathenau – ein Europäer im Kaiserreich, Berlin 1997

Paul Luchtenberg / Walter Erbe (Hg.), Geschichte des deutschen Liberalismus, Köln und Opladen 1966

Hermann Maassen / Elmar Hucko (Hg.), Thomas Dehler, der erste Bundesminister der Justiz, Köln 1977

Rainer Marcowitz, Der schwierige Weg zur Einheit. Die Vereinigung der deutschen Liberalen 1989/90, Dresden 2002
Reinhold Maier, Ein Grundstein wird gelegt. Die Jahre 1945 - 1947, Tübingen 1964
Martina Neumann, Theodor Tantzen ein widerspenstiger Liberaler gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1998
Beate-Carola Padtberg, Geschichte des deutschen Liberalismus, Königswinter 1988
Gerhard Papke, Die Nachkriegspolitik von Wilhelm Külz. Herausgegeben von der Wilhelm-Külz-Stiftung Sachsen, Dresden 1998
Walther Rathenau, Schriften und Reden. Auswahl und Nachwort von Hans Werner Richter, Frankfurt/ M. 1964
Walter Scheel / Otto Graf Lambsdorff, Freiheit in Verantwortung. Deutscher Liberalismus seit 1945. Geschichte. Personen. Perspektiven, Gerlingen 1998
Wolfgang Schollwer, „Gesamtdeutschland ist uns Verpflichtung“. Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951 - 1971. Herausgegeben von Jürgen Frölich, Bremen 2004
Sekretariat des Zentralvorstandes der LDPD (Hg.), LDPD. 1945 bis 1961 im festen Bündnis mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei, Berlin 1987
Sekretariat des Zentralvorstandes der LDPD (Hg.), Wilhelmine Schirmer-Pröscher, Die Welt vor meinen Augen. Erinnerungen aus dem 20. Jahrhundert, Berlin 1969
Werner Stephan, Aufstieg und Fall des Linksliberalismus 1918 - 1933. Geschichte der Deutschen demokratischen Partei, Göttingen 1973
Gustav Stresemann, Reichstagsreden, Bonn 1972
Hans- Heinrich Welchert (Hg.), Theodor-Heuss-Lesebuch, Tübingen 1975
Udo Wengst, Thomas Dehler. 1897 - 1967. Eine politische Biographie, München 1997
Wilhelm-Külz-Stiftung (Hg.), Wilhelm Külz – ein sächsischer Liberaler. Kolloquium der Wilhelm-Külz-Stiftung am 24. April 1998 anlässlich des 50. Todestages von Wilhelm Külz im Stadtmuseum Dresden, Dresden 1999